SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Akteurinnen asymmetrischer Konflikte: eine Studie zur nordirischen und palästinensischen Widerstandsgesellschaft

Korstian, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Centaurus-Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Korstian, S. (2010). *Akteurinnen asymmetrischer Konflikte: eine Studie zur nordirischen und palästinensischen Widerstandsgesellschaft.* (Frauen, Gesellschaft, Kritik, 51). Freiburg: Centaurus-Verl.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-309280

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Sabine Korstian

Akteurinnen asymmetrischer Konflikte

Frauen ∗ Gesellschaft ∗ Kritik

Band 51

Sabine Korstian

Akteurinnen asymmetrischer Konflikte

Eine Studie zur nordirischen und
palästinensischen Widerstandsgesellschaft

Centaurus Verlag
Freiburg 2010

Zur Autorin:
Sabine Korstian ist Soziologin und Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung der Universität Marburg.

Die vorliegende Arbeit ist unter dem Titel »Republikanerinnen und Palästinenserinnen. Eine vergleichende Analyse politischer Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften« von der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen worden.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Korstian, Sabine:
Akteurinnen asymmetrischer Konflikte. Eine Studie zur nordirischen und palästinensischen Widerstandsgesellschaft / Sabine Korstian. – Centaurus-Verl. 2010
(Frauen ∗ Gesellschaft ∗ Kritik; Bd. 51)
Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 2009

ISBN 978-3-8255-0761-9

ISSN 0933-4540

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlag & Media KG, Freiburg 2010

Umschlaggestaltung: Jasmin Morgenthaler

Umschlagabbildung: Peter Paul Rubens – Judith mit dem Haupt des Holofernes
Museumsfoto: Bernd Peter Keiser. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Herzog Anton Ulrich-Museums Braunschweig, Kunstmuseum des Landes Niedersachsen.

Satz: Vorlage der Autorin

Inhalt

Danksagung

1. Die vergleichende Analyse von Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften 9

Widerstand und Geschlecht – Welche Konflikte? Die Fallbeispiele – Die Gewaltfrage – Die Kulturfrage und die vergleichende Perspektive – Die Analyse und ihr Aufbau

2. Methode 29

2.1 Methodenauswahl 29
Methode und Fragestellung – Methode und Feld – Methode und Ressourcen

2.2 Untersuchungsdesign 36
Interviews und Leitfaden – Feld und Kontakt: Besetzte Gebiete – Feld und Kontakt: Nordirland

2.3 Datenbasis 45
Besetzte Gebiete – Nordirland – Auswertung – Grenzen des Materials

3. Die historischen Kontexte politischer Partizipation 55

3.1 Historischer Kontext und politische Partizipation 56
Historischer Kontext: ein Denkmal für die Suppenköchin? – Politische Partizipation: Ist Suppe kochen politisch?

3.2 Republikanerinnen 60
Irische Nationalbewegung bis 1922 – „Carnival of Reaction“ – Republikanismus und die '60er Jahre – Bürgerrechtsbewegung – 1969 und die Folgen – *Provos* – *Cumann na mBan* – Leben in republikanischen Hochburgen – Ökonomische Aspekte – Gefängnisproteste und RACs – Frauen in *Sinn Fein* – Von den '80ern zum Friedensprozess – Auswirkungen des Friedensprozesses

3.3 Palästinenserinnen 89
Mandatszeit – Entwicklungen 1948 bis 1967 – Besatzung und Guerilla – Politische Umorientierungen – Entwicklungen an den Universitäten – Ökonomische Aspekte – Frauenkomitees – '87er *Intifada* – Friedensprozess – Frauen im Friedensprozess – *Al-Aqsa-Intifada*

3.4 Historischer Kontext und politische Partizipation im Vergleich 121

3.4.1 Historischer Kontext 121
Internationaler Rahmen – Gesellschaftspolitisches Umfeld

3.4.2 Politische Partizipation 140
Historische Altlasten – Umfang und Formen politischer Partizipation – Soziales und politisches Umfeld der Akteurinnen

3.5 Zusammenfassung zu den historischen Kontexten 159

4. Zur Dynamik asymmetrischer Konflikte zwischen Entgrenzung und Begrenzung 163

4.1 Entgrenzung als Widerstandsstrategie und ihre Paradoxien 164
Entgrenzung der Gewalt – Terror: Entgrenzung in die gegnerische Gesellschaft – Internationalisierung – Entgrenzung des Politischen – Konfliktinterpretation – Interpretation des Widerstandes – Entgrenzte Ideologie

4.2 Begrenzung als Strategie des Staates und ihre Paradoxien 192
Begrenzung der Gewalt – Die „besetzte Straße" – *Checkpoints* – Die „eingetretene Haustür" – Divide et impera: Der innere Feind – Unsicherheit als Herrschaftsinstrument – Ungleichheit und Doppelmoral – Neue Konfliktorte: Gefängnisse – De-Politisierung

4.3 Be- und entgrenzt oder: Die Omnipräsenz des Politischen 215
Doppelbinderprozesse – Identitätszwang der Gewalt – Gewalt- und Sicherheitsdilemma – Legitimität: Überlegenheitsdilemma – Mobilisierung: Opferdilemma – Zeitfallen – Verkehrte Welt – Omnipräsenz des Politischen

5. Konfliktdynamik und Geschlecht 225

5.1 Entgrenzung: Weiblichkeit als politische Ressource 226
Frauen als Zielgruppe – Politisierung weiblicher Domänen – Erweiterung weiblicher Domänen – Öffnung und Eroberung männlicher Domänen – Gewaltakteurinnen

5.2 Entgrenzung: Ambivalenzen politisierter Weiblichkeit 251
Weiblichkeit in der Konflikt- und Widerstandsinterpretation – Allgemeine geschlechtsspezifische Doppelstandards – Geschlechtsspezifische Doppelstandards des Widerstands

5.3 Begrenzung und Geschlecht 275
Der „männliche" Staat – Geschlecht und die „besetzte Straße" – Geschlecht und die „eingetretene Haustür" – Geschlechtsspezifische Aktionen und Reaktionen des Staates – Frauengefängnisse

5.4 Akteurinnen zwischen Ent- und Begrenzung 309
Weibliche Widerstandsfunktionen – Ambivalenzen und Doppelstandards – Das politisierte Geschlecht

6. Reproduktion des Krieges 317

Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften – Die Gewaltfrage: Republikanerinnen und Palästinenserinnen – Der gerechte Friede

Literatur / Quellen 339

Interviewpartnerinnen 359

Organisationen / Abkürzungen 365

Danksagung

Dieses Buch ist die nur minimal veränderte Fassung meiner Dissertation, mit der ich unter dem Titel „Republikanerinnen und Palästinenserinnen. Eine vergleichende Analyse politischer Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften“ 2009 an der Philipps-Universität Marburg promoviert habe. Von der ursprünglichen Idee für diese Arbeit bis zu ihrer Fertigstellung war viel Zeit vergangen. Dabei galt es viele Hindernisse zu überwinden und Umwege, von denen sich einige im Nachhinein als nützlich erwiesen haben, während andere schlicht überflüssig waren, mussten eingeschlagen werden. Deshalb gilt mein erster Dank den Wenigen in Deutschland, die mir immer wieder Mut gemacht und mich im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt haben. Ich danke auch meiner Familie und hoffe, das Rätsel darüber, was ich so treibe, ist nun ein wenig seiner Auflösung näher gekommen.

Des Weiteren möchte ich mich herzlich bei jeder einzelnen meiner Interviewpartnerinnen bedanken und all den Vielen in Nordirland und den besetzten Gebieten, die einer Fremden ihr Vertrauen geschenkt, ihre Zeit geopfert und Unterstützung angeboten haben. Ohne sie wäre diese Studie nicht möglich gewesen, ohne sie wäre meinen Augen vieles verschlossen geblieben. Mein Dank gilt insbesondere Fadwa Al-Labadi.

Die Übersetzung der Interviews und ihre Interpretation erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen und ich hoffe, niemand wird sich falsch zitiert oder missverstanden finden, wenn auch vielleicht – oder sehr wahrscheinlich – nicht jede mit jeder meiner Analysen oder Schlussfolgerungen einverstanden wäre. Der Rückgriff auf die im Deutschen informelle Anrede „Du“ und Vornamen war ein Akt der Komplexitätsreduktion, denn ansonsten hätte ich lange darüber nachdenken müssen, bei wem dies angemessen gewesen wäre und bei wem nicht.

Mein weiterer Dank gilt denjenigen an der Universität Siegen, die mich unterstützt haben, der Graduiertenförderung Nordrhein Westfalen und dem DAAD. Dem Zentrum für Konfliktforschung in Marburg danke ich für die freundliche Aufnahme und Eingliederung. Besonders bedanken möchte ich mich bei Thorsten Bonacker. Für die Unterstützung bei den Übersetzungen danke ich Krischan Schulte und für das mühselige Unterfangen des Korrekturlesens bedanke ich mich bei Haluk Bariscan, Stephanie Schneider, Alexandra Grund und Friederike Fuhlrott – alles, was jetzt noch den Wirren der deutschen Rechtschreibung nicht entspricht, ist mir zuzurechnen. Für den Inhalt dieser Arbeit gilt dies ohnehin.

Zum Schluss noch ein Dankeschön an das Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig für die Reproduktionsgenehmigung für das Bild „Judith mit dem Haupt des Holofernes“ von Peter Paul Rubens.

1. Die vergleichende Analyse von Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften

„Als aber die Heerführer, Obersten und alle Hauptleute des assyrischen Heeres kamen, befahlen sie den Kammerdienern: ‚Geht hinein und weckt ihn [den Anführer; SK] auf! Denn die Mäuse sind aus ihren Löchern hervorgekommen und wagen, uns zum Kampf herauszufordern.‘ Da ging Bagoas hinein in die Kammer, trat vor den Vorhang und klatschte in die Hände; denn er meinte, er schliefe bei Judit. Er horchte, ob sich etwas regte, und als er nichts vernahm, trat er näher an den Vorhang, hob ihn auf und sah den Leichnam des Holofernes ohne Kopf in seinem Blut auf der Erde liegen. Da schrie und heulte er laut auf und zerriß seine Kleider und sah in Judits Kammer nach. Als er sie dort nicht fand, lief er hinaus zu den Kriegsleuten und rief: ‚Eine einzige hebräische Frau hat das Haus des Königs Nebukadnezar zu Spott und Hohn gemacht vor aller Welt; denn Holofernes liegt tot auf der Erde, und der Kopf ist ihm abgeschlagen.‘ Als das die assyrischen Hauptleute hörten, zerrissen sie ihre Kleider, und eine schreckliche Angst befiel sie; und es erhob sich ein großes Wehgeschrei in ihrem Lager. Als nun das ganze Kriegsvolk hörte, daß Holofernes der Kopf abgehauen war, erschraken sie und wurden ganz verwirrt und konnten sich nicht entscheiden, was sie tun sollten; denn keiner hörte mehr auf den anderen. So sehr war ihnen der Mut entfallen.“ (Das Buch Judit, 14.10 – 15.2)

Ein kopfloser Mann, eine bloßgestellte Großmacht, eine geheimnisvolle Frau und viele verwirrte, verängstigte Männer – was war passiert? Nebukadnezar, der König von Assyrien, hatte sich ein Großreich aufgebaut, schon viele Völker unterworfen, andere hatten sich daraufhin ergeben und nun richteten sich seine imperialen Bestrebungen auf die Israeliten. Die beschlossen sich zu wehren, zumal Holofernes, der die Feldzüge anführte, die heiligen Stätten der anderen Völker hatte zerstören lassen und von diesen gefordert hatte, den König als Gott zu verehren. Da die Israeliten dem Heer der Assyrer weit unterlegen waren, verschanzten sie sich in den Bergen und tatsächlich kam das Heer gegen die hebräischen Guerilleros nicht an. Doch als es den Assyrern mit Hilfe nachrichtendienstlicher Informationen gelang, die Wasserversorgung unter ihre Kontrolle zu bringen, verloren die Israeliten den Mut und waren kurz davor, sich zu ergeben.

Da entwickelte die für gewöhnlich zu Hause sitzende, ebenso reiche wie schöne wie kluge und tugendhafte Witwe Judit einen tollkühnen Plan, den sie nur mit Hilfe ihrer Magd ausführte und keinem anderen verriet: Sie ging zu Holofernes und behauptete, sie sei geflohen, denn der Gott der Hebräer sei über sein Volk erzürnt und wolle es bestrafen, indem er es Holofernes in die Hände gebe, und nun müsse man

nur noch abwarten bis Gott ihr mitteile, wann es so weit sei. Er glaubte die Geschichte aufgrund von Erzählungen, die er vorher schon über die Israeliten gehört hatte, wie Judit wusste. Sie durfte bei ihm im Lager bleiben und wie sollte es anders sein: Weil sie so schön war, begehrte er sie, sie machte ihn betrunken – und was dann passierte, kann man sich denken. Judit nahm seinen Kopf mit zu ihren Landsleuten und trieb diese zum Angriff. Die verwirrten Assyrer wurden geschlagen, die Israeliten feierten in Jerusalem, Judit wurde geehrt, zog sich nach überstandenem Krieg wieder in ihr Haus zurück und blieb weiterhin tugendhaft.

Diese Geschichte ist eine über einen asymmetrischen Krieg, eine Gesellschaft im Widerstand und eine Frau als Akteurin im Widerstand. Da die Geschichte aus Sicht des Widerstandes erzählt wird, gibt es auf der einen Seite eine aggressive, hochmütige und scheinbar durch nichts aufzuhaltende Großmacht, die über andere Völker herfällt und sie unterjocht. Passend dazu hat sie einen militärischen Anführer, der in der Geschichte als grausam, verlogen, eitel und lasterhaft dargestellt wird. Auf der anderen Seite gibt es das gottesfürchtige, tapfere und kluge kleine Volk, das sich angesichts der Bedrohung vereinigt, sich den Angreifern erfolgreich in den Weg stellt und erst droht den Krieg zu verlieren, als zu der zahlenmäßigen und waffentechnischen Überlegenheit des Gegners noch seine nachrichtendienstliche hinzu kommt. War bis dahin die Lage zwar ernst, aber nicht so ernst, dass die innergesellschaftliche Ordnung bedroht war, so ändert sich dies jetzt. Die männliche Führung droht ihre Autorität zu verlieren, weil die Niederlage bevorzustehen scheint und sie sich nicht zu helfen weiß.

In dieser existentiellen Notsituation beschließt eine Frau, die mit ihren Eigenschaften das Gegenstück zum Gegner bildet und damit die moralische Überlegenheit ihres Volkes symbolisiert, aus ihrer Rolle zu fallen. Sie erkennt, wie der Gegner mit seinen eigenen Mitteln geschlagen werden kann, dass Geheimhaltung von zentraler Bedeutung ist und nutzt selbst Informationen, die ihr über den Gegner zur Verfügung stehen. So benutzt sie Geschlechts- und andere Stereotype ihrer Gegner, kann unbehelligt zu ihrem Anführer vordringen und ihn von ihrer Geschichte überzeugen. Statt Opfer zu werden, wird sie zur Täterin. Und sie bedient sich der psychologischen Kriegsführung, denn wäre Holofernes von einem Mann getötet worden, wäre nicht die Verwirrung und Verängstigung ausgebrochen, wie sie geschildert wird, selbst wenn dieser sich einer List bedient und eine ebenso blutige Methode gewählt hätte. Der verheerende Schockeffekt für die Gegner liegt darin, dass es „eine einzige hebräische Frau“ war. Sie symbolisiert ihr Volk und wird gleichzeitig als Heldin zu einem Individuum, während ihre Magd namenlos bleibt.

Die „Propaganda der Tat“ funktioniert, denn kaum zurück bei ihren eigenen Leuten ist Judit die das Volk wieder einende Anführerin. Sie tüftelt weitere Pläne aus, gibt die Befehle, und weit von femininer Friedfertigkeit entfernt sorgt sie dafür, dass der schon fliehende Gegner, der seine Einigkeit verloren hat, vernichtend geschlagen wird. Aber nach dem Sieg gibt sie die Macht zurück und sich mit der Ehrung zufrieden. Die gesellschaftliche Ordnung wird wieder hergestellt, die Krise ist überstanden. Die weibliche Macht hat den Gegner ausgetrickst, besiegt und gedemütigt, sie ist zerstörerisch, lässt kopflose Männer zurück und muss daher in der eigenen Gesellschaft wieder eingegrenzt werden. Soviel zu den Idealvorstellungen der alten Israeliten im Widerstand. Diese Idealvorstellung folgt einem einfachen Muster: Es gibt ein Volk, das in vorbildlicher Ordnung lebt, es wird von einer Übermacht angegriffen und gerät in Not, was außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich macht, mit einem einzigen genialen Streich gelingt der Sieg, die alte Ordnung wird wiederhergestellt. Und heute?

Widerstand und Geschlecht

Auch heute sind diese Vorstellungen noch virulent. Beispielsweise berufen sich gewaltsame ethno-nationalistische Widerstandsbewegungen[1], um die es in dieser Arbeit geht, auf die Vorstellung eines Volkes, dem aufgrund gemeinsamer Herkunft und Kultur auf einem bestimmten Territorium ein Staat zustehe. Wird dies verweigert, berufen sie sich auf ein Widerstandsrecht, das als „außergewöhnliche Maßnahme“ die Anwendung verschiedener Gewaltformen rechtfertigt, und träumen vom schnellen Sieg und der Wiederherstellung einer alten Ordnung oder der Schaffung einer

1 Nach Ende des Ost-West-Konflikts erhielten Fragen nach Ethnizität und Nationalismus neue Brisanz, schienen sie doch eine entscheidende Rolle in den Konflikten der '90er Jahre zu spielen (Wimmer 1995; Alter 1994). Da die Welt nicht friedlicher geworden war, setzte die Suche nach neuen Erklärungsmodellen ein, nachdem einige alte offenkundig obsolet geworden waren. Eine Renaissance von Ethnizität und Nationalismus war allerdings schon früher festgestellt worden, ebenso wie die Tatsache, dass Konflikte interpretiert als fundamentalistische Kulturkonflikte immer unlösbarer werden (Dittrich/ Radtke 1990). Überhaupt war schon früher Thema, wieso ausgerechnet diese Form der „Wir-Gruppen“ anderen, wie zum Beispiel die der Klassenzugehörigkeit, überlegen und ungebrochen populär ist (Elwert 1989). Kurz gesagt lautet die Antwort, dass sie als moderne Konzepte, die als zeitlose Konzepte identitätsstiftend daher kommen, besonders gut in die Moderne passen (ebd. auch Gellner 1999 und 1990; Anderson 1988). Sie sind also nicht etwa „Überbleibsel“, die sich mit fortschreitender Modernisierung von selbst erledigen. In dieser Arbeit wird nicht von einem primordialen Ansatz zu Ethnizität und Nationalismus ausgegangen, sondern von einem konstruktivistisch (manchmal auch subjektivistisch genannt) – instrumentellen (manchmal auch situational genannt). Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es auch primordiale Elemente geben kann (Smith 1991).

Ordnung, die alte und neue Elemente verbindet, und die in jedem Fall besser sein wird als die zu Zeiten der Unterdrückung.

In der historischen Realität erscheint die Sache allerdings um einiges komplizierter. So muss definiert werden, wer denn überhaupt das Volk ist, worin es sich von anderen unterscheidet, wer dazu gehört und wie seine alte Ordnung ausgesehen hat. Des Weiteren stellt sich die Frage, wer der Gegner ist, gegen wen und auch was sich der Widerstand richtet, wie groß die Bedrohung, was die Unterdrückung ist, und was die Anwendung von Gewalt rechtfertigt, denn „people do not commit political violence without discourse. They need to talk themselves into it" (Apter 1997, 2). Ist die Gewalt als Mittel gewählt und man stellt fest – was die Regel sein dürfte –, dass es keineswegs einen schnellen Sieg gibt, so steht der Widerstand vor dem Problem, inwieweit die Gewalt selbst zu kontrollieren ist, wie sie die Gesellschaft, ihre ökonomische Grundlage, ihre Politik verändert und wie damit umgegangen werden soll, dass der gewaltsame Konflikt zu einem Dauerzustand wird[2]. Und schließlich ist umstritten, wie die neue Gesellschaft aussehen soll.

Im Zuge dieser Definitionsprozesse, die zu Interpretationen des Konflikts, des eigenen Widerstandes und des Gegners werden, und der Prozesse gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Veränderungen entsteht die ethno-nationalistische Widerstandsgesellschaft. Der Begriff „Widerstandsgesellschaft" soll keine revolutionäre oder nationalistische Romantik hervorrufen, sondern ist hier als idealtypische Konstruktion gedacht, denn darunter soll eine Gesellschaft verstanden werden, die folgende Merkmale aufweist: Erstens grenzt sie sich von einer anderen Gesellschaft oder einem Teil der Gesellschaft ab, indem sie sich als Gemeinsamkeit stiftendes Moment über eine wahrgenommene Benachteiligung, Unterlegenheit und Bedrohung definiert. Diese werden auf ihre ethnische Identität zurück geführt. Die dominante Gesellschaft oder der dominante Teil der Gesellschaft wird dabei als mit dem Staat verbunden gesehen, dessen Legitimität nicht anerkannt wird. Zweitens versuchen einige Angehörige der Widerstandsgesellschaft diese Benachteiligung und Unterlegenheit aufzuheben und die Herrschaft des Staates zu stürzen. Dazu bilden sie Organisationen – in dieser Arbeit wird synonym für „Widerstandsorganisation(en)" auch einfach von „dem Widerstand" gesprochen – und verstehen sich selbst als Kern einer „Bewegung[3]", welche die Gesellschaft, die sie zu vertreten beanspruchen, erfassen

2 „Denn Gewalt bringt nicht einfach nur Gegengewalt hervor. Sie scheint ... höchst komplexe Prozesse auch im Inneren der beteiligten sozialen Gruppen auszulösen …." (Behrend 1995, 162)

3 Die Eigenbezeichnung „Bewegung" macht sich die Ungenauigkeit des Begriffs zunutze, die es erlaubt selbst zu definieren, wer alles dazu gehört. Ferner suggeriert dessen Dynamik die Überlegenheit über die Starre des Status quo.

soll. Die Widerstandsgesellschaft ist insofern das Resultat einer erfolgreichen Widerstandsbewegung[4]. Drittens ist die Widerstandsgesellschaft keine befriedete Gesellschaft. Als Gewaltakteure agieren in ihr Organisationen des Widerstandes, der Staat mit seinen Sicherheitskräften und nicht-staatliche, aber tendenziell pro-staatliche Gruppen[5].

Diese Arbeit geht davon aus, dass die soziale Kategorie Geschlecht für all diese Definitionsprozesse bzw. Interpretationen und für all diese Prozesse der Veränderungen[6] und damit für die Entwicklung der Widerstandsgesellschaft zentral ist, und keine Addition, die man lediglich der Vollständigkeit halber hinzufügt (Locher-Dodge 1998[7]). Gleichwohl wird nicht angenommen, dass es die einzige zentrale Kategorie ist[8]. Geschlecht ist ein Ordnungsprinzip von Gesellschaft, das sich für Arbeitsteilung, für soziale und politische Teilhabe und für sonstige Über- und Unterordnung nutzen lässt, und das sich mit anderen Ordnungsprinzipien – Alter, soziale Schicht und Ethnizität – überschneidet (Kreisky 2004). Da es sich um Prozesse des Wandels handelt,

4 Ähnlich wie die Nation etwas ist, das der Nationalismus erst hervorbringt (Gellner 1990).

5 Die Einschränkung „tendenziell" pro-staatlich erfolgt deshalb, weil diese Gruppen sich sehr wohl gegen den Staat wenden, wenn sie glauben, dass er ihre Interessen nicht vertritt.

6 Prozesse der Veränderungen im Unterschied zu schlagartigen Veränderungen. Es wurde oft behauptet, dass sich – ähnlich wie im Buch Judit – in Kriegen oder anderen Krisensituationen die Geschlechterverhältnisse schlagartig ändern und mit Ende der Krise bzw. des Krieges die alten wiederhergestellt werden. Ich halte dies – wie im Buch Judit – für einen Mythos, der auf zweifelhaften Vorstellungen beruht: Zum einen auf einer verzerrten Sicht auf die alten Geschlechterverhältnisse („alle Frauen waren unterdrückt und machtlos, haben nicht außer Haus gearbeitet usw."), zum anderen auf der Vorstellung, Veränderung habe nur dann stattgefunden, wenn das Resultat „Emanzipation" ist, d. h. die Einführung eines bestimmten Gesellschaftsideals.

7 „Zum zentralen Merkmal des Nationalismus gehört sein ambivalenter Charakter: Zum einen tritt er als modernes Projekt auf, welches überkommene Traditionen zugunsten einer neuen Identität aufgibt, andererseits geht es jedoch gerade um die Wiederbelebung tradierter Werte und Normen aus der Tiefe einer einigenden Vergangenheit. Aus dieser Widersprüchlichkeit resultieren wechselnde Portraits von Frauen als Opfer kultureller Rückständigkeit, Ikonen der Moderne oder privilegierte Trägerinnen kultureller Authentizität. In welcher Zeichnung auch immer, die Rollen von Frauen erscheinen als bloße Instrumentalisierungen im Dienste einer nationalistischen Politik. (...) Durch die verstärkte Betonung kollektiver Identitäten im Rahmen nationalistischer Diskurse wird Frauen ein besonderer Status zuteil, der vor allem ihre Bedeutung für die Reproduktion der Gemeinschaft betont und sie in der nationalistischen Propaganda zu Garantinnen des Überlebens der Nation macht …." (Locher-Dodge 1998, 444)

8 Die Vorstellung, dass Geschlecht, d. h. der Dualismus von Weiblichkeit und Männlichkeit, das einzige oder wichtigste soziale Ordnungsprinzip darstelle, brachte dem Feminismus den Vorwurf ein, blind für andere Kategorien zu sein. Diese Debatten waren selbst Ausdruck eines Machtgefälles zwischen Frauen, das mit Kategorien wie „race" und „class" erfasst werden kann (vgl. Rommelspacher 1994; Mohanty/ Russo/ Torres 1991, Introduction).

verändern sich diese Ordnungsprinzipien. So können sich neue kollektive Akteure formieren, schon vorhandene kollektive Akteure ihren Spielraum verändern und erweitern, und es können sich Machtverhältnisse zwischen Akteuren verschieben. Ebenso eröffnen sich auf individueller Ebene neue Handlungsoptionen und Möglichkeiten, in Bereiche einzudringen, die vorher nur Angehörigen einer anderen Gruppe offen standen. Der Widerstand selbst ist ein solcher neuer kollektiver Akteur, der individuellen Akteuren neue Möglichkeiten eröffnet. Umgekehrt bedeutet dies jedoch, dass Akteure, ob kollektive oder individuelle, früher vorhandene Optionen und ihre Macht verlieren können.

Das Hauptinteresse dieser Arbeit richtet sich auf Frauen als individuelle und kollektive Akteurinnen[9] in Widerstandsgesellschaften, und zwar als politische Akteurinnen. Ziel ist es einerseits zu erfahren, wie sich Frauen an der Gestaltung der „Lebenswelt Widerstandsgesellschaft", dem Widerstand und an den Definitions- und sonstigen Prozessen der Veränderung beteiligt haben, welche Interpretationen sie vertraten, aber auch, welche Wirkungen diese Prozesse auf Frauen hatten und somit, welche Möglichkeiten der Gestaltung sowie welche Begrenzungen für sie vorhanden waren[10]. Zu diesem Zwecke habe ich Interviews mit Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften geführt. Andererseits geht es darum, den Fokus auf Frauen dafür zu nutzen, zu einem besseren Verständnis der untersuchten Widerstandsgesellschaft und damit der jeweiligen Konflikte und ihrer Dynamik zu gelangen. Diesem Anspruch liegen mehrere Annahmen zugrunde:

Die erste ist die Zentralität der Kategorie Geschlecht. Die explizite Konzentration auf eine Ausformung von Geschlecht – „Weiblichkeit" – soll dazu führen, die geschlechtlichen Dimensionen mitzudenken und so den Relationsbegriff „Männlichkeit" auch ins Blickfeld zu rücken[11]. Die Geschlechterverhältnisse zeigen an, wie Geschlecht als Ordnungsprinzip umgesetzt wird. Zu erfassen, wie diese Verhältnisse aussehen, welche Veränderungen hier stattfinden und wovon sie beeinflusst werden, sollte also zu einem besseren Verständnis der untersuchten Gesellschaft führen.

---

9 Der Begriff „Akteurin" wurde gewählt, weil er politisch neutral ist („Aktivistin" zum Beispiel ist eher die Selbstbezeichnung) und weil er auf individueller Ebene den Subjektcharakter als Handelnde hervorhebt.

10 Um zu vermeiden, „daß kühles Desinteresse oder warmherzige Opfertheorien einfach abgelöst werden durch die Überhöhung einer zweifelhaften Handlungstheorie" soll auch hier statt dessen „den verschlungenen Bedingungen zwischen objektiven Strukturen, kulturellen Deutungen, sozial verbindlichen Normen und Werten einerseits, weiblichen Handlungspotentialen, Mustern der Selbstwahrnehmung, konformen wie abweichenden Verhaltens andererseits" nachgegangen werden (Heintz/ Honegger 1981, 7).

Die zweite ist die Relativität der Kategorie Geschlecht zu den anderen Kategorien. Der systematische Fokus auf eine der Kategorien bedeutet nicht, diese für die Erklärung von allem und jedem heranzuziehen. Im Gegenteil stellen sich immer die Fragen: Was ist wann, wo, wie und warum geschlechtsspezifisch weiblich und nicht zuletzt, für wen? Geschlechtsspezifisch weiblich ist etwas nicht, nur weil es eine Frau betrifft oder eine Frau es sagt. Wenn nicht beantwortet werden kann, inwiefern etwas geschlechtsspezifisch ist oder die Kategorie Geschlecht nicht ausreicht, um einen Sachverhalt zu analysieren, müssen andere Kategorien herangezogen werden. Dies zeigt aber an, welcher Stellenwert der jeweiligen Kategorie zur Analyse eines bestimmten Sachverhalts zukommt.

Die dritte Annahme betrifft die Politik. Sie lautet, dass die politische Sphäre als männliche gedacht wird, und zwar erst recht, wenn sie kriegerisch ist (Harders 2002, 10). Die Widerstandsgesellschaft definiert sich als politische Einheit, denn bei dem Konflikt mit dem Gegner geht es um Macht, Herrschaft und das der Politik „spezifische Mittel der physischen Gewaltsamkeit“ (Weber 1980 (1921), 29). Der Widerstand fordert das Gewaltmonopol des Staates heraus und ist aufgrund seiner Unterlegenheit bemüht, möglichst alle Kräfte, also auch Frauen, zu mobilisieren. Wie er nun mit diesem Spannungsverhältnis zwischen seinem Anliegen und den Geschlechterverhältnissen umgeht, prägt die Widerstandsgesellschaft entscheidend.

Die vierte und letzte Annahme bezieht sich auf Ethnizität, hier verstanden als kollektiver Glaube an eine gemeinsame Herkunft und Kultur, der durch Abgrenzung hergestellt, aufrecht erhalten und dabei ständiger Veränderung unterworfen wird (Barth 1969). Geschlecht ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein internes Ordnungsprinzip, sondern die Geschlechterordnung stellt ein Moment bei diesen Abgrenzungsprozessen dar (Yuval-Davies 1998). Wird also ein Konflikt entlang ethnischer Grenzen ausgetragen bzw. von den Konfliktparteien als einer zwischen zwei Ethnien wahrgenommen, so gibt die Art und Weise, wie dieses Moment eingesetzt wird, Aufschluss über die Selbstwahrnehmung und die Wahrnehmung der gegnerischen Konfliktpartei.

11 So wurde kritisiert, dass mit „Geschlechtergeschichte“ oft „Frauengeschichte“ gemeint war (Kühne 1996). Sicher könnte man den Effekt, über eine Ausformung von Geschlecht die andere ins Blickfeld zu nehmen, ebenso gut umgekehrt erzielen oder indem man Männer und Frauen als AkteurInnen mit Hilfe der Kategorie Geschlecht analysiert. Die Begrenzung auf Frauen hatte auch pragmatische Gründe hinsichtlich der Menge des Datenmaterials und methodische Gründe hinsichtlich des Zugangs zu den Akteurinnen und der Möglichkeit, „Geschlecht“ zu thematisieren.

Welche Konflikte? Die Fallbeispiele

Die vergleichende Analyse von Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften erfolgt am Beispiel von Republikanerinnen in Nordirland und Palästinenserinnen in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen[12]. Vereinfacht ausgedrückt besteht die grundlegende gemeinsame Konfliktlinie in den Ansprüchen zweier Nationalismen auf ein Territorium, und zwar geht es um ziemlich kleine Territorien[13]. In Nordirland geht es darum, ob es britisch oder irisch ist und im früheren britischen Mandatsgebiet Palästina darum, ob dieses jüdisch oder arabisch/ palästinensisch ist. Tatsächlich verlaufen die Konfliktlinien keineswegs so einfach und die Frage nach der Konfliktdefinition ist selbst Teil der Konflikte, aber die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Konflikte im Einzelnen herauszuarbeiten, soll in der vergleichenden Analyse geleistet werden. Hier sollen zunächst allgemeine Gemeinsamkeiten bezüglich der Austragung der Konflikte dargestellt werden, um zu zeigen, um welchen Konflikttyp[14] es sich handelt:

Der Nordirlandkonflikt und der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern wurden bzw. werden seit Ende der '60er Jahre als „low-intensity-war", der Kriegsform der Zukunft nach Creveld (Creveld 1998), ausgetragen. Beide Konflikte zeichnen sich durch einen phasenweisen Verlauf hinsichtlich der Intensität der gewaltsamen Auseinandersetzungen aus. Auf der einen Seite gibt es den überlegenen Staat und die nicht-staatlichen, aber pro-staatlichen gewaltsamen Gruppen, und auf der anderen Seite die unterlegenen Widerstandsorganisationen. Die Konflikte sind also asymmetrisch. Der überlegene Staat setzt nicht alle ihm zur Verfügung stehenden militärischen Gewaltmittel ein oder kann sie nicht einsetzen. Er greift vielmehr auf eine Mischung aus polizeilichen und militärischen Vorgehensweisen zurück. In diesen beiden Fällen versteht er sich als demokratischer Rechtsstaat, hat allerdings in beiden Fällen dauerhaft und systematisch gegen seine eigenen, von ihm propagierten

12 Im Folgenden nur noch kurz „besetzte Gebiete", in der Regel ist auch Ostjerusalem gemeint (aber eben nicht die Golanhöhen und der früher besetzte Sinai). Mit „Israel" als Gebietsbezeichnung ist im Folgenden Israel in den Grenzen von vor '67 gemeint. Wie in Nordirland (*Ulster*, *Six-Counties*) sind schon allein die Bezeichnungen für die Territorien politisch aufgeladen (*umstrittene Gebiete*, *Judäa und Samaria*, *Palästina*).

13 Nordirland ist nur ca. 14.000 Quadratkilometer groß und das (westliche) Mandatsgebiet Palästina umfasste nur etwa 27.000 Quadratkilometer (das östliche war das heutige Jordanien). Westbank und Gazastreifen sind zusammen nicht einmal 7.000 Quadratkilometer groß. Zum Vergleich: Hessen ist ca. 21.000 Quadratkilometer groß.

14 Die Typisierung erfolgt angesichts der Diskussionen um die „Zukunft des Krieges" nach Ende des Ost-West-Konflikts, den Merkmalen der „Neuen Kriege" bzw. der Rückkehr alter Kriegsformen und des Zusammenhangs zwischen diesen Kriegen und den Schattenseiten der Globalisierung und der Identitätspolitik (vgl. Creveld 1998 (1991); Münkler 2002; Kaldor 2000).

Werte verstoßen. Der Widerstand, der sich als Führer einer nationalen Befreiungsbewegung begreift, wendet eine Mischung verschiedener Protestformen an, zu denen auch solche des zivilen Ungehorsams, gewaltfreie Demonstrationen und rechtliche Mittel gehören. Aber beide Widerstandsbewegungen haben zudem systematisch wie dauerhaft Gewalt als eine ihrer Widerstandsformen gewählt und dabei Gewaltformen[15] eingesetzt, von denen einige eher der Guerilla[16], andere dem Terrorismus[17] und noch andere denen eines gewaltsamen Aufstands entsprechen[18]. Die Vorgehensweise der pro-staatlichen Gruppen ähnelt häufig der des Widerstandes.

Durch diese Arten der Konfliktaustragung aller Beteiligten droht die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten nicht nur aufgehoben zu werden, denn das trifft auf jeden Krieg zu, sondern sie muss aufgehoben werden. Asymmetrie ist nicht gleichzusetzen mit einem Täter-Opfer-Verhältnis, auch wenn beide Konflikte zumindest von Seiten des Widerstandes als Kolonialkonflikte und damit als ein solches verstanden werden. Jedoch verlaufen beide Konflikte entlang mehrerer Konfliktlinien, denn sie sind gleichzeitig Verteilungskonflikte, sind eingebunden

15 Es gibt eine unüberschaubare Vielfalt von Definitionen und Bemühungen die Phänomene, die oft ineinander übergehen, von einander zu unterscheiden, zumal noch weitere Begriffe wie „Partisanen“ oder allgemeiner „Irreguläre“ hinzukommen (vgl. Schneckener 2006, 21 ff.; Hoffman 2001, 13 ff.; Waldmann 1998, 7 ff. und 1993; Münkler 1990; Schmidt 1988; Schulz 1985). Auf jeden Fall ist hier organisierte politische Gewalt gemeint.

16 „Eher der Guerilla“, weil die klassische Guerillastrategie, die auf Gebietsgewinn, auf die Kontrolle über die Bevölkerung dort und schließlich auf eine militärische Lösung – und sei es nur durch Zermürbung des Gegners – aus ist, in den Gebieten schon allein wegen der Größe der Gebiete und dem Ausmaß der Asymmetrie nicht anwendbar war (propagiert wurde sie trotzdem). „Cross-border-raids“, die von einer territorialen Basis im angrenzenden Ausland ausgeführt werden, fallen hierunter (hier wurde zudem insofern eine militärische Lösung gesucht, wie die Nachbarstaaten militärisch in den Konflikt hineingezogen werden sollten), „hit-and-run“ Attacken aus oder in bestimmten Gebieten, die sie zwar nicht völlig unter Kontrolle haben, die aber ihre Hochburgen sind, die Schaffung mehr oder weniger symbolisch „befreiter Zonen“. Des Weiteren ähneln sie den Guerilleros, weil es sich um militärisch mehr oder weniger ausgebildete Gruppen handelt. Sie agieren teilweise im Untergrund, in für sie sicheren Gebieten aber auch offen.

17 Auch Terroristen – Terrorismus hier im Unterschied zum Staatsterror verstanden als nicht-staatliche Gewalt – sind mehr oder weniger ausgebildet, aber die Gewalt verfolgt keinen militärischen Zweck und zielt nicht darauf, Gebiet zu erobern, sondern das Denken. Sie soll Schrecken verbreiten, Botschaften transportieren und ist nicht unbedingt auf eine breite Basis in der Bevölkerung angewiesen. Sie arbeiten konspirativer als die Guerilla.

18 Beim Aufstand werden Bevölkerungskreise gewaltsam aktiv, die gar nicht ausgebildet sind und daher werden vor allem Gewaltmittel benutzt, die jeder handhaben kann (Messer, Steine usw.). Er ist auf eine breite Unterstützung angewiesen, wird aber organisiert. Gewalttätige Demonstrationen, Straßenschlachten, Barrikaden usw. prägen das Bild. Nur die Organisatoren arbeiten im Untergrund, alles andere geschieht offen.

in transnationale und internationale Konstellationen, sind Ausdruck innergesellschaftlicher Konflikte und Konflikte der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Ernst Bloch)[19]. In beiden Konflikten gehören zur Ideologie ethno-nationalistischer Abgrenzung auch religiöse Komponenten.

Als Kompromiss für eine friedliche Lösung wurde für beide Konflikte der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates im Konfliktgebiet propagiert, der dem überlegenen Staat untergeordnet bleibt[20]. Zum Zeitpunkt der Interviews – 2000 in den besetzten Gebieten **vor** Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* und 2001 in Nordirland – war noch nicht absehbar, dass die schwierigen Friedensprozesse zwei völlig unterschiedliche Richtungen nehmen werden: Der eine Friedensprozess scheint sich erstaunlich stabilisiert zu haben, während der andere nicht nur scheiterte, sondern eine bis dahin nicht gekannte Eskalation des Konflikts stattfand. In Nordirland war der Konflikt Anfang der '70er Jahre eskaliert und wurde dann ab Mitte der '70er mit einigem Auf und Ab auf einem relativ gleich bleibenden Niveau mehr als zwanzig Jahre fortgeführt. Die Eskalation ging einher mit dem Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems und der Einführung der britischen Direktherrschaft. Die gewaltsame Austragung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, von einer kurzen Zeit Ende der '60er abgesehen, fand bis Ende der '80er in erster Linie außerhalb der besetzten Gebiete statt, wie ohnehin der Konflikt zwischen Israelis und den Palästinensern innerhalb der besetzten Gebiete nur ein Teil des gesamten Nahostkonflikts ist. Mit der *Intifada* ab Ende 1987 verlagerte er sich auf die besetzten Gebiete und nach einigen wieder ruhigeren Jahren in den '90ern kam es dann zur Eskalation ab Herbst 2000, die das (vorläufige?) Scheitern des Staatsaufbaus in den besetzten Gebieten anzeigte.

Die Lebensbedingungen in den betroffenen Gebieten waren bzw. sind verglichen mit denen in den reichen Sozialstaaten schlecht, aber nicht so miserabel wie in anderen deprivierten Gebieten dieser Welt. Im Hinblick auf Nordirland, das zwar eine der ärmsten Regionen in Westeuropa und die ärmste Region Großbritanniens war, aber damit noch immer besser gestellt als viele Regionen anderswo auf der Welt, mag das unmittelbar einleuchten, doch was ist mit den besetzten Gebieten? Nach dem *Human*

19 Bloch bezog sich 1934 bekanntlich auf Deutschland und den Nationalsozialismus (Bloch 1977). Für die Kriegsursachenforschung hat Siegelberg das Konzept aufgenommen. Demnach führt die Ausbreitung des Kapitalismus zur Transformation von Gesellschaften, deren Mitglieder von dem Wandel unterschiedlich erfasst werden und deren Heterogenität damit zur Zerreißprobe wird. Unterschiedliche Formen der Vergesellschaftung – traditionale und moderne – treffen dann aufeinander (Siegelberg 1994).

20 Im Hinblick auf die besetzten Gebiete könnte man einwenden, es ginge darum, einen souveränen Staat zu errichten. Aber auch ein formell souveränes Palästina bliebe auf absehbare Zeit von Israel abhängig (was nicht notwendigerweise zu seinen Ungunsten sein müsste).

Development Report des Jahres 2004 der Vereinten Nationen[21] lagen sie im Index auf Platz 102 von 177 und gehören damit zur Kategorie „medium human development", wie die umliegenden Staaten Libanon auf Platz achtzig, Jordanien auf Platz neunzig, Syrien auf Platz 106 und Ägypten auf Platz 120. Der Nachbar Israel lag allerdings auf Platz zweiundzwanzig und gehört damit wie die westeuropäischen Länder zur Kategorie „high human development". Die betreffenden Gebiete sind also nicht verwüstet und völlig verelendet, sondern relativ depriviert bezogen auf ihren gegnerischen Staat. Dies ist angesichts der Konflikte bemerkenswert und zwar besonders für Israel und die besetzten Gebiete, wo sich die Bevölkerungen in den letzten vier Jahrzehnten mehr als verdoppelt haben.

Die Gewaltfrage

Mit Gewalt ist hier physische Gewalt gemeint (vgl. Popitz 1992; Neidhardt 1986), und zwar organisierte Gewalt mit deren Hilfe politische Ziele erreicht werden sollen oder die zumindest mit politischen Zielen begründet wird. Um zu verdeutlichen, um welche Dimensionen der politischen Gewalt es sich ungefähr handelt, ist es hilfreich, sich – der Einfachheit halber – mit gerundeten Zahlen diese Dimensionen in den bis jetzt konfliktintensivsten Phasen im Verhältnis zu den betroffenen Bevölkerungen und im Vergleich zu Deutschland vor Augen zu führen: In Nordirland mit seiner Bevölkerung von ca. eineinhalb Millionen kamen von 1971 bis 1977 mehr als 1.500 Menschen um. Umgerechnet auf Deutschland mit ca. achtzig Millionen Einwohnern entspräche dies mehr als 80.000 Toten infolge politischer Gewalt in sechs Jahren. In den besetzten Gebieten mit ca. dreieinhalb Millionen Einwohnern sind von 2000 bis 2008 fast 6.000 Menschen umgekommen und dies entspräche fast 140.000 Toten in Deutschland in acht Jahren. Von 1987 bis 2000 kamen ca. 1.700 Menschen innerhalb der besetzten Gebiete um – also weniger als ein Drittel in einem doppelt so langen Zeitraum und die Opfer der ersten *Intifada*, die auch als konfliktintensive Phase gilt, sind darin enthalten. Dies verdeutlicht die ungeheure Dimension der Eskalation. Im selben Zeitraum fielen dem Nordirlandkonflikt noch über 800 Menschen zum Opfer[22]. Anders formuliert war der Nordirlandkonflikt zum Zeitpunkt der jeweiligen In-

21 In diesem Report wurden die besetzten Gebiete erstmals getrennt aufgeführt. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2002 (Vereinte Nationen 2004).

22 Diese Zahlen sagen nichts darüber aus, wer wen getötet hat. Die Opferzahlen beinhalten auch Sicherheitskräfte, israelische Zivilisten bzw. protestantische Zivilisten – also alle, die innerhalb der entsprechenden Gebiete umgekommen sind. Nicht enthalten sind die Toten innerhalb Israels und außerhalb Nordirlands, die aufgrund des Konflikts umgekommen sind. Zur genaueren Aufschlüsselung und den Konfliktverläufen siehe Kapitel 3. Quellen: Elliott/ Flackes 1999; *b'tselem.*

terviews mindestens ebenso blutig gewesen wie der um Palästina, zumindest bezogen auf die Gewaltbelastung innerhalb der besetzten Gebiete[23].

Trotz dieser hohen Opferzahlen in konfliktintensiven Phasen und des für deutsche Verhältnisse seit Ende des 2. Weltkrieges schockierenden Ausmaßes, trotz begangener Grausamkeiten aller Beteiligten und trotz des Eindrucks zu bestimmten Zeiten, dass die Gewaltspiralen außer Kontrolle geraten sind, waren Gewaltexzesse, wie sie aus anderen Konflikten bekannt sind[24], eher die Ausnahme als die Regel oder fanden gar nicht statt. Zu den letzteren gehören beispielsweise Massenvergewaltigungen, das Verhungern lassen der Zivilbevölkerung, Massenhinrichtungen und klassische Massaker[25]. Nun ist bekannt, dass gerade Akteure in Konflikten zwischen Gruppen, die sich kulturell oder ethnisch eher nahe stehen, was tendenziell auf beide Fallbeispiele zutrifft, dazu neigen, diese mit besonderer Grausamkeit auszutragen, um die Verneinung genau dieser Nähe zu bekräftigen, und die Gewalt selbst dazu dient, die Differenz erst herzustellen (vgl. Schlee 2006; Appadurai 1998). Die Gewaltfrage beschränkt sich also nicht darauf, zu untersuchen, wie und wozu Gewalt als Widerstandsform gewählt wurde, welche Auswirkungen sie auf die Widerstandsgesellschaften hatte und wie sie sich reproduzierte, sondern auch wieso bestimmte Gewaltformen gewählt wurden und andere nicht. Offenkundig war die Gewalt weder unkontrolliert noch völlig ungezielt. Dies und der phasenweise Verlauf weisen daraufhin, dass das Leben in den Widerstandsgesellschaften über lange Zeiträume kein völlig chaotisches in den Wirren eines gewaltsamen Konflikts gewesen ist und die Gesellschaften in vieler Hinsicht stabil geblieben sind. Genauer gesagt lautet die Annahme, dass die Widerstandsgesellschaft und die Widerstandsorganisationen mit dem grundsätzlichen Problem konfrontiert sind, Stabilität zu erhalten oder wieder herzustellen und gleichzeitig Widerstand zu leisten, der zu einer De-Stabilisierung der Lage führt. Zur Analyse dieser Prozesse reicht es nicht aus, nur den Widerstand zu untersuchen,

23 Es wird geschätzt, dass bis 1987 dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern seit Beginn der Besatzung – zwischenstaatliche Kriege nicht mit gerechnet, aber die Kämpfe im Libanon – insgesamt mehr als 10.000 Menschen zum Opfer gefallen waren. Quelle: AKUF.

24 Man denke an Konflikte wie in Algerien, Ruanda, Eritrea, Bosnien, Libanon und so weiter. Im zypriotischen Bürgerkrieg (Zypern hat ca. 1 Million Einwohner) zum Beispiel kamen während seiner kurzen Dauer 1974 nahezu 5.000 Menschen um: „It is clear that in Cypriot intercommunal violence the antagonists are in fact in culturally intimate relationship with each other“ (Loizos 1988, 646) – ein Muster, das auch aus den anderen Konflikten bekannt ist (siehe unten).

25 Sie sind also keine „wilden Kriege“ gewesen, wie Sofsky sie nennt (Sofsky 2002, 147 ff.). Zum, wie ich es hier nenne, „klassischen“ Massaker, das den „Kampf und die Menschenjagd“ beendet, dessen Ziel „restlose Zerstörung“ ist, das „kollektive Gewalt an Wehrlosen“ ist ohne Handlungsökonomie und möglichst in „Handarbeit“ erledigt wird, oder bei technisierten Massakern mit dem möglichst großen Ausmaß an Zerstörung, ebenfalls Sofsky (Sofsky 1996, 176 ff.).

sondern ihre Dynamik erwächst aus den Wechselwirkungen zwischen Widerstand und Staat.

Aus der Forschung zur Folter wird der oft gehörten Meinung, Menschen seien zu bestimmten Grausamkeiten an anderen Menschen erst fähig, nachdem sie diese dehumanisiert hätten, entgegen gehalten, dass es die Akte der Gewalt sind, mit denen der andere entmenschlicht wird oder pointiert: Weil Menschen genau wissen, dass ihr Opfer ihresgleichen ist, greifen sie zu diesen Mitteln, um gleichsam die Minderwertigkeit des Anderen für sich Realität werden zu lassen (Keppley Mahmood 2000, 76). Ist in dieser Erklärung für Gewalt ihr Ziel eine Art „self-fulfilling prophecy" der Überlegenen, so stellt sich die Frage, ob es auch ein spezifisches Ziel der Gewalt der Unterlegenen gibt. Danach könnte Gewalt als Protest gegen diese Verneinung der Gleichwertigkeit, gegen Demütigung verstanden werden und sie diente dann dazu, die Ehre oder Würde des Opfers wieder herzustellen. Auf kollektiver Ebene ist diese Form der Gewaltlegitimation durchaus bekannt, so wird demnach durch Gewalt die Ehre der in Schande gefallenen Nation wiederhergestellt oder die Würde der Kolonialisierten (vgl. Fanon 1971 (1961)). Die Befreiung aus dem Opferstatus durch Kampf und dabei vor allem die Bereitschaft, sich selbst zum Opfer zu bringen, anstatt sich von jemand anderem viktimisieren zu lassen, spielen dabei eine zentrale Rolle. Da Blutvergießen aber nun einmal dazu gehört, hieß es bei Patrick Pearse, einem Anführer des Osteraufstands 1916 in Dublin: „We may make mistakes and shoot the wrong people; but bloodshed is a cleansing and a sanctifying thing, and the nation which regards it as the final horror has lost its manhood [sic! SK]. There are many things more horrible than bloodshed; and slavery is one of them."[26]

Gewalt und dabei insbesondere politische Gewalt gilt als die männliche Domäne schlechthin. So ist nach Seifert das Militär ein Ort, wo „Konstruktionsprozesse von Männlichkeit" stattfinden (Seifert 1996, 83), aber: „Die Konstruktion des Krieges als Auseinandersetzung zwischen (männlichen) Armeen kann nur durch das Verschweigen oder Ignorieren massiver weiblicher Involviertheit und gewaltiger Zahlen aufrecht erhalten werden" (ebd., 93). Bei Creveld ist das Wesen des Krieges der Kampf (Creveld 1998, 238), der den Männern vorbehalten sei und er meint, wo Frauen am Krieg teilnehmen dürften, zeige dies seinen Bedeutungsverlust und nicht etwa eine Aufwertung der Frauen an (ebd., 263 ff.). Er räumt allerdings ein, dass in Fällen wo ein Konflikt nicht als Krieg definiert wird, sondern als Rebellion oder Aufstand, der Indikator für deren Erfolg die Unterstützung und Teilnahme von Frauen sein könnte,

26 Pearse war damit durchaus auf der Höhe seiner Zeit, was blutrünstige nationalistische Rhetorik betrifft – eine Tradition, die sich bekanntlich noch weiter fortsetzen sollte. Das Zitat stammt aus „The Coming Revolution" (November 1913).

und eine Untersuchung von „low-intensity-war“ ohne Analyse der Rollen von Frauen nicht einmal „annähernde Vollständigkeit beanspruchen“ könne (ebd., 277). Nach Simmel lässt der „Militarismus“ mit der „Konzentrierung aller Interessen auf den Krieg ... von vornherein die Frauen als das unnützere, untergeordnete Geschlecht“ erscheinen, wobei die von ihm unterstellte „Waffenunfähigkeit der Frauen in die Schätzung des Geschlechts eingreifen muss“ (Simmel 1985 (1894), 110). Aber er meinte, wenn Frauen – aus seiner Sicht ausnahmsweise – teilnehmen dürften und das kriegerische Interesse sie einschließt, müsse dies zu ihrer Erhöhung beitragen (ebd., 117). Ob dem so ist und was dann wertgeschätzt wird, sind allerdings hier noch offene Fragen.

Die Kulturfrage und die vergleichende Perspektive

Bei diesem Vergleich scheint der offenkundigste Unterschied zwischen den Fallbeispielen in ihrer Verortung in verschiedenen Kulturkreisen zu bestehen. Demnach liegt Nordirland im „Okzident“ und Palästina im „Orient“ und dies war ein Grund für die Auswahl der Fallbeispiele (siehe auch Kapitel 2). Obwohl schon deutlich ist, dass das Problem der kulturellen Distanz und Nähe und deren Wahrnehmungen von Seiten der Beteiligten in die Analyse der einzelnen Konflikte einbezogen werden muss, bleibt die Frage hier, wie „Kultur“ in die vergleichende Analyse einbezogen werden soll, außer die kulturellen Abgrenzungen selbst zu vergleichen. So ist schon allein die Frage nach dem Verhältnis von „Okzident“ und „Orient“ für die Menschen in Nordirland – im Gegensatz zum palästinensischen Fall – bezogen auf ihren eigenen Konflikt völlig irrelevant. Die geteilte nationalistische Ideologie, die einen Sinnhorizont zur Weltdeutung bereit stellt und damit das leistet, was man unter anderem der Kultur zurechnet, zeigt allerdings, dass für Kulturkreise keine eindeutigen Grenzen zu definieren sind. Zudem sind weder Kulturen noch Kulturkreise monolithische unwandelbare Gebilde, sondern ein Konglomerat aus historischen und aktuellen Einflüssen mit Widersprüchen[27]. Entsprechend sind Menschen weder durch ihre Kultur determiniert noch uniform. Die Einheitlichkeit liegt im zweckgerichteten Auge des Betrachters: „Any view of cultures as clearly delineable wholes is a view from the outside that generates coherence for the purposes of understanding and control“ (Benhabib 2002, 5). Wie bei der Ethnizität sind es die Abgrenzungen, denen im Definitionsprozess über das unterstellte vorhandene Wesen einer Kultur eine entscheiden-

27 Archer nennt die Vorstellung, „which perpetuates an image of culture as a coherent pattern, a uniform ethos or a symbolically consistent universe“, den „Myth of Cultural Integration“ (Archer 1989, Preface XV). Dazu auch Saal 2007.

de Rolle zukommt, wie die Orientalismus- und Okzidentalismusdebatten[28] ebenso zeigen, wie das Schlagwort vom „Kampf der Kulturen“ (Huntington 1993)[29].

Dessen ungeachtet bleibt hier zunächst offen, inwieweit festgestellte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Republikanerinnen und Palästinenserinnen als kulturelle interpretiert werden können. Allen oben genannten Annahmen zur Kultur zum Trotz darf nicht vergessen werden, dass erstens AkteurInnen selbst Kultur und damit zusammenhängend Tradition und Religion als Erklärungs- und Deutungsmuster benutzen, und zweitens Menschen von ihrer Kultur „selbstverständlich“ geprägt werden und diese eine „kognitive und symbolische Ordnung der Welt“ (Fillitz/ Gingrich/ Rasuly-Paleczek 1993, Vorwort II), und eine kulturelle Praxis vorgibt, mit denen sich jede(r) auseinander setzen muss. Die Verbindlichkeit bestimmter Praxen und Deutungen muss allerdings nicht immer auf ihrer tatsächlichen historischen Verankerung beruhen, sondern kann auch darauf zurück zu führen sein, dass sie für historisch verankert, also traditionell, gehalten bzw. als solche propagiert werden. Was die Tradition oder die Religion vorschreibt, sind selbst Interpretationen und genauso wenig einheitlich und zeitlos wie Kultur. Kultur, Tradition und Religion als Erklärungen zu gebrauchen ist demnach ein schwieriges Unterfangen, weil ihr Überdauern, ihre Ausformungen und Wandlungen selbst erklärungsbedürftig sind. Zusätzlich wird die Geschlechterordnung als zentrales Abgrenzungsmoment zwischen „Okzident“ und „Orient“ genutzt, wobei „Orient“ oft verkürzt wird auf die „Welt des Islam“ (Kröhnert-Ortmann 2007). Doch eine ahistorische Herangehensweise an den Zusammenhang zwischen Islam und Geschlechterverhältnissen ist nicht in der Lage

28 Seit Said 1978 mit seinem Buch „Orientalism“ den Vorwurf erhoben hatte, dass der „Orient“ in der westlichen Wissenschaft konstruiert wurde, um westliche Dominanz aufrecht zu erhalten, ist er seinerseits kritisiert worden, so etwa, dass er „Orientalism in Reverse“ betreibe (Al-Azm 2000 (1981)); oder Schulze, der darauf hinweist, dass umgekehrt der „Okzident“ als negatives Bild im „Orient“ genutzt wird (Schulze 1991).

29 Diese Debatten, die meist als politische und nicht etwa als wissenschaftstheoretische ausgetragen werden, sollen hier nicht aufgerollt werden, obwohl sie in Verbindung mit denen um „Terrorismus“ und „Islam“ weiteren Auftrieb erhalten haben. Diese Debatten haben schon ihre eigenen Mythen hervorgebracht, wie zum Beispiel Forscher zu Selbstmordattentaten feststellen: „Contrary to a widespread belief, the majority of SMs [Suicide Missions; SK] have been carried out by secular rather than religious organizations“ (Gambetta 2006, Foreword, viii). Dieses Beispiel zeigt meines Erachtens, dass es sinnvoller ist, empirisch genau hinzusehen, anstatt vor jede Abhandlung über Phänomene, Menschen etc., die einer anderen Kultur zugeordnet werden, seitenlang über Eurozentrismus, Orientalismus usw. zu referieren in dem Bemühen, sich von vorne herein gegen solche Kritik zu immunisieren.

„to conceptualize the possible connections between Islam and other features of society such as political systems, kinship systems or the economy“ (Kandiyoti 1991, 1)[30].

Obwohl sich in Nordirland eine Konfliktlinie konfessionell beschreiben lässt, wurde der Konflikt doch selten als religiöser interpretiert und die republikanische Seite versteht sich selbst als säkular. Der Konflikt um Palästina wird dagegen nicht nur häufiger als religiöser interpretiert oder seine religiösen Komponenten werden hervorgehoben, sondern die palästinensische Nationalbewegung ist geteilt in eine säkulare und eine nicht-säkulare, die insbesondere seit Ende der '80er als politische Kraft in Erscheinung getreten ist oder, besser gesagt, als eine solche wahrgenommen wird. Obwohl dies zum Zeitpunkt der Interviews schon deutlich zu erkennen war, ist dies ein Vergleich zwischen Republikanerinnen und – mit einer Ausnahme – Palästinenserinnen, die Gruppierungen angehör(t)en, die als säkulare gelten. Die Gründe dafür sind, dass es zum einen diese Gruppierungen waren, die über lange Zeit den Konflikt geprägt haben, und zum anderen ein Vergleich zwischen säkularen Republikanerinnen und nicht-säkularen Palästinenserinnen von vorne herein Gefahr gelaufen wäre, der Religion im palästinensischen Fall eine herausragende Stellung beizumessen, von der doch zweifelhaft ist, ob sie diese überhaupt inne hat.

Doch nicht nur Rückgriffe auf einen abstrakten Kulturbegriff oder kulturelle Stereotype, die nicht nur selbst zur ethnischen Grenzziehung dienen, sondern kulturelle oder traditionelle Aspekte nicht so fassen können, dass deutlich wird, inwiefern sie mit anderen Aspekten in Wechselbeziehungen stehen, sind problematisch. Die Behauptung, dass „irgendwie“ alles kulturell bedingt ist, steht insofern in einer Linie mit Behauptungen, nach denen „irgendwie“ alles historisch bedingt ist oder „irgendwie“ alles politisch oder vergeschlechtlicht oder einzigartig ist, wie solche Aussagen „irgendwie“ immer stimmen, ihr Erkenntnisgehalt aber meist gleich Null ist. Zwar ist jede Gesellschaft und jeder Konflikt auf eine triviale Weise immer einzigartig, doch ohne vergleichende Perspektive erscheinen manche Aspekte „einzigartiger“ als sie tatsächlich sind. Wird ein Aspekt, den man ohnehin für typisch hält, herangezogen, um die Besonderheit des Falles zu erklären, ohne andere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, so wird die Argumentation zirkulär. Bei der Analyse von Konflikten kann dies auch die einfache Übernahme der Konfliktinterpretation einer Konfliktpartei sein. Es wird also etwas als Erklärung angeboten, was wiederum, ähnlich wie die

30 Dass zum Beispiel die Verwandtschaftssysteme im Nahen Osten mediterran sind und damit religionsübergreifend, ist keine neue Erkenntnis (Tillion 1983 (1966)). Oder ein anderes Beispiel: „Die Frau als das Andere der Vernunft“ als gemeinsamer Zug arabisch-islamischer und europäischer Philosophie, wie es Schirilla herausgearbeitet hat (Schirilla 1996).

„historische Verwurzelung“, die Interpretationen von „Kultur“ oder „Geschlecht“, selbst erklärungsbedürftig ist.

Die Analyse und ihr Aufbau

Diese Analyse politischer Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften beruht auf selbst erhobenem Material. Es ist also eine empirische Arbeit, deren Grundlage neben Aufenthalten in den Konfliktgebieten vor allem 66 Interviews mit Akteurinnen bilden. Deshalb kommen die Interviewpartnerinnen relativ ausführlich zu Wort. In dieser Arbeit wird weder eine bestimmte Theorie angewendet noch überprüft. Vielmehr werden die eigenen Daten im Lichte und in Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen und theoretischen Vorgaben anderer interpretiert. Gleichzeitig ist es eine Auseinandersetzung mit den Interpretationen der Interviewpartnerinnen, die – so trivial dieser Hinweis sein mag – unter anderem ihre Erfahrungen und Deutungen auch mit Hilfe von Theorien, Paradigmen etc. ordnen, die aus wissenschaftlichen und anderen Diskursen stammen.

Diese Analyse versteht sich als ein Beitrag zu dem Bemühen, zu genaueren Konflikteinschätzungen und damit auch viel versprechenderen und möglichst gewaltarmen Lösungsansätzen zu gelangen. Hinter der Thematik steht sowohl die kritische Auseinandersetzung damit, wie Staaten mit gewaltsamen Herausforderungen umgehen, denen sehr wohl Ungerechtigkeiten zugrunde liegen, als auch damit, wie die davon Betroffenen versuchen, diese zu ihren Gunsten zu ändern und inwieweit ihre Problemdefinitionen und Widerstandsstrategien dafür geeignet sind. Dass auch eine kritische Auseinandersetzung mit Letzteren dringend notwendig ist in einer Welt, in der „vier Fünftel der Menschheit ... in den kommenden Jahrzehnten in der Regel wider Willen damit experimentieren müssen, auf die Probleme sozialer Mobilisierung und von Fundamentalpolitisierung[31] erneut angemessene Antworten zu finden“ (Senghaas 2004, 51) ist eine Erkenntnis, die meines Erachtens weder bei denjenigen angekommen ist, die aus Sicht des einen „Fünftels“ den Status quo meinen aufrecht erhalten zu können – unter anderem mit einem „Krieg gegen den Terror“ –, noch bei denjenigen, die ebenso an die Allmacht dieses „Fünftels“ glauben, allerdings daraus

31 „So [durch Verstädterung, Alphabetisierung usw.; SK] werden aus traditionalen Gesellschaften politisierbare und faktisch politisierte Gesellschaften. In ihnen werden überkommene Identitäten fragwürdig. (...) die Politisierung von Identitäten, Wahrheiten, Gerechtigkeitsvorstellungen und Interessen ist unumkehrbar. Aus all dem folgt inzwischen die in jeder Ecke der Welt vernehmbare Forderung nach politischer Teilhabe. (...) Wenn gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Auseinandersetzungen sich als politische und politische Auseinandersetzungen sich als gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle darstellen, liegt *Fundamentalpolitisierung* vor.“ (Senghaas 2004, 29/30)

schließen, die Verantwortlichen für jegliches Unrecht und jede Gewalt nur dort finden zu können.

Die Arbeit ist in fünf weitere Kapitel gegliedert. Im zweiten Kapitel wird die Methode erörtert, und zwar zunächst die Überlegungen zur Methodenauswahl, dann das Untersuchungsdesign und schließlich die Datenbasis und ihre Auswertung. Im dritten Kapitel zu den historischen Kontexten politischer Partizipation wird zuerst geklärt, wozu der historische Kontext dienen und was unter politischer Partizipation verstanden werden soll. Im Anschluss daran erfolgen die Darstellungen der historischen Entwicklungen der Konflikte mit dem Schwerpunkt auf Frauen als Akteurinnen. Die historischen Kontexte und die jeweilige politische Partizipation von Frauen werden dann miteinander verglichen und schließlich die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zusammengefasst. Zu den historischen Kontexten zählen dabei neben den politischen Entwicklungen innerhalb der Widerstandsgesellschaften auch ihre sozialen Strukturen, ökonomische Aspekte und solche der Geschlechterverhältnisse, sowie die internationalen Rahmen und kulturellen Deutungsmuster.

In den darauf folgenden beiden Kapiteln geht es um die Konfliktdynamik in den Widerstandsgesellschaften. Dabei werden gleichzeitig die schon gewonnenen Erkenntnisse immer weiter konkretisiert, und so Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer gefasst. Die Konfliktdynamik wird verstanden als eine Wechselwirkung zwischen einer Strategie der Konfliktentgrenzung des Widerstandes und die der Begrenzung durch den Staat, wobei beide Strategien Paradoxien erzeugen, die der des Gegners in die Hände spielen. Im vierten Kapitel werden diese Strategien und diese Dynamik vorgestellt, ohne die Kategorie Geschlecht zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass die Aussagen der Interviewpartnerinnen verwendet werden, die als typische Aussagen von Angehörigen einer Widerstandsgesellschaft bzw. ihrer Widerstandsgesellschaft gelten können. Resultat dieser Dynamik ist eine Omnipräsenz des Politischen in der Widerstandsgesellschaft, die dem Widerstand zugute kommt – allerdings nur in dem Sinne, dass er sich selbst reproduzieren kann und nicht im Hinblick auf seine angestrebten politischen Ziele.

Im fünften Kapitel werden die geschlechtsspezifischen Aspekte der Strategien und der daraus resultierenden Dynamik thematisiert. Es wird gezeigt, wie Weiblichkeit als politische Ressource des Widerstandes eingesetzt wird, welche Ambivalenzen innerhalb der Widerstandsgesellschaft daraus entstehen und worauf diese zurückzuführen sind. Aber auch die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der staatlichen Begrenzungsstrategie, und die Art und Weise, wie der Staat Weiblichkeit und Geschlecht als politische Waffe einsetzt, sind Themen dieses Kapitels. Bei all dem wird deutlich, wie zweischneidig und doppelbödig einerseits das Leben in einer Wider-

standsgesellschaft, zwischen Ent- und Begrenzung für Akteurinnen ist und andererseits, wie zweischneidig und doppelbödig die Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse sein können.

Da die Kapitel drei bis fünf in ihrem jeweils letzten Unterkapitel schon die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen, resümiert das sechste und letzte Kapitel mit der Feststellung einer „Reproduktion des Krieges“ die aus den Ergebnissen folgenden Erkenntnisse. Was die Analyse von Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften im Allgemeinen bezüglich asymmetrischer Konflikte lehrt, wird dabei unter der Frage behandelt, wie es kommt, dass Frauen sich an dieser Reproduktion beteiligen. Was im Besonderen hinsichtlich der beiden Widerstandsgesellschaften durch eine Verknüpfung der Geschlechtsperspektive mit der Gewaltfrage deutlich wird, ist das nächste Thema dieses Kapitels bevor abschließend die Formel vom „gerechten Frieden“ diskutiert wird.

2. Methode

> „Ein Fremder betritt ein Pub in Belfast, nimmt an der Bar Platz und bestellt etwas zu trinken. Der Barkeeper und die anderen Gäste verwickeln ihn in ein Gespräch. Nach einer Weile fragt einer betont beiläufig: ‚Bist du Katholik oder Protestant?' Plötzlich ist Stille im Raum. Der Fremde fängt an zu schwitzen. Alle Augen ruhen auf ihm. Er hat natürlich von dem Konflikt gehört, weiß aber nicht einzuschätzen, was die anderen sind. Schließlich glaubt er, die rettende Idee zu haben und sagt: ‚Ich bin Jude!' – ‚Katholischer oder protestantischer Jude?'" (Alter nordirischer Witz, den es in mehreren Varianten gibt)

Dieser Witz ironisiert die unentrinnbare binäre Freund-Feind-Logik einer Gesellschaft im gewaltsamen Konflikt. Gleichzeitig ironisiert er die Bedeutung der verwendeten Zuordnung, weil die religiösen Begriffe, die der Zuordnung dienen, ihrer religiösen Bedeutung beraubt werden. Die eigentliche Frage an den Fremden lautete: Auf wessen Seite stehst du? Um der Beantwortung der Frage zu entgehen, hätte sich der Fremde etwas besseres einfallen lassen müssen. Zwar hatte er ihren Zweck richtig interpretiert, war aber nicht in der Lage, mit der Identifizierung umzugehen: Er kann weder die anderen einordnen, noch versteht er ihre Zuordnungskriterien. Wäre er ein Soziologe auf Feldforschung, so hätte er noch viel zu lernen.

Wie man etwas über – und eventuell von – andere(n) lernen kann, ist die Frage nach der anzuwendenden Methode. Die Auswahl der Methode richtet sich nach der Fragestellung, dem Feld und den zur Verfügung stehenden Ressourcen, seien sie nun finanzieller, zeitlicher oder persönlicher Art, oder auch danach, wie viel Wissen vorher über den Untersuchungsgegenstand erwerbbar ist. Die Wahl der Methode ist nicht einfach nur die Wahl eines bestimmten Datenerhebungsinstrumentariums, sondern bestimmt Möglichkeiten und Grenzen der Erkenntnis. Im folgenden möchte ich die Auswahl meiner Methoden unter den genannten Gesichtspunkten begründen. Anschließend wird das Untersuchungsdesign beschrieben und schließlich die gewonnene Datenbasis, deren Auswertung sowie Erkenntnisgrenzen aufgezeigt.

2.1 Methodenauswahl

Methode und Fragestellung

Entsprechend des in der Einleitung schon dargestellten Erkenntnisinteresses, ging es bei meinen Forschungsaufenthalten darum, etwas über Aktivitäten, Erfahrungen, Lebenswelt und deren Interpretationen von Frauen, die in einer Widerstandsgesellschaft leben und selbst am Widerstand beteiligt waren, zu erfahren. Da das Ziel ist, sich die-

se Erkenntnisse und damit die geschlechtsspezifische Perspektive zur Vertiefung des Verständnisses asymmetrischer Konflikte nutzbar zu machen, richtete sich mein Interesse nicht auf die Aufarbeitung individueller Biographien, sondern auf die Entdeckung von Handlungs- und Deutungsmustern, deren Einordnung in die Strategien und Weltsicht der Widerstandsbewegungen und deren Bedingtheit im Kontext der Konflikte. Deshalb war die „Rekonstruktion subjektiver Erlebnisperspektiven" (Haupert 1991, 220) nur ein Zwischenschritt in meinem Forschungsprozess. Er ist allerdings ein notwendiger, denn die individuelle Akteurin bleibt der Bezugspunkt und ist die Untersuchungseinheit, welche die gewünschten Informationen zur Verfügung stellen kann und daher zu Wort kommen muss. Bei der Befragung Einzelner begreift man sie „... nicht als ein eher unbedeutendes, und prinzipiell austauschbares Mitglied einer Population oder Stichprobe, das nur Träger von durch den Forscher als wichtig definierten Merkmalen ist ..., sondern man betrachtet den Einzelnen als Fachmann für die Deutungen und Interpretationen des Alltags" (Lamnek 1995b, 6).

Standardisierte Verfahren scheinen für einen Vergleich den Vorteil zu haben, direkt vergleichbare Daten zu liefern. Da aber die Forscherin schon vor der Erhebung nach theoriegeleiteten Annahmen entscheidet, welche Aspekte oder Merkmale relevant sind und daher operationalisiert und abgefragt werden, ist die Vergleichbarkeit der Daten Resultat des Verfahrens selbst, und damit hat es anderen Verfahren in dieser Hinsicht nichts voraus. Es ist immer die Interpretation der Forscherin, welches Merkmal als relevant angesehen wird und was als Ausprägung diesem Merkmal zugeordnet werden kann. Mit standardisierten Verfahren lassen sich zwar Gemeinsamkeiten und Unterschiede, also Merkmalsausprägungen, hinsichtlich der ausgesuchten Aspekte gewinnen, aber eben nicht darüber hinaus. Soll der Forschungsprozess offen für die Relevanzsetzungen der zu Erforschenden bleiben, so muss das Verfahren nicht- oder nur teil-standardisiert sein (vgl. Kelle/ Kluge 1999, 66). Da Vergleichen immer eine Interpretationsleistung der Forscherin ist, ist eine Vorstrukturierung der Interviews nach Themenbereichen oder Zentrierung um bestimmte Probleme nicht notwendig, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Es ist grundsätzlich möglich, alles mit allem zu vergleichen. Trotzdem kann eine Vorstrukturierung nützlich sein, um sich über seine eigenen Annahmen klar zu werden, die anzusprechenden Themen nicht ausufern zu lassen und so eine Datenflut zu produzieren, oder konkret im Interviewverlauf als Stütze für die Interviewerin zu dienen. Deshalb entschloss ich mich zu leitfadengestützten Interviews, wobei der Leitfaden sich zwar auf bestimmte Themen konzentrieren, diese aber nicht zwingend und erst recht nicht in einer bestimmten Reihenfolge angesprochen werden sollten.

Vergleichen und Fragen gelten als zwei grundlegende analytische Verfahren qualitativer Sozialforschung (Strauss/ Corbin 1996, 44[32]). Ein Vergleich über Grenzen hinweg, die als kulturelle gelten, unterscheidet sich grundsätzlich nicht von anderen Vergleichen. Der Vergleich setzt schon ein, wenn die Einzelfälle innerhalb einer Gruppe zueinander in Beziehung gesetzt werden. Die Auswahl der zu vergleichenden Gruppen orientiert sich an der Annahme, dass ein Vergleich einen interessanten Erkenntnisgewinn mit sich bringt, der Gemeinsamkeiten des übergeordneten zu untersuchenden Phänomens – also asymmetrische Konflikte – beleuchtet und gleichzeitig die Eigenart des Einzelfalls – also des Nordirland- bzw. Palästinakonflikts – hervorhebt. Ähnliches gilt für die Auswahl der Befragten innerhalb einer Gruppe. So dient die Suche nach vermuteten ähnlichen Fällen der Überprüfung angenommener Gemeinsamkeiten und die nach möglichst kontrastierenden der Suche nach Unterschieden. Finden sich Gemeinsamkeiten zwischen den kontrastierenden Fällen, so deutet dies auf eine Merkmalsausprägung, welche die ganze Gruppe teilt. Unterschiede bei den ähnlichen Fällen deuten dagegen eher auf individuelle Unterschiede oder solche definierbarer Untergruppen. Dies alles gilt nur, wenn man mit seinen Vermutungen richtig lag, aber aufgrund von Vorwissen und begründbar mit anderen Quellen sind solche Vermutungen und andere Annahmen gerechtfertigt (vgl. Kluge/ Kelle 1999, 40). Wie jeder qualitative Forschungsprozess zeichnet sich ein „interkultureller" Vergleich durch das Ineinandergreifen von Datensammlung und Analyse aus. „Mit den Daten denken" (Coffey/ Atkinson 1996, 2) oder die immer wieder zu leistende „Gegenstandsverankerung in der Empirie" (Strauss/ Corbin 1996, 39) bedeutet, dass Annahmen ständig an dem gewonnenen Material überprüft und wiederum neue Annahmen für die weitere Datensammlung entwickelt werden.

Auch das „interkulturelle" Fragen unterscheidet sich nicht grundsätzlich von anderem Fragen. Die Forscherin ist immer aufgefordert, ihre eigene Stellung zu reflektieren, die Interaktionssituation des Interviews zu berücksichtigen, flexibel und offen auf die Interviewpartnerinnen zu reagieren, vor „Selbstverständlichkeiten" auf der Hut zu sein usw.[33] Mangelnde Sprachkompetenz der Forscherin, ihre geringe Vertrautheit mit den Gepflogenheiten des Milieus und andere Fremdheitserfahrungen können in jedem zu untersuchenden Feld auftreten, sogar wenn dort die eigene Muttersprache gesprochen, aber ein Slang oder Fachjargon verwendet wird. Trotzdem ist

32 Weitere Literatur zur qualitativen Sozialforschung (so weit nicht an anderer Stelle erwähnt): Bohnsack/ Marotzki/ Meuser 2003; Flick 2002; Kluge 1999; Mayring 1996; Lamnek 1995a; Strauss 1991; Kleining 1982.

33 Anregungen für die konkrete Durchführung finden sich zum Beispiel bei Lamnek 1995b, 35 ff.; Spradley 1979; König 1972.

sicherlich die wahrgenommene Fremdheit bei einer Ausländerin größer. Dies sowohl von Seiten der zu Erforschenden als auch von Seiten der Forscherin, die in einem befriedeten Sozialstaat aufgewachsen ist. Die ethnographische Methode und dabei insbesondere die teilnehmende Beobachtung[34] gilt als die Methode, die das Fremdverstehen ermöglichen soll, und wäre daher neben Interviews entsprechend der Fragestellung nahe liegend gewesen. Die Überlegungen zum Untersuchungsfeld machen jedoch deutlich, wieso sie in meinem Forschungsprozess nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte, und wieso die wahrgenommene Fremdheit auch von Vorteil sein kann.

Methode und Feld

Die Aktivitäten der zu untersuchenden Widerstandsbewegungen waren bzw. sind nicht nur zumindest teilweise illegal, sondern vor allem auch teilweise gewaltsam. Somit gibt es Instanzen, die Kontrolle über die Aktivitäten – wie etwa Kontakte zu anderen – der Akteurinnen ausüben und gegebenenfalls gewaltsam sanktionieren, und zwar der Staat und die Widerstandsorganisationen. Von moralischen Erwägungen einmal ganz abgesehen, sind das gute Argumente, sich genau zu überlegen, woran man als Forscherin beobachtend teilnimmt. In Bezug auf die Datenerhebung sollten daher die Interviews die Hauptsache sein. Meine sonstigen Erfahrungen oder teilnehmenden Beobachtungen bei Veranstaltungen oder welchen Gelegenheiten auch immer sollten zwar regelmäßig festgehalten werden, aber als Datenmaterial zweitrangig bleiben.

Ein Grund für die Entscheidung, Nordirland und die besetzten Gebiete zu vergleichen, war die politische Lage zum damaligen Zeitpunkt, also 1998/1999: In beiden Gebieten schien ein Friedensprozess in vollem Gange. Die Überlegung war, dass es dieser Umstand erleichtern würde, innerhalb relativ kurzer Zeit Kontakte zu Akteurinnen zu knüpfen, die Zeiten intensiverer Konfliktphasen zu thematisieren und eine Feldforschung ohne größere Risiken durchzuführen, obwohl beide Konflikte nicht beigelegt waren und jederzeit wieder eskalieren konnten. Doch es gab noch weitere pragmatische Gründe. Zum einen sind beide Widerstandsbewegungen bzw. deren Organisationen etabliert, institutionell verankert und daher leicht erreichbar. Sie haben Büros, Homepages im Internet mit Kontaktadressen, offizielle Ansprechpartner und ähnliches. Zum anderen waren am Konflikt unbeteiligte Ausländer zumindest innerhalb der Konfliktgebiete selten ihre Zielscheiben. Des Weiteren – auch wenn meine Interviewpartnerinnen diese Einschätzung vermutlich nicht teilen – wird in beiden

34 Zur teilnehmenden Beobachtung: Hauser-Schäublin 2003; Spittler 2001; Lüders 2000 und 1995; Aster/ Merkens/ Repp 1989.

zuständigen Staaten die Forschungs- und Meinungsfreiheit weitgehend gewährleistet. Letzteres dürfte einer der Gründe sein, wieso PalästinenserInnen und NordirInnen „forschungs- und medienerprobt“ sind, das heißt in den letzten Jahrzehnten schon viele Forschungen oder Reportagen über sie und mit ihnen durchgeführt wurden. Ein anderer Grund dafür dürfte sein, dass der Wert der Öffentlichkeitsarbeit und internationaler Kontakte von den Widerstandsorganisationen längst entdeckt worden ist. Diese Kontakte könnten also von Vertreterinnen der Widerstandsorganisationen als Gelegenheit angesehen werden, nicht nur sich selbst so darzustellen, wie sie gesehen werden möchte und anderen mitzuteilen, was sie erlebt haben – was wohl auf jede zutrifft, die sich zu Interviews bereit erklärt –, sondern auch schlicht zur Propaganda in eigener Sache. Zudem sind die Grenzen dieser Offenheit nicht zu unterschätzen. Die jahrzehntelange Gewalt und Gegengewalt hat eine Kultur der Geheimniskrämerei, des Misstrauens, der Angst und Überwachung hervorgebracht, deren Auswirkungen in die Überlegungen zu einem Forschungsvorhaben einkalkuliert werden müssen. Damit erhalten vertrauensbildende Maßnahmen, die Selbstpräsentation der Forscherin und dabei insbesondere die Betonung des wissenschaftlichen Interesses, die Form der Kontaktaufnahme und die Auswahl der Kontaktpersonen ein noch stärkeres Gewicht als ihnen in jedem Forschungsprozess zukommt.

So wichtig und wünschenswert es ist, vor Ort einen Eindruck über die Lebensbedingungen und die Auswirkungen oder auch Ausprägungen der Konflikte zu gewinnen, dabei mit den betroffenen Menschen in Kontakt zu kommen und selbst einen möglichst integeren Eindruck zu machen, so wenig wünschenswert erschien es mir danach zu streben, den Status der Fremden hinter mir zu lassen. Tatsächlich hat es sich im Gegenteil immer wieder als notwendig erwiesen, diesen Status gezielt herzustellen, um Vermutungen, zur „anderen Seite“ zu gehören oder sogar Verdächtigungen, für diese zu „arbeiten“, zu entkräften[35]. Mein Anliegen war eher, den Status eines gerne gesehenen Gastes zu erreichen, der interessiert und offen ist, und dem auch eine gewisse Kompetenz im Hinblick auf die Lage vor Ort zugesprochen werden kann, der aber nicht beliebig beeinflussbar und manipulierbar ist. Der notwendige Drahtseilakt zwischen Nähe und Distanz zum Forschungsfeld wurde dadurch nicht

35 Wie mir bekannt war, fällt man in Nordirland in den konfliktintensiveren Vierteln und Gegenden schon allein dadurch auf, dass einen keiner kennt. Entgegen meiner Annahme, in den palästinensischen Gebieten sofort als Ausländerin erkennbar zu sein, hat sich dort mein Aussehen in der Hinsicht als wenig hilfreich erwiesen. Nachdem ich das begriffen hatte, habe ich beschlossen, die durchaus unterschiedlichen Reaktionen des Feldes – einschließlich der staatlichen Sicherheitskräfte – auf mich als Erkenntnismöglichkeit zu behandeln. Thematisiert wird es aber in dieser Arbeit nicht weiter. Die Sprache, also englisch mit einem deutschen Akzent, war in jedem Fall das wichtigste Medium zur Herstellung dieser Fremdheit.

automatisch zugunsten der Distanz aufgehoben. Dafür sorgte schon allein die Konfrontation mit Leid und Opfern, ohne dass ein „going native“ nötig wäre. Daraus ergibt sich für die Interviews und für sonstige Kommunikation im Feld, diese Leidenserfahrungen zu berücksichtigen. Trotzdem gilt auch hier: „Statt zu versuchen, die Erfahrungen anderer in den Rahmen unserer Vorstellungen einzuordnen – und nichts anderes steckt in den meisten Fällen hinter der so übermäßig betonten ‚Empathie‘ –, müssen wir, um zu einem Verstehen zu gelangen, solche Vorstellungen ablegen und die Erfahrungen anderer Leute im Kontext ihrer eigenen Ideen über Person und Selbst betrachten“ (Geertz 1983, 294).

Methode und Ressourcen

Bei allen Überlegungen zur Durchführung der Forschung waren – wie bei der Bearbeitung des Themas insgesamt – mangelnde ökonomische und damit nicht planbare zeitliche Ressourcen eines der Hauptprobleme[36]. Deshalb sollte englisch die Forschungssprache sein, zumal sich arabisch ohnehin nicht schnell lernen lässt und schon gar nicht auf einem Niveau, auf dem man Interviews führen könnte. Außerdem konnte man davon ausgehen, dass die Forschung in englisch durchführbar ist, wenn auch teilweise mit Hilfe von DolmetscherInnen. Auch die Dauer der Forschungsaufenthalte wurde in erster Linie wegen der mangelnden Ressourcen auf jeweils maximal drei Monate vorab festgelegt. Für die Aufenthalte erschien es mir wichtig, dort zu wohnen, wo diejenigen wohnen, von denen ich Daten erheben wollte und nicht dort, wo entweder der erklärte Konfliktgegner wohnt oder dort, wo es vielleicht bequemer und im Zweifelsfall sicherer ist.

Im Hinblick auf Nordirland erschien die kurze Zeitspanne machbar und unproblematisch, denn aufgrund meiner Magisterarbeit zu „Prozessen der Institutionalisierung der Irisch Republikanischen Armee (IRA[37])“ (Korstian 1996) war mir der Konflikt und die republikanische Bewegung bereits bekannt, und vor allem kannte ich mich vor Ort schon etwas aus, weil ich 1989, 1990 und 1994 bereits dort gewesen war. Dies hatte den weiteren Vorteil, dass ich basierend auf persönlicher Erfahrung eine Vorstellung davon hatte, wie die Lage zu konfliktintensiveren Zeiten gewesen war. In den besetzten Gebieten war ich jedoch zum Zeitpunkt der Forschungsplanung noch nie gewesen. Hinsichtlich des Vergleichs lag hier die Gefahr, dass meine Ein-

36 Überhaupt erst ermöglicht wurden die Forschungsaufenthalte durch ein zweijähriges Stipendium der *Graduiertenförderung Nordrhein Westfalen* (Ende 1999 bis Ende 2001) und durch Zusatzstipendien des *Deutschen Akademischen Austauschdienst* für die Auslandsaufenthalte.

37 IRA (Óglaigh na hÉireann – gälisch „Soldiers of Ireland“) – so nannten sich 1919 die *Irish Volunteers* und einige andere Gruppen, die am Osteraufstand teilgenommen hatten. Name der Guerillaarmee im Unabhängigkeitskrieg, später mehrere Spaltungen, bewaffneter Arm von *Sinn Fein*.

schätzungen und Annahmen über die palästinensische Bewegung und den Konflikt von meinen Erfahrungen und Vorstellungen zum Konflikt in Nordirland geprägt sein werden. Da sich dies nicht mehr ändern ließ, sollte diese Prägung zumindest minimiert werden, indem der erste Forschungsaufenthalt in den besetzten Gebieten stattfand. Um überhaupt eine Vorstellung von den Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort zu gewinnen, nahm ich im Sommer 1999 an einem von der Birzeit Universität bei Ramallah angebotenen internationalen „workcamp“[38] teil, und nutzte die Gelegenheit, erste Kontakte zu knüpfen. Dabei wurde schnell klar, dass ich dort wesentlich mehr auf Unterstützung für mein Forschungsvorhaben angewiesen sein werde als in Nordirland. Dies nicht nur wegen der unterschiedlichen Vertrautheit mit lokalen Gegebenheiten und der Sprache, sondern weil Nordirland in jeder Hinsicht übersichtlicher ist als die besetzten Gebiete: In Nordirland gibt es eine überschaubare Zahl von Organisationen und es gibt Dinge wie Straßennamen, Hausnummern oder Stadtpläne oder kurz, eine bessere Infrastruktur. Ohne Hilfe oder genaue Beschreibung ein privates Haus oder sogar Büroräume mancher Organisationen in den besetzten Gebieten zu finden, ist dagegen fast unmöglich.

Ohne mir 1999 dessen bewusst zu sein, konnte ich mit dem Beginn eines bis heute bestehenden freundschaftlichen Verhältnisses zu Dr. Fadwa Al-Labadi, damals stellvertretende Direktorin des *Women's Studies Centre* in Birzeit, die wohl wichtigste persönliche Ressource für die Feldforschung in den besetzten Gebieten erschließen. Als Wissenschaftlerin hat sie Verständnis für die Sorgen und Nöte einer Forscherin, als jemand, die jahrzehntelang in der Nationalbewegung aktiv war, konnte sie mir später Starthilfe geben, um erste Kontakte zu knüpfen, zumal sie, als bekannte integere Person und Mitglied einer bekannten Familie, mir die nötige soziale Rückendeckung verschaffte, um als vertrauenswürdig zu gelten. Für die Feldforschung in Nordirland habe ich im Vorfeld des Forschungsaufenthaltes keine persönlichen Kontakte aus früheren Zeiten bemüht. Statt dessen habe ich mich an die *University of Ulster* bzw. INCORE[39] zur Unterstützung bei der Wohnungssuche und ähnliches gewandt, jedoch nicht, um dort weitergehende institutionelle Anbindung zu suchen wie dies beim *Women's Studies Centre* in Birzeit der Fall war. Neben den schon genannten Gründen – wie meiner eigenen Vertrautheit mit den Gegebenheiten – war der Hauptgrund, dass die nordirischen Universitäten keine Hochburgen der Republikaner

38 Die Idee solcher „workcamps“ ist, dass Freiwillige aus verschiedenen Ländern zusammen mit Einheimischen gemeinnützige Arbeit verrichten. Unterkunft und Verpflegung sind dabei frei.

39 INCORE – Früher: „Initiative on Conflict Resolution and Ethnicity“; heute „international conflict research“. INCORE wurde 1993 als gemeinsames Projekt der *University of Ulster* und der *United Nations University* gegründet.

sind, die palästinensischen Universitäten aber sehr wohl Hochburgen der Nationalbewegung.

Unabhängig von persönlichen Aufenthalten in den Konfliktgebieten ist das über die Konflikte erwerbbare Wissen enorm. Trotzdem wollte ich die Gelegenheit zur Recherche bei Organisationen oder in Bibliotheken nutzen, um Material aus erster Hand zu erhalten, das in Deutschland nur schwer zu beschaffen war – wobei sich in den letzten Jahren die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung über das Internet rasant erweitert haben. Sowohl der Nordirland- als auch der Nahostkonflikt sind seit mehreren Jahrzehnten Themen unzähliger wissenschaftlicher Bücher, Artikel, Untersuchungen und vermutlich noch mehr journalistischer Arbeiten, und sie werden in Literatur und Film behandelt. Die mediale Präsenz beider Konflikte führt dazu, dass viele glauben, die Konflikte „irgendwie" zu kennen und viele haben nicht selten auch eine Meinung zu ihnen. Da es naiv wäre zu glauben, sich dem selbst entzogen zu haben, fand ich es angemessen, mein Wissen vor Antritt der Forschungsaufenthalte – so weit nicht schon vorhanden – auf eine solidere Basis zu stellen. Das vermindert zwar den explorativen Charakter der Untersuchung, aber erstens ließ sich das Wissen zu Nordirland nicht mehr rückgängig machen, zweitens wurden so auch die Annahmen auf eine solidere Grundlage gestellt, und drittens liegt der Schwerpunkt der Arbeit und damit der Feldforschung zwar auf den Widerstandsbewegungen bzw. ihren Akteurinnen, aber das alles lässt sich nicht einordnen, ohne sich mit der anderen Seite des jeweiligen Konflikts und den Konflikten im Allgemeinen zu beschäftigen.

Kannte ich konfliktintensivere Zeiten in Nordirland aus der Zeit vor meiner Feldforschung, so konnte ich eine Vorstellung darüber in den besetzten Gebieten in der Zeit nach meiner Feldforschung gewinnen, weil ich sie in den Jahren 2002, 2005 und 2007 besucht habe. Dabei war allerdings zu beachten, von diesen Erfahrungen nicht einfach auf die Begebenheiten früherer Zeiten zu schließen und so die aus den gesammelten Daten gewonnenen Erkenntnisse unangemessen zu interpretieren.

2.2 Untersuchungsdesign

Interviews und Leitfaden

Angestrebt war im Idealfall ein Vorgespräch, bei dem ich mich selbst, mein Thema und Erkenntnisinteresse vorstellen und man sich gegenseitig schon einmal kurz kennen lernen konnte. Als Erkenntnisinteresse hatte ich für die Interviews neben Aktivitäten, Erfahrungen und Interpretationen der Frauen jeweils historische Bezugspunkte gewählt, die im nach hinein als Wendepunkte der Konfliktgeschichten gelten, und zwar die '87er *Intifada* in den besetzten Gebieten bzw. die Gefängnisproteste Anfang

der '80er in Nordirland. Die Betonung des Interesses an vergangenen anstatt aktuellen Ereignissen und Aktivitäten sollte erstens das Misstrauen mindern, zweitens hat so das aktuelle Tagesgeschehen weniger Einfluss auf das Gespräch und drittens können Menschen über Vergangenes – in diesen Fällen insbesondere die eigenen Aktivitäten – offener reden. Des Weiteren sollten im Vorgespräch alle sonstigen eventuell auftauchenden Fragen geklärt und in jedem Fall abgesprochen werden, ob Anonymität, die ich von mir aus angeboten habe, und die Aufzeichnung des Interviews erwünscht sind oder nicht, und dass bei Fragen, die man nicht beantworten will, auch ein Handzeichen reicht. Sollte dies nicht in einem Vorgespräch möglich sein, so musste all dies natürlich vor Beginn des Interviews geschehen. Als Einstieg in das Interview diente ein kurzer Fragebogen, der persönliche Daten, wie Alter, Bildungsgrad, Religion, Beruf, Berufe der Eltern und sonstigen familiären Hintergrund (Kinder, Ehemann etc.), Geburts- und Wohnort, jetzige oder frühere Partei- oder sonstige Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation (eventuell Position darin) und Gefängniserfahrung erfasste.

Die Orientierung an den historischen Bezugspunkten diente auch der Strukturierung des Leitfadens bzw. gegebenenfalls des Interviews nach einem einfachen zeitlichen Muster, das nichts desto trotz im Hinblick auf die Konfliktdynamik interessant ist: Was war vorher? Was hat sich zu der Zeit verändert? Was ist seitdem wieder anders? Die Themen des Leitfadens wurden durch verschiedene, zunächst möglichst konkret gehaltene Fragen abgedeckt: Der Rollen von Frauen im Widerstand galten Fragen nach den Aktivitäten; Fragen nach dem persönlichen Umfeld dienten dazu, etwas über die gesellschaftliche Akzeptanz politisch aktiver Frauen zu erfahren und welche sozialen Beziehungen für das politische Engagement wichtig waren; Fragen nach den Erfahrungen mit der politischen Zusammenarbeit mit Männern sollten in die Geschlechterverhältnisse innerhalb der Organisationen Einblick geben; bei Fragen danach, wie sie selbst mit Problemen und Auseinandersetzungen mit anderen umgegangen sind oder diese bewertet haben, ging es um die eigenen Handlungsstrategien und -ziele; Fragen nach Anlässen zu politischen Handeln oder prägenden Ereignissen bzw. Erlebnissen sollten Motive für politisches Handeln erhellen; hinzu kamen Fragen nach Erfahrungen mit dem Konfliktgegner, Sicherheitskräften oder wie der Konfliktalltag aussah. Ein Teil der Fragen zielte immer darauf, zu erfahren, was die konkreten Handlungen oder Ereignisse waren, ein anderer Teil der Fragen zielte darauf, wie diese Dinge persönlich eingeschätzt wurden, etwa als typisch oder untypisch, positiv oder negativ, wichtig oder unwichtig usw. Ferner war im Rahmen des Leitfadens eher gegen Ende des Interviews ein Fragenkomplex angesiedelt, bei dem explizit nach allgemeinen Einschätzungen zum Konflikt, Konfliktparteien, zur Ge-

sellschaft und was sonst so angesprochen worden war, gefragt wurde, sowie nach der Selbsteinschätzung der Bedeutung des politischen Engagements sowohl für den eigenen Lebensweg und das Selbstverständnis als auch für die Gesellschaft und das politische Ziel.

Je nach Interviewpartnerin konnte der zeitliche oder thematische Schwerpunkt variieren. Dies richtete sich nach ihrem Alter, ihrer Interviewerfahrung, der Art des politischen Engagements und wie geplant, nach dem, was von der Interviewpartnerinnen als relevant gesetzt wurde. Besonders habe ich bezüglich meines eigenen Verhaltens zum einen darauf geachtet, Fragen im inquisitorischen „Warum hast Du das getan?" – Stil zu vermeiden, weil ich schließlich nicht da war, damit andere sich vor mir rechtfertigen, sondern um von anderen etwas zu erfahren, und zum anderen darauf, mich selbst zurück zu nehmen, damit das Interview nicht zu einer politischen Debatte werden konnte. Dies schloss nicht aus, dass ich je nach Interviewsituation – insbesondere bei interviewerprobten Partnerinnen – auch provozierende Fragen gestellt habe. Die Interviews sollten also so variabel gestaltbar sein, dass sie zu meinem Vorhaben passten, Interviewpartnerinnen möglichst nach dem Prinzip der Vielfalt statt Repräsentativität zu finden. Die Vielfalt sollte den verschiedenen Formen politischen Engagements Rechnung tragen, den verschiedenen politischen Strömungen und Organisationen, den verschiedenen örtlichen Begebenheiten und unterschiedlicher sozialer Herkunft. Letzteres vor allem in den palästinensischen Gebieten, denn die soziale Herkunft von Anhängern der republikanischen Bewegung in Nordirland ist bekanntermaßen relativ homogen.

Feld und Kontakt: Besetzte Gebiete

Mein Hauptwohnsitz während der Feldforschung von Anfang April bis Mitte Juni 2000 war in Ramallah / Al-Bireh. Dort wohnte ich in einer Wohngemeinschaft mit Dr. Al-Labadi und zwei weiteren Frauen, die aus Nazareth stammen und beide in Frauen- bzw. sozialen Projekten arbeiteten. Die freundliche Aufnahme und Offenheit in meiner Wohngemeinschaft bedeutete zusammen mit der institutionellen Anbindung an das *Women's Studies Centre* in Birzeit und den noch jungen Kontakten des vorherigen Sommers, eine recht schnelle und unkomplizierte Einbindung in das soziale Leben. Obwohl die besetzten Gebiete nicht sehr groß sind und zu diesem Zeitpunkt die meisten Teile mit einem Sammeltaxi gut erreichbar waren, habe ich mehrmals Nächte in anderen Häusern verbracht wegen mehrerer Termine in einem Gebiet und der nicht immer berechenbaren Mobilitätsbeschränkungen aufgrund staatlicher Sicherheitsmaßnahmen.

Bei den Unterkünften handelte es sich ausschließlich um private, und zwar oft von Leuten, die mich persönlich gar nicht vorher kannten. Dies zeigt die Unterstützung und Gastfreundschaft, die mir zu Teil wurde. Neben unzähligen Einladungen zum Essen wird dies zudem daran deutlich, dass von den achtunddreißig Interviews, die ich insgesamt führen konnte, achtzehn in Privathäusern stattfanden, zwanzig von einem halben Dutzend verschiedener – so weit ich weiß – Privatpersonen vermittelt waren, und sich bei fünfzehn Interviews, die ich nicht auf englisch hätte führen können[40], wiederum verschiedene Personen fanden, die für mich übersetzt haben. Das alles hatte zwar die Nachteile, dass in diesen Fällen keine Vorgespräche – zumindest nicht zwischen mir und der Interviewpartnerin – stattfinden konnten, mir die Planung etwas aus der Hand genommen war[41] und die Übersetzungen nicht unbedingt professionellen Standards entsprachen, aber es hatte wichtige Vorteile. Dadurch war es mir möglich, mit Frauen in Kontakt zu kommen, die ich auf mich allein gestellt vermutlich nicht einmal gefunden hätte oder wenn, dann nur bei einem wesentlich längeren Aufenthalt. Zudem wirkten sich die DolmetscherInnen eher positiv auf die Interviewatmosphäre aus, weil es meist Freundinnen oder Bekannte der Interviewpartnerinnen waren. Die anderen achtzehn Interviews waren von mir persönlich (in zwölf Fällen) oder telefonisch (in sechs Fällen) arrangiert. Die persönlichen Arrangements kamen durch das Abklappern offizieller Stellen, wie Partei- oder Komiteebüros zustande oder durch meine Teilnahme an einigen Veranstaltungen[42]:

> „Eine ältere Frau spricht und zieht die anderen schnell in ihren Bann, Gelächter und Applaus. Ich interpretiere, dass sie sich über die aktuelle Situation in humorvoller Weise mokiert. Wenn ich schon nichts verstehe, hoffe ich durch meine Anwesenheit wenigstens einen guten Eindruck gemacht zu haben. Schließlich ist um 15.40 Ende. Ich gehe noch einmal zu einer derjenigen, die mich eingeladen hatten und bedanke mich und, dass es, obwohl ich nicht viel verstanden habe, sehr interessant gewesen sei usw. Und sie zu mir, ich hätte ja gesehen, dass hier demokratische Diskussionen statt

40 Eine(n) bezahlte(n) Dolmetscher(in) konnte ich mir nicht leisten. Als sich bei einer Gelegenheit abzuzeichnen schien, dass Interviews wegen des Dolmetscherproblems nicht zustande kommen könnten, wollte ich ausnahmsweise eine engagieren. Dann wurde mir aber signalisiert, es sei gar nicht erwünscht (noch) jemand Fremdes dabei zu haben und eine Interviewpartnerin, die fließend englisch sprach, hat bei einem weiteren Interview übersetzt.

41 Wenn auch nicht ganz. Meistens stand eine Anfrage von mir am Anfang, etwa „Ich würde gerne noch Frauen aus Dörfern im Norden treffen“ oder „... in Hebron“ oder „... von der und der Partei“ usw.

42 In diesem Fall die Jahresversammlung des PFWAC (*Palestinian Federation of Women Action Committees*), dem Frauenkomitee der Partei DFLP (*Democratic Front for the Liberation of Palestine*).

finden, als ob sie gedacht hätte, ich hätte etwas anderes erwartet.“ (Feldjournal PAL, 14.04.00[43])

Der letzte Satz spiegelt eine häufig gemachte Erfahrung wider, und zwar die Erwartung, dass Fremde mit einem Haufen Stereotypen im Kopf herumlaufen, etwa bezüglich arabischer Frauen oder bezüglich Islam, die erst einmal richtig gestellt werden müssen. Meinerseits war ich häufiger erstaunt über die Vorstellungen, die manche über das Leben in Europa haben[44], allerdings ebenso über die Neugierde gerade junger Menschen, etwas darüber zu erfahren. Eine andere Erfahrung war der geradezu missionarische Eifer mancher, mir zu erklären, was „hier wirklich passiert“ bei gleichzeitiger Irritation, wenn auch nicht unbedingt Ablehnung, wenn ich als Fremde kritische Fragen stelle und nicht einfach zustimme.

Zwar sind einige Interviews, die ich angefragt hatte, nicht zustande gekommen, aber rundweg abgelehnt hat nur eine Frau meine Anfrage. Sieben Frauen haben eine Aufnahme des Interviews abgelehnt und keine hat mein Angebot auf Anonymität wahrgenommen. Es ist vorgekommen, dass manche bei einigen Passagen des Interviews die Aufnahme unterbrochen oder bei bestimmten Äußerungen darauf hingewiesen haben, sie wollten damit nicht namentlich zitiert werden, woran ich mich selbstverständlich gehalten habe. Alles in allem war ich eher überrascht über die Offenheit vieler Interviewpartnerinnen, denn:

„Diesmal kommt ihr Mann mit zum Übersetzen und schon geht es wieder nach kurzer Kaffeepause weiter (...) Auf dem Rückweg erklärt mir ihr Mann, ich müsse das verstehen wegen nicht aufnehmen und einige Fragen nicht beantworten, noch seien die Israelis überall und könnten sich schnappen, wen immer sie wollten – nicht nur da wo ihr Gebiet, notfalls auch in denen, die unter *Authority* [palästinensische Autonomiebehörde] – ja auch davon habe ich schon gehört.“ (Feldjournal PAL, 31.05.01)

Eher höfliche Vorsicht bis hin zur Besorgnis um meine Sicherheit als Ablehnung zeichneten Fragen nach meiner Identität aus: Jemand fragt verlegen nach meinem deutschen Pass; jemand anders gibt mir ungefragt den Rat, es sei vielleicht besser, wenn ich hier oder dorthin gehe, ein Kreuz um den Hals zu tragen; und häufig die Frage nach der Sprache: „Sprichst du hebräisch?“ Alles in allem hatte ich trotz mangelnder Sprachkenntnisse nicht den Eindruck, nur wenig vom Leben um mich herum mitzubekommen:

43 An den Zitaten aus den Feldjournalen wurden außer der Kürzungen / Auslassungen markiert mit (...) nur Rechtschreibung und Zeichensetzung verändert. Spätere Einlassungen sind mit [...] gekennzeichnet.

44 „Da hat jeder alles“ oder „Jeder gibt seine Kinder weg, wie es ihm gerade passt“.

„Kurz vor dem [palästinensischen] *Checkpoint* sehe ich, dass der Verkehr umgeleitet wird, ich laufe weiter, komme um die Ecke, links neben dem *Checkpoint* (...) der *Rote Halbmond*. Vor mir auf der Straße eine Menschenmenge (...) In der Entfernung sehe ich die Jeeps der Israelis vor dem Roundabout unten an der Straße; (...) da vorne zwei oder drei Dutzend Jugendliche, die Steine schmeißen, dahinter der Rest. Es stehen mehrere Ambulanzwagen herum, immer wenn vorne gepfiffen wird, düsen sie los, um den Verletzten abzuholen. Die Leute stehen herum, unterhalten sich, telefonieren, ein Eisverkäufer macht die Runde (...) Beschließe weiter nach vorne zu gehen, um bessere Sicht zu haben, denn ich mache das, was die meisten anderen auch machen: Sich das Schauspiel ansehen. (...) Ich sehe das, was ich erwartet hatte zu sehen: Ein hoch ritualisiertes Schauspiel, etwas blutig allerdings. (...) Zwei Jugendliche kommen vorbei mit leeren 0,3 Limoflaschen in der Hand und marschieren nach vorne. Kurze Zeit später fliegen Molotow-Cocktails, als eines der Dinger einen der Jeeps trifft, Jubel in der Menge. Zwischen Jeep und Werfern brennen ein paar Reifen. Die Israelis ballern zurück und rücken ein paar Meter vor mit ihren Jeeps, ein ohrenbetäubendes Geballer, die Leute beginnen zu laufen, ich renne mit. (...) Auf den Dächern haben einige Zuschauer es sich bequem gemacht – sie sollten Eintrittskarten verkaufen. (...) Dann Hektik von rechts hinter den Häusern, einige palästinensische Soldaten kommen gerannt, plötzlich Schüsse aus der selben Richtung. Die Menge ... rennt zurück, ich auch, bleibe stehen und fluche ‚Scheiße', die neben mir lachen. Ich frage jemanden was da los ist, er behauptet, die israelischen Soldaten hätten die palästinensischen angegriffen (?) [Fragezeichen im Original]. Die Sache wird zunehmend unübersichtlich, ich sehe immer mehr palästinensisches Polizei / Militär, wieder Schüsse, diesmal näher und meinen Ohren nach zu urteilen übrigens keine Gummigeschosse oder so was. (....) Ich beschließe zum ungefähr zehnten Mal, dass ich jetzt die Biege machen sollte, aber diesmal mache ich sie auch. Ich gehe zurück, Ambulanzen hasten vorbei, wieder Schüsse zu hören. Aber kaum um die Ecke sieht die Straße fast aus wie immer. (...) Zwei bis drei Kamerateams rannten da herum. (...) Einer sagte bedeutungsschwanger zu mir: ‚Siehst du, das ist der Frieden.'" (Feldjournal PAL, 15.05.00[45])

45 Nach meinen Aufzeichnungen habe ich später erfahren, dass tatsächlich ein palästinensischer Polizist erschossen wurde (was die panikverzerrte Miene eines anderen, der aus dieser Ecke gerannt kam, erklärt), allerdings vorher irgendwer auf die israelischen Soldaten geschossen hatte. Jemand kommentierte das mit: „Ja, die Israelis drehen eben durch sobald sie eine Waffe sehen, das weiß hier jedes Kind". An diesem Tag gab es fast 300 Verletzte auf palästinensischer Seite an diesem *Checkpoint.* Ob auch israelische Soldaten verletzt wurden, weiß ich nicht. Die palästinensische Polizei/Militär hatte sich eigentlich nicht an den Ausschreitungen beteiligt, sondern stand nur herum. Der israelische *Checkpoint* bei dem erwähnten Roundabout war übrigens nicht immer besetzt – offensichtlich hatte man sich für diesen Tag dort „verabredet" wie sowieso die Proteste organisiert waren, wie das Feldlazarett und andere Dinge zeigten. Sobald es dunkel wurde, ging übrigens jeder nach Hause.

Die Unruhen nach dem *Nakba-Day*[46] hielten ein paar Tage an, doch insgesamt waren solche Szenen die Ausnahme. Allerdings begann die *Al-Aqsa-Intifada* im September desselben Jahres. Zum Zeitpunkt der Interviews war das zwar nicht abzusehen, jedoch befand sich der Friedensprozess in einer Krise und die Frustration sowohl darüber als auch über die palästinensische Autonomiebehörde, zeigt sich teilweise in den Interviews.

Feld und Kontakt: Nordirland

Zum Zeitpunkt meiner Feldforschung in Nordirland von Anfang April bis Mitte Juni 2001 herrschte dort eine andere Atmosphäre. Die britische Armee war weitgehend von den Straßen verschwunden, die gepanzerten Jeeps der Polizei bunt lackiert und sogar einige Polizeistationen, die wie Festungen ausgebaut sind, hatten eine schönere Fassade erhalten. Die Debatten um eine Reform der Polizei (mittlerweile geschehen) waren ebenso im vollen Gange wie der Wahlkampf für die wegen der Maul- und Klauenseuche verschobenen Parlaments- und Lokalwahlen, wobei *Sinn Fein*[47] sich im Aufwind befand, wie auch das spätere Wahlergebnis bestätigte (vgl. Kapitel 3.2). Die Integration vieler – aber eben nicht aller – Republikaner in das reformierte politische System zeigte sich bei den traditionellen republikanischen Märschen zu Ostern, die an den gescheiterten Aufstand von 1916 und andere tote Helden erinnern:

> „Gestern morgen war schon Polizei unterwegs mit Bombenspürhund – nehme ich an – und sind die *Falls* [Falls Road] abgelaufen. Ich also gegen Mittag zum Büro der IRSP [*Irish Republican Socialist Party* – mittlerweile eher unbedeutende Splittergruppe[48]], sehe dort ein Häuflein Leute herumstehen, vielleicht 100, eine kleine Kapelle mit Jugendlichen in schwarzem Dress, ansonsten mit Kind und Kegel alles unterwegs. (...) Dann kommen diese Typen in uniformähnlicher Aufmachung, Armeehose, Springerstiefel, diese schwarzen Pullover, schwarze Bérets und Spiegelglassonnenbrillen (...) mit Fahnen in der Hand und die stellen sich vorne auf, einer spielt den Oberkommandierenden und brüllt irgendwas. Dahinter die Frauen mit den Blumen, dann reihen sich

46 *Nakba* – arabisch „Katastrophe“. Gemeint ist die Niederlage 1948 und damit verbunden, die Staatsgründung Israels und die Vertreibung und Flucht von ca. 750.000 Palästinensern (siehe Kapitel 3.3).

47 Gälisch: „Ourselves Alone“ – der Name stammt von der 1905 gegründeten Partei *Sinn Fein*, die sich mehrfach spaltete. Schließlich war sie zu einem Sammelbecken für radikale Republikaner geworden. Die heutige *Sinn Fein* ist selbst eine Abspaltung 1969, deshalb hieß sie ursprünglich *Provisional Sinn Fein* im Unterschied zur dann *Official Sinn Fein*, deren Nachfolgepartei die *Worker's Party* wurde. Dementsprechend gab es *Provisional IRA* (heute nur noch IRA) und *Official IRA*, deren jeweils politischer Arm die Parteien sind bzw. waren.

48 Hat sich 1974 von der damals noch *Official Sinn Fein* abgespalten. Zu ihr gehörten auch einige Dissidenten der *Provisional Sinn Fein*.

ein paar Leute ein, dann die Kapelle, dann wieder Leute, na ja, vielleicht mittlerweile 150. Und auf geht's. (...) Richtung *Milltown* [Friedhof], was sehe ich da: Eisverkäuferwagen!!! Drei mindestens. (...) Hoffentlich ist das kein böses Omen. Aber angesichts der Tatsache, dass die RUC [*Royal Ulster Constabulary*] höchst persönlich die Straße abriegelt für die Osterparaden dürfte nicht allzu viel passieren. Also alles auf den Friedhof (...) Einer von den Spiegelbebrillten liest die Liste der Toten runter, so weit ich das verstehe, sind mehr Leute durch ‚assassination' umgekommen als ‚killed in action'[49]. (...) Ich gehe wieder zurück und sehe schon am Ausgang des Friedhofs, dass sich dort links und rechts der Straße eine Menschenmenge angesammelt hat, jetzt kommt also der Hauptteil, die SF [*Sinn Fein*] Prozession. (...) Nach zwanzig Minuten warten kommen Dudelsackspieler ins Blickfeld und dann zieht es vorbei: Kapellen, Fahnenträger (nicht ganz so militaristisch in der Aufmachung wie die anderen, das Ganze sieht mehr nach so Ami-Umzügen aus), Leute mit Blumengestecken (...) Je Kapelle ein anderer Stadtteil, Ardoyne, Andersonstown .... Der ganze Zug dauert zwanzig Minuten ... also schon Tausende auf der Straße insgesamt, wenn auch nicht gerade zig Tausende (ich und Zahlen schätzen ....) Die Polizei sitzt in ihren Autos und schaut gelassen zu. (...) Ich denke an Karneval. Nochmal auf den Friedhof habe ich keine Lust, den meisten scheint es ebenso zu gehen und die Menge beginnt sich zu zerstreuen, die ersten Polizeiwagen ziehen schon ab." (Feldjournal NI, 16.04.01)

Manche Dinge waren für jemanden wie mich, deren letzter Besuch einige Jahre zurück lag zu einer Zeit, als diese noch schwer vorstellbar waren, überraschend. Doch anderes hatte sich weniger verändert. So gab es immer mal wieder einen Bombenalarm und andere kleinere Zwischenfälle, die Trennung zwischen katholischen und protestantischen Vierteln und das tief sitzende Misstrauen gegenüber den Sicherheitskräften und den protestantischen Paramilitärs. Dies zeigt sich daran, dass nur vier der insgesamt achtundzwanzig Interviews bei einer Interviewpartnerin zu Hause stattfanden, die anderen an deren Arbeitsplatz, in Parteizentren oder sonstigen Büros. Für drei haben die Interviewpartnerinnen tatsächlich Gaststätten gewählt, zu denen ich dann gelotst wurde. Ferner wollten vier der Frauen, dass ihr Name in einer Veröffentlichung nicht vollständig genannt wird, allerdings hat jede einer Aufnahme zugestimmt. Mehrere drückten aus, wie gewöhnungsbedürftig es sei, über „all das" zu reden, nachdem es so viele Jahre darum gegangen sei, Dinge für sich zu behalten. Eine kleine Episode illustriert dies und die Rolle, welche die IRA immer noch in ihren Hochburgen spielte:

49 Das ist kein völlig falscher Eindruck. „Killed in action" gilt für diejenigen, die durch Sicherheitskräfte umgekommen sind, „assassinated" bedeutet meist, getötet von anderen Republikanern. Es gilt für fast die Hälfte aller getöteten Republikaner, dass sie durch andere Republikaner oder ihre eigene Bombe umkamen. Bei den heute kleineren republikanischen Gruppen liegt der Anteil der „assassinated" um einiges höher. Vgl. CAIN *Sutton Index of Death*.

„Ein Arbeitskollege von T. hier, Lehrling, Teenager, sie labern und so und hauen sich das Bier rein, erzählen einem anderen Kollegen sei das gerade neu erstandene Auto geklaut worden, aber man habe die Typen gesehen. Und der Teeny ganz munter: ‚Der wird ins Knie geschossen!' T. mit Blick zu mir: ‚Na ja nicht unbedingt.' Und der Kurze wieder: ‚Doch doch, ganz bestimmt, wenn sie den kriegen!' ... Vor zwei Tagen oder so, muss hier irgendwo in der Nähe gewesen sein, haben sie jemanden halb tot geschlagen. Kommentar T.: Wie könne man so blöd sein, man bekomme drei Warnungen bevor so etwas passiert, wer da nicht drauf hört sei selber schuld und überhaupt, müsse der schon Dreck am stecken gehabt haben. Ach so, ja dann." (Feldjournal NI, 14.04.01)

„T." war einer meiner Mitbewohner der Wohngemeinschaft in Belfast, Beechmount, wo ich mein Quartier aufgeschlagen hatte. Das Wohnviertel liegt neben der Falls Road im katholischen Westbelfast und ist eine solche Hochburg. Meine Mitbewohner hatten meines Wissens wenig mit Republikanern zu tun und erst recht nichts mit Frauen- und Geschlechterforschung. Es waren einfach junge Männer, die noch keine Familie gegründet hatten und ihren Jobs nachgingen. Meine Einbindung in das lokale soziale Leben blieb eher begrenzt und im Vergleich zu meinen Erfahrungen in den besetzten Gebieten fiel auf, wie selten andere – auch Personen außerhalb republikanischer Kreise, die ich kontaktiert hatte – an Kontakt interessiert waren. Dies mag etwas damit zu tun haben, dass der Konflikt schon als „zu Tode" geforscht gilt. Da ich motorisiert war, konnte ich zwar von Belfast aus alle Termine wahrnehmen, aber durch das eigene Auto waren auch die Fahrten keine sozialen Ereignisse.

Meine geringere soziale Einbindung zeigt sich ebenso daran, dass nur acht der Interviews durch Dritte vermittelt worden sind und zwar nicht nach dem in den besetzten Gebieten eher inoffiziellen „Schneeballsystem", sondern durch offizielle Stellen republikanischer Organisationen. Auch andere Interviews liefen über eine Anfrage an die entsprechenden Parteien und Organisationen, wie Ex-Gefangenenorganisationen. Dies hatte ich auch nicht anders erwartet, denn die nordirischen Republikaner und dabei insbesondere die größte der Gruppen, die heute oft synonym für Republikaner verwendet wird, (*Provisional*) *Sinn Fein* und (*Provisional*) IRA, sind bekannt für ihre Professionalität in jeder Hinsicht. Daher begann meine Feldforschung mit einer meinerseits offiziellen Vorstellung in den Parteizentralen. Das heißt nicht, die Leute wären nicht kooperativ gewesen – im Gegenteil, es haben einige mein Vorhaben sehr stark unterstützt. Doch unabhängiger von den offiziellen Strukturen an mögliche Interviewpartnerinnen heranzukommen war schwierig –

„Auf meine Frage, ob sie mir nicht ein paar Telefonnummern von Frauen geben könnte und ich könne die ja anrufen und selber fragen, ob sie nächste Woche Zeit und Lust haben von wegen Interview, wurde mir dann gesagt: Nein, das würde keiner

machen, ich müsste schon über die Organisationen gehen, erst wenn die sagen, es wäre O.K., würden die Leute auch Interviews geben, weil es wollte ja auch nicht jeder und die im Büro wüssten eben wer überhaupt wolle und es seien schon so oft Leute falsch zitiert worden usw.“ (Feldjournal NI, 14.04.01)

– aber nicht unmöglich: Sei es im Gemeinde- oder Frauenzentrum um die Ecke oder durch die Teilnahme an einigen Veranstaltungen, wie einer *Cross-Community Conference* oder einer von Frauengruppen organisierten Konferenz oder einer der zahlreichen Veranstaltungen zum Gedenken an den Hungerstreik von vor zwanzig Jahren. So fand in zehn Fällen ein persönliches Vorgespräch statt und in weiteren zehn ein telefonisches, wobei die aus den telefonisch geführten Vorgesprächen zustande gekommenen Interviews in der Regel identisch waren mit den über die offiziellen Kanäle zustande gekommenen, also Interviews mit denjenigen, die schon vorher ihr Interview mit ihrer Organisation abgeklärt hatten.

Entgegen des Witzes, der am Anfang dieses Kapitels steht, waren auch früher schon direkte Fragen nach der Konfession eines Fremden die Ausnahme und nicht die Regel. Es gab wenn überhaupt, eher Versuche durch geschicktes Fragen – „Rosenkranz, kennst du das?“ – etwas über die Identität von Fremden zu erfahren. Dies entspricht auch dem Verhalten zwischen NordirInnen, das von vielen Zeichen und Hinweisen geprägt ist, aus denen heraus gelesen wird, welche Konfession jemand hat (vgl. Kapitel 3.2). Das Bewusstsein für eine lauernde Gefahr für jeden, der sich nicht daran hält, ist hoch. Davon zeugen viele gut gemeinte Ratschläge, wo ich auf keinen Fall nach meinem Weg nach Hause – also Beechmount – fragen sollte, wo man einfach nicht her läuft und ähnliches.

2.3 Datenbasis

Alle folgenden Informationen zu meinen Interviewpartnerinnen beruhen ausschließlich auf deren Angaben. Zwar habe ich zu einigen zusätzlich öffentlich zugängliches Material wie Zeitungsausschnitte, Dokumentationen und aus der mehr oder weniger wissenschaftlichen Literatur, falls sie schon einmal darin vorkamen, aber ich habe keine der Angaben meiner Interviewpartnerinnen überprüft.

Besetzte Gebiete

Die Spieldauer der einunddreißig aufgezeichneten Interviews beträgt fast einundvierzig Stunden. Vier der insgesamt achtunddreißig Interviews waren kürzer als fünfundvierzig Minuten, neun weitere bis zu einer Stunde, alle anderen länger, davon acht

mindestens zwei Stunden oder länger[50]. Bei elf der Interviews waren außer DolmetscherInnen noch weitere Personen anwesend, die sich teilweise am Gespräch beteiligt haben. Zwei meiner Interviewpartnerinnen habe ich gemeinsam interviewt. Zehn der Interviews fanden in Ramallah statt, zwei in Jerusalem, drei in Nablus, drei in Bethlehem, zwei in Tulkarem, zwei in Hebron, sieben in Dörfern der Westbank, drei in Flüchtlingslagern der Westbank und sechs im Gazastreifen.

Von meinen Interviewpartnerinnen waren drei unter dreißig Jahre alt, achtundzwanzig zwischen dreißig und fünfzig Jahre und sieben älter. Dreißig stammten aus einem moslemischen Elternhaus und sechs aus einem christlichen (zwei k.A.). Zwanzig waren verheiratet, drei verwitwet, eine geschieden und elf ledig. Von denen, die Kinder haben – was identisch war mit denjenigen, die verheiratet oder verwitwet waren –, hatten zwölf mehr als drei Kinder (zwei k.A.). Sieben oder mehr Geschwister hatten zwölf der Frauen (zwölf k.A.). Neunzehn hatten einen Universitätsabschluss, wobei neun ihren Abschluss im meist arabischsprachigen Ausland erworben hatten. Zwölf weitere hatten einen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Ausbildung und nur zwei hatten dies nicht. Von zweien liegen mir dazu keine genaueren Angaben vor und von dreien nur, dass sie in Kairo studiert haben. Lediglich sieben der Frauen gingen keiner bezahlten Arbeit nach. Bei ihren Müttern sah die Lage noch anders aus, denn von denen waren nur vier einer bezahlten Arbeit nachgegangen, vier waren Bäuerinnen und einundzwanzig Hausfrauen (acht k.A.), wobei man eher sagen muss, dass sie es sich leisten konnten, Hausfrauen zu sein, denn zusammengefasst lässt sich in Verbindung mit anderen Angaben, wie etwa der Berufe der Väter und das Bildungsniveau, welches in erster Linie aufgrund familiärer Ressourcen zustande gekommen ist, sagen, dass ein Großteil meiner Interviewpartnerinnen aus der Mittelschicht stammte, einige wenige aus der Oberschicht und weitere wenige aus der Unterschicht. Um mehr Frauen aus letzterer zu erreichen, wären eigene Arabischkenntnisse oder DolmetscherInnen, die jederzeit zur Verfügung stehen, nötig gewesen.

Von den einunddreißig Berufstätigen waren dreiundzwanzig bei „Non-Government-Organisations“ (NGOs) oder politischen Institutionen angestellt, neun davon bei der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA[51]). Andere waren zum Beispiel Lehrerin, Universitätsangestellte, Krankenschwester, Apothekerin. Zehn der Frauen gehörten nie zu einer politischen Partei. Dreizehn gehörten[52] früher oder noch zum

50 Weder die hier noch die weiter unten zu Nordirland angegebenen Interviewzeiten sind alle identisch mit der Zeit, die ich mit Interviewpartnerinnen verbracht habe. In einigen Fällen waren diese Zeiten um einiges länger.

51 Auch PNA – *Palestinian National Authority* (Selbstbezeichnung).

52 Zugehörigkeit bedeutet hier und im folgenden, innerhalb der Partei oder des Komitees aktiv. Aus nahe liegenden Gründen gab es keine Mitgliedschaft in dem Sinne, wie es hierzulande der Fall ist.

Zeitpunkt des Interviews zur DFLP[53] bzw. später teilweise FIDA[54], eine zur PFLP[55], drei zur PPP[56], elf zur *Fatah*[57]. Die zehn, die von ihren Gefängnisaufenthalten zu berichten wussten, gehörten alle zu einer Partei; von fünf ist mir bekannt, dass sie zum sogenannten „militärischen Arm" ihrer Partei gehörten. Über einige war schon einmal Stadt- oder Hausarrest verhängt worden. Eine Interviewpartnerin, die früher einmal *Fatah* Anhängerin gewesen war, ordnete sich der sogenannten „islamischen Bewegung" zu. Aktiv in einem der jeweiligen Parteien nahe stehenden Frauenkomitee – bei diesen und folgenden Angaben gibt es oft Überschneidungen – waren jemals oder waren noch alle bis auf sieben meiner Interviewpartnerinnen. Vierzehn gehörten zum PFWAC[58] bzw. PFWA[59], zwei zum UPWC[60], drei zum PWWS[61] und zwölf zum WCSW[62]. Der hohe Anteil derjenigen, die zur DFLP oder PFWAC bzw. FIDA oder PFWA gehörten, spiegelt die politische Zugehörigkeit vieler meiner Kontaktpersonen wider und keineswegs den politischen Einfluss der Parteien, obwohl dieser in den '70er und '80er Jahren größer war als später.

Andere gehörten zum WATC[63] oder zur GUPW[64], eine zum *Jerusalem Centre for Women – Jerusalem Link*[65]. Einige waren in anderen Organisationen aktiv, wie solche zur Unterstützung Gefangener oder in der Gewerkschaft oder in Menschenrechtsorganisationen. Zehn waren zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr politisch aktiv. Neunundzwanzig waren schon vor der '87er *Intifada* politisch aktiv. Drei wa-

53 *Democratic Front for the Liberation of Palestine* – Abspaltung von der PFLP 1969.

54 Abspaltung von der DFLP 1990 (FIDA = *Palestine Democratic Union*).

55 *Popular Front for the Liberation of Palestine* – gegründet 1967.

56 *Palestinian People's Party* – gegründet 1982 als *Palestine Communist Party,* die wiederum Nachfolgepartei der *Jordanian Communist Party* war. Gehörte bis 1987 nicht zur PLO und hatte als einzige der Parteien keinen „bewaffneten Arm".

57 Der vollständige Name lautet: „Harakat al-Tahrir al-Watani al-Filastin" = „Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas" (Fatah; arab. Sieg, Eroberung) – gegründet 1954.

58 *Palestinian Federation of Women Action Committees* – Frauenkomitee der DFLP.

59 *Palestinian Federation of Women Action* – Frauenkomitee von FIDA.

60 *Union of Palestinian Women Committees* – Frauenkomitee der PFLP.

61 *Palestinian Women Work Society*, bis Anfang der '90er das Frauenkomitee der PPP, seitdem unabhängig.

62 *Women Committee for Social Work* – Frauenkomitee der *Fatah*.

63 *Women's Affair Technical Committee:* „WATC is a coalition of women affiliated to five political parties in Palestine, six women's study centers, human rights organizations and many politically independent professional women. WATC was established in 1992 as part of the Technical Committees formed to assist the Palestinian negotiating team in preparation for the peace negotiations." WATC Broschüre.

64 *General Union of Palestinian Women* – Frauenverband der PLO, gegründet 1965.

65 Gegründet 1994, Partnerorganisation von *Bat Shalom*, einer israelischen Frauengruppe.

ren „Mutter eines Märtyrers“. Sieben meiner Interviewpartnerinnen waren oder sind jemals im Zentralkomitee ihrer Partei gewesen oder hatten noch höhere Positionen inne. Drei hatten während der '87er *Intifada* auf lokaler Ebene Führungspositionen[66] inne, sechs auf regionaler Ebene – Nord- oder Südwestbank oder Gaza – und neun überregional, also bezogen auf Westbank und Gazastreifen. Zum Zeitpunkt des Interviews war eine der Frauen Abgeordnete des *Palestinian Legislative Council* (PLC), eine im palästinensischen Nationalrat (ein Organ der PLO[67]), mehrere in Führungspositionen von Gewerkschaft, von Parteien und Frauenkomitees und in Ministerien. In der Herkunftsfamilie gab es bei sechsundzwanzig auch andere, die ebenfalls politisch aktiv waren, wobei es sich meist um Geschwister handelte und nicht um die ältere Generation. Bei denen, die verheiratet waren oder sind, ist mir nur bei dreien bekannt, dass die Ehemänner nicht politisch aktiv waren. Auffällig war, dass sieben der Frauen mit nur einem Elternteil aufgewachsen sind bzw. bei diesen ein Elternteil früh verstorben oder verschwunden ist, bei sechs war dies der Vater.

Nordirland

Die Spieldauer der achtundzwanzig Interviews beträgt circa sechsunddreißig Stunden. Kein Interview war kürzer als fünfundvierzig Minuten und vier kürzer als eine Stunde. Fünf Interviews dauerten mindestens zwei Stunden oder länger. Zweimal habe ich jeweils zwei Interviewpartnerinnen gemeinsam interviewt. Bei vier Interviews waren noch andere anwesend, die sich hin und wieder am Gespräch beteiligten. Von den Interviews habe ich zwanzig in Belfast geführt, vier in (London-)*Derry*[68] und vier in ländlicheren Gegenden bei Armagh, Omagh und Dungannon.

Von meinen Interviewpartnerinnen waren zwei unter dreißig Jahre alt, neunzehn zwischen dreißig und fünfzig Jahre und sieben älter. Alle bis auf zwei stammten aus einem rein katholischen Elternhaus. Drei waren ledig, eine davon lebte mit ihrer Partnerin zusammen, sieben ein oder mehrmals geschieden oder getrennt lebend und achtzehn verheiratet. Fünf hatten keine Kinder und von den anderen hatten acht mehr als drei Kinder. Vierundzwanzig hatten die Schule im Alter von sechzehn Jahren oder früher verlassen und nur vier hatten in ihrer Jugend eine weiterführende Schule besucht. Allerdings haben sich elf später im Leben weitergebildet, sieben davon bis

66 Führungsposition bedeutet, dass sie Aktivitäten koordiniert und organisiert haben und anderen damit Anweisungen geben konnten.

67 *Palestinian Liberation Organisation* – 1964 gegründeter Dachverband mehrerer palästinensischer Gruppen.

68 *Derry* genannt von Republikanern. Londonderry ist der offizielle Name der Stadt und wird in der Regel nur von Protestanten verwendet. Sie ist die zweitgrößte Stadt in Nordirland und liegt im Westen an der Grenze zur Republik Irland.

zu einem Universitätsabschluss. Zusätzliche schulische oder berufliche Qualifikationen hatten sieben im Gefängnis erworben. Eine bezahlte Arbeit hatten fünfzehn, zwei weitere waren in Rente, mehrere berichteten, dass sie jetzt oder früher schon einmal von Sozialhilfe gelebt haben[69]. Von ihren Müttern waren dreizehn Hausfrauen, eine Bäuerin, zwölf sind einer bezahlten Arbeit nachgegangen, teilweise als Aushilfe oder Teilzeit (drei k.A.). Elf der Frauen hatten sieben oder mehr Geschwister. Alles in allem spiegeln diese und andere Angaben, wie die Berufe der Väter oder der Geburtsort, wider, dass die Anhänger oder Mitglieder der republikanischen Bewegung aus der katholischen Arbeiterschicht, einige wenige aus der unteren Mittelschicht stammen.

Acht der fünfzehn Berufstätigen arbeiteten entweder für *Sinn Fein* oder eine andere republikanische Organisation. Andere arbeiteten in Gemeindezentren, für Frauengruppen, im Weiterbildungsbereich oder für eine andere Partei. Neun meiner Interviewpartnerinnen gehörten nicht zu einer republikanischen Partei oder Organisation, wuchsen jedoch in demselben Milieu auf, aus dem die meisten Republikanerinnen stammen. Zwei von diesen gehörten zur NIWC[70] und waren auch in der Friedensbewegung aktiv[71]. Vier von den übrigen sieben waren in ihrer Gemeinde oder anderen gemeinnützigen Einrichtungen aktiv und drei in Frauengruppen, vier von diesen sieben gaben an, *Sinn Fein* aktiv zu unterstützen, die anderen sahen sich eher als Sympathisantinnen. Eine Interviewpartnerin gehörte zur *Worker's Party*[72], eine andere früher zur INLA[73]. Alle anderen gehörten zur *Sinn Fein* und / oder früher zur IRA, was auf dreizehn zutraf.

Drei der Frauen waren schon einmal für kurze Zeit verhaftet, vierzehn weitere haben längere Haftstrafen abgesessen wegen „terrorist related offences“, wobei sich in dieser hohen Zahl die Unterstützung meiner Forschung durch Ex-Gefangenenorganisationen nieder schlägt. Elf der Haftstrafen waren mindestens drei Jahre oder länger,

69 Dass es mir genauso ging oder auch, dass ich die einzige in meiner Herkunftsfamilie bin, die Abitur, geschweige denn einen Hochschulabschluss hat, wurde, wenn es zur Sprache kam, sowohl in Nordirland als auch in den palästinensischen Gebieten mit freundlicher Verwunderung aufgenommen. Offenkundig wird automatisch eine andere soziale Herkunft von einer Forscherin erwartet – vermutlich nicht zu Unrecht. Die eventuell mit unterschiedlicher sozialer Herkunft verbundene genauso unterschiedliche Wahrnehmung oder Einschätzung der Dinge wäre ein interessantes Thema, ist aber nicht das Thema meiner Arbeit.

70 *Northern Ireland Women Coalition* – gegründet 1996, konfessionsübergreifende Partei.

71 Sie fallen insofern aus dem Rahmen meines Forschungsvorhabens und erhielten von mir die Funktion einer „Kontrollgruppe“. Tatsächlich habe ich von ihnen interessante Anregungen erhalten.

72 Nachfolgepartei der *Official Sinn Fein*.

73 *Irish National Liberation Army* – bewaffneter Arm der IRSP.

darunter fünf länger als sieben Jahre[74]. Jünger als fünfundzwanzig Jahre waren elf zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung, viele noch Teenager. Drei haben als Gefangene an den Gefängnisprotesten Ende der '70er / Anfang der '80er Jahre teilgenommen, eine auch am Hungerstreik. Fünf meiner Interviewpartnerinnen waren maßgeblich an der Organisation der Kampagne zur Unterstützung dieser Proteste beteiligt. Viele der Frauen haben diese und spätere Proteste unterstützt. Eine der Frauen war früher Abgeordnete im Westminster Parlament, eine andere war Abgeordnete der nordirischen *Assembly*, dem Regionalparlament, und drei saßen für *Sinn Fein* in einem Stadtrat. Von den Frauen gaben sechzehn an, aus einer „republikanischen Familie" zu kommen, wobei damit frühere Generationen gemeint sind. Ebenso sechzehn waren oder sind mit einem Mann verheiratet, der politisch aktiv war (6 k.A.), eine davon hatte während ihrer Haftstrafe einen Protestanten geheiratet, der auch gerade seine Strafe absaß. Drei haben ihren republikanischen Mann geheiratet während dieser inhaftiert war und zwei von ihnen war bei ihrer Hochzeit selbst in Haft.

Auswertung

Wie deutlich geworden ist, sind nicht alle Interviews nach dem von mir angepeilten Ideal verlaufen. Bei etwa einem Drittel war kein Vorgespräch möglich und die Dauer einer kleinen Anzahl – der unter 45 Minuten – verdeutlicht, dass in diesen Interviews viele Themen nicht angesprochen werden konnten. Auf der anderen Seite sind nicht wenige Interviews um einiges länger geworden als die Zeit vorsah, die mir manche Interviewpartnerin anfangs einräumen wollte, und bei einer größeren Anzahl – die mindestens zwei Stunden oder länger – weist die Dauer darauf hin, dass der Ertrag dieser Interviews besonders hoch war. Der Leitfaden war auf ein mindestens einstündiges Gespräch ausgelegt, ein zeitlicher Rahmen, in dem sich die große Mehrheit der Interviews befand. Was die Kriterien der Vielfalt angeht, so konnten sie alles in allem erfüllt werden. Zwar sind deutliche zahlenmäßige Schwerpunkte auf bestimmte Gruppen, wie Angehörige der linken Parteien und der Mittelschicht in den besetzten Gebieten, und ehemalige (*Provisional*)IRA Aktive in Nordirland, oder Gebiete, wie bestimmte Teile der Westbank und Belfast, erkennbar, aber trotzdem sind Angehörige anderer Gruppen oder solche aus anderen Gebieten Teil des Samples. Ein mögliches Problem dabei ist nicht, dass die Datenbasis nicht repräsentativ ist, sondern die Gefahr, dies in der Auswertung nicht zu berücksichtigen.

Die Auswertung der Interviews begann schon im Feld, indem zunächst die Rahmenbedingungen, wie Kontaktperson, Ort, Atmosphäre oder besondere Vorkommnisse, festgehalten wurden. Nach jedem Interview habe ich die Aufnahmen – falls

74 Einige waren im Zuge des *Good-Friday-Agreement* 1998 vorzeitig entlassen worden.

zeitlich möglich, vor einem weiteren – gehört, dabei kritisch eigene Fragetaktik und Verhalten bilanziert und daraufhin untersucht, welche Aspekte unklar geblieben sind, welche neuen Fragen aufgetaucht sind, welche Annahme vielleicht revidiert werden muss, welche neuen Erkenntnisse sich ergeben haben und wo Widersprüche oder Brüche in den Erzählungen sind und ähnliches. Wenn möglich wurden diese Untersuchungsergebnisse in das nächste Interview eingebaut. Ein zweites Mal habe ich die Aufnahmen gehört, um eine Art Kurzbiographie der jeweiligen Interviewpartnerin zu erstellen. Dies geschah noch im Feld. Daraus sind später Tabellen geworden, in denen ich die Daten zusammengefasst habe (siehe oben die Ausführungen zur Datenbasis).

Erst im Anschluss an die jeweilige Feldforschung, aber zeitnah, habe ich die Aufnahmen ein (mindestens) drittes Mal gehört und die Interviews selektiv – schätzungsweise die Hälfte des Materials – transkribiert. Schließlich habe ich alle noch ein (mindestens) viertes Mal gehört und dabei die Transkription und Selektion überprüft. Wie etwas gesagt wurde, also etwa „laut und aufgeregt“ oder „leise und in sich gekehrt“ oder „zögernd“ oder, was leider auch vorgekommen ist, „weinend“ oder „den Tränen nahe“, wurde ebenfalls selektiv erfasst und zwar nur dann, wenn es für den Inhalt des Gesagten besonders aufschlussreich erschien. Ähnliches gilt für den genauen Wortlaut meiner Fragen. Die Selektionskriterien haben sich bei jedem Transkript ein wenig verändert. Für jedes galt, die Eigenheiten der betreffenden Person und die Besonderheiten, eventuell irritierendes, festzuhalten, aber während ich zu Anfang genauso immer das transkribiert habe, was ich als typisch eingestuft habe, wurde dies bei späteren Transkripten weggelassen, es sei denn die Erzählung brachte einen neuen Aspekt zum Thema.

Anschließend habe ich die Transkripte mit Hilfe des Programms WinMAX codiert (vgl. Kuckartz 1999), wobei ich das Programm nur als Ordnungshilfe benutzt habe. Die Codierung orientierte sich zunächst an den schon dargestellten Themen des Leitfadens und Themen, die sich im Feld als relevant erwiesen hatten. Die Interviews aus Nordirland durchliefen ein Jahr später dieselbe Prozedur. Nachdem alle Interviews einmal codiert und die „codings“ miteinander verglichen waren – innerhalb der palästinensischen bzw. nordirischen und dann zwischen den beiden – wurde die Codierung im Laufe der Zeit weiter differenziert, wodurch immer neue „codings“ entstanden, wie zum Beispiel Aussagen zur „Zeit“, die wiederum unterteilt in „historische Vergangenheit“, „selbst erlebte“, „Zukunft“ und „Zeitempfindung“ (zum Beispiel in konfliktintensiven Phasen oder im Gefängnis oder während eines Verhörs). Oder Aussagen wurden danach eingeteilt, ob sie als geschlechtsspezifisch gelten können, ob die Sprecherin sie als solche benennt oder nicht. Eine andere Codierung

richtete sich danach, ob es um „drinnen“ (also innerhalb des Hauses, der Familie) geht oder um „draußen“ (also dem öffentlichen Raum), daraus entstanden Kategorien wie „Mobilität“ und „Deutungsmacht“ usw. Diese Prozesse haben sich mehrmals wiederholt und haben auch während des Schreibprozesses noch stattgefunden.

Später habe ich alle Transkripte unter Berücksichtigung der schon geleisteten Codierung einer nochmaligen Selektion unterzogen als ich ausgewählt habe, welche Passagen ins Deutsche übersetzt werden sollen. Für die Übersetzungen habe ich jemand anderen – fachfremden – hinzuziehen können[75]. Die Diskussionen über die angemessene Übersetzung einiger Interviewpassagen waren hilfreich, um eigene Interpretationen, die für mich schon den Charakter des Selbstverständlichen angenommen hatten, noch einmal in Frage zu stellen. In manchen Fällen wurde sich auf eine Übersetzung geeinigt, wie zum Beispiel bei dem Begriff „comrade“, der mit „Kamerad“ übersetzt worden ist. Die Verwendung von „comrade“ impliziert eine Beziehung auf gleicher Augenhöhe, kann aber genauso „Genosse“ im Sinne einer linken parteipolitischen Verortung bedeuten, oder auch beides zugleich, und manchmal kann es den Anklang von „comrades in arms“, also „Waffenbruderschaft“, haben. Diese Selektion hat den Umfang des Materials noch einmal ungefähr halbiert. Neben den inhaltlichen Kriterien kamen hier auch sprachliche hinzu, insbesondere bei den Transkripten aus den besetzten Gebieten. Wenn also beispielsweise zwei Frauen meiner Einschätzung nach ähnliches erzählt haben, wurde die Erzählung der Frau ausgewählt, die sich besser in der Fremdsprache Englisch ausdrücken konnte.

Grenzen des Materials

Mit der Sprache ist eine wichtige Problematik angesprochen, nicht zuletzt, weil Englisch auch nicht meine Muttersprache ist. Eine Reihe von sprachlichen Unklarheiten, die ebenso in Nordirland auftraten wegen des starken Dialekts und Jargons, konnten schon während der Interviews geklärt werden, aber eben nicht alle. Man könnte argumentieren, je mehr die Interviews sprachlich bearbeitet wurden oder werden mussten, wie in einigen palästinensischen Fällen, umso größer ist die Gefahr interpretatorischer Fehlleistungen. Nun gibt es außer der eigenen Sorgfalt aus diesem Dilemma keinen Ausweg, zumal der ganze Auswertungsprozess gleichzeitig immer Interpretation ist. Die Sorgfalt besteht unter anderem darin, sich zu überlegen, was in Aussagen hinein interpretiert werden kann und was nicht. So macht es wenig Sinn, an einzelnen Ausdrücken oder an grammatikalischen Analysen eine Interpretation aufzuhängen, wenn der Sprecherin vermutlich kein anderer zur Verfügung stand und diese

75 Dr. Krischan Schulte, Germanist. Ermöglicht wurde dies durch Gelder aus der Förderung von Projekten zur Frauengleichstellung der Universität Siegen.

die Grammatik nicht perfekt beherrscht. Doch es gibt auch Ausnahmen, und zwar dann, wenn die Sprecherin einen stehenden Begriff benutzt bei dem klar ist, dass sie Alternativen kennt, die eine andere Bedeutung beinhalten. Ein Beispiel ist „(military) operation“ statt einfach „bomb“ oder „terrorist attack“, ein anderes wäre, wenn alles was der Gegner macht, immer ein „attack“ ist. Wie man Wörter einer Fremdsprache verwendet, kann also ein Stück weit einen bestehenden Jargon reflektieren, der Hinweise auf eine weiter verbreitete Interpretation der Situation gibt. Man denke auch an einen Begriff wie „armed struggle“, der impliziert, dass es noch mindestens eine andere Art von „struggle“ gibt. Interviewpartnerinnen aus den besetzten Gebieten haben oft die Begriffe „social“ und „political“ gegenüber gesetzt, wobei mit „political“ das Politische gemeint war, was sich gegen Israel und für die nationalen palästinensischen Ambitionen einsetzte, und mit „social“ eher das gemeint war, was man im Deutschen mit „sozialpolitisch“ bezeichnen würde oder in dem Sinne wie man von „sozialer Bewegung“ spricht, auch wenn diese politische Ziele haben, wie eben „Frauenbewegung“.

Die Grenzen des Materials in der Interpretation zu überschreiten, ist dann unproblematisch, wenn sie anderen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen. Aber wenn zu dem zu interpretierenden Punkt keine vorliegen, dann wird es schwierig einzuschätzen, inwieweit der eigene Befund nicht vielleicht an unterschiedlicher Fragetaktik gelegen haben könnte oder an den Zeitpunkten der Interviews, die ja, wie gesagt, wegen der Erfolge bzw. Misserfolge der Friedensprozesse in unterschiedlicher Atmosphäre stattfanden. Das wichtigste Beispiel dafür ist, dass ich zwar keine meiner Interviewpartnerinnen aufgefordert habe, sich persönlich für die Unterstützung oder Anwendung von Gewalt zu rechtfertigen, oder danach gefragt habe, ob sie wegen der Opfer, auch die der Gegenseite, Schuldgefühle empfinden, aber einige nordirische Interviewpartnerinnen im Gegensatz zu palästinensischen dies von sich aus thematisiert haben. Nun könnte man argumentieren, dies kann auch daran liegen, dass ich in Nordirland mehr Interviewpartnerinnen hatte, die selbst direkt beteiligt und damit für den Tod anderer verantwortlich waren. Außerdem war es bedingt durch die Distanz zu früheren Ereignissen und den Verlauf des Friedensprozesses in Nordirland insgesamt einfacher, Gewalt, und insbesondere Gewalt gegen Zivilisten, zu thematisieren. Bedeutet das alles nun, dass solche Dinge erst dann thematisiert werden, wenn der Konflikt sich auf dem Wege zu einer Lösung befindet und die Gewalt aus dem Alltag verschwunden ist, oder verweist es auf einen grundsätzlichen Unterschied in der Konfliktinterpretation oder gibt es doch andere Gründe? Die Frage lässt sich allein aus dem Befund heraus, nach dem keine meiner palästinensischen

Interviewpartnerinnen Schuld und Verantwortung für die Opfer des Konflikts von sich aus thematisiert hat, nicht beantworten.

Eine weiteres Problem entsteht, wenn man vergisst, dass schon das Reden über persönliche Erfahrungen eine Interpretation und Einordnung und nicht zuletzt Selbstverortung der Sprechenden in größere Zusammenhänge ist. Außerdem ist historische Rekonstruktion nicht unbedingt „the primary concern in a life story; what is, is how people see themselves at this point in their lives and want others to see them" (Atkinson 1998, 24). Das Bemühen um eine kohärente Lebensgeschichte, die ebenso begründet wie sich selbst erklärt, um so Sinnstiftung für die eigene Lebensgeschichte zu leisten, ermöglicht einerseits Erfahrungen überhaupt vermittelbar zu machen. Andererseits ist Vorsicht vor zuviel Kohärenz geboten, denn „nichts ist kohärenter als die Wahnvorstellung eines Paranoikers oder die Geschichte eines Schwindlers" (Geertz 1983, 26[76]). Oder die Geschichte eines Ideologen. Der kritische Umgang mit dem, was in einem konfliktträchtigen Feld erzählt wird, bedeutet nicht automatisch, dass man der Sprecherin misstraut. Es bedeutet nur, den Interpretations- und Selbstdarstellungscharakter des Gesprochenen sowie die Gegebenheiten des Feldes zu berücksichtigen. Inwieweit man einschätzt, darauf bei der eigenen Interpretation besonders achten zu müssen, oder ob man es eher vernachlässigen kann, hängt von vielen Dingen ab und nicht einfach davon, was gesagt wurde. Je nach Interviewverlauf, Atmosphäre, Offenheit der Interviewpartnerin und ihrer Bereitschaft persönliches oder selbstkritisches zu erzählen, oder auch wie etwas gesagt wurde, kann diese Einschätzung von Interview zu Interview ganz unterschiedlich ausfallen.

76 Geertz bezieht sich zwar an dieser Stelle auf Kohärenz als Gütekriterium für die Beschreibung einer Kultur, aber ich denke es passt auch hier.

3. Die historischen Kontexte politischer Partizipation

„Und so blickt jeder Einzelne zurück, um sozusagen mit dem Heldentum – meistens – der Vorväter zu wetteifern, die Mütter werden meist auf der ganzen Linie unsichtbar. Es lässt sich nicht so viel glorreiche Erinnerung daraus gewinnen, dass man Kinderwagen schiebt, ein sicheres Haus [als Versteck für Material und ‚Kämpfer'; SK] führt, die Menschen satt essen lässt und die Gemeinschaft am Laufen hält. Es ist nicht halb so symbolträchtig wie der Tod, es ist nicht halb so symbolträchtig wie eine lebenslange Gefängnisstrafe. Wenn man meinetwegen sagt: ‚Dieser Mann ist für neunundvierzigeinhalb Jahre ins Gefängnis gegangen' – großer Applaus. ‚Diese Frau hat ihm an jedem einzelnen dieser Tage Suppe gebracht' – da heißt es: ‚Na also, war sie nicht privilegiert?' – die Suppe zu bringen. Das Denkmal ist der Gefangene, der Held ist der Gefangene – ich meine, hast du je ein Denkmal für eine Suppenköchin gesehen?" (Bernadette Mc Aliskey, NI 23)

Mit diesen Sätzen karikierte Bernadette, die es selbst als eine der wenigen Frauen geschafft hat, zwar kein Denkmal zu erhalten, aber ein Name in unzähligen Büchern über den Nordirlandkonflikt zu sein, eine der gängigen stereotypen Vorstellungen über Frauen und Männer in gewaltsamen politischen Konflikten. Danach ist der Mann der Held oder Märtyrer und die Frau ist seine ihn umsorgende Helferin, deren Beitrag nicht der Rede wert ist. Ihre Beschreibung der Funktion von Frauen – „die Gemeinschaft am Laufen halten" – ist dagegen nicht karikierend und entspricht Forschungsergebnissen, nach denen Frauen in gewaltsamen politischen Konflikten tatsächlich eher Unterstützungs- und Versorgungsfunktionen erfüllen, während die politischen und militärischen Auseinandersetzungen größtenteils von Männern geführt werden. Auch ihren Feststellungen über die Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit von Frauen in der historischen Überlieferung entsprechen Forschungsergebnisse zum Thema[77].

In diesem Kapitel werde ich zunächst klären, was unter historischem Kontext verstanden werden soll, erläutern welche Problematik damit verbunden ist, und was politische Partizipation bedeuten soll. Im Anschluss daran folgen die Darstellungen der historischen Kontexte und der politischen Partizipation zuerst von Republikanerinnen und danach von Palästinenserinnen. Dann werden in vergleichender Perspektive die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der historischen Kontexte der

77 Vgl. unter anderem: Dowler 1998; Knabe 1996; Behrend 1995; Hacker 1995; Enloe 1990; Callaway 1986; Jayawardena 1986.

Konflikte und der politischen Partizipation von Frauen erörtert, und schließlich, überleitend ins nächste Kapitel, kurz zusammengefasst.

3.1 Historischer Kontext und politische Partizipation

Historischer Kontext: ein Denkmal für die Suppenköchin?

Abgesehen von der eher banalen Tatsache der grundsätzlich historischen Bedingtheit menschlicher Verhältnisse, legt die generationsübergreifende Dauer der Konflikte – selbst wenn meines Wissens niemand „neunundvierzigeinhalb Jahre" im Gefängnis verbracht hat – einen historischen Abriss der Konfliktverläufe nahe. Die folgenden Kapitel sollen auch für den Leser die Verläufe zusammenfassen und ihn mit Informationen versorgen oder ihm diese in Erinnerung rufen, um das Verständnis späterer Passagen zu erleichtern. Der Schwerpunkt liegt dabei neben der politischen Partizipation von Frauen auf den historischen Entwicklungen der jeweiligen Widerstandsbewegungen. Die Einordnung politischer Partizipation von Frauen in diesen historischen Kontext lässt zwar Frauen als politische Akteurinnen der Widerstandsbewegungen im historischen Prozess sichtbar werden, dient jedoch nicht dazu, ein „Denkmal für die Suppenköchin" zu schaffen. Sie soll vielmehr die Auswirkungen gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Entwicklungen auf Frauen zeigen und darstellen, mit welchen Formen politischer Partizipation diese Entwicklungen einher gingen.

Allerdings ist keine Darstellung historischer Entwicklung und keine Einordnung in einen historischen Kontext unproblematisch. Dies schon gar nicht wenn, wie hier, die historischen Interpretationen sowohl ideologische Ressourcen im politischen Konflikt sind, als auch selbst im Brennpunkt des Kampfes um Definitionsmacht stehen. Gemeint ist mit „Interpretationen" das, was von Gutwein als „nationales Gedächtnis" beschrieben wird: „Demgegenüber [den Bemühungen der historischen Forschung; SK] ist das nationale Gedächtnis, in der Form des kollektiven Gedächtnisses, ein eklektisches Bild der Vergangenheit, seinem Wesen nach unkritisch, das als Ablageort von Informationen dient, die von Agenten des Gedächtnisses, wie dem Erziehungswesen, den Medien und den allgemeinen Konventionen tendenziell ausgesiebt werden. Das kollektive Gedächtnis ist wissentlich didaktisch und prägend; obwohl es historische Materialien verwendet, ist es auf die Zukunft ausgerichtet, fest eingebunden in politische Ziele und somit ideologischer Natur. ... Das kollektive Gedächtnis steht im Dienste der Definition ideologischer Gruppen, von denen jede einzelne ein unterschiedliches Gedächtnis pflegt, und demzufolge existiert als Teil der Macht-

kämpfe auf der politischen Arena auch ein andauernder Wettstreit der Gedächtnisse" (Gutwein 2000, 238/39).

Als ideologische Ressource einer Konfliktpartei ist der Rekurs auf kollektiv erlittenes Unrecht, Niederlagen oder errungene Siege fundamental. Er dient dabei zum einen der Legitimitätsbeschaffung bzw. der De-Legitimierung des Gegners durch Pochen auf historisch begründete Rechte, die an den Gegner und die internationale Öffentlichkeit heran getragen werden. Zum anderen dient er der Selbstvergewisserung und wird, wenn er eine gewisse Deutungshoheit erlangen kann, selbstverständlicher Bestandteil eines bestimmten Weltbildes und der Konfliktdefinition (vgl. Kapitel 4.1). Im Kampf um die Definitionsmacht wird dabei so getan als ob die Frage, wer Aggressor ist und wer sich „nur" verteidigt als historisch unwandelbar begründet, beantwortet und auf die jeweils aktuelle Situation übertragen werden könnte. Die Dauer der Konflikte erscheint so nicht etwa erklärungsbedürftig, sondern wird im Gegenteil als Erklärung für den Stand der Konflikte angeboten. Geschichte dient als Interpretationsfolie für die Gegenwart, während sie gleichzeitig im Lichte der Gegenwart aufs Neue interpretiert wird. Diese Interpretationen gehören selbst zur Dynamik der Konflikte, sie passen sich neuen Entwicklungen an oder können ihnen voraus gegangen sein, wobei sich auch ihr geschlechtsspezifischer Gehalt ändert.

Ohne das Wissen um historische Entwicklungen ist es unmöglich, diese Interpretationen nachvollziehen zu können. Deshalb ist die herausragende Stellung der historischen Interpretationen ein Grund, wieso die Darstellung von historischen Entwicklungen in einer soziologischen Arbeit ihre Berechtigung hat. Doch die Produktion und Präsentation von historischem Wissen ist vielen Beschränkungen unterworfen. Historiker können noch so viele Quellen nutzen, Texte noch so lang sein – sie bleiben immer unvollständig. Die Selektion vollzieht sich mit jedem, der versucht sich historisches Wissen anzueignen und es darzustellen, aufs Neue. Die Auswahl bestimmter Aspekte und die Unterschlagung anderer ergibt sich nicht nur aus zeitlichen Begrenzungen, begrenztem Zugang zu Material, dem Zwang zur Kürze oder der übergeordneten Thematik, die das Erkenntnisinteresse leitet. Geleitet wird die Auswahl immer auch von einer Fülle teils unausgesprochener Annahmen über die Relevanz bestimmter Aspekte, Ereignisse oder Personen, die sich aus den unterschiedlichsten Quellen speisen können. Diese können Forschungsergebnisse anderer zum Thema sein, wissenschaftliche Traditionen oder Ambitionen, Plausibilitäten des „Alltagsverstandes" oder Vorlieben, Abneigungen, eigene politische und sonstige Überzeugungen.

Die Art der Darstellung in den folgenden zwei Kapiteln ist sehr knapp und daher so selektiv, dass sicherlich Kennern der Konflikte viele Aspekte fehlen werden. Ne-

ben der Vermittlung historischer Ereignisse gestützt auf die gängige wissenschaftliche Literatur, zielt meine Darstellung der historischen Kontexte politischer Partizipation von Frauen auf einen ersten Einblick in die Konfliktdynamiken und dabei auf den Beitrag von Frauen als politische Akteurinnen. Um diesen Beitrag zu veranschaulichen, habe ich Interviewausschnitte eingebaut. Die Auswahl der verwendeten Interviewausschnitte beruht auf meinen allgemeinen Kenntnissen über die Konflikte und meine Darstellung wurde („natürlich") nicht anhand der Interviews konstruiert. Trotzdem sind die in den Interviews gesammelten Informationen und Interpretationen meiner Interviewpartnerinnen Teile meiner Kenntnisse geworden und haben insofern die Selektion beeinflusst. Dabei geht es nicht darum, die Interpretationen einer Konfliktpartei zu wiederholen, sondern sie als Interviewausschnitte gekennzeichnet einzubeziehen.

Teils heben diese Abschnitte den Akteurscharakter hervor, teils illustrieren sie von mir als typisch eingestufte Bestandteile des „kollektiven Gedächtnisses", gebrochen durch die Lebenserfahrungen und Gedankenwelt der Frauen. Sie enthalten so immer ein Stück Interpretation der Beteiligten aus heutiger Sicht. Dabei werden durch ihre Argumentationen unterschiedliche „kollektive Gedächtnisse" deutlich, und zwar nicht nur, weil die individuellen Erinnerungen von einander abweichen und Akteure oder Zeitzeugen über nur begrenztes historisches Wissen verfügen, sondern auch, weil sie sich unterschiedlichen Gruppen zugehörig fühlen. Die Interviewausschnitte illustrieren insofern die Vielfalt jenseits der Abstraktion „kollektives Gedächtnis".

Politische Partizipation: Ist Suppe kochen politisch?

Die Beantwortung der Frage, ob eine Handlung politisch ist, hängt davon ab, was als politisch definiert wird. Und diese Definition ist selbst ein Politikum. Die Definition, nach der politisch nur das ist, was im öffentlichen Raum und in formell-institutionalisierten Rahmen stattfindet ist nicht nur zirkulär – politisch ist das, was dort stattfindet, welches als politisch definiert ist und politischer Raum ist der, wo politisch gehandelt wird –, sondern wurde aus machtkritischer Perspektive als Verschleierung von Machtverhältnissen, als andro- und eurozentrisch kritisiert[78]. In dieser Perspektive kann Suppe kochen ein politischer Akt sein und damit unter „Machtverdacht" (Popitz 1992, 16) stehen. Gute Gründe dafür lassen sich finden, indem man Interdependenzen aufdeckt, auf unbeabsichtigte Konsequenzen verweist, oder eben Machtverhältnisse dekonstruiert. Wenn aber ein Begriff alles ist, hört er auf, ein wissen-

78 „In vielen Einzelstudien wurde aufgedeckt, daß Denkmuster wie etwa ethnozentrische, eurozentrische, rassistische und Klassenvorurteile immer wieder als Hintergrundannahmen der Forschung anzutreffen sind, wobei sich vielfach auch Querverbindungen zum Androzentrismus feststellen lassen." (Nagl-Docekal 1999, 132)

schaftlicher zu sein. Sinnvoller erscheint mir, nach einer engeren Definition zu suchen, um dann Erkenntnisgewinn daraus ziehen zu können, wann sie an ihre Grenzen stößt.

Unbestritten bezieht sich Politik auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse, wobei nach Max Weber bekanntlich Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen durchzusetzen, gleichgültig worauf diese Chance beruht" bedeutet, während Herrschaft als Unterfall von Macht „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden" heißt (Weber 1980 (1921), 28). Herrschaftsverhältnisse sind demnach nicht „amorph", sondern strukturiert und beruhen auf einem „Minimum an Gehorchen wollen, also: Interesse (äußerem oder innerem) am Gehorchen" (ebd., 28 bzw. 122). Selbst wenn man diesen Definitionen zustimmt, bleibt umstritten, auf welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse sich eine Handlung beziehen muss, um politisch genannt werden zu können. Schließlich lebt jeder in mehreren Machtverhältnissen, kann in ihnen verschiedene Positionen einnehmen oder plötzlich in ein neues geraten. Relevant sind hier nur dauerhafte Machtverhältnisse, die außerdem insofern überindividuell sind, wie die Position im Machtverhältnis aufgrund der Zuschreibung oder Zugehörigkeit zu einem Kollektiv festgelegt ist.

Darüber hinaus ist das entscheidende Kriterium bei Weber, um „politische Verbände" von anderen Verbänden, und allgemeiner von anderen menschlichen Gemeinschaften, zu unterscheiden, ihr „spezifisches Mittel der physischen Gewaltsamkeit", wobei der Staat derjenige politische Verband ist, der dieses Mittel auf einem bestimmten Gebiet, also seinem Territorium, monopolisiert hat (ebd. 29, 821f.). Die Definition von Politik bei Weber für eine Welt, die in Staaten aufgeteilt ist, lautet: „‚Politik' würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt" (ebd., 822). Mit Rückgriff auf die „politischen Verbände" lässt sich sicherlich hinzufügen: Politik ist, wenn „politische Verbände" die Abschaffung eines Staates anstreben, oder die Abgabe eines Teils seines Territoriums, um selbst das Gewaltmonopol zu erlangen, oder wenn jemand nach Machtanteil innerhalb eines solchen Verbandes strebt.

Politisch wäre Suppe kochen somit dann, wenn es darauf zielt, Machtverhältnisse, deren „spezifisches Mittel das der physischen Gewaltsamkeit" ist, zu festigen oder zu erschüttern. Nach dieser Definition wäre die Handlung der Suppenköchin aus dem Interviewabschnitt nur dann politisch, wenn ihr Mann aufgrund seiner politischen Handlungen und Ziele im Gefängnis säße und sie ihm die Suppe brächte, um diese Ziele zu unterstützen, oder um selbst „Machtanteil" innerhalb eines „politischen Ver-

bandes“ zu erlangen[79]. In den folgenden Kapiteln soll politische Partizipation zunächst in diesem engen Sinne verstanden werden.

3.2 Republikanerinnen

Irische Nationalbewegung bis 1922

In der 1995 fertig gestellten Videodokumentation „What did you do in the War Mummy?“ des *Falls Women's Centre* über die Rolle von Frauen in der republikanischen Bewegung sagte die hochbetagte Eileen Brady im Interview: „When I was fifteen I joined the *Cumann na mBan*[80] [‚League of Women‘; SK] (...) We didn't ... a ... lot of work regarding the war or anything but we run the place and went to Irish dancing, learned first aid and that sort of thing. (...) In fact in my time the women didn't get that much involved. Now the women are involved more and that's what I would love to be, involved, you know, say in the Army [gemeint ist die IRA; SK], because we were like wee ladies and waiting – you know, never did much but I would really love to be about nineteen now.“ (Falls Women's Centre 1995)

Die Jugenderinnerungen zu ihren Aufgaben in der *Cumann na mBan* beziehen sich vermutlich auf den Unabhängigkeitskrieg, in dessen Folge sich der überwiegend katholische Süden Irlands 1922 von der jahrhundertelangen Herrschaft Großbritanniens löste[81]. Zu diesem Zeitpunkt konnten junge Frauen in Irland unschwer Vorbilder politisch aktiver Frauen finden. Die Nationalbewegung hatte zu diesem Zeitpunkt eine Tradition entwickeln und stilisieren können, die bis mindestens Ende des 18. Jahrhunderts zurück reichte. So hatte sie schon nationale Heldinnen und weibliche Symbolfiguren hervorgebracht[82]: Zum Beispiel die militanten Damen der *Ladies Land League*, die in den '80er Jahren des 19. Jahrhunderts die Kampagne zur Landreform aufrecht erhielten als die männlichen Führer inhaftiert waren, Nationalistinnen der *Home Rule* Kampagne für Irland, Akteurinnen der kulturellen nationalen Erneuerung, Gewerkschafterinnen, Sozialistinnen, Frauenrechtlerinnen und zum Kampf bereite Republikanerinnen: „Buy a revolver“ lautete 1915 einer der Ratschläge, die Constance Markievicz – eine Rädelsführerin des gescheiterten Osteraufstands in Dublin 1916 und später Abgeordnete in den ersten irischen Parlamenten – auf einer Ver-

79 Ähnliches gilt für die Magd Judits, die so gesehen unpolitisch gehandelt hätte.

80 Frauensektion der IRA. Gegründet 1914 als Frauensektion der *Irish Volunteers*, einem Vorläufer der IRA.

81 Zur irischen Geschichte im Allgemeinen: Townshend 1988; Darby 1983b; Kee 1982; Beckett 1981.

82 Zur Geschichte der Frauen in der irischen Nationalbewegung: Ward 1996, 1995b, 1980; Coulter 1993; Mac Curtain 1979.

sammlung der *Women's Franchise League* anderen Frauen gab (Ward 1995b, 45/46). Indes, so wie die *Ladies Land League* von den zurückkehrenden Männern schnellstens aufgelöst worden war, blieben die meisten der nationalistischen Organisationen den Frauen verschlossen. Deshalb ist Eileen Bradys Beschreibung ihrer Aktivitäten in der *Cumann na mBan* aufschlussreich, weil sie wiedergibt, was von Frauen wie Constance Markievicz kritisiert wurde: Dass sie nur Hilfstruppe für die Männer sei.

Nordirland entstand, weil sich die protestantischen Nachfahren von Siedlern, die größtenteils im 17. Jahrhundert eingewandert waren und dort die Bevölkerungsmehrheit[83] bildeten, gegen die Auflösung der Union mit Großbritannien zur Wehr gesetzt hatten. In dem Gebiet des entstandenen „Protestant state" – so benannt von seinem ersten Premierminister[84] – lebte allerdings eine große katholische Minderheit, welche sich dem Süden zugehörig fühlte und die Teilung Irlands ablehnte[85]. Während im Süden der Bürgerkrieg zwischen radikalen Republikanern, denen die Errichtung eines Freistaates unter der britischen Krone nicht weit genug ging, und den Befürwortern des Freistaates tobte, war auch Nordirland „born amid bloodshed and communal disorder" (Darby 1983b, 21).

Carnival of Reaction

Der Sozialist Connolly, der wegen seiner Beteiligung am Osteraufstand hingerichtet wurde, hatte im Falle einer Teilung der Insel einen „carnival of reaction" vorausgesagt. Er sollte insofern Recht behalten, wie zwei Staaten[86] entstanden, die sich in ihrer gegenseitigen Abgrenzung stark religiös-konfessionell definierten und in erster Linie mit der Aufrechterhaltung von „law and order" beschäftigt waren, ohne eine soziale Reformierung anzustreben. Konsolidierung war ihr erstes Anliegen. Im Süden erhielten zwar Frauen ab einundzwanzig Jahren in den '20er Jahren formal alle politischen Rechte, doch die Verfassung von 1937 „sought to imprison women in the

83 Die Grenzen der Provinz waren extra so gezogen worden, dass sie eine komfortable Mehrheit bildeten. Zur historischen Provinz Ulster gehörten neun *Counties*, von denen drei mit überwiegend katholischer Bevölkerung nicht dem nordirischen Staat zugeordnet wurden. Irland war bis dahin in vier Provinzen aufgeteilt, die wiederum in insgesamt zweiunddreißig *Counties* eingeteilt waren. Für Republikaner ist Nordirland daher die *six Counties* und der Süden Irlands die *26 Counties*, da sie die Legitimität beider Staaten ablehnten. Die Bezeichnung *Ulster* für Nordirland wird eher von Protestanten benutzt.

84 „All I boast is that we have a Protestant parliament and a Protestant state" (Sir James Craig, Lord Craigavon, April 1934, Premierminister von 1921-1940. Zitiert nach Farrell 1992, 92).

85 Entsprach die katholische Minderheit damals etwa einem Drittel der Bevölkerung, so sind es heute über 40%.

86 Zu der politischen Partizipation von Frauen in Süd- und Nordirland: Ward 1999, 1980; Porter 1998; Sales 1997; Coulter 1993; O'Dowd 1987; Rudd 1982; Manning 1979.

family, and to subordinate their role to that of their 'duties' in the home“ (Coulter 1993, 33). Politisch und gesellschaftlich hatte sich die Strömung durchgesetzt, die für einen romantisierenden Nationalismus und traditionelle Werte stand. Auf der politischen Ebene zeigte sich dies darin, dass „in 1952, ... there were fewer women in elected politics than in 1922 and their impact and effectiveness was undoubtedly less. And even ... in 1977 the numbers are not appreciably greater than they were in 1922“ (Manning 1979, 92). In der *Dáil*, dem irischen Parlament, blieb der Frauenanteil in diesem Zeitraum immer unter 4% (ebd., 93).

In Nordirland[87] war und blieb die Gesellschaft eine entlang der konfessionellen Linie gespaltene: Schulsystem, Heiratsmarkt, Wohnviertel, Freizeitgestaltung, Arbeitsmarkt, Bildungschancen, politische Parteien und Zugang zu staatlichen Institutionen – für alles blieb die konfessionelle Zugehörigkeit bestimmend[88]. Obwohl die soziale Schichtung bei beiden Konfessionen ausgeprägt ist, waren Katholiken strukturell benachteiligt und wurden insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und bei der öffentlichen Wohnungsvergabe diskriminiert. In Kindheitserinnerungen spiegelte sich die Lage so wider:

> „St. Louisa [in Belfast; SK] war die erste höhere Schule für Mädchen – in der katholischen Kirche gab es dieses Klassenbewusstsein – es war eine katholisch geführte Schule und ich – obwohl diese Ausbildung meine Augen für viele Dinge geöffnet hat – man wurde immer noch behandelt ... Die Schule hat zwar schon versucht, mit ihrer Ausbildung das Profil der Frauen allgemein zu verbessern, aber die Klassenunterschiede wurden vernachlässigt – die Kinder, deren Väter gute Jobs und gutes Geld hatten, wurden besser behandelt. Wenn eine Mutter sich einen Teil der Uniform nicht leisten konnte, wurde das Kind dafür bestraft. Diese Art der Geisteshaltung. (...) So war es in den Fünfzigern, '58. Ich war eine der ersten Schülerinnen und meine Mutter konnte es sich nicht leisten, mir einen Mantel zu kaufen, weil meine ältere Schwester zuerst einen brauchte – das ist damals sehr aufgebauscht worden. (...) Mein Vater war Mechaniker, aber er konnte nie das tun, was er gelernt hatte, weil er – er hat für einen Lebensmittelhandel Lastwagen gefahren, er konnte seinen Beruf nicht ausüben, er war Mechaniker, davor war er Chauffeur gewesen. (...) Meine Mutter war Hausfrau, denn in unserer Kirchen-Kultur ist eine Mutter dazu da, zu Hause zu sein, auf die Kinder aufzupassen. (...) Wenn man katholisch war, musste man politisch sein, wirklich, denn ich habe meinen Vater tatsächlich weinen gesehen, weil er keine Arbeit bekommen konnte. Er wurde gefragt, welche Schule er besucht hatte [weil das Auskunft über die Konfession gibt; SK] und er ist aufgestanden und gegangen – er war Mechaniker und musste schlecht bezahlte Jobs annehmen, um seine Familie zu ernähren, und ich habe nach dem Warum gefragt. Also hat er uns mehr oder weniger von unserer Geschichte

87 Zu Nordirland vor den *Troubles*: Farrell 1992; Buckland 1981.

88 Vgl. Barritt/ Booth 1972; Barritt/ Carter 1972; Rose 1971.

erzählt – und man hat die Menschen in der Umgebung gesehen; die meisten Nationalisten [in NI ein Synonym für Katholiken; SK] konnten keine Wohnung und nur schlecht bezahlte Jobs bekommen.“ (Anonym 2, NI 17)

In diesen Sätzen werden die eigenen Erfahrungen als typisch angeführt: Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt am Beispiel des Vaters, der Einfluss der katholischen Kirche auf das Frauenbild am Beispiel der Mutter (dazu Inglis 1987; Warner 1976), die eigenen Erfahrungen von Diskriminierung wegen ihrer Schichtzugehörigkeit im Bildungssystem, der Hinweis darauf, dass dies die meisten *Nationalists* betraf, die mündliche Überlieferung von Geschichte. Protestanten und Katholiken sehen sich als zwei verschiedene *Communities*, mit je eigenen Traditionen, Geschichtsauffassungen und nationalen Identitäten.

Formal auch für Frauen demokratisch strukturiert, etablierte sich de facto ein System der Einparteienherrschaft der protestantischen Unionisten mit erheblichen demokratischen Defiziten wie zum Beispiel Wahlkreismanipulationen[89], einem Wahlrecht gekoppelt an Besitz für Kommunalwahlen und dauerhafter Notstandsgesetzgebung. Nordirland blieb unter britischer Herrschaft, doch ließ London dem Stormontsystem – so benannt nach dem Parlamentsgebäude – freie Hand. Was dies für katholische Frauen bis in die '60er Jahre bedeutete, fasste Ward so zusammen: „Catholic women, discriminated against in every possible way, remained outside of the political arena“ (Ward 1999, 235). Doch bei den Unionisten blieb Politik ebenfalls ein männliches Unterfangen: Die Bilanz für protestantische Frauen unterschied sich nicht wesentlich von der für katholische Frauen, seien sie nun im Süden oder Norden: „Women were virtually absent from mainstream politics. Only three women have been elected to Westminster to represent Northern Ireland. In its fifty-two year existence, nine women were elected to the Stormont Parliament“ (Sales 1997, 32).

Republikanismus und die '60er Jahre

Die katholische *National Party* setzte lange Zeit auf eine Politik der Verweigerung, um die Institutionen des Staates nicht anerkennen zu müssen. Dies entsprach der Haltung vieler katholischer Nationalisten und erst recht der von Republikanern. Familien mit republikanischer Tradition – also mit Eltern oder anderen Vorfahren, die gegen die britische Herrschaft gekämpft hatten, später auf Seiten der Freistaatsgegner waren und damit der Bürgerkriegsverlierer – gab es auf der gesamten Insel. RepublikanerIn zu sein, war in den meisten Fällen identisch mit der Zugehörigkeit zu solch einer republikanischen Familie. Im Süden arrangierten sich im Laufe der Zeit die meis-

89 Daher die Diskriminierung von Katholiken bei der Wohnungsvergabe. In Nordirland herrschte ein einfaches Mehrheitswahlrecht, wo für jeden Wahlkreis eine Person ins Parlament gewählt werden konnte.

ten RepublikanerInnen mit dem Staat und die wenigen, die sich als die wahren Inhaber republikanischer Prinzipien sahen und sie weiterhin verfolgten, wurden zu Splittergruppen im politischen Abseits.

Republikanismus[90] in Irland kann man beschreiben als Variante des Nationalismus, die einen konstitutionellen Weg zur Erlangung eines unabhängigen, vereinten Irlands ablehnt. Die staatlichen Institutionen in beiden Teilen Irlands galten ihr als illegitim. Republikaner sehen sich in einer jahrhundertealten Tradition irischer Freiheitskämpfer gegen den britischen Imperialismus. Die Anwendung von Gewalt ist demnach nicht nur legitim, sondern je nach Strömung innerhalb des Republikanismus sogar notwendig. Entsprechend wird die irische Geschichte als andauerndes Ringen der irischen, d. h. gälischen Nation gegen die britische Kolonialmacht interpretiert. Dies beinhaltet den Glauben, die britische Herrschaft in Irland läge allen politischen Missständen zugrunde, so auch dem Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten. Die Situation in Nordirland wird als „koloniale“ definiert und der südirische Staat als „neokolonial“ (Adams 1986, 39; de Brún 1988). Obwohl die heutigen Republikaner fast durchweg katholisch sind, betonen sie ihre anti-sektiererische Einstellung und sehen den Konflikt als Nationalitätenkonflikt zwischen Briten und Iren. Die Interpretation des Konflikts als grundsätzlich innergesellschaftlich, d. h. konfessionell oder ethnisch, lehnen sie ab.

Eine IRA existierte noch und versuchte die Tradition des bewaffneten Kampfes aufrecht zu erhalten, doch stellte sie ihre Versuche nach einer gescheiterten *Border Campaign* 1962 ein. Ihre Anhänger im Norden nahmen daran nicht teil, weil die Gefahr staatlicher Repressalien gegen die katholische Bevölkerung oder des Ausbruchs sektiererischer Unruhen zu groß war. Diese waren zwar gelegentlich lokal aufgeflammt, doch schien der protestantische Staat unerschütterlich. In den '60er Jahren erschien er manchen sogar reformierbar: Nach einem Führungswechsel leiteten die Unionisten eine langsame Reformpolitik ein, es gab die ersten Treffen mit der Regierung in Dublin und Reden. Diese richteten sich nicht zuletzt an ein neues Phänomen, und zwar die Bürgerrechtsbewegung. Sie wurde getragen von einer neu entstandenen katholischen Mittelschicht und Bildungselite, die ein Ende der sozialen, ökonomischen und politischen Diskriminierung mit Mitteln des zivilen Ungehorsams forderte. Bei den Republikanern setzten sich zunächst Vertreter einer „linken“ Strömung durch, die im Hinblick auf den Norden einen konfessionsübergreifenden Klassenkampf führen wollten und sich der Bürgerrechtsbewegung anschlossen.

90 Zum irischen Republikanismus und der republikanischen Bewegung: Coogan 2000; Bell 1999; Taylor 1997; White 1993; Bishop/ Mallie 1989; Multhaupt 1988.

Bürgerrechtsbewegung

Mit der Bürgerrechtsbewegung und ihrem Vorläufer, der *Campaign for Social Justice*, betraten abermals Frauen die öffentliche politische Arena. Es waren Frauen aus der Mittelschicht, denen der allgemeine Anstieg des Bildungsniveaus – eine Folge sozialstaatlicher Neuerungen in Großbritannien nach dem 2. Weltkrieg – zugute gekommen war, und teilweise Frauen aus unterprivilegierten Schichten, die als erste den Sprung an eine höhere Schule oder die Universität geschafft hatten. Doch das allgemeine Klima der Veränderung führte ebenfalls zu Aktivitäten anderer Frauen, wenn auch zunächst ohne explizit politische Ambitionen. So wie Mary Nelis, die zum Zeitpunkt des Interviews 66jährige *Assembly* Abgeordnete für *Sinn Fein*:

> „Ich hatte nie eine richtige Ausbildung, wirklich, ich bin zur Volksschule gegangen. Ich bin zu alt und war zu arm – und ich glaube, das gilt für die meisten Frauen hier – also habe ich die Schule mit dreizehn verlassen und bin in einer Fabrik arbeiten gegangen. Mit einundzwanzig habe ich geheiratet (...) Neun Kinder, ja. Das war vor den Verhütungsmitteln. Ich habe in der Fabrik gearbeitet, dann habe ich Kinder bekommen, und zwischen den Geburten habe ich wieder gearbeitet – wir mussten das so machen, aber die meiste Zeit war ich zu Hause und habe für die Kinder gesorgt. Und dann habe ich mich – wahrscheinlich wegen der Kinder – sehr stark engagiert in einer Bürgerinitiative für Spielplätze, und das war wohl der Anfang der politischen Karriere. (...) Das war in den Sechzigern. 1960 bin ich nach Creggan [Stadtteil von *Derry*, damals neu erbaut; SK] gezogen, damals hatte ich vier Kinder und in Creggan gab es zwar Wohnungen, aber keine Schulen, keine Geschäfte, keine Straßen, keine Kirche, gar nichts. Das war wirklich ein schlimmer Ort zum Wohnen, es gab eine Buslinie und wir mussten zum Einkaufen in die Stadt fahren und es war sehr schwierig, die Kinder zur Schule zu bringen. Es gab auch keinen Platz, wo die Kinder spielen konnten, also habe ich mit meinen Nachbarn eine Initiative gegründet, um diesen Bedarf zu decken – ich habe dabei nie an Politik gedacht. (...) Das waren natürlich hauptsächlich Frauen, ja – und wir sind zur Stadtverwaltung gegangen, um mit dem Bürgermeister zu reden, und der Bürgermeister war sehr erstaunt – er hat sich für diesen Ort namens Creggan nicht sonderlich interessiert – er war erstaunt, dass katholische Frauen kamen um etwas zu verlangen. Ich erinnere mich sehr gut daran und ich erzähle es jedem, weil ich glaube, dass ich damals viel erwachsener geworden bin – weißt du, man ist aufgewachsen und hat sich der Kirche und den Eltern gegenüber verpflichtet gefühlt und ... – man hat herausgefunden, dass es ein politisches System gab, das versucht hat, alles auszuhöhlen, was man für aufrichtig und gut und anständig gehalten hat. Eines Tages habe ich dieses politische System entdeckt, und ich erinnere mich, dass ich zu den Frauen gesagt habe, nachdem uns der Bürgermeister mehr oder weniger aus der Stadtverwaltung hinausgeworfen hatte: ‚Diese Leute werden uns nie

irgendwas geben, wir müssen es uns selbst nehmen‘ – und das ist bis heute mein Motto geblieben!“ (Mary Nelis, NI 26)

An den Universitäten entstand die *People's Democracy*, deren Forderungen zwar im Rahmen der Forderungen der Bürgerrechtsbewegung blieben, die aber zu spektakulä-reren und provokanteren Maßnahmen griffen. Auf protestantischer Seite formierte sich eine militante Gegenbewegung, die vor Anschlägen nicht zurückschreckte und das Ende der systemtragenden protestantischen Einheit markierte. Gleichzeitig waren die Sicherheitskräfte keineswegs neutral und gingen gegen die in ihren Augen katholischen Unruhestifter, die ihren Staat bedrohten, hart vor. Alles zusammen leitete eine neue Phase der Eskalation[91] ein, die aus Gründen, die Ann darstellte, für viele ein Schock war:

„Mein Mann ist im Oktober '68 im Marsch für die Bürgerrechte mitgegangen, und es war ein Schock, diese Gewalt mitzuerleben. Wir haben gewusst, dass es Ärger geben würde, weil die Polizei diesen Marsch für die Bürgerrechte nicht erlauben wollte – aber wir wussten damals nicht wirklich, was Ärger bedeuten könnte. Ich hatte keine Erfahrung damit und – Nordirland war wirklich ein gesetzestreues Land mit wenigen Polizeistationen, man hat nachts seine Türen nicht abgeschlossen. Es gab einen berühmten Mord und über den wurde dann fünfzehn Jahre lang geredet. Es war ein sehr gesetzestreues Land. Ich meine, als Katholik hat man gewusst, dass die Dinge so nicht richtig waren, dass sie nicht gut für einen waren, aber irgendwie hat man das akzeptiert, und als sie von Ärger gesprochen haben, hatten wir keine Ahnung, was damit gemeint sein könnte. Ich war an diesem Wochenende in Belfast und John ist marschiert, und als ich es im Fernsehen gesehen habe, konnte ich es einfach nicht glauben. Als wir nach *Derry* zurück kamen – in dieser kleinen Siedlung haben Katholiken und Protestanten gewohnt – hat John auf die Nachbarn gezeigt: ‚Der ist ein *B-Special*[92] und der ist ein *B-Special*‘ – über Nacht gab es da plötzlich eine Teilung, und die Geschichte erzählt, was danach kam.“ (Ann Mc Cann, NI 12)

1969 und die Folgen

Im Sommer 1969 spitzte sich die Situation anlässlich der alljährlichen *Marching Season* des Oranierordens – eines rein protestantischen Bundes, der eng mit den Unionisten verknüpft war – zu. Aus dem Mittelschichtprotest waren Straßenschlachten zwischen den Bewohnern protestantischer und katholischer Arbeiterviertel geworden, denen die nordirischen Sicherheitskräfte nicht nur nicht Herr wurden, sondern die selbst auf protestantischer Seite Partei ergriffen. Daher schickte die Zentral-

91 Zum Konflikt ab '69 oder den *Troubles:* Mc Garry/ O'Leary 1999; O'Malley 1997; Dunn 1995; Bell 1993; O'Connor 1993; Whyte 1990; Aughey/ Jeffrey 1985; Darby 1983a.

92 *B-Special*: *Ulster Special Constabulary,* gegründet 1920 und abgeschafft 1970. Eine Art protestantische Reservetruppe der Polizei, die als besonders parteilich galt und daher verrufen war.

regierung in London die britische Armee als Ordnungsmacht nach Nordirland, um eine weitere Eskalation der ausgebrochenen Unruhen zu verhindern. Die Krise hielt jedoch an und das System erwies sich als nicht reformierbar. Der Aufstieg der IRA, Zusammenstöße mit der britischen Armee und deren rasanter Sympathieverlust in der katholischen Bevölkerung aufgrund ihrer Sicherheitsmaßnahmen, wie Ausgangssperren und Internierungen, führten im Gegenteil zu einer weiteren Eskalation des Konflikts (Bell 1973). Spätestens seit dem *Bloody Sunday* im Januar 1972 – als britische Truppen dreizehn Teilnehmer einer Bürgerrechtsdemonstration erschossen – wurde dieser Sympathieverlust komplett und die (*Provisional*) IRA zu einem der Hauptakteure des Konflikts. Schließlich führte London 1972 die Direktherrschaft ein.

Alle Versuche, ein regionales Regierungsmodell einzuführen, das von beiden Seiten akzeptiert wurde, schlugen fehl[93]. Sowohl auf katholischer als auch auf protestantischer Seite, die Loyalisten[94], hatten sich bewaffnete Gruppen gebildet, die das „troublemaker veto“ (Ruane/ Todd 1996, 80) innehatten, und auf parteipolitischer Ebene einer Fragmentierung in Gemäßigte und Extremisten entsprachen. Die Rolle der britischen Armee als neutrale Friedensstifter und die der Zentralregierung im Allgemeinen blieben Hauptstreitpunkte in dem Konflikt. Trotz der Versuche ab Mitte der '70er Jahre regionale Sicherheitskräfte stärker für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens einzusetzen – die Politik der Ulsterisierung – war es die Armee, die bis Mitte der '90er Jahre auf den Straßen blieb.

Der Konflikt führte zu einer Verfestigung der konfessionellen Spaltung (Boal 1981). Noch 1969 beginnend wurde diese durch die Vertreibung der jeweils „anderen“ aus „gemischten“ Wohngebieten zementiert[95]. Aufgrund der wahrgenommenen Bedrohung durch Protestanten und Sicherheitskräfte bildeten sich in den katholischen Vierteln von *Derry* und Belfast Bürgerwehren, die ganze Stadtviertel verbarrikadierten. So entstanden die *No-Go-Areas*, die erst 1972 von der britischen Armee geräumt wurden. Durch die Unruhen, die Angst vor Pogromen, den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und Versorgung entstand Anfang der '70er Jahre ein „emergency social system“ (Burton 1978, 29), in dem Frauen aus den Arbeitervierteln neue Funktionen übernahmen:

> „Ich glaube, dass Frauen überhaupt aktiv geworden sind, ist hauptsächlich durch die Internierungen verursacht worden und durch die Zeit, in der wir hinter den Barrikaden

93 Das erste *Power-Sharing* Modell wurde 1974 durch einen von loyalistischen Gruppen getragenen Generalstreik zu Fall gebracht (dazu Fisk 1975).

94 Zu den Loyalisten: Shirlow/ Mc Govern 1997; Bruce 1994 und 1992; Nelson 1984.

95 Der Anteil der „gemischten“ Wohngebiete verringerte sich in Belfast zwischen 1969 und 1972 von 32% auf 23% (Whyte 1990, 33/34).

gelebt haben – Brot und Milch wurden hinter den Barrikaden nicht ausgeliefert, es hat auch niemand die Straßen gereinigt oder die Mülltonnen geleert, viele solche kleine, aber wichtige Dinge. Und es waren Frauen, die die Straßenreinigung organisiert haben, die die Lieferung von Brot und Milch an die Geschäfte organisiert haben. Lastwagen haben die Waren durch die Barrikaden gebracht, und Frauen waren ein Teil dieser ganzen Organisation. Und als die Internierungen anfingen und sie die Demonstrationen mitorganisiert haben, ist ihnen klar geworden, dass das ein bisschen mehr ist als Milch oder Brot zu besorgen – ein Teil der Gruppe, die die Demonstrationen organisiert hatte, bekam die Möglichkeit, in *Downing Street Number 10*, in Amerika und überall auf der Welt für die Gefangenen und Internierten zu sprechen. Ich glaube, sie sind weiter nach vorn gerückt, und ich glaube, durch das wachsende Selbstbewusstsein ist den Frauen klar geworden, dass sie Macht haben, die Macht, sich einig zu sein und zu organisieren." (Marie Moore, NI 6)

Doch Frauen[96] wurden nicht nur in Selbsthilfegruppen aktiv, sondern auch bei den sich Anfang der '70er neu formierenden Republikanern.

Provos

Die heutige (*Provisional*) IRA und ihr politischer Arm, die Partei (*Provisional*) *Sinn Fein*, gingen aus einer Spaltung der Republikaner Ende 1969 hervor. Anlass[97] waren die Unruhen und die Bedrohung der katholischen Bevölkerung, die sich Schutz von der IRA erhofft hatte, der freilich zunächst ausblieb: „IRA = I Run Away" lautete der bekannte Spruch auf Hauswände gesprüht, aber „there had not even been a IRA to run away" – statt dessen „... there were suddenly republicans determined to see that such did not happen again. ... Old IRA people in Derry and Belfast appeared first on street defence committees ..." (Bell 1993, 145f.). Während ein Teil, der später die *Official* IRA – oder auch *Officials* oder *Stickies* – genannt werden sollte, an dem vorher eingeschlagenen Kurs festhalten wollte, galten die *Provos* als die Puristen im Sinne republikanischer Ideologie[98] und als Befürworter des „Primats des bewaffneten Kampfes". Nach Ansicht von Eilish von der *Worker's Party*, der Nachfolgepartei der *Official Sinn Fein*, ist damals folgendes passiert:

96 Zu Frauen und den *Troubles* und Frauen in der republikanischen Bewegung: Sullivan 1999; Cockburn 1998, 46 ff.; Porter 1998 und 1997; Aretxaga 1997; Rooney 1997, 1995 und 1992; Miller/ Wilford/ Donoghue 1996; Mc Williams 1995; Morgan 1995; Morgan/ Fraser 1995; Montgomery/ Davies 1990; Shannon 1989; Edgerton 1986; Fairweather/ Mc Donough/ Mc Fadyean 1985; Buckley/ Lonergan 1984.

97 Es gab noch andere Gründe: Die späteren *Provos* lehnten die Aufgabe des *Absentionism* – also der Abwesenheit in allen Parlamenten, um diese nicht anerkennen zu müssen –, die Teil der neuen Orientierung der republikanischen Bewegung war, ab.

98 Bezogen auf die „Illegitimität" der Republik Irland und auf das Prinzip des *Absentionism*.

„Also wurden die *Provos* geboren, weil es in der IRA damals Leute gab, die hinausgehen und einen sektiererischen Krieg anfangen wollten, und genau das haben sie getan – ja, sie hatten damit Erfolg. Diese Behauptungen, die IRA würde nicht losziehen und ihr Volk verteidigen, das ist die Propaganda der *Provos* – viele haben ihnen das geglaubt, aber ich war da, ich war vierzehn Jahre alt und hatte nicht das Gefühl, zurückgelassen zu werden. Ich wollte nicht, dass jemand in meinem Namen losgeht und Protestanten erschießt. Ich meine, die *Provos* wollten eine andere Kampagne und sie haben sie bekommen. (...) In Irland gab es einen Mythos um die IRA, eine Art Romantik, und es war leichter, daran zu glauben, weil man nicht versucht hat auszubrechen, man hat nicht versucht, einen Fortschritt zu erreichen. Es war leichter, sich nach der alten Decke zu strecken, und viele Menschen, würde ich sagen, waren nicht vollkommen einverstanden mit dem, was die *Provos* verkündet haben, aber sie haben gesehen, dass die *Provos* sagten, ‚Wir sind die IRA, wir werden Leute erschießen, wenn sie kommen und uns angreifen.'" (Eilish Duffy, NI 18)

Doch die *Officials* beteiligten sich zunächst ebenfalls an der gewaltsamen Kampagne und erklärten erst 1972 den Waffenstillstand gegenüber den Briten. Wie in dem Interviewausschnitt deutlich wird, blieb über die Zeit eine starke Antipathie bestehen, was wenig verwundert, denn es kam vor allem in den '70ern zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen. Doch die *Provos* behielten die Oberhand und konnten vor allem bei jungen Leuten Zulauf verzeichnen. Aus Sicht von Rosie sah die Sache damals so aus:

„Und als die Unruhen ausbrachen, wollte man einfach dabei sein; man hat sich nicht hingesetzt und über die Politik gegrübelt: Was sind die politischen Gründe dafür? So hat man nicht gedacht – man hat gedacht: Wir wollen ein vereinigtes Irland, wir wollen keine Briten auf unseren Straßen, wir wollen ein Ende der Ungerechtigkeit, wir wollen fair behandelt werden – die Briten waren der erklärte Feind. Im Grunde war die *Provisional* IRA auf Konflikt und auf eine militärische Lösung aus, und die *Official* IRA war dagegen. Die meisten Leute standen also zur *Provisional* IRA. Ich gehörte also zu dem, was man als Mainstream der republikanischen Bewegung bezeichnen könnte." (Rosie Mc Corley, NI 3)

Der Übergang der *Provos* Anfang der '70er Jahre von der Defensive als Verteidiger katholischer Wohnviertel in die Offensive gegen die in ihren Augen britische Besatzung, und die Gegenmaßnahmen der Regierung läuteten eine neue Phase ein, die ein bis dahin unbekanntes Maß an Gewalt mit sich brachte. Diese Phase wurde ab Mitte/ Ende der '70er Jahre von einer Phase abgelöst, die sich durch den sogenannten „acceptable level of violence"[99], dem eine Zahl von um oder weniger als hundert Toten

99 Die Bezeichnung selbst ist eine Phrase, die von Reginald Maudling, britischer *Home Secretary* für Nordirland von Juni 1970 bis März 1972, geprägt wurde.

pro Jahr entspricht, und eine politische Pattsituation auszeichnete. Diese hielt im Großen und Ganzen an bis von republikanischer Seite 1994 ein Waffenstillstand ausgerufen wurde, der den Anfang des Friedensprozesses trotz aller Rückschläge markiert. Sporadisch gab es in dieser Zeit ein auf und ab der Konfliktintensität, wie die Zeit der Gefängnisproteste republikanischer Gefangener, die ihren Höhepunkt mit dem Hungerstreik 1981 erreichten[100].

Ursprünglicher Kern der *Provos* waren die Traditionalisten der gesamtirischen IRA und junge, durch die Krise politisierte Nordiren, aus deren Kreis schließlich die Führungsriege der heutigen republikanischen Bewegung hervorging. Insgesamt lässt sich ein Prozess der Konzentration des irischen Republikanismus auf Nordirland feststellen. Die „Einrichtung auf den langen Kampf" ab Mitte der '70er Jahre führte zu einer Professionalisierung der IRA und zur Einsicht in die Notwendigkeit des Aufbaus einer organisierten Massenbasis. Dies führte erneut zu einem Linksruck des politischen Programms und schließlich einer Entideologisierung bezüglich des traditionalen Republikanismus. Ebenso, maßgeblich stimuliert durch die Gefängnisproteste, stieg die Bedeutung *Sinn Feins* innerhalb der Bewegung und langsam begann der „bewaffnete Kampf" gegenüber dem „politischen Kampf" an Bedeutung zu verlieren. So gesehen waren diese Proteste und dabei insbesondere die Hungerstreiks 1981 ein Wendepunkt des Konflikts, dessen Auswirkungen jedoch erst mehr als ein Jahrzehnt später zum Tragen kamen. Die *Provos* setzten sich gegenüber anderen republikanischen Gruppen durch, so dass man von einem erfolgreichen Monopolisierungsprozess sprechen kann, auch wenn alle Gruppen zusammen genommen die republikanische Bewegung bilden. Ihre Basis liegt in den katholischen Arbeitervierteln Nordirlands – vor allem Belfasts – und den katholischen ländlichen Gebieten entlang der inneriirischen Grenze. Der Rückhalt der republikanischen Bewegung in der Bevölkerung wurde aufgrund von Wahlergebnissen auf wenigstens ein Drittel der katholischen Bevölkerung geschätzt. Ihre Konkurrenz ist die *Social Democratic and*

100 In den Jahren 1969 und 1970 forderte der Konflikt 39 Opfer. 1971-76 waren es 1.660. 1977-82 waren es 580. 1983-88 waren es 446. 1989-94 waren es 463. 1995-98 waren es 101. Von den 3.289 Todesopfern in Nordirland bis 1998 waren 957 Angehörige der Sicherheitskräfte – davon 452 britische Soldaten – und 2.332 waren Zivilisten **inklusive** „terrorist suspects and prison officers" (Elliott/ Flackes 1999, 681). Im Jahre 1922 waren 232 Menschen bei den oben erwähnten gewaltsamen Auseinandersetzungen ums Leben gekommen – im Vergleich zu den hier genannten Zahlen: Bei den zwei deutschen Luftangriffen auf Belfast 1941 kamen 949 Menschen um (Elliott/ Flackes 1999, 1). Insgesamt hat der Konflikt seit '68 mehr als 3.500 Todesopfer – in dieser Zahl sind die Opfer außerhalb Nordirlands mitgezählt – gefordert (*Sutton Index of Death*, CAIN). Zu den Opfern auch: Mc Kittrick et al. 1999.

Labour Party (SDLP), die für einen gemäßigten reformorientierten Nationalismus steht und in erster Linie von der katholischen Mittelschicht getragen wird.

Cumann na mBan

Anfang der '70er Jahre operierten in Belfast sowohl *Provos* als auch zunächst *Officials* offen in den katholischen Arbeitervierteln. Bis zum Verlust der *No-Go-Areas* hatten sie eine organisatorische Basis aufgebaut, die neben der IRA Jugendgruppen, Frauengruppen und *Sinn Fein* umfasste. Geld, Waffen und Rückhalt gab es von irischen Emigrantengruppen in den USA und von Sympathisanten aus der Republik Irland. Die republikanische Bewegung hatte plötzlich eine Massenbasis und junge Frauen wurden sogar ausdrücklich umworben. Ab 1972 erhielt sie ebenfalls in *Derry* Zulauf und dann gleichermaßen in den ländlichen Gebieten entlang der Grenze. Denjenigen, die zu einer traditionell republikanischen Familie gehörten, erschien es geradezu als „natürliche Entwicklung", wie Maria Mc Clenaghan und Mary Doyle mir erklärten, um dann fortzufahren:

> M.C.: „Es gab eine Organisation namens *Cumann na mBan*, wir haben sie nur die Frauenarmee genannt – wir hatten alle damit zu tun, wir waren so ungefähr fünfzehn, sechzehn und wir waren die jüngsten Mitglieder der *Cumann na mBan*, und später wurde man erst mit siebzehn, achtzehn aufgenommen. Damals, als wir siebzehn, achtzehn waren, waren wir alle im Gefängnis, wir waren alle geschnappt worden. Mary ist ein paar Monate nach mir gekommen, wegen einer Explosion. Die Dinge haben sich einfach hochgeschaukelt, und das war's dann." (...)
>
> M.D.: „So wie wir die Dinge gesehen haben, war es das wert, weil es für uns der einzige Weg war weiterzuleben, weißt du, wir haben damals so gedacht – keine Wahl, so in der Art. Man hat gleich draußen auf der Straße versucht zu helfen."
>
> M.C.: „Man hat sich nie damit beschäftigt, dass man, wenn man rausgegangen ist, verhaftet oder getötet werden konnte, man hat nicht daran gedacht, wenn man rausgegangen ist. Die Mehrheit der Eltern, die ganze Familie war mit der republikanischen Bewegung verbunden. Jeder von uns, und das gilt für die meisten Familien, die beteiligt waren; manchmal hatten Gefangene dieselben Namen, es war nichts Ungewöhnliches, wenn sieben oder acht aus einer Familie eingesperrt waren, und sie alle waren mehr oder weniger an der Bewegung beteiligt. Das ist heute noch so, immer noch dieselben Leute, immer noch in der Bewegung engagiert." (Maria Mc Clenaghan und Mary Doyle, NI 1 und NI 2)

War der Aufstieg der *Provos* nur mit Hilfe der alten Seilschaften und Netzwerke möglich, so war das neue Phänomen der Zulauf von Leuten, die vorher nichts mit der republikanischen Bewegung zu tun hatten. So wie Marie Wright:

„Es war ganz einfach, in diesen Kampf hineinzugeraten, denn die ganze Atmosphäre war von dem Konflikt aufgeladen, von den Straßenkämpfen; die ganze Bevölkerung war davon betroffen und es war einfach normal, es gab jeden Tag Kämpfe. Die komplette Bevölkerung war von diesem Konflikt betroffen, indem man seine Leute beschützt hat, auf diese Weise waren alle beteiligt. Meine Familie ist hineingezogen worden – die Bürgerwehr, Leute, die die Straßen bewacht haben, um sie vor den Loyalisten zu schützen – es war die ganze Atmosphäre, weißt du. Ich war neun oder zehn, als das anfing; ich hatte große Angst wegen der Straßenschlachten – ich erinnere mich, dass ich als Kind Angst hatte, und dann habe ich einfach eine Reihe von Ereignissen mitbekommen: den *Bloody Sunday* '72, die britische Armee, wie sie herkam und die Leute wie Dreck behandelt hat, die Brutalität. Es war einfach – nehme ich an – dass ich in der Bewegung mitgemacht habe, ist wohl einfach aus Wut geschehen. Ich war in diesem Alter noch nicht sehr politisiert, es erschien mir einfach falsch, ich habe versucht, es zu stoppen – so waren die Atmosphäre und das Klima in dieser Zeit. Im Alter von sechzehn ist man dann weiter in die *Cumann na mBan* gegangen, die Armee, das ist die gleiche Sache – und das war ein freiwilliger Schritt. Ich glaube, ich habe nicht darüber nachgedacht mit sechzehn – man hat gewusst, dass das, was man tun wird, riskanter ist, aber das ist es, was man tun will, und es gab immer noch eine Menge Unruhen.“ (Marie Wright, NI 5)

Die Grenzen zwischen *Cumann na mBan* und IRA waren fließend und junge Frauen beteiligten sich nicht nur in Nordirland an der gewaltsamen Kampagne, sondern auch an der Bombenkampagne in England. Doch der Massenzulauf, die bekannten republikanischen Kreise und die Struktur der IRA, die sich am Militär orientierte mit Bataillonen usw., erwiesen sich angesichts der britischen Gegenmaßnahmen als problematisch. Die Gefängnisse füllten sich mit „young men and women without criminal records in the ordinary sense, though some have been involved in public disorders of the kind which frequently take place in the areas in which they live. ... they are reasonable representative of the working class community of which they form a substantial part“ (Boyle et al. 1980, 19). Bis zum Jahre 1976 waren 263 Frauen im Frauengefängnis von Armagh gewesen als verurteilte Gefangene oder Internierte[101]. Die Anklagen gegen die Frauen waren meist „for aiding and abetting terrorist activity by storing guns and ammunition, keeping safe houses, and washing clothes [um Spuren zu beseitigen; SK] and serving as look-outs“ (Shannon 1993, 246). Ab Mitte der '70er Jahre strukturierte sich die IRA in Zellen um und bildete *Active Service Units*. Sie erhöhte die eigenen Sicherheitsmaßnahmen, nahm weniger aber statt dessen besser ausgebildete Mitglieder auf und verlagerte ihre Kampagne weg aus den Städten

101 Um eine Vergleichszahl, die eine Vorstellung vom Anteil der Frauen erlaubt, anzugeben: Von 1972 bis 1976 wurden zum Beispiel 4.520 „persons charged with terrorist or serious public order type offences“. Berechnet nach Elliott/ Flackes 1999, 687.

hin zu den ländlichen Gebieten. Die IRA nahm Frauen in die neue Struktur auf, wobei die *Cumann na mBan* weiter bestehen blieb. Marie Moore über das Verhältnis von IRA und *Cumann na mBan* und deren Entwicklung:

> „Die Frauen haben damals zumeist einer Organisation namens *Cumann na mBan* angehört ... obwohl sie in einer militärische Organisation waren, gehörten sie nicht zur IRA als solcher, und viele weibliche Mitglieder der *Sinn Fein* waren auch Mitglieder der *Cumann na mBan*. Dann waren sie sozusagen bei einigen Aktivitäten oder Operationen an die Armee ausgeliehen, aber sie sind unabhängig geblieben bis die Friedensinitiative anfing. Dann, glaube ich, haben *Cumann na mBan* eine eigene Sichtweise der Friedensstrategie entwickelt und sie sind sozusagen ihren eigenen Weg gegangen; die Organisation ist stark geschrumpft und eigentlich existiert sie zur Zeit gar nicht mehr. Die verbleibenden Mitglieder sind in die entsprechenden Abteilungen der Armee, der IRA gewechselt. (...) Das hat stattgefunden, als der Friedensprozess anfing in Gang zu kommen und wir uns an der *Assembly* beteiligt haben: Die Führung von *Cumann na mBan* war damals nicht mit dem Vorgehen einverstanden. Ich nehme an, sie haben geglaubt, die meisten Frauen würden sich ihnen anschließen, aber die meisten Frauen sind zur IRA gegangen und haben an Operationen teilgenommen. Viele Frauen waren vorher schon zur IRA gegangen, weil sie nicht glücklich damit waren, dass es eine unabhängige Frauengruppe gab – sie waren der Meinung, dass Frauen den Männern gleichgestellt seien und dass sie sich deshalb sowohl am militärischen als auch am politischen Kampf beteiligen müssten. Die meisten Frauen, die am Kampf teilgenommen haben, bei *Sinn Fein* oder – wir haben geglaubt, dass alle, die auf der militärischen Seite sein wollten, Mitglieder der IRA sein und sich ihrer Struktur unterordnen sollten.“ (Marie Moore, NI 6)

Bis 2001 verloren nach dem *Sutton Index of Death* von CAIN vierzehn Frauen[102], die zu den republikanischen Paramilitärs gehörten, ihr Leben oder brachten laut Chrissie Mc Auley „the ultimate sacrifice“ (Mc Auley 1989, 36). Nach Mc Auleys Beschreibung der Umstände des Todes von dreizehn dieser Frauen starben sieben bei Bombenexplosionen, wobei bei fünf eindeutig aus den Beschreibungen hervorgeht, dass sie durch ihre eigenen Bomben ums Leben kamen, und zwar alle bis 1976. Dies entsprach allgemeinen Entwicklungen im Hinblick auf die Zahl der Opfer und Republikanern, die durch ihre eigenen Bomben umkamen, und dies spiegelt die Professionalisierung und Umstrukturierung der *Provos* in den darauf folgenden Jahren wider.

102 Von den 3.523 Opfern bis 2001 waren laut CAIN *Sutton Index of Death* 323 Opfer weiblich. Insgesamt gehörten 394 aller Opfer zu republikanischen Paramilitärs – also vierzehn Frauen und 380 Männer.

Leben in republikanischen Hochburgen

Die Auswirkungen des Konflikts auf das eigene Leben hing in Nordirland davon ab, wo man wohnte. Es waren die katholischen Wohngebiete, die als republikanische Hochburgen gelten, auf die sich der Konflikt konzentrierte (Poole 1990): Sowohl die Zahl der Todesopfer als auch die der Verletzten oder der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen waren hier weit überproportional. Dort lag die Basis, von der aus die IRA operierte, und daher fanden dort viele der Zusammenstöße der IRA mit der britischen Armee statt. Gleichzeitig war die Präsenz der Sicherheitskräfte massiv und die Bewohner dieser Gebiete waren kollektiv den Sicherheitsmaßnahmen ausgesetzt. Dies führte zu einer neuen Form politischen Engagements, deren VertreterInnen sich weniger pro-republikanisch in dem Sinne, dass es um ein vereintes Irland geht, verstanden, als ihre Aktionen vielmehr als Protest gegen die britische Politik und für die Angehörigen ihrer *Community* sahen:

> „Ich habe mich immer für Menschenrechte engagiert – seit dreißig Jahren. Ich habe mit Leuten aus meiner Gegend angefangen – Männer und Frauen, die um vier, fünf, sechs Uhr morgens zu Hause von der britischen Armee festgenommen wurden oder Leute, die nicht nach Hause gekommen waren. Ihre Familien haben Kontakt mit mir aufgenommen und ich habe dann versucht herauszufinden, wo diese Person war. So haben wir im Grunde angefangen. Ich war dreißig, jetzt bin ich sechzig. Ich war verheiratet und hatte sechs Kinder, fünf Jungen und ein Mädchen. Das war eine wirklich, wirklich hektische Zeit damals, denn ich war auch noch Krankenschwester auf Teilzeitbasis, ich habe versucht eine Familie durchzubringen, und habe die meiste Zeit darauf verwendet zu beobachten, was damals auf den Straßen von Belfast vor sich ging. Wenn ich auf diese Jahre zurückblicke, war es ein absoluter Alptraum, weil uns damals nicht klar war – wir waren zu der Zeit alle sehr naiv – wir dachten, dass wir nur bekannt machen müssten, was passiert, und dass dann diese Quälereien alle aufhören würden, aber es war der Anfang eines dreißig Jahre langen Alptraums brutaler sektiererischer Unterdrückung.“ (Clara Reilly, NI 10)

Doch die Gewalt in den Vierteln ging nicht nur von Republikanern und Briten aus. Denn es kam immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Bewohnern der benachbarten protestantischen Wohngebiete, die wiederum die Basis für die loyalistischen Gruppen bildeten. Dazu gehörten nicht nur die schon rituellen Kämpfe zur *Marching Season*, weil die Marschierrouten der Oranier demonstrativ durch katholische Wohnviertel führten, sondern auch Kämpfe und Einschüchterung von Bewohnern an den Schnittstellen der Wohngebiete, den *Interfaces*. Die loyalistischen Gruppen, die sich als Verteidiger *Ulsters* nicht zuletzt gegen die republikanische Bewegung sehen, galten zwar lange Zeit als weniger straff organisiert, waren allerdings für einen Großteil der sektiererischen Morde verantwortlich und damit für fast die

Hälfte der zivilen Todesopfer (CAIN, *Sutton Index of Death*). Alles in allem führte all dies zu einer Abschottung innerhalb der jeweiligen Wohngebiete, welche die noch traditionell erhaltenen „tightly knit areas“ (Aretxaga 1997, Preface x; Boyd 1972) der *Communities* konservierte und ihre Isolation verstärkte. Unter diesen Umständen wurde selbst das in fünfzehn Minuten erreichbare Stadtzentrum Belfasts zu einem entfernten Ort:

> „Ich erinnere mich an Hausdurchsuchungen und Ähnliches – in New Lodge, weil es dort viel Militär gab. Oberhalb der Wohnhäuser war diese Armeebasis und diese große Kaserne – diese hohe Militärpräsenz hat uns sicherlich geprägt, aber das war nicht untypisch in Belfast. Ich erinnere mich, dass es in den Siebzigern viele Straßenkämpfe gab, und besonders in New Lodge – es liegt sehr nahe an loyalistischen Bezirken und es sind viele Menschen wegen ihrer Konfession getötet worden, deshalb gab es auch diese große Angst. Und das sind meine Schlüsselerinnerungen. (...) Man konnte und durfte nicht ohne die Begleitung eines Erwachsenen ins Stadtzentrum gehen, man durfte bestimmte Geschäfte nicht betreten ... Die Eltern waren wirklich sehr um die Sicherheit ihrer Kinder besorgt. Ich erinnere mich, dass ich ständig mit diesem Gefühl herumgelaufen bin, dass ich die ganze Zeit wachsam sein muss. Meine Kinder haben das nicht. Manchmal denke ich, es ist nicht gut, weil sie glauben, sie könnten einfach überall hin spazieren und weil sie dieses Gefühl der Angst nicht haben, aber – sie wissen, dass sie beispielsweise nicht nach *Shankhill* [protestantisches Wohngebiet; SK] gehen können, aber es würde ihnen nichts ausmachen, in *Celtic-t-shirts* [Fußballverein; SK] ins Stadtzentrum zu spazieren, was wir nie getan hätten. Und sie besuchen im Stadtzentrum das Kino, das uns nicht erlaubt war.“ (Carol Cullen, NI 20)

Das *Celtic-t-shirt* fällt unter „telling“, worunter Burton „a system of signs by which religious ascription is arrived at in practical settings“ versteht (Burton 1979, 62). In diesem Fall soll es konfessionelle, oder je nach Standpunkt, nationale Zugehörigkeit demonstrieren, denn *Celtic*-Fans sind meist katholisch. Dabei ist es nur Teil eines Systems von Zeichen, die benutzt werden, um die jeweils anderen zu identifizieren, selbst wenn diese gar nicht identifiziert werden möchten: Der Name, die Adresse, die Schule, welches Vokabular man benutzt, wo man in den Bus einsteigt, wo man vermutlich hin will und vieles mehr. Zusammen mit dem Wissen um die Bedeutung der sichtbaren Markierungen der Wohnviertel durch Graffiti, Wandgemälde, bemalte Bordsteine und Straßenlampen ergibt sich daraus eine sichtbare und unsichtbare Landkarte Nordirlands, die jeder schon im eigenen Interesse lesen können muss.

Bestimmte Viertel oder Landstriche als Hochburgen zu bezeichnen, kann leicht über die alles andere als konfliktfreien Verhältnisse zwischen den Paramilitärs und ihren *Communities* hinweg täuschen. Weder waren dort alle Anhänger der Republikaner bzw. Loyalisten, noch waren diejenigen, die mit den jeweiligen Gruppen sym-

pathisierten, immer auf einer Linie. In den republikanischen Hochburgen regte sich hin und wieder Widerstand gegen bestimmte Aktionen der IRA oder gegen die republikanische Bewegung als solche. Da die republikanische Bewegung angesichts ihrer Unterlegenheit gegenüber den Briten auf die Unterstützung und Duldung in der Bevölkerung angewiesen war, fanden ständige Aushandlungsprozesse zwischen Republikanern und Bewohnern statt. Ein Bereich, der regelmäßig zu Auseinandersetzungen führte, war das System der parallelen Justiz der Republikaner: Da die staatlichen Sicherheitskräfte diskreditiert waren und nur bedingt Zugriff auf die Gebiete hatten, war die IRA für die Kriminalitätsbekämpfung zuständig. War sie den einen zu ineffektiv und wurde von diesen härteres Vorgehen gefordert, lehnten sich andere dagegen auf, dass ihre Kinder wegen Kleinkriminalität verprügelt oder ins Knie geschossen wurden. Auf Versammlungen, mit Hilfe von Flugblättern und Zeitungen, in Clubs und in Pubs fanden Meinungsbildungsprozesse statt, denen sich Republikaner nicht vollständig entziehen konnten. Andererseits konnten die Republikaner zu viel Abweichung nicht dulden und daher beruht ihre Verankerung in den Gebieten aus einer Mischung zwischen diesen Aushandlungsprozessen, Einschüchterung und Klientelismus.

Ökonomische Aspekte

Der Klientelismus in ökonomischer Hinsicht reicht über Hilfsfonds für Angehörige von Gefangenen und republikanische Lotterien weit hinaus: Im Laufe der Zeit entwickelte sich in den republikanischen Hochburgen eine ausgedehnte „black economy“, die direkt, wie beim Eintreiben von Schutzgeldern, und indirekt mit der IRA in Zusammenhang steht. Neben illegalen Aktivitäten ist die republikanische Bewegung an vielen ganz normalen ökonomischen Aktivitäten beteiligt (Napoleoni 2004, 70 ff.; 253 ff.). Vieles davon nahm seinen Ausgang mit dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und Versorgung Anfang der '70er, wie die *West Belfast Taxi Association*, die ursprünglich mit ihren schwarzen Taxen den eingestellten Busverkehr ersetzte, und sich zu einem lukrativen Unternehmen erweiterte mit angeschlossenen Werkstätten, Tankstellen und ähnliches. Trotzdem sind weder solche Unternehmen noch andere Einrichtungen im Dienstleistungsbereich, wie Bürgerbüros oder Gemeindezentren einfach der verlängerte Arm der IRA, wie eine Episode mit den schwarzen Taxen illustriert: Als 1975 in einer Fehde zwischen *Provos* und *Officials* der Vorsitzende der Genossenschaft erschossen wurde, blockierten die Fahrer die Falls Road, welche die wichtigste Straße zwischen den westlichen Hochburgen und dem Stadtzentrum ist, so lange, bis die Fehde beigelegt wurde (Bishop/ Mallie 1989, 277 ff.).

Die angebotenen ökonomischen Möglichkeiten, die Dienstleistungen und errichteten Netzwerke fielen auf jeden Fall in den – nicht zuletzt wegen der politischen Gewalt (Arthur 1990, 54) – ökonomisch schwachen und sozial deprivierten Vierteln Westbelfasts und anderswo auf fruchtbaren Boden. Hohe Arbeitslosenquoten (Rolston/ Tomlinson 1988), schlechte Wohnbedingungen führten zu „a strong feeling of continuing deprivation and discrimination among many Catholics, particularly those in the troubled areas. ... The reality remains that, in comparison with Protestants, working class Catholics in Northern Ireland are no better off under Direct Rule from Westminster than they were under the Unionist regime. Many are worse off in both relative and absolute terms" (Boyle et al. 1980, 12). Ökonomisch[103] gesehen war ganz Nordirland, das früher der einzige industrialisierte und reichste Teil der irischen Insel war, die rückständigste Region Großbritanniens, profitierte jedoch von seiner Zugehörigkeit zum britischen Sozialstaat. Deshalb blieb der Abstand zum ärmeren Süden sogar nach dem Niedergang der traditionellen Industrien aufgrund der britischen wohlfahrtsstaatlichen Reformen nach dem 2. Weltkrieg bis in die '80er Jahre bestehen. Frauenerwerbstätigkeit in der nordirischen Arbeiterklasse hat Tradition, weil sie für den Unterhalt der Familie notwendig war. Nicht selten waren Frauen sogar die einzigen „breadwinner" ihrer Familien und die Arbeitslosenquoten der Männer oft höher als die der Frauen (Aunger 1975, 9). Freilich waren es in der Regel relativ schlecht bezahlte Jobs im ungelernten Bereich, die so gut wie keine Aufstiegschancen boten (Carey 1997, 101; Finlay 1987) und wenn doch, machten katholische Frauen noch andere Erfahrungen:

> „Ich habe als Näherin gearbeitet; die Vorarbeiterin, die uns beaufsichtigt hat, ist in Rente gegangen und es kam vorübergehend eine katholische Vorarbeiterin, die hatte dort ihr ganzes Leben lang gearbeitet und sie war sehr gut – sie wurde durch eine protestantische Frau ersetzt, und wir konnten nichts dagegen tun. (...) Wir wohnten in Belfast an der Grenze zu einem protestantischen Viertel – meine Schwester hatte protestantische Freundinnen, aber denen war nicht bewusst, dass sie besser gestellt waren – wir haben unsere Einkäufe in *Shankhill* erledigt, ihre Männer hatten Arbeit, ja, aber das hat nicht notwendigerweise bedeutet, dass die Frauen Geld bekommen haben. Sie haben es auch nicht immer leichter gehabt, die Frauen, aber sie hatten die Arbeit und sie haben besser gewohnt, und es war ihnen nicht bewusst. In den großen Werften haben die Väter, Brüder und Söhne gearbeitet – die Arbeit wurde vererbt ..." (Anonym 2, NI 17)

Da die Frauenerwerbstätigkeit als Armutsphänomen galt, haftete ihr der Makel an, nicht dem bürgerlichen Ideal der Hausfrau und Mutter zu entsprechen. Das traf so-

103 Zur Entwicklung der nordirischen Ökonomie: Gaffikin/ Morrisey 1990; Rowthorn/ Wayne 1988; Gibson/ Spencer 1981.

wohl auf protestantische als auch auf katholische Frauen zu. Der Einfluss der katholischen Lehren machten sich für Frauen eindeutiger in einem anderen Bereich bemerkbar, und zwar dem der Familienplanung. So war die Geburtenrate der katholischen Bevölkerung für Einwohner eines Industrielandes ungewöhnlich hoch, wobei sie ebenso als Armutsphänomen gelten kann. In den letzten Jahrzehnten ist sie allerdings langsam zurückgegangen und so hat eine Angleichung an andere westeuropäische Geburtenraten statt gefunden[104].

Obwohl die ökonomische Lage durch den Konflikt nicht besser wurde und die mit ihm verbundene Instabilität „the most important single factor preventing economic recovery" (Rowthorn 1987, 132) war, blieb das Leben – wenn auch auf niedrigem Niveau – abgesichert durch ein staatliches soziales Netz. Außerdem bildeten sich neue ökonomische Strukturen abseits der „black economy" heraus, die zum Teil allgemeinen wirtschaftlichen Trends in Westeuropa folgten und zum Teil eine direkte Folge staatlicher Sicherheitsmaßnahmen waren. Rowthorn sprach in diesem Zusammenhang von einer „workhouse economy", bei der „most of the inmates are engaged in servicing or controlling each other" (Rowthorn 1987, 118). Die neuen Arbeitsplätze in sicherheitsrelevanten Bereichen, wie bei der Polizei und in den Gefängnissen, besetzten zu fast 100% Protestanten, womit sie in den Augen der IRA legitime Ziele waren.

Gefängnisproteste und Relative Action Committees (RACs)

Die Mitte der '70er Jahre waren geprägt von einem gescheiterten Waffenstillstand, sektiererischen Morden, Fehden zwischen republikanischen Gruppen – so hatte sich von den *Officials* die *Irish Republican Socialist Party* (IRSP) mit ihrem bewaffneten Arm, der *Irish National Liberation Army* (INLA, vgl. Holland/ Mc Donald 1994), abgespalten – der Umsetzung der Politik der Ulsterisierung, vollen Gefängnissen und den *Peace People*. Während die prominentesten Vertreter der *Peace People* ihre Initiatorinnen waren und sich bei den Demonstrationen und Veranstaltungen viele andere Frauen engagierten, führten die mit überwiegend jungen Leuten gefüllten Gefängnisse und die Ulsterisierung zu einer anderen Form weiblichen Engagements, deren Vertreterinnen wenig Verständnis für die Friedensbewegung aufbringen konnten:

104 „Over the ten years from 1987-1997, live births per 1000 of the population in Northern Ireland fell from 17.7 in 1987 to 14.5 in 1997. This rate of 14.5 (per 1000 of the population) in Northern Ireland in 1997 compares with 14.3 in the Republic of Ireland, 12.3 in England and Wales, and 11.6 in Scotland for the same year." (CAIN:http://cain.ulst.ac.uk/ni/popul.htm). Doch der Geburtenrückgang setzte schon früher ein: „From 1964 to 1977 the number of births declined sharply in Britain and Northern Ireland ..." (Coward 1990, 181).

„Es wurde eine Wand des Schweigens aufgebaut um *Long Kesh* [zunächst Internierungslager, später Gefängnis (= *H-Blocks* oder *Maze*); SK] und die Behandlung der Gefangenen – Unmenschlichkeit, Folter und alles. Als ich ihn [ihren Sohn; SK] zum ersten Mal nackt sah, die Verbrennungen von Zigarettenstummeln auf dem ganzen Rücken – Gott, wenn ich dir sage, wie schlimm ich mich an diesem Tag gefühlt habe – wenn mir jemand ein Gewehr gegeben hätte, hätte ich sie alle über den Haufen geschossen ohne mit der Wimper zu zucken. (...) Als ich mich erst mal beruhigt hatte und aus dieser Phase raus war, fing ich an zu verstehen, dass wir eine Kampagne organisieren mussten um die Gefangenen zu unterstützen – und wir wurden das RAC, eine wundervolle Gruppe von Frauen .... Als allererstes habe ich die Kirche und die *Peace People* aufs Korn genommen – die waren sehr stark damals, Tausende Menschen, die beteten und sangen, aber in dieser Zeit hatte ich jeden Sinn für Religion, Gott und alles verloren. Ich war wütend. Wenn ich jetzt zurückschaue, muss ich damals eine wirklich unangenehme Person gewesen sein.“ (Mary Nelis, NI 26)

Hintergrund für die Zustände in den Gefängnissen[105] war der mit der Ulsterisierung einhergehende Versuch der Kriminalisierung der Gefangenen, die aufgrund politisch motivierter Taten einsaßen. Der Anfang 1972 erreichte „special category status“, der aus republikanischer Sicht dem von *Prisoners of War* gleich kam, wurde 1976 für alle danach Verurteilten abgeschafft. Die Gefangenen widersetzen sich dem Zwang, Gefängnisuniform tragen zu müssen und hüllten sich zunächst in Decken. Der *Blanket Protest* verschärfte sich Anfang 1978 zum *Dirty Protest* oder *No-Wash*, bei dem sich etwa 300 Gefangene zusätzlich weigerten, sich zu waschen, Toiletten zu benutzen und die Einrichtungen ihrer Zellen zerstörten. Die weiblichen republikanischen Gefangenen[106] beteiligten sich an den Protesten und auch bei ihnen spitzte sich die Lage immer weiter zu:

„In *Armagh* [Frauengefängnis in Armagh; SK] waren Uniformen für die Häftlinge kein Thema, aber die Männer wurden gezwungen, Uniformen zu tragen, und deshalb haben sie den Deckenprotest gemacht, und wir haben aus Protest die Arbeit niedergelegt, was bedeutet, dass wir den ganzen Tag in den Zellen eingeschlossen wurden – nur von halb sechs bis halb acht konnten wir raus, um die Zelle sauber zu machen und Wäsche zu machen, und man durfte sich in Gruppen versammeln. Das ging so weiter, und im Februar 1980 haben sie männliche und weibliche *Screws* [GefängniswärterInnen; SK] reingeschickt, um alle Zellen zu durchsuchen. Wir Frauen wurden alle in zwei verschiedene Gruppenräume geschoben, wo die Stühle und Fernseher stehen,

105 Zu den Gefängnisprotesten: Campbell 1994; O'Malley 1990; Beresford 1987; Coogan 1980. Über die RACs: Harris 1995.

106 Zu den weiblichen republikanischen Gefangenen: Murray 1998; Aretxaga 1995; Loughran 1986; National Council for Civil Liberties 1986; Fairweather/ Donough / Mc Fadyean 1985, 189 ff.; Faul 1983; Mc Cafferty 1982.

und die Männer haben alle unsere Zellen auf den Kopf gestellt und eine Menge Frauen wurden an diesem Tag verprügelt – das ist gut dokumentiert. Ich meine, wenn du das nachschlagen willst – jedenfalls wurden wir am Ende des Tages wieder in die Zellen gesteckt, und deine Zelle war total zerstört. Wir durften nicht raus in den Waschraum gehen und wir bekamen damals auch nichts zu essen. Es gab da die männlichen *Screws* und weibliche *Screws*, und die haben auch geprügelt. Ich meine, die männlichen *Screws* wurden an dem Tag von anderen Gefängnissen geholt, wahrscheinlich aus den *Blocks* [=*H-Blocks*: Männergefängnis, das seinen Namen der Anordnung der Gebäude verdankt (= *Long Kesh*; SK] oder *Crumlin Road* [gemeint ist das Gefängnis in dieser Straße in Belfast; SK] – woher auch immer. Das ging so weiter und man hat uns die Toiletten verweigert und nach ein paar Tagen – ich meine, jede hatte in ihrer Zelle einen Nachttopf und da passt eben nur eine bestimmte Menge rein. Als sie dann die Tür aufgemacht haben, um uns das Essen reinzureichen, gab es keine andere Möglichkeit, als das rauszuschütten, und dann haben sie angefangen, alles unter der Tür durch wieder nach drinnen in die Zelle zu kehren. Dann haben sie beschlossen, uns rauszulassen, sie haben ein paar von uns rausgelassen, ungefähr vier aus jedem Flügel zusammen, und als wir rauskamen haben wir gedacht, wir können in den Waschraum gehen, aber sie hatten alle Toiletten abgeschlossen. Das hat uns auf den *No-Wash* gebracht – wir waren dazu gezwungen, das war nichts, was wir zu tun beschlossen hatten, das hatte in den *H-Blocks* angefangen." (Mary Doyle, NI 2)

Allerdings blieben diese Aktionen zunächst relativ wenig beachtet in der breiteren Öffentlichkeit:

„... erst bei den Hungerstreiks sind die Leute wach und aufmerksam geworden; die *Blanket*- und die *No-Wash*-Proteste für die Männer und Frauen haben sich über fünf Jahre hingezogen und die Menschen waren bloß apathisch. Nur ihre Familien und ihre engen Freunde – man hat kein größeres Publikum bekommen, nicht die entscheidende Menge, und das war der Grund für den Hungerstreik, das war die letzte Zuflucht. Ich war im RAC, wo sich hauptsächlich Ehefrauen, Mütter, Schwestern und Freundinnen zusammengeschlossen hatten; es gab auch ein paar Männer, aber es war eine fast ausschließlich von Frauen getragene Kampagne. (...) Ich weiß nicht sicher, warum das so war – ich meine, es gab weibliche Gefangene, aber es waren hauptsächlich Männer. Das ist vielleicht einer der Gründe. Vielleicht waren die Frauen motivierter oder besser organisiert, das könnte ein weiterer Grund sein, ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nur, dass es so war. Wir haben eine Aktion ins Leben gerufen und Briefe geschrieben, wir haben Rosenkranzgebete organisiert – wo viele Leute beten, weißt du – meine persönliche Meinung über all diese Vorgehensweisen hat sich inzwischen geändert – aber die Leute hatten allgemein einen sehr starken Glauben und sogar viele Gefangene waren sehr katholisch. Sie hatten das Gefühl, das gemeinsame Beten des Rosenkranzes und die Messen ... Wir haben Briefe an Politiker geschrieben und Lobbyarbeit gemacht und es international versucht – einfach alles, was man sich nur vor-

stellen kann – wir haben Menschenketten gebildet, im Stadtzentrum demonstriert und Geschäfte besetzt, wir haben Gebäude besetzt und versucht, Aufmerksamkeit zu erregen, damit die Medien herkommen." (Anonym 3, NI 21)

An dem ersten Hungerstreik 1980 nahmen drei der ca. dreißig weiblichen Gefangenen im *No-Wash* teil. Als er abgebrochen wurde, glaubten die Republikaner Zugeständnisse erhalten zu haben, die ihrer Meinung nach dann nicht eingelöst wurden. Deshalb starteten sie 1981 einen zweiten Hungerstreik, den sie diesmal bis zur letzten Konsequenz durchhalten wollten. Die Frauen sollten sich diesmal nicht beteiligen, um nicht die Aufmerksamkeit von den Männern abzulenken und aus Furcht vor dem öffentlichen Druck, sogar aus ihrem Unterstützungsumfeld, den Streik abzubrechen, sobald Lebensgefahr besteht. Mittlerweile hatte die Arbeit der RACs und anderer Komitees Erfolg gezeigt und die Lage in den Gefängnissen war im öffentlichen Bewusstsein. Doch erst dieser zweite Hungerstreik, bei dem sich zehn junge Männer zu Tode hungerten, brachte die überwältigende nationale und internationale Aufmerksamkeit. Dies hatte etwas mit der immer professioneller gewordenen Lobbyarbeit für die Gefangenen zu tun, da die republikanische Bewegung das Potential zu erkennen begann:

„Wir hatten ein sehr kleines Team für die Öffentlichkeitsarbeit, und es gab jeden Tag Neuigkeiten über Bobby Sands [der erste tote Hungerstreiker; SK]: wer er war, wofür er einstand, woher er kam, wer seine Familie war. Ich habe Bobby Sands nie gekannt, aber es fühlt sich an, als hätte ich ihn gekannt. Man hat auch ihre Familien kennen gelernt – als ich für die Zeitung [republikanische Zeitung; SK] gearbeitet habe, bin ich hingegangen und habe die Familien interviewt, und da hat man die Einzelheiten bekommen, diese persönlichen Details darüber, wer diese Leute waren, und es war sehr dramatisch, weil einer nach dem anderen starb. Man hat sich gefühlt, als würde man einen engen Freund verlieren." (Chrissie Mc Auley, NI 16)

Einer der Versuche, das Leben der Hungerstreiker zu retten, war, sie als Kandidaten bei Wahlen antreten zu lassen. Dies war nicht nur erfolgreich zumindest in dem Sinne, dass sie tatsächlich gewählt wurden, sondern führte zu einer neuen Strategie der Republikaner die „ballot and bullet" genannt wurde: *Sinn Fein* verwandelte sich vom Sprachrohr der IRA in eine politische Partei.

Frauen in Sinn Fein

Innerhalb der *Sinn Fein* hatten sich 1978 Frauen zu einem Frauenkomitee zusammengetan und 1980 richtete *Sinn Fein* ein *Women's Department* ein. Einige Frauen waren schon in Führungspositionen vorgerückt und Marie Moore erklärte, wieso:

„Ungefähr 1974 oder 1975 bin ich Mitglied des *Sinn Fein*-Vorstandes geworden, des geschäftsführenden Gremiums von *Sinn Fein*, und ungefähr acht Jahre lang in dieser

Position geblieben. Zu dieser Zeit waren viele männliche Mitglieder unserer Organisation im Gefängnis, deshalb sind die weiblichen Mitglieder der Organisation viel weiter in die Spitzenpositionen vorgerückt.“ (Marie Moore, NI 6)

Die Frauen in der Partei waren in der Regel schon seit Anfang der '70er mit der Partei verbunden bzw. stammten aus republikanischen Familien, wie die 1976 von Loyalisten ermordete *Sinn Fein* Vize-Präsidentin Máire Drumm. Im Laufe der '70er kamen ehemalige republikanische Gefangene oder Angehörige von Gefangenen hinzu. Im Verlauf der Gefängnisproteste war es die republikanische Bewegung, die Angehörigen Unterstützung versprach, und nachdem die Proteste beendet waren, blieben viele Angehörige von Gefangenen auf diese angewiesen. Die Gefängnisproteste selbst wurden für eine neue Generation von Republikanerinnen zu dem Ereignis, das sie politisierte. Für ehemalige Gefangene war die Mitarbeit in der Partei eine Option, der Bewegung verbunden zu bleiben und ihr Leben nach der Haft zu gestalten. Die ehemaligen Gefangenen, die teilweise ihre Haftzeit zur Weiterbildung genutzt hatten, lieferten neue Ideen zur Weiterentwicklung der republikanischen Bewegung. Die Gefängnisse waren schon früher „think tanks“ der Bewegung gewesen und die Gefangenen hatten mit Hilfe ihres Prestiges Einfluss auf die Strategie der IRA und die weitere politische Richtung genommen. Die Besinnung auf Frauenthemen stand in Einklang mit der Ende der '70er eingeleiteten Politisierung und neuen linken Orientierung, die soziale Fragen aufwarf und sich nicht nur um den „bewaffneten Kampf“ drehte. Der Führungswechsel, bei dem diejenigen, die heute noch die republikanische Führungsriege darstellen, die traditionelleren Veteranen ablösten, brachte Chancen für republikanische Frauen, wie Chrissie Mc Auley:

„Weil man im Gefängnis gesessen hat und die Menschen in der Gegend einen kennen und sich mit einem identifizieren – dann hat man die Verantwortung, die Menschen zu organisieren und zu mobilisieren, um die Gefangenen zu unterstützen. (...) Ich habe gleich gespürt, dass es in der Politik der *Sinn Fein* eine Lücke in der Frauenpolitik gibt und wir haben angefangen daran zu arbeiten, was schließlich zur Gründung einer Frauenabteilung in der *Sinn Fein* geführt hat. Da gab es dann Aufrufe und politische Arbeit, auf die politischen Programme der Partei und eine stärkere Beteiligung der Frauen an Entscheidungsprozessen gerichtet. (...) Das war alles unbezahlt. Was ich jetzt in der *Sinn Fein* tue, ist alles unbezahlt – man lebt von der Sozialhilfe. Ich bin Ratsmitglied, also bekomme ich Sitzungsgelder, aber die fließen in den Wahlkreis. Und bekomme Freifahrten – was immer man bekommt, fließt in die Organisation zurück.“ (Chrissie Mc Auley, NI 16)

In den '80er Jahren beschränkte *Sinn Fein* sich auf die Teilnahme an Wahlen, nahm ihre gewonnen Sitze nur auf lokaler Ebene ein und arbeitete dort in den Gremien mit. Die politische Pattsituation führte zu einer nur beschränkten Teilnahme von Frauen

im formellen politischen Bereich, die relativ wenig thematisiert wurde. Dies änderte sich mit Beginn des Friedensprozesses, als die Geheimverhandlungen zwischen *Sinn Fein* Präsident Adams und Hume, dem Vorsitzenden der SDLP, bekannt wurden und nun über die Zukunft Nordirlands diskutiert wurde. Dabei waren es nicht nur Republikanerinnen, die sich von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten. Auch andere Frauengruppen machten mobil, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. In Nordirland gab es eine ganze Reihe – die Zahl von Frauengruppen oder Gruppen, die für Frauen arbeiten, wurde in den '90ern auf über Tausend geschätzt (Fearon 1996) – verschiedener Organisationen[107], die auf lokaler Ebene in den protestantischen und katholischen Vierteln arbeiteten und Gruppen, die *Cross-Community* Kontakt förderten, feministische Gruppen und andere. Republikanerinnen waren demnach nicht die einzigen, die sich Frauenthemen annahmen. Aus dem Unmut über den Ausschluss von Frauen entstand 1996 sogar eine Frauenpartei, die überkonfessionelle *Northern Ireland Women's Coalition* (NIWC)[108]. Von Republikanerinnen als Mittelschichtpartei angesehen – tatsächlich waren die führenden Köpfe Universitätsdozentinnen – hatte sie jedoch auch Mitglieder, die aus demselben Milieu stammten wie Republikanerinnen:

> „Die Schlüsselthemen für die *Women's Coalition* waren, Frauen vom Küchentisch an den Verhandlungstisch zu bringen und die Dinge auf eine mehr kreative und weibliche Weise voranzubringen, denn Frauen bringen eine vollkommen andere Sicht der Dinge mit. Ernsthaft, Männer können immer nur eine Sache auf einmal behandeln, können immer nur an eine Sache auf einmal denken – Entschuldigung – aber so ist es, sie konzentrieren sich auf eine Sache und das war's. Frauen haben eine sehr dynamische Weise, mit vielen verschiedenen Dingen umzugehen, weil das ihrer Lebenserfahrung entspricht, den Erfahrungen mit ihren Familien und der Verantwortung, die sie haben. Andere Frauen in diesem Land, wie meine Mutter und meine Großmutter haben unsere Gemeinschaft und unsere Familien durch dick und dünn und in all der Gewalttätigkeit zusammengehalten, aber am Ende gibt ihnen niemand eine Stimme! (...) *Sinn Fein* hat ganz klar gezeigt, wie fortschrittlich sie ist mit ihren Frauenthemen, indem Frauen tatsächlich gefördert und in gute Positionen gebracht werden, aber ich habe das starke Gefühl, dass auch sie Unterstützung brauchen. Sie werden es nicht allein schaffen und wir werden es nicht allein schaffen, aber gemeinsam können wir Berge versetzen – nicht durch Konkurrenz oder Übermacht, indem wir die Männer sich machtlos fühlen lassen – was wir wirklich bewirken können, ist eine produktivere und fortschrittlichere Art zu denken und zu leben.“ (Anonym 1, NI 11)

107 Zu solchen Gruppen und zur irischen Frauenbewegung in Nord und Süd im Allgemeinen: Fair play for women 1999; Cockburn 1998, 76 ff.; Leonard 1992; Evason 1991; Mahon 1988; Smyth 1988; Abbott/ Frazer 1985.

108 Zur NIWC: Fearon 1999; Hinds 1999.

Zwar war 1995 im Vergleich zu anderen nordirischen Parteien, die um die 50% weibliche Mitglieder haben, der Frauenanteil bei *Sinn Fein* mit 33% relativ gering, doch: „Until the SDLP's recent change, *Sinn Fein* was the only party to employ a gender quota for the election of its National Executive and other committees. Currently, there are nine women on its 24 member Executive. Two of Sinn Fein's five-member team presently negotiating with the Northern Ireland Office are women ....“ Und weiter: „The party with the most expansive set of policies for women is Sinn Fein“ (Wilford 1996, 51-53; auch Wilford 1999).

Von den '80ern zum Friedensprozess

Nach den Gefängnisprotesten war die Lage in Nordirland zwar wieder ruhiger geworden, indes verfestigten sich die in den '70ern eingeschlagenen Richtungen: Ein immer weiter perfektioniertes staatliches Sicherheits- und Überwachungssystem, eine technisch immer professioneller werdende IRA, die sich gegenseitig auszutricksen versuchten (vgl. Collins 1997), und weitere Skandale um britische Sicherheitsmaßnahmen, wie die „shoot-to-kill-policy“, die zur Politisierung einer neuen Generation von Republikanerinnen beitrug:

> „So war das, lauter kleine Dinge und Stückchen, aber obwohl das [die Verwüstung des Elternhauses durch die britische Armee als sie noch ein Kind war; SK] passiert ist, ist es nicht – man hat einfach gedacht, so ist es eben. Aber was in Loughgall [1987 wurden acht IRA Männer bei einem Angriff auf die lokale Polizeistation erschossen – der SAS hatte von dem geplanten Angriff erfahren und einen Hinterhalt gelegt; SK] passiert ist, hat einen wirklich berührt, und von diesem Zeitpunkt an hat man angefangen Dinge zu hinterfragen und wurde politisch bewusster, während ich vorher nichts hinterfragt habe. Es war die Brutalität – als irgendwie ans Licht kam, was passiert war. Man hätte diese Kameraden festnehmen können, aber statt dessen ... und als sie am Boden lagen, sind sie hergegangen und haben sie kaltgemacht. Es war die Brutalität – und dann hinzugehen, sie zu besuchen, den Respekt zu bezeugen und die Männer [vier davon waren ihre Nachbarn; SK] im Sarg liegen zu sehen ... Und so ist alles zusammengekommen.“ (Bronwyn Mc Gahan, NI 14)

Das Leben in den Hochburgen war weiterhin geprägt von wirtschaftlicher Misere, Abschottung, massiver Militärpräsenz und sporadisch aufflammenden gewaltsamen Auseinandersetzungen. Mit dem *Anglo-Irish-Agreement* von 1985[109] verstärkten sich

109 Im Abkommen wurde die Aufgabe der britischen Ansprüche festgelegt, sobald es eine Mehrheit für ein Vereinigtes Irland in Nordirland gibt. Ferner wurde ein Konsultationsrecht der irischen Regierung in nordirischen Angelegenheiten institutionalisiert und festgelegt, dass eine Lokalregierung auf der Basis des *Power-Sharing* gebildet sein muss. Obwohl darüber hinaus Bestimmungen für eine gemeinsame Sicherheitspolitik festgelegt wurden, waren viele Protestanten alarmiert.

loyalistische Aktivitäten und die Zahl der Attentate auf Katholiken, und zielgerichteter auf bekannte Republikaner nahm zu.

Die INLA wurde durch die britischen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere den umstrittenen *Supergrass Trials*[110], aufgerieben und interne Streitigkeiten taten ihr übriges, um sie mehr und mehr irrelevant werden zu lassen. Die *Officials* wurden zur *Worker's Party* und beteiligten sich an der konstitutionellen Politik im Norden und im Süden. Selbst *Sinn Fein*, die sich als gesamtirische Partei versteht, nahm ab 1986 die gewonnen Sitze im südirischen Parlament ein, was zu einer weiteren Abspaltung führte, die allerdings ebenso wie die später in Reaktion auf den Friedensprozess erfolgte Abspaltung nichts an ihrer Vormachtstellung innerhalb des Republikanismus ändern konnte.

Noch Anfang der '90er erschien die politische Situation völlig festgefahren, doch beginnend mit dem Waffenstillstand der IRA 1994, der zwar zwischen durch immer mal wieder aufgehoben wurde, um einen spektakulären Anschlag zu verüben, begannen sich die Dinge zu wandeln. Andere bewaffnete Gruppen schlossen sich dem Waffenstillstand an und Verhandlungen mit allen beteiligten Parteien wurden aufgenommen. Ergebnis war das *Good-Friday-Agreement*[111] 1998. Darin wurde die Möglichkeit einer Vereinigung Irlands bekräftigt, sobald es durch Wahlen jeweils im Norden und Süden eine Mehrheit dafür gibt. Ferner sollte bis dahin Nordirland Teil Großbritanniens bleiben. Irland verzichtete auf seine territorialen Ansprüche, wie es im Grunde Großbritannien schon in der *Downing Street Declaration* von 1993 getan hatte. Die Zukunft Nordirlands sollte demzufolge in die Hände seiner Bürger gelegt werden. In Nordirland sollte eine neue Regionalregierung entstehen, die auf dem Prinzip des *Power-Sharing* beruhte. Außerdem enthält es Regelungen zur Wahrung von Menschenrechten, Normalisierung der Sicherheitsapparate, für eine Polizeireform und Entwaffnung aller paramilitärischen Gruppen. Diese Aufgaben wurden teilweise unabhängigen, internationalen Kommissionen übertragen. Zunächst wurde in einer Volksabstimmung das Abkommen von 71% der Wähler angenommen – fast alle *Nationalists* stimmten dafür, hingegen hat(t)e es bei den Protestanten fast so viele Gegner wie Unterstützer.

Das Abkommen erfüllte Protestanten, deren Bevölkerungsmehrheit immer kleiner geworden war und die in absehbarer Zeit in der Minderheit sein werden, mit Sorge.

110 Bei den *Supergrass Trials* (1981-86) handelt es sich um Verfahren, die aufgrund von Kronzeugenaussagen zustande kamen. Viele der Verfahren und die erfolgten Verurteilungen hielten Berufungsverfahren nicht Stand.

111 Zum *Good-Friday-Agreement* und zum Friedensprozess: Hauswedell 2004; Cox/ Guelke / Stephen 2000.

Eine Minderheit radikalisierte sich als die Mainstream-Unionisten zu Kompromissen bereit waren. Die mussten nun darauf achten, ihre Anhänger durch zu viele Zugeständnisse nicht an radikalere Gruppen zu verlieren. Auf katholischer Seite unterstützte die SDLP das Abkommen, doch *Sinn Fein* hatte ebenfalls das Problem, ihre Anhänger von dem Abkommen zu überzeugen. Das Misstrauen gegen Großbritannien und gegenüber Unionisten war groß, und so zogen sich die Auseinandersetzungen um die Entwaffnung der IRA bis 2005 hin. Rosie über die Probleme, alle auf dem neuen Weg mitzunehmen:

> „Es kommt erst mit der Zeit, weißt du, das Denken kann sich nur Stück für Stück weiter entwickeln – man ändert sich nicht über Nacht, sondern in einem allmählichen Fortschritt. Ich glaube, das stimmt, und ich glaube – ich meine, wenn man eines Morgens aufwacht und die Denkweise hat sich komplett gewendet, dann stimmt etwas nicht! Die Menschen haben sehr fest gefügte Ansichten, also haben sich die Menschen 1986 abgespalten von der republikanischen Bewegung wegen dem Gang nach *Leinster House* [das südirische Parlament; SK]. (...) Die nächste Spaltung kam mit der Entscheidung, die Sitze in *Stormont* [gemeint ist das Regionalparlament, das wieder im alten Stormontgebäude tagte; SK] zu besetzen – weißt du, wahrscheinlich waren das Bereiche, also Prinzipien, denen manche treu geblieben sind. Die Menschen hatten das Gefühl, dass sie diesen Dingen niemals zustimmen könnten – ich persönlich meine, dass wir in *Stormont* einziehen mussten. Die Menschen hatten ein Problem mit *Stormont* und mit dem, wofür der Name stand – es hatte einfach einen schlechten Ruf bei den Menschen.“ (Rosie Mc Corley, NI 3)

Auswirkungen des Friedensprozesses

Im Hinblick auf die Wahlergebnisse war der Friedensprozess für *Sinn Fein* ein Erfolg: Sie erreichte bei den *Assembly* Wahlen 1998 fast 17 % und holte damit die SDLP mit ihren 22% beinahe ein. Bei den Wahlen zum Westminsterparlament 2001 gelang es ihr dann: Sie gewann fast 22% und die SDLP 21%. Auch die republikanischen Frauen schnitten relativ gut ab: *Sinn Fein* gewann achtzehn Sitze in der *Assembly*, wovon fünf an Frauen gingen. Insgesamt gelangten nur vierzehn Frauen (zwei von der NIWC) in die 108köpfige *Assembly*. Von den zehn Ministern waren drei weiblich, eine von *Sinn Fein*, die insgesamt zwei Ministerposten im Kabinett bekam. Offensichtlich gelang es *Sinn Fein* trotz umstrittener IRA-Aktionen und Haltungen, neue Wähler zu gewinnen. Gleichzeitig sind Leute in der Partei aktiv geworden, die dem Klischee vom RTP (*Rough Tough Provo*) nicht entsprachen. Eine davon war Pat, die erläuterte, wieso sie jetzt bereit war, in der Politik mitzumischen:

> „Für die Wahlen habe ich jetzt [2001; SK] zum ersten Mal kandidiert. Vor drei Jahren hat mir das jemand vorgeschlagen und ich habe ungefähr ein Jahr gebraucht, um mich

zu entscheiden. Zu der Zeit ging's noch ziemlich beängstigend zu und ich habe an die Kinder gedacht. Ich glaube, das ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum im Lauf der Jahre nicht mehr Frauen an diesen Punkt gekommen sind, es war sehr gefährlich. Hauptsächlich wegen der Angriffe von Loyalisten. Der Friedensprozess hat das ein bisschen erleichtert. Jetzt, wo ich das mache, ist das so, als wäre ich dafür geschaffen – kennst du das Gefühl?"

Und später im Interview:

„Ich glaube schon, dass Menschen wie ich unter anderem die Partei attraktiv machen für Leute, die sie vor Jahren nicht unterstützt hätten. Ich glaube, ich sichere Wählerstimmen, die sonst niemand bekommen hätte, weil es Leute gibt, die die Republikaner und *Sinn Fein* für Schläger halten – aber das stimmt überhaupt nicht. Ich glaube, ich habe dieses Mal einige Stimmen bekommen, die mein Kollege beim letzten Mal nicht bekommen hat." (Pat O'Rawe, NI 25)

Eine weitere Folge des Abkommens war die Freilassung der meisten männlichen Gefangenen und aller weiblichen, die für politisch motivierte Straftaten einsaßen. Die Re-Integration in ihre *Communities* stellte diese vor neue Herausforderungen zumal nun Themen, für die in Zeiten des „Kampfes" wenig Raum geblieben war, wie Traumatisierung und familiäre Probleme, diskutiert wurden. Es entstanden Ex-Gefangenen Organisationen bzw. schon bestehende definierten ihre Aufgaben neu:

„Ich bin Projektarbeiterin in einer Gruppe ehemaliger Häftlinge. Wir machen Evaluationen und Training, Computerkurse und so weiter. Wir sehen uns selbst als Mitglieder unserer *Community*. Ich habe ein bisschen Fortbildung gemacht, als ich im Gefängnis war, und nachdem ich entlassen wurde, habe ich mit den Fortbildungen weitergemacht. Ich habe einige sehr gute Qualifikationen im Computerbereich, ich habe Dinge wie ‚A plus' gemacht und ich möchte diese Qualifikationen an die *Community* weitergeben, weil es professionelle Qualifikationen sind. Hier ist das in der Tat sehr teuer. Deshalb können es sich die meisten Leute aus meiner Gegend nicht leisten. Unser Ziel war, uns selber darin fit zu machen, so dass wir es den Menschen aus unserer *Community* zugänglich machen können. Wir mussten losgehen und Sponsoren finden." (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Der Wandel dieser Organisationen von Gruppen, deren Mitglieder miteinander in Kontakt bleiben wollten und deren Örtlichkeiten oft ein bestimmtes Pub oder ein Club war, hin zu Anlaufstellen mit Büros und Verankerung in Gemeindezentren, wo sie professionelle Hilfe und Weiterbildung anbieten, ist ein Beispiel dafür, dass die Menschen in Nordirland begonnen haben, ihr Leben auf den Frieden einzurichten. Schon äußerlich betrachtet war Belfast bereits 2001 im Vergleich zu dem von 1994 kaum wiederzuerkennen. So war das Militär von den Straßen verschwunden, in den Vierteln wurde saniert und das Zentrum war offen. Doch vieles war geblieben: Die

getrennten Wohnviertel und die *Peace Lines* dazwischen, starke Polizeipräsenz, die gewaltsamen Auseinandersetzungen bei der *Marching Season* oder um den Schulweg von Kindern, die mafiaähnlichen Strukturen der IRA und der Loyalisten. Die Regionalregierung wurde zunächst wieder abgeschafft und wie sich die loyalistischen Gruppen in Zukunft verhalten werden, oder ob es nochmals einer republikanischen Splittergruppe gelingen wird, Einfluss zu gewinnen, blieb ungewiss. Nicht alle waren mit dem eingeschlagenen Weg einverstanden. Einige verstehen sich als Verlierer dieses Friedensprozesses, so wie Anna, die früher zur INLA gehörte:

> „Mit dem Waffenstillstand und dem Friedensprozess bin ich nicht einverstanden – ich meine, wozu sollte das gut sein? Damit Martin Mc Guinness [gehört zur Führungsriege von *Sinn Fein*; SK] in *Stormont* sitzen kann? Zwar ist es jetzt besser und ich sage dir, es ist sehr viel besser für die Top-Leute von *Sinn Fein*. Sie sind diejenigen, die profitiert haben, sie sind diejenigen mit den fetten Jobs, sie sind diejenigen in den großen Autos und ihren eigenen Häusern und so weiter. Aber der Rest von uns hat sich überhaupt nicht vorwärts bewegt. Du weißt ja, dass man die *Provos* jetzt die DIYs [‚do-it-yourself'; SK] nennt – wenn du was brauchst, ‚mach es selber', denn das erzählen sie einem jetzt. Sie sind jetzt selbst schon Teile des Establishments. Ich meine, die gewöhnlichen Stadtviertel waren vorher in Ordnung, es waren friedliche Orte für die Kinder oder wen auch immer – Recht und Ordnung waren unter Kontrolle, nicht wahr? (...) Sie tun jetzt nichts mehr für die Menschen. Es ist wirklich schlimm, die Leute haben jetzt Angst, nachts auf die Straße zu gehen, das hat es vorher nie gegeben. Es ist so schlimm – man kann nachts nicht ausgehen, nicht ins Stadtzentrum – es ist beängstigend. ... Manchmal denke ich: Hat der Krieg, haben die dreißig Jahre Krieg die Menschen verändert oder was? ... Es gibt keine Kontrolle, es gibt nichts mehr – es könnte eine Drogenkultur werden, ich weiß es nicht. Keine Angst, kein Respekt, die jungen Leute wissen nicht mal mehr, was diese Worte mal bedeutet haben. Die meisten jungen Leute haben keinen blassen Schimmer, sie wissen es nicht – ich meine, es hat eine Zeit gegeben, da haben eine Menge Teenager um das Haus herum gehangen und getrunken und Dope und solches Zeug geraucht, und jemand hat gesagt: ‚Ihr lasst sie besser in Ruhe, sie ist eine Ex-Gefangene.' Also haben sie mich gefragt: ‚Weshalb warst du im Gefängnis?' – weißt du, die hatten keine Ahnung. Und ich habe gesagt, dass es wegen des Kriegs war, und sie: ‚Welcher Krieg?' Ernsthaft, die hatten keinen Schimmer!" (Anna Moore, NI 19)

Doch *Sinn Fein* blieb trotz solch kritischer Stimmen, die auch eine Verunsicherung und wahrgenommene Bedrohung aufgrund der geänderten politischen Lage anzeigen, und trotz der suspendierten Regionalregierung auf Erfolgskurs. Sie wurde bei allen folgenden Wahlen stärkste katholische Partei. Auf dem Parteitag Anfang 2007 rang sie sich sogar zur Anerkennung der reformierten nordirischen Polizei durch und forderte die *Nationalist Community* auf, diese zu akzeptieren. Kurz danach einigte sie

sich mit der *Democratic Unionist Party*[112] (DUP), die als erklärte Kritikerin des Friedensprozesses auf protestantischer Seite stärkste Kraft geworden war, auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung.

3.3 Palästinenserinnen

Mandatszeit

Nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches wurde Palästina 1920 britisches Mandatsgebiet[113]. Die Bevölkerung setzte sich aus einer arabischen Mehrheit, die neben einigen Christen moslemisch war, und einer jüdischen Minderheit, die aus Alteingesessenen und zionistischen Einwanderern bestand[114], zusammen. Während die jüdische Einwanderung anhielt, standen dem Bestreben der Zionisten nach einem jüdischen Staat die Ambition arabischer Nationalisten gegenüber. Der arabische Nationalismus blieb eine Sache der zerstrittenen Eliten. Gleichzeitig kam es immer wieder zu lokal begrenzten Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern. Die palästinensische Gesellschaft war eine überwiegend agrarische gewesen mit einer kleinen Oberschicht bestehend aus Großgrundbesitzern und städtischen Händlern. Bestimmend für ihre strukturelle Ordnung war die *Hamula* (arab. Familienverband, Clan). Da sie eine in weiten Kreisen traditionelle Gesellschaft war, kam die kulturelle Kluft zu den jüdisch-europäischen Einwanderern zu den anderen Konfliktpotentialen hinzu: „Überhaupt verdient neben den im engeren Sinne politischen Motiven ... die moralische Komponente Beachtung, die sich – wenig erstaunlich – an den Komplex Frau und (Un-)Moral knüpfte und gerade in sozial konservativen Kreisen, und zwar muslimischen wie christlichen, die Wahrnehmung des jüdischen Anderen ganz wesentlich prägte“ (Krämer 2002, 249; auch Flores 1983, 100).

---

112 Die DUP unter ihrem langjährigen Vorsitzenden und Gründer *Reverend* Dr. Ian Paisley – wegen seiner radikalen Ablehnung aller Kompromisse mit Republikanern auch „Dr. No“ genannt – hatte die *Ulster Unionist Party* (UUP) seit 2003 als stärkste Partei abgelöst. Die Einigung auf eine gemeinsame Regierung wird daher mit Recht als historischer Durchbruch gesehen.

113 Das Mandatsgebiet umfasste damals auch das heutige Jordanien. Das heutige Israel und die besetzten Gebiete waren eine britische Verwaltungseinheit, östlich des Jordan war die andere. Juden durften nur westlich des Jordan siedeln. Östlich wurden die Haschemiten als Herrscher eingesetzt, damals „Transjordanien“. Mit Mandatsgebiet Palästina ist meist das westliche Mandatsgebiet gemeint – so auch hier im folgenden.

114 Aufgrund der Einwanderungswellen betrug der jüdische Bevölkerungsanteil 1948 ca. 31%, der bis zur Staatsgründung ca. 7% des Landes besaß. Das (westliche) Mandatsgebiet Palästina war etwa 27.000 Quadratkilometer groß (Herz/ Steets 2002, 29).

Im Gegensatz zu beispielsweise Ägypten[115] gab es in Palästina zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den darauf folgenden Jahrzehnten keine Frauenrechtsbewegung. Da die nationale Frage ungeklärt blieb, erhielt sie nicht nur Vorrang vor innerethnischen Konflikten, sondern es war kein nationaler Adressat vorhanden, an den Forderungen nach politischen und sozialen Rechten hätten gestellt werden können. Die ersten politischen Akteurinnen[116] in den '20er Jahren entstammten meist der Oberschicht und waren zur Unterstützung ihrer politisch involvierten Männer aktiv. Sie schlossen sich zur *Arabisch-Palästinensischen Frauenunion* zusammen, die Demonstrationen und Streiks gegen die Briten unterstütze. Einige gründeten Frauengesellschaften, die auf Wohlfahrt ausgerichtet den Frauen der ärmeren Schichten helfen sollten. Der niedergeschlagene arabische Aufstand von 1936-1939[117] bezog erstmals weitere Kreise der Bevölkerung und damit Frauen in die politischen Auseinandersetzungen ein: „I had some training with a rifle but I never fought. Mainly we prepared food and took it to the fighters because the men couldn't move around as freely as we could, and we acted as couriers and collected money for the movement", erinnerte sich Umm Samir an diese Zeit (zitiert nach Antonius 1983, 71)[118]. Der Aufstand richtete sich gegen die Mandatsmacht und die jüdische Einwanderung und „entwickelte sich immer mehr zu einem Aufstand des Landes gegen die städtische [auch die arabische; SK] Herrschaft" (Schulze 2002, 133). Er wurde von der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft[119] beeinflusst und unterstützt.

Vor dem Hintergrund des Holocaust beschlossen die Vereinten Nationen 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat, was die arabische Seite ablehnte. Als das britische Mandat im Mai 1948 endete, herrschte schon Krieg zwischen Juden und Arabern. Zusätzlich griffen die benachbarten arabischen Staaten erfolglos den im Entstehen befindlichen jüdischen Staat an. Hunderttausende Palästinenser mussten in die arabischen Staaten fliehen, wo viele bis in die Gegenwart ihren Flüchtlingsstatus behalten haben und nicht in die Aufnahmeländer integriert worden

115 Dazu: Graham-Brown 1993; Irabi 1989, 78 ff.; Tucker 1985; El Saadawi 1980, 143 ff.

116 Zur Geschichte der palästinensischen Frauenbewegung: Kawar 1996; Najjar 1992; Peteet 1991; Warnock 1990; Debus 1986; Antonius 1983; Haddad 1980.

117 Zu diesem Aufstand gibt es einen Vergleich mit der Lage in Irland von 1916-21. Die Iren seien nicht zuletzt wegen ihrer „intelligence" (also Nachrichten-/ Geheimdienst) erfolgreicher gewesen (Bowden 1977).

118 Dazu auch Krämer in ihrer „Geschichte Palästinas" bis 1948: Frauen, „die sich im Schatten konservativer Verhaltensnormen leichter im Land bewegten als die Männer: Auch die Briten konnten an Frauen, die ihnen verdächtig erschienen, nicht ohne weiteres Leibesvisitationen durchführen, die sie am Gang in die Stadt, auf den Markt, ins Bad oder am Verwandtschaftsbesuch hindern, die sich alle nutzen ließen, um Nahrungsmittel, Munition und Nachrichten weiterzugeben" (Krämer 2002, 334).

sind. Im Gebiet des 1948 gegründeten Staates Israel bzw. im Gebiet innerhalb der Waffenstillstandslinie waren nur relativ wenige verblieben und Israel lehnte die Rückkehr der Flüchtlinge ab[120].

Entwicklungen 1948 bis 1967

Trotz der *Nakba*, der „Katastrophe" von 1948, blieben viele der traditionellen Strukturen intakt[121]. Sie wurden allerdings durch die notwendige Anpassung an die gegebenen Verhältnisse herausgefordert, wie sich in der Entstehung einer neuen Mittelschicht zeigte, die unter anderem auf eine Bildungsexpansion zurück zu führen war.

---

119 Muslimbruderschaft: „(arab. Jamaîyat al-ikhwân al-muslimîn), 1928 von Hasan al-Bannâ (1906-1949) in Ägypten gegründete und bis heute aktive Organisation. Zu Beginn war die M. eine religiöse und philanthrop. Gesellschaft, die im Umfeld säkularist. Tendenzen und hegemonialer Ansprüche der Briten islam. Moralvorstellungen verbreiten und wohltätige Aktionen unterstützen wollte. Bereits in den 1930er Jahren wurden die Aktivitäten der Gruppe jedoch zunehmend gesellschaftspolit. In dieser Zeit begann Hasan al-Bannâ, der lange Zeit als Lehrer arbeitete und als Redner eine charismat., massenwirksame Ausstrahlung besaß, einen allumfassenden und revolutionären Islam zu predigen und seinen Zuhörern die Zukunftsvision eines wahren Islam. Staates näherzubringen. Dazu sei allerdings – so al-Bannâ – erst einmal eine moral. Reform notwendig. Bis 1938 nahmen die Muslimbrüder die Form einer polit. Gruppierung mit streng hierarch. Strukturen an. Es gelang ihnen, einen Staat im Staate aufzubauen, indem sie ihre eigenen Firmen gründeten, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser unterhielten und innerhalb der Armee und den Gewerkschaften Posten und Ämter besetzten. Ende der 1950er Jahre schätzte man die Mitgliederzahl der Muslimbrüder auf etwa 500 000. In dieser Zeit nahmen die Spannungen zwischen den Anhängern der M. und der Regierung ständig zu. (...) Das Verbot der M. und die sich daran anschließenden zahlreichen Verhaftungen führten in der Folgezeit zu einer theoret. Richtungsänderung der Bewegung durch Sayyid Qutb: Auch muslim. Gesellschaften könnten sich im Zustand der (vorislam.),Unwissenheit und Ignoranz' (jâhilîya) befinden und dürften daher von aufrichtigen Muslimen (unter Umständen auch auf gewaltsame Weise) gestürzt werden. Folgen müsse dann die Errichtung einer islam. Gesellschaftsordnung, deren oberster Souverän nur Gott allein sein könnte" (Conermann 2001, 214 ff.). Die Muslimbruderschaft hat sich rasch zu einer internationalen Organisation entwickelt und gilt heute als eine der einflussreichsten islamistischen Bewegungen. Zu ihrem Einfluss auf die palästinensischen Bewegungen und *Hamas* siehe beispielsweise Croitoru 2007.

120 Israel kontrollierte nun 76% des Landes. Geschätzt wird, dass höchstens 180.000 arabische Einwohner in diesem Teil des Landes blieben und israelische Staatsbürger wurden. Etwa 750.000 waren geflohen. Israel hat heute fast sieben Millionen Einwohner, davon ca. 80% Juden. Im Gazastreifen, der Westbank inklusive Ostjerusalem – den später besetzten Gebieten – lebten in den '90ern wenigstens 2,5 Millionen Palästinenser, davon mindestens eine Million im Gazastreifen, der eine Fläche von nur ca. 360 Quadratkilometer hat. Die Westbank ist ca. 6.000 Quadratkilometer groß. Die Einwohnerzahl der besetzten Gebiete nach der Jahrtausendwende wird auf über 3,3 Millionen geschätzt (Herz/ Steets 2002, 30 ff.; Wasserstein 2003, 11 ff.).

121 Vgl. Debus 1986; Darwish 1983; Sayigh 1979.

Von dem Anstieg des Bildungsniveaus der palästinensischen Gesellschaft nach 1948 profitierten die Mädchen, denn immer mehr – nicht zuletzt durch die Schulen der UNRWA[122] – erhielten die Elementarbildung[123]. Die Einstellung der Bevölkerung zur Bildung begann sich aufgrund der geänderten Lebensumstände, wo Bildung oft zum einzigen Mittel wurde, diese Umstände zu verbessern, zu wandeln: Bildung wurde ein erstrebenswertes Gut. In den Kreisen, in denen früher schon die Elementarbildung der Mädchen üblich war, wurde der Besuch einer weiterführenden Schule zur Norm. Wo früher dieser schon normal war, wurden die jungen Frauen auf die Universitäten der arabischen Staaten geschickt. Diese waren in den '50er und '60er Jahren Hochburgen der panarabischen Bewegung. Dementsprechend waren es die verschiedenen arabisch-palästinensischen Studentenverbindungen in Kairo oder Beirut, in denen sich in den '60er Jahren eine neue Generation von Frauen politisierte und Zugang zu den politischen Gruppen fand. Diese Frauen waren Teil einer Bildungselite, die immer häufiger nicht nur aus der Oberschicht, sondern aus der Mittelschicht stammte und selbst eine neue Mittelschicht, die sich eher von Traditionen abgrenzte, bildete.

Der palästinensische Nationalismus[124], wie er in den seit Ende der '60er Jahre bestimmenden Strömungen vorherrschend war, kann als Variante der panarabischen Ideologie bezeichnet werden. Die Errichtung eines palästinensischen Staates wurde als ein Weg zur Einheit der arabischen Welt gesehen und nicht umgekehrt. Der Staat Israel gilt ihm als ein Bollwerk des westlichen Imperialismus und als Kolonie. Daher wurde ein Existenzrecht Israels lange Zeit bestritten. Der Konflikt wird somit nicht nur als Kampf um die angestammte Heimat und für ein vorenthaltenes Selbstbestimmungsrecht gedeutet, sondern auch als Teil des Kampfes gegen die okzidentale Vorherrschaft. Die *Palestinian Liberation Organization* (PLO) ist ein Dachverband mehrerer Organisationen und wurde 1964 auf Betreiben des ägyptischen Präsidenten Nasser gegründet. Die verschiedenen, meist im Exil aus radikalen Studentengruppen hervorgegangenen Organisationen sollten so vereint und dabei gleichzeitig besser kontrollierbar werden. Im Jahre 1965 wurde die *Generalunion Palästinensischer Frauen* (GUPW) ins Leben gerufen. Sie ist eine PLO Organisation und selbst ein Dachverband für palästinensische Frauengruppen. Sie wurde parallel zu diversen

122 *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*

123 Mitte der '70er Jahre besuchten 97,5% aller schulpflichtigen Kinder eine Schule. Der Anteil der Mädchen betrug 42,5%. 1961 lag die Analphabetenrate unter Frauen noch bei 84,2% (Laudowicz 1987, 159/160). In den '90ern lag die Alphabetisierungsquote für Männer bei über 90%, für Frauen bei fast 80% (Ghali 1997, 14).

124 Zu seiner historischen Entwicklung: Sayigh, Y. 1997; Khalidi 1997; Baumgarten 1991; Frangi 1982.

Unionen, die auf andere gesellschaftliche Gruppen zugeschnitten waren, wie Studenten oder Unionen für bestimmte Berufsgruppen, gegründet.

Besatzung und Guerilla

Der Sechs-Tage-Krieg 1967 endete erneut mit einer Niederlage der arabischen Staaten und erzeugte eine neue Flüchtlingswelle der Palästinenser[125]. Im Zuge des Krieges besetzte Israel unter anderem die Westbank und Ostjerusalem, die bis dahin unter jordanischer Herrschaft gestanden hatten, und den Gazastreifen, der unter ägyptischer Verwaltung gewesen war. Während Israel Ostjerusalem 1980 annektierte, blieben die Westbank und der Gazastreifen unter Militärverwaltung. Nach dem Debakel von '67 übernahm die *Fatah* mit Yassir Arafat an der Spitze die führende Rolle in der PLO, die sie weiter ausbauen konnte, ohne dass es ihr gelang, die anderen Organisationen zu verdrängen. Der direkte Einfluss der arabischen Staaten nahm ab. Die PLO wurde ein politischer und ökonomischer Akteur auf internationaler Ebene. Sie entwickelte sich zu einer Kopie eines Staatsapparats mit eigener Bürokratie und anderen Institutionen wie quasi-diplomatischen Vertretungen überall auf der Welt, jedoch ohne staatliches Territorium. Sie propagierte den Guerillakampf gegen Israel. Die verschiedenen Organisationen bemühten sich außerhalb der besetzten Gebiete Basen in den Flüchtlingslagern aufzubauen, um von den angrenzenden Gebieten aus den Kampf gegen Israel fortzuführen. Zunächst lag dabei der Schwerpunkt auf Jordanien, was zu heftigen Zusammenstößen mit der jordanischen Regierung führte, die 1970 mit der gewaltsamen Vertreibung der PLO endeten. Diese zog sich in den Libanon zurück, wo sie sich als Staat im Staate etablierte und maßgeblich am libanesischen Bürgerkrieg beteiligte[126]. Trotzdem konnte sie sich im Libanon behaupten bis sie durch die israelische Invasion 1982 von dort vertrieben wurde und ihr Hauptquartier in Tunis errichtete.

Der Schock von '67 verstärkte die Politisierung der Bevölkerung und die Besatzung leitete eine neue Phase der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern ein, die zunächst eine hoher Konfliktintensität war: Bei den Guerillaattacken bzw. Terroranschlägen nach 1967 gab es erstmals weibliche Kämpferinnen. Raymona Tawil, eine bekannte Journalistin, beschrieb und interpretierte[127] das folgenderma-

125 Schätzungen zufolge flohen ca. eine halbe Million Menschen. Zusammen mit den '48er Flüchtlingen und deren Nachkommen sind das etwa 3,5 Millionen Flüchtlinge, von denen noch mehr als eine Million in Flüchtlingslagern in angrenzenden Ländern leben (Wasserstein 2003, 11 ff.).

126 Vgl. Rieck 1991; Schiller 1979.

127 Diese Interpretationen waren in den '70er Jahren anscheinend sehr populär (zum Beispiel auch bei Abu Ijad 1979, 93f.).

ßen: „Die Operationen der Fedajin[128] wirkten sich nachhaltig in der Bevölkerung der besetzten Gebiete aus. Es war mehr als nur ein Stärkungsmittel für unseren Nationalstolz und unserer Selbstachtung – die Fedajin-Organisationen rissen die palästinensische Gesellschaft aus ihrer konservativen Geisteshaltung heraus. Beim ersten Fedajin-Angriff innerhalb Israels nach der Besatzung schleuderte ein junge palästinensische Krankenschwester aus Kalkilya eine Handgranate in das Zion-Kino in Jerusalem. Sie wurde gefangen und zu lebenslänglicher Haft verurteilt, aber ihre Tat inspirierte viele junge Leute, sich den Fedajin anzuschließen. Viele folgten ihr nach, vor allem auch Mädchen aus bürgerlichen Familien. Für eine Palästinenserin war es ein revolutionärer Akt, sich aktiv in den bewaffneten Kampf zu begeben. Waffen sind ein Monopol des Mannes (...) Aber unter dem Schock der Besatzung schüttelten diese jungen Mädchen – meistens Teenager – die Zurückhaltung und Unterwürfigkeit ab, die der Konvention nach die Tugenden der arabischen Frau sind“ (Tawil 1981, 142/143).

Obwohl es schon vor 1967 organisierten Widerstand in der Westbank gab, der sich sowohl gegen Jordanien als auch gegen Israel richtete, war es die Lage nach der israelischen Besatzung der Gebiete, in der die Idee des nationalen Widerstandes gegen Israel populär und ihre Umsetzung durch die veränderten Verhältnisse machbar wurde: Zum einen waren nun Westbank und Gazastreifen wieder vereint. Zum anderen wurden Israelis als Besatzer direkt angreifbar und gegen Israel ließen sich die Menschen leichter mobilisieren. Für die ganze Bevölkerung und damit für Frauen hielt so die Politik bzw. der Konflikt Einzug in den Alltag, und die Begegnung mit dem Feind wurde zur Normalität. Die Widerstandsgruppen sahen es als ihre Aufgabe an, das politische Bewusstsein der Menschen zu wecken und ihnen die neuen Verhältnisse zu erklären. Dies war selbst Jahre später[129] nicht immer so einfach, wie sich die zum Zeitpunkt des Interviews 61jährige Alice erinnerte, die seit 1965 zur *Fatah* gehört:

> „Also gingen wir in die Dörfer und lehrten, wie wir unsere Heimat verteidigen oder über unsere Rechte – wir lehrten sie über die Rechte der Palästinenser und die Rolle der palästinensischen Frau. (...) So wissen die Frauen in den Dörfern was das Problem zwischen uns und den Juden ist, denn nicht alle diese Leute wissen, was das Problem ist. Manche Leute sind nicht gebildet ... Und Leute in den Dörfern erlauben den Frauen nicht aus ihren Häusern zu gehen, aber jetzt ist das viel besser als früher geworden – jede Frau und jede Person kennt ihre Probleme und kennt unsere Rechte und weiß, was zu tun ist. Das ist gut.“ (Alice Elias Sa'ad, PAL 35)

128 Guerilla- oder Freiheitskämpfer – wörtlich: „die sich Opfernden“ oder „Opferbereiten“.

129 Meine Frage bezog sich auf die Frauenkomitees, die erst Ende der '70er gegründet worden waren.

Im Gazastreifen führte die Besatzung durch Israel zu zum Teil massiven Unruhen, die noch bis zu Beginn der '70er Jahre anhielten, denn im Gazastreifen gab es mit ägyptischer Hilfe aufgebaute und auf gewaltsamen Widerstand ausgerichtete palästinensische Gruppen, die aktiv wurden. Jamileh als Übersetzerin und Nemah, die auf eine Armeepatrouille eine Bombe werfen wollte, die ihr selbst in der Hand explodiert ist, erzählten:

> „Man kann sagen, dass ich die erste Kämpferin, die erste militärische Kämpferin hier in Gaza war – die erste Frau. Das hat angefangen, als ich fünfzehn Jahre alt war (...) Ja, nach 1967, gleich nach dem Krieg, als die Israelis gekommen waren. Am Anfang der Geschichte, als der Krieg anfing, gab es großes Leid, weil israelische Flugzeuge damals viele Häuser bombardiert und viele Menschen getötet haben. Und wenn das Bombenwerfen vorbei war, sind die Leute losgegangen und haben ihre Nachbarn, Freunde und Verwandten gesucht. (...) Da habe ich beschlossen, gegen die Israelis zu kämpfen. Ich habe mit meiner Gruppe auf der Farm trainiert. Das war alles geheim, es war hart und schwierig, zwischen den großen Bäumen zu trainieren – Frauen und Männer. Es war nicht leicht, aber meine Familie – mein Großvater hat auch für Palästina gekämpft – meine ganze Familie hat die Kämpfer unterstützt. Sie haben aufgepasst, ob auch keine Israelis in der Nähe waren, und sie haben die Gewehre und all das vergraben, um es vor den Augen der Israelis zu verstecken. Viele Familien haben ihre Mädchen zu Hause behalten, aber nicht alle.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Nachdem die Guerilla militärisch gescheitert war, gab es andere Formen des Widerstandes. Auf der einen Seite waren dies in den '70ern die Entführungen und Anschläge, die international Furore machten und an denen junge Frauen beteiligt waren[130]. Auf der anderen Seite war es der Aufbau von Widerstandsorganisationen innerhalb der besetzten Gebiete.

Politische Umorientierungen

Angesichts der israelischen Sicherheitsmaßnahmen trat der „bewaffnete Kampf“ innerhalb der Gebiete ab Anfang der '70er Jahre in den Hintergrund und Konzepte zur Volksmobilisierung für andere politische Aktionen in den Vordergrund. Außerdem standen der militärischen Erfolglosigkeit der PLO ihre politischen Erfolge auf der internationalen Ebene in den '70er Jahren gegenüber. In der ersten Hälfte der '70er Jahre breitete sich ein Pioniergeist aus, der damit zusammen hing, dass die Nationalbewegung insgesamt nach dem Debakel in Jordanien im Aufwind schien und keineswegs absehbar war, wie lange die israelische Besatzung andauern wird. Der Krieg 1973 wurde als Achtungserfolg für die arabischen Staaten gewertet und die internationale Anerkennung der PLO gab Grund zum Optimismus. Politisch gesehen war

130 Hierzu das autobiographische Buch von Leila Khaled „Mein Volk soll leben“ (Khaled 1974).

die Westbank in das politische System Jordaniens integriert gewesen und so hatten sich Herrschaftsstrukturen, die sich auf lokale, konservative Honoratioren stützten, erhalten. Im Laufe der '70er Jahre wurden diese durch PLO nahe Vertreter weitgehend ersetzt, wie sich bei den Kommunalwahlen 1976 zeigte, bei denen Frauen zwar das Wahlrecht hatten, hingegen nicht kandidieren durften.

So begann trotz der sorgfältig stilisierten Symbolfigur des Freiheitskämpfers (Scheffler 1996, 128) innerhalb der PLO der „politische Kampf" immer mehr an Bedeutung zu gewinnen: Schon 1974 wurde als erster Schritt zur „Befreiung Palästinas" die Errichtung eines palästinensischen Staates neben Israel ins Auge gefasst. Die wenn auch umstrittene Durchsetzung dieser Idee zeigte sich in der Proklamation des „Staates Palästina" durch die PLO 1988[131], wobei das Staatsgebiet die besetzten Gebiete sein sollten. Ein Grund dafür war die weitere Entwicklung in den besetzten Gebieten selbst: Relativ isoliert von der PLO außerhalb, und der direkten Kontrolle Israels ausgesetzt, entstanden Basisorganisationen und eine politische Orientierung, die sich eher den konkreten Problemen vor Ort und dem politisch Machbaren verpflichtet fühlte, während weiterhin die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes von der überwiegenden Mehrheit anerkannt wurde. Getragen von einer jungen Bildungselite bildeten sich Widerstandsformen, die der Realität militärischer Besatzung Rechnung trugen. Nachdem ein Ende der Besatzung immer weniger absehbar wurde, hieß das Schlagwort *Sumud*, was soviel wie „Standhaftigkeit" bedeutet (Shehadeh 1983, 7). Damit ist sowohl das Beharren auf die eigenen Rechte als auch das Ausharren unter israelischer Besatzung gemeint, denn die Abwanderung der besser gestellten und gebildeten Schichten ins Ausland wurde als Bedrohung für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft angesehen.

Die meisten Frauen, die Anfang der '70er Jahre aktiv wurden, gehörten zu der oben genannten Bildungselite, die als Träger des palästinensischen Nationalismus den herkömmlichen Herrschaftsstrukturen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft kritisch gegenüber standen[132]. Innerhalb der Westbank gab es vier größere politische Parteien – die drei PLO Parteien *Fatah*, die *Democratic Front for the Liberation of Palestine* (DFLP), die *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP)

131 Analysen dazu bieten die Beiträge in Neuhaus/ Sterzing 1991. Diese Interpretationen sahen in der Proklamation eine Anerkennung Israels und die Bereitschaft zu einer Zwei-Staaten-Lösung. Skeptiker meinten, dies sei nichts anderes als die Neuauflage des „Phasenmodells" zur „Befreiung Palästinas", also der Vernichtung des Staates Israel.

132 Vgl. dazu Sayigh 1982 und das autobiographische Buch von Farhat-Naser „Thymian und Steine" (Farhat-Naser 1995). Es gibt eine ganze Reihe von Büchern von und über palästinensische Frauen, zum Beispiel: Sabbagh 1998; Holt 1996; Al-Rawi 1994; Augustin 1993; Strum 1992; Young 1992.

und die Nachfolgepartei der ehemals jordanischen kommunistischen Partei, die *Palestinian People's Party* (PPP), die zwar die PLO als „legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes“ anerkannt hatte, aber erst 1987 beitrat. Während die Führung der ersten drei Parteien immer außerhalb der besetzten Gebiete blieb, versuchten alle sich innerhalb der Gebiete zu organisieren und ihre Basis zu vergrößern. Die damalige Situation beschrieb Siham:

> „Die politische Arbeit war sehr riskant – illegal – und die Israelis betrachteten alle Gruppierungen innerhalb der PLO zu dieser Zeit als militärische Gruppierungen. Aber ich war nie in irgendeiner militärischen Gruppierung. Die DFLP hat den militärischen Flügel vom politischen Flügel getrennt. Ich habe daran geglaubt, dass das Volk, die Masse mobilisiert werden muss, denn es gibt nun mal die Besatzung und wir leiden darunter, und es gibt viele friedliche Wege, zu unserem Recht zu kommen. Deshalb wurde ich im politischen Flügel der Partei aktiv.“ (Siham Barghouti, PAL 10)

Da die PLO Parteien verboten waren, mussten Basisorganisationen geschaffen werden, die eine politische Arbeit ermöglichten. Eine wichtige Rolle fiel dabei den Universitäten und weiterführenden Schulen bzw. deren Aufbau innerhalb der Gebiete zu. Als „think tanks“ sollten sie nicht nur die Entwicklung der Gesellschaft voran treiben, sondern ebenso die Nationalbewegung. Die verschiedenen Studentenorganisationen, die jeweils einer Partei nahe standen, wurden zu Kaderschmieden für die Parteien und ermöglichten politische Arbeit, die sowohl auf die Studentenschaft als auch auf andere Bevölkerungskreise gerichtet war. Dazu wurde das Konzept der Freiwilligenarbeit entwickelt. Siham erläuterte die Idee:

> „Wir waren jung und gebildet und waren eine Gruppe, es war ein Kulturclub, wo wir über die Ereignisse diskutiert haben, über linke Ideen. Dann haben wir überlegt, wie wir mit der Studentenbewegung zusammenarbeiten könnten. (...) Diese Gruppe war gemischt, aber es waren nur wenige Frauen und die meisten waren Männer. Wir haben mit der Studentenbewegung zusammengearbeitet, denn dort fing der Protest an – in der Studentenbewegung. Und wir wollten unser Volk unterstützen und seinen Lebensstandard verbessern, denn es gab ja keine ausreichende Versorgung unter der Besatzung. Es ging darum, freiwillige Arbeitskomitees einzurichten und mit den Menschen in den Dörfern, den Flüchtlingslagern und Städten zusammenzuarbeiten. Das Ziel war, die Menschen wissen zu lassen, dass dies unser Land ist und wir hier weiterhin leben können, denn viele entschlossen sich das Land zu verlassen. Wir waren gegen die Auswanderung.“ (Siham Barghouti, PAL 10)

Um den Menschen zu zeigen, dass sie nicht nur redeten, sondern auch etwas taten, zogen Gruppen junger Leute ins Land, um beim Straßenbau oder anderen Bauprojekten von Gemeinden, wie zum Beispiel Schulen, zu helfen, oder bei der Ernte mitzuarbeiten. Den anderen sollte indessen nicht nur geholfen werden, sondern die Idee

dabei war, ihnen Politik nahe zu bringen, indem man sich zunächst um ihre Bedürfnisse kümmert. Maha legte die organisatorische Umsetzung der Idee der Freiwilligenarbeit dar:

> „1972 hatten wir die ersten Kernzellen der freiwilligen Arbeit. Intellektuelle, Akademiker entwickelten die Idee der freiwilligen Arbeit; sie wollten in Flüchtlingslagern und Dörfern et cetera arbeiten und das Bewusstsein der Menschen erweitern. Das war nach diesem wirklichen Schock von 1967. Wir fingen an Bücher zu lesen und über diese Bücher zu diskutieren. Wir gründeten die ersten freiwilligen Arbeitskomitees. Als ich in *Birzeit* war, gehörte die freiwillige Arbeit zu den Anforderungen für den Studienabschluss[133]. Ich wurde ins erste Komitee gewählt, das aus sechs Personen bestand; einer gehörte zur Kommunistischen Partei und fünf zur PFLP, aber natürlich gab damals niemand zu, dass wir der PFLP angehörten. Wir sagten immer, wir leisten freiwillige Arbeit, wir sind Sozialisten, aber wir hatten unsere speziellen Wege, einander zu erkennen und festzustellen, dass wir zur selben politischen Richtung gehörten.“ (Maha Nasser, PAL 7)

Die Jugend- und Studentenorganisationen bildeten ein organisatorisches Rückgrat und waren die Speerspitzen der Nationalbewegung sobald es zu Protesten, Massendemonstrationen oder anderen Aktionen kam. Derlei Auseinandersetzungen fanden in den '70er und '80er Jahren immer wieder statt und schlugen oft genug in anhaltende Unruhen um. Anlässe wie *Camp David*, das als erster großer Rückschlag erlebt wurde, die Invasion Israels in den Libanon 1982, die Siedlungspolitik der israelischen *Likud*-Regierung, die 1977 die Arbeiterpartei von der Regierung ablöste, oder die *Iron-Fist-Policy* der '80er Jahre boten immer aufs Neue Möglichkeiten zur Mobilisierung.

Entwicklungen an den Universitäten

Die Universitäten entwickelten sich wie beabsichtigt zu Hochburgen der Nationalbewegung (Flores 1989, 55). Dalal erklärte, wieso dies ihrer Meinung nach möglich war:

> „Die Universitäten waren in den Achtzigern so aktiv, und ich glaube, die Universitäten waren die Hauptquelle für die politischen Gruppierungen. Ich meine, dass die Studenten zusammengefunden haben – es gab so viele Möglichkeiten sich kennenzulernen, die Parteien zu vergrößern, sich auszutauschen und zu diskutieren. Damals waren die Universitäten die Quelle der politischen Arbeit im Leben der Palästinenser. Und wir waren nicht nur innerhalb der Universität die Anführer, wir haben auch die *Fatah*-Partei oder die *Shabiba*-Bewegung [Jugendorganisation der *Fatah*; SK] in unseren Herkunftsgebieten geleitet. Der beste Ort, wo Menschen Gedanken aus-

133 Im Jahre 1973 wurde ein Pensum von 120 Stunden freiwilliger Arbeit erwartet.

tauschen und öffentliche Diskussionen führen konnten, war die Universität, denn außerhalb der Universität war das nicht erlaubt – wir haben es zwar getan, haben aber eher versucht es geheim zu halten. In der Universität konnte man sich viel besser organisieren – drinnen, weil die Israelis die Universität nicht betreten durften. In unseren Häusern waren wir immer angreifbar, aber die Universität konnten sie nicht angreifen. (...) Das haben wir mit unserem Kampf erreicht – wir haben in einem langen Kampf erreicht, dass die Universitäten der Kontrolle der Israelis entzogen wurden. Natürlich stehen sie in den besetzten Gebieten, aber wir, die Studenten selbst, haben das geschafft – nicht nur *An Najah* [Universität von Nablus; SK], auch *Birzeit*, alle Universitäten –, indem wir unsere Arbeit koordiniert haben. Wir waren nicht vollständig außerhalb der israelischen Kontrolle – aber es war ein großes Thema, wenn sie die Universität betreten haben. Weißt du, aus internationaler Sicht ist das eine Bildungseinrichtung. Wir konnten kommunizieren, wir konnten die Universität mit großen Demonstrationen oder Straßenkämpfen verteidigen, und die Studenten und die Verwaltung hatten ihre Kontakte nach draußen, und als Folge davon übten die Medien Druck aus.“ (Dalal Salameh, PAL 23)

Die Möglichkeit innerhalb der Gebiete studieren zu können, führte zu einem Anstieg der Studentenzahlen. Diejenigen, die aus weniger begüterten Familien stammten, konnten sich eher ein Studium leisten, oder mehreren Kinder aus einer Familie wurde ein Studium ermöglicht anstatt beispielsweise nur dem ältesten Sohn. Hinzu kam, dass Eltern, die großen Wert darauf legten, die Kontrolle über ihre Kinder zu behalten, ihnen nun das Studium erlaubten, da kein Auslandsaufenthalt mehr notwendig war. Die Frauen profitierten besonders davon und Mitte der '80er betrug der Frauenanteil der Studierenden über 40% (UN Report 1985, Palästina Bulletin 11/1986). Diese Entwicklung konnten die Parteien nicht ignorieren und daher begannen sie, um die Gunst der weiblichen Studentenschaft zu buhlen. Dafür brauchten sie innerhalb der eigenen Reihen Frauen, welche die Studentinnen ansprechen sollten. In Zleekas' Erinnerungen war die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung ein normaler Bestandteil studentischen Lebens:

„An der Universität war ich in der islamischen Partei, ich habe von der *Fatah* dahin gewechselt. An der Universität war ich von 1981 bis 1985. '81 war ich noch unabhängig, weder *Fatah* noch islamisch. Dann habe ich das geändert. An der Universität musste man Beziehungen zu irgendeiner Partei haben. Das Studentenleben war so – uns wurde gesagt, wir sollten da mitmachen. Es wäre nicht gut für einen Studenten gewesen, nicht zu einer Partei zu gehören – man wäre für seltsam gehalten worden.“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Die ersten Erfahrungen mit politischen Aktivitäten machten viele schon in der Schule. Obwohl die Schulen wegen der Lehrpläne, in denen das Wort „Palästina“ nicht

vorkommen durfte, und wegen der staatlichen Kontrollen, denen sie unterworfen waren, kritisiert wurden, waren sie ein Betätigungsfeld politisch engagierter Lehrerinnen und Lehrer. Diese sahen es als ihre Aufgabe an, das politische Bewusstsein ihrer Schülerinnen und Schüler zu wecken und unterstützten oder initiierten politische Aktionen mit dem Risiko, selbst ein Berufsverbot zu bekommen. Natürlich bemühten sich die diversen politischen Fraktionen ebenso außerhalb der besetzten Gebiete in den arabischen Universitäten um neue Mitglieder und Anhänger. Jhada, die zu den wenigen Frauen gehörte, die sich für den „bewaffneten Kampf" anwerben ließen, und Fadwa als Übersetzerin beschrieben, wie das geschah:

> „Angefangen habe ich als Mitglied des Palästinensischen Studentenverbands – überall an den Universitäten der arabischen Länder gab es Palästinenserverbände. 1981 haben sich die politischen Gruppen um die Studenten bemüht – um sie anzulocken, um sie für ihre politischen Parteien zu gewinnen. Sie haben mich im Haus einer Freundin angetroffen – sie kamen zu den Studenten, haben anfangs versucht, sich mit ihnen anzufreunden. Ich habe mit Leuten aus allen Parteien Freundschaft geschlossen, habe auch an ihren Aktivitäten teilgenommen und ihre Flugblätter und Programme gelesen, und im ersten Jahr hatte ich mich noch nicht für eine Partei entschieden. Als die Israelis im Mai 1982 im Libanon einmarschiert sind, war ich in Syrien und – weißt du, zu dieser Zeit war man sehr daran interessiert, an diesem bewaffneten Kampf teilzunehmen. Zu der Zeit war die *Fatah* in der bewaffneten Auseinandersetzung die populärste Partei, und so habe ich beschlossen, der *Fatah* beizutreten, um den Südlibanon zu verteidigen. (...) Das war nicht öffentlich, das war geheim, im Untergrund, weil ich von der Westbank stamme und auch wieder nach Hause zurückgehen wollte. Als ich ins Militärcamp gehen wollte und der *Fatah* mitgeteilt habe, dass ich Mitglied werden will, haben sie es so arrangiert, dass ich hingehen konnte, ohne dass jemand davon etwas wusste." (Jhada Madmouj, PAL 11)

Während sich Jhada aller Geheimhaltung zum Trotz wie viele andere später in einem israelischen Gefängnis wiederfand, wurde der Ausbau von Basisorganisationen innerhalb der besetzten Gebiete voran getrieben. Erfahrungen mit den Organisationsformen in den Flüchtlingslagern Jordaniens und vor allem des Libanon[134], in denen in den '70er und '80er Jahren die PLO Parteien durch eine Mischung aus Wohlfahrts- und Dienstleistungen einerseits, und politischer Agitation andererseits Fuß gefasst hatten, dienten dabei als Vorbild.

Ökonomische Aspekte

In der Westbank führte nach der Besetzung die Anbindung an die israelische Wirtschaft zu einer Proletarisierung der bäuerlichen Gesellschaft[135], wohingegen weite

134 Vgl. Foda 1997; Rombach 1987, 62. Im Hinblick auf palästinensische Frauen: Peteet 1991.
135 Vgl. Abed 1988; Metzger/ Orth/ Sterzing 1980, 125 ff.

Teile des Gazastreifens mit seinen Flüchtlingslagern als typischer urbaner Slum charakterisiert werden können[136]. Ökonomisch gesehen nahm innerhalb der besetzten Gebiete die Bedeutung der Landwirtschaft weiter ab, während immer mehr Menschen aus den palästinensischen Gebieten in Israel arbeiteten[137]. Obwohl es sich dabei überwiegend um Hilfsarbeiten zum Beispiel auf dem Bau handelte und die palästinensischen Arbeiter von jeder sozialen Absicherung ausgeschlossen blieben, trug sie zu einer Erhöhung des Einkommens bei und ermöglichte den Konsum von Gütern, die wiederum aus israelischer Produktion in den besetzten Gebieten abgesetzt wurden. Für viele blieb dies jedoch die einzige Einnahmequelle. Besonders für Menschen aus den Flüchtlingslagern, die über kein eigenes Land verfügten, bedeutete dies eine große Abhängigkeit von ihren jeweiligen Arbeitgebern und von der politischen Situation, weil jede Abriegelung der Gebiete den Verlust des Einkommens mit sich bringt. Freilich gilt diese Abhängigkeit für alle Zweige der palästinensischen Ökonomie, denn jeder Import und Export ist nur über Israel möglich bzw. mit israelischer Zustimmung. Aus der Sicht von Nahla sah die Situation vor der *Intifada* so aus:

> „Vor der *Intifada* kamen neunzig Prozent der Produkte aus Israel – sie verwandelten unsere ganze Gesellschaft in eine Konsumgesellschaft. Wir hatten keine Fabriken. Sie wollten, dass die Palästinenser alles aus Israel beziehen, und die meisten Menschen ließen ihre Landwirtschaft sein und suchten sich andere Arbeit. Sogar wenn man ein Huhn kaufen wollte, musste man es von Israel kaufen. Das war damals die Situation.“ (Nahla Quora, PAL 22)

Diese ökonomischen Aspekte hatten darüber hinaus eine politische Komponente, denn „the economic structure in the territories is an important element in the Israeli system of control. Israel controls all policy instruments absolutely and uses them to dispense favors to collaborators and to punish dissidents. Continued individual prosperity makes it hard to mobilize the masses for resistance“ (Benvenisti 1984, 11). Eine weitere Einnahmequelle für die Bewohner der besetzten Gebiete waren die Unterstützungen durch die palästinensischen Arbeitsmigranten in den Golfstaaten, die jedoch in den '80er Jahren immer mehr schrumpfte (Herz/ Steets 2002, 77). War der individuelle Lebensstandard bis in die '80er Jahre gestiegen (Flores 1989, 51; Benvenisti 1984, 9 ff.), so stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung in den '80er

136 Die Bevölkerungsdichte in Gaza betrug in den '90ern 2.415 Personen pro qkm (Westbank: 284); der Anteil von Flüchtlingen lag bei 63% (Westbank 18%). Nur ca. 20% lebten im Gazastreifen in einem ländlichen Bereich (Westbank 62%) (Taraki 1997, 5). Zu den Lebensbedingungen Anfang der '90er Jahre: Heiberg/ Ovensen 1994 (FAFO-report 151).

137 Von 13% der arbeitenden Bevölkerung 1970 erhöhte sich die Zahl bis 1987 auf 42%. Für den Gazastreifen betrug der Prozentsatz sogar 60% (Herz/ Steets 2002, 73; Hammami 1997, 7).

Jahren und erhöhte die Bereitschaft zu politischem Protest, wie sich mit Beginn der *Intifada* Ende 1987 zeigen sollte (Hunter 1993, 51).

Die Gewerkschaft entwickelte sich zu einer politischen Kraft. Sie war im Gegensatz zu den politischen Parteien nicht verboten und so war politische Arbeit in einem bestimmten Rahmen möglich. Ähnlich wie bei der Entwicklung in den Universitäten entstand hier ein neuer Bedarf und neue Möglichkeiten, Frauen in den politischen Prozess einzubinden. Junge Frauen fanden Arbeit bei der Gewerkschaft, weil diese auf eine andere Veränderung in der Gesellschaft reagieren musste: Der Anstieg der Frauenerwerbsarbeit (Dajani 1993, 109; Hiltermann 1991, 26f.). Dabei fällt nur ein relativ geringer Teil auf die Frauen, die mit einer guten Ausbildung in der Gewerkschaft oder in NGOs, im Gesundheitsbereich und im Bildungssektor erwerbstätig wurden. Ein Großteil entfällt vielmehr auf Billiglohnarbeit in der Landwirtschaft, in der Textilindustrie und im israelischen Arbeitsmarkt. Zwar hatte es diese früher schon in Bereichen wie der Erntehilfe gegeben, weil Frauen die billigeren Arbeitskräfte waren und sind, aber durch die allgemeinen ökonomischen Veränderungen und die geänderten Ansprüche an den Lebensstandard erhöhte sich die Zahl. Waren bis dahin fast ausschließlich Frauen erwerbstätig gewesen, um das Existenzminimum ihrer Familien zu sichern, so war Erwerbstätigkeit von Frauen gesellschaftsfähiger geworden, um das Einkommen der Familie zu erhöhen. Während die Vorstellung bestehen blieb, dass eine verheiratete Frau nur dann arbeiten gehen sollte, wenn ihr aus wirtschaftlichen Gründen nichts anderes übrig bleibt, galt dies immer weniger für ledige. Dies bedeutete nicht automatisch mehr Freiheit oder wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Familie, sondern eher deren wirtschaftliche Entlastung (Lipman 1989, 41 ff.; Lübben/Jans 1988, 87 ff.).

Insgesamt blieb jedoch der Anteil von Frauen am formellen Arbeitsmarkt gering[138], während ihr Anteil am informellen Sektor, der Landwirtschaft und der „domestic economy“ immer hoch gewesen war (Hammami 1997, 40). Da die staatliche soziale Absicherung unzureichend war und blieb (Johnson 1997, 5/6), übernahmen diverse andere Träger diese Funktion, sei es die UNRWA oder palästinensische und islamische Wohlfahrtsorganisationen. Zentral in dieser Hinsicht sind Familie, Verwandtschaft und andere informelle Netzwerke geblieben (Taraki 1997, 10).

Frauenkomitees

Die Gründung des ersten Frauenkomitees 1978, des *Women Work Committee* (WWC), ging auf die Initiative von schon politisch aktiven Frauen zurück, die damit

138 Im Jahre 1972 war er auf 8,2% in den besetzten Gebieten gestiegen, 1976 waren es 9,4%. Bis 1993 war er auf 6,2% gefallen und 1995 auf 11,2% gestiegen (Hammami 1997, 8).

eine parteiübergreifende Organisationsform schaffen wollten, um Frauen in die Nationalbewegung einzubinden. Vorbild waren die Konzepte aus der Freiwilligenarbeit und die Erfahrungen, die mit dieser Form des Engagements gemacht worden waren. Über die politischen Parteien sagte Zahira:

> „Ich kann sagen, dass die politischen Parteien bis zur Gründung der Frauenkomitees keine Strategie hatten, was die Frauen betrifft. Sie hatten keine! Sie hatten etwas – sie hatten Lippenbekenntnisse in dieser Sache. Das lag einerseits an der Veränderung der Situation zwischen 1967 und ungefähr 1982, als die PLO die Macht hatte, und andererseits an der Ausrichtung der verschiedenen Organisationen. Die Gesellschaft war irgendwie weltlicher[139] und zu dieser Zeit waren viele palästinensische Organisationen marxistisch. Also sagten sie im Allgemeinen – das findet man in jedem dieser Programme: Den Glauben an die Gleichheit von Männern und Frauen, und wenn Frauen in den politischen Parteien sind und auch am militärischen Kampf teilnehmen, sind sie wie Männer. Es gab da also keinen Unterschied, aber in der Praxis ... (...) Die Palästinenser hatten damals keinen Staat – es gab nur die PLO. Es gab kein Gebilde, in dem man so etwas wie Unterschiede hätte sehen können. Vom Standpunkt der Geschichte aus gesehen, war die Situation damals vollkommen anders.“ (Zahira Kamal, PAL 27)

Da die Parteien noch nicht auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagiert hatten, nahmen dies die Frauen selbst in die Hand. Wieso für Frauen überhaupt spezielle Programme notwendig waren, begründete Zahira so:

> „Zuallererst sollten wir verschiedene Programme haben, denn Frauen und Männer haben unterschiedliche Rollen in unserer Gesellschaft. Männer haben gewöhnlich größere Bewegungsfreiheit als Frauen. Und das hilft ihnen in verschiedenen politischen Parteien mitwirken zu können. Entsprechend der Traditionen ist die Politik eine männliche Rolle, keine weibliche. Deshalb mussten wir das Thema diskutieren, um Frauen zu ermutigen und sie für eine Teilnahme zu mobilisieren. Außerdem: Selbst wenn Frauen in irgendeiner nationalen Bewegung mitwirken, wird diese Mitwirkung anders bewertet als die der Männer, man betrachtet sie als Unterstützung. Das liegt an der psychologischen und gefühlsbetonten Herangehensweise von Frauen, also sind sie unterstützend tätig. Das war eine Erweiterung ihrer familiären Rolle, und genau das mussten wir ändern. Der Zugang von Frauen zur Bewegung, zur Mitgliedschaft in politischen Parteien sollte sich ändern. Dementsprechend mussten wir für Frauen andere Betätigungsfelder eröffnen, damals waren das die Basisorganisationen. Frauen sollten politisch und sozial mobilisiert werden und dadurch sollten einige von ihnen mit einer der politischen Parteien verbunden werden.“ (Zahira Kamal, PAL 27)

139 Für ihr Buch „Palästina Protokolle“ von 1981 führten die Autoren Interviews. Einer der Interviewten war der damalige Bürgermeister von Gaza, der sagte: „Die Gesellschaft wurde zu liberal für uns, insbesondere nach der israelischen Besatzung. Frauen haben mehr Rechte, mehr Freiheiten als der Islam bereit ist zu tolerieren“ (Bednarz/ Lüders 1981, 69).

Mit der Gründung von Frauenkomitees stellten sie die in weiten Teilen der Bevölkerung übliche Geschlechtertrennung und die damit verbundenen Normen in Rechnung. Außerdem spiegelt sich der Niedergang der traditionellen Eliten, oder zumindest die erfolgreiche Konkurrenz zu den traditionellen Eliten, in der Entwicklung der Frauenorganisationen wider, denn Frauenorganisationen als Wohlfahrtsorganisationen gab es schon. Das neue Komitee verstand sich als Alternative zu ihnen, die den Frauen nicht nur Dienste anbieten sollte, die von den Betreiberinnen der jeweiligen Organisation festgelegt worden waren, sondern sich an den Bedürfnissen und Problemen orientieren sollten, die von den Frauen selbst geäußert wurden. Darüber hinaus war das Ziel die politische Mobilisierung. Es waren aber mehr als nur konzeptionelle Meinungsverschiedenheiten, die zur Abgrenzung der Akteurinnen von den herkömmlichen Organisationen beitrugen. Amal erzählte, welche Gründe es noch gab und wie es mit dem ersten Frauenkomitee weiter ging:

> „Wir haben diese Komitees als Alternative zu den traditionellen, wohltätigen Frauenorganisationen gegründet, weil wir aus vielen Gründen Probleme mit diesen Organisationen hatten, denn ihre Führungspersonen stammten aus den oberen Gesellschaftsschichten und es gab sie nur in den Städten. Das ist einer der Gründe. Wir als Mittelschicht haben da keinen Platz für uns gesehen. Ein weiterer Grund war, dass diese Organisationen alle im Amt für soziale Angelegenheiten, das von der israelischen Besatzungsmacht betrieben wurde, registriert waren. Es war für sie nicht einfach öffentlich zu arbeiten [gemeint ist wohl, öffentlich politisch Stellung zu beziehen; SK]. Und die Frauen dort waren älter – es gab da eine Alterslücke. Deshalb haben wir 1978 mit dem ersten Frauenkomitee angefangen. Es bestand anfangs aus Mitgliedern verschiedener politischer Gruppierungen des linken Parteienspektrums, aber die Konkurrenz zwischen den politischen Gruppen hat sich auch auf die Frauen ausgewirkt, so dass jede politische Gruppe ihr eigenes Komitee aufgebaut hat.“ (Amal Khreishe, PAL 21)

Zu Beginn der '80er Jahre hatte jede Partei ihr eigenes Frauenkomitee, jedoch waren die Aktivitäten ähnlich: Alphabetisierungskurse, Kurse in der Gesundheitserziehung, Kurse, die Frauen Vorteile auf dem Arbeitsmarkt bringen oder ihnen ermöglichen sollten, beispielsweise durch Nähen, Geld zu verdienen. Sie richteten Kindergärten ein, um einerseits die Frauen zu entlasten – die palästinensische Gesellschaft hat eine der höchsten Geburtenraten der Welt[140] – andererseits, um durch derlei Dienstleistungsangebote Zugang zu den Menschen zu bekommen und sie in die politische Ar-

140 „For 1995, the total fertility rate ... was estimated to be 6.06 in the Palestinian territory, 5.4 in the West Bank and 7.4 in the Gaza Strip. Thus ... one may infer that the total fertility rate on the Palestinian territory is among the highest rates in the world, in general, and particularly compared to Arab and neighboring Countries.“ Die Rate für Ägypten ist 4,1; für Jordanien 5,7; für Israel 2,9; für Irak 5,7; für Libanon 3,1 und für Syrien 6,1 (PCBS 1998, 21).

beit einzubinden. Organisatorisch gingen sie dabei nach dem Schneeballprinzip vor, bei dem sie buchstäblich an alle Türen geklopft haben, denn die Ausbreitung von den Städten in die Dörfer und Flüchtlingslager ging so vor sich, dass sie versuchten, lokale Frauen zu finden, die selbst die Leitung vor Ort übernahmen und so wiederum weitere Frauen mobilisieren konnten. Die Führungsriegen der Frauenkomitees bestanden oft aus Frauen, die gleichzeitig eine gute Position innerhalb der Parteien hatten. Nach Hiltermann waren die Mitglieder der Frauenkomitees „typically young, unmarried women and older women whose duties at home can easily be taken over by their children. Equally typically, the committees' leadership consists predominantly of married women with children: the tradition they breached was so solid that their ability to breach it propelled them into leadership positions within the formal structure“ (Hiltermann 1991, 171). In Gaza vollzog sich eine ähnliche Entwicklung mit einer leichten zeitlichen Verzögerung. Nemah, eine der Initiatorinnen im Gazastreifen, erzählte, wie dies abgelaufen ist und welche Schwierigkeiten es zu meistern gab:

> „Wir waren damals fünfunddreißig Frauen. Ich war damals überall in Gaza zu Besuchen unterwegs. Wir fünfunddreißig, wir haben uns verteilt, wir haben angefangen, es unseren Männern zu erklären und sie zu überzeugen. Es war nicht leicht irgendwo hinzukommen, wo man nicht lebt und wo die Leute einen nicht kennen. Deshalb sind wir überall dorthin gegangen, wo wir Leute kannten, die uns vertraut haben. Es war nicht einfach, den richtigen Ort zu finden – man muss mit guten Menschen anfangen, einer starken Familie, den Leuten, die respektiert werden – damit sie ihr Haus für dich öffnen und die Mütter da zusammenholen, damit sie zu jedem Haus, zu jedem Ehemann und Vater gehen und sie ansprechen.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Die Schwierigkeiten mit der Auswahl der jeweiligen Familie, von deren Haus aus der Anfang für ein Komitee gemacht werden sollte, und mit der in der Regel zuerst notwendigen Zustimmung der männlichen Oberhäupter der Familien, waren nicht auf den Gazastreifen beschränkt, sondern mussten ebenso in Teilen der Westbank bewältigt werden. Mit der Zeit wurden eigene Frauenzentren gebaut oder eingerichtet, die zu einer festen Einrichtung in dem jeweiligen Dorf, Flüchtlingslager oder Stadtteil wurden. Neben den sozialen Angeboten waren die Komitees gleichzeitig Koordinationsstellen für politische Aktionen: Sie dienten dazu, Frauen für eine Demonstration, ein Sit-in oder eine Aktion, die Gefangene unterstützt, zu mobilisieren. Die Komitees waren relativ erfolgreich. So hatte das größte der Frauenkomitees, die *Palestinian Federation of Women Action Committees* (PFWAC), 1986 ca. 6.000 Mitglieder. Insgesamt wird die Zahl der zu Beginn der *Intifada* Ende 1987 in solchen Komitees organisierten Frauen auf ca. 3% oder 15.000 geschätzt (Women's Studies Center Birzeit University 1999, Annex C, 48). Die Frauenkomitees waren dabei nur eine Basis-

organisationsform unter anderen. Für die in einer Partei politisch aktiven bedeutete dies eine große Arbeitsbelastung, denn, so Fadwa: „According to the party's principles, each member had multiple tasks to do, concerning her/his function, and it was essential to affiliate with and to get involved in the activities of the grass-roots organization which she/he belonged to. As a result, because I was a woman, and also a teacher, and a student, I shouldered many tasks at the same time. Moreover, my political duties forced me to be an active member in five organizations at the same time (Voluntary work committee, Women's committee, Students' Union, Teacher's Union and Employees' club). Thus all politically active women had to take on multiple tasks“ (Al-Labadi 1993, 38). Darüber hinaus nahmen diese Frauen noch andere Aufgaben für die Parteien wahr, wie verbotene Flugblätter oder Schriften zu verteilen und insgesamt, den Kontakt und die Koordination mit der entsprechenden Partei aufrecht zu erhalten.

'87er Intifada

Als im Dezember 1987 die *Intifada*[141] begann, existierte im ganzen Land ein Netz von Komitees bzw. Basisorganisationen, die zur Mobilisierung bereit standen. Auslöser für die zuerst auf den Gazastreifen beschränkten Massendemonstrationen war ein Unfall am Grenzübergang Erez, bei dem mehrere Palästinenser, die sich auf dem Heimweg in den Gazastreifen befanden, in ihrem Auto ums Leben kamen. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Proteste in den besetzten Gebieten aus. Hinter der scheinbar spontanen Entladung der Empörung der Bevölkerung stand eine gelungene Koordination verschiedener Gruppen innerhalb der Gebiete, die erst danach durch die PLO Führung außerhalb der Gebiete abgesegnet wurde. Nemah zur Frage, ab wann die Proteste organisiert waren:

141 „Aufstand“ – stammt von einem Verb, das wörtlich „abschütteln“ bedeutet. Dazu: Finkelstein 1996; Jamal 1996; Hunter 1993; Aburish 1992; Aronson 1990; Benda 1990; Schiff/ Ya'ari 1990; Schreiber 1990; Bunzl/ El Masri 1989; Dick 1989. Das Ende der *Intifada* ist umstritten: Einige nehmen 1991 wegen des Beginns der Madrider Konferenz, andere 1993 wegen der Osloer Erklärung, wieder andere 1994, dem Jahr der beginnenden Implementierung der Erklärung (Gaza-Jericho-Abkommen). Orientiert man sich an den Opferzahlen in den besetzten Gebieten inkl. Ostjerusalem, so endete sie erst 1994: Von Dezember 1987 bis Ende 1994 wurden 1.410 Menschen getötet, davon 1.306 Palästinenser und 104 Israelis (1994 waren es noch 144 getötete Palästinenser und dreiundzwanzig getötete Israelis). Erst ab 1995 sanken die Opferzahlen rapide bis zum 28.09.00, dem Beginn der *Al-Aqsa-Intifada*: In diesem Zeitraum verloren 241 Menschen ihr Leben, davon 183 Palästinenser und achtundfünfzig Israelis. Innerhalb der grünen Linie starben von Dezember 1987 bis September 2000 236 Israelis und sechzig Palästinenser. Die Angaben beruhen auf den Statistiken von *b'tselem* (getötete Ausländer sind nicht berücksichtigt).

„Gleich vom ersten Augenblick an haben sie sich organisiert – in der Nacht, als sie losgegangen waren, um die getöteten Menschen zu sehen, sind sie gleich zum Friedhof gegangen, all die politisch aktiven Leute, sie haben im Flüchtlingslager von Jabalya angefangen. Im Lager von Jabalya hat es angefangen, dass die Leute sich organisiert haben, dieses: ‚Wir sind es, die weitermachen, wir werden nicht aufhören, wir müssen alle zusammenhalten.' Und sie haben im Ausland Kontakt mit der PLO aufgenommen und denen gesagt, dass alle sehr wütend sind und dass irgendwas passieren wird, das diese ganze Situation verändern wird. Das war von Anfang an klar." (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Auch Inaam erinnerte sich und erzählte Einzelheiten:

„Ich erinnere mich genau an den Tag und die Nacht, als die *Intifada* anfing – es gab auf der Straße einen Aufruf der *Fatah*, sie sagten, es hätte in Gaza ein Unglück gegeben, und sie haben die Leute aufgefordert, auf die Straße zu gehen und das Gleiche wie in Gaza zu tun. In dieser Nacht war ich in Ramallah mit meinem Schwager, meinem Mann und meinem Bruder, sie sind später alle abgeschoben worden [gemeint ist, dass sie von Israel des Landes verwiesen wurden; SK] und sie haben zusammen entschieden – sie waren alle Führer der DFLP – sie haben alle Organisationen der PLO um ein Komitee gebeten. (...) Daraus wurde die *Vereinigte Führung* der *Intifada* – sie haben die *Fatah*, die *Volksfront* und die *Kommunistische Partei* gebeten, sich diesem Komitee für alle Aktivitäten anzuschließen. So hatten wir also damals eins in der Westbank, und mein Bruder ist nach Gaza gegangen und hat alle Organisationen der PLO gebeten, genau so ein Komitee wie in der Westbank einzurichten[142]. Wirklich, das ist die Wahrheit, das ist damals so passiert, und da gab es diese Appelle – Nummer eins, Nummer zwei, Nummer drei, erinnerst du dich? – die Leute wurden zu vielen Aktivitäten aufgefordert." (Inaam Z. Labadi, PAL 38)

Der Zusammenschluss zu einer *Vereinigten Führung*, die sich später mit weiteren Gruppierungen absprach, und das schon vorhandene Netzwerk ermöglichten es, die Proteste auf Dauer zu stellen. Eines der wichtigsten Instrumente dazu waren die von Inaam erwähnten Flugblätter, die zu Streiks, Demonstrationen und anderen Aktivitäten aufriefen und mit fortlaufender Nummerierung in den nächsten Jahren verteilt wurden. Die Verteilung war eine Aufgabe, die oft von Frauen übernommen wurde,

142 In ihrem Buch „Gaza – Tage und Nächte in einem besetzten Land" kritisiert Amira Hass diese Version der Ereignisse (nach der Mohammad Labadi, der Schwager Inaams und ihr Bruder Jamal Zaqout für „die Übertragung des Kommandomodells" auf Gaza in erster Linie verantwortlich waren), die durch das Buch von Schiff und Ya'ari (Schiff/ Ya'ari 1990) verbreitet worden sei. Diese hätten sich ausschließlich auf Quellen des *Shabak* (israelischer Geheimdienst, auch *Shin Bet* genannt; Abkürzung für „Allgemeiner Sicherheitsdienst") gestützt und unterschätzten die Rolle Gazas (Hass 2003, 37/38). Ob das so ist, kann ich nicht beurteilen. Mein Punkt ist ein anderer: Die Männer haben nicht alleine da gesessen und sich „Kommandomodelle" ausgedacht, aber die Namen der damals anwesenden Frauen sind nicht allgemein bekannt.

weil sie mehr Bewegungsfreiheit hatten als Männer, deren Risiko kontrolliert oder verhaftet zu werden, größer war[143]. Durch diese Koordination und weil die Anweisungen sich auf konkrete Situationen vor Ort bezogen, da sie von Leuten stammten, die dort lebten, wurde diese *Intifada* zu einem Volksaufstand und Politik war nicht mehr nur die Sache einer kleinen Minderheit. Die Komitees selbst wurden zu Volkskomitees bzw. Nachbarschaftskomitees zusammen gefasst. Jhada und Fadwa erklärten die Änderung in der Struktur der politischen Arbeit:

> „Die größte Veränderung, die die *Intifada* mit sich brachte, war: die Struktur der Komitees hat sich aufgelöst. Vor der *Intifada* waren die politischen Parteien, die Komitees und alle Volksorganisationen in Bereiche gegliedert, und auch die Struktur der politischen Parteien war auf dieser Struktur aufgebaut. In der Führung jedes Komitees gab es eine Person aus der politischen Partei – und es gab verschiedene Einheiten: Manche haben mit den Menschen nur in sozialen Bereichen gearbeitet, manche ausschließlich als politische Einheiten. Die größte Veränderung, die während der *Intifada* passiert ist, war, dass diese Einheiten verschmolzen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Durch diese Organisationsform entstanden viele kleine Führungspositionen auf lokaler Ebene, die wiederum regional – Gazastreifen und Westbank wurden organisatorisch unterteilt – koordiniert werden mussten. Dieser Bedarf an politischer Führung gab Frauen, aber gleichzeitig ebenso anderen bis dahin von der Führung ausgeschlossenen Gruppen, insbesondere Jugendlichen, die Gelegenheit, diese Positionen zu besetzen. Hinzu kamen die Verhaftungen der bekannten männlichen politischen Akteure, deren Aufgaben nach und nach Frauen übernahmen. Auf lokaler Ebene wurden Frauen aktiv, weil die Nachbarschaftskomitees den neuen Alltag regelten: Da die Schulen geschlossen waren, organisierten sie Ersatzunterricht für die Kinder. Bei Ausgangssperren, die manchmal ganze Dörfer oder Flüchtlingslager tage- oder wochenlang von der Außenwelt abschnitten, sammelten sie Essen außerhalb des abgesperrten Gebietes und schmuggelten es dann hinein, um es zu verteilen. Aus dem selben Grund riefen sie Initiativen ins Leben, die für den Anbau von Gemüse usw. sorgen sollten, damit im Notfall etwas da war. Ebenfalls für den Notfall organisierten sie Erste-Hilfe-Kurse und Blutspenden. Nach jedem Zusammenstoß mit den Sicherheitskräften kümmerten sie sich um Verletzte und Verhaftete, besuchten deren Angehörige und die der Toten, oder versuchten gegebenenfalls etwas über den Verbleib der Inhaftierten zu erfahren.

Streiks, Ausgangssperren und die wiederkehrenden gewaltsamen Zusammenstöße zwischen SteinewerferInnen und Sicherheitskräften diktierten den Alltag. Im ersten

143 Ein Beispiel: „Der palästinensische Anwalt Walid Fahoum bestätigte, daß 90 der 5 000 seit dem Beginn des Aufstands im Dezember verhafteten Frauen sind“ (Palästina Bulletin, 5.8.1988, 9).

Jahr der *Intifada* waren 10% der von israelischen Sicherheitskräften Getöteten weiblich (Aref 1994, 16). Jedoch herrschte in dieser ersten Zeit eine gewisse Euphorie und der Glaube daran, dass „der palästinensische Staat schon vor der Türe stehe“ (Interview Fadwa/ Jhada, PAL 11). War es zu Beginn die kurzzeitige Konfusion der israelischen Sicherheitskräfte, die zu diesem Gefühl beitrug, so war es danach die zum ersten Mal gelungene Koordination, die Erfahrung, selbst das Schicksal in die Hand genommen zu haben und mit ihren Engagement nicht mehr alleine da zustehen. Terry stellte die neuen Aufgaben dar und beschrieb ihre Erinnerungen an die Situation:

> „Wir haben die Leute organisiert, damit sie den Aufrufen der *Vereinigten Führung* zu Protestmärschen und Demonstrationen folgten und um sicherzustellen, dass die Geschäfte geschlossen wurden. Und die Leute waren so begierig, weißt du, wir brauchten nicht zu schreien. Im Gegenteil, sie haben uns gerufen. So ist es wenigstens in den ersten drei Jahren der *Intifada* gewesen. Drei Jahre lang war es richtig gut, prima organisiert. Die Leute haben darauf gewartet, diese Flugblätter zu bekommen.“ (Terry Boullata, PAL 1)

Je länger die *Intifada* andauerte, umso drückender wurden die damit verbundenen Probleme, von denen die Gewalt auf den Straßen und nicht zuletzt auch die untereinander gegen tatsächliche oder vermeintliche Kollaborateure[144] nur eines war. Die permanente Schließung der Schulen und Universitäten drohte die Zukunftsaussichten ganzer Jahrgänge zu gefährden, soziale Probleme spitzten sich zu aufgrund der teilweise chaotischen Situation und der immer schwieriger werdenden ökonomischen Lage zu. Beispiele dafür sind das Absinken des Heiratsalters und der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit. Außerdem war kurz nach Beginn der *Intifada Hamas*[145] als politisches Organ der Muslimbruderschaft in den besetzten Gebieten gegründet worden und nahm, zuerst überwiegend in Gaza, mehr und mehr Einfluss. Sollte in Zukunft ihr Machtkampf mit der *Fatah* die palästinensische Innenpolitik entscheidend prägen (vgl. Croitoru 2007), so sah es zunächst danach aus, als seien es vor allem die Linken, die unter der islamistischen Konkurrenz zu leiden hätten. Daher begannen vor allem Frauen der linken Gruppen ihre Arbeit zu reflektieren, ihre Stellung in den Parteien und die Auswirkungen der *Intifada* auf Frauen. Auslösend dafür war unter anderem die Schikanierung von Frauen, die keine Kopfbedeckung trugen, durch Islamisten:

---

144 Die Zahl der deswegen Ermordeten wurde 1992 auf 300-400 geschätzt (Aburish 1992, 47; Hunter 1993, 276). Den problematischen Aspekt der Kollaborationsmorde hat Sahar Khalifa in Bezug auf Frauen in ihrem Roman „Das Tor“ aufgegriffen (Khalifa 1989).

145 „Harakat al-muqawama al-islami“ – „Islamische Widerstandsbewegung“ (Hamas; arab. Eifer, Begeisterung). Dazu Croitoru 2007; Witte 2003; Freund 2002; El Maneie 1997; Abu-Amr 1994; Sunderbrink 1993.

„Nur ein Beispiel: Als die *Hamas* anfing Frauen zu schikanieren, weil sie von ihnen verlangte, das Kopftuch zu tragen, haben wir das innerhalb der Partei [PPP; SK] zur Sprache gebracht, und sie haben gesagt: ‚Das ist keine Frage, warum kommt ihr damit? Wir müssen unsere nationale Einheit bewahren'. (...) 1990 gab es beispielsweise die erste vom Bisan-Institut[146] organisierte Konferenz. Die setzte sich zusammen aus verschiedenen politischen Frauengruppen. Da haben wir zum ersten Mal offen über die Auswirkungen der *Intifada* auf das Leben der Frauen diskutiert. Wir haben die Kopftuchproblematik, das Absinken des Heiratsalters angesprochen, wir haben über die Tötung von Frauen unter Kollaborationsverdacht gesprochen und darüber, wie das Sexuelle in diesem Zusammenhang benutzt wurde, weißt du. (...) Ja, das war ein großes Problem, auch wenn nur eine Frau als Kollaborateurin getötet worden wäre, wäre es für mich ein großes Problem, und sie haben mehr als eine getötet. Ich erinnere mich, dass es in einigen Fällen bei Konflikten, die einige der militanten Männer mit Frauen hatten – also dass die Frauen sie aus irgendeinem Grund abgewiesen haben oder einen anderen wollten – da haben sie die Frauen der Kollaboration beschuldigt und sie wurden getötet ... das war eine große Geschichte, und ich rede nicht mehr gern darüber. Aber wir haben zum ersten Mal diese Konferenz organisiert, wir haben nationale Führer eingeladen, Männer, und – große Stille in der Morgensitzung. Wir fragten, was sie tun würden, und sie sagten: ‚Ah, schauen Sie, wir reden in der Nachmittagssitzung darüber.' Bei der Nachmittagssitzung waren sie verschwunden, und ich habe darüber geschrieben." (Amal Khreishe, PAL 21)

Entgegen der mittlerweile in Medien weit verbreiteten Vorstellung, die oft auf einer oberflächlichen Gegenüberstellung zwischen dieser *Intifada* und der späteren *Al-Aqsa-Intifada* beruht, nach der diese *Intifada* gewaltlos gewesen sei[147], so viele positive Dinge bewirkt habe und ähnliches, gehen die Meinungen über sie in den besetz-

146 „Bisan Center for Research and Development was established in 1989 as an independent non-profit organization pursuing a comprehensive approach to community development in Palestine. Through its mission to achieve sustainable development for Palestinians, the Bisan Center has successfully initiated 50 community centers throughout the West Bank and Gaza, provided thousands of Palestinians with vocational training, and produced scores of studies and research reports about Palestinian community development." (Bisan 2008)

147 Hier ein Beispiel aus der *Frankfurter Rundschau*: „Vierzig Jahre nach der israelischen Besetzung des Gazastreifens und des Westjordanlandes (Jerusalem mit eingeschlossen) im Jahre 1967 fehlt den Palästinensern immer noch die Zauberformel für ihre Befreiung. Die Palästinenser haben es mit Gewaltakten an den Grenzen probiert (späte '60er), arabischer und internationaler Diplomatie ('70er und '80er), **gewaltfreiem Widerstand ('87er Intifada)** [Hervorhebung von mir; SK]**,** Geheimverhandlungen (Oslo, 1993), Selbstmordanschlägen ('90er und Zweite Intifada), Raketenabschüssen über die Grenzen (2006 und 2007), regionalen arabischen Initiativen (2000 und nochmals 2007), internationalen Friedensmissionen (seit 1967 bis heute), aber nichts von alledem hat den festen Knoten der israelischen Okkupation lösen können" (Kuttab, 22.06.2007).

ten Gebieten in vieler Hinsicht auseinander. Die von verschiedenen geäußerte Einschätzung als „beste Zeit in ihrem Leben“ etwa, kommentierte Dalal:

> „Manche Menschen denken, dass die *Intifada* ihre beste Zeit war. Vielleicht habe ich eine Erklärung, eine Entschuldigung dafür gefunden, denn wir haben viel gelitten, wir haben einen hohen Preis bezahlt, wir haben vieles verloren. Wie konnte es dann die beste Zeit sein? Es war wohl aus psychologischer Sicht die beste Zeit – die Menschen finden sie so gut, weil man zusammengearbeitet hat, die Reichen mit den Armen, weil man sich ständig getroffen und gegenseitig besucht hat. (...) Die Menschen haben damals aufgehört an etwas Anderes zu denken als: Heute gibt es eine Demonstration, jemand ist getötet worden, wer wird seine Familie besuchen? Jemand ist verletzt worden – das war der einzige Gedanke. Das war einfacher für den Umgang miteinander, für die Gemeinschaft. Das war wirklich gut, die Menschen waren vereinigt – jetzt ist es sehr schwierig, wir tragen eine große Verantwortung, der Aufbau des Landes ist viel komplizierter. Damals gab es einen Feind – ja, wir haben Steine geworfen, Soldaten getötet, das haben wir getan. Und dann gab es die Bestrafung. Wir wissen das, aber es war echtes Leid! Manchmal, wenn man sie fragt, wird eine Frau sagen: Es war eine gute Zeit, um sich zu treffen – auch dann, wenn sie sich an damals erinnert und daran, dass man sich am Gefängnistor getroffen hat. Für sie ist es eine gute Zeit gewesen, weil man einander getroffen und unterstützt hat. Ein anderes Mal, wenn man die Fragen anders stellt, wird man feststellen, dass sie gelitten hat. Es ist sehr kompliziert – ich verstehe nicht, wie jemand sagen kann, dass es eine gute Zeit war!“ (Dalal Salameh, PAL 23)

Der Golfkrieg 1991 und die unkluge Entscheidung der palästinensischen Führung, sich auf die Verliererseite zu schlagen, verschärfte die ökonomische Lage erheblich. Denn dies bedeutete das Ende sowohl der finanziellen Unterstützung aus den arabischen Staaten als auch das der finanziellen Zuwendungen der dort arbeitenden Palästinenser an ihre Familien. Rana erinnerte sich an die Zeit:

> „Ich glaube, der Golfkrieg hat alle geschockt. Ja, das war ein Wendepunkt. Wir haben jetzt nur noch nur eine Großmacht auf der Welt: Amerika. Viele Palästinenser, die am Golf lebten, kamen hierher, und sie hatten kein Geld, keinen Platz zum Leben. Viele sind hierher zurückgekommen und hatten nichts. Oder in Jordanien – die Situation in Jordanien war sehr schwierig – die Regierung hat Druck auf die Palästinenser ausgeübt, während hier der Widerstand weitergegangen ist, aber die arabischen Länder haben die Palästinenser nicht so wie vorher unterstützt. Es gab kein Geld mehr. Alles hat sich dann auf die Madrider Friedenskonferenz und das Osloer Friedensabkommen konzentriert. Hier haben die meisten Menschen weiter versucht sich aufzulehnen, aber ich glaube, viele PLO-Führer haben gedacht: ‚Wenn in Madrid Frieden geschlossen wird, in Ordnung – hört mit dem Widerstand auf. Wenn kein Frieden geschlossen wird

– macht mit dem Widerstand weiter.‘ Ich glaube aber, die Menschen funktionieren nicht wie Maschinen.“ (Rana Masri, PAL 5)

Während in den besetzten Gebieten das Leben immer unerträglicher wurde und die *Intifada* immer schwerer aufrecht zu erhalten war, bahnten sich Veränderungen an.

Friedensprozess

Die Konferenz in Madrid (vgl. Ashrawi 1997), die Geheimverhandlungen in Oslo und die daraus resultierende Osloer Erklärung 1993 läuteten den Friedensprozess ein, der im Jahre 2000 mit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* endete[148]. Bei den Verhandlungen wurden zunächst absichtlich fundamentale, strittige Fragen ausgeklammert, wie die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge, der Status von Jerusalem, die israelischen Siedlungen und Wasserrechte, um sich in anderen Punkten einigen zu können. Die Umsetzung des Interimsabkommens ab 1994[149] führte zu der Einsetzung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und damit zur Rückkehr Arafats und seiner treuesten Anhänger. Parallel dazu blieben die PLO Institutionen als Vertretung aller Palästinenser bestehen und sie übernahmen weiterhin die Vertretung in außenpolitischer Hinsicht. Die Zuständigkeit für die äußere Sicherheit der Gebiete verblieb bei Israel, ebenso die Kontrolle über den Außenhandel. Der PA wurde allerdings mehr als nur die Verwaltung der Gebiete, die nach und nach an sie abgegeben wurden, zugestanden: Kultur, Bildung und Soziales, Tourismus, Landwirtschaft und Industrie, direkte Besteuerung etc. und die Zuständigkeit für die innere Sicherheit. Trotzdem arbeitete sie unter schwierigen Umständen: Zu der desolaten wirtschaftlichen Ausgangslage der Gebiete kamen die begrenzten Handlungsmöglichkeiten der PA, wobei jede Erweiterung der Möglichkeiten erst nach zähen Verhandlungen mit Israel und diversen Rückschlägen zugestanden wurde. Rana, die als Angestellte des *Ministry of Social Affairs* auf lokaler Ebene arbeitete, sah dies so:

„Es ist so schwer für mich daran zu denken, dass viele Menschen gestorben sind, dass wir vieles zurückgelassen haben und dass wir nichts haben. Bis heute haben wir kein Land, wir haben kein Wasser, wir haben keine Luft. Gut, viele Palästinenser, die im Ausland gelebt haben, kommen zurück, aber wir sind nicht eigenständig. Gut, ich schreibe hier ‚PNA‘ [*Palestinian National Authority*; SK], aber wir sind noch nicht

148 Vom 28.09.00 bis Ende September 2006 wurden 4.474 Menschen innerhalb der besetzten Gebiete getötet, davon waren 3.779 Palästinenser und 463 Israelis (und siebenundzwanzig Ausländer). In Israel kamen 644 Menschen um. Zum Vergleich: Von Dezember 1987 bis 28.09.00 starben 1.651 Menschen innerhalb der besetzten Gebiete und 296 in Israel. Das bedeutet, dass in fast dreizehn Jahren 1.947 Menschen umkamen, dagegen in sechs Jahren nach Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* 5.118! Die Angaben beruhen auf den Statistiken von *b'tselem.*

149 Zu den Erklärungen und Abkommen dieser Zeit: Abu Mugheisib 1997; Langer 1996; Baumgarten 1995.

unabhängig. Wir haben alles getan, was die Israelis wollten, mehr können wir nicht tun.“ (Rana Masri, PAL 5)

Die Aufteilung der besetzten Gebiete in verschiedene Zonen – A-Zonen für die Gebiete unter palästinensischer Hoheit, C-Zonen für die unter israelischer und B-Zonen unter gemeinsamer[150] – verwandelte die Gebiete in einen Flickenteppich von Zuständigkeiten, der, von *Checkpoints* gesprenkelt, niemals dem Zugriff Israels entzogen war. Eine typische Antwort auf die Frage, was sich verbessert habe, gab Ahlam:

„Sei dem Einsetzen des Friedensprozesses fühlen wir uns ein kleines, kleines Bisschen wohler. Es war ein ganz großer Traum, eine Regierung zu bekommen. Wir haben im Traum nicht daran gedacht, dass sie eines Tages zurückkommen, und als sie dann zurückkamen, war das großartig. Als die Regierung kam, haben wir wieder geschlafen – während der *Intifada* haben wir nachts nicht geschlafen, weil wir ständig Angst hatten und nervös waren. Vorher waren wir in einem Gefängnis, jeder war in seinem Gefängnis, aber jetzt sind wir in einem großen Gefängnis, weil die Israelis uns umstellt und überall Kontrollposten eingerichtet haben. Aber es ist besser als vorher, es ist sicherer. Während der *Intifada* haben wir viele geliebte Menschen verloren. Aber wir haben eine Menge Probleme – die Siedlungen.“ (Ahlam Sanad, PAL 4)

Was hatte sich also verbessert außer der Hoffnung? Die alltägliche Sicherheitslage oder anders ausgedrückt: Es war keine *Intifada* mehr[151]. Jedoch waren keineswegs alle Probleme beim Aufbau des Staates auf die schwierigen Umstände zurückzuführen: Unter der Führung Arafats etablierte sich ein politisches System neopatrimonialen Stils (vgl. Baumgarten 2002, 110 ff.), in dem man Posten nach Loyalität statt Kompetenz vergab, Klientel in einem aufgeblähten Verwaltungsapparat pflegte und teure Prestigeprojekte in Angriff nahm auf Kosten wirtschaftlicher Entwicklung. Korruptionsaffären, Menschenrechtsverletzungen und diverse palästinensische Geheimdienste und Sondereinheiten der Polizei sorgten darüber hinaus für negative Schlagzeilen[152]. Innenpolitisch gesehen gab es noch andere Veränderungen. Während im Laufe der '90er die kleineren linksgerichteten Parteien an Einfluss verloren (Tamari 1994), gewannen andere immer mehr an Einfluss hinzu: Die islamistischen Gruppen *Al-Jihad Al-Islami*[153] und *Hamas*, die über ein Netz von Wohlfahrtsorgani-

150 A-Zonen umfassten später ca. 15% der Westbank und ca. 60% des Gazastreifens, C-Zonen blieben etwa 60% der Westbank und 40% des Gazastreifens, B-Zonen machten etwa 25% der Westbank aus. Ostjerusalem verblieb unter israelischer Herrschaft.

151 Oder wie es jemand ausdrückte: Jetzt müsse man bis zum nächsten *Checkpoint* laufen, um einen Stein zu schmeißen – früher hätte man nur vor die Haustür treten müssen.

152 Zu der „Misere der palästinensischen Autonomiebehörde“ auch Beck 1998.

153 „Islamischer (heiliger) Krieg“, genauer: „Bewegung des islamischen (palästinensischen) Krieges“, gegründet 1979/80. Splittergruppe der Muslimbruderschaft.

sationen verfügt, wurden mit jedem Jahr populärer. Hatte diese Entwicklung schon zur Zeit der *Intifada* ihren Anfang genommen, so beschleunigte sie sich unter der palästinensischen Autonomieregierung. Waren früher die Universitäten Hochburgen der PLO Gruppierungen gewesen, so waren am Ende des Jahrzehnts die islamistischen Gruppen mindestens gleich stark vertreten bzw. die Universitäten in Gaza ihre Hochburgen geworden (Witte 2003, 203)[154]. Die Islamisten sind kein einheitlicher Block, wie Samar erklärte:

> „Das Problem sind die Leute, die – wir haben Differenzen in der ideologischen Basis, zum Beispiel, deshalb sagte ich, dass es ein Interessenkonflikt ist; es geht nicht darum, dass Männer und Frauen einander bekämpfen. Ich denke, es ist eher ein Kampf zwischen zwei Geisteshaltungen als einer zwischen Männern und Frauen. Denn es gibt beispielsweise auch fundamentalistische Frauen, die glauben, dass Frauen an den heimischen Herd gehören. Die Fundamentalisten haben ihre eigene Weise mit Frauen zu arbeiten, und die Arbeit ist viel einfacher mit einer gesellschaftlich anerkannten Geisteshaltung, wenn man nicht versucht, etwas zu verändern. (...) Es gibt zwei Strömungen von Islamisten: Die traditionellen, die sehr direkt sind, und die anderen, besonders die Jugend in der *Hamas*-Bewegung, die begonnen haben, den Islam auf moderne Weise zu sehen. Sie veranstalten Konferenzen, sie haben jetzt Frauen, die sehr modern über Frauenthemen schreiben. Es gibt eine Art islamischen Feminismus, und es ist für sie leichter zu arbeiten, weil sie in den Moscheen arbeiten und die Infrastruktur haben.“ (Samar Hawash, PAL 13)

Teile der linken Opposition und die islamistischen Gruppen waren Gegner des Friedensprozesses, doch nur die Islamisten konnten daraus Gewinn ziehen. Durch Anschläge und insbesondere Selbstmordattentate sicherten sie sich das „troublemaker-veto“ auf palästinensischer Seite, das auf israelischer Seite radikale Siedlergruppen inne haben. Zusätzlich waren innenpolitische Entwicklungen in Israel dem Friedensprozess nicht förderlich. In der Konsequenz hat der massive Ausbau der israelischen Siedlungen[155] und die fortgesetzte Enteignungspolitik dem Konflikt eine Richtung gegeben, die eine Zwei-Staaten-Lösung in Frage stellt. Die immer wiederkehrende Abriegelung der Gebiete und der Verzicht auf palästinensische Arbeitnehmer führten neben anderen Faktoren außerdem zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem weiteren Absinken des Lebensstandards in den palästinensischen Gebieten: „Das Einkommen eines pal. Arbeiters deckt im Durchschnitt nur noch 60% des

154 Bis hin zu dem Wahlsieg von *Hamas* bei den zweiten Wahlen zum PLC im Januar 2006.

155 Lebten Ende der '80er Jahre ca. 70.000 Siedler im Gazastreifen und der Westbank (Benvenisti 1987, 52), so waren es im Sommer 2000 bereits 170.000 in der Westbank und 6.000 im Gazastreifen. Hinzu kommen die umstrittenen Siedlungen in Ostjerusalem, wo schätzungsweise 180.000 Israelis leben (Herz/ Steets 2002, 118).

Existenzminimums. Die Arbeitslosenquote lag bei 30% in der Westbank und bei über 60% im Gazastreifen“ wurde im Nahost Jahrbuch für das Jahr 1997 festgehalten (Deutsches Orient Institut 1998, 177). Trotzdem gab es innerhalb der palästinensischen Gebiete auch positive Entwicklungen. Das soziale und kulturelle Leben innerhalb der A-Zonen blühte im Vergleich zu vorher auf und die Bildung politischer Institutionen machte Fortschritte. Im Jahre 1996 wurden erstmals freie Wahlen für ein *Palestinian Legislative Council* (PLC) durchgeführt.

Frauen im Friedensprozess

Fünf Frauen[156] gelang es bei diesen Wahlen einen Sitz zu erringen. Insgesamt bestand das *Council* aus achtundachzig Sitzen. Zwei Frauen berief Arafat für sein vierundzwanzigköpfiges Kabinett als Ministerin – eine trat später zurück – und innerhalb der politischen Institutionen hatten achtundzwanzig einen der 302 Direktorenposten inne (Kamal 2000). Auf den niedrigeren Ebenen innerhalb der Verwaltung stellten sie fast ein Drittel der Angestellten (Herz/ Steets 2002, 166). Obwohl das im Vergleich zu anderen arabischen Staaten viel war (vgl. Khalidi/ Tucker 1991), sehen dies Frauen kritisch. Inaam zu diesem Thema:

> „Das ist das Hauptproblem an der Autonomiebehörde – dass sie vielleicht helfen könnte, etwas zu ändern – aber die Behörde spricht mit den starken Frauen – vor allem denen von der *Fatah* – und setzt sie in die Ministerien, hievt sie in gute Jobs und zahlt ihnen eine Menge Geld, und sie vergessen die anderen – weil die anderen den kleinen Organisationen angehören. Die meisten können also nicht arbeiten, sie können noch nicht einmal in die bürgerliche Gesellschaft zurück – das ist ein weiteres Problem für die Frauen, die nur auf der Straße aktiv gewesen sind und die keine Ausbildung haben. Die stehen jetzt mit nichts da. Sie können nicht arbeiten.“ (Inaam Z. Labadi, PAL 38)

Inaam und andere konstatierten einen Rückzug von Frauen aus der Politik. Zwar nahm insgesamt die politische Partizipation der Menschen ab und beschränkte sich eher wieder auf eine Minderheit organisiert aktiver, doch sogar aus diesen Reihen zogen sich Frauen zurück. Einige engagierten sich in sozialen Projekten, andere in parteiunabhängigen Frauenkomitees oder Zentren, die sie gegründet haben. Manche erzielten aus ihrer Sicht Teilerfolge, etwa im Hinblick auf die rechtliche Gleichstellung. So dürfen Frauen nun ohne Zustimmung ihrer Ehemänner oder anderer männlicher Verwandter reisen. Doch gelang es ihnen nicht, das Familienrecht zu reformieren. Eman vom *Women's Affair Technical Committee* (WATC) dazu:

> „Die wichtigste Sache ist das Familienrecht. Ich glaube, es wird einen Bürgerkrieg geben, denn wenn man über das Familienrecht redet, redet man über den Islam. Wir glauben, das ist unsere größte Herausforderung. In der Westbank haben sie einen Ge-

156 Sie sind porträtiert in Angela Grünerts Buch „Der längste Weg heißt Frieden“ (Grünert 1998).

setzesentwurf ausgearbeitet, und hier in Gaza arbeiten wir jetzt am Sozialversicherungsgesetz. Aber diese Art von Gesetz gibt für die Propaganda nicht viel her, am meisten noch das Familienrecht. Sie nennen es nicht Familienrecht, sie nennen es das Gesetz über soziale Fragen. (...) Das [Familienrecht bzw. Gesetz über sozialen Fragen; SK] ist das große Hindernis. Es ist nicht leicht darüber zu reden – man muss den richtigen Zeitpunkt erwischen. Wenn man etwas sagt, das der Meinung der Allgemeinheit widersprechen könnte, werden sie sagen, dass man gegen den Islam ist und sie werden in den Moscheen über einen reden. Die Abgeordneten des PLC haben alle Angst – nicht einmal einer oder zwei von ihnen würden sich gegen die ganze Gesellschaft auflehnen. (...) Die islamische Bewegung macht keine Lobbyarbeit, sie bleiben ganz still, weil sie wissen, dass sie gewinnen werden." (Eman Shannon, PAL 19)

Mit dem Aufbau der politischen Institutionen und den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Machtverteilung erhielten die Fragen nach Gleichberechtigung der Frauen und ihrer Teilnahme an Entscheidungsprozessen neues Gewicht. Die historische Entwicklung in Algerien diente für links gerichtete Akteurinnen als Negativfolie, denn dort seien die Frauen, die am Unabhängigkeitskampf teilgenommen hatten, zurück ins Haus geschickt worden, nachdem sie vorher im Namen der nationalen Sache auf die Unabhängigkeit vertröstet worden seien. Siham sagte in diesem Zusammenhang:

„Der Kampf in sozialen Fragen ist viel schwieriger als der nationale Kampf, denn im nationalen Kampf respektiert jeder deine Rolle, die ganze Gesellschaft will etwas tun, weil wir leiden. Wenn du als Frau aktiv bist – indem du das Volk auf diese Weise unterstützt – also wenn du im sozialen Bereich kämpfen musst, fragen die Leute: Warum? Weil – weißt du – es ist eine Männergesellschaft. (...) Aber: Was ist eine Zivilgesellschaft, wer baut die Zivilgesellschaft auf? Jeder will Demokratie und auch mit Hilfe der Parteien neue Gesetze durchsetzen. Und wer wird sich um die Frauen kümmern? Denn Frauenfragen betreffen nicht nur die Frauen, sondern die ganze Gesellschaft. Frauen und Männer müssen zusammen arbeiten. Die demokratischen Leute müssen sich mit ihnen zusammenschließen, um für die Demokratie und den Entwicklungsprozess zu arbeiten. Wir müssen politisch arbeiten und wir müssen die Frauen in den Parteien stärken, nicht nur die an der Basis. Wenn sie in Führungspositionen sind, können sie Einfluss nehmen. (...) Weißt du, während der *Intifada* hat die Frauenbewegung den nationalen Kampf über alles andere gestellt und die Frauenthemen vernachlässigt. Und als wir uns danach den Frauenthemen widmen wollten, gab es viele Hindernisse." (Siham Barghouti, PAL 10)

Die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und die politischen Entwicklungen spiegeln sich innerhalb der Frauenbewegung wider. Keineswegs alle sind mit den Bemühungen des WATC und denen anderer Frauenkomitees einverstanden. Jamileh interpretierte die Situation ganz anders:

„Die Frauen haben es sich selbst zuzuschreiben, dass sie ihren Einfluss verloren haben. Sie laufen ihren Jobs hinterher und jede einzelne von ihnen muss Direktorin A, B oder C sein oder einen guten Posten haben! (...) Jede hat nur an sich selbst gedacht, an ihre Position – ja, sie haben gedacht, sie hätten genug gekämpft und es wäre die Zeit gekommen um zu gewinnen. Genau das ist passiert, es war nicht die Regierung oder die Rolle der Frauen in der Gesellschaft. (...) Sie haben nicht an die Frauen gedacht, die während der *Intifada* mit ihnen zusammengearbeitet haben. Das ist die Wahrheit, das ist die Wahrheit! Und als die Führerinnen angefangen haben über ihre Rechte zu reden, haben sie eine Kluft zwischen sich und dem Koran aufgerissen, und das ist der falsche Weg das anzupacken. Der Islam ist unsere Religion und wenn man mit den Menschen reden will, sogar mit den Frauen, den ganz gewöhnlichen Frauen, und ihnen sagt, dass sie dich brauchen, um auch vor der Ehe ein Sexualleben zu haben und und und ... Sie [die ‚gewöhnlichen Frauen'; SK] haben sich verweigert, es ist unglaublich, so etwas zu tun! Wir sind Moslems, wir haben den Koran. Sie haben am falschen Punkt angefangen. Das islamische Gesetz ist unser Gesetz, es kann nicht geändert werden. Der Islam ist gut, aber die Leute, die hier die Entscheidungen treffen, sie liegen falsch, das Gesetz ist gut. Die Führerinnen brauchen nur ein Sonderrecht für sich selbst. Ja, wirklich! Sie kämpfen nicht für andere. Sie brauchen ein Gremium, sie brauchen eine Lobby, um die Männer voranzutreiben. Wir haben während der *Intifada* mit Männern zusammengearbeitet und die Männer haben uns ihre Häuser geöffnet und uns ihre Frauen, ihre Töchter und Schwestern gegeben ohne zu fragen. Weil sie geglaubt haben, dass wir gute Arbeit machen, aber wenn man anfängt über Fragen der Religion oder unseres Glaubens zu reden – das ist zu schwierig. Was haben sie von 1990 bis heute für die Frauen in Palästina getan? Sie oder die Frauen, die aus dem Ausland gekommen sind – was haben sie getan? Nichts, überhaupt nichts! Nur ein bisschen Diskussion hier und da, nur Gerede. Was wollen sie von den Männern? Dass sie uns aus dem Haus gehen lassen? Wir gehen aus dem Haus! Dass sie uns arbeiten lassen? Wir arbeiten! Was wollen sie?" (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

Al-Aqsa-Intifada

Der *Al-Aqsa-Intifada* – so benannt, weil als Auslöser der Besuch des damaligen Oppositionsführers und späteren Premierministers Sharon auf dem Tempelberg, wo neben dem Felsendom die Al-Aqsa Moschee steht, gilt – ging das Scheitern der Verhandlungen zwischen Arafat und dem damaligen Premier Barak im Sommer 2000 voraus. Während die Verantwortung für das Scheitern wenig überraschend je nach politischem Standpunkt völlig unterschiedlich bewertet wurde, herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass damit der Friedensprozess trotz des vorangegangenen Abzugs Israels aus dem Libanon in die Sackgasse, die sich schon früher abgezeichnet hatte, geraten war. Dazu noch einmal Jamileh, die für diesen Fall eine Prophezeiung abgegeben hatte, welche die Stimmung einer politischen Strömung wiedergibt:

„Nicht weil wir genug gelitten haben, nein! [gemeint ist: Deshalb haben sich die Palästinenser nicht auf den Friedensprozess eingelassen; SK] Wir können weitermachen, jetzt können wir weitermachen, es macht uns nichts aus! Wir können das! Für uns ist es leicht mit der *Intifada* weiterzumachen – sogar mächtiger als die erste *Intifada*. Wenn Israel uns nicht die kleinen Rechte [das ‚große Recht' wäre der Anspruch auf das gesamte frühere Mandatsgebiet Palästina; SK] gibt, dass wir Jerusalem haben, unseren Staat, dass die Flüchtlinge zurückkommen, dass wir unser eigenes Wasser haben – ist es leicht für uns zu kämpfen und zwei Drittel von uns zu verlieren, selbst die Jüngeren. Es spielt für uns keine Rolle, ein schönes Haus oder irgendetwas anderes. Ich will dir sagen, wenn Israel darauf besteht – was sie sich vorstellen, oder wenn sie beschließen nicht mit uns kooperieren zu wollen, dann wird es uns ein Leichtes sein, zurückzukommen. Die Menschen werden kämpfen, im Einverständnis mit der Regierung. Wir stehen zu unserer Regierung, wir werden ihr alle folgen. Die palästinensische Regierung ist ein Teil des palästinensischen Volkes." (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

Zwar ist diese Prophezeiung so nicht eingetreten und es wäre müßig, darüber zu spekulieren, welchen Realitätsgehalt die einzelnen Punkte besitzen, doch fest steht der starke Anstieg der Opferzahlen mit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada*. Die Auswahl von Gewaltmitteln, die früher weniger eingesetzt wurden, hat zu diesem Anstieg entscheidend beigetragen: Von Seiten Israels massive Militäroperationen mit dem Einsatz von schwerem Kriegsgerät, wie Panzer und Kampfjets, die in den dicht besiedelten Gebieten immer wieder Zivilbevölkerung treffen. Auf der Seite palästinensischer Gruppen der verstärkte Einsatz von Schusswaffen, von Raketen, die auf israelisches Gebiet abgefeuert werden, und von Selbstmordattentaten. Letztere wurden nun nicht mehr nur von islamistischen Gruppen, sondern ebenso von säkularen Gruppen wie den *Al-Aqsa-Märtyrer Brigaden*, die der *Fatah* nahe stehen, durchgeführt. Bis Oktober 2005 waren in sieben Prozent der Fälle, oder bei acht Anschlägen, die Attentäter weiblich, weitere neunundfünfzig wurden entdeckt und verhaftet (Israel Insider 2005).

Da die Aufzählung der einzelnen Ereignisse – die Zerstörung des Amtssitzes von Arafat in Ramallah und sein Festsitzen in der Ruine, die Kämpfe im Flüchtlingslager von Jenin, das Drama um die Geburtskirche in Bethlehem – oder der diversen politischen Initiativen und gescheiterten Verhandlungen den Rahmen sprengen würde, sollen nur einige Folgen zusammengefasst werden: Diese *Intifada* bot anders als die von '87, oder zumindest in deren Anfängen, keine Möglichkeit einer breiten politischen Partizipation (Johnson/ Kuttab 2001), sondern die politische Initiative lag bei militanten Gruppen. Daher kamen andere Elemente des Widerstandes kaum zum Tragen. Sie führte nicht zuletzt wegen der anhaltenden Abriegelungen der Gebiete durch Is-

rael relativ schnell eine miserable ökonomische Lage herbei: „Mittlerweile muss in den palästinensischen Gebieten von Massenarmut gesprochen werden: Nach Angaben des palästinensischen statistischen Amtes leben in der Westbank derzeit [Juli 2001; SK] rund 50% und im Gazastreifen rund 80% der Haushalte unter der Armutsgrenze“ (Asseburg 2003, 134). Der Aufbau einer Zivilgesellschaft kam zum erliegen. Viele Themen, insbesondere soziale und eben Frauenthemen, wie sie von den eher links stehenden Frauenkomitees vertreten wurden, waren nicht mehr auf der politischen Tagesordnung (Rizq-Qazzaz 2006). Statt dessen blieb denen, die sich zivilgesellschaftlich engagierten, nichts anderes übrig als zum reinen Krisenmanagement zurück zu kehren.

Ebenso kam der Aufbau eines palästinensischen Staatswesens zu einem vorläufigen Ende, bestehende oder gerade im Aufbau befindliche Infrastruktur und andere Projekte wurden zerstört und die Zonen, die unter palästinensischer Hoheit gewesen waren, erneut von Israel besetzt. Noch gravierender wegen der langfristigen Konsequenzen ist das immer engmaschiger gewordene Netz von israelischen *Checkpoints* und *Roadblocks* – im Oktober 2006 allein in der Westbank ca. 500 (Traubmann 2006) – und der Ausbau der schon bestehenden, die damit auf Dauerhaftigkeit ausgerichtet wurden. Der Bau des Zauns, bzw. im Großraum Jerusalem der Mauer, ab Juni 2002 führte zusammen mit dem Netz von *Checkpoints* zu einer Verinselung palästinensischer Siedlungsgebiete innerhalb der besetzten Gebiete und zu einer Isolation der meisten Bewohner nicht nur von Israel, sondern auch von benachbarten palästinensischen Dörfern und Städten.

Die katastrophale Situation und die Eskalation der Gewalt erhöhten zunächst den Solidaritätsdruck. Sie führten zu einer Erosion der Legitimität von politischen Positionen, die sich auf innergesellschaftliche Reformen und Entwicklungen im Sinne von Demokratisierung bezogen, die der palästinensischen Führung kritisch gegenüber standen (mit Ausnahme der islamistischen Kritiker), oder die am Friedensprozess festhalten wollten. Konnten nach dem Tod Arafats im November 2004 gewaltsame Nachfolgekämpfe zunächst vermieden werden und sah es kurzfristig nach einer Wiederbelebung des Friedensprozesses aus, so blieb eine Verbesserung der Lage aus. Selbst der Abzug der Israelis aus Gaza und die Räumung der israelischen Siedlungen dort im Sommer 2005 änderten daran wenig. Der überraschend deutliche Wahlsieg der *Hamas* bei den Wahlen zum PLC Anfang 2006 wurde von den meisten Beobachtern als Protestwahl, die sich gegen die korrupte Misswirtschaft der *Fatah* richtete, verstanden. Doch auch andere Aspekte kamen zum Tragen: „But if Hamas benefited from a typical protest vote, it did so under highly atypical conditions of occupation, a situation that magnified Hamas's gains because it added to the list of things against

which Palestinians were protesting. Voters showed their dissatisfaction with the Palestinian Authority, which had failed to meet people's daily needs, ensure elemental security, or achieve independence and statehood. In voting as they did, the Palestinians challenged Israel, whose persistent occupation, military attacks, and settlement expansion merited, they thought, a more forceful and effective response. They also reacted to the positions of the US and other nations, which, in their eyes, had made possible Israeli oppression and perpetuated their own sorry fate. And they rebelled against a 'peace process' which, after thirteen years and on almost all counts, had landed them in a worse position than when it was first launched“ (Agha/ Malley 2006).

Da die PA, die zum größten Arbeitgeber in den Gebieten geworden war, nur mit Hilfe ausländischer Unterstützung funktionieren kann, die wegen des Wahlsiegs und der Weigerung der *Hamas*, alle Abkommen und damit ein Existenzrecht Israels anzuerkennen, eingestellt wurden, verschärfte sich die Situation noch weiter. Die unklare Machtverteilung zwischen *Hamas* und *Fatah*, die den Präsidenten stellt und die einflussreichste Organisation innerhalb der PLO ist, zu der sich die meisten Angestellten der PA und damit die Angehörigen der palästinensischen Sicherheitskräfte zugehörig fühlen, zeigte sich in bürgerkriegsähnlichen Unruhen auf den Straßen. Deren Auslöser waren oft nicht gezahlte Gehälter, für die der neuen *Hamas* Regierung die Mittel fehlten. Die ökonomische Lage verschlechterte sich vor allem im Gazastreifen noch weiter, und weder die Verhandlungen zwischen *Hamas* und *Fatah* verliefen erfolgreich, noch gab es in irgendeiner Hinsicht Aussicht auf Besserung, als im Juni 2006 die Entführung eines israelischen Soldaten an der Grenze zum Gazastreifen Anlass für eine neue Phase der Eskalation des Konflikts wurde. Es blieb jedoch nicht bei der Eskalation zwischen Israelis und Palästinensern in deren Verlauf die israelische Armee erneut in den Gazastreifen eindrang, sondern ebenso kam es zu einem mehrwöchigen Krieg zwischen Israel und der *Hisbollah* im Libanon, der durch einen ähnlichen Vorfall an der libanesischen Grenze ausgelöst worden war. Nach dem kriegerischen Sommer blieb die Lage in den palästinensischen Gebieten angespannt und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wurden immer heftiger. Nach mehreren gescheiterten Verhandlungen formierten *Fatah* und *Hamas* im März 2007 eine Einheitsregierung, die jedoch die Gewalt[157] nicht beenden konnte. Sie scheiterte endgültig als *Hamas* im Juni 2007 nach schweren Kämpfen mit der *Fatah* die Macht im Gazastreifen übernahm.

157 Von September 2000 bis Ende Februar 2008 sind fast 600 Palästinenser von anderen Palästinensern innerhalb der besetzten Gebiete getötet worden, davon 120 wegen „Kollaboration“ (*b'tselem*).

3.4 Historischer Kontext und politische Partizipation im Vergleich

Die vergleichende Darstellung der historischen Kontexte und der politischen Partizipation von Frauen ist weniger eine Zusammenfassung, als vielmehr die Einbettung in einen weiteren Rahmen, der noch nicht angesprochene Aspekte zum Vorschein bringt. Für den historischen Kontext im allgemeinen sind es zunächst Aspekte des internationalen Rahmens und dann des gesellschaftspolitischen Umfeldes der jeweiligen Nationalbewegung. Für die politische Partizipation sind es die geschlechtsspezifischen Aspekte zuerst im Hinblick auf historische Altlasten, dann ein Überblick über Umfang und Formen politischer Partizipation, und schließlich die sozialen und politischen Umfelder der Akteurinnen.

3.4.1 Historischer Kontext

Die Konflikte um Nordirland und Palästina zeichnen sich eher durch ihre Dauer als durch ihre Konfliktintensität aus (vgl. Kapitel 1). Dabei variiert die Konfliktintensität zwischen heißen Phasen mit einem eher hohen Gewaltpegel und ruhigeren oder friedlicheren Phasen[158]. Die Dauer und die phasenweisen Verläufe verweisen auf einen analytisch wichtigen Punkt: Die beteiligten Konfliktparteien haben sich in den Konflikten eingerichtet. Immer präsent beherrschen die Konflikte mal mehr und mal weniger den Alltag und durchdringen die ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungen der Gesellschaften. Daraus resultiert eine Stabilität der Konflikte, die von den Krisenerscheinungen der heißen Phasen zwar erschüttert, jedoch nicht aufgebrochen wird.

Beiden Nationalbewegungen war es gelungen, sich als politischer Akteur zu etablieren, selbst wenn sich innerhalb der Bewegungen die Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen verschoben haben. Etabliert sind sie zum einen, weil eine Beilegung der Konflikte ohne sie nicht denkbar ist, zum anderen, weil es ihnen gelungen ist, ihren Anliegen und damit teilweise sich selbst, wenn auch nicht unbedingt ihren Methoden, in den Augen derer, die sie beanspruchen zu vertreten und in Teilen der internationalen Gemeinschaft, Legitimität verschafft zu haben. Ebenso hatten sie sich in anderer Hinsicht innerhalb der Gebiete, in denen die Konflikte in erster Linie ausgetragen werden, schon etabliert bevor sie offiziell Macht übernommen haben: Dort waren sie Dienstleister, Arbeitgeber, übernahmen teilweise polizeiliche Aufgaben, hatten Einfluss auf gesellschaftliche und kulturelle Belange oder kurz gesagt: Hatten dem Staat erfolgreich Konkurrenz gemacht.

158 Bezogen auf Nordirland müsste streng genommen vieles in der Vergangenheitsform geschrieben werden, worauf jedoch zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet wird.

Internationaler Rahmen

Nach Guelke lassen sich wenigstens fünf internationale Dimensionen eines Konflikts unterscheiden: Erstens der territoriale Disput zwischen Staaten, zweitens die Einmischungen von anderen Staaten in diesen Disput, drittens internationale Verbindungen der Konfliktparteien, viertens der Einfluss des Konflikts auf den Rest der Welt und fünftens der Einfluss der internationalen Meinung auf den Konflikt (Guelke 1988, 2). Für den Nordirlandkonflikt, um dessen internationale Dimensionen es ihm ging, hielt er den letzten Punkt für den wichtigsten. Wieso ich mich der Einschätzung anschließe, und wieso im Hinblick auf den Palästinakonflikt die anderen vier Dimensionen genauso wichtig sind, erläutern die folgenden Überlegungen:

Die internationale Relevanz des Nordirlandkonflikts ist im Vergleich zum Palästinakonflikt gering. Zwar wurde er in den '70er und '80er Jahren mit den Schemata des Kalten Krieges interpretiert[159], doch ist dies spätestens mit dessen Ende hinfällig geworden. Diese Interpretation beinhaltete von Seiten der Gegner der republikanischen Bewegung die Vorstellung, es ginge darum eine Art „Irisches Kuba“ vor der britischen Hintertür zu verhindern. Innerhalb der republikanischen Bewegung gab es Kreise, die sich durchaus in die Reihen der anti-imperialistischen Kämpfer und Sozialisten einordneten. Tatsächlich gab es Verbindungen zu diversen Gruppen und Staaten, die sich als Gegner des kapitalistischen Westens verstanden. Von Seiten der internationalen Öffentlichkeit gab es Tendenzen, die republikanische Bewegung in die Reihe der sozialrevolutionären Bewegungen Westeuropas einzuordnen oder in die der weltweiten Bewegungen der De-Kolonisation, die in Nordirland, gleichsam verspätet, überfällig sei.

Trotz dieser Interpretationen und der Aufmerksamkeit, die dem Konflikt zeitweise in den internationalen Medien zu Teil wurde, wurde er hauptsächlich als lokales Problem Großbritanniens und Irlands gehandhabt. Die Unterstützung der irischen Diaspora in den USA dürfte wesentlich wichtiger gewesen sein als sonstige internationale Verbindungen zu anti-imperialistischen Bewegungen, ganz zu schweigen von der Sowjetunion. Innerhalb der republikanischen Bewegung gibt es zwar eine sozialistische Tradition, die sich als Teil der Internationale verstand, allerdings ist diese immer eine Minderheitenposition geblieben. Republikanismus ist in erster Linie ein nationalistisches Unterfangen, dem es um Irland geht und nicht darum, Teil einer Weltrevolution zu sein. Tatsächlich war das einzige Land, das neben Großbritannien noch vom Konflikt betroffen war, die Republik Irland – wenn man von vereinzelten An-

159 Oder anders formuliert: In der „Beschwörung der Universalmythen vom antiimperialistischen Kampf auf der einen oder der Gefahr einer kommunistischen Weltexpansion auf der anderen Seite ...“ (Siegelberg 1994, 158)

schlägen im Ausland, wie etwa die auf britische Einrichtungen in Deutschland in den '80er Jahren, einmal absieht –, und die hat sich nach anfänglichem Säbelrasseln '69 mehr und mehr der Sicherheitspolitik Großbritanniens angepasst. Genauer gesagt, hat sie ihren eigenen Kurs, die ihr feindlich gesonnene republikanische Bewegung zu bekämpfen, schnell wieder aufgenommen. Hinzu kommt die Wandlung Irlands seit Mitte der '80er Jahre vom Armenhaus Europas zum „keltischen Tiger" mit allen dazu gehörenden gesellschaftlichen Veränderungen, wie die gesunkene Verbindlichkeit traditionaler und damit nationalistischer Deutungen. Die gemeinsame Einbindung von Irland und Großbritannien in die Europäische Union und die Vermittlungsbemühungen der USA in den '90er Jahren sind weitere internationale Komponenten, die zur Entschärfung des Konflikts beitrugen.

Es lassen sich noch andere internationale Bezüge herstellen. So gab es sowohl internationale Verbindungen loyalistischer Gruppen, oder religiöse Komponenten, wie der Einfluss fundamentalistischer christlicher Bewegungen auf protestantische Gruppen, oder die Einmischungen der katholischen Kirche (dazu Mc Elroy 1991), als auch weiter in der Geschichte zurückliegende, machtpolitisch-europäische Konstellationen. Doch letztere sind schon seit dem 2. Weltkrieg obsolet geworden. Die anderen internationalen Dimensionen bestehen zwar in Einflüssen auf die nordirische Politik, die nicht alle konfliktverschärfend waren, denn gerade von religiöser Seite gab es immer Initiativen des interkonfessionellen Dialogs und die Beteiligung an Friedensinitiativen (Appleby 2000, 170 ff.[160]), aber umgekehrt hat der Nordirlandkonflikt kaum internationalen Einfluss. Dies nicht nur nicht auf Kirchen, sondern auch nicht auf andere Staaten oder sonstige einflussreiche internationale Akteure.

Der Konflikt um Palästina lag und liegt dagegen auf mehreren internationalen Konfliktlinien. Eine davon ist die Ost-West-Konfrontation, wobei hier die zwischen Orient und Okzident gemeint ist. Es geht um den Einfluss auf die geopolitisch zentrale Region, die zwischen Osten und Westen und zwischen Norden und Süden liegt. Der Zugriff auf Handelsrouten und Rohstoffe steht dabei auf dem Spiel. Der schleichende Machtverfall des Orients gegenüber dem Okzident war mit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches besiegelt (vgl. Lewis 2002). Mit dessen absehbaren Zusammenbruch machten sich die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich im 1.Weltkrieg an die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Die-

160 „Sceptics will note that while Northern Ireland boasted more peacemakers per capita and per square mile than any other site of conflict in the world, sectarian violence persisted. To date the strongest argument in favour of this concentrated and persistent peace work is virtually impossible to demonstrate empirically: the violence would have been greater, and many more people would have died, in the absence of such activity." (Appleby 2000, 191)

se Neuordnung sorgt bis heute für Zündstoff in der Region und zwar auch zwischen den arabischen Staaten, wie beispielsweise das Verhältnis zwischen Libanon und Syrien zeigt. Die konfliktären Ansprüche verschiedener arabischer Staaten sind weitere internationale Konfliktlinien.

Bevor die Region in die Logik des Kalten Krieges hinein gezogen wurde, was wiederum eine weitere internationale Dimension darstellte, waren die europäischen Staaten die Gegenspieler. Politische Ambitionen konnten nur im Bündnis mit einer der europäischen Mächte erfolgreich sein und so standen verschiedene politische Gruppen bzw. deren Führer mal mit Frankreich, mal mit Großbritannien und mal mit Deutschland im Bunde, wobei ein Bündnis mit Deutschland schon dem osmanischen Reich zum Verhängnis geworden war und ebenso später seinen Verbündeten im 2.Weltkrieg[161]. Noch während der Suez-Krise 1956 richteten sich die ägyptischen Ambitionen gegen die europäischen Großmächte, dann übernahm im Laufe der Zeit die USA deren Stelle. Nach der Logik des Kalten Krieges musste nun, wer an der Macht bleiben oder sie gewinnen wollte, entweder mit den USA oder der Sowjetunion verbunden sein. Die pan-arabischen Bewegungen und deren Vertreter in den arabischen Staaten wandten sich der Sowjetunion zu, um den Einfluss der westlichen Welt zurück zu drängen. Israel, angeblich europäische Kolonie, galt nun als Verbündeter der USA. Nach dem Scheitern der pan-arabischen Pläne, wechselten die Bündnisse nochmals, zumal einige arabische Staaten, wie Ägypten nach der Absetzung Nassers oder auch das Königreich Jordanien, Gegner des Kommunismus waren.

Das frühere Mandatsgebiet Palästina blieb zwischen den arabischen Staaten ein Zankapfel, denn die Frage blieb unbeantwortet, wer Anspruch auf die Herrschaft darüber hat. Einigkeit herrschte nur in der Feindschaft zu Israel (Kepel 2002, 91). Seit es Israel gibt, geht es darum, wer Einfluss auf das Gebiet haben sollte und das bedeutete Einfluss auf die palästinensischen Organisationen. Daher stellten die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 einerseits ein Faustpfand dar, andererseits ein Problem, weil sie unter Kontrolle gehalten werden mussten. Schließlich befand sich der aufkommende palästinensische Nationalismus mit seinen eigenen Herrschaftsansprüchen auf Kollisionskurs mit denen der arabischer Staaten, obwohl er auf deren Unterstützung angewiesen blieb. Dies führte auch hier zu wechselnden Bündnissen. Die verschiedenen Gruppen innerhalb der PLO, die mit dem einen oder dem anderen Land verbunden sind, illustrieren diesen Sachverhalt. Gleiches gilt später für die *Hamas*, die als Arm der internationalen Muslimbruderschaft ebenso auf ausländische

161 Zu den Verbündeten (oder in diesem Fall besser gesagt, Anhängern und Handlangern) Nazideutschlands gehörte auch der Mufti von Jerusalem, einer der wichtigsten Führer der palästinensischen Nationalbewegung.

Unterstützung angewiesen ist und neben den nationalen Zielen internationale verfolgt, nur eben in diesem Fall keine pan-arabischen, sondern islamistische.

Nach 1967 gewann der palästinensische Nationalismus zwar an eigenem Profil, blieb hingegen von den international-arabischen Machtkonstellationen ebenso abhängig wie er selbst daran Anteil nahm. Dies führte immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bis hin zu Kriegen, wie in Jordanien und Libanon. Die verschiedenen Fraktionen wurden ähnlich wie die Republikaner in Nordirland gemäß dem Zeitgeist der '70er und '80er Jahre als Teil einer anti-imperialistischen Bewegung oder je nach Standpunkt, der kommunistischen Bedrohung, wahrgenommen. Tatsächlich waren Gruppen, die sich selbst als marxistisch verstanden, zwar klein jedoch relativ populär und knüpften internationale Kontakte zu Gleichgesinnten. Da die „Kommunisten“ von einigen arabischen Staaten als Bedrohung wahrgenommen wurden, blieb deren Verhältnis zu diesen PLO Gruppen prekär.

Die Internationalisierung des Konflikts war ein Anliegen der PLO. Erstens, weil sie militärisch zu schwach war, um es mit Israel aufzunehmen und zweitens, weil sie der westlichen Welt die Verantwortung für die Existenz Israels zuschrieb. Da Israel weder von der PLO noch von seinen benachbarten Staaten anerkannt und die Flüchtlinge nicht integriert worden waren, schien die Interpretation des Konflikts als eine lokale Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern nicht möglich, ohne implizit die Existenz Israels anzuerkennen und eine andere Lösung als die Rückkehr für die Flüchtlinge zu finden. Ziel blieb die Abschaffung des Staates Israel und daher waren andere (Zwischen-)Lösungen nicht erwünscht. Das Friedensabkommen mit Ägypten durchbrach diese Konstellation, gleichfalls schlug Jordanien im Laufe der Jahre oft einen pragmatischen Kurs ein, verzichtete 1988 auf seinen Souveränitätsanspruch über die Westbank und schloss ebenfalls mit Israel 1994 Frieden.

Mit der *Intifada* Ende der '80er wurde der Konflikt eher als in erster Linie lokal zwischen Israelis und Palästinensern zu lösender betrachtet. Das Ende des Kalten Krieges schien in die selbe Richtung zu weisen. Doch dessen Ende war nicht das Ende der Instabilität in der Region. Die Auswirkungen der islamistischen Revolution im Iran, die Golfkriege, der Bürgerkrieg im Libanon und die Rolle Syriens darin und ebenso die der mit dem Iran verbündeten *Hisbollah* – alles hat unmittelbare Auswirkungen auf den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Mehr noch, der Konflikt wurde geradezu zum zentralen Konflikt der Welt mit kosmischen Auswirkungen gekürt: Von christlichen Fundamentalisten, die der Apokalypse nachhelfen möchten, über jüdische bis hin zu islamischen Fundamentalisten, die sich alle im Auftrag Got-

tes wähnen[162]. Der politische Einfluss dieser Gruppen und ihrer Anhänger im Ausland ist kein neues Phänomen, sondern lässt sich für die gesamte Dauer des Konflikts nachweisen. Doch hat sich die Relevanz dieser Dimension seit den '70er Jahren kontinuierlich erhöht. Das Scheitern aller anderen Optionen, die internationale Renaissance religiöser Deutungsmuster und dabei insbesondere die neue internationale Konfliktlinie „islamistischer Terror“ contra „westliche Welt“ verstärkten diese weiter (vgl. Kepel 2004, 10 ff.).

Zusammenfassend ist Nordirland trotz zeitweise erheblicher internationaler Aufmerksamkeit ein lokaler Konflikt in der Peripherie Westeuropas, dessen internationale Relevanz, sofern es sie jemals gab, mehr und mehr geschrumpft ist. Er ist ein Konflikt in einem befriedeten und stabilen Umfeld, dessen Brisanz gerade daher rührte, dass er scheinbar längst überkommene Konfliktlinien, wie die politische Relevanz konfessioneller Spaltung, offenbarte, und in ihm gewaltsame Methoden der Konfliktaustragung, die seit Ende des 2. Weltkrieges als ebenso überholt galten, zur Norm wurden. Dagegen wurde dem Konflikt um Palästina immer internationale Relevanz zugesprochen, die eher noch gewachsen zu sein scheint, wie die mediale Dauerpräsenz zeigt. Seine Brisanz beruht unter anderem darauf, dass er in einer politisch umstrittenen und instabilen Region stattfindet, wo immer die Gefahr einer Eskalation besteht, die weltweite Auswirkungen hätte. Diese Unterschiede ändern nichts an der großen Bedeutung der internationalen Meinung für beide Nationalbewegungen und damit verbunden der Anerkennung ihres Legitimitätsanspruchs, dem Einfluss auf die Selbstwahrnehmung der Akteure und dem hohen Stellenwert der Selbstdarstellung.

Gesellschaftspolitisches Umfeld

Nordirland war für Großbritannien ein integraler Teil seines Territoriums, dessen Zugehörigkeit durch die Zustimmung der Mehrheit seiner Bewohner, den Protestanten, legitimiert ist. Nordirland ist deshalb in das politische System Großbritanniens integriert. Aus republikanischer Sicht ist genau dies das Problem. Ihr Ziel ist die Sezession und die Vereinigung Irlands. Allerdings lässt sich seit der Abschaffung des alten Stormontsystems aus einer anderen Perspektive festhalten, dass mit der Integration zumindest für alle die Chance auf politische Mitbestimmung, etwa bei den Wahlen zum Westminsterparlament, bei Kommunalwahlen und bei Wahlen zu den verschie-

162 „Hafetz Hayyim, der Begründer der jüdischen Ultraorthodoxie, scheint es stellvertretend für alle seine christlichen und moslemischen Geistesverwandten gesagt zu haben: ‚Die ganze Welt steht Kopf, unsere Religion leidet unter Verfolgung, sie wird von Ungläubigen verleumdet, von Apostaten lächerlich gemacht, ganz abgesehen davon, dass jeder einzelne von uns unter seinem eigenem Dämon leidet.‘ Die Natur des Menschen ist schlecht aber vervollkommnungsfähig, und sie ist Gegenstand einer konstanten Infiltration der Unreinheit der Außenwelt.“ (Sivan 1998, 442)

denen nordirischen Parlamenten, bestand. Republikaner haben beginnend mit den Hungerstreiks 1981 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das konnten sie, weil *Sinn Fein* nicht illegal war. Auch in der Republik Irland konnten sie an Wahlen teilnehmen. Sie gingen zwar von der Illegitimität der politischen Institutionen aus und davon, dass sie kein demokratisches Mandat brauchen, weil die „britische Besatzung“ Mandat genug sei, doch zunächst eignete es sich als Beweis für ihren Rückhalt in der Bevölkerung. Dass dieser Rückhalt weder in Nordirland noch in der Republik Chancen darauf hatte, mehrheitsfähig zu werden, störte nicht. Traditionell hat die IRA ein elitäres Selbstverständnis, und sie versteht sich als progressive, moderne und nicht zuletzt säkulare Kraft.

Die Einrichtung einer nordirischen Regionalregierung basierend auf *Power-Sharing* scheiterte allerdings nicht immer nur an republikanischen Grundsätzen, sondern ebenso an der Haltung protestantischer Gruppen. So war die Haltung der Letzteren – versteckt unter dem Argument der demokratischen Mehrheit –, dass die Loyalität zum politischen System nur dann gilt, wenn man selbst Gewinner ist. Die ihnen attestierte Belagerungsmentalität von Siedlern beinhaltet in ihrer extremen Ausprägung das Recht auf gewaltsame Selbsthilfe, wenn ihrer Meinung nach der Staat, oder die „Schutzmacht“ Großbritannien ihren Pflichten nicht nachkommt. Sie verstehen sich dabei durchaus als Verteidiger demokratischer Werte, denn aus ihrer Sicht ist der Einfluss Irlands und der katholischen Kirche anti-demokratisch, autoritär und vormodern, dagegen alles Britische fortschrittlich.

Verschiedene Untersuchungen kommen jedoch zu dem Schluss, dass die nordirische Gesellschaft im Vergleich zu anderen industrialisierten Gesellschaften traditionell geprägt war[163]. Die Mehrheit vertrat eher konservative Werte, wie sie agrarisch geprägten, provinziellen Gesellschaften zugesprochen werden, und denen die urbanen, individualistischen und weltoffenen Werte postmoderner Gesellschaften gegenüber gestellt werden. Die Wertschätzung der Familie, Ablehnung von Scheidung oder Frauengleichberechtigung oder Abtreibung, die wichtige Rolle von Religion in ihrer institutionalisierten Form, Lebensstil und anderes hatte die Mehrheit von Protestanten und Katholiken gemein. Aus modernisierungstheoretischer Perspektive erschien Nordirland als eine Industriegesellschaft im Umbruch, deren Entwicklung zu einer post-industriellen Gesellschaft mit postmodernen Werten, wie sie sich in anderen westeuropäischen Ländern seit den '60er Jahren vollzog, durch den Konflikt gehemmt worden ist bzw. der Konflikt wurde als Ausdruck einer „gescheiterten Mo-

163 Vgl. Stringer/ Robinson 1994, „Social Attitudes in Northern Ireland“, wo deutlich wird, dass sich dieser relative Konservatismus noch bis in die '90er Jahre gehalten hat.

dernisierung“ (Schulze-Marmeling 1986) interpretiert, oder als Beispiel für die Unzulänglichkeiten von Modernisierungstheorien gesehen[164].

Was die politischen Einstellungen angeht, so gibt es neben der nationalen Zugehörigkeit einen Punkt, bei dem sich die Meinungen von Katholiken und Protestanten am meisten unterscheiden: Die Beurteilung der staatlichen Sicherheitsmaßnahmen (Whyte 1990, 87/ 88). Zwar ist Nordirland in das britische System integriert, aber im Hinblick auf die innere Sicherheit unterlag es besonderen Bestimmungen der Notstandsgesetzgebung. Was aus staatlicher Sicht eine Reaktion auf die besondere Situation war und von den meisten Protestanten positiv bewertet wurde, ist nicht nur für Republikaner, sondern auch für andere *Nationalists* ein Beweis für die fehlende Bereitschaft, sie als gleichberechtigte Bürger zu akzeptieren, denn Katholiken waren die Hauptleidtragenden der Sicherheitsmaßnahmen, die für alle galten. So erschienen sie als Beweis für die Parteilichkeit Großbritanniens zugunsten der protestantischen Bevölkerung. Für Republikaner dienten, angefangen bei der Präsenz britischer Truppen, alle Sicherheitsmaßnahmen dazu, die koloniale und damit illegitime Herrschaft Großbritanniens aufrecht zu erhalten.

Der politische Prozess in Nordirland blieb von Gewalt bestimmt, sei es, dass sie von Loyalisten, von Republikanern oder von staatlichen Sicherheitskräften verübt wurde. Ein Effekt dieser Gewalt war, da die Hochburgen von Loyalisten und Republikanern in den Arbeitervierteln liegen, eine innergesellschaftliche Machtverschiebung zugunsten der Unterschichten (Waldmann 1989, 337 ff.). So gesehen konnte man sie als Protest gegen eine unzureichende politische Integration innerhalb ihrer eigenen *Communities* lesen. Politisch besteht die Konkurrenz der Republikaner aus einem gemäßigten, weil konstitutionellen Nationalismus, deren Vertreter sich später als sozialdemokratisch verstanden. Er wird in erster Linie von der katholischen Mittelschicht getragen und war die einzige politische Alternative für alle anderen *Nationalists*, die dem Republikanismus ablehnend gegenüber standen. Im Hinblick auf die „battle for the hearts and minds“ (Rolston 1987) stand die republikanische Bewegung in Konkurrenz zu weiten Teilen der Bürgerrechtsbewegung sofern sie am Prinzip der Gewaltlosigkeit und dem Einsatz für Reformen innerhalb des politischen Systems festhielt, später zur Friedensbewegung und ebenso zur katholischen Kirche. Zur innerrepublikanischen Konkurrenz lässt sich festhalten, dass die *Provisionals* im Laufe der Zeit eine Art Monopolstellung erlangen konnten und es neben ihnen ab den

164 „Economic growth and technological change do not seem to have fulfilled the expectation of some modernisation theorists. Furthermore in Northern Ireland at least, there are few signs of societal consensus, convergence, secularisation or political pluralism.“ (O'Dowd 1990 (1986), 217)

'90ern keine bedeutende Gruppe mehr gab, die ihnen in Puncto Militanz hätte Konkurrenz machen können.

Die Republikaner als Unterschichtphänomen impliziert noch andere Punkte. So ist die republikanische Bewegung in ihrer sozio-strukturellen Zusammensetzung relativ homogen. Zu ihr gehören vor allem Leute, die entweder aus dem Arbeitermilieu oder aus kleinbürgerlichen oder aus ländlichem Milieu stammen: Bauern bzw. Bäuerinnen, HandwerkerInnen, gelernte und ungelernte ArbeiterInnen, LadenbesitzerInnen usw. Ein Aspekt, der dies illustriert, ist die untergeordnete Rolle der Universitäten im Konflikt, die deshalb nicht als republikanische Hochburgen gelten können[165]. Dass die Republikaner ein Unterschichtphänomen sind, spiegelt sich in ihrer Betonung der ökonomischen Benachteiligung wider, die trotz diverser gesetzlicher Vorgaben gegen Diskriminierung nicht aufgehoben werden konnte. Trotzdem bedeutete die Integration ins britische System die Integration in ein System sozialer Absicherung. Ebenso bedeutete es Integration in das britische Bildungssystem, das so als Möglichkeit für einen sozialen Aufstieg zur Verfügung steht, was zu einem erheblichen Anstieg des Bildungsniveaus in den unterprivilegierten Schichten führte, von denen damit ein Teil Anschluss an die Mittelschicht fand.

Die moderne republikanische Bewegung war nicht nur ein Unterschicht-, sondern ebenso ein Jugendphänomen. Die Absetzung der alten Garde in den '70ern war ein erfolgreicher Generationswechsel in der Führungsriege, der mit der Konzentration des Republikanismus auf Nordirland einher ging. Dies wies den Republikanern in der Republik die Rolle der Unterstützer im nordirischen Machtkampf zu und ließ die Vereinigung mit der Republik zu einem Fernziel werden. Förderlich war dem, dass die *Provisionals* die erste republikanische Gruppe seit Jahrzehnten geworden waren, die eine Machtstellung errungen hatte. Diese ließ sie die republikanische Führungsrolle auch außerhalb Nordirlands übernehmen und führte dazu, dass sie in Nordirland etwas zu verlieren haben. Politik war für die Unterschichtkinder zu einem Aufstiegskanal geworden.

Der Konflikt führte in den republikanischen Hochburgen zu der Entwicklung einer von ihm geprägten Normalität, die sich von der in anderen Gebieten des Landes unterschied. Sie war gekennzeichnet von politischer Gewalt, Abschottung, sozialen Problemen und der großen Anzahl von Familien, bei denen Angehörige entweder im Gefängnis saßen oder getötet oder verletzt worden waren. Es entwickelten sich Selbsthilfegruppen und Initiativen, von denen die einen mehr und die anderen weniger mit der republikanischen Bewegung verbunden waren. Außerdem entwickelte

165 Tatsächlich sind sie führend in der Forschung zum Nordirlandkonflikt, genießen internationales Renommee und haben also in dieser Hinsicht eine Rolle gespielt.

sich eine Konfliktkultur, die sichtbar in Form der Wandgemälde und hörbar als Protestsongs ist. Ein weitere Ausdruck war die zugenommene Popularität von irischem Tanz, Sport und Sprache. So knüpfte man an die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts an, zu der die „Erweckung“ der irischen Kultur in Abgrenzung zum britischen Einfluss gehörte. Nun diente es abermals der Abgrenzung, um die eigenen nationalen Ansprüche und die Trennung der Gesellschaft in zwei *Communities* oder *Traditions* zu untermauern. Davon abgesehen verblieben diese Ambitionen im Bereich des Folkloristischen insofern, wie die Bezüge zur irischen Kultur inhaltlich kaum von politischer Relevanz sind.

Die fast vollständige Trennung zwischen Katholiken und Protestanten traf nur auf die Gebiete zu, die am meisten von der politischen Gewalt betroffen waren, d. h. den Hochburgen von Loyalisten und Republikanern. Die pogromähnlichen Ausschreitungen von '69 blieben in einem solchen Ausmaß einmalig, wobei Ausmaß sich hier nicht auf die Anzahl der Toten bezieht – 1969 forderte der Konflikt dreizehn Todesopfer – sondern auf die Anzahl der von Einschüchterung und Vertreibung aus „gemischten“ Wohngebieten Betroffenen. Neben ritualisierten gewalttätigen Auseinandersetzungen zu bestimmten Zeiten wie der *Marching Season*, oder an bestimmten Orten wie den *Interfaces*, verschob sich die politische Gewalt von der Beteiligung weiter Bevölkerungskreise hin zu einer Sache, die von Spezialisten der Gewalt übernommen wurde, wie die Professionalisierung der PIRA zeigt.

Trotz der weit verbreiteten ambivalenten Einstellung „towards the use of violence under particular circumstances“, die zu einer „grudging acceptance“ von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele in der nordirischen Gesellschaft führte (Smyth 1989, 116), und trotz der expliziten Befürwortung von Gewalt bei den Anhängern von Republikanern und Loyalisten, wurde keineswegs jede Form von Gewalt gegenüber den politischen Gegnern toleriert oder gar gut geheißen. Die lebensnotwendige Verankerung in den *Communities* und das eigene – idealisierte – Selbstverständnis der Republikaner als nicht-sektiererische Armee sorgten für einen Zwang zur Rechtfertigung von Gewalt und waren damit Elemente ihrer Begrenzung. Außerdem bewirkte nicht nur die massive Überlegenheit der staatlichen Sicherheitskräfte eine effektive Begrenzung, sondern ebenso die Institutionalisierung der nicht-staatlichen Gewalt. Damit ist zum einen die erfolgreiche Verankerung in den Hochburgen gemeint, zum anderen Dinge wie Absprachen mit den Sicherheitskräften über Codewörter oder ID-Nummern, die Republikaner als Identifizierung für Anrufe bei Sicherheitskräften nutzten, um ihre Bombenwarnungen durchzugeben.

Nach den Anfangsjahren des aktuellen Konflikts entwickelte sich ab Mitte der '70er Jahre eine Pattsituation verbunden mit einer Konfliktroutine, in der jeder seine

eigene Machtstellung sicherte und gewaltsam verteidigte. Für Loyalisten und Republikaner geschah dies ohne Aussicht darauf, die Situation zu ihren Gunsten entscheiden oder ihre Machtstellung bezogen auf den Gesamtkonflikt wesentlich ausbauen zu können. Es konnte nur noch darum gehen, innerhalb der eigenen *Community* seine Machtbasis zu erweitern. Die Stabilität des Konflikts lässt sich an den Opferzahlen ablesen. Für die Republikaner zeigte 1981 der Hungerstreik und seine Auswirkungen die Notwendigkeit einer politischen Strategie zusätzlich zur militärischen, um sich behaupten zu können. Für Loyalisten zeigte sich spätestens mit den *Anglo-Irish-Agreement* Mitte der '80er, dass es keine Rückkehr zum alten Stormontsystem geben wird.

Zudem blieb die nordirische Gesellschaft, von der nur ein Teil massiv und dauerhaft vom Konflikt betroffen war, stabil. Sie unterschied sich in ihren Besonderheiten nur graduell von den sie umgebenden, wenn man von konfliktbedingten Besonderheiten – wie etwa der hohe Anteil der Gefängnisinsassen an der Gesamtbevölkerung, der hohe Anteil von denjenigen, die wiederum für den staatlichen Sicherheitsapparat arbeiten oder die konfessionelle Trennung der Wohngebiete – einmal absieht. Wie in anderen strukturschwachen Regionen gibt es Arbeitsmigration und Probleme, wie Armut, Kriminalität und Drogen. Diese unterscheiden sich in ihrem Ausmaß allerdings nicht wesentlich von den Problemen anderer vergleichbarer Regionen Großbritanniens oder Irlands. Seit Mitte der '80er Jahre hat Nordirland in vieler Hinsicht aufgeholt, wo es bis dahin im Vergleich zu anderen Gebieten Großbritanniens schlecht abgeschnitten hatte: Der Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus, Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Arbeitsmarktes. Es hat dabei seine Eigenheiten behalten wie eine hohe Anzahl an regelmäßigen Kirchgängern, oder eine relativ junge Gesellschaft, die den geringsten Anteil von über 60jährigen in Großbritannien aufweist.

Die Geburtenrate nahm in den letzten Jahrzehnten immer weiter ab und die Bevölkerung nur leicht zu, während sich das Bevölkerungsverhältnis seit der Gründung Nordirlands langsam aber stetig zugunsten der Katholiken entwickelte. Für Loyalisten spielte dieser Punkt eine wichtige Rolle, weil sich so die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Ungunsten ändern. Für Republikaner ist er sekundär, denn erstens beziehen sie sich auf die gesamte irische Insel, wo sich Katholiken ohnehin in der überwältigenden Mehrheit befinden. Zweitens vertragen sich solche Überlegungen nicht mit ihrem anti-sektiererischen Selbstverständnis. Danach ist nicht die Anwesenheit von Protestanten das Problem, sondern die Verbindung zu Großbritannien. Auch bei den Loyalisten resultierten demographische Überlegungen nur bei extremsten Elementen in der Propagierung radikaler Lösungen wie Umsiedlung, neue Grenzziehung und ähnliches. Noch gewaltsamere Methoden, wie Massaker im größeren Stil, standen

und stehen bei niemanden auf dem Programm, zumal es eine dritte beteiligte Partei gab, die beiden überlegen war: Die britische Armee.

Nach dem Krieg von 1967 waren der Gazastreifen und die Westbank unter israelischer Militärverwaltung bis mit der Einsetzung der Autonomiebehörde Teile unter Selbstverwaltung kamen. Zwar gab es ab 1981 eine Zivilverwaltung, doch sie blieb der militärischen untergeordnet. Der völkerrechtliche Status der Gebiete bzw. seine juristischen Implikationen blieben umstritten. Da Israel die Gebiete nicht annektierte – eine Annexion der gesamten Gebiete wäre völkerrechtswidrig[166] –, wurden sie nicht in das demokratische politische System integriert. Außerdem wollte Israel den Anteil arabischer Staatsbürger, der heute etwa 20% beträgt, nicht erhöhen und vertrat den Standpunkt, dass der Status der eroberten Gebiete in Friedensverträgen mit den arabischen Nachbarn geklärt werden müsse. Eine Selbstverwaltung der Palästinenser, wie sie bei den Verhandlungen in *Camp David* Ende der '70er angedacht wurde, konnte demnach nur in Absprache mit Ägypten und Jordanien eingeführt werden. Darüber hinaus sollten israelische Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Daher kam eine Kooperation mit der PLO, solange diese Israels Existenzrecht nicht anerkannte, für Israel nicht in Frage.

Aus nationalistisch-palästinensischer Sicht sind Gazastreifen und Westbank militärisch besetztes Gebiet innerhalb des Territoriums eines Staates, welches das Mandatsgebiet Palästina umfasst hätte mit arabischer Bevölkerungsmehrheit, der nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches hätte entstehen sollen. Nach dieser Auffassung ist ein Teil der Bevölkerung, die Flüchtlinge und deren Nachkommen, gezwungen, außerhalb des Staatsgebietes zu leben. Zu diesem Territorium gehörte also gemäß PLO Charta das Staatsgebiet Israels in den Grenzen von 1948, wobei 1996 beschlossen wurde, die Passagen der Charta, die zur Vernichtung Israels aufrufen, zu streichen. Vor der Bejahung einer Zwei-Staaten-Lösung, die ein Existenzrecht Israels impliziert, lehnte sie Modelle der Selbstverwaltung ab, weil dies als (Zwischen-)Lösung für die besetzten Gebiete einer Begrenzung des Konflikts auf diese gleich gekommen wäre und alle anderen Dimensionen ausgeklammert hätte. Ohne die komplexen völkerrechtlichen Zusammenhänge ausführen zu wollen, lässt sich festhalten, dass es vor *Oslo* in der Konsequenz all dessen kaum Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung für Palästinenser gegeben hat:

Innerhalb der PLO und ebenso innerhalb ihrer Fraktionen hatten – wenn überhaupt – nur diejenigen Möglichkeiten zur Wahl, die dazu gehörten. In den Gebieten waren die PLO Parteien verboten. Politische Organisationen waren erlaubt, sofern sie das Existenzrecht Israels nicht in Frage stellten bzw. wurden geduldet, sofern sie kei-

166 Zu den komplizierten völkerrechtlichen Implikationen siehe Dinstein 2001.

ne Gewalt anwendeten. Da keine Selbstverwaltung eingeführt wurde, gab es in den Gebieten keine übergeordneten demokratisch-politischen Institutionen, für die man sich hätte wählen lassen können. Kommunalwahlen fanden nur zweimal, 1972 und 1976, statt. Nach *Oslo* konnten die Palästinenser 1996 und 2006 ihren Legislativrat und damit ihre Regierung wählen, und 2004 Kommunalwahlen durchführen.

Militärverwaltung bedeutete zwar nicht völlige Rechtlosigkeit, allerdings war der rechtliche Status der palästinensischen Bewohner immer prekär. Unzählige Gesetze und israelische Verordnungen zusätzlich zu den schon vorhandenen, die teils aus der britischen Mandatszeit stammen, teils jordanischer Herkunft sind, waren und sind in Kraft und öffneten damit staatlicher Willkür Tür und Tor (Langer 1996, Watzal 1994). Die Landnahme und die damit verbundene staatliche Unterstützung von israelischen Siedlern in den Gebieten illustriert dies. Die israelischen Bewohner unterliegen israelischem Recht, wie es jedem Staatsbürger unabhängig von seiner Religion zusteht, und sind damit gegenüber den palästinensischen Bewohnern privilegiert. So gut wie alle israelischen und alle palästinensischen Bewohner leben mittlerweile voneinander völlig isoliert. Bis in die '90er, wenn auch unterbrochen zur Zeit der ersten *Intifada*, gab es noch Kontakte, die vor allem ökonomischer Art waren (etwa beim Einkauf bzw. Verkauf oder die Beschäftigung palästinensischer Arbeiter durch israelische Arbeitgeber etc.). Nicht nur gibt es kaum gesellschaftliche Kontakte, sondern mit Ausnahme Hebrons, wo sich religiös motivierte Israelis mitten in der palästinensischen Altstadt angesiedelt haben und es immer wieder zu gewaltsamen Konflikten kommt, sind sie räumlich getrennt. Die Siedlungen[167] liegen auf Anhöhen neben den palästinensischen Ortschaften, sind durch Zäune oder Mauern gesichert und haben eigene Zufahrtswege, die nicht von Palästinensern genutzt werden dürfen.

Nur eine Minderheit der Siedler sind religiös motivierte Extremisten, die sich gegen ihre eigene Regierung legitimiert fühlen, die Gesetze ihres Staates zu brechen, weil sie nach ihrer Auffassung die religiöse Pflicht haben, das Land notfalls mit allen Mitteln in Besitz zu nehmen. Tatsächlich lebt die Mehrheit der Siedler in staatlich geförderten Siedlungen, die zum Teil die Ausmaße einer Kleinstadt haben, insbesondere diejenigen um Jerusalem. Von ihren Bewohnern werden sie gar nicht mehr als Siedlungen, sondern als Vororte wahrgenommen. Andere Siedlungen stehen an strategisch oder für die Kontrolle über die Wasserressourcen wichtigen Punkten, manche sind potentielle Verhandlungsmasse, sollte es zu Verhandlungen kommen. Für Palästinenser steht jede Siedlung auf geraubtem Land.

167 Ausführlich zu der Geschichte der Siedlungen, der Siedlerbewegung und israelischer Siedlungspolitik: Zertal/ Elder 2007.

Das „geraubte Land“ ist ein zentraler Topos. Zum einen, weil es sich nach islamistischer Interpretation bei den Gebieten und Israel in den Grenzen von vor '67 um „Stiftungsland“ handelt, das unveräußerlich von Gott durch seinen Propheten in die Hände von Muslime gegeben worden sei. Demnach kann der Anspruch darauf niemals aufgegeben werden (*Hamas* Charta, Artikel 11). Zum anderen verweist der Topos auf die Erschütterung einer überwiegend agrarischen Gesellschaft, die mit dem Verlust von Land ihrer Existenzgrundlage beraubt wurde. Die Flüchtlinge, von denen die meisten Bauern waren, konnten weder '48 noch '67 von den ihrerseits agrarisch geprägten Gesellschaften der angrenzenden Staaten und von den anderen Palästinensern aufgefangen werden. Außer durch Wohlfahrt konnte ihnen zunächst keine neue Existenzgrundlage geboten werden. Für die feudale Oberschicht bedeutete der Landverlust nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Machtverlust, selbst wenn sie Teile ihres Vermögens retten und mit Hilfe verwandtschaftlicher Beziehungen in den arabischen Staaten ihren Status als Oberschicht halten konnten.

Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer vorindustriellen Gesellschaft sorgte für eine bleibend große ökonomische Kluft und für ein extremes Gefälle im Lebensstandard zwischen allen Bevölkerungsteilen: Zwischen Flüchtlingen und Landbesitzern, zwischen Bauern und Oberschicht, Land und Stadt, zwischen Beduinen und allen anderen, und wegen des hohen Anteils von Flüchtlingen im Gazastreifen zwischen diesem und Westbank. Einen Anspruch auf soziale Absicherung gab es nicht. Die Menschen blieben abhängig von der UNRWA und anderen Hilfsorganisationen und nicht zuletzt von ihren familiären Netzwerken. Die palästinensische Gesellschaft hat in vieler Hinsicht mit typischen Problemen einer Entwicklungsgesellschaft zu kämpfen und eines davon ist das Bevölkerungswachstum, denn die palästinensische Bevölkerung hat sich aufgrund der hohen Geburtenrate in den Gebieten seit Beginn der '70er Jahre mehr als verdoppelt (von ca. eineinhalb Millionen auf über drei Millionen). Wie woanders auch, führt das Bevölkerungswachstum dazu, dass selbst Erfolge in der Armutsbekämpfung oder ein Ausbau des Bildungssystems das Ausmaß der sozialen Probleme nicht nachhaltig minimieren konnten.

Die Verdopplung der Bevölkerung gilt ebenso für Israel (von ca. drei Millionen auf mittlerweile fast sieben Millionen) im gleichen Zeitraum und auch hier führte das Wachstum zu sozialen Problemen. Trotzdem gibt es wenigstens zwei wesentliche Unterschiede: Zum einen ist das israelische Bevölkerungswachstum zu einem großen Teil auf Einwanderung zurückzuführen und Einwanderer bringen keineswegs nur Probleme, sondern ihre Qualifikationen mit (Garfinkle 1997, 95f.). Zum anderen übertrifft die wirtschaftliche Macht Israels die palästinensische bei weitem. Aus palästinensischer Sicht geht diese Übermacht zu ihren Lasten und der Stand der eige-

nen wirtschaftlichen Entwicklung, und die damit verbundenen sozialen Probleme werden als Folge der Besatzung interpretiert. Aus (linker) israelischer Sicht hängen die eigenen sozialen Probleme und die Ausgaben für Sicherheit und Militär miteinander zusammen, weil Letztere zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit fehlen. Jedenfalls unterliegen seit der Eroberung der Gebiete durch Israel beide Gesellschaften allein aus demographischen Gründen einem Wandel, dessen ungeheures Ausmaß und politische Konsequenzen kaum abschätzbar sind. Eine Folge ist die im Vergleich zu europäischen Staaten große Heterogenität der Gesellschaften[168].

Die Heterogenität der palästinensischen Gesellschaft zeigt sich neben dem ökonomischen Gefälle innerhalb der Bevölkerung entlang vieler Linien: Zwischen stark traditionell verankerten und an der Moderne orientierten Bevölkerungsteilen, zwischen Christen und Muslimen, zwischen Islamisten und Säkularen, zwischen Analphabeten und Hochschulabsolventen usw.: Die Nationalbewegung, in der die anwachsende und oft aufgrund ihrer Ausbildung anti-traditionelle Mittelschicht eine tragende Rolle spielte, kann daher als Antwort auf die Probleme einer in mehrfacher Hinsicht zerrissenen Gesellschaft gelesen werden, die zu einer rasanten Modernisierung gezwungen war. Die Nationalbewegung verstand sich zum Teil als Motor einer nachholenden Modernisierung, die traditionell-konservative Strukturen und Werte zu überwinden suchte, unter anderem weil sie die Niederlagen gegen Israel auf diese zurück führte. Der Slogan „Land statt Ehre“ (im arabischen ein Wortspiel) spielt darauf an, dass Menschen eher geflüchtet seien als zu kämpfen, weil sie die Ehre der Familie, d. h. die Frauen vor Vergewaltigung, schützen wollten. Neben dem traditionellen Ehrbegriff und der gesellschaftlichen Geschlechtertrennung war es die Bedeutung der Familie als Clan, der moderne Organisationsformen und Solidaritätsmodelle, wie die Nation, entgegen gestellt wurden. Die herausragende Rolle der Bildungseinrichtungen und die Anstrengungen, die in ihren Aufbau gesteckt wurden – so gibt es mittlerweile ungefähr ein Dutzend Hochschulen in den besetzten Gebieten –, ist eine der Konsequenzen der Modernisierungsversuche. Die säkulare Ausrichtung diente so gesehen nicht nur zur Überwindung der Kluft zwischen Christen und Muslimen, sondern orientierte sich am Erfolgsmodell des modernen Nationalstaats.

Auf der anderen Seite gilt ein Beispiel des Erfolgsmodells Nationalstaat – Israel – als Feind, der die palästinensische Gesellschaft und ihre nationale Identität zerstören will. Sie sollen demnach verteidigt und bewahrt werden. Die Abgrenzung kann mithin nur über Elemente erfolgen, die angeblich authentisch sind. Klischees wie das vom europäischen, skrupellosen, unmoralischen Israeli, dem der orientalische, erdverbundene und moralische Palästinenser gegenübergestellt wird, oder umgekehrt:

168 Vgl. im Hinblick auf Israel zum Beispiel Eisenstadt 1987 oder kürzer Zuckermann 2002.

Der moderne, aufgeklärte Israeli, dem der zurückgebliebene, unwissende Palästinenser gegenüber gestellt wird, sind dabei Elemente der Abgrenzung, wie sie jeweils wechselseitig benutzt werden. Doch gehen die Elemente der Abgrenzung über derlei sich selbst aufwertende und den anderen abwertende Stereotype hinaus. Die Betonung der kulturellen Differenz zum Gegner zielt auf den Kern des Konflikts: Wer hat Anspruch auf das Land? Wer darf dort leben und wer nicht?

Im Islamismus[169] wird die Logik der kulturellen Differenz auf die Spitze getrieben, weil allein das Muslim-Sein zum entscheidenden Kriterium wird. Er beinhaltet ein anderes Staats- und Gesellschaftsmodell als das des säkularen Nationalismus, und beruft sich auf den Islam – so wie Islamisten ihn interpretieren. Doch genau wie der Nationalismus besitzt der Islamismus eine Komponente, soziale Ungleichheit mit ideologischer Gleichheit zu entschärfen, die wesentlich auf der Definition derjenigen beruht, die eben nicht dazu gehören. Der Feind wird darüber hinaus zum Feind der Menschheit erklärt, dessen verschwörerischen und verbrecherischen Umtriebe überall auszumachen seien (unter anderem in Artikel 22 der *Hamas* Charta[170]).

Die politische Konkurrenz war zunächst die traditionelle eher pro-jordanische Oberschicht sofern sie nicht selbst Teil der Nationalbewegung war. Innerhalb der Nationalbewegung konnte *Fatah* zwar eine führende Rolle einnehmen, doch sie blieb zersplittert: Es gibt verschiedene ideologische Ansätze von pro-kommunistisch bis anti-kommunistisch, verschiedene Vorstellungen einer möglichen Konfliktlösung, und damit verbunden die Einschätzung jüdischer Ansprüche von einer Zwei-Staaten-Lösung bis zur Vernichtung Israels, verschiedene Vorstellungen über die Widerstandsmethoden von gewaltfreier Massenmobilisierung bis zum internationalen Terrorismus. Hinzu kommen die verschiedenen Verbündeten im Ausland und dort die Führungsriegen der wichtigsten Gruppierungen. Sie unterliegen einerseits dem Druck ihrer Verbündeten, andererseits behalten sie die Oberhand über die Führungsriegen innerhalb der Gebiete. Die schon fast legendäre Zersplitterung, die internen Macht-

169 Unter Islamismus versteht Meier eine Ideologie und Bewegung des modernen Islam, die als Laienbewegung von der gesellschaftlichen Basis aus entstanden ist, auch wenn es mittlerweile einen staatlich geförderten Islamismus gibt; er wird als Kritik gegen die herrschenden Verhältnisse vorgebracht und Ziel ist die islamische Reform aller Lebensbereiche, wozu die Verwirklichung der *Scharia* gehört und sich auf eine ideale Frühzeit des Islam bezogen wird; sie ist ein Krisenphänomen, wobei die Verteidigung der islamischen Identität eine herausragende Rolle einnimmt. Sie ist demnach eine moderne Bewegung, die antimodernistisch ist (Meier 1995, 73/74). Streng genommen wird also das „richtige" Muslim-Sein zum entscheidenden Kriterium.

170 Demnach stecken sie hinter dem 1. und 2. Weltkrieg, hinter dem kapitalistischen Westen und dem Kommunismus, diversen Revolutionen, den Medien, den Freimaurern usw. Siehe: *Hamas* Charta. Zu den verschwörungstheoretischen Vorlieben – so bezieht sich die Charta auch auf die „Protokolle der Weisen von Zion" – siehe Freund 2002, 14f.

kämpfe und die Trennung zwischen denjenigen, die unter israelischer Besatzung leben und den anderen; die Verwicklungen in die Politik der angrenzenden Staaten; die weit verbreitete Bereitschaft, Gewalt als legitimes Mittel des Widerstandes zu sehen, selbst wenn man sie selbst nicht anwendet – all dies führte dazu, dass es extrem schwierig war, politischen Konsens zu finden, indes umso einfacher, sich mit gesteigerter Militanz gegenüber seinem unmittelbaren Konkurrenten einen Vorteil zu verschaffen. Politischer Konsens war nur auf dem kleinsten Nenner möglich, dem Widerstand gegen die israelische Besatzung, während alle anderen Themen von politischer Relevanz nur im Rahmen der nationalen Befreiung ihre Berechtigung hatten. Daher gab es mit einer Ausnahme keine politischen Bewegungen oder Parteien, die außerhalb der säkularen Nationalbewegung stehen konnten. Die Ausnahme ist die islamistische Bewegung.

Sie trat zunächst als gesellschaftliche Kraft in Erscheinung, und zwar in erster Linie durch Wohlfahrtsorganisationen und Förderung religiöser Zentren, durch Bildungseinrichtungen und Moscheenbau. So stieg der Anzahl der Moscheen von '67 bis zur '87er *Intifada* im Gazastreifen von 200 auf 600 und in der Westbank von 400 auf 750 (El-Maneie 1997, 49 ff.). Ihre Ziele waren dabei nicht unpolitisch. Im Gegenteil, die Islamisierung der Gesellschaft zielt auf die Aufhebung der Trennung von Politik und Religion und richtete sich damit gegen die säkulare Nationalbewegung[171]. Erst in den '80ern, offiziell dann mit der Gründung der *Hamas*, schlossen sie sich der Nationalbewegung an, ohne die Ablehnung eines säkularen Staates aufgegeben zu haben. Sie entwickelten sich zur wichtigsten Konkurrenz, deren Aufstieg mit dem politischen Fall der linken Gruppierungen einher ging. Konnte man die Konflikte mit den traditionellen Eliten als Generationenkonflikt mit den in den '70er Jahren jungen, eher anti-traditionellen Eliten interpretieren, so trifft dies auf die Konflikte mit den islamistischen Gruppen nicht zu. Sowohl die säkulare Nationalbewegung als auch die islamistische Bewegung sind in der Jugend fest verankert bzw. die islamistischen haben den säkularen, insbesondere den linken Parteien, in dieser Hinsicht den Rang abgelaufen. Da die palästinensische Gesellschaft eine sehr junge Gesellschaft ist, wäre eine politische Bewegung, die die Jugend nicht erreicht, bedeutungslos. Eine Gegenüberstellung, wonach die islamistische Bewegung ihre Stärke aus den Reihen der

171 „The PLO is among the closest to the Hamas (...) Under the influence of the circumstances which surrounded the founding of the PLO, and the ideological invasion which has swept the Arab world since the rout of the Crusades, and which has been reinforced by Orientalism and the Christian Mission, the PLO has adopted the idea of a Secular State, and so we think of it. (...) For the Islamic nature of Palestine is part of our religion, and anyone who neglects his religion is bound to lose. (...) When the PLO adopts Islam as the guideline for life, then we shall become its soldiers, the fuel of its fire which will burn the enemies.“ Artikel 27, *Hamas* Charta.

Ungebildeten und Armen zieht, hingegen die säkularen Parteien insbesondere die gebildeten Schichten ansprechen, wäre ebenso falsch. Gerade unter jungen Menschen, die ein relativ hohes Bildungsniveau haben, ist sie attraktiv, wie ihre Erfolge in den Universitäten zeigen[172]. Die Diskreditierung des säkularen Nationalstaatsprojekts nach der früheren Diskreditierung des pan-arabischen hat in den '90er Jahren parallel zum Scheitern des Friedensprozesses und der palästinensischen Autonomiebehörde immer weitere Bevölkerungskreise erfasst.

Die *Intifada* von '87 war nicht einfach nur ein politisches Ereignis mit weitreichenden Folgen, das sein Versprechen eines souveränen demokratischen Staates nicht einlösen konnte. Sie markiert ebenso den Beginn eines ökonomischen Umbruchs, der genauso wenig sein Versprechen auf mehr Wohlstand für alle einhalten konnte. Und sie war ein gesellschaftlicher Erdrutsch, in dem der Bruch mit traditionellen Werten einerseits gefeiert, andererseits verdammt wurde. In keiner Hinsicht hat sich die palästinensische Gesellschaft stabilisiert, geschweige denn, nur eines ihrer Probleme lösen können. Sie hat sich im Gegenteil in jeder Hinsicht zu einer Gesellschaft entwickelt, die sich in einem ständigen Umbruch befindet, der nirgendwohin zu führen scheint. Sogar zur Zeit des Friedensprozesses ist die politische Gewalt nicht nur nicht aus dem politischen Prozess, sondern nie über einen längeren Zeitraum aus der Gesellschaft verschwunden und die gesamte Gesellschaft war von ihren Auswirkungen betroffen. Sein Verlauf bzw. sein Scheitern verlieh sogar Gewaltformen Akzeptanz, die sie vorher so nicht besessen hatten, wofür die Selbstmordattentate das beste Beispiel sind[173]. Damit ist nicht nur die Akzeptanz dieser Gewalt gegen den Gegner gemeint. Diese Akzeptanz beinhaltet auch das Ausmaß an Gewalt, dass man bereit ist, sich selbst zuzumuten, sowie politischen Organisationen das Recht zuzugestehen, ihre Anhänger in den sicheren Tod zu schicken. Sie findet ihren Ausdruck in einem Märtyrerkult, der durch Medien – seien es Plakate, Videos, Fernsehen oder Internet – verbreitet wird und insbesondere auf Jugendliche zugeschnitten ist. Zwar hat es das früher schon während ersten *Intifada* oder im Libanon gegeben, als sich eine Widerstandskultur in Musik, Literatur und Plakaten ausdrückte. Doch durch die neuen technischen Möglichkeiten und internationalen medialen Entwicklungen, zu der das ständige Anprangern angeblicher oder tatsächlicher Unterdrückung der

172 Zur „Islamisierung der Palästina-Frage“ und die maßgebliche Rolle der Jugend siehe auch Kepel 2002, 196 ff. Hinsichtlich des Machtkampfes zwischen *Fatah* und *Hamas* gelangte er allerdings zu einer starken Fehleinschätzung: Seit 1999 sei die palästinensische Islamismusbewegung „keine ernstzunehmende Alternative zur PLO-Regierung“ mehr (ebd., 391).

173 Nach Umfragen befürworteten 1997 etwa 24% Selbstmordattentate, nach Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* stieg die Befürwortung kontinuierlich an bis zu 76% 2001, und 2004 waren es noch 62%. Quelle: JMCC 2004.

Muslime durch den Westen gehört und der *Dschihad* im Sinne des gewaltsamen Kampfes propagiert wird, hat es eine neue Quantität und Qualität erreicht, die legitimierend wirkt.

Zusammenfassend zeigt die vergleichende Perspektive auf die Nationalbewegungen und ihre gesellschaftspolitischen Umfelder bzw. deren Entwicklungen, dass in beiden Konflikten neben der politisch-nationalen um Territorium mehrere Konfliktlinien existieren. Da sind erstens sozio-ökonomische, die sich in relativer Deprivation im Verhältnis zu den erklärten feindlichen Gesellschaften niederschlagen und in sozialer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften. Zweitens die ungleiche Behandlung innerhalb der politischen Systeme, bei der die Angehörigen der dominanten Gruppe bevorzugt werden. Drittens gibt es kulturelle Brüche wiederum zwischen den erklärten Gegnern und innerhalb der Gesellschaften. Doch hinsichtlich aller drei Punkte sind die Gräben zwischen den Konfliktparteien und innerhalb der palästinensischen Gesellschaft ungleich tiefer als die in Nordirland: Die Integration in das politische und soziale System Großbritanniens im Vergleich zur prekären rechtlichen Stellung unter militärischer Besatzung und der kaum vorhandenen sozialen Absicherung; die im Vergleich zur palästinensischen Gesellschaft relative Homogenität der nordirischen; und der im Vergleich geringe Grad kultureller Verschiedenheit und Abgrenzung der katholischen Nordiren zu den Protestanten und anderen Briten. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen führten darüber hinaus in Nordirland zu einer Verringerung der Relevanz der Konfliktlinien, hingegen in den besetzten Gebieten zu einer ständigen Verschärfung.

Ein wichtiges Beispiel dafür ist die unterschiedliche demographische Entwicklung. Neben anderen Auswirkungen ist die Attraktivität beider Bewegungen für die Jugend zu bedenken, die sozusagen ihre Fußvölker sind. Die republikanische Jugend wurde zum einen weniger, zum anderen eröffneten sich ihnen nach und nach alternative Möglichkeiten der Lebensgestaltung. In den besetzten Gebieten passierte genau das Gegenteil. Hinzu kommt der unterschiedliche Umfang der Widerstandsgesellschaften und damit der unterschiedliche Grad an Stabilität innerhalb der Gesellschaften. In Nordirland war die Widerstandsgesellschaft nur ein Teil der Gesamtgesellschaft. Die direkten Auswirkungen des Konflikts, wie Gewalt auf den Straßen und Verhaftungen trafen zwar nicht nur die republikanischen Hochburgen, aber doch in erster Linie. In den besetzten Gebieten ist die ganze Gesellschaft betroffen.

Die Heterogenität bzw. Homogenität schlägt sich in den Widerstandsbewegungen nieder. Die nordirische war ein Unterschichtphänomen und eine Gruppe konnte eine Monopolstellung erringen. Die palästinensische blieb in mehrerer Hinsicht zersplittert und die Machtverhältnisse innerhalb der Bewegung haben sich massiv verscho-

ben. Gleichzeitig mussten sich die Republikaner gegen eine politisch gemäßigte, also gewaltlose Konkurrenz behaupten, die über großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte. Trotz der Gewaltakzeptanz als Mittel der politischen Auseinandersetzung war dies ein Element ihrer Begrenzung neben den schon erwähnten. Von einer solchen Konkurrenz kann im palästinensischen Kontext streng genommen keine Rede sein. Nicht, weil tatsächlich alle PalästinenserInnen Gewalt befürworten oder sie nicht manche für taktisch unklug gehalten haben, und auch nicht, weil alle Gruppierungen Gewalt angewendet hätten, sondern weil es keine nennenswerte Gruppe gab, die sich grundsätzlich gegen Gewalt ausgesprochen und sich auf diese Weise gegen andere Gruppierungen gewendet hat.

Ein weiterer Punkt ist die unterschiedliche Eindeutigkeit des Konfliktgegenstandes und Tragweite des nationalen Ideals. Das republikanische Ideal der Sezession und der Vereinigung mit der Republik Irland betrifft zwar die Republik und Großbritannien, aber deren Existenzen stehen damit nicht auf dem Spiel. Obwohl die Konfliktlinien anders interpretiert werden können – zum Beispiel als ethnischer Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten oder Klassenkonflikt – war doch die republikanische Konfliktideologie immer verhältnismäßig eindeutig, auch was die Existenz der Protestanten und die Errichtung eines säkularen, demokratischen Staates betraf. Nur Teile der palästinensischen Nationalbewegung propagieren die Zwei-Staaten-Lösung, womit der Konfliktgegenstand die besetzten Gebiete wären. Das Ideal der Bewegung beinhaltete aber über lange Zeit die Abschaffung Israels, wobei oft unklar und strittig geblieben ist, was mit der Abschaffung des jüdischen Staates gemeint ist, wer in dem neuen Staat wird leben dürfen, welche Rechte wem zugestanden werden sollen und wie der neue Staat beschaffen sein soll.

3.4.2 Politische Partizipation

Politische Partizipation von Frauen in Krisenzeiten ist aus der Konfliktforschung hinreichend bekannt (vgl. Kumar 2001). Nordirland und die besetzten Gebiete bilden da keine Ausnahme: Frauen als nationale Krisenmanagerinnen im Konfliktalltag und an der „Heimatfront“, die damit zusammenhängende oft kurzfristige Übernahme bis dahin männlicher Aufgaben, sowie vereinzelt die Einnahme solcher Rollen und die Schaffung neuer weiblicher wurden vielfach belegt (siehe dazu genauer: Kapitel 5.1). Wie jeder andere sind Frauen in die Konflikte eingebunden. Sie sind Leidtragende und Akteurinnen. Die Notwendigkeit, das Leben in den Konflikten zu organisieren, die beschränkten Lebenschancen und die Risiken sind die eine Seite. Chancen zu ergreifen, die sich aus den Konflikten ergeben, sind die andere. Der Konflikt schafft für Frauen alternative Lebensentwürfe und die Widerstandsbewegungen bieten

Wege, diese zu leben. In beiden Konflikten haben sich Frauen nicht nur den Widerstandsbewegungen angeschlossen, sondern haben sie selbst mit organisiert. Sie waren nicht nur Ausführende männlicher Politik, sondern haben diese mit gestaltet und einzelne sind in Führungspositionen gelangt.

In beiden Konflikten haben sich Frauen innerhalb der Widerstandsbewegungen als Frauen miteinander vernetzt, um Einfluss zu nehmen. Sie haben so zu einer Politisierung der Kategorie Geschlecht beigetragen, und zwar in erster Linie, um die Ziele des Widerstandes zu unterstützen. Im Rahmen des politischen Spektrums des Widerstandes sind sie überall zu finden. Es gibt einige, die kompromissbereiteren Strömungen angehören und die sich für eine friedliche Lösung der Konflikte einsetzen, und es gibt sie in den politischen Strömungen, die das andere Ende des Spektrums markieren. Eine geschlechtsspezifische Friedfertigkeit lässt sich nicht ausmachen. Untereinander sind keineswegs alle in weiblicher Solidarität vereint, sondern Konkurrenz und unterschiedliche politische Standpunkte schlagen sich in Abneigungen nieder.

Historische Altlasten

Die historischen Abrisse zeigen eine über Jahrzehnte nachweisbare politische Partizipation von Frauen in beiden Konflikten. Beim Blick auf die historischen Altlasten wird deutlich, dass Ende der '60er Jahre Republikanerinnen sowohl eine längere Tradition der Nationalbewegung als auch darin eine größere Bandbreite von weiblichen Rollenmodellen zur Verfügung standen als Palästinenserinnen. Dies bedeutet nicht, sie hätten alle Geschichte studiert und sich diese Rollenmodelle als Handlungsfolien angeeignet. Das Interesse an der eigenen Geschichte oder den Rollen von Frauen darin ist eher eine Folge eigenen politischen Engagements. Aber es bedeutet eine gewisse Präsenz der Modelle in Gestalt des kollektiven Gedächtnisses, die parat und selbstverständlich war. Aus nationalistischer Sicht war die nationale Geschichte sozusagen seit Anbeginn der Zeiten schon geschrieben und es fehlte nur noch das letzte Kapitel, also die Vereinigung Irlands. Sie verstand sich von selbst in Form von mündlicher Überlieferung und in Form von – in Südirland staatlich und – gesellschaftlich gepflegter Überlieferung, die sich in Musik, Theater, Presse, Gedenktagen, Symbolen und was es sonst noch alles für Medien der Überlieferung gibt, niedergeschlagen hatte. RepublikanerInnen meinen, sie können sich auf eine jahrhundertealte, säkulare und nicht zuletzt teilweise erfolgreiche Tradition berufen, deren Avantgarde sie selbst sind. Ihr legitimatorisches Problem bestand darin, ihren Anspruch auf Fortführung der anerkannten Tradition durchzusetzen. Für Frauen bedeutete dies, dass sie, selbst wenn sie nicht konkrete historische weibliche Vorbilder kannten, zumindest nicht von dieser Tradition ausgeschlossen waren und sie sich zu eigen machen

konnten. Es gab somit einen auf einem breiten Konsens beruhenden ideologischen Rahmen[174], in den sie sich einordnen konnten.

Eine nennenswerte palästinensische Nationalbewegung dagegen lässt sich frühestens nach Zusammenbruch des osmanischen Reiches ausmachen. Die Ideologie einer palästinensischen Nation, die einen eigenen säkularen Staat braucht, war jedoch nur eine unter anderen, die begründen, wieso es keine jüdische „nationale Heimstätte[175]“ und später, keinen jüdischen Staat auf diesem Boden geben dürfe. Genau genommen ist sie das immer geblieben, selbst wenn sie eine Hochphase in den '70er und '80er Jahren hatte. Die anderen waren erstens dynastische (zum Beispiel die Ansprüche des jordanischen Königshauses) oder allgemeiner formuliert, Herrschaftsansprüche, die auf Verwandtschaftsverhältnissen beruhen. Zweitens panarabische und drittens explizit sich auf den Islam berufende (Muslimbruderschaft – *Hamas*) Ideologien, wobei sich die verschiedenen Ansätze vermischt haben. Die Definition des Konflikts mit Israel ist nicht erst seit 2006 umstritten. Damit blieb gleichzeitig die nationale Geschichte umstritten, ja sogar die Frage, ob es eine solche überhaupt gibt, und wenn ja, ob die Nation der *Umma* (Gemeinschaft der muslimischen Gläubigen) über- oder untergeordnet ist? Und was ist mit den Christen, die per definitionem nicht zur *Umma* gehören können, aber zur Nation? Es gab also keinen auf einem breiten Konsens beruhenden ideologischen Rahmen. Die Frauen der säkularen Nationalbewegung waren vielmehr an dem Versuch beteiligt, einen solchen überhaupt erst zu schaffen. So konnte zwar vielleicht das eine oder andere weibliche historische Vorbild bekannt sein, welches sich irgendwann im Kampf gegen einen Feind geopfert oder eine bestimmte Tat vollbracht hatte, allerdings mussten solche Begebenheiten erst noch nach nationalistischer Ideologie umgedeutet werden und verstanden sich nicht von selbst. Und dies nicht nur nicht innerhalb der konkurrierenden Ideologien der Eliten, sondern schon gar nicht in weiten Kreisen der Bevölkerung. Die palästinensischen Akteurinnen waren daher sowohl Pionierinnen ihrer Nationalbewegung als auch Pionierinnen ihrer selbst.

Diese Sachverhalte spiegeln sich in den politischen Institutionen der Nationalbewegungen wider. Hier konnten Republikanerinnen auf schon bekannte Institutionen wie *Cumann na mBan* zurückgreifen, wohingegen Palästinenserinnen neue erfinden

174 Burton konzeptualisierte seine Studie mit der Unterscheidung nach Mannheim zwischen „total and particular ideology“, wobei der katholische Nationalismus die totale und die Ideologie der IRA eine seiner partikularen Varianten darstellt: „The central argument is that the potential political consciousness implicit within the wider representation of Catholicism is explicitly expressed within the politics of the IRA.“ (Burton 1978, 2)

175 So hieß es in der *Balfour Erklärung* von 1917. Der damalige britische Außenminister Balfour hatte sie verfasst und sie wurde 1922 in das Völkerbundmandat für Palästina aufgenommen.

mussten. Außerdem gab es in Irland schon lange andere Institutionen, in denen Frauen in der Politik beobachtet werden konnten bis zurück zu den Suffragetten Ende des 19. Jahrhunderts oder noch früher, der *Ladies Land League*. Irinnen, die aus der Rolle gefallen waren, waren schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus bekannt. Wenn Palästinenserinnen zu dieser Zeit Frauen sahen, die aus der Rolle fielen, so waren es jüdische Siedlerinnen oder Ausgestoßene der eigenen Gesellschaft und damit gewiss keine politischen Anführerinnen oder Vorbilder. Überdies waren für Irinnen staatliche Adressaten vorhanden – britische und später irische – an die Ansprüche gestellt werden konnten, während es sie für Palästinenserinnen nicht gab. In diesen Zusammenhang gehört der schon kurz erwähnte Punkt, dass die irisch-nationalistische Geschichtsschreibung immerhin einen Teilerfolg, und zwar Südirland, beinhaltet. Von dieser Erfolgsgeschichte waren Frauen nicht ausgenommen, selbst wenn ihr Anteil daran größtenteils in typisch weiblichen Stereotypen überliefert sein mag, wie die duldende und wartende Mutter oder Braut, die zum Wohl der Nation ihre Ansprüche zurück stellend ihren Held in den Kampf schickt.

Die historischen Bezugspunkte des palästinensischen Nationalismus sind Niederlagen. Die *Nakba* 1948 und die *Naksha* (arab. Sturz, Rückschlag, Niederlage) 1967 sind die gemeinsamen Nenner, die er mit den dynastischen, panarabischen und islamistischen Strömungen teilt. Die *Naksha* symbolisiert vor allem das Ende des Pan-Arabismus, die *Nakba* ist der zentrale Bezugspunkt für die Ansprüche des Nationalismus und des Islamismus. Doch die Bedeutungen sind umstritten: Wäre der Nationalismus obsolet, wenn das ganze Mandatsgebiet Palästina unter moslemischer oder arabischer Herrschaft wäre? Für den säkularen Nationalismus galt das nicht, wie zum Beispiel die Auseinandersetzungen mit Jordanien zeigten. Für säkulare Nationalistinnen bedeutet dies wiederum, dass kein einheitlicher Rahmen vorhanden ist, auf den sie sich selbstverständlich berufen können. Mehr noch, aus der Rolle der Frauen in den Niederlagen ließ sich nur ein Handlungsmodell gewinnen, wenn sie negativ besetzt und Traditionen in Frage gestellt wurden – daher der Slogan „Land statt Ehre“. Hinzu kommt, dass die Existenz Israels zu einem zentralen Symbol für den Machtverlust des Orients gegenüber dem Okzident geworden ist. Dieser Verlust wird unterschiedlich begründet. Nach der Argumentationslinie islamistischer InterpretInnen wird die Unterlegenheit der moslemischen Welt gegenüber dem Westen auf den Abfall von der eigenen Religion zurück geführt, wozu die Auflösung einer gottgewollten Geschlechterordnung gehört. Die grundsätzliche Überlegenheit des eigenen kulturellen Erbes kann sich erst dann nochmals politisch durchsetzen, wenn die Gesell-

schaft sich streng an die Regeln des Koran und des Propheten hält, wobei sie diejenigen sind, die genau wissen, welche Regeln dies sind[176].

Tatsächlich ist der Islamismus anti-traditionalistischer als der Nationalismus, weil er einen universalistischen Anspruch erhebt. Der reine Islam, dessen Existenz eine zentrale Unterstellung von Islamisten ist, steht über lokalen oder nationalen Traditionen und über allen anderen Ordnungen von Gesellschaften, weil er allumfassend sei. Nationalismus beruft sich hingegen auf eine nationale, authentische, eigene Kultur. Da diese eine Geschlechterordnung hat, die auf Geschlechtertrennung und geschlechtlicher Arbeitsteilung beruht, wobei alles öffentliche und damit politische in den männlichen Bereich fällt, befinden sich Frauen, die in der Nationalbewegung aktiv werden wollen, in einem Dilemma. Während gerade die traditionelle Geschlechterordnung den Islamismus anschlussfähig macht, kommt für Nationalistinnen noch eine andere historische Bürde, die wiederum mit dem Machtverlust zu tun hat, hinzu. Die Bürde ist die Einschätzung, dass alles, was mit Frauenrechten zu tun hat, ein subversiver Westimport sei:

In den Diskursen um den angeblichen Kampf der Kulturen ist die Stellung der Frau eines der Hauptdistinktionsmerkmale, wobei Vertreter beider Seiten behaupten, nur in der Kultur, die sie beanspruchen zu vertreten und definieren zu können, Frauen wirklich gewürdigt werden. Dieses Phänomen ist nicht neu. Es kann als Fortsetzung eines Kolonialdiskurses gelesen werden, in dem Modernität und Zivilisationsgrad anderer, d. h. der kolonialisierten oder noch zu unterwerfenden Gesellschaften, an der Stellung der Frau gemessen werden, wobei der Maßstab damals wie heute nicht selten auf einer Fehleinschätzung oder Idealisierung der Stellung der Frau in der eigenen Gesellschaft[177] – einer „verschleierten Wirklichkeit“ (Braun/ Mathes 2007) – beruht. Der Maßstab kann jedoch einfach ein doppelter sein, um Herrschaftsansprüche zu legitimieren: „... the discourse of patriarchal colonialism captured the language of feminism and used the issue of women's position in Islamic society as the spearhead of the colonial attack on those societies. Imperialist men who were the enemies of feminism in their own societies, abroad espoused a rhetoric of feminism attacking the practices of Other men and their ‚degradation‘ of women ... in order to legitimize Western domination and justify colonial policy of actively trying to subvert the cultures and religions of the colonized people“ (Ahmed 1992, 243).

176 Tatsächlich beruht die islamistische Ideologie, wie jede extremistische Ideologie, auf der Ausblendung eines beachtlichen Teils des eigenen kulturellen Erbes (Appleby 2000, 17).

177 Siehe dazu auch Ausführungen, die auf den paradoxen Effekt hinweisen, dass da, wo die „Gleichberechtigungsnorm“ – wie zum Beispiel in individualisierten Paarbeziehungen – besonders hoch gehalten wird, die abweichende Alltagspraxis „neutralisierend überblendet“ wird (Gildemeister/ Robert 2003, 227).

Zum einen diente dies zur Legitimation kolonialer Herrschaft, zum anderen verbindet sich damit eine Modernisierungstheorie, die von Eliten der kolonialisierten Gesellschaften aufgegriffen wurde, entweder weil sie ihre Macht schwinden sahen, oder weil es sich um aufstrebende Eliten handelte[178]. Dieser Verknüpfung von einer veränderten Stellung der Frau mit Modernisierung und Machtgewinn, stand die Verknüpfung von einer veränderten Stellung der Frau mit Vernichtung der eigenen Kultur und Machtverlust gegenüber. Für Palästinenserinnen, deren Lebensbedingungen sehr konkret und massiv von Israel beeinflusst werden, verschärft sich dieses Deutungsdilemma noch: Die kulturelle Abgrenzung musste erst recht aufrecht erhalten werden, um sich erstens gegen die Vorstellungen einer aufgeklärten Besatzung zu wehren, die den Besetzten zugute komme. Zweitens gegen die Behauptung, es gäbe gar keine palästinensische Nation. Drittens, um der Vernichtung des kulturellen Erbes etwas entgegenzusetzen. Viertens, um Gemeinsamkeiten mit Israel zu verneinen[179], denn gäbe es welche, so müssten – nach nationalistischer Logik, die territoriale Ansprüche auf möglichst alte historische Ursprünge gründet – diese ja gleichfalls in einer gemeinsamen nahöstlichen Vergangenheit liegen und eine Anerkennung dieser liefe Gefahr, Argumente für eine gewisse Legitimität jüdischer Ansprüche zu liefern. All dies bedeutet, dass es palästinensische Frauen sogar ohne jede islamistische Konkurrenz schwer gehabt hätten, eine veränderte Stellung der Frau, die mit einem kulturellen Wandel verbunden ist, durchzusetzen. Gleichzeitig mussten sie einen solchen Wandel immer aufs Neue thematisieren, um ihre eigenen Aktivitäten überhaupt legitimieren zu können.

Gab es im kolonialen Diskurs Englands über Irland die üblichen Elemente, wonach die Kolonialisierten zivilisatorisch auf einer geringeren Stufe stünden und sie besonders triebhaft und gewalttätig seien (Townshend 1988, 1/2), so markiert der Status der Frau keine Unterlegenheit im kolonialen Gefälle – zumindest nicht aus Sicht von RepublikanerInnen. Im Gegenteil, es wurde von Republikanerinnen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zuge des *Gaelic Revival* propagiert, ihre Unterdrückung sei erst ein Produkt des britischen Kolonialismus und beruhe auf einer

178 Das bekannteste Beispiel für die Umsetzung dieses Modernisierungsprogramms durch die politische Elite ist die Türkei unter Kemal Atatürk.

179 Nach Tessler gibt es vier Bereiche historischer Gemeinsamkeiten: Erstens, dass Juden und Araber schon vor Jahrhunderten (-tausenden) politische Gemeinschaften mit einer engen Bindung an das umstrittene Land waren. Zweitens hätten diese eine Zeit historischer Blüte, dann des Niedergangs und schließlich der Renaissance mit dem Nationalismus beginnend im 19. Jahrhundert erlebt. Drittens hätten beide ähnlich auf die Herausforderungen durch Europa im 19. Jahrhundert reagiert. Viertens habe sich daraus mit dem Bemühen um Modernisierung der moderne Nationalismus gebildet (vgl. Tessler 1994, 2 ff.).

Übernahme von der irischen Kultur fremden Mustern, wobei ihnen die Werte und Normen des viktorianischen Englands vorschwebten. Diese Einschätzung war zu dieser Zeit so sehr Allgemeingut innerhalb der gebildeten Kreise, dass sie von Feministinnen in öffentlichen Debatten kritisiert wurde: „It is barren comfort for us Irishwomen to know [sic! SK] that in ancient Ireland women occupied a prouder, freer position than they now hold even in the most advanced modern states, that all positions, including that of arms, were freely open to their ambitions ... (...) I have chosen but a few salient examples to illustrate the disabilities Irishwomen suffer today. A result of Anglicization? This is but partly true;“ (Hanna Sheehy-Skeffington 1909, zitiert nach Ward 1995b, 32). Hinzu kommt die Deutung der RepublikanerInnen ihrer Tradition, also des Republikanismus im ursprünglichen Sinne des Wortes als Gegenmodell zur Monarchie, als Teil von progressiven Strömungen der europäischen und nordamerikanischen Geschichte, womit sie der britischen überlegen sei.

Dem widerspricht nicht, dass Katholiken sich in Nordirland gegen Vorurteile wehren mussten, wonach sie besonders rückständig, autoritätsgläubig und grundsätzlich soziale Problemfälle seien: „It is frightfully hard to explain to Protestants that if you give Roman Catholics a good job and a good house, they will live like Protestants ... They will refuse to have eighteen children, but if a Roman Catholic is jobless and lives in a most ghastly hovel, he will rear eighteen children on National Assistance“, so der Inhalt einer Rede des nordirischen Premierministers O'Neill, der als Reformer galt, nach seinem Rücktritt 1969 (zitiert nach Bell 1993, 71). Die Reaktion von RepublikanerInnen und anderen auf protestantische Vorurteile lässt sich neben dem Rückgriff auf die gälische Kultur eher als Bestreben deuten, diese Vorurteile Lügen zu strafen und den Spieß umzudrehen: Demnach seien es die Protestanten, die einer rückständigen Ideologie anhängen und intoleranter sind. Die dahinter stehenden Werte von Fortschritt, Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit selbst wurden weder in Frage gestellt, noch galten sie als Import. In der Bürgerrechtsbewegung wurde vielmehr ihre Umsetzung eingefordert. Republikaner unterscheiden sich abgesehen von der Gewalt davon insofern, wie ihrer Meinung nach eine Umsetzung dieser Werte unter britischer Herrschaft nicht möglich ist. Ferner gehörte zwar zur kulturellen Abgrenzung der irischen Nationalbewegung der Katholizismus, jedoch war das Element kein exklusives, das Protestanten aus der irischen Nation ausschloß. Insofern von Republikanern den nordirischen Protestanten eine eigene Tradition zugestanden wird, gilt sie eher als Ausdruck eines falschen Bewusstseins, das sich in einem falschen nationalen Zugehörigkeitsgefühl äußert, aber veränderbar ist. Zusätzlich versteht sich der Republikanismus selbst als säkular und damit als Weg aus der Bevormundung durch die Kirche. Der Grad der kulturellen Abgrenzung ist demnach relativ gering

und die Art und Weise, in der diese Abgrenzung erfolgte, legte den Frauen, die politisch aktiv sein oder ansonsten aus traditionellen weiblichen Rollen ausbrechen wollten, zumindest keine Hindernisse in den Weg. Damit ist nicht gesagt, dass PalästinenserInnen die oben genannten Werte nicht teilen, aber dass nicht nur ihre Umsetzung kontrovers ist, sondern schon ihre Bedeutung oder inhaltliche Füllung. Der hohe Grad kultureller Abgrenzung und der fehlende einheitliche ideologische Rahmen legte ihnen ungleich größere Hindernisse in den Weg.

Umfang und Formen politischer Partizipation

Den tatsächlichen Umfang quantitativ zu erfassen ist schwierig. Erstens ist politische Partizipation in gewaltsamen Widerstandsbewegungen illegal und schon deshalb nicht lückenlos dokumentiert. Aufgrund der Illegalität spielte sich außerdem ein beträchtlicher Teil politischer Aktion gerade nicht im formell-institutionalisierten Bereich ab, der in der Regel besser dokumentiert ist. Zweitens ist bekannt, dass politische Partizipation von Frauen schlechter dokumentiert ist als die von Männern. Hierfür wurde die Androzentrik von mehrheitlich männlichen Historikern oder Forschern verantwortlich gemacht und ebenso die der historischen Überlieferung im Allgemeinen. Diese Androzentrik blende Frauen entweder ganz aus oder beurteile politische Handlungen von Frauen anders als die von Männern, sei es, weil ihnen andere Motive, also unpolitische, unterstellt werden; sei es, dass sich die Relevanz politischer Handlungen danach richtet, ob sie von einem Mann oder einer Frau ausgeführt wurden, oder Frauen meist ohnehin die Aufgaben erfüllt haben, die als weniger politisch und gewichtig eingestuft wurden[180].

Ein zusammenfassender Blick auf die politische Partizipation von Frauen in ihrem historischen Kontext zeigt weder in Nordirland noch in den besetzten Gebieten eine Abweichung von dem weltweiten Muster, wonach Frauen politisch unterrepräsentiert sind: Auf der formell-institutionellen Ebene, wie bei Wahlen zu Gremien oder Parlamenten oder bei der Zusammensetzung von Kabinetten ist offenkundig geworden, dass Frauen stark unterrepräsentiert waren und sind. Zum Beispiel saßen im Jahre 2007 in der nordirischen *Assembly* achtzehn Frauen und neunzig Männer und vier Frauen in dem im Mai 2007 zustande gekommenen zwölfköpfigen Kabinett. Doch sah die Quote, wenn man nur *Sinn Fein* ins Auge fasst, besser aus: Von ihren achtundzwanzig Sitzen hatten acht Frauen inne und zwei ihrer vier Minister waren weiblich. Nicht nur für *Sinn Fein*, die bei den Wahlen im März 2007 26% der Stimmen erhielt, scheint der Friedensprozess ein Erfolg zu sein, sondern auch für die Frauen in

180 Außerdem sei einfach von einer Gleichheit männlicher und weiblicher Erfahrung ausgegangen worden oder davon, dass alle Frauen „Opfer“ seien (vgl. Braunmühl 2008, 3; Enloe 1998, 51 ff.).

Sinn Fein. Zur selben Zeit saßen im PLC, wo *Hamas* seit Januar 2006 stärkste Fraktion war, siebzehn Frauen – davon sechs Frauen der *Hamas* – und 115 Männer, jedoch nur zwei Frauen im fünfundzwanzigköpfigen Kabinett der Einheitsregierung von *Fatah* und *Hamas*, das im März 2007 vereidigt worden war und die 11. palästinensische Regierung bildete.

Da Frauen überall unterrepräsentiert sind, stellt sich die Frage, bezogen auf die Parlamente als Indikator, waren 12,9% Frauenanteil im palästinensischen Parlament, 16,7% im nordirischen insgesamt und fast 29% für *Sinn Fein*, viel oder wenig im Jahre 2007? Der weltweite Schnitt lag zu dieser Zeit bei 17%. Das europäische Parlament hatte 30% – eine Marke, die nur neunzehn Länder weltweit überschritten (darunter gerade so mit 31,8%: Deutschland). Schaut man zum Vergleich auf die regionalen Nachbarn, finden sich folgende Werte für den Anteil weiblicher Parlamentarier 2007: Großbritannien 19,7% und Irland 13,2%; Israel 14,2%, Syrien 12%, Jordanien 5,5%, Libanon 4,7% und Ägypten 2%[181]. Dieser kleine regionale Vergleich bestätigt einen relativ hohen Anteil für die nordirischen Republikanerinnen. Doch auch die Palästinenserinnen schneiden für nahöstliche Verhältnisse gut ab.

Fasst man den Zeitraum seit '69 für Nordirland beziehungsweise seit '67 für die besetzten Gebiete ins Auge und geht davon aus, dass ein erheblicher Teil politischer Aktionen nicht nur illegal war, sondern oft aus direkten Konfrontationen mit dem Gegner bestand, so bieten Zahlen wie der Anteil weiblicher Inhaftierter oder weiblicher Opfer indirekt einen Hinweis auf den ungefähren Umfang politischer Partizipation von Frauen in diesen Bereichen. Dabei wurde eine klare Unterrepräsentation von Frauen deutlich, deren Anteile etwa zwischen fünf und zehn Prozent liegen. Bezogen auf die besetzten Gebiete gilt zum Beispiel die Phase seit September 2000 als die blutigste seit Beginn der israelischen Besatzung 1967. Von den 4.131 Opfern innerhalb der Westbank und des Gazastreifens bis Ende Juli 2006 waren 245 Frauen und für einen früheren Zeitraum gilt: „7% of Palestinians martyred during the decade between 1987 and 1997 were women. Similarly, about 9% of the injuries reported between 1987 und 1996 were inflicted on women. Five hundred women were imprisoned since the beginning of military occupation in 1967“ (PCBS 1998, 137). In Nordirland waren bis 2001 von den 3.532 Opfern 323 weiblich. Offenkundig leb(t)en Männer sowohl in Nordirland als auch in den besetzten Gebieten bei weitem gefährlicher als Frauen. Dasselbe gilt für Jugendliche, denn 798 Opfer waren im oben genannten Zeitraum unter achtzehn Jahre alt innerhalb der Westbank und des Gazastreifens, und in Nordirland waren 438 unter zwanzig Jahre alt[182]. Sicher bedeutet dies nicht, alle Opfer wären politisch oder gar gewaltsam aktiv gewesen, oder die

181 Quelle der Angaben zu den Frauenanteilen in den Parlamenten: Interparliamentary Union 2007.

Frage nach dem Umfang weiblicher politischer Partizipation sei damit eindeutig geklärt. Immerhin kann man bei diesen Größenordnungen in Kombination mit anderen verfügbaren Angaben, wie die des formellen institutionalisierten Rahmens, zunächst festhalten, dass Frauen eine Minderheit innerhalb formeller Politik, innerhalb der bewaffneten Flügel der Widerstandsbewegungen und allgemeiner, im Hinblick auf die gewaltsame Austragung der Konflikte, wie etwa bei Straßenschlachten, sind.

Doch was ist mit anderen Formen politischer Partizipation? Hier bestätigte sich eine vermehrte Aktivität von Frauen in kritischen Phasen der Konflikte. Es zeigte sich ferner in beiden Konflikten, dass die Chancen von Frauen in einflussreichere Positionen zu kommen in solchen Phasen steigen können, weil die männliche Führungsriege verhaftet oder tot ist. Doch weder die vermehrte Aktivität noch diese Möglichkeiten betreffen nur Frauen. Insbesondere auf den Nachwuchs trifft dies gleichermaßen zu. Die kritischen oder heißen Phasen zeichnen sich gerade durch die Einbeziehung weiter Teile der Bevölkerung aus, sei es, weil sie sich Aktionen des Widerstandes anschließen, oder weil der Alltag so vom Konflikt und von der Widerstandsbewegung geprägt ist, dass niemandem etwas anderes übrig bleibt, als sich anzupassen. So kann man zwischen situationaler und organisierter Partizipation unterscheiden, wobei beide in einander übergehen können.

Situationale Partizipation, wie etwa in Nordirland hinter den Barrikaden nach '69 oder während der *Intifada* ab '87, ergibt sich aus der Krisensituation und dem Versuch, den Alltag zu meistern. Nach der aufgeführten Politikdefinition am Beispiel des Suppekochens kann sie, muss aber nicht politisch sein, weil es von den Motiven der Akteurin abhängig wäre. Wenn Frauen indes an den Kriegen oder anderen heißen Phasen der Konflikte insofern beteiligt waren, wie sie die Krisenmanagerinnen ihrer Familien oder Nachbarschaft wurden, in Form von Notfall-Intervention aktiv wurden und so die Gemeinschaft am Laufen hielten, ist dies in der Konsequenz nicht unpolitisch. Die von Frauen geleisteten Hilfs-, Unterstützungs- und Versorgungsfunktionen in materieller und immaterieller Hinsicht führen dazu, dass der Konflikt erträglicher wird und besser aufrecht erhalten werden kann. Die nicht unbedingt beabsichtigte Konsequenz kann daher Konfliktstabilisierung und Unterstützung für den Widerstand sein. Bei dieser Form der Partizipation stößt diese enge Politikdefinition infolgedessen schnell an ihre Grenzen.

Wenn Frauen sich Parteien, Gruppen, Organisationen oder Komitees, die politische Ziele verfolgen, anschließen oder selbst welche gründen, so ist dies eindeutig politische Partizipation. Das „Streben nach Machtanteil oder Beeinflussung der

182 Angaben zu den besetzten Gebieten ab 2000 laut der *Palestine Red Crescent Society* 2006. Angaben zu Nordirland nach *Sutton Index of Death*.

Machtverteilung“ muss dabei nicht das einzige Motiv sein – und es ist nicht gesagt, dies sei bei Männern der Fall – dagegen den politischen Gehalt dieser Partizipation in Frage zu stellen, würde bedeuten, Frauen den Status handelnder Subjekte abzuerkennen. Sowohl in Nordirland als auch in den besetzten Gebieten lässt sich im Hinblick auf organisierte Partizipation festhalten, dass Frauen hier eher in sozialen und humanitären Bereichen engagiert waren, und zwar genauso innerhalb der Widerstandsbewegungen, wo diese Bereiche den anderen politischen Zielen untergeordnet waren / sind. Tätigkeiten in diesen Bereichen waren risikoärmer als andere, denn sie waren aus Sicht der gegnerischen Sicherheitskräfte ein geringeres Sicherheitsrisiko. So wäre dies ein Puzzlestück in der Erklärung, wieso zwar viele Frauen politisch aktiv gewesen sein können, sich dies aber nicht in Häftlings- oder Opferzahlen niederschlägt.

Sowohl in Nordirland als auch in den besetzten Gebieten haben sich mit Eintritt in einen Friedensprozess oder mit den Erwartungen auf einschneidende Änderungen in der politischen Machtverteilung die Aktivitäten von Frauen differenziert und einen Prozess in Gang gebracht, der bei einem Teil der Frauen eine Abkehr von der bisherigen Politik der völligen Unterordnung unter die nationale Sache zur Folge hatte. Er ging teilweise einher mit einer kritischen Evaluation, teilweise mit einer Öffnung für früher vernachlässigte Themen oder für Einflüsse von anderen, die der eigenen Bewegung kritisch gegenüber standen. Und er ging einher mit einer verstärkten Anstrengung, sich bei der Verteilung neuer Machtpositionen nicht ausbooten zu lassen. Hinzu kam, dass die Chance internationale Hilfsgelder zu bekommen, die für eine Friedenskonsolidierung eingesetzt werden sollten, für Projekte im Sozial- und Frauenbereich recht groß war. Sobald der Konflikt aufs Neue eskalierte wie in den besetzten Gebieten, lief dieser Differenzierungsprozess ins Leere.

Trotz der Schwierigkeiten, den genauen Umfang politischer Partizipation von Frauen zu erfassen, und trotz der festgestellten Unterrepräsentation in den Bereichen, wo man sie erfassen kann, ist insgesamt ein Anteil von Frauen an allen Formen des Widerstandes nachweisbar, wenn auch bei einigen Formen mehr, bei anderen weniger. Ein genauer quantitativer Vergleich zwischen Republikanerinnen und Palästinenserinnen im Hinblick auf alle Formen politischer Partizipation ist mangels Daten jedoch nicht möglich.

Soziales und politisches Umfeld der Akteurinnen

Im Jahre 1978 gründeten die Frauen *Sinn Feins* ein Frauenkomitee der Partei. Im selben Jahr riefen palästinensische Frauen in den besetzten Gebieten ihr erstes Frauenkomitee ins Leben. Die Gleichzeitigkeit ist zwar reiner Zufall, aber deshalb nicht un-

erklärlich. Gegen Ende der '70er waren seit Beginn der jeweils jüngsten Runde der Konflikte erstens vermehrt Frauen in den Widerstandsbewegungen sichtbar geworden und einige waren innerhalb ihrer Parteien oder Gruppen in gute Positionen aufgestiegen. Zweitens hatten sich die Widerstandsbewegungen zu diesem Zeitpunkt zwar etabliert, standen aber nun vor der Herausforderung – nachdem längst deutlich geworden war, dass es keinen schnellen Sieg geben wird und neue Wege gesucht werden mussten, den Widerstand auf Dauer zu stellen – ihre gesellschaftliche Basis auszubauen. Drittens lagen natürlich weder Nordirland noch die besetzten Gebiete außerhalb globaler gesellschaftlicher und politischer Strömungen wie die des Feminismus, mit der sich Akteurinnen auseinander gesetzt und überlegt haben, ob und inwieweit sie auf ihre Situation übertragbar sind oder genutzt werden können.

An dem zuletzt genannten Punkt lassen sich markante Unterschiede verdeutlichen: Aufgrund der relativen Homogenität der sozialen Herkunft von Republikanerinnen hatten diese Einflüsse damit, im Hinblick auf die gesamte nordirische Gesellschaft gesehen, die Unterschicht erreicht. In den besetzten Gebieten war es die relativ gut ausgebildete Mittelschicht, von der diese Impulse ausgingen. Hinzu kommt, dass in Nordirland zwar eine soziale Kluft zwischen gesellschaftlichen Schichten besteht, die allerdings im Vergleich zu der Kluft, die zwischen den gesellschaftlichen Schichten in den besetzten Gebieten herrscht, klein ist. Die relative Homogenität sozialer Herkunft bedeutete für Republikanerinnen ein bestimmtes an Maß an Gleichheit, das ebenso für das Verhältnis zu denjenigen galt, die sie für die republikanische Bewegung gewinnen wollten, oder anders formuliert, deren situationale Partizipation organisiert werden sollte. Sie teilten nicht nur die Herkunft und damit zusammenhängende Merkmale wie Bildungsniveau oder Werte, sondern als Bewohnerinnen der republikanischen Hochburgen auch ähnliche Lebens- und Alltagserfahrungen. In Nordirland herrschte keine soziale Kluft zwischen politischen Akteurinnen und Basis. Die Grenzlinie verlief eher zwischen denjenigen, die in IRA Aktivitäten verwickelt waren oder sie direkt unterstützten, und denjenigen, die das nicht taten.

Anders in den besetzten Gebieten: Es lagen Welten zwischen der Lebenswelt einer Universitätsabsolventin aus bürgerlichen Verhältnissen, die oft Auslandserfahrungen hatte, und den Lebenswelten einer Bäuerin oder Bewohnerin eines Flüchtlingslagers. Der Unterschied zwischen organisierter und situationaler Partizipation war oft identisch mit der sozialen Kluft zwischen Ober- und Mittelschicht und der breiten Masse der Unterschicht. Um diese Kluft zu verkleinern und die weiblichen Massen zu organisieren, waren die Frauenkomitees gegründet worden. Dies war in einer Gesellschaft, wo in weiten Teilen Geschlechtertrennung die Norm ist, nur möglich, indem frauenspezifische und exklusive Angebote geschaffen wurden. Die Aus-

einandersetzung mit traditionellen Wertvorstellungen, wonach zum Beispiel geschlechtlich gemischte Gruppen oder Frauen, die alleine unterwegs sind, gleichbedeutend mit einer die Gemeinschaft bedrohenden Unmoral sind, war dabei ein Drahtseilakt zwischen Anpassung und den Versuchen, neue Werte zu etablieren, die durch ihren Bezug zur nationalen Sache legitimiert werden sollten. Der Bruch mit traditionellen Wertvorstellungen wird erschwert durch den Mangel an sozialer und rechtlicher Absicherung, der zu einem hohen Konformitätsdruck von Seiten der Herkunftsfamilie führt, dem Frauen (und Männer) ausgesetzt sind, wobei die Abhängigkeit von der Familie durch die in weiten Kreisen bescheidene wirtschaftliche Lage noch weiter verstärkt wird.

Mit einer Heirat begeben sich vor allem muslimische Palästinenserinnen in jeder Hinsicht in die Abhängigkeit ihres Ehemannes bzw. dessen Familie[183], der sie nur mit Hilfe ihrer Herkunftsfamilie etwas entgegensetzen können, denn die „family both supports and suppresses women" (Joseph 1994). Eine Scheidung ist nicht einfach das Scheitern eines persönlichen Lebensentwurfs, sondern oft eine wirtschaftliche und soziale, somit existentielle Katastrophe, die in völliger Rechtlosigkeit und mit dem Verlust der Kinder enden kann. Polygamie ist für den Mann erlaubt. Gleichzeitig gehört eine Heirat zur Erfüllung des gesellschaftlich vorgegebenen Lebensweges, und Frauen über Mitte zwanzig, die unverheiratet geblieben sind, sind einem erheblichen sozialen Druck ausgesetzt und stigmatisiert[184]. Ähnliches gilt für verheiratete Frauen, die kinderlos bleiben. Unverheiratet Kinder zu bekommen, kann dagegen lebensgefährlich sein. Ein sogenannter Ehrenmord an weiblichen Angehörigen, die nach Auffassung ihrer Familie die Familienehre befleckt haben, ist eine reale Gefahr für Frauen, die sich gesellschaftlichen Konventionen widersetzen (vgl. Al-Masri 2002)[185]. Von der Familie arrangierte Ehen sind nichts außergewöhnliches, ja in weiten Kreisen eher die Norm; eine eigene Wohnung ist oft für junge Ehepaare schon eine Errungenschaft; ein Singledasein außerhalb der Familie ist für viele fast eine Unmög-

183 Es gelten die Bestimmungen islamischen Eherechts. Dabei ist die Ehe ein zivilrechtlicher Vertrag, verbunden mit einem Brautpreis, den der Bräutigam bzw. dessen Familie an die Braut bzw. deren Familie entrichten muss. Theoretisch gesehen kann der Ehevertrag für Frauen von Vorteil sein, ebenso der Brautpreis, der eine Art finanzielle Absicherung sein kann. In der Praxis sieht die Sache meist anders aus, außer bei Frauen mit entsprechendem Bildungshintergrund und sozialer Herkunft – „je ärmer desto rechtloser" wie Grünert zusammenfasst (Grünert 2002, 65). Ein Mann kann sich ohne gewichtige Gründe von seiner Frau scheiden, eine Frau braucht sehr gewichtige Gründe und dann ist es ein Richter, der darüber entscheidet, ob diese Gültigkeit haben (El-Saadawi 1986).

184 Das durchschnittliche Erstheiratsalter lag für Frauen 2001 bei neunzehn Jahren, für Männer bei vierundzwanzig Jahren (PCBS 2002).

lichkeit – von nicht-ehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ganz zu schweigen.

Allgemeine Entwicklungen betrafen Frauen in der heterogenen palästinensischen Gesellschaft unterschiedlich. Einige profitierten von neuen Bildungseinrichtungen, jedoch sind für sie die Möglichkeiten, dieses Bildungskapital in entsprechende Arbeitsplätze oder Karrieren umzusetzen, beschränkt. Das hängt nicht nur mit traditionellen Vorstellungen zusammen, sondern schlicht damit, dass diese Arbeitsplätze in der schwachen palästinensischen Ökonomie nur in sehr begrenztem Umfang vorhanden waren und sind. Der Niedergang der Landwirtschaft wiederum, in der Frauen traditionell stark vertreten waren und damit vor allem in Familienbetrieben eine hohe Position innerhalb der Familie erlangen konnten, nahm ihnen diese Möglichkeit. Die Arbeiten im Billiglohnsektor bieten diese Möglichkeit nicht und sind darüber hinaus negativ besetzt, weil Frauen oft dafür außerhalb der Familien arbeiten müssen, ohne dass damit ein sozialer Aufstieg verbunden wäre. Zusätzlich begrenzt die hohe Geburtenrate ohnehin die Möglichkeiten, außerhalb des Hauses einem Beruf nachgehen zu können, wobei die Anzahl der Kinder schichtspezifisch ist. Der in weiten Kreisen verbreitete Kinderreichtum[186], der – oft verbunden mit ärmlichen Haushaltsverhältnissen – ein erhebliches Maß an Arbeit und Zeit in Anspruch nimmt, lässt daher schon aus diesen Gründen wenig Möglichkeiten für andere Aktivitäten. Dies betrifft die Möglichkeiten zur politischen Partizipation.

Jüngere, unverheiratete Frauen dagegen, die aufgrund ihrer Kinderlosigkeit und wegen weniger Verpflichtungen als Verheiratete am ehesten die Möglichkeit zur Partizipation hätten, sind einer noch stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle ausgesetzt. Maßgeblich dafür verantwortlich ist der hohe Stellenwert der Jungfräulichkeit. In einer streng patrilinearen Gesellschaft wird so die Legitimität des Nachwuchs und da-

185 „Given that honour killings often remain a private family affair, no official statistics are available on the practice or its frequency. According to a November 1997 report of the Woman's Empowerment Project ..., there were 20 honour killings in Gaza and the West Bank in 1996. One representative of the group added, ‚We know there are more but no one publicizes it.‘ Similarly, an unofficial report given to the Palestinian Women's Working Society stated that ‚recently‘ 40 women have been killed for honour in Gaza. The report defined neither the period in which these murders took place nor the exact circumstances. During the summer of 1997, Khaled Al-Qudra, then Attorney General in the Palestinian National Authority (PNA), told Sout Al-Nissa' (Women's Voices), ..., that he suspects that 70 percent of all murders in Gaza and the West Bank are honour killings“ (Ruggi 1998). Diesen „Ehrenmorden“ fallen auch Mädchen und Frauen zum Opfer, weil sie Opfer sexueller Gewalt – auch in der eigenen Familie – wurden. Der „Ehrenmord“ ist nur die extremste Form der „Ehrenwiederherstellung“; Zwangsheirat und Verstoßung, also der „soziale Tod“ der Betroffenen, sind andere Formen.

186 Die Geburtenrate für 2005 in den besetzten Gebieten: % per 1.000 betrug 37,3 (PASSIA 2006).

mit die seiner Erbansprüche sichergestellt. Eng damit verbunden ist der schon mehrfach erwähnte hohe Stellenwert des Ehrbegriffs, wonach die Ehre der Familie und die des Mannes vom Verhalten der Frau abhängt, und damit oft von dem Ausmaß der Kontrolle, welche die männlichen Familienmitglieder über die weiblichen ausüben können. Diese kurze Skizze zeigt die engen Grenzen, denen die Möglichkeiten zur politischen Gestaltung und Mitwirkung von palästinensischen Frauen gesetzt waren (und sind). Sie waren sowohl von der sozialen Herkunft abhängig, als auch vom Einverständnis und Status der Familie. In der Konkurrenz zu traditionellen Werten und Eliten war der säkulare Nationalismus nur bedingt erfolgreich. Vorstellungen der '70er Jahre, wonach derlei Werte ein generationales Problem seien, welches sich mit der weiteren Entwicklung der Gesellschaft und Bildungsmöglichkeiten für die Jugend sozusagen irgendwann von selbst erledigen würde, haben sich als irrig erwiesen. Zudem gehört die demographische Waffe in das Arsenal des säkularen Nationalismus. Die hohen Geburtenraten haben daher weder nur etwas mit dem Überdauern traditioneller Vorstellungen zu tun, noch können sie einfach als Armutsphänomen gelten zumal die palästinensischer Frauen Raten haben „significantly higher than women in other countries that have similar levels of education and access to health services“ (Al-Rifai/ Roudi-Fahimi 2006[187]).

In Nordirland dagegen existiert ein generationaler Unterschied innerhalb der unteren Schichten, der gesamtgesellschaftliche Entwicklungen anzeigt wie Geburtenrückgang, soziale Aufstiegsmöglichkeiten und Wertewandel in den letzten Jahrzehnten. Mehr als drei Geschwister zu haben, war für die Generation, die in die *Troubles* hinein sozialisiert wurde, noch Normalität, doch sie selbst haben überwiegend weniger Kinder. Damit verletzten sie keine nationale Pflicht, denn die nationalistische Forderung, für möglichst viel Nachwuchs zu sorgen, ist nicht Teil der Ideologie, weil es die demographische Waffe nicht ist. Die Frauen dieser Generation sind außerdem in der Regel besser ausgebildet. Die Ausweitung des tertiären Sektors der Wirtschaft, die zwar in Nordirland etwas schleppender voran ging als im Rest Großbritanniens und später eher rasant in der Republik Irland, begünstigte die Möglichkeiten, diese Ausbildung in Arbeitsplätze umzusetzen. Parallel dazu verringerte sich der Einfluss traditioneller Werte, insbesondere der katholischen Kirche und damit deren Einfluss auf das Frauenbild, oder des hohen Stellenwertes von Jungfräulichkeit bis zur Ehe, deren Ursprünge wie in der palästinensischen Gesellschaft in einer patrilinearen Ge-

187 Neben dem Aspekt der „demographischen Waffe“ wäre zu fragen, ob sich darin nicht auch eine „Furcht vor den radikalen Umwälzungen der Moderne, vor sozialem, ökonomischen und kulturellen Chaos“ ausdrückt, wie Eder am Beispiel der Deutschen und deren Sorgen im 19. Jahrhundert um die zukünftige Bevölkerungsentwicklung zeigt (Eder 2002, 198).

sellschaftsordnung zu finden sind. So gab es in den letzten vier Jahrzehnten in den republikanischen Hochburgen eine Pluralisierung der Lebensformen. Das Ideal von „Kinder, Küche, Kirche“, das oft de facto für die Frauen aus der Arbeiterschicht oder Bäuerinnen „Kinder, Küche, Kirche und Knochenarbeit“ bedeutete, hat seine Anziehungskraft verloren. Zwar gilt Nordirland insgesamt ebenso wie Südirland als eher konservativ und Scheidungen, uneheliche Kinder, Patchworkfamilien oder ein Singledasein sind teilweise noch unerwünscht, aber sie sind längst Normalität geworden. Sie sind sowohl rechtlich als auch sozial abgesichert und so eröffnen sich für Frauen Lebensgestaltungsmöglichkeiten, die zwar mit einigen Nachteilen verbunden sein können, aber nicht mit existentiellen Bedrohungen.

Dies bedeutet nicht die Unabhängigkeit nordirischer Frauen von ihrer sozialen Lage, jedoch im Allgemeinen eine bessere Absicherung im Vergleich zu Palästinenserinnen. Gleichzeitig schließt dies sicherlich nicht aus, dass zum Beispiel eine Palästinenserin der gehobenen Mittelschicht mehr Chancen auf eine gute Ausbildung usw. haben kann als eine Frau aus Westbelfast. Ähnliche Resümees lassen sich für andere Punkte ziehen: Auch in Nordirland ist es nicht egal, aus welcher Familie man stammt – zumal es so etwas wie eine republikanische Aristokratie gibt –, wie der individuelle Lebenswandel aussieht oder wen man geheiratet hat. Doch dies alles hat nicht den gleichen Stellenwert, den die vergleichbaren Aspekte in den besetzten Gebieten haben. Umgekehrt ist es dort nie so gewesen, dass es gar keine Rolle gespielt hätte, wo man wohnt. Ungleich schwerer von den negativen Auswirkungen des Konflikts auf das Alltagsleben betroffen als eine Bewohnerin eines Mittelklasseviertels in Al-Bireh, ist eine Bewohnerin des Flüchtlingslagers Jabalya in Gaza.

Trotzdem ist der Umfang der Widerstandsgesellschaften ein anderer. In Nordirland ist die kleine und homogene republikanische Widerstandsgesellschaft nur Teil der konfessionell gespaltenen Gesellschaft. Sie musste sich gegen ihre protestantischen und britischen Gegner, und gegen die nicht-republikanische katholische Konkurrenz behaupten – und nicht zuletzt konkurrierte jede Gruppe mit anderen republikanischen Gruppen. Als Sieger aus dieser Konkurrenz ging schließlich (*Provisional*) IRA und (*Provisional*) *Sinn Fein* hervor. Alle ihre Konkurrenten standen ideologisch entweder weiter links oder waren gegen die Gewalt bzw. auf einige traf beides zu. Die Ende der '70er Jahre beginnende Politisierung der Bewegung, die sich im Aufstieg *Sinn Feins* zeigte und zu der die Adaption von Frauenthemen gehörte, war der Versuch, sich in dieser politischen Landschaft als diejenigen zu profilieren, die es mit sozialen Fragen und progressiven Ideen ernst meinen, und in diesen Hinsichten ihren Gegnern und Konkurrenten überlegen sind. Dem Stigma der ewig-Gestrigen, des kriminellen und gewalttätigen Abschaums ließ sich so entgegenwirken. Der Er-

halt und Ausbau ihrer konkreten Machtbasis bezog sich dabei in erster Linie auf ihre Gebiete, wo sie sich als Dienstleister, als Alternative zum Staat und als Anwältin der BewohnerInnen gegen den Staat etablierte. Alles darüber hinaus, wie die Attraktivität für die katholische Mittelschicht und für die SüdirInnen zu steigern oder gar die protestantische Arbeiterschicht anzusprechen, waren Fernziele und Teil einer langfristigen Strategie, die, was die Mittelschicht angeht, schon erfolgreich war. *Sinn Fein* hat immer noch ganz Irland im Visier und möchte sich im stark gewandelten Irland als moderne und zukunftsorientierte Partei anbieten.

Nützlich war diese progressive Profilierung gleichfalls im Hinblick auf die Attraktivität für potentielle ausländische Sympathisanten und Unterstützer. Für die amerikanische Diaspora durfte man zwar nicht kommunistisch oder sozialistisch erscheinen, sondern musste sich mehr als Wahrer traditioneller irischer Kultur zeigen, doch Gleichberechtigungsrhetorik konnte nicht schaden. Ansonsten konnten in den '70ern und '80ern internationale Sympathisanten dem linken oder anti-imperialistischen Spektrum zugeordnet werden und bei diesem hätte man sich ohne die Gleichberechtigungsrhetorik geschadet. Letzteres gilt ebenso für die palästinensischen Gruppen zumal die Internationalisierung des Konflikts schon immer einen größeren Stellenwert für sie hatte als jemals für die republikanischen. Von den '60ern bis in die '80er Jahre war es ein Anliegen aller Gruppen, sich als Teil, wenn nicht sogar als führender Akteur, in der weltweiten Bewegung von nationaler Befreiung und De-Kolonisation zu profilieren. Die Rolle der Frau und die Befreiung der Frau gehörten nicht erst seit Frantz Fanon[188] zum Standardvokabular ihrer VertreterInnen.

Der Umfang der palästinensischen Widerstandsgesellschaft ist nicht einfach nur größer als der der republikanischen, weil er mehr Menschen und größere Gebiete umfasst. Er umfasst vor allem ganz verschiedene Gruppen von Menschen und Gebiete, die in völlig unterschiedlichen Umgebungen liegen. Bei den Versuchen, Frauen in die Bewegung einzugliedern, mussten die unterschiedlichen Verhältnisse immer berücksichtigt und die Programme und Angebote angepasst werden. Ferner gibt es keine Bevölkerungsgruppe und kein Gebiet, die von dem Konflikt ausgenommen oder nicht Zielgruppe und -gebiet der Widerstandsbewegung wären. Daher gibt es keine nennenswerte Konkurrenz in Form einer Partei oder politischen Gruppe, die Interessen derjenigen vertritt, die gerade nicht in den Konflikt mit Israel hineingezogen werden möchten. Wie die *Provos* in Nordirland, etablierte sich die *Fatah* als wichtigste

188 „Man muss sich hüten die feudalen Traditionen fortzusetzen, die den Vorrang des männlichen Elements gegenüber dem weiblichen sanktionieren. Die Frauen werden den Männern gleichgestellt sein, nicht nur in den Artikeln der Verfassung, sondern im täglichen Leben ...“ (Fanon 1971, 155)

Gruppe, indem sie den gewaltsamen Widerstand in den Mittelpunkt rückte. Im Unterschied zu Nordirland gelang es in den '70er Jahren der PLO unter Führung der *Fatah* politische Konkurrenz, die nicht auf der Linie der Nationalbewegung lag, auszuschalten. Dafür blieb die Bewegung selbst zerstritten. In der Konkurrenz innerhalb der säkularen Nationalbewegung ging der Fokus auf soziale Themen und Frauenthemen von dem eher kleinen linken Spektrum aus, und selbst innerhalb dieses Spektrums war ihr Stellenwert umstritten. Sich mit diesen Themen in der Form zu profilieren, dass man eine Abkehr von Traditionen forderte, schien aus Gründen der historischen Altlasten und der in weiten Kreisen traditionell eingestellten Bevölkerung eher mit einem Risiko verbunden. Trotzdem spielten schließlich die Frauenkomitees eine wichtige Rolle in den '80er Jahren und in der *Intifada* von '87, die gleichzeitig zu einem Wendepunkt wurde:

Die aufstrebende islamistische Konkurrenz rückt ebenfalls soziale Themen und Frauenthemen in den Vordergrund, allerdings mit ganz anderen Vorzeichen, die sie mit traditionellen Werten kompatibler machen. Die moderne Form eines radikalen Islam, dessen Ziel eine Erneuerung der Gesellschaft ist, beschränkt sich nicht auf die althergebrachte Geschlechtertrennung, Arbeitsteilung oder Ehrbegriff. *Hamas* und andere Islamisten und Islamistinnen haben Frauen durchaus etwas über die materielle Hilfe der Wohlfahrt hinaus zu bieten und appellieren keineswegs nur an die Privilegiensicherung der Männer. Sie bieten Frauen ein scheinbares Ende der Unsicherheit, denn sie offerieren eine sichere weibliche Identität, die islamische und damit anerkannte und unanfechtbare Traditionen für sich in Anspruch nimmt. Diese Identität gilt daher im Gegensatz zu der, die säkulare Nationalistinnen anbieten können, als historisch unbelastet. Ferner erschöpft sich diese Identität keineswegs einfach in einer Unterordnung unter den Mann. Zum einen, weil Frauen mit Berufung auf diese Geschlechterordnung Rechte, wie etwa beim Erbrecht oder beim Ehevertrag, einfordern bzw. Männer Pflichten zuweisen können, wie zum Beispiel die der materiellen Versorgung oder Gleichbehandlung der Frauen bei Polygamie. Zum anderen können sie sich auf den Grundsatz der Gleichheit im Islam berufen, von dem Frauen als geistige Wesen nicht ausgenommen sind und der es daher ermöglicht, ein Recht auf Bildung zu formulieren. Nach dieser Auffassung ergeben sich die unterschiedlichen Stellungen in der Gesellschaft und die Arbeitsteilung aus einer Komplementarität der Geschlechter, wobei die Dualität als Teil der gottgewollten Ordnung aufrecht erhalten werden muss.

Zwar heben all diese Dinge die Unterordnung der Frau im Rahmen der *Scharia* (islamische Rechtsordnung) nicht automatisch auf, doch sie böte ein gewisses Maß an Rechtssicherheit und kann zur Aufwertung der Frau herangezogen werden (vgl.

Safwat 1999). Und das tun Islamisten, indem sie Frauen auch politisch eine klar definierte und wichtige Rolle zuweisen. So heißt es in der *Hamas* Charta: „The Muslim women have a no lesser role than that of men in the war of liberation; they manufacture men and play a great role in guiding and educating the [new] generation. The enemies have understood that role, therefore they realize that if they can guide and educate [the Muslim women] in a way that would distance them from Islam, they would have won that war" (*Hamas* Charta, Artikel 17). Obwohl sich hier die Rollen – Reproduktion der Kämpfer und Wahrung der Kultur – nicht von nationalistischen unterscheiden (Auga 2006, 45), liegt ein großer Unterschied in der Betonung auf „Muslim" und „Islam" und in der impliziten Diffamierung der nationalistischen Variante als vom Feind unterwandert, wenn Frauen fordern, gerade in anderen Bereichen aktiv werden zu können.

Darüber hinaus bietet die Anpassung an die geforderten islamistischen Normen Sicherheit in einer Gesellschaft, die sich im Umbruch befindet, denn „women often resist the process of transition because they see the old normative order slipping away from them without any empowering alternatives" (Kandiyoti 1988, 282). Im palästinensischen Fall, wo Traditionen teils noch Gültigkeit haben, teils herausgefordert wurden und zusätzlich sich sowohl der säkulare Nationalismus in den Augen vieler diskreditiert hat als auch die säkulare Frauenbewegung ihre Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, trifft genau dies zu. Kandiyoti nennt die Strategien, die Frauen dabei anwenden, „bargaining with patriarchy" (ebd.). Das Tragen eines Kopftuches etwa kann als eine solche Strategie interpretiert werden, denn es signalisiert Anpassung und kann daher Frauen größere Bewegungsfreiheit ermöglichen ohne sich angreifbar zu machen (Kreile 1992).

Nicht nur die Art der Konkurrenz, sondern auch die Strukturen innerhalb der Widerstandsbewegungen wirken sich auf Akteurinnen und ihre Einflussmöglichkeiten aus. Wie schon dargestellt, sind bei beiden Bewegungen Frauen in wichtige Positionen als Abgeordnete oder Ministerinnen, und ebenso in Vorstände oder Politbüros und Zentralkomitees von Parteien gelangt. Daraus immer auf eine Machtposition zu schließen ist jedoch problematisch. Formelle Machtstrukturen müssen nicht unbedingt mit tatsächlichen Machtverhältnissen identisch sein. In der Regel liegen die Machtzentren bei denjenigen, die eine entsprechende Position innerhalb der „bewaffneten" Flügel innehaben. Es liegt in der Logik illegaler, gewaltsamer Bewegungen, diese tatsächlichen Hierarchien geheim zu halten oder dies zumindest zu versuchen. Gelüftet werden diese Geheimnisse nur, um nach außen die machtvolle Postion von einem oder einigen sichtbar zu machen, damit der oder die als potente Führer und eventuelle Verhandlungspartner auftreten können. Ohne diese Geheimnisse gelüftet

zu haben, lässt sich vermuten, dass wenn einer oder eine innerhalb der tatsächlichen Machtzentren einen besonderen Wert auf die Förderung von Frauen legt, sich dies erheblich auf die Aufstiegsmöglichkeiten von anderen Frauen auswirkt.

Die Monopolisierung des Republikanismus durch die *Provisionals* machte sie zu einer der wichtigsten politischen Gruppen in Nordirland. Frauen und Männer, die hier in Führungspositionen sind, besetzen eine Machtposition hinsichtlich des gesamten Konflikts. Zur Professionalisierung der Gewalt gehören Spezialisten, die nicht beliebig austauschbar sind und ein entsprechendes Ansehen innerhalb der eingeweihten Zirkel haben. Je professioneller die Gewalt wird und je mehr jemand involviert ist, umso intensiver wird die Ausbildung und umso größer der Einfluss auf das Leben derjenigen, die sich daran beteiligen. Um ein solches Leben führen zu können, müssen dauerhaft soziale Verpflichtungen und Kontrollen minimiert werden. Aus dem bisher gesagten geht hervor, dass Frauen in Nordirland mehr Möglichkeiten dazu hatten als palästinensische Frauen. Ihnen stand dieser Aufstiegskanal innerhalb der Bewegung also eher zur Verfügung. Je unprofessioneller die Gewalt oder je weniger Spezialisierung erforderlich für den Teil der Gewalt ist, den man selbst ausübt, umso weniger kommen solche Einschränkungen zum Tragen und umso weniger stellt es einen Aufstiegskanal dar – was allerdings im Extremfall des Selbstmordanschlages zumindest für die Ausführenden egal ist. Ob die Beteiligung an der Gewalt in eine Führungsposition mündet, hängt von verschiedenen Begebenheiten ab und sie ist keineswegs ein automatischer Aufstiegskanal, nur weil die „bewaffneten Flügel“ einflussreich sind. Im Hinblick auf die palästinensischen Gruppen, wo es verschiedene Gruppen und „bewaffnete Flügel“ gibt, gilt zusätzlich im Hinblick auf Machtpositionen, seien sie nun innerhalb einer dieser Flügel erworben oder durch andere Aktivitäten, dass eine hohe Position innerhalb einer der Gruppen mit relativer Ohnmacht in Bezug auf den gesamten Konflikt einhergehen kann.

3.5 Zusammenfassung zu den historischen Kontexten

Die Einordnung politischer Partizipation von Frauen in die historischen Entwicklungen des Nordirland– und des Palästinakonflikts, also die Darstellung der Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf diese Partizipation in den Nationalbewegungen zeigte, dass sich diese Entwicklungen in den Aktivitäten und Erfahrungen von Frauen widerspiegeln lassen. Die Facetten des historischen Kontextes, von denen neben politischen auch ökonomische, soziale und kulturelle erfasst wurden, sind ebenso deutlich in deren Auswirkungen auf Frauen in den Konflikten geworden, wie deren Beitrag zu

der jeweiligen Entwicklung, verfolgt über mehr als bzw. fast ein Jahrhundert, herausgearbeitet werden konnte.

Was Umfang und Formen der politischen Partizipation in den Widerstandsbewegungen angeht, so lässt sich festhalten, dass sich durch die Nationalbewegungen zwar bis dahin nicht vorhandene oder nur von einer verschwindend kleinen Elite nutzbare Möglichkeiten zur Partizipation ergaben, die dann von Frauen wahrgenommen wurden, sie aber in den Bereichen der Widerstandsinstitutionen oder des organisierten – und damit andere organisierenden – politischen Engagements und des gewaltsamen Widerstandes eine Minderheit geblieben sind. In Führungs- und anderen formell hohen Positionen sind sie unterrepräsentiert, zumindest in Bezug zum gesamten Anteil von Frauen in der Gesellschaft[189]. Ein Großteil der Aktivitäten bestand in der Erfüllung von Unterstützungs- und Versorgungsfunktionen, die allerdings vor allem in Krisenzeiten, in denen die Partizipation von Frauen zunahm, fundamental für die Aufrechterhaltung des Widerstandes waren.

Überblicke zur historischen Entwicklung betonen notwendigerweise die Einzigartigkeit eines Phänomens. Eine bestimmte Person, ein bestimmtes Ereignis kann nur an einem Ort zur selben Zeit sein. Die historische Bedingtheit selbst ist es, die für die Einzigartigkeit sorgt. Deshalb traten in der vergleichenden Perspektive bezogen auf den historischen Kontext neben allgemeinen Gemeinsamkeiten grundlegende Unterschiede zu Tage: Die geringere internationale Relevanz des Nordirlandkonflikts, sowie die des Einflusses externer Akteure; der geringere Stand ökonomischer Entwicklung in den besetzten Gebieten und der Integration in das politische System des gegnerischen Staates; der höhere Grad der Homogenität der nordirischen Gesellschaft und der Nationalbewegung; der höhere Grad kultureller Abgrenzung zur gegnerischen Gesellschaft in der palästinensischen; der größere Umfang der Widerstandsgesellschaft in den besetzten Gebieten sowie ihre geringere Stabilität; das Vorhandensein einer gewaltkritischen politischen Konkurrenz in Nordirland und schließlich, die größere Eindeutigkeit des Konfliktgegenstandes und die geringere Tragweite des nationalen Ideals, sowie der dafür anzuwendenden Mittel in der republikanischen Bewegung.

Die vergleichende Perspektive auf die politische Partizipation hat gezeigt, dass Ende der '60er Jahre den Republikanerinnen ein historisch gewachsener nationalistischer Rahmen in ideologischer und institutioneller Hinsicht zur Verfügung stand, der ihre Teilnahme begünstigte. Die Palästinenserinnen als Pionierinnen mussten einen

189 Diese Befunde lassen sich jedoch schwerlich als ein besonderes Merkmal von derlei Nationalbewegungen interpretieren, wie jeder Blick auf fast jede politische Institution in der Welt zeigen würde.

solchen erst mit schaffen und so ihr eigenes Engagement legitimieren. Ihre Anstrengungen wurden durch die noch vorhandene Wirkung von Kolonialdiskursen, sowie deren Zusammenhang mit der traditionellen Geschlechterordnung und dem hohen Maß an kultureller Abgrenzung, und nicht zuletzt durch das Aufkommen der islamistischen Konkurrenz, immer wieder in Frage gestellt. Die traditionelle Geschlechterordnung, die beherrschende Stellung der Familie und die in vielfacher Hinsicht große Heterogenität der palästinensischen Gesellschaft schränken die Möglichkeiten der Teilnahme vieler Frauen ein, zumal es keine sozialstaatliche und kaum rechtliche Absicherung für diejenigen gibt, die sich nicht an geltende Normen halten. Dies erforderte von Akteurinnen, die zunächst eher aus privilegierten Verhältnissen stammten und über eine gute Ausbildung verfügten, die Überbrückung einer sozialen Kluft, die auch eine Überbrückung unterschiedlicher Lebenswelten war. Ihr Engagement blieb ein ständiger Balanceakt zwischen Anpassung an die gegebenen Verhältnisse innerhalb der eigenen Gesellschaft und den Versuchen, diese umzugestalten.

Die soziale Homogenität der eher kleinen republikanischen Widerstandsgesellschaft, die ein Unterschichtphänomen war, machte solche Maßnahmen nicht erforderlich und die sozialstaatliche Absicherung reduzierte die Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie. Gesamtgesellschaftliche und politische Entwicklungen in Nordirland und den Nachbargesellschaften eröffneten Frauen neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung, die mehr und mehr akzeptiert wurden. Diese Trends veranlassten die republikanische Bewegung mit Blick auf die politische Konkurrenz zu versuchen, sich in vieler Hinsicht an ihre Spitze zu setzen, so auch bezüglich der Thematisierung von Gleichberechtigung usw. Außerdem sorgte der elitäre Charakter der IRA für einen Aufstiegskanal innerhalb der Bewegung, den auch Frauen genutzt haben. Beides kann zum Teil erklären, wieso Frauen in *Sinn Fein* eine vergleichsweise starke Position erreicht haben. In der palästinensischen Bewegung war eine linke ideologische Basis, zu der eher die Thematisierung von Geschlechterverhältnissen gehörte, ohnehin eine Minderheitenposition, für die der Balanceakt besonders schwer war. Gesamtgesellschaftliche und politische Entwicklungen innerhalb der besetzten Gebiete aber auch in der Region, führten zu einer weiteren Erosion dieser Positionen, die insgesamt mit einer Erosion des säkularen Nationalismus einher ging. Nutznießer war der Islamismus, für den zwar Geschlechterverhältnisse zum Mittelpunkt seiner Ideologie gehören, jedoch nicht im Sinne der säkularen Nationalistinnen, sondern mit hoher Anschlussfähigkeit an traditionelle Werte.

Doch der Vergleich zeigte auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, wie die Untersuchung zu Formen und Umfang der Partizipation verdeutlicht. Frauen haben für die Widerstandsbewegungen die gleichen Funktionen

erfüllt, etwa für die Außendarstellung, für die Verbreiterung der sozialen Basis oder als Lückenbüßerinnen, wenn Männer tot oder im Gefängnis sind, was ungleich wahrscheinlicher war, als dass eine Frau direktes Opfer des Konflikts wurde. Hinzu kommt die Entwicklung der Konflikte: Die oben skizzierten Unterschiede traten besonders in den '90ern hervor oder kamen zum Tragen, zu einem Zeitpunkt als der Friedensprozess in Nordirland langsam aber stetig Fortschritte machte, während sich die Lage in den besetzten Gebieten immer weiter verschlechterte und schließlich in eine neue heiße Phase mündete. Die heutige Sicht kann leicht vergessen machen, wie miserabel die Lage in Nordirland gewesen ist, wie gewaltsam der Konflikt ausgetragen wurde und zwar insbesondere in den republikanischen Hochburgen.

Das folgende Kapitel widmet sich der Dynamik asymmetrischer Konflikte ohne die Kategorie Geschlecht in die Analyse einzubeziehen. Es geht darum im Allgemeinen genauer zu fassen, was in einer Widerstandsgesellschaft während eines Konflikts zwischen einer dem Selbstverständnis nach nationalen Befreiungsbewegung und ein dem Selbstverständnis nach demokratischen Rechtsstaat passiert.

4. Zur Dynamik asymmetrischer Konflikte zwischen Entgrenzung und Begrenzung

> „Die Briten werden das nie lernen, sie werden die nationalistisch-republikanische Bevölkerung nie wirklich verstehen – wenn sie es täten, wäre ihnen schon längst klar geworden, dass ein Mensch umso hartnäckiger widerstehen wird, je mehr Schmerz man ihm zufügt. Und ich bin sicher, dass genau das in deinen Untersuchungen anderer Konflikte und der darin verstrickten Menschen eine *Core Message* ist – denn was wäre die Alternative? Dass man sich unterwirft und die anderen auf sich herumtrampeln lässt? Wir werden uns nicht unterwerfen.“ (Chrissie Mc Auley, NI 16)

Die hier beschriebene „Kernaussage“ zur Triebkraft für Widerstand besitzt eine unmittelbare Attraktivität, weil sie an ein Wunschbild vom Menschen appelliert, nach dem er um seine Freiheit kämpft, sich gegen Unterdrückung zur Wehr setzt und all das nicht etwa trotz Schmerz, sondern wegen des Schmerzes, der ihm deshalb zugefügt wird. Ihm gegenüber gestellt werden diejenigen, die unterwerfen, die Schmerzen zufügen, um auf Menschen herum trampeln zu können, und dabei noch zu dumm oder vielleicht zu verdorben sind, um die Motive der Guten zu begreifen. Ohne völlig ausschließen zu können, dass es Menschen gibt, die sich der einen oder anderen Sorte eindeutig zuordnen ließen, sind doch erhebliche Zweifel an dieser „Kernaussage“ angebracht, denn sie ist vor allem eine „Kernbotschaft“ von nationalistischen Widerstandsbewegungen selbst: Es gibt Unterdrückte und Unterdrücker, die sich durch Nationalität identifizieren lassen; Erstere sind „wir“ und wir sind die Guten, weil wir uns nur wehren; Letztere sind unsere Gegner und die Schuldigen; die einzige Alternative zu dem, was wir tun, ist Unterwerfung, was gleichbedeutend mit einem unerträglichen Zustand wäre.

Diese Interpretation von Widerstand weist auf die Fragen, die eine Analyse zur Dynamik asymmetrischer Konflikte aufwirft: Was hält den Konflikt am Laufen, welche Prozesse spielen sich dabei in der Widerstandsgesellschaft ab, und welchen Anteil haben daran die Widerstandsbewegungen und welchen hat der Staat? In diesem Kapitel wird die Dynamik ohne eine geschlechtssensible Perspektive analysiert (vgl. Kapitel 1). Ebenso wie Nordirland und die besetzten Gebiete hier als Fallbeispiele benutzt werden, werden die eingebauten Interviewpassagen als typische Äußerungen von Angehörigen ihrer Widerstandsgesellschaft behandelt.

Die Asymmetrie hinsichtlich der Stärke der beteiligten Konfliktparteien erzeugt bei aller Verschiedenheit der Konfliktkonstellationen eine gemeinsame Struktur der Konflikte. Die Asymmetrie der Konflikte bezieht sich auf die militärische und öko-

nomische Überlegenheit Großbritanniens oder Israels und die der staatlichen Organisation. Dies bedeutet, dass die Menschen in Nordirland und den besetzten Gebieten nicht einfach durch Gewalt beherrscht werden, sondern ebenso durch ökonomische Abhängigkeit und effiziente Verwaltung. Sie unterliegen der Herrschaft eines modernen Staates, die von den Widerstandsbewegungen bekämpft wird. Staat und Widerstandsbewegung verfolgen auf den ersten Blick gegensätzliche Strategien: Anliegen des Staates ist es, den Konflikt möglichst zu begrenzen, dagegen versucht der Widerstand, den Konflikt zu entgrenzen. Doch beide Strategien erzeugen Paradoxien und sind daher mit dem Risiko behaftet, der Strategie des Gegners in die Hände zu spielen. Im folgenden sollen diese Strategien und ihre Paradoxien erläutert werden. Die Dynamik wird dabei als Wechselspiel zwischen Entgrenzung und Begrenzung des Konflikts und damit des Politischen interpretiert, welches in der Widerstandsgesellschaft zu einer Omnipräsenz des Politischen im Sinne des Widerstandes führt.

4.1 Entgrenzung als Widerstandsstrategie und ihre Paradoxien

Entgrenzung der Gewalt

Der Widerstand verfolgt eine Strategie der Entgrenzung, um seine chronische Unterlegenheit auszugleichen. Eine Form der Entgrenzung ist die Herausforderung des staatlichen Gewaltmonopols. Für diese Entgrenzung der Gewalt verteilt er Gewaltmittel an Teile der Bevölkerung, die diese von Staats wegen nicht haben dürften. Da er an Gewaltmitteln und in anderer Hinsicht, wie beispielsweise logistisch, militärisch unterlegen ist, wendet er Taktiken der irregulären Kriegsführung an (vgl. Münkler 1990; Schulz 1985). Die Idee ist, weil man den Gegner nicht besiegen kann, ihn langfristig zu zermürben, die Kosten des Konflikts für ihn in die Höhe zu treiben und ihn so zu Eingeständnissen zu bringen. Ein wichtiges Moment dabei ist das der Überraschung. Um einen Überraschungseffekt zu gewinnen, entgrenzt der Widerstand die Gewalt räumlich und zeitlich, denn er versucht den Eindruck zu erwecken, er könnte jederzeit und an jedem Ort zuschlagen. So wird jeder Ort zu einem möglichen Schlachtfeld zu einer nicht vorhersehbaren Zeit. Auch in Bezug auf die Bevölkerung verfolgt er eine Strategie der Entgrenzung. Er will möglichst weite Kreise involvieren und damit alle zur Verfügung stehenden Kräfte nutzen:

> „1987 war ich noch Schülerin – ich war fünfzehn Jahre alt und ich kriegte – weißt du – ein Gewehr. Wenn man so jung ist, hat man selber noch keine Richtung, man geht nur mit den anderen mit. (...) Wir haben die israelischen Soldaten mit Steinen beworfen, aber als die PLO die *Intifada* übernommen hat und versucht hat, sie zu organisieren, haben sie die *Shabiba* gegründet, und ich wurde natürlich Mitglied. Ich war

auch die erste Frau, das erste Kind, das verwundet wurde. Ich war damals fünfzehn Jahre alt. Nach der Gründung der *Shabiba*-Bewegung haben sie die Jugendlichen in zwei Gruppen geteilt; eine davon hatte militärische Aufgaben – Steine werfen und Nachrichten transportieren. Auf Kinder und Jugendliche hat man nicht so genau geachtet und sie konnten Nachrichten von einer Partei zur anderen, von einem Land ins andere bringen, und als ich sechzehn Jahre alt war, habe ich eine Nachricht von hier nach Jordanien gebracht. Das war die militärische Arbeit der Jugend. Der andere Teil der Jugendbewegung hat sich um die Kultur gekümmert ...“ (Sylvia Madi, PAL 17)

Die Entgrenzung im Hinblick auf die Bevölkerung ist nicht zuletzt eine Entgrenzung hinsichtlich des Alters der Involvierten. Eine erfolgreiche Entgrenzung, die sich in einer Eskalation des Konflikts zeigt, ist gleichbedeutend mit einer mobilisierten jungen Generation:

„Was habe ich im Alter von zehn Jahren schon gewusst? Aber dann wollte man auch in der IRA mitmachen, das war die große Sache. Ich meine, ich hatte viele Freunde, die eingetreten sind, alle meine Freunde waren auch in der *Sinn Fein* und von da aus sind wir weiter marschiert, in der Jugendorganisation. Es gab Versammlungen und all das, wir haben geredet, man hat uns in Geschichte unterrichtet, und wenn man älter wurde, sind die meisten einen Schritt weiter gegangen: sind in die Erwachsenenorganisation der *Sinn Fein* eingetreten oder haben sich der republikanischen Armee angeschlossen. Haben sich weiter bewegt. Irgendwann war ich dann sechzehn, siebzehn – da stand das Politische natürlich immer noch an allererster Stelle: Man hatte eine Verabredung mit einem Jungen und gleichzeitig eine Versammlung, da war es nie eine Frage: Was soll ich tun? Ich habe genau gewusst, wo ich hingehen würde, ich bin zu der Versammlung gegangen, der Junge konnte warten. Genau so war das damals.“ (Patricia Moore, NI 27)

Ohne eine in seinem Sinne mobilisierte Bevölkerung oder „freiwillige politische Infrastruktur“ (Adams 1986, 63), hat der Widerstand weder militärisch noch politisch die Möglichkeit zu bestehen. Die Mobilisierung zielt nicht nur auf direkte Beteiligung an „bewaffneten Aktionen“, sondern ebenso auf eine allgemeine Unterstützung des Widerstandes und die Beteiligung an anderen Aktionen zu seinen Gunsten. Der „Freiwilligkeit“ kann durch Eskalation nachgeholfen werden, denn die provozierten Gegenschläge und Sicherheitsmaßnahmen, unter denen dann die ganze Widerstandsgesellschaft zu leiden hat, erhöhen den Solidarisierungsdruck und die Bereitschaft zur Partizipation. Zur Entgrenzung gehört, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten aufzuheben, denn gerade die Tarnung als Zivilist ist eine wichtige Waffe im Kampf gegen einen überlegenen Feind. Um sich wie „der Fisch im Wasser“ bewegen zu können, dürfen die Kombattanten nicht auffallen. Opfer in den eigenen Reihen, ob nun „militärisch“ aktiv oder nicht, werden dafür nicht

nur in Kauf genommen, sondern haben willkommene Nebeneffekte, weil sie Solidarisierung fördern. Dazu noch einmal Sylvia:

> „Als sie [die israelischen Soldaten; SK] mich angeschossen haben, war das am Tor unserer Schule – die Schule wurde von der UNRWA organisiert – das war ein internationales Thema. Die Leute haben alle zu mir gehalten. (...) Die israelischen Soldaten haben mich zur medizinischen Behandlung nach Ashqelon gebracht. (...) Alle sind sie zu meiner Familie gekommen, und ich wurde ein sehr berühmtes Kind. ... – alle haben sich um sie [die Familie; SK] gekümmert – und wegen dieser Situation will ich etwas für mein Land tun. Die ganze Familie steht mir zur Seite, deshalb war es sehr leicht für mich – natürlich ist das selten und ich hatte Glück, denn am Anfang hatten die Leute Angst um ihre Kinder, aber später war jedermann betroffen – jedermann – die israelischen Soldaten kommen zu einem, auch wenn man gar nichts getan hat: Sie nehmen deinen Bruder mit, deinen Vater, deine Schwester.“ (Sylvia Madi, PAL 17)

Neben der internationalen Aufmerksamkeit und den beschriebenen Solidarisierungseffekten innerhalb der Widerstandsgesellschaft ist es die potentielle Betroffenheit aller, die nichts anderes bedeutet, als das niemand sich sicher fühlen kann. Mit eigenen Ritualen zeigt dann der Widerstand nicht nur Präsenz, sondern sie dienen der Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls und der Sinnstiftung angesichts der Opfer:

> „Und wenn dann jemand gestorben war, gab es Dinge wie Gewehrsalven über dem Sarg, solche Sachen. Ich nehme an, weil man so viel davon gesehen hatte, hatte man das Gefühl – wenn du immer auf der Empfängerseite der Brutalität gewesen warst oder deine Familie darunter gelitten hatte – das hat einem das Gefühl gegeben, dass nicht nur die eigene Familie betroffen war, dass ganze Stadtviertel betroffen waren, und ich glaube, dass dem nur wenige Familien entkommen konnten. Ich habe eine Freundin, sie hat um die Ecke gewohnt, und niemand aus ihrer Familie hat irgendwo mitgemacht. Ich weiß nicht, vielleicht hat es mit ihren Eltern zu tun, aber ich glaube, dass nur ganz wenige Familien davon unberührt geblieben sind.“ (Anonym 4, NI 24)

In einer mobilisierten Bevölkerung muss keineswegs jeder im Widerstand aktiv werden, denn es reicht, wenn eine Atmosphäre geschaffen werden kann, in der es schwierig wird, sich gegen die Aktionen zu wenden, selbst wenn es sich um die eigenen Kinder handelt:

> „Jetzt, wo ich Mutter bin, fühle ich mit meinen Eltern. Natürlich haben sie oft versucht mich aufzuhalten, aber die ganze Atmosphäre war für die *Intifada*. Und nachdem ich im Gefängnis gewesen war, haben meine Eltern mich sogar respektiert – jeder hat mich respektiert, niemand konnte mich missachten, und irgendwie waren sie auch stolz. (...) Mein Vater musste schreien, er musste kämpfen, er musste mir Hausarrest geben, weißt du: ‚Du gehst heute nicht aus dem Haus!‘ Und ich habe gesagt: ‚Na schön, wenn er geht, gehe ich auch.‘ Er konnte mich nicht wirklich kontrollieren, jeder

war mit dabei und die Leute haben mit solchem Stolz davon gesprochen, was passierte. Weißt du, am Ende ist mein Vater auch Palästinenser. Meine Eltern tun mir wirklich Leid – ich erinnere mich an ihre Gesichter und daran, wie sie geschwitzt haben. Sie waren zu Tode erschrocken über das, was mit ihren Kindern passierte, sie hatten sie nicht mehr unter Kontrolle." (Terry Boullata, PAL 1)

Doch Unsicherheit und Kontrollverluste können auch einen ganz anderen Effekt auf die Betroffenen haben, insbesondere wenn die Verantwortung für die Situation und die Gewalt nicht einfach der Staatsmacht zugeschrieben werden kann. So wie bei Ann, deren Bruder zu Beginn der *Troubles* erschossen worden ist:

„... und ich glaube, dass dies der Punkt war, an dem mir klar geworden ist, dass jeder, jede Familie diesen Ereignissen ausgeliefert war. Man stellt sich immer vor – ich glaube, das ist eine Art Selbstschutz, dass man sofort denkt, wenn man von einem Todesfall hört: ‚Oh, muss darin verwickelt gewesen sein, muss in der IRA oder UDA [*Ulster Defence Association,* loyalistische Gruppe; SK] gewesen sein' – jetzt sind es Drogendealer, weißt du – auf diese Weise kannst du dich selbst damit beruhigen, dass es den Deinen nicht passieren wird. ... und ich glaube, wenn ich zurückblicke, das war wirklich das Erschreckendste, was mir passiert ist – neben der Trauer und dem Leid, das über meine Familie gekommen ist – dass jeder von uns in diesem Krieg verletzt werden kann. Mein Bruder war nicht politisch, er ist nur von einer Disco nach Hause gegangen, er war nur zur falschen Zeit am falschen Ort – und eine andere sehr schmerzliche Sache war, das sage ich auch jetzt noch – als er umgebracht wurde, haben die Leute ihn sofort in eine Art Schublade gesteckt, dass er einer von der IRA war. Das ist eine schmerzliche Sache; sogar bei seiner Beerdigung waren die Armeehubschrauber unterwegs. Wir waren keine Republikaner, aber ich hatte erfahren, was es heißt, einer zu sein, denn unsere Familie stand sofort unter Verdacht. ... Es machte die Runde, es sei eine IRA-Fehde gewesen ... Gerald sei darin verwickelt, er sei ein IRA-Mann – das war besonders für meinen Vater sehr schwer, schwerer als für uns, weil es für ihn unannehmbar war, dass die Leute seinen Sohn für einen IRA-Mann hielten. So habe ich ziemlich schnell erfahren, dass der Krieg nicht einfach da draußen passiert, und vielleicht habe ich mich deshalb nach meiner Rückkehr [sie hat mehrere Jahre im Ausland gelebt; SK] verpflichtet gefühlt, mich in der Friedensbewegung zu engagieren." (Ann Mc Cann, NI 12)

Die Strategie der Entgrenzung der Gewalt birgt noch andere Gefahren aus Sicht derjenigen, die an einer Eskalation des Konflikts interessiert sind: Eskaliert die Lage zu sehr und kann „die Gemeinschaft nicht mehr am Laufen gehalten werden", kann auch der Widerstand nicht mehr funktionieren. Sind die Gegenschläge des weit überlegenen Staates zu hart, kann dies ebenso das Aus des Widerstandes sein, sei es ein schnelles Aus, weil er einfach zerschlagen wird, sei es ein langsameres, weil er die Unterstützung der Bevölkerung verliert. Aufgrund seiner mangelnden Ressourcen

kann der Widerstand die enorme Bürde, die er „seiner“ Bevölkerung auferlegt, weder auf die Dauer kompensieren, noch kann er sie allein durch Einschüchterung auf seiner Seite halten und damit als Gewaltverursacher auftreten. Er muss in der Lage sein, Ergebnisse zu liefern, die wenn schon nicht als Sieg, dann zumindest als Verbesserung angesehen werden. Außerdem, wenn zu viele Leute mobilisiert und bewaffnet, aber mit dem bisherigen Vorgehen des Widerstandes bzw. dessen Ergebnisse nicht einverstanden sind, kann eine gefährliche bewaffnete Konkurrenz entstehen, die nur schwer zu kontrollieren ist. Dabei ist allerdings für Außenstehende oft nicht ganz klar, ob es sich nicht vielmehr um eine Arbeitsteilung zwischen den Gruppen handelt, bei der die einen die Rolle der Radikalen übernehmen und die Gewalt aufrecht erhalten, und die anderen sich als Gemäßigte anbieten, oder ob es überhaupt verschiedene bzw. konkurrierende Gruppen sind. Während ein bisschen militantere Konkurrenz noch nützlich sein kann, weil sie die Machtposition der dominanten Gruppe stärkt, indem sie sich als potentieller Verhandlungspartner anbietet mit dem Hinweis darauf, dass sonst die anderen noch mehr Zulauf erhalten könnten, kehrt sich dieser Vorteil um, sobald die Dominanz in Frage gestellt wird. Wieso sollte man mit jemanden verhandeln, der ohnehin die Gewalt nicht unter Kontrolle hat?

Mitte der '70er Jahre befand sich die republikanische Bewegung in dieser Situation: Nach einer Phase der Konflikteskalation Anfang der '70er war die Bewegung zersplittert und Fehden zwischen den Gruppen waren an der Tagesordnung, die britischen Sicherheitsmaßnahmen hatten die Überhand gewonnen, die angestrebten Ziele waren in weite Ferne gerückt, die Lebensbedingungen in den Hochburgen waren miserabel und die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung kanalisierte sich in eine organisierte Friedensbewegung[190]. Ausgenommen des letzten Punktes einer organisierten Friedensbewegung aus der Bevölkerung[191], wäre ein ähnliche Lage der palästinensischen Bewegung die Situation 2007: Nach der Konflikteskalation in den ersten Jahren des Jahrtausends kam es zur innerpalästinensischen Gewalt zwischen *Fatah* und *Hamas*, zu den Auswirkungen der erdrückenden Übermacht der staatlichen Sicherheitsmaß-

190 Bei einer Umfrage 1978 stimmten 65,8% der Katholiken und 92,2% der Protestanten dem Satz „The IRA are basically a bunch of criminals and murderers“ zu, allerdings stimmten dem Satz „The IRA are basically patriots and idealists“ ebenso 46,3% der Katholiken und 34,7% der Protestanten zu (Moxon-Browne 1981, 58).

191 Im Jahre 2004 „Respondents were asked whether they supported the resumption of military operations against Israeli targets as a suitable response during the current political conditions, or whether they rejected it and found it harmful to Palestinian national interests. Military operations include shootings, car bombs, and mortar rocket attacks, but do not include suicide attacks.“ Es sprachen sich 27% dagegen aus, 8% keine Angabe (JMCC 2004, 5).

nahmen, die angestrebten Ziele rückten in weite Ferne und die Bevölkerung litt unter immer miserableren Lebensbedingungen.

Terror: Entgrenzung in die gegnerische Gesellschaft

Angriffe auf die Staatsmacht können verschiedene Funktionen erfüllen. Oft überwiegt der symbolische Gehalt bei weitem den meist geringen militärischen Nutzen und vorrangiges Ziel ist die Stärkung der Moral der eigenen Anhänger. Oder Angriffe werden nur geführt, um überhaupt Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, was wiederum für Unterstützung sorgen soll oder dafür, vom Gegner als Gegner wahrgenommen zu werden. Sie können als Versuch gelesen werden, das Machtverhältnis zwischen Staat und seinen Angehörigen auf der einen, und der Widerstandsgesellschaft auf der anderen Seite zu erschüttern, indem man den Staat an seine Existenz erinnert. Denn auch für dieses Machtverhältnis gilt das, was nach Georg Simmel das Privileg der Mächtigen ausmacht, und zwar „daß er [der Herr; SK] nicht immer daran zu denken braucht, daß er Herr ist, während die Position des Sklaven dafür sorgt, daß er seine Position nie vergißt“ (Simmel 1985 (1911), 201).

Für die Widerstandsgesellschaft spielt sich das Leben immer mitten im Konflikt ab, weil er überwiegend in ihrem Wohngebiet ausgetragen wird. Anschläge gegen die Zivilbevölkerung oder solche, bei denen zivile Opfer in Kauf genommen werden, dienen der Entgrenzung des Konflikts in die gegnerische Gesellschaft. Sie setzen die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten in ihr außer Kraft und tragen den Konflikt in ihren Alltag hinein. Sie sollen Angst und Schrecken verbreiten, also terrorisieren. Eine gewisse Attraktivität dieser Entgrenzung liegt in der Vorstellung, seinem Hass über das erlittene Unrecht einmal freien Lauf lassen zu können und es „ihnen“ heimzuzahlen[192]:

> „Ob ich es bereue? Ich weiß nicht. Vielleicht bin ich nur ein Feigling gewesen. Vielleicht hatte ich nur Angst, reingezogen zu werden. Aber die Umstände waren irgendwie stärker, und schon war ich drin [in der INLA und verwickelt in den Anschlag auf das *Droppin' Well*, siehe unten; SK]. Ich wünschte, ich wäre mutiger gewesen. Ich wünsche mir jetzt, ich wäre fähig gewesen zu sagen: ‚Ich werde ein Gewehr nehmen und zurückzahlen, was unserem Volk jahrelang angetan worden ist.‘ Ich habe diesen Mut nicht gehabt, deshalb haben mich eher die Umstände geleitet als mein freier Wille, aber ich bereue es nicht.“ (Anna Moore, NI 19)

192 Walter Reich kritisiert die Vermeidung von Begriffen wie „hatred“, „revulsion“ und „revenge“ im wissenschaftlich-psychologischen Diskurs über Motive für Terrorismus, der lieber auf Begriffe wie „anger“ und „frustration“ zurückgreife, obwohl die erstgenannten die „accurate descriptive terms“ seien. Er warnt aber gleichzeitig davor, die rationalen Gründe „for choosing terrorist strategy“ zu vernachlässigen (Reich 1998, 272/ 273). Zu Terror als rationale Strategie siehe Crenshaw 1998.

Auch wenn man es selbst nicht tut:

> „Manchmal empfinde ich Hass. Ich hasse die Israelis, ich kann es nicht kontrollieren – ich meine die Juden. Ich versuche zu unterscheiden; es ist nicht die Religion. Ich versuche, diesen Hass zu kontrollieren, ich versuche, ihn zu organisieren: Ich meine, wen soll ich hassen und wen sollte ich nicht hassen – aber ich kann nicht. In mir ist so viel Schmerz, so viel Wut. Es ist kein rassistischer Hass, nicht wie eurer [gemeint ist wohl der europäische Antisemitismus; SK]. ... wenn ich nach Tiberia oder Haifa gehe – mein Mann nimmt mich nicht mehr mit –, dann breche ich manchmal zusammen, ich kann es nicht kontrollieren. Wenn ich mein Land sehe und an die Flüchtlinge in Libanon und Syrien denke und sehe, wie sie [die Israelis; SK] unser Land genießen. Wenn wir angehalten werden, kann ich nicht sagen, dass ich Palästinenserin bin; ich muss sagen, dass ich Französin bin [ihr Mann ist frz. Staatsbürger; SK]. Ich kann meine Identität nicht ausdrücken. Die meiste Zeit weine ich. Deshalb muss mein Mann mich gleich heimbringen. ... Ich kann nicht an den Strand gehen – meine Schwester hat nie in ihrem Leben das Meer gesehen, und dort sieht man ihre Kinder, wie sie die See genießen. Wenn ich in Tel Aviv spazieren gehe und es kommt jemand in meine Nähe – ich könnte in ihre Gesichter explodieren.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Doch Terror ist kein irrationales Mittel der Verzweiflung oder Rache, sondern Bestandteil einer Strategie des divide et impera[193]. Ein Teil der gegnerischen Gesellschaft soll zur Ansicht gebracht werden, die Kosten der Politik ihrer Regierung seien zu hoch und Druck ausüben, diese zu Gunsten der Ziele des Widerstandes zu ändern. Beim Terror sind die Ziele der Angriffe nicht die tatsächlichen Opfer, sondern das Publikum, denn genau dies unterscheidet Terror von anderen Formen politischer Gewalt. Er ist auf Medien angewiesen und eine Kommunikationsstrategie, in der die Tat selbst Teil des Statements ist, das die Form „entweder-oder“ hat. Er zielt in erster Linie auf die psychische Wirkung des Schreckens in den Köpfen der Zuschauer, die in den Opfern Repräsentanten ihrer selbst sehen. Er soll sie Herrschaftsansprüchen und politischen Forderungen gefügig machen. Es ist der Schrecken über die eigene Verletzlichkeit zu jeder Zeit und an jedem Ort; darüber, Opfer werden zu können, unabhängig davon, ob man ein guter Mensch ist oder nicht; darüber, bis zur Gleichgültigkeit gehasst zu werden. Eines seiner Mittel ist daher das Massaker oder die glaubwürdige Androhung desselben. Es zeichnet sich durch die Wahllosigkeit der Opfer –

193 Diese Ausführungen erheben nicht den Anspruch, für alle Arten von Terror zu gelten oder dies sei die einzige Funktion von Terror. Hier geht es nur um das Kalkül hinter Anschlägen hinsichtlich der gegnerischen Gesellschaft. Der Bezug auf das eigene Umfeld – Handlungsfähigkeit demonstrieren, Stärkung der Moral, Solidarisierungseffekte erzielen oder die „als interessiert unterstellten Dritten“ ansprechen (Münkler 1992, 167 ff.; siehe auch unten: „Internationalisierung“) – wurde an anderer Stelle thematisiert.

im doppelten Sinne ihrer Schutzlosigkeit und der Auswahl durch die Täter – aus. Bei dieser Machtdemonstration, zu der die Verletzung aller Regeln gehört, lautet die gewollte Botschaft, dass nur Unterwerfung oder Flucht Rettung verheißt. Die ungewollte Botschaft kann dagegen lauten, dass gegen einen solchen Feind alle Mittel erlaubt sind, die zur Verfügung stehen. Je effektiver der Terror seine Botschaft transportiert und je wahlloser die Opfer, umso unberechenbarer erscheint er und umso weniger wird einsichtig, welchen Sinn es dann machen sollte, auf seine Forderungen einzugehen.

Der Anschlag auf das Lokal *Droppin' Well* in Nordirland, bei dem siebzehn Menschen umkamen und Dutzende verletzt wurden, war 1982 einer der blutigsten Anschläge bis dahin. Die Bombe hatte das Dach über 150 Besucher einer Tanzveranstaltung zum Einsturz gebracht „but the scale of the carnage appeared to shock the bombers themselves" (Mc Kittrick et al. 1999, 927). Der Anschlag ist zum einen ein gutes Beispiel für das gerade beschriebene Kalkül des Terrors, denn trotz Schock ließ die INLA verlautbaren, es sei Zeit gewesen „to take the war to the English and their cohorts in their own area" und „only attacks of such nature ... bring it home to the people in Britain and the British establishment. The shooting of an individual soldier ... has very little effects in terms of media or in terms of the British administration" (zit. n. ebd.). Zum anderen lassen sich einige typische Merkmale republikanischer Gewalt verdeutlichen: Das Lokal war Ziel, weil dort auch britische Soldaten einkehrten und vor dem Anschlag habe man sich dort umgesehen „to see if there were enough soldiers to justify the possibility of civilian casualties" (ebd.). Doch der Anschlag sorgte innerhalb der *Nationalist Community* für Empörung und die hatte ihn fünfzehn Jahre später noch nicht vergessen, wie Anna nach ihrer Entlassung zu spüren bekam:

> „Es hat eine Zeit gegeben, da war ich total paranoid, aber ich komme jetzt langsam drüber weg. Als ich gerade freigelassen worden war, war mein Kopf total zermatscht. (...) Ich habe nicht mehr dieselben Nachbarn, und sogar für manche aus meiner Familie wäre es schwer, auch nur zu verstehen, worin ich verwickelt war, weil es so groß war. Ich schaue in den Spiegel und sage: ‚Ich glaube nicht, dass du das getan hast.' Tatsächlich bin ich in Bars, die ich als sicher bezeichnen würde, beschimpft worden – von Leuten, mit denen ich aufgewachsen bin: ‚Erkläre uns das, du verdammte Mörderin!' Das war wirklich – ich meine, man erwartet das, wenn man an die falschen Orte geht, aber in meiner eigenen Gegend – das ist mindestens zweimal passiert." (Anna Moore, NI 19)

Es zeigt sich also einerseits das in Kauf nehmen ziviler Opfer und die Ausweitung der Definition „legitimer Ziele" nach der Sicherheitskräfte auch dann Ziele sind,

wenn sie gar nicht im Dienst sind und auch ein ziviler Ort Ziel sein kann. Andererseits wurde die Unterscheidung zwischen militärisch und zivil aufrecht erhalten, und deshalb war der Anschlag, so wie er schließlich verlaufen war, in den Augen vieler nicht gerechtfertigt[194]. Auch Anna sagte, sie bereue die toten Zivilisten und bemühte sich, dem Anschlag „militärischen" Sinn zu verleihen:

> „Es [die Opfer[195]; SK] waren elf Soldaten und sechs Zivilisten, obwohl zwei von den Zivilisten eigentlich zum Armee-Personal gehörten – tatsächlich waren es also vier Zivilisten." (Anna Moore, NI 19)

Anschläge mit dem Ziel möglichst viele Zivilisten zu treffen, bilden das eine Ende des Spektrums, dessen anderes Ende die bewusste Vermeidung ziviler Opfer ist, wobei das in Kauf nehmen dazwischen liegt. Selbstmordattentate erhöhen unabhängig von der Opferzahl den Terroreffekt, weil sie der Nimbus des völlig Unberechenbaren, Irrationalen und Unaufhaltsamen umgibt. Sie sind die extremste Form der Entgrenzung des Konflikts in die gegnerische Gesellschaft, aber auch in der Widerstandsgesellschaft, zum einen aufgrund der unweigerlich folgenden staatlichen Gegenmaßnahmen, zum anderen durch den Preis, den der Widerstand die Ausführenden zahlen lässt.

Da die Beteiligten an palästinensischen Selbstmordattentaten[196] zum Zeitpunkt der Interviews entweder tot oder im Gefängnis waren, oder ihre Beteiligung wohl kaum in einem Interview zugegeben hätten, habe ich selbst kein Datenmaterial darüber erhoben. Bedingt durch den Verlauf der Konflikte war es im Allgemeinen in Nordirland einfacher Interviewpartnerinnen, die selbst an gewaltsamen Aktionen mit Gewaltmitteln, wie Schusswaffen oder Bomben beteiligt waren, zu finden, als in den palästinensischen Gebieten, und aus demselben Grund auch einfacher, den gewaltsamen Widerstand und insbesondere Gewalt gegen Zivilisten zu thematisieren (vgl. Kapitel 2.3). Interviewpartnerinnen, die früher zur PIRA gehörten, haben thematisiert, dass „militärische Fehler gemacht wurden" (Rosie Mc Corley, NI 4), es „Operationen gab, die fürchterlich schief gelaufen sind" (Marie Wright, NI 5) und auch von republikanischer Seite Menschenrechtsverletzungen zu verantworten sind

194 Verlautbarungen der (P)IRA, in denen sie zivile Opfer bedauerte, gab es häufiger, meist mit dem Hinweis darauf, dass etwas schief gelaufen sei oder die britischen Behörden nicht angemessen auf eine Bombenwarnung reagiert hätten. Im Jahre 2002 drückte sie offiziell ihr Bedauern über die zivilen Opfer aus.

195 Die Opfer des Anschlags: Ruth Dixon, Patricia Cook, Alan Glen, Valerie Ann Mc Intyre, Clare Elizabeth Watt, Stephen Smith, Philip Mc Donough, Stephen Bagshaw, Clinton J. Collins, David Murray, David W. Stitt, Shaw Williamson, Neil Williamson, Terence Adams, Paul Joseph Delaney, David Salthouse, Angela Maria Hoole. (Mc Kittrick et al. 1999, 927/ 928)

196 Über palästinensische Selbstmordattentate inklusive Libanon ausführlich: Ricolfi 2006.

(Chrissie Mc Auley, NI 16). Allerdings hat sich keine meiner Interviewpartnerinnen, die meines Wissens selbst Gewalt ausgeübt haben, grundsätzlich von Gewaltanwendung distanziert. Bei palästinensischen Interviewpartnerinnen, die nach eigenen Angaben jemals am „militärischen“ Widerstand beteiligt gewesen sind, bezog sich die Kritik auf ein anderes Merkmal, das auch in ganz anderen Zusammenhängen kritisch thematisiert wurde: Die mangelhafte Effizienz, in diesem Fall der Gewaltorganisation bzw. die Inkompetenz der Organisatoren. Jhada erzählte vom Scheitern des Anschlags, an dem sie sich beteiligen wollte:

> „Der Auftrag, den sie mir gegeben hatten [*Fatah* Leute in Syrien 1982; SK], bestand darin, von jemandem einige Bomben zu übernehmen und sie an jemand anderen weiterzugeben. (...) Bei der Planung war etwas falsch gelaufen. So sind die Soldaten sehr schnell darauf gekommen. (...) Ich war in der Westbank angekommen und bin länger geblieben, um zu warten. Zu dieser Zeit hatten alle anderen Mitglieder meines Komitees – alle Kameraden – wir kannten uns nicht, aber sie hatten meine Personenbeschreibung, um mich zu erkennen, wenn ich die Bomben entgegennehme und abliefere – sie hatten meine Beschreibung und es gab eine geheimes Losungswort. Alle Kameraden, ungefähr einundzwanzig, wurden einer nach dem anderen innerhalb eines Monats verhaftet. Nun wusste ich, dass jemand, der verhaftet wird, ihnen meine Beschreibung verraten könnte .... Und zwei Mitglieder meiner Familie wurden verhaftet – nicht aus meinem unmittelbaren Familienkreis – aus meiner Verwandtschaft, und ich habe gedacht – weil ich wusste, dass diese beiden Verwandten mit Politik nichts zu tun hatten – sie hätten sie verhaftet, um an mich heranzukommen. Und nachdem sie sie im August verhaftet und einen Monat lang verhört hatten, kam im September die Geheimpolizei in unser Haus und hat mich und meinen Vater verhaftet. Als sie mich verhörten, fragten sie mich nach diesen beiden Verwandten und ich habe gesagt: nein, sie haben nichts mit mir zu tun, und sie wurden freigelassen. (...) Ich hatte die Bomben übernommen, aber als ich erfuhr, dass die anderen verhaftet worden waren, hatte ich das Gefühl, es wäre zu riskant, sie abzuliefern, deshalb habe ich alle Bomben in einem toten Depot abgelegt und alle Kontakte zu anderen Leuten abgebrochen. Ich wollte verhindern, dass noch mehr Leute verhaftet werden. (...) Vielleicht wäre ich bei meinem Auftrag erfolgreich gewesen, wenn es besser geplant gewesen wäre – ich habe gedacht: Etwas stimmt nicht und die Anführer haben nicht genau gewusst, was zu tun ist. Ich fühle mich nicht verraten, aber das sind schlecht organisierte Leute – und dann der Streit [damals gab es gewaltsame Flügelkämpfe innerhalb der *Fatah*; SK]. Ich habe mich entschlossen auszutreten, ich hatte die Nase voll von der *Fatah*.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Obwohl der gemeinsame Nenner ist, dass sich die Kritik auf die Art der Ausführung bezieht und sich nicht gegen Gewalt als solche oder die zugrunde liegende Widerstandsstrategie richtete, zeigt sich doch ein markanter Unterschied: Im nordirischen

Fall richtete sich die Kritik gegen Aktionen, die als missglückt gelten, weil sie zu viele zivile Opfer gefordert haben, aber im palästinensischen gegen Aktionen, die als gescheitert gelten, weil sie schlecht organisiert waren und deshalb dem Feind nicht genügend Schaden zugefügt haben.

Internationalisierung

Im Hinblick auf Entgrenzung beim Erreichen von möglichst vielen verschiedenen Zielgruppen als Publikum kann der Widerstand noch eine weitere Botschaft senden. Seine Unterlegenheit gestattet ihm, sich je nach Bedarf mal als Macht und mal als Opfer zu inszenieren. So imitiert er den Staat, um von dessen unterstellter Legitimität und Macht zu profitieren: Attentate auf Zivilbevölkerung werden als „militärische Operationen" bezeichnet, er erklärt den Krieg und obwohl sich die aus dem Untergrund Agierenden nicht als Kombattanten zu erkennen geben, soll der Gegner sich an die Regeln des Krieges halten, die er selbst bricht. Er möchte seine Gefangenen als *Prisoners of War* behandelt sehen – freilich nie als Kriegsverbrecher. Die Gefängnisproteste Anfang der '80er in Nordirland sind ein Paradebeispiel für die doppeldeutige Botschaft, sich sowohl als militärischer und damit politischer Akteur, als auch als Opfer des Staates zu inszenieren. Doch was im Nachhinein und von außen betrachtet wie ein voller Propagandaerfolg aussieht, weckt bei Betroffenen gemischte Gefühle, so wie bei Breige, die selbst an den Protesten beteiligt war. Einerseits unterstrich sie die Bedeutung der Proteste:

> „Ich hatte das Gefühl, dass dies ein sehr wichtiger Wendepunkt für den ganzen republikanischen Kampf war, der die Aufmerksamkeit geweckt hat – vorher hatte er nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die er verdiente. Die Menschen in anderen Ländern und in unserem eigenen Land, die Menschen in den sechsundzwanzig Grafschaften [Republik Irland; SK] hatten keine Beziehung zu diesem Kampf und kein Verständnis für die Sache, für die wir kämpften, kein Verständnis für unsere Situation – und ich glaube, die Hungerstreiks haben das geändert. Ich war mir dessen sehr bewusst, denn vorher waren wir nicht so umfassend unterstützt worden, wie wir unserer Meinung nach hätten unterstützt werden müssen; die hatten noch nicht verstanden, was wir durchmachten und warum wir das auf uns nahmen."

Andererseits ist es eine schmerzliche Erinnerung:

> „Wir waren nicht wirklich zufrieden mit den Ergebnissen der Gefängnisproteste, es gab eine Menge zu verarbeiten – damals haben wir noch sehr um die Kameraden, die gestorben waren, getrauert. Es hat viel Kraft gekostet, darüber hinwegzukommen, und es fällt auch heute noch sehr schwer, auch nur darüber zu reden. (...) Einige habe ich persönlich gekannt, ja, und ich würde sagen, die Zeit der Hungerstreiks war eine der schwersten, die wir jemals durchgemacht haben. Ich glaube, das hat jeden betroffen,

aber verständlicherweise noch mehr ihre Familien und auch die Kameraden im Gefängnis, denn wir standen einander sehr, sehr nahe. Du hast gewusst, dass sie für dich sterben. Und alles, was du tun konntest, war da sitzen, die Nachrichten anschauen und versuchen, es zu unterstützen. Das war sehr schwer. Und auch das Ende[197] war sehr, sehr traurig, weil so viel geopfert worden war, weil sie und die Kameraden, die hinter ihnen standen, so weit gegangen waren – wir wussten, dass sie sehr niedergeschlagen waren, weil sie bereit gewesen waren zu sterben und diesen Kampf auszufechten. (...) Es war eine Befreiung in dem Sinne, als sie immer noch hier bei uns sind, aber damals wurden auch eine Menge schmutzige Händel abgeschlossen, von Leuten aus der Regierung und einigen aus dem Klerus, was sehr schwer zu akzeptieren war, daher konnte man nicht wirklich froh darüber sein. Es war sehr, sehr schwer – man musste sich klarmachen, dass man immer noch im Kampf war, wenn auch nicht im bewaffneten Kampf, man war immer noch im Kampf und man konnte eine Menge wichtige Arbeit leisten, indem man verschiedenen Gruppen, verschiedenen Leuten Briefe geschrieben hat und auf den Kampf und die Situation im Gefängnis und außerhalb des Gefängnisses hingewiesen und die Unterstützung vermehrt hat – wir haben jeden Tag Dutzende und Aberdutzende von Briefen geschrieben – meine Finger waren ständig wund. Das hat sehr geholfen, weil man wusste, man tut etwas, und es gab außerdem immer noch den Widerstand gegen die Gefängnisleitung, der uns auch viel Kraft gegeben hat. Mir persönlich hat es geholfen, dass ich immer noch stark genug war, Widerstand zu leisten.“ (Breige Ann Mc Caughley, NI 4)

Da Gefangene sich in Obhut des Staates befinden, ist ihre Behandlung oder auch Misshandlung ein nützliches Thema für die mediale Internationalisierung und Skandalisierung der eigenen Leiden. Ging es den Protestlern in Nordirland darum, ihre Kriminalisierung zu verhindern und den politischen Gehalt ihres Kampfes zu retten, indem sein Kriegscharakter anerkannt werden sollte, bestreitet im palästinensischen Fall sowieso kaum jemand den politischen Gehalt. Die Skandalisierung der Zustände in den Gefängnissen dient dazu, die eigene Unterlegenheit zu betonen und so den Gegner zu diskreditieren. Wie Terry greifen dafür nicht selten PalästinenserInnen auf eine Holocaust-Rhetorik zurück:

„Es gab so viele Verhaftungen. Ein paar Tage bevor die *Intifada* los ging war ich im Gefängnis – ich wurde verhört, aber nicht wegen *Intifada*-Geschichten. Ich wurde wegen meiner Aktivitäten in meiner Studentengruppe verhört. (...) Das war eine wichtige Zeit für mich, denn wenn ich zurückdenke, erinnere ich mich immer an die vielen Kinder und Jugendlichen, die zum *Russian Compound* [Polizeistation bzw. Gefängnis in Jerusalem; SK] gebracht wurden. Nachts konnten wir hören, wie sie geschrien und geweint haben und wie sie geschlagen wurden – man konnte sie sehen,

197 Die Hungerstreiks wurden schließlich durch das Eingreifen der Angehörigen beendet, sobald die Hungernden im Koma lagen.

mit ihren blauen Flecken – es war wie ein Folterkeller, wie ein Konzentrationslager – und weil so viele hingebracht wurden, war es für diese Kinder wie ein Massaker. (...) Nach zwei Monaten wurde ich freigelassen.“ (Terry Boullata, PAL 1)

Diese Rhetorik dramatisiert die Anklagen, diskreditiert den Gegner und appelliert implizit an internationales Publikum, die Verantwortung für die Lage der PalästinenserInnen zu übernehmen. Terry, die später wieder verhaftet und im Gefängnis schwer krank wurde, verdankt ihre Entlassung selbst internationalem Druck und erlangte eine gewisse Bekanntheit, die sie für Öffentlichkeitsarbeit nutzte:

„Die Menschen in Großbritannien und Amerika wollten wissen, was los ist, also musste ich es erzählen. Und was in den Gefängnissen los war, denn das war ein Thema – weißt du, es gab keine Familie ohne Gefangene – manchmal waren es dreißigtausend Gefangene. Das war ein ganz großes Thema und es waren schon dreitausend getötet worden [für die hier genannten Zahlen konnte ich keine Bestätigung finden; SK], und als Aktivistin für Menschenrechte musste ich über diese Dinge reden. Man muss nicht die ganze Zeit nur Steine werfen, um sich zu äußern, sondern man muss auch andere Wege gehen – und die palästinensische Gemeinschaft in den Staaten hatte sich organisiert – zum Beispiel mit Talkshows.“ (Terry Boullata, PAL 1)

Die Skandalisierung der eigenen Leiden als Unterlegene dient auch dazu, die gegnerischen Opfer als Missetäter, die ihre gerechte Strafe erhalten, darzustellen. Die Botschaft lautete dann, wer sich mit ihnen solidarisiert, wird selbst schuldig. Seine mangelnden Möglichkeiten der Belohnung macht der Widerstand wett, indem er für seine Sympathisanten den Genuss moralischer Überlegenheit, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, verschafft.

Eine weitere internationale und räumliche Entgrenzung findet statt, wenn der Widerstand Gebiete in benachbarten Staaten als Rückzugsgebiet nutzt, wo er sich von seiner eigenen Entgrenzung im Krisengebiet erholen kann. Doch so läuft der benachbarte Staat selbst Gefahr, in den Konflikt hineingezogen werden. Wenn der Widerstand zusätzlich den Konflikt dorthin ausweitet, weil er versucht entweder den Nachbarstaat oder zumindest Teile der Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, erhöht sich diese Gefahr erheblich. Anschläge außerhalb des Krisengebietes oder im Ausland sollen deutlich machen, dass der Gegner und seine Verbündeten immer und überall getroffen werden können. Sie zielen zudem darauf, die internationale Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, Sympathisanten zu gewinnen oder auch Geschäftspartner. Bei Letzterem oder allgemeiner gesprochen, bei internationalen Geschäftsbeziehungen, geht es nicht nur um Waffen- oder Sprengstoffhandel, sondern auch um die Sicherung finanzieller Grundlagen des Widerstandes, die im Ausland dem Zu-

griff des Gegners entzogen oder dort mit Hilfe der Diaspora geschaffen werden[198]. Ferner ist der Widerstand durch seine Unterlegenheit mehr als der Staat auf eine mediale Internationalisierung angewiesen, die den Druck auf den Gegner erhöhen und das eigene Anliegen profilieren soll. Diese Internationalisierungen haben einen offenkundigen Nachteil: Es kann passieren, dass man sich mehr Feinde als Freunde macht bzw. mächtige Feinde und ohnmächtige Freunde. Selbst ein mächtiger Freund kann zum Problem werden, wenn er durch den Widerstand eigene Interessen verfolgt. Die gewonnenen Feinde können sich untereinander und mit dem direkten Gegner verbünden. Wie schon dargestellt, wären im palästinensischen Fall im Gegensatz zum nordirischen die Beispiele für die hier aufgeführten Punkte zahlreich (vgl. Kapitel 3.4.1 – Internationaler Rahmen), aber eine genauere Analyse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Entgrenzung des Politischen

Die Unterlegenheit des Widerstandes bringt es mit sich, dass er nicht nur gewaltsam sein kann, denn er könnte sonst den staatlichen Sicherheitsmaßnahmen nur kurze Zeit standhalten. Er braucht eine Infrastruktur von „sicheren Häusern", Geld- und Informationsquellen und geschäftlichen und politischen Kontakten. Er braucht auch eine Verankerung in der Bevölkerung, der er mehr bieten muss als nur Kampf und Elend, sondern der er sich als Alternative zum Bestehenden anbieten kann. Dafür muss er staatliche Versorgungs- und Schutzaufgaben übernehmen, die entweder vom Staat nicht wahrgenommen werden oder die er ihm streitig macht. Außerdem muss er attraktiv für ganz unterschiedliche Leute werden, die all diese verschiedenen Aufgaben erfüllen und die unterschiedlichen Segmente der Gesellschaft erreichen können. Dazu muss er Partizipationsmöglichkeiten schaffen, die mit unterschiedlichem Risiko verbunden sind, und Organisationen, die offener arbeiten können. Deshalb entstehen Grassroots Organisationen, Parteien, politische Clubs oder Verbände, die nicht direkt in den gewaltsamen Widerstand verwickelt sind.

198 So konnte beispielsweise die PLO in Saudi Arabien offiziell eine Revolutionssteuer unter den dort lebenden palästinensischen Arbeitsmigranten erheben (Tessler 1994, 424) und NORAID war eine Organisation in den USA, die für die republikanische Bewegung gesammelt hat. Doch die internationalen finanziellen Verwicklungen gehen weit über solche Geldsammlungen hinaus. Zu diesem in dieser Arbeit nur wenig thematisierten Bereich der Finanzierung siehe zum Beispiel Napoleoni 2004: „Die Ökonomie des Terrors". Dass es dabei um Summen in Millionenhöhe (US-Dollar) geht, stellte Laqueur schon 1987 fest (das Budget der *Fatah* betrug demnach 1975 zwischen 150 und 200 Millionen, der IRA ein bis drei Millionen; Laqueur 1987, 102). Zum Zusammenhang von Migration – infolge der Industrialisierung –, neuen Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten auf der einen und Nationalismus auf der anderen Seite, und schließlich der Diaspora und „long-distance nationalism" siehe Anderson 1994.

Sowohl Konsequenz als auch Funktion dieser Organisationen ist eine Ausweitung des Politischen auf viele Lebensbereiche und die Politisierung möglichst weiter Bevölkerungskreise. Sind die Lebensbereiche politisiert, dann ist ein Kindergarten nicht einfach nur ein Kindergarten oder ein Spielplatz ein Spielplatz, sondern eine Dienstleistung des Widerstandes, politische Arena und Symbol für einen kleinen Sieg, den man gegen die Unterdrückung errungen hat. Ob man trotz Konflikt im Land oder in einem bestimmten Haus wohnen bleibt, wird zu einer politischen Entscheidung, wie zum Beispiel in der Altstadt von Hebron:

> „Meine Familie hatte vor der *Intifada* viele Jahre lang Probleme mit den Siedlern: Seit vierhundert Jahren ist es das Haus meiner Familie, bis '82 hat die Familie hier gelebt, und dann sind die Siedler gekommen und haben bei Nacht einen Teil des Hauses zerstört (...) Nicht alles auf einmal, sondern Stück für Stück. Von 1982 bis 1990 haben sie zehn Zimmer unseres Hauses zerstört. (...) Dieses Land, diese kaputte Mauer [das Interview fand auf dem Dach des Hauses statt; SK] – ja, da war unser Haus, und jetzt ist es der Spielplatz der Siedlerkinder, da hat unser Haus gestanden, bevor die Siedler gekommen sind. Wir wohnen jetzt im kleineren Teil unseres Hauses. Mein Vater ist vor Gericht gegangen – weißt du, oft geben uns diese Gerichte nicht unser Recht – und das Gericht wollte uns eine Entschädigung geben, Geld für den Schaden. Aber wir haben jede Geldzahlung abgelehnt, weil dies unser Recht ist, unser Land, wir wollten kein Geld, wir wollten das Haus! Also leben wir seit 1982 in diesem Teil des Hauses.“ (Afifeh Sharabati, PAL 37)

Ebenso wird, wenn zum Boykott aufgerufen wurde, bei wem man einkauft und was man einkauft eine politische Entscheidung, oder mit wem man gesellschaftlichen Umgang pflegt und mit wem nicht. Unter normalen Umständen belanglose Tätigkeiten können Widerstandscharakter oder zumindest politische Bedeutung bekommen. Eine Taktik des Widerstandes ist es, dies zu fördern, um sie durch die politische Überhöhung attraktiver zu machen, für sich zu vereinnahmen oder zu kontrollieren:

> „Man ist immer noch in Discos gegangen, es gab Jugendclubs, und auch da ist die Mitgliedschaft in der Bewegung zum Tragen gekommen, denn wenn Jugendliche getrunken oder sich wirklich schlecht benommen haben, hat man versucht, das zu unterbinden – wie eine Aufsicht; man ist in den Jugendclub gegangen, da ist etwas passiert, der Leiter der Jugend hat gewusst, dass du republikanisch bist und hat dich vielleicht gebeten, mit den Leuten zu reden. (...) Man sollte selbst ein gutes Beispiel abgeben und eingreifen. Es gab viel Kriminalität und die Bewegung wurde als Aufpasser gesehen. Heute ist es ganz anders, aber damals – wegen der ganzen Atmosphäre in der Gegend waren die Republikaner leicht zu erkennen.“ (Marie Wright, NI 5)

Die umfassende Politisierung eignet sich außerdem dazu, alle gesellschaftlichen Konflikte und Ungleichheiten unter die Konfliktdefinition zu subsumieren und so

auch innergesellschaftliche Machtverhältnisse entweder aufrecht zu erhalten oder zu erschüttern – je nachdem, was gerade nützlich erscheint. In der heterogenen palästinensischen Gesellschaft ist der erstgenannte Aspekt wichtiger als in der republikanischen Widerstandsgesellschaft. Positive *Intifada*-Erinnerungen heben ihn daher oft hervor:

> „Zu Beginn der *Intifada*, in den ersten zwei oder drei Jahren, waren die Menschen sich sehr einig, weil sie alle in der gleichen Situation waren. (...) Es war wie in alten Zeiten [gemeint ist vermutlich die Gemeinde in Medina zur Zeit des Propheten[199]; SK]: Wenn einige Menschen nicht viel zu essen haben, bekommen sie etwas von denen, die mehr haben – es war eine Art Einheit. Und in fast jedem Haushalt hatte man jemanden verloren: einen Sohn oder den Vater, im Gefängnis. Es gab zwar Unterschiede zwischen Mitgliedern der *Hamas* oder der *Fatah* oder der *Demokratischen Front*, aber alle waren in der gleichen Situation. Die Fraktionen haben sehr zusammengehalten.“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Nützlich ist für den Widerstand ferner das, was denjenigen Partizipations- und damit auch soziale Aufstiegsmöglichkeiten bietet, deren Fähigkeiten in der jeweils aktuellen Konfliktphase gebraucht werden. In den Phasen der Konflikte, die durch Straßenkämpfe und ähnliches geprägt sind, braucht man eine gewisse Menge an Leuten, die über keine besonderen Qualifikationen verfügen und insofern leicht zu ersetzen sind – wie eben Jugendliche:

> „Die Generation, die die sieben Jahre der *Intifada* hervorgebracht hat, die zu der Zeit angefangen haben – die betrachtet man als die *Intifada*-Generation. Sie wussten in erster Linie nur, wie man Demonstrationen und Straßenkämpfe anführt – wirklich, die waren der Treibstoff der *Intifada*. Sie waren der Treibstoff, aber nicht die wahren Anführer. Sie gelangten vielleicht irgendwann in die örtliche Führung der *Intifada* – beispielsweise in einem kleinen Gebiet wie der Altstadt von Nablus. Der Siebzehnjährige, der Demonstrationen, Streiks und die Schließung von Geschäften leitet und der zum Beispiel ein Gewehr trägt und Israelis erschießt – er ist ein Anführer, indem er umsetzt, was in den Ankündigungen der *Führung* geschrieben steht.“ (Dalal Salameh, PAL 23)

Die erfolgreiche Politisierung hat ihre Kehrseiten: Die Möglichkeit des Unpolitischen wird eingeschränkt, was zur Folge hat, dass man sich nicht nur verdächtig macht, wenn man anderer Meinung ist und sich entsprechend verhält, sondern schon wenn man versucht, sich der Politik zu entziehen und politische Bedeutungen des ei-

199 Diese Interpretation ergibt sich zum einen aus dem gesamten Kontext des Interviews und der Selbstdarstellung von Zleeka. Zum anderen ist das ein gängiger Code, denn in Medina einte der Prophet verfeindete Gruppen/ Stämme, baute eine vorbildliche Gemeinde auf – und ging gegen die Juden der Stadt vor, die sich ihm nicht anschließen wollten (vgl. Ruthven 2001; 56 ff.).

genen Handelns nicht anerkennt. So entsteht eine Atmosphäre der Angst, in der es besser erscheint, seine Meinung für sich zu behalten und sich aus politischen Diskussionen heraus zu halten:

> „Zu Hause wurde nie über Lokalpolitik gesprochen, denn am Ende wusste man nie, mit wem man sich unterhält – man hat nie über Politik oder Religion gesprochen, denn – ich meine – manche Leute wären zusammengeschlagen oder tot geprügelt worden, wenn man herausgefunden hätte, dass sie Katholiken oder Protestanten oder was auch immer waren – man konnte weggebracht werden, oder wenn man jemandes Ansichten widersprochen hat, konnte man erschossen werden. Es haben wirklich nur sehr, sehr wenige Leute Kommentare zu irgendetwas Politischem abgegeben. Das ist erst in den letzten fünf oder zehn Jahren gekommen.“ (Anonym 1, NI 11)

So geht mit der Entgrenzung des Politischen eine ideologische Abkapselung einher, die taub macht für kritische Stimmen, innovative Ansätze und neue Strategien und deshalb auf lange Sicht zur Inflexibilität des Widerstandes führen kann. Aus Sicht von Widerstandsakteurinnen leidet jeder, der nicht zu denselben politischen Einschätzungen wie sie selbst kommen, unter einer verzerrten Sicht der Dinge:

> M.C.: „Ich hatte Freunde, die waren davon nicht so betroffen wie ich, du weißt, was ich meine, die haben einfach versucht normal zu leben und diese Dinge zu ignorieren. Die haben nicht – die haben es einfach ignoriert, als würden sie in einem kleinen Traum leben.“
>
> M.D.: „Die haben sich der Wirklichkeit nicht gestellt.“ (Maria Mc Clenaghan und Mary Doyle, NI 1 und NI 2)

Wer sogar den Anordnungen des Widerstandes nicht Folge leistet, muss mit gefährlichen Sanktionen rechnen:

> „Viele Menschen waren mit dem Friedensabkommen nicht einverstanden, aber in Hebron denken viele an die Wirtschaft. Sie machen sich Gedanken über die Industrie und ihr Geschäft, sie wollen, dass es mit diesen Dingen weitergeht, sie wollen nicht kämpfen, sie wollen keine gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ich habe in einer Schuhfabrik gearbeitet und zu dieser Zeit gab es zum Beispiel ein paar militärische Aktionen in Tel Aviv [gemeint sind Selbstmordattentate; SK] – daraufhin wurde die Westbank abgeriegelt. Also konnte niemand nach Israel hinüber – auch nicht mit einer Genehmigung. Die Besitzer dieser Fabrik haben sich sehr beklagt, das hat ihnen gar nicht gefallen. Sie haben viel Geld verloren. (...) Es gab einen Streik, und die Geschäftsleute mussten schließen – obwohl sie das nicht wollten –, denn es sind Leute gekommen, die das überprüft haben. Jeder, dessen Geschäft offen war, wurde bestraft. Beim ersten Mal wurde er vielleicht verwarnt. Einige Geschäfte wurden angezündet, oder man hat die Häuser dieser Leute oder ihre Geschäfte mit Molotows beworfen.

Und jeder, dessen Haus mit einem Molotow beworfen wurde, wurde als Kollaborateur der Israelis angesehen. Das war also sehr gefährlich!“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Die Entgrenzung des Politischen ist also nicht nur Teil einer Strategie gegen den Gegner, sondern dient ebenso der Machtsicherung von Widerstandsorganisationen innerhalb der Widerstandsgesellschaft.

Konfliktinterpretation

Politisierung bedeutet im Sinne der Entgrenzung, dass möglichst viele Lebensbereiche und Handlungen politisch gedeutet bzw. mit politischer Bedeutung aufgeladen werden. Diese politische Bedeutung ergibt sich aus einer bestimmten Konfliktdefinition, die durchgesetzt werden soll. Die Konfliktdefinition beinhaltet kurz gesagt die nationalistische Idee des Selbstbestimmungsrechts, wonach erstens die Herrschenden nicht zur Nation gehören und daher Fremdherrschaft ausüben, und zweitens, dass diese immer zum eigenen Nachteil und sozusagen die Wurzel allen Übels ist.

„Es ist für uns nicht einfach, wenn man sich ansieht, was uns die israelischen Soldaten alles angetan haben. Ich habe die ganze Zeit gedacht: Es ist nicht leicht, so zu leben – und man kann nicht studieren ... , wie so viele andere es überall auf der Welt tun. Die Israelis haben uns unser Land genommen, sie haben uns alles genommen. Es ist nicht leicht. Deshalb haben wir, als wir Kinder waren, die großen Leute um uns herum bewundert, wenn sie dagegen gekämpft haben. (...) Die Israelis müssen aus Palästina verschwinden, aber wie? Das ist ein großes Problem.“ (Lina Salem, PAL 14)

Nationale Befreiungsbewegungen sehen sich selbst als vorläufige Verlierer der Geschichte, die dem eigenen Volk, das durch erlittenes Unrecht einer Fremdherrschaft ausgeliefert ist, wieder zu seinem angestammten Recht verhelfen werden. Diese Rechte sind territorial, denn das Land wird untrennbar verbunden mit dem Volk gedacht, weshalb der Anspruch darauf nur ein exklusiver sein kann. Neben der Vorstellung einer der Geschichte innewohnenden Moral, nach der Unrecht scheitern muss und Recht wiederhergestellt werden wird, und die daher eine Siegesgewissheit verspricht, gründet sich der eigene Anspruch auf moralische Überlegenheit. Mit der nationalistischen Ideologie geht notwendigerweise kulturelle Abgrenzung einher, weil sonst die Vorstellung einer Fremdherrschaft zweifelhaft wird und damit die Legitimation für Widerstand. Daher spielt historisch und ideologisch das Bewahren, Wiedererwecken und Wiederverbreiten der eigenen Kultur und ihrer Traditionen – oder was man dafür hält – eine herausragende Rolle für nationalistische Widerstandsbewegungen.

„Ganz gleich, was ich tue, um meine Gesellschaft zu ändern – mein Volk, meine Gesellschaft spürt immer die Besatzung im Nacken. Die Israelis zerstören uns mit einer täglichen Dosis. Diese Zerstörungen im sozialen Bereich – ich meine, vor zehn Jahren

hat man noch keine verschleierte Frau gesehen, und schau jetzt mal hin! Dieser soziale Rückschritt hat natürlich mit den Israelis zu tun, sie haben diese Fundamentalisten hergebracht[200] (...) Wenn unsere Existenz als Nation bedroht ist, ziehen wir uns auf unsere Kultur zurück, um unsere Identität zu erhalten. Sonst sind wir verloren. Wir haben nichts gemeinsam, ich meine: Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den Palästinensern im Libanon, in Jordanien, in Syrien, in Irak, in Palästina? Wir haben keine gemeinsame Kultur mehr. Was vereint uns? Religion und Kultur, Traditionen. Je stärker unsere Zukunft bedroht ist, desto mehr Menschen werden sich in die Religion zurückziehen. Die Israelis hatten die klare Absicht, das palästinensische Volk als Gesellschaft, als Nation zu zerstören, nicht nur das Land in Besitz zu nehmen. Sie haben auf zwei Ebenen gearbeitet – der der Menschen und der des Landes. Sie geben es jetzt zu – die neuen Historiker in Israel[201].“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Die Berufung auf tatsächliche oder vermeintliche „Kronzeugen“ der Gegenseite, welche die eigene Interpretation des Konflikts teilen, kann der Herstellung von Gemeinsamkeiten dienen, muss aber nicht. Es kann sogar im Gegenteil die Idee, bei der Gegenseite handele es sich um ein geschlossenes, konspiratives Kollektiv verstärken, wobei die „Kronzeugen“ diejenigen sind, welche die „Wahrheit“ verraten. In Nordirland spielt vor allem die Abgrenzung zur protestantischen Bevölkerung eine wichtige Rolle und ist damit indirekt eine Abgrenzung gegenüber den Briten:

„Für mich – das ist meine persönliche Meinung – sind Protestanten sehr bitter den Katholiken gegenüber, sie sind wirklich bitter in ihren Herzen, während ich sie bloß nicht mag. Ich hasse sie nicht so, wie sie hassen – nicht alle Katholiken sind gleich. Für mich sind die Protestanten durch und durch bitter, ich meine, man trifft keine freundlichen, oder? Ich habe nie einen freundlichen getroffen, aber das ist nur meine persönliche Ansicht. ... Sie haben alle dieselbe Denkweise: dass Katholiken nur Abschaum sind, dass sie nicht hier sein sollten, denn das ist *Ulster*! Und die Wandmalereien – ich meine, die meisten unserer Wandmalereien gehen bis zum Anfang der Zeit zurück, aber wenn man sich ihre Wandmalereien anschaut, ist da keine Geschichte. Da ist eins in der Straße von den *Children of Leagh* [irische Sage; SK]. Die sind alt, wirklich alt. Unsere Kultur reicht weit zurück, aber wie weit zurück können

200 Israel hat die Aktivitäten der Muslimbruderschaft und anderer als Gegengewicht zu den PLO Gruppierungen geduldet, solange sie sich nicht am Widerstand beteiligten.

201 Die „neuen Historiker“ ist ein diffuser Sammelbegriff für israelische Historiker (etwa Tom Segev, Benny Morris, Illan Pappe et al.), die – nicht „jetzt“, sondern schon seit den '80ern – die bis dahin herrschende israelische Geschichtsschreibung kritisieren, die einseitig die jüdische Seite des Konflikts dargestellt habe. Die Debatten drehen sich weniger um Fakten als vielmehr um deren Gewichtung und Einordnung. Die politische Konsequenz, welche die „neuen Historiker“ daraus ziehen oder was sie „zugeben“, ist denkbar unterschiedlich (von „Neo-Zionismus“ über „Post-Zionismus“ bis „Anti-Zionismus“). Für einen deutschsprachigen Überblick: Schäfer 2000. Einer der schärfsten Kritiker der „neuen Historiker“: Karsh 1997.

> sie gehen? Bis zu König Billy [Wilhelm von Oranien, 17. Jahrhundert; SK], und das war's! Ich meine, ich bin die *Shankhill* rauf und runter, und für mich reicht unsere Kultur weiter zurück und tiefer als die Kultur der Protestanten, denn in der protestantischen Kultur geht es immer nur ums Kämpfen, Kämpfen, Kämpfen!" (Pamela Llewellyn, NI 7)

Die Gegenwärtigkeit von Geschichte ist mehr als nur eine zeitliche Entgrenzung in ferne Vergangenheiten: Nationen werden als handelnde und leidende Subjekte der Geschichte interpretiert, die einen weit in der Geschichte zurückliegenden Ursprung haben. Sie sind in ihrer Essenz, wie immer die Konstruktion dieser Essenz aussehen mag, unwandelbar. Die Geschichte wird zu einem ständigen Ringen des Volkes um sein Land und seine Selbstbestimmung gegen einen fremden Aggressor. Diese Interpretationen können den Charakter des Selbstverständlichen erhalten:

> „Die Briten sind in unsere Stadtviertel [1969; SK] gekommen, und manche von unseren Leuten sind rausgegangen und haben ihnen eine Tasse Tee gebracht, aber ich hätte das unmöglich tun können. Mein Dad hätte mich pulverisiert. Ich bin den Soldaten mit richtigem Hass begegnet – weil sie für mich Eindringlinge waren. Britannien zu hassen war normal und natürlich – wie Luft zu atmen. Mein Vater ist nicht schuld daran, weil er genauso erzogen worden ist." (Anna Moore, NI 19)

Daraus ergibt sich ein schicksalhafter Auftrag an jeden, sich daran zu beteiligen. Die Verantwortung für den Konflikt mit all seinen Konsequenzen liegt letzten Endes beim Gegner, dem „Aggressor". Der heutige Feind ist seit Beginn des Konflikts – auf welchen Zeitpunkt dieser Beginn auch immer festgelegt werden mag – analog zur eigenen Nation, derselbe geblieben:

> „Die Kinder haben die Soldaten gesehen, und mein Jüngster hat gefragt: ‚Wer ist das, Mama?' Ich habe zu ihm gesagt, das sind Soldaten, die seinen Großvater getötet haben. Er sagte: ‚Wenn ich groß bin, werde ich Soldat und töte die Israelis.' Ich habe ihm nicht gesagt, er soll das tun, aber er hat verstanden, dass er das tun muss – die Kinder finden es heraus." (Ahlam Sanad, PAL 4)

Veränderungen des Gegners werden im Extremfall als Verkleidungen oder Tarnungen verstanden, die bestenfalls entlarvt werden können und auf die man schlimmstenfalls hereinfallen kann, weil er nun einmal bestimmte Charakterzüge hat:

> „Ich sehe die Juden, sie wollen alles, die Juden wollen alles haben, alles. So ist ihre Nation, sie wollen alles schlucken. Jetzt bauen sie Siedlungen in der Westbank, sie nehmen Jerusalem, sie trampeln auf unseren Köpfen herum, auf unserer Würde. Ganz gleich, was man mit ihnen tut, für sie bedeutet Frieden: alles. Sie haben nie gelernt zu geben, sie haben gelernt zu nehmen. Sie sind eine Kolonie, ich meine, sie sind eine kolonisierende Nation." (Hanan Arouri, PAL 9)

Nach einer wohlwollenden Diagnose liegt dem Verhalten des Gegners ein Mangel an Vernunft zugrunde:

> „Ich weiß nicht, ob wir etwas hätten ändern können; wenn die britische Regierung besser nachgedacht hätte, hätten sie sicher viele Dinge ändern können, denn sie haben es von Anfang an falsch angepackt. Wir sagen immer: Wenn es um Irland geht, fliegt die Vernunft der Briten aus dem Fenster – das tut sie wirklich!“ (Clara Reilly, NI 10)

Entsprechend der republikanischen Geschichtsauffassung bestätigten die Ereignisse Ende der '60er Jahre ihre Diagnose, wonach die Briten das Problem sind, das mit der Teilung Irlands zementiert wurde. Der Nordirlandkonflikt erscheint lediglich als aktuelle Facette des zugrunde liegenden Konflikts bedingt durch den britischen Imperialismus:

> „Lass uns den bewaffneten Kampf im Zusammenhang mit der Teilung Irlands sehen. Seit den Zwanziger Jahren sind Nationalisten diejenigen gewesen, die von der unionistischen Mehrheit diskriminiert und ausgegrenzt wurden, und trotzdem hat sich bis heute kein unionistischer Politiker entschuldigt oder zugegeben, dass es eine systematische Diskriminierung der Nationalisten gegeben hat. Ich meine, wenn die Unionisten nach der Teilung ihre Köpfe benutzt hätten, hätte es eine Eingliederung geben können, aber das ist nicht geschehen. Tatsächlich haben sie das Gegenteil getan, sie haben diesen Felsblock in *Stormont* hingestellt, sie hatten Paramilitärs – die RUC und die *B-Specials* als Hilfstruppen, und sie haben einzig und allein dem Zweck gedient, jeden nationalistischen Widerstand zu zerschlagen und auch jeden nationalistischen Wunsch nach Anerkennung der bürgerlichen, politischen und menschlichen Rechte. Lass uns über Gewalt sprechen, woher ist die Gewalt gekommen? Wer hat mit der Gewalt angefangen, wer hat das Land geteilt? Das führt immer auf die Anwesenheit der Briten zurück, sie sind diejenigen, die für den Konflikt verantwortlich sind. Sie sind daher auch verantwortlich für das Entstehen der IRA, nachdem die Leute, die ich und andere repräsentieren, die Pogrome an der Falls Road [gemeint sind wohl die Unruhen '69; SK] erlitten haben. Lass uns nachschauen, wo die Ursprünge dieser Gewalt liegen. Es war bestimmt nicht die IRA, die IRA hat 1969 noch gar nicht existiert [die *Provos* gab es noch nicht; SK]. Es waren die Leute, die nach einer IRA gerufen haben, um sie zu verteidigen.“ (Chrissie Mc Auley, NI 16)

In der palästinensischen nationalistischen Geschichtsauffassung ist die israelische Besatzung die aktuelle Facette des zugrunde liegenden Problems der Existenz Israels. Bei dieser Auffassung geht es aber nicht nur um Israel, sondern auch um den westlichen Imperialismus, der demnach hinter der Existenz Israels steht. Die Überzeugung, dass es sich um eine Art Verschwörung handelt, weist in diese Richtung:

> „Meine Generation hat die Generation meines Vaters immer beschuldigt: ‚Ihr seid diejenigen, die Palästina verloren haben.‘ Und sie haben geantwortet: ‚Nein, die Ver-

schwörung war mächtiger.‘ Und jetzt habe ich das Gefühl, die Verschwörung ist noch viel größer. Jetzt werden meine Kinder mir vorwerfen: ‚Ihr seid diejenigen, die Palästina ganz verloren haben, ihr habt alles verloren!“ (Terry Boullata, PAL 1)

Auch stand zum Beispiel für Jamileh der Zeitpunkt des ersten amerikanischen Golfkriegs gegen den Irak durchaus im Zusammenhang mit der *Intifada*:

„Vielleicht war er [der Golfkrieg; SK] Teil amerikanischer Pläne – ihn zu dieser Zeit zu machen, um die *Intifada* von den Augen der Welt wegzunehmen. (...) Es war nicht der Hauptgrund – aber ... 1990 – in der Zeit der *Intifada*, in den ersten drei Jahren, war jeder an der Palästinenserfrage interessiert, und alle fingen an ihren Umgang mit Israel und der PLO zu verändern. Viele Länder, vor allem die arabischen: Die *Intifada* wäre ohne Geld von den arabischen Ländern nicht gewesen, was sie war. Es gab Geld für die Gefangenen, für die Getöteten, für Material, für Farbe, für Papier – für alles! Ein großer Teil der Kosten der *Intifada* wurde von anderen arabischen Ländern getragen. Die USA und Israel mussten das stoppen – aber wie? Amerika will, dass es in diesem Gebiet ruhig ist, und die UN ist in den Händen der Amerikaner, und jetzt haben sie gemerkt, dass die europäischen Länder anfangen, anstelle von Russland die zweit wichtigste Macht in der Welt zu werden. Sie wollen, dass es in diesem Gebiet ruhig ist – sie wollen nicht, dass Araber sich an andere Länder als Amerika wenden. Solange die Palästina-Frage nicht gelöst ist, wird es hier nicht ruhig sein. Amerika ist auf der Seite Israels.“ (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

In solchen verschwörungstheoretischen Interpretationen spiegelt sich allerdings nicht nur die palästinensische Unterlegenheit und Erfolglosigkeit wider, sondern sie ist Teil eines gesamtarabischen beziehungsweise islamischen Diskurses, in dem solche Deutungsmuster angeboten werden, mit denen die westliche Überlegenheit begründet werden soll (Lewis 2002, 218 ff.). Die Existenz Israels und die Lage der Palästinenser sind in dieser Interpretationen dafür Symbole und gleichzeitig Belege.

Interpretation des Widerstandes

Leid, das sich historisch zugetragen hat, dient der Legitimation für noch mehr Leid, das unweigerlich aus dem nationalen Kampf entsteht. Zur Legitimation dient ebenso wie die Geschichte auch die Zukunft, die angeblich frei von Unterdrückung sein wird. In der Gegenwart legitimiert sich der Widerstand dann von selbst. Die historische Interpretationsfolie angelegt, wiederholt sich scheinbar derselbe Mechanismus im Zuge der Konfliktdynamiken in den aktuellen Ereignissen und Opfern. Er nimmt den Charakter von „self-fulfilling prophecies“ an und unterschlägt den eigenen Beitrag zur Konfliktdynamik, insbesondere die Gewalt, die von der eigenen Seite ausgegangen ist:

„Vielleicht macht es die Rolle der Palästinenser in besonderer Weise aus, dass der palästinensische Kampf im Wesentlichen ein gewaltloser Kampf war. Er bestand aus öffentlichen Erklärungen, Demonstrationen, Sit-Ins, Streiks und solchen Dingen. Angesichts von dreiunddreißig Jahren Besatzung gab es eine vergleichsweise geringe Anzahl militärischer Angriffe – das waren sehr seltene Vorkommnisse.“ (Zahira Kamal, PAL 27)

Obwohl diese Aussage korrekt ist, wenn man Vorkommnisse rein quantitativ erfasst und unter Gewalt den Einsatz militärischer Gewaltmittel wie Schusswaffen, Bomben und ähnlichem versteht, unterschlägt sie erstens, dass der Kampf nie ganz gewaltlos war und zweitens das besondere Gewicht, welches jedem gewaltsamen Angriff im Vergleich zu gewaltlosen Protestformen zukommt. Auch wenn man selbst Gewalt nicht wünschenswert findet, so ist ihre Anwendung in Bezug auf die eigene Situation doch gerechtfertigt:

„Ich glaube, die Palästinenser hatten das Recht mit allen erdenklichen Mitteln für ihre nationalen Rechte zu kämpfen. Ich bin selbst keine militärische Person, aber wegen des nationalen Kampfes bin ich nicht dagegen. Natürlich bin ich nicht für Gewalt als allgemeines Mittel, aber im Kampf für die nationalen Rechte – wenn man unter Besatzung steht – muss man tun, was immer man tun kann, um sein Land zu befreien.“ (Zahira Kamal, PAL 27)

Entscheidend ist in dieser Interpretation das zugrunde liegende Unrecht, das irgendwie beseitigt werden muss:

„Die Waffen sind ein Symptom des Konflikts. Sie sind nicht die wahre Ursache des Konflikts, und wenn man sie beseitigt, hat man die wahren Probleme immer noch nicht gelöst.“ (Bronwyn Mc Gahan, NI 14)

Dass Gewalt und Waffen selbst Teile der „wahren Probleme“ sind, kann mit dieser Fixierung auf Ursachen nicht ins Blickfeld geraten. Der Prozesscharakter der jeweiligen Konflikte wird so weitgehend ausgeblendet[202]. Gilt der Widerstand als Reaktion auf die Ungerechtigkeiten der anderen, so läge es ausschließlich an denen, sich des

202 Diesen zentralen ideologischen Bestandteil politischer Kultur hat Feldman in seiner Studie über Nordirland „recursive history“ genannt, er trifft aber ebenso auf Palästina zu: „The two narratives [der Katholiken und Protestanten; SK] fulfill identical purpose: the origin guarantees the recursive character of history through spatial metaphor. The mimesis of the origin in present events endows the latter with coherence. Linearity and repetition, metaphorized as history, are deployed in these tales to repress historicity – the anthropological capacity to generate dispersal, difference, and alterity in time and space. … the recursive character of the historical is often expressed and always legitimated by geographical metaphor. The model of recursive history, of the similitude between causes and consequences, can be found not only in local popular depictions of political conflict in Northern Ireland but in social science analysis as well.“ (Feldman 1991, 18)

von ihnen begangenen Unrechts bewusst zu werden und es zuzugeben. Tun sie es nicht, was im folgenden mit der „wohlwollenden Diagnose“ des Unvermögens interpretiert wird, erscheint auch der Nutzen eines Dialogs zweifelhaft:

> „Zur Zeit der *Intifada* haben die Leute, die Palästinenser, nicht gewusst, wie sie mit den Israelis reden sollen – besonders ich. Ich habe nicht verstanden, wie man sich hinsetzen und über unsere Probleme reden kann, weil ich gedacht habe, dass sie – die Ursache für unsere Probleme sind. Wir haben versucht zu reden, wir haben in China, bei einer Frauenkonferenz in Peking mit ihnen zu reden versucht. Es ist schwierig. Sie glauben immer, dass dieses Land für sie da ist – aber wie soll man da in Frieden leben? (...) Ja, sie haben Angst. Wir haben nichts und sie haben Angst vor uns! Als ich in China versucht habe, mit israelischen Frauen darüber zu reden, wie man miteinander leben kann, habe ich mit ihnen als Politikerin geredet. Ich habe zu ihnen gesagt, sie nehmen uns unser Land, sie stecken unsere Leute in Gefängnisse – und sie sagten: Weil ihr euch so verhaltet – es ist für sie nicht leicht, das zu verstehen. Sie haben geschrien und waren sehr – anstrengend. Sie können es nicht verstehen. Immer wieder sagten sie zu uns: Eure Leute arbeiten gegen uns – deshalb die Soldaten auf euren Straßen. Immer wieder sagten sie, dass nur sie ein Problem haben, sonst niemand, nur die Israelis haben Probleme – die ganze Zeit reden sie so. Ich sagte, was sie seit '48 mit uns machen und was Hitler mit ihnen gemacht hat – ist das Gleiche.“ (Lina Salem, PAL 14)

Das Pochen auf die eigene Unterlegenheit und die Interpretation, dadurch wäre man ohnmächtig und als Opfer nicht verantwortlich für den Konflikt ist ein palästinensisches Standardargument, das auch dazu dient, den Konflikt als existentiellen Überlebenskampf zu codieren. Dafür und für die Selbstdarstellung als unschuldiges Opfer dient wiederum Holocaust-Rhetorik. Obwohl die Gleichsetzung mit der *Shoa* (hebr.: Katastrophe) dem Dialog nicht förderlich war, könnte man es auch als ungeschickten Appell an die Empathie des Gegenüber sehen, allerdings genauso gut als kalkulierten Dialogabbruch, der dann wieder dem Gegner, von dem man genau weiß, wie er darauf reagiert, angelastet werden kann.

Die eigene Unterlegenheit und die Verantwortlichkeit des Gegners für den Konflikt betonen auch RepublikanerInnen, wobei die „Kampf-ums-Überleben-Rhetorik“ mittlerweile fast verschwunden ist und sich, wenn vorhanden, auf die Vergangenheit bezieht. Im Mittelpunkt steht jetzt wieder der Kampf um Gleichberechtigung und bei einigen der Versuch einer Umdeutung, bei dem aus der IRA Kampagne nun die gewaltsame Fortsetzung der Bürgerrechtsbewegung wird. Daher impliziert ihre Interpretation der Unterlegenheit nicht Ohnmacht, sondern erzählt eine Geschichte der erfolgreichen Selbstbehauptung aus einer früheren Position der Schwäche. So glauben sie, dass ihre Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern auch funktional war, weil man

etwas konkretes damit erreicht habe. Wenn ihre Gegner und Opfer das nicht zugeben, so weil sie es nicht zugeben wollen:

> „Ich glaube, ohne den bewaffneten Kampf wären wir nicht in der Position, in der wir heute sind. Ich glaube, wir sind in einer starken Position und ich glaube nicht, dass wir auf andere Weise so weit gekommen wären. Ich glaube, das war der richtige Weg. Zwischenzeitlich sind Fehler gemacht worden, militärische – wie es im Krieg passiert, weißt du, es sind Fehler gemacht worden. Politisch bin ich nicht ganz sicher. Bevor der Konflikt ausgebrochen ist, gab es die gesellschaftlichen Spaltungen, aber es war – der Konflikt hat nicht auf der Straße stattgefunden, er war sozusagen verdeckt. Es ist jetzt offensichtlicher, aber irgendwie ist das gut, denn die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft – man kann jetzt vergleichen. (...) Vielleicht sehen es die Protestanten so, dass der bewaffnete Kampf die Kluft noch vergrößert hat, weil sie das Gefühl hatten, die Zielscheiben zu sein, aber das war sicherlich nicht der Fall. Wenn ein Mitglied der UDR [*Ulster Defence Regiment*; SK] oder der RUC erschossen wurde und diese Personen zufällig Protestanten waren, hatten sie das Gefühl, dass das ein Angriff auf die protestantische Bevölkerung war. Ich glaube, sie wissen, dass es die IRA auf diese Leute abgesehen hatte, weil sie zur UDR oder zur Polizei gehörten, aber sie haben entschieden, es als Angriff auf ihre Gemeinschaft darzustellen, weil es ihnen in den Kram passt.“ (Rosie Mc Corley, NI 3)

Die Unterscheidung zwischen Opfer-Sein („victim“) aufgrund ethnischer Identität und Ziel-Sein („target“) als Akteur in einem gewaltsamen Konflikt ist in Nordirland ein Thema, weil die Unterscheidung nie aus der Konfliktideologie verschwunden war und von republikanischer Seite genutzt wurde, wie oben die Ausführungen zu den Protestanten ebenso zeigen wie das Thema Gefangene:

> „Ehemalige republikanische Häftlinge sind irgendwie entmenschlicht oder werden von den Medien vergessen – die Leute reden von Opfern, sie reden nicht von Republikanern. Sie sehen nicht, dass republikanische Häftlinge oder Ex-Häftlinge Opfer sind. Ich meine, ich sage nicht: ‚Gott, hilf mir, ich bin ein Opfer‘ – ich sehe mich selbst nicht als Opfer, aber es gibt Leute in der Bewegung, die zu Opfern geworden sind, und die Menschen erkennen es nicht.“ (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Die Auseinandersetzungen um diese Begrifflichkeiten und um ihre Definition gehören zum Friedensprozess und werden auch kritisch gesehen:

> „Ich sehe mich nicht als Opfer. Ich weigere mich, ein Opfer zu sein! Ich habe eine klare Meinung zu dieser ganzen sozialen Konstruktion der Opfer. Sie sind zu einer Industrie geworden.“

Und später im Interview:

> „Ich weiß, dass ich Macht habe .... Und ich glaube, das ist der Grund, warum ich kein Opfer bin. Ich kann ein Ziel sein – na ja, ich mag es nicht, ein Ziel zu sein. Aber ein

> Ziel zu sein ist nicht das Gleiche wie ein Opfer zu sein. Ein Opfer ist eine Person, die, als Folge dessen, dass sie geschlagen worden ist – zum Opfer gemacht worden ist – den größten Teil oder eigentlich ihre ganze Zeit und Konzentration auf diesen Aspekt ihres Lebens richtet; alles kreist um das, was ihr zugestoßen ist, wie sich das auf die Ereignisse der Gegenwart auswirkt – sie lebt ihr ganzes Leben im Schatten dessen, was ihr zugestoßen ist, und in der Angst, dass es wieder passieren wird. Und das ist etwas ganz Anderes als ein Ziel zu sein.“ (Bernadette Mc Aliskey, NI 23)

Trotzdem gilt auch für den nordirischen Widerstand die Auffassung, nach der Katholiken im allgemeinen Opfer der Briten und Protestanten sind und daher einen „chip on the shoulder“ haben. Für beide Widerstandsbewegungen gilt, dass die dargestellten Interpretationen und das Leben in Verhältnissen, welche die negativen Konsequenzen der Konflikte sind, zu der Konstruktion eines Opferstatus des ganzen Volkes führt. Getreu der nationalistischen Gleichheitsideologie ist in dieser Vorstellung jeder gleich ein Opfer in dem Sinne, dass dies jeder bzw. jedem Angehörigen der Nation als identitätstiftendes Merkmal zugesprochen wird unabhängig davon, ob es auf individueller Ebene der Realität entspricht. Der Nationalismus beruht zu einem guten Teil auf einer „imagined victimized community“, wie ich es in Anlehnung an Andersons „Imagined Communities“ nennen möchte (Anderson 1988). Genauso wenig wie bei Anderson soll „imagined“ auch hier nicht bedeuten, dass alles nur eine Einbildung sei, sondern verweist über die schon erwähnte individuelle Ebene hinaus darauf, dass Zugehörigkeit konstruiert wird, die nicht auf „face-to-face“ Beziehungen beruht[203]. Aus dieser Zugehörigkeit wird ein Anspruch auf Solidarität abgeleitet, dem man sich umso schwerer entziehen kann, je näher man am Ort des Geschehens ist und sich in tatsächlicher Interaktion mit den „eigenen Leuten“ befindet:

> „Stell dir vor, es gibt eine Demonstration, und ich bin Palästinenserin und beschließe, ich will nicht mitmachen – aber du siehst den Kampf und das Leid der Leute – da weiß man nicht, wie man das tun soll!“ (Lamia Abdallah, PAL 12)

Dem eher zwanghaften Charakter der zugeschriebenen Opferidentität und des Solidaritätsanspruchs steht aber entsprechend der Janusköpfigkeit des Nationalismus (Blaschke 1985, 169 ff.) mit dem Anspruch auf Gleichheit auch ein emanzipatorisches Moment gegenüber. Aber diese Gleichheit ist in erster Linie Gleichheit im Sinne von Abgrenzung, d. h. nicht wie andere zu sein, und einer Hierarchisierung innerhalb einer Nation steht sie keinesfalls im Wege.

---

203 Am deutlichsten wird dies bei der jeweiligen Diaspora, die obwohl – oder weil – sie selbst nicht in den Konfliktgebieten leben, häufig eine kompromisslose Linie vertreten und diese von außen unterstützen.

Entgrenzte Ideologie

Eine so durch und durch erfolgreich politisierte Bevölkerung vergrößert allerdings die Gefahren aller bisher angesprochenen paradoxen oder kontraproduktiven Nebenwirkungen. Teile der Bevölkerung und so der Verlauf des Konflikts, die angewendeten Mittel und die Selbstdarstellung können der Kontrolle der Widerstandsbewegung entgleiten und damit die Stellung dominanter Gruppen in jeder Hinsicht untergraben. Die Gefahr wird umso größer, je weniger die Bewegung in der Lage ist, die von ihr selbst geschürten Erwartungen zu erfüllen und je breiter die Kluft zwischen Bevölkerungsteilen ist:

> „Sie [die *Fatah* ‚Rückkehrer'; SK] sind aufgetreten wie eine Oberklasse. Sie haben anders gedacht als wir, und ihre Situation war besser als unsere, weil sie in den arabischen Staaten waren. Für sie gab es alles, für uns gab es Null. Ich mag das nicht. Gerechtigkeit, Frieden – für mich bedeutet das: es gibt keine Siedlungen, es gibt keine Gefangenen. Jerusalem ist meine Hauptstadt, und die Westbank und der Gaza-Streifen sind frei. Ich kann nicht in den Gaza-Streifen hinein, ich kann nicht nach Jerusalem, überall sind israelische Soldaten. Sie können dich jederzeit festnehmen. Und sechzig Prozent meiner Landsleute sind im Ausland – vier Millionen [wie so viele Zahlen, ist auch diese umstritten; SK]. Von welchem Frieden ist hier die Rede? Ich will Frieden, aber einen gerechten Frieden."

Und an anderer Stelle im Interview:

> „Die von der PNA haben gefragt, von welcher Universität ich komme. Ich habe gesagt, ich habe am Ramle-Gefängnis abgeschlossen! Sie sagten: ‚In Ordnung, du brauchst ein Zeugnis, denn wir wollen einen B.A., einen M.A. oder einen anderen Abschluss sehen, wenn du arbeiten willst.' Das war sehr schlimm, denn während ich gekämpft habe, waren sie im Ausland an der Universität – wir haben dafür gekämpft, dass ihr zurückkehren könnt, und jetzt wollt ihr von uns Universitätsabschlüsse?" (Ahlam Samhan, PAL 6)

Wegen seiner vielfältigen Unterlegenheit wird der Widerstand auf lange Sicht jedoch gar nicht in der Lage sein, Ergebnisse zu liefern, ohne sich in irgendeiner Art und Weise mit dem Gegner auf Kompromisse eingelassen zu haben. Die Kompromisse wiederum sind schwierig zu vermitteln, denn die Strategie der Entgrenzung und dabei vor allem ihre ideologische Seite ist darauf ausgelegt, den Widerstand zu legitimieren und ihn, und damit den Konflikt, am Leben zu halten und nicht etwa zu beenden. Da die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht werden können, denkt man in langen Zeiträumen und entgrenzt den Konflikt so in die Zukunft:

> „Eine andere wichtige Sache ist, dass jeder weiß, dass dies ein sehr langer Prozess sein wird; wir behaupten nicht, dass Palästina innerhalb von zehn oder zwanzig Jahren

befreit werden kann. Der Zionismus ist stärker. Also wird es eine lange Zeit sein, in der wir geben müssen, in der wir Opfer bringen müssen und daran glauben müssen, dass wir am Ende gewinnen werden.“ (Maha Nasser, PAL 7)

Für die Zwischenzeit gilt es nach Ansicht einiger, Etappenziele zu erreichen:

„Die Volksfront sagt zum Beispiel, wir müssen Palästina vom Meer bis zum Fluss [gemeint ist der Jordan; SK] haben, aber die DFLP verlangt nur die Rückgabe eines Teils von Palästina, zum Beispiel Gaza und Westbank, um dort unseren Staat aufzubauen – und von dort aus können wir dann weiter versuchen, ganz Palästina zu bekommen. Aber wir sollten in unserem Land sein und nicht in Syrien, Libanon und so weiter, um von da aus zu kämpfen.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Auch in der republikanischen Bewegung wurde damit gerungen, den eingeschlagenen Kurs im Friedensprozess zu verteidigen, und einige sehen darin eben eine neue Phase –

„Es gibt Leute, die sagen, hier oben in *Stormont* [Ort des Interviews; SK] bringen sie nichts zustande, aber so weit es mich betrifft, ist das alles ein Teil des Kampfes. Es gehört alles zu der Phase, in der wir gerade sind. *Stormont* ist nicht das Ende, *Stormont* eröffnet uns die Möglichkeit, Zugang zu Informationen zu erhalten, die wir vorher nicht bekommen konnten. Man bekommt viel leichter Zugang zu Dokumentationen. Das wird unseren Leuten helfen.“ (Anonymisiert in diesem Zusammenhang[204])

– und betonen das Festhalten am eigentlichen Ziel:

„Die IRSP ist gegen die Strategie der *Provisionals* im Friedensprozess gewesen; sie glauben, es ist eine Regelung nur für Nordirland, aber es ist keine: Es gibt diese grenzüberschreitenden Gremien, auch wenn David Trimble [2001 Premierminister, *Ulster Unionist Party*; SK] sie gerade zunichte macht – aber das Endziel ist immer noch dasselbe, weißt du, es ist immer noch ein vereinigtes Irland, eine sozialistische *32-County-Republic*, das ist immer noch das Ziel – ganz gleich, was andere dir erzählen.“ (Anonym 3, NI 21)

Die ideologischen Entgrenzungen des Konflikts in Vergangenheit und Zukunft entsprechen der Konfliktinterpretation und damit verbunden, der Interpretation des eigenen Widerstandes. Sie gehören daher zu der Entgrenzung des Politischen. Die erfolgreiche Politisierung im Sinne des Widerstandes stellt die Deutungsmuster zur Verfügung, mit denen allen anderen Formen der Entgrenzung, wie die Einbeziehung weiter Bevölkerungskreise oder die Internationalisierung oder die Anwendung von Gewalt und die Ausweitung des Konflikts in die gegnerische Gesellschaft, erst ihren Sinn erhalten.

204 Später gab es einen Skandal wegen des Missbrauchs des Zugangs zu nicht-öffentlichem Material.

4.2 Begrenzung als Strategie des Staates und ihre Paradoxien

Begrenzung der Gewalt

Mit seinen überlegenen Mitteln verfolgt der Staat eine Strategie der Konfliktbegrenzung, die seinen Anspruch auf das Gewaltmonopol durchsetzen und Sicherheit garantieren soll. Aus seiner Sicht geht es um die Kontrolle über die Gewaltmittel, Kontrolle über ein Gebiet und um Herrschaft über die darin lebende Bevölkerung. Da sein Machtanspruch strittig ist, weil Teile der Bevölkerung seine Legitimität nicht anerkennen, tritt der in befriedeten Staaten eher verdeckte oder verdrängte Anspruch auf das Gewaltmonopol offen zu Tage (vgl. Narr 1980, 552). Zur Eindämmung der Gewalt patrouillieren Sicherheitskräfte die Straßen, werden *Checkpoints* errichtet, die kontrollieren, wer und was sich bewegt, unterliegen Straßen- und Häuserbau sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten, werden als feindlich eingestufte Gebiete möglichst isoliert und Enklaven der Sicherheit in diesen Gebieten geschaffen. Dabei bemüht er sich, die Gewalt und damit den Konflikt räumlich zu begrenzen, indem er versucht, ihn möglichst nur dort auszutragen, wo die ihm feindlich gesinnte Bevölkerung lebt. Dort prägen dann schwer bewaffnete Sicherheitskräfte das Straßenbild, denn nicht nur Polizei, sondern auch Militär wird zur Befriedung eingesetzt. Zusätzlich zur Überwachung ist er permanent mit der Sammlung von Informationen beschäftigt, um das Moment der Überraschung ausschalten und vorbeugende Maßnahmen ergreifen zu können.

Im Hinblick auf seine „eigene“ oder ihm „wohlgesonnene“ Bevölkerung versucht der Staat die Auswirkungen des Konflikts möglichst gering zu halten. Neben der räumlichen Beschränkung soll die eindeutige Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten aufrecht erhalten werden. Es gibt eine Zivilbevölkerung und die Angehörigen der Exekutive, die für den Konflikt, für die „troublemaker“ zuständig sind. Auch für die Angehörigen der Exekutive gelten Arbeitszeiten, Dienstpläne und Urlaubsansprüche, denn für alle soll es außerhalb des Konflikts zeitlich wie räumlich ein ziviles Leben geben. Während im Krisengebiet Notstandsgesetze oder sonstige gesetzliche Regelungen in Kraft sind, die für den Teil des Staatsgebietes, wo kein Konflikt herrscht, nicht gelten, sollen hier Rechte so wenig wie möglich eingeschränkt, die Ökonomie nicht behindert und das gesellschaftliche Leben nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Sicherheitsmaßnahmen, Verschärfung von Gesetzen und die Einschränkung von Grundrechten unterliegen öffentlichen Aushandlungsprozessen, bei denen der Staat selbst in einer Bringschuld steckt, die oft genug ein Dilemma ist: Einerseits Sicherheit garantieren, andererseits die „eigene“ Bevölkerung nicht mit dem Konflikt belästigen und sie so daran erinnern, dass sie

„Herren“ sind. Dies war für Großbritannien mit seiner Berufsarmee und wo es ohnehin nur um einen kleinen Teil des Staatsgebietes ging um einiges einfacher als für Israel. Durch die dort allen bewusste ständige existentielle Bedrohung bei aller militärischen Überlegenheit, und durch die allgemeine Wehrpflicht kommt jeder direkt oder indirekt mit dem Konflikt in Berührung. Daher spielen das Thema Sicherheit und die Sicherheitskräfte in der politischen Kultur des Landes eine herausragende Rolle, aber ebenso die Frage nach den Auswirkungen des Konflikts auf die eigene Gesellschaft. So verwundert es nicht, dass es auch innerhalb der Sicherheitskräfte öffentliche Initiativen gibt, die sich kritisch mit der Lage und dem eigenen Verhalten auseinandersetzen bis hin zu Engagement in der Friedensbewegung und Wehrdienstverweigerung aus politischen Gründen[205].

Die Bemühungen der Begrenzung münden in dem umstrittenen Gebiet in einen gewollten Eindruck scheinbarer Omnipräsenz der Sicherheitskräfte, die zum einen nicht zu übersehen sind, und die zum anderen gerade wegen ihres Treibens im Verborgenen – die Tätigkeiten der Geheimdienste – tatsächlich an jedem Ort und zu jeder Zeit sein können. Die sichtbare Omnipräsenz der Sicherheitsmaßnahmen, seien es nun *Checkpoints*, Soldaten, Militärfahrzeuge, Stacheldraht, verbarrikadierte Polizeistationen, Kasernen, Zäune, oder Mauern, wie die *Peace Lines* in Westbelfast, oder auch die israelischen Siedlungen und die dazu gehörigen Straßen, führt im Krisengebiet zu einer Dauerpräsenz des Konflikts. Dasselbe gilt für andere sichtbare Konsequenzen der Konfliktaustragung, wie Ruinen abgerissener, zerschossener, gesprengter oder in Brand gesetzter Gebäude, beschädigte oder ohnehin mangelhafte Infrastruktur, die Schusslöcher in den Wänden des Pub oder des Wohnzimmers, ausgerissene Bäume und so weiter. Die Konflikte hinterlassen ihre Spuren in den Landschaften und den Städten. Wer will, kann sie sich jederzeit vor Augen führen und wer nicht will, wird viele von ihnen trotzdem bemerken. Doch je mehr der Staat und seine Vertreter präsent sind, umso mehr Zielscheiben bieten sie und außerdem gilt,

205 Zum Beispiel: **„Breaking the Silence** [= *Shovrim Shtika*; SK] is an organization of veteran Israeli soldiers that collects testimonies of soldiers who served in the Occupied Territories during the Second Intifadah. Soldiers who serve in the Territories are witness to, and participate in military actions which change them immensely. Cases of abuse towards Palestinians, looting, and destruction of property have been the norm for years, but are still excused as military necessities, or explained as extreme and unique cases. Our testimonies portray a different and grim picture of questionable orders in many areas regarding Palestinian civilians. These demonstrate the depth of corruption which is spreading in the Israeli military. (...) We demand accountability regarding Israel's military actions in the Occupied territories perpetrated by us and in our name.“ (*Shovrim Shtika* 2006)

dass je mehr Dinge verboten sind, umso häufiger setzen sie sich selbst unter Handlungszwang:

> „Als Kameraden haben wir die Demonstrationen vorbereitet [während der '87er *Intifada*; SK]: Wir haben Steine in Säcke gefüllt und sie an die Straßenecken gestellt. ... Man hat die Fahnen verteilt und aufgehängt, denn die palästinensische Fahne war damals verboten. Jeder Kamerad war für eine Straße zuständig: Man hat die Dinge vorbereitet, die anzeigten, dass es eine Demonstration geben wird. Weißt du, man musste bloß einen Stein werfen und alle folgten einem. Jeder, der vorbei kam, weil die Situation damals so angespannt war, weil überall Israelis waren. Man musste bloß ‚Allahu Akbar' rufen und alle sind einem gefolgt." (Terry Boullata, PAL1)

Im Krisengebiet wird der Alltag mitbestimmt von den staatlichen Sicherheitsmaßnahmen auf der einen und den Aktionen der Widerstandsbewegungen auf der anderen Seite. Der tägliche Feindkontakt für die gesamte Bevölkerung, Hausdurchsuchungen, Razzien, Ausgangssperren, Kontrollen, Schikanen, Demütigungen und Verhaftungen gehören ebenso dazu, wie Schüsse und CS-Gas in den Straßen, die Graffiti an den Hauswänden, die heimlich verteilten Flugblätter des Widerstandes, die Angst vor Verrat und die Angst vor den Auswirkungen der Widerstandsaktionen.

Die „besetzte Straße"

Im Konfliktgebiet werden also die Straßen zu, aus Sicht des Widerstandes, besetzten Straßen. Unter anderen Umständen triviale Begebenheiten, wie der Schulweg, werden zu einem gefährlichen Unternehmen:

> „Meine Mutter und ich, wir haben vor kurzem miteinander gesprochen, als sie sich ihre Enkelkinder angeschaut hat: ‚Mein Gott, wenn ich daran denke, was du durchgemacht hast!' Wir sind zur Schule gegangen und dann wurde geschossen, weißt du, wir haben auf der Erde gelegen, sind in Deckung gekrochen und wenn die Schießerei vorbei war, ist man aufgestanden und zurück oder weiter zur Schule gegangen – es war halt so, Tatsache. Oder es hat jemand gesagt: ‚Macht schnell, beeilt euch, wir schießen gleich' – da war keine Angst vor Waffen, man hat jeden Tag Gewehre gesehen und Munition." (Patricia Moore, NI 27)

Aber auch innerhalb der Konfliktgebiete gibt es Unterschiede, inwieweit man von den Auswirkungen direkt betroffen ist. Nicht nur in Nordirland, wo vor allem die republikanischen Hochburgen und damit gleichzeitig sozio-ökonomisch schwache Regionen und Stadtteile am meisten betroffen waren, sondern auch in den palästinensischen Gebieten:

> „Im Flüchtlingslager [*Amari Camp* bei Ramallah; SK] gab es viel mehr Leid als in der Stadt. Man lebt in Armut, es werden mehr Menschen von den Soldaten getötet, es finden mehr Hausdurchsuchungen statt – von jedem Leid gibt es mehr. In Flüchtlings-

lagern haben die meisten Menschen dieselben Probleme. (...) Es gab beispielsweise jeden Tag Demonstrationen im Flüchtlingslager, in der Stadt sozusagen nur jeden zweiten Tag. Während der *Intifada* war es in den Flüchtlingslagern nicht nötig, Demonstrationen zu organisieren, weil die Soldaten buchstäblich in den Flüchtlingslagern ‚gelebt' haben – jeden Tag waren die Soldaten da. Sobald Kinder die Soldaten gesehen haben, haben sie die Steine genommen." (Lamia Abdallah, PAL 12)

Das Leben in Armut, Enge und das Fehlen von Alternativen macht für Kinder aus unterprivilegierten Schichten die Straße zum einzigen Spielort und der sozial – wenn auch nicht unbedingt von den eigenen Eltern – erwünschte Kampf gegen den erklärten Feind bietet die Möglichkeit zur Teilhabe und Selbstbestätigung in einer Gesellschaft, die ihnen ansonsten beides verweigert. Wenn sogar Kinder schon politisiert sind zumindest in dem Sinne, dass sie es für eine normale und erwünschte Tätigkeit halten, nach schwer bewaffneten Soldaten mit Steinen zu schmeißen, war der Widerstand mit seiner Strategie erfolgreich:

„Natürlich habe ich als Teenager bei den Krawallen nach Schulschluss mitgemacht. Das hat großen Spaß gemacht! Ich kann mich erinnern, dass meine Freundin ganz unten in der Straße gewohnt hat, in ihrem Garten gab es einen kleinen Hügel – und wenn sie da runter gekommen sind, haben alle Kinder Steine geworfen – das war damals unsere liebste Freizeitbeschäftigung, da runterzugehen, Steine zu werfen und uns dann hinter dem Hügel zu verstecken, falls sie zu schießen anfangen. Wenn du ein Kind bist, machst du dir nicht klar, wie gefährlich das war. Aber das hat großen Spaß gemacht. Natürlich haben wir auch ganz normale Spiele gespielt." (Anonym 4, NI 24)

Dabei blieb der „Spaßfaktor", den mehrere bestätigt haben, unerwähnt, wenn man nicht danach fragt, denn er entspricht nicht den Opferkonstruktionen des Widerstandes. Zudem ist er für die Beteiligten vielleicht auch eine Selbstverständlichkeit, denn er ist offenkundig, wenn man selbst solche Szenarien schon einmal gesehen hat. Die Soldaten sind in solchen Situationen mit dem Problem konfrontiert, ihren eigenen Gefährdungsgrad abschätzen zu müssen, denn einerseits können Steine eine tödliche Waffe in geübten Händen – insbesondere mit Steinschleuder – sein, andererseits sind ihre eigenen Waffen, an denen sie ausgebildet sind, bei weitem gefährlicher. Der Einsatz von Gummi- oder Plastikgeschossen und anderen bei „sachgemäßen Gebrauch" nicht tödlichen Waffen, wie Tränengas oder Schockgranaten[206], gegen steinewerfende Kinder und Jugendliche oder bei anderen Gelegenheiten, wie Demons-

206 Tränengas in geschlossenen Räumen und in aus sonstigem Grund hoher Konzentration kann sehr wohl tödlich sein. Gefährlich ist es vor allem für schon gesundheitlich vorgeschädigte (Asthmatiker, Herzkranke) und Schwangere. Schockgranaten knallen einfach fürchterlich laut, aber auch das ist nicht so harmlos, wie es sich vielleicht für jemanden anhört, der oder die noch nie eine gehört hat, denn sie können tatsächlich Schockzustände auslösen.

trationen, produziert zwar weniger tote Opfer als der Einsatz von Schusswaffen mit scharfer Munition, aber immer noch genug Leidtragende, um die Bevölkerung weiter gegen die Soldaten aufzubringen:

> „Inzwischen sind siebzehn Menschen durch Plastikgeschosse getötet worden, neun davon waren Kinder, und Hunderte und Aberhunderte Menschen sind schwer verletzt worden. Leute haben ein Auge oder beide Augen verloren, sie haben Hirnschäden, Kinder haben Stahlplatten in ihren Köpfen.“ (Clara Reilly, NI 10)

Zudem kann ohnehin eine zunächst eher harmlose Auseinandersetzung mit „Spaßfaktor“ jederzeit eskalieren:

> „Während der Demonstrationen habe ich Späße gemacht – wir haben gelacht – die meisten von uns waren Teenager. Sogar während der Demonstrationen haben wir Späße gemacht, bis jemand verletzt oder getötet wurde, das hat die Stimmung verändert. Manchmal haben wir sogar mit den Soldaten Scherze gemacht. Als sie mich verhafteten, habe ich Faxen gemacht, und sie haben über mich gelacht. Sie sagten, ich sollte lieber Schauspielerin oder Anwältin werden. Manchmal habe ich mit ihnen gestritten. Es war eine Art Spiel, manchmal, und manchmal konnte es sehr ernst sein.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Zwischen Sicherheitskräften und widerspenstiger Bevölkerung entwickelt sich eine Intimität, die zwar Raum für Scherze oder Small Talk schafft, aber ebenso für Demütigungen und Übergriffe:

> „Also hat man eine Menge mitbekommen – die Krawalle und man wurde von Polizei und Soldaten belästigt, beschimpft und angespuckt, und manchmal gab es sogar Soldaten, die versucht haben, nett zu einem zu sein, und dann haben die älteren Brüder gesagt: ‚Rede nicht mit denen‘ – also hat man versucht zu verstehen, was sich da abspielt. Diese ganze Zeit war so angespannt und die *Community* tatsächlich wirklich miteinander verbunden – du weißt, Angriffe auf die Gemeinschaft schweißen irgendwie zusammen – damals gab es einen wirklichen Gemeinschaftsgeist, und wenn die RUC oder die britische Armee reingekommen sind, haben die Leute mit Mülleimerdeckeln geklappert und solche Sachen.“ (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Die Intimität zwischen „ihnen“ und „uns“ ist dabei eine Unterscheidung, die schon vorhanden ist, denn sonst wären die Sicherheitskräfte nicht da, und diese Intimität ist nicht zuletzt ein gegenseitiges Belauern. Die Sicherheitskräfte sammeln Herrschaftswissen und die Bevölkerung, dabei insbesondere im Widerstand aktive, sammeln eben Widerstandswissen. Bei beiden geht es darum herauszufinden, wo die Schwachstellen der anderen sind, seien diese nun praktischer Natur, wie beispielsweise konkrete Sicherheitslücken, die man für einen Anschlag bzw. für die Infiltration in eine Widerstandsgruppe nutzen kann, oder seien sie ideologischer Natur, wie etwa eine Antwort auf die Frage zu finden: „Was tut dem Gegner am meisten weh?“

Die Patrouillen auf den Straßen sind nur eine Form der Bevölkerungskontrolle, eine andere sind *Checkpoints*. Die Kontrolle von Mobilität dient der Begrenzung des Konflikts durch den Staat und bereitet tatsächlich dem Widerstand große Probleme für seine Aktivitäten. In diesem Sinne ist es also ein effektives Mittel. Trotzdem trägt es gleichzeitig zur Entgrenzung des Konflikts bei, wie die Überlegungen zu *Checkpoints* – wobei viele der Überlegungen auch auf andere Arten der Kontrolle, wie etwa durch Patrouillen oder bei Ausgangssperren, zutreffen – weiter verdeutlichen sollen.

Checkpoints

Abgesehen von seinen praktischen Auswirkungen markiert ein *Checkpoint* einen Herrschaftsanspruch über ein Gebiet und seine Bevölkerung, indem er die Bewegung von Personen und Gütern seiner Kontrolle unterwirft. Bei Grenzübergängen wird der Herrschaftsanspruch durch die Kontrolle der Zu- und Ausgänge erhoben. Befindet sich ein *Checkpoint* innerhalb des Gebietes, demonstriert der Anspruch sich darin, willkürliche und eventuell zeitlich begrenzte Grenzen zu schaffen. Er ist daher eine Manifestation von Definitionsmacht. Was relativ unproblematisch ist, wenn Menschen den Herrschaftsanspruch nicht zurückweisen, wird umso problematischer, je eklatanter das Legitimitätsdefizit ist, weil sie damit ein Symbol für Unterdrückung und Ohnmacht für diejenigen sind, die den Anspruch nicht anerkennen. Für alle Fälle ist die Besatzung eines *Checkpoints* mit weit überlegenen Gewaltmitteln ausgestattet, so dass sie als Wenige die Kontrolle über die Vielen ausüben können. Zudem greift er in das Leben aller ein unabhängig davon, ob der- oder diejenige etwas mit dem Widerstand zu tun hat:

> „Wir sind ein kleines nationalistisches Dorf und es ist seltsam, weil nachts die Soldaten dort waren – wir lebten ungefähr eine halbe Meile außerhalb des Dorfes, und man ist in den Ort gegangen und dort auf britische Soldaten gestoßen, die Manöver abgehalten und die Leute ausspioniert haben, weil viele junge Männer aus dem Dorf aktiv bei der IRA mitgemacht haben. Es gab also eine Menge Soldaten, aber hauptsächlich nachts und an den *Checkpoints* – tagsüber war die Überwachung, die Überwachung auf hohem Niveau nicht so stark. Wir haben einfach weitergemacht und es ignoriert – man ist einfach an den Soldaten vorbeigegangen. Ich meine, man wurde nicht gerade dazu aufgefordert, mit ihnen zu sprechen, und ich nehme an, es kam auch unsere Angst dazu, weil sie Gewehre hatten.“ (Sandra Ne Brogháen, NI 22)

Bei dem Ignorieren von Sicherheitskräften geht es, insofern es möglich ist, nicht nur darum, möglichst wenig zu sagen, um nichts „auszuplaudern“ oder darum, den Soldaten ihren Einsatz nicht auch noch angenehmer zu gestalten. Es stellt vielmehr eine bewusste Kommunikationsverweigerung dar, die eine Gegenstrategie zu der aufge-

zwungenen Begegnung mit ihnen ist. Die Verweigerung erschöpft sich nicht nur darin, sich mit ihnen nicht mehr als nötig zu unterhalten, sondern auch auf die Verweigerung nonverbaler Kommunikation, wie Augenkontakt, zunicken, lächeln. Da aus Sicht der Zielgruppe der Maßnahmen die einzige passende Alternative mindestens verbaler Widerstand wäre, dies aber im Alltag viel zu aufwendig und risikoreich wäre – wer will schon beispielsweise bei jedem Einkauf eine Grundsatzdiskussion führen oder riskieren, verhaftet zu werden? – bleibt oft nur die Verweigerung, um die Zurückweisung der Situation zu demonstrieren.

Am *Checkpoint* geschieht eine demonstrative Machtausübung. Zu ihr gehört die demonstrierte Macht über die Bewegung der anderen, denn zur Kontrolle von Personen und Gütern wird die Bewegung verlangsamt und zu einem mehr oder wenigen kurzen Stillstand gebracht bevor sie weitergehen darf. So bestimmen die Kontrolleure die Distanz, die zwischen ihnen und den Kontrollierten erlaubt ist: Wann jemand näher treten darf, wann jemand näher kommen muss und wann sich jemand wieder entfernen darf oder muss. Dasselbe gilt für Handlungen: Welche erlaubt sind, welche gefordert sind, welche verboten sind. Die Handlungen schließen auch die Sprache ein: Fragen und reden dürfen die Kontrolleure solange sie wollen. Sie entscheiden darüber, ob sie eine Frage zulassen und sie dürfen Schweigen verordnen. Die Kontrollierten können versuchen verschiedene Gegenstrategien zu entwerfen, wie die Kontrolleure in Diskussionen zu verwickeln, zu lügen oder halbe Wahrheiten zu erzählen. Um sich einen kleinen Triumph durch Verwirrung stiften zu gönnen, kann man beispielsweise sprachliche Verständigungsschwierigkeiten – in Nordirland durch Gebrauch des Irischen, d. h. Gälischen, sogar wenn man selbst nur ein paar Wörter sprechen kann – nutzen oder simulieren. Aber das Sagen haben letztendlich die Kontrolleure. Ein *Checkpoint* erzwingt die Anerkennung von Herrschaft, die einzig darin besteht, dass man ihren Anweisungen Folge leistet. Er kontrolliert außerdem die Zeit der anderen. Nicht erst in dem Moment, wenn sie vor dem *Checkpoint* warten müssen, sondern schon von dem Moment an, wenn sie eine Planung ihrer Aktivitäten vornehmen. Da nicht vorhersehbar ist, wie lange es dauern wird oder ob man überhaupt durchkommt, wird er ein alltäglicher Unsicherheitsfaktor für die eigene Lebensplanung:

> „Hier in Hebron ist das größte Militärlager in der Nähe unseres Hauses. Wir waren an Soldaten gewöhnt und daran, sie jeden Tag zu sehen, mit ihnen umzugehen, von ihnen angehalten und durchsucht zu werden. (...) Als ich an der Universität gearbeitet habe, haben sie manchmal das ganze Gebiet abgeriegelt und eine Ausgangssperre verhängt. Ich konnte nicht hinausgehen, also kam ich oft zu spät. Die Sperre betraf nur die Altstadt und ich lebe in der Altstadt – weißt du, das übt einen großen Druck auf die

Menschen hier aus, stell dir das nur vor – du wirst anfangen anders zu denken! Genau das ist mit uns geschehen.“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Selbst wenn jemand versucht der Kontrolle zu entgehen und sich dafür Schleichwege sucht, bleibt der *Checkpoint* der Bezugspunkt, an dem sich Handeln und Planung ausrichten muss. Sind sie Teil des Alltags, entstehen Alltagstheorien darüber, wie es wohl heute sein wird, weil vielleicht irgendwo dieses oder jenes vorgefallen ist. Diese Theorien in Form von „falls ..., dann ist wahrscheinlich ...“ sollen die Unsicherheit reduzieren und das Leben planbar machen. Gleichzeitig werden die *Checkpoints* zu selbstverständlichen Begründungen über den Verlauf des Alltags: „Man ist nicht von A nach B gekommen, weil ...“, oder „hat so und so lange dafür gebraucht, weil ...“, aber auch „mir ist gerade langweilig, denn ich kann nirgends hin“. Ein *Checkpoint* kann darüber hinaus Existenzgrundlagen gefährden. Das Bestellen der Felder, der Einkauf, den Arbeitsplatz oder die Ausbildungsstätte zu erreichen, werden zu riskanten Unternehmen oder zeitweise gar nicht möglich. Der gesamte Handel kann zum Erliegen gebracht werden. Die Abhängigkeit von den Herrschenden erstreckt sich auf alle Bereiche und genau dies tritt am *Checkpoint* deutlich hervor[207]. So kann er über die Gegenwart hinaus die Zukunft kontrollieren.

Die kalkulierte Willkür der Kontrolleure ist eine Machtdemonstration, die den Bedrohungscharakter offener zur Schau stellt als eine geregelte Routine allein. Die Bedrohung mit den überlegenen Gewaltmitteln ist immer die Basis, auf der die Kontrolle ermöglicht wird. Die zu Kontrollierenden werden dadurch ihrer Verletzungsoffenheit gewiss (Popitz 1992). Die Willkür ist aber auch hier nur ein Element der Macht. Die Verwaltung der Herrschaft am *Checkpoint* kann ebenso negative Konsequenzen haben. Die geregelte Routine zeigt sich in Form der Papiere, die jeder auf Verlangen vorzuzeigen hat. Die Papiere dienen der Identifikation, wobei die Identität in diesem Sinne schon an anderer Stelle des Herrschaftsapparates entschieden wurde – wie nationale oder ethnische Zugehörigkeit, gefährlich oder nicht, darf passieren oder nicht – und nun überprüft und damit bestätigt wird.

---

207 „As part of our operational duties ..., we had to prevent cabs bringing workers from Jericho to Uja ... – this was part of the general closure policy. (...) During this period, all of us, (...) would 'teach the Palestinians a lesson'. We would take the car-keys away from the cab drivers and give them back only after a few hours. (...) One day I went on duty at 16:00. When I arrived at the Checkpoint I was surprised to find that the platoon sergeant, who was on duty before me, took this custom one step further. He took the cabs' keys and decided not to give them back until his shift ended (8 hours). When I approached the cab, in order to give the keys back, I was surprised to discover that among the passengers there was a mother with a few months old baby, that were left all day to dry up in the sun. When I asked them, they told me that the soldiers from the previous shift had not even offered them water ....“ (*Shovrim Shtika* 2006, Testimony Format 40)

Jedoch ist der *Checkpoint* auch für die Kontrolleure ein Unsicherheitsfaktor, weil sie sich durch physische Präsenz angreifbar machen. Gerade Routine kann zum Risiko werden, weil sie Aktionen für potentielle Angreifer planbar macht. Auch die Kontrolleure müssen Nutzen und Risiko ständig gegeneinander abwägen. Wird der *Checkpoint* immer an der selben Stelle errichtet, ist die Gefahr, dass er umgangen oder Ziel eines geplanten Angriffs wird, größer. Andererseits kann die Umgebung besser abgesichert und den Sicherheitsbedürfnissen entsprechend umgewandelt werden. Indem er selbst zum Ziel wird, kann er auch zur Eindämmung von Gewalt beitragen, weil die Gewalt damit örtlich begrenzt wird. Als physisch präsenter Angriffspunkt gegen den Herrschaftsanspruch lädt er ferner zu ritualisierten Auseinandersetzungen ein. Im Gegensatz zu einem gezielten Angriff oder zu spontanen Widerstandshandlungen, die aufgrund des individuellen Risikos relativ selten vorkommen, dienen ritualisierte Zusammenstöße dazu, in erster Linie symbolisch die Ablehnung des Herrschaftsanspruchs zu demonstrieren. Daher ist der Show- oder Inszenierungscharakter, eventuell vor einer imaginierten Weltöffentlichkeit, nicht zufällig.

Die völlige Abriegelung von Gebieten oder Ausgangssperren demonstrieren das ganze Ausmaß der Macht. Der drohende Verlust von Bildungschancen, Arbeitsplätzen, Einnahmen oder die unerreichbare medizinische Versorgung gehen einher mit einem Diktat der Sicherheitsmaßnahmen über jede Bewegungsmöglichkeit außerhalb des Hauses, des Viertels oder Dorfes. Doch wie alle Maßnahmen, können auch diese die Betroffenen zusammen schweißen:

> „Vorher kannte ich meinen Nachbarn kaum, aber während der *Intifada* habe ich jeden gekannt und mit allen zu tun gehabt. Aber jetzt ist es anders, jetzt kümmert sich jeder wie vorher um seine eigenen Angelegenheiten. Wir haben keine Zeit zum Reden oder für Besuche – dafür war die *Intifada* gut. Während der Ausgangssperre haben wir mit den Nachbarn zusammen zu Hause gesessen. Wir sind heimlich rübergegangen, haben immer geschaut, ob keine Soldaten in der Nähe sind und sind dann gegangen. Manchmal haben wir Karten gespielt, manchmal sind wir in den Garten gegangen, haben Kuchen und Plätzchen gebacken. Man hat Zeit – manche Frauen haben Blusen und Jacken genäht – man hatte viel Zeit totzuschlagen.“ (Maha Rishmawi, PAL 34)

Solange die Begrenzung auf die umstrittenen Gebiete relativ erfolgreich war, blieb es in den besetzten Gebieten, ähnlich wie in Nordirland, sogar während konfliktintensiver Phasen wie der '87er *Intifada,* bei solchen Einschränkungen der Mobilität und der Kontrolle der Außengrenzen:

> „Wir gingen hierhin und dorthin, und jeden Tag gab es auf den Straßen Kämpfe. Jerusalem war damals offen, es gab keine *Checkpoints*. Wir gingen gewöhnlich drei- oder viermal am Tag nach Jerusalem und kamen wieder zurück. (...) Wir gingen auch

nach Gaza, auch Gaza war nicht abgesperrt – es gab zwar die ganze Zeit über *Erez* [Grenzübergang; SK], aber nie so wie jetzt. Damals war es sehr einfach. Auch hier, in der Bibliothek, waren wir sehr aktiv. Wir machten Fotokopien und ich war verantwortlich für die Flugblätter vom fünften Flugblatt bis zum fünfundsiebzigsten. Ich habe sie auch verteilt, immer für die *Fatah*. Wir machten etwa fünfzehn tausend Kopien, wir hatten eine Maschine hier (...) Sie wussten, dass wir sehr aktiv waren ... sie bedrohten uns viele Male, aber wir hörten ihnen nicht zu. Wir gingen auch nach Israel, um dort zu drucken, denn wir hatten damals keinen Farbdruck und für sie ist es nur – das Geld, weißt du, es kümmert sie nicht besonders, die Religiösen [gemeint sind ultra-orthodoxe Juden; SK]. Diese Leute glauben nicht an Israel. Sie unterstützen uns, die Palästinenser." (Nahla Quora, PAL 22)

Während des Friedensprozesses zwischen Palästinensern und Israelis führte die Einrichtung der verschiedenen Hoheitszonen zu einer Zunahme von *Checkpoints*, die jeweils eine eher imaginäre Grenze zwischen israelischem Hoheitsgebiet und palästinensischem Gebiet innerhalb der besetzten Gebiete einerseits, und die zwischen Israel und einem künftigen palästinensischen Staat andererseits symbolisierten. Erst mit der Entgrenzung des Konflikts durch die Selbstmordattentate und schließlich durch die *Al-Aqsa-Intifada* wurde die Mobilitätskontrolle und die Absperrung zum wichtigsten Element der israelischen Sicherheitsmaßnahmen.

Die „eingetretene Haustür"

Demonstriert der *Checkpoint* die Unausweichlichkeit der Herrschaft, weil er Bewegung kontrolliert, so zeigen die Razzien oder Hausdurchsuchungen diese Unausweichlichkeit, weil die Herrschaft bis in die räumliche Privatsphäre eindringt. Jede Razzia oder Hausdurchsuchung demonstriert ebenso wie ein *Checkpoint* den Herrschaftsanspruch und ebenso sind die Durchführenden mit überlegenen Gewaltmitteln ausgestattet. Der Einbruch in die Privatsphäre führt den Betroffenen deutlich die Unmöglichkeit vor Augen, sich dem Zugriff des Staates irgendwohin entziehen zu können. Da er zu jeder Tages- und Nachtzeit stattfinden kann, wird außerdem klar, dass man sich ihm zu keiner Zeit entziehen kann. Dies gilt auch für festliche Zeiten, deren Missachtung zusätzlich zu anderen schmerzlichen Ereignissen in Erinnerung bleibt:

„1989 während des Ramadan (...) da will man das Leben ein bisschen ändern, um herauszukommen – Soldaten, *Intifada* – weißt du. (...) Wir waren sehr glücklich und waren dabei, die Vorbereitungen im Haus abzuschließen und wir fasteten und als wir beim Abendessen waren, kamen die Soldaten in unser Dorf. Sie [Dorfbewohner; SK] fingen dann an zu pfeifen, du weißt, das war das Signal – Frauen benutzen es [gemeint sind die Triller; SK] –, dass die Soldaten ins Dorf gekommen sind und wir waren sehr beunruhigt. Dann kamen die Soldaten zu unserem Haus – die stürmten herein wie die Wilden – sie fragten nach meinem älteren Bruder. Er war gerade seit zwei Monaten

verheiratet und: ‚Was wollt ihr von ihm?' und sie sagten ‚Wir wollen mit ihm sprechen, nur für eine Stunde, nach einer Stunde werden wir ihn zurück schicken' und meine Mutter fing an zu weinen. (...) Mein Bruder war im Haus und sie verhafteten ihn für ein ganzes Jahr. Zwei Monate lang wurde er verhört – du weißt, sie haben ihn geschlagen und seit dem hat er viele Probleme. (...) Weißt Du, manchmal wollten wir einfach nur glücklich sein und ein bisschen Freude in unser Leben bringen, aber dann kommen sie immer und verbreiten Traurigkeit." (Ahlam Sanad, PAL 4)

Die Privatsphäre bietet nicht nur keine Rückzugsmöglichkeit und Sicherheit mehr, sondern wird dann selbst zu einem öffentlichen Raum, und zwar zu einem vom Staat besetzten Raum. Alle Merkmale, die eine private Sphäre ausmachen, treffen nicht mehr zu. Selbst Kontrollmöglichkeiten über das eigene Leben, die man im Hinblick auf den öffentlichen Raum noch hat, sind nicht mehr gegeben: Die Entscheidung, ob und wie oft man ihn betritt, wie man sich dabei präsentiert oder wem man aus dem Weg geht. Wird die private Sphäre öffentlich, hat man weder die Kontrolle darüber, wer sie betritt, noch wann und wie weit sie betreten wird, also bezogen auf das eigene Haus, welche Räume betreten werden. Auch die Kontrolle über die Selbstpräsentation – angefangen beim Aussehen der eigenen Person bis hin zu dem Eindruck, den man mit dem Zustand der Wohnung erwecken wollte – geht so verloren. Die Verfügungsgewalt über das Eigene geht verloren:

„Während der *Intifada* gab es den Steuerstreik in Beit Sahour – ich weiß das genaue Jahr nicht mehr ... Da haben meine Brüder alles verloren, weil die Soldaten gekommen sind und alles aus dem Haus mitgenommen haben, auch den Schmuck ihrer Frauen, sie haben ihn mitgenommen. (...) Sie hatten ja Gewehre! [auf meine verwunderte Frage, wie das möglich gewesen sei; SK] Autos, Geschirrspüler, Nähmaschinen, all das. Sie haben alles einfach mitgenommen [so wurden die Steuerschulden eingetrieben – ihre Brüder hatten eine Textilfabrik; SK]." (Maha Rishmawi, PAL 34)

Gesellschaftliche Umgangsformen sind außer Kraft gesetzt. Die Kontrolleure könnten ihren jeweiligen Auftrag – eine Verhaftung, eine Durchsuchung – nicht ausführen, wenn sie sich an die gewöhnlichen Verhaltensnormen von Besuchern hielten, wonach Besucher weder ihren Gastgebern noch der Einrichtung Schaden zufügen sollen und die Besitzer diejenigen sind, die Regeln vorgeben:

„Aber Hausdurchsuchungen waren eine fast alltägliche Begebenheit, und wenn das eigene Haus durchsucht wurde, dann musste man sich einfach damit abfinden, das wurde nie in Frage gestellt. Und sogar wenn man wütend war, weil die Spielzeuge kaputt oder die Bücher zerstört waren – keine Diskussion. Ich erinnere mich, dass ich das Gefühl hatte, dass das ein kleines bisschen seltsam war, denn wenn einer von meinen Brüdern oder Schwestern meine Spielzeuge oder meine Bücher kaputtgemacht hat, gab es Ärger – aber das wurde hingenommen: Männer, die Angst in ein Heim mit

kleinen Kindern hineintragen, die Armeeuniform tragen, die dich sehr schlimm beschimpfen – das wurde nicht hinterfragt. Aber ich meine, ich habe nie meine Eltern in Frage gestellt, weil das nicht zur Kultur gehörte, man hat das einfach nicht getan.“ (Carol Cullen, NI 20)

Die Erfahrung der eigenen Ohnmacht und die Demonstration der Geringschätzung von allem, was für die Betroffenen von Wert ist, symbolisiert den Status des Minderwertigen, der ihnen zugewiesen wird. Wiederum werden Elemente der demonstrativen Machtausübung offenbar, weil die Kontrolleure erlaubte und unerlaubte Handlungen bestimmen, Distanz- und Bewegungskontrolle ausüben und das Sagen haben. Sie sind auch hier mit einem gewissen Maß an kalkulierter Willkür ausgestattet, der die Betroffenen ausgeliefert sind[208]. Aufgrund der Unberechenbarkeit bleiben hier ebenso die Möglichkeiten individueller Gegenstrategien begrenzt und dienen wenn möglich eher dazu, einen Rest von Selbstachtung zu wahren. Das eigene zu Hause wird zum falschen Ort, weil es allein aufgrund der Tatsache, dass es sich in dem Gebiet, wo der Konflikt ausgetragen wird, befindet, zum Ziel für Sicherheitsmaßnahmen werden konnte. Hinzu kommen die Auseinandersetzungen mit ebenso unerwünschten wie feindlich gesonnenen Nachbarn:

„Meine Familie glaubt, wir leben immer noch in der *Intifada* – es ist eine immer währende *Intifada* für uns! Wir sind die nächsten Nachbarn der Siedler. Jedes Mal, wenn irgendwas passiert, wenn sie sich wegen irgendwas ärgern – nicht über uns –, kommen sie und greifen unser Haus an. Auch wenn außerhalb von Hebron etwas passiert – sie kommen und greifen uns an. Wenn es militärische Aktionen in Tel Aviv gibt – sie kommen und greifen unser Haus an, weil wir eben hier sind. Rings um unser Haus gibt es Wachposten der Soldaten. Sie halten keinen der Siedler davon ab, unser Haus anzugreifen. (...) Sie haben gefeiert, als Goldstein unsere Leute getötet hat [1994 schoss der Siedler Baruch Goldstein auf betende Palästinenser in Hebron, tötete neunundzwanzig und verletze mindestens 150; SK], sie haben gefeiert, als sie Herrn Rabin getötet haben und als mein Vater gestorben ist. Ich glaube, sie haben keine Menschlichkeit in sich. Wir haben einen Zaun aufgestellt, es war eine Stacheldrahtrolle, und sie haben den Draht zerschnitten und wollten ins Haus eindringen – aber es ist ihnen nicht gelungen, weil Gott uns beschützt hat. (...) Unsere Nachbarn machen ständig Krach, sie machen das für uns. Aber Angst haben wir nicht, warum auch? ... Sie sind

208 „During an illegal-weapon search in houses in Kalkilyah, I, accompanied by another soldier who was my partner, led an Arab resident into a small side-room and ordered him to squat on his knees. We bound his hands and covered his eyes and we placed a rifle barrel to his head. We demanded that he tell us if there is any illegal weapon in the house. (There was no intelligence on being any weapons there). He kept silent and I then cocked my rifle, put – against his head, and then put the barrel to his head again, the young man burst into tears. We then let him go and left the house“ (*Shovrim Shtika* 2006, Testimony Format 42).

> die Diebe, wer muss also Angst haben? Der Dieb oder der Landbesitzer?“ (Afifeh Sharabati, PAL 39)

Für die Bewohner ist es wieder ihre Identität, die sie zum Opfer werden lässt, und zwar im Unterschied zu befriedeten Gesellschaften, häufig nicht wegen individuellen Fehlverhaltens. Und selbst wenn es aufgrund individuellen Fehlverhaltens im Sinne staatlicher Sicherheitsinteressen geschieht, bleibt der Einbruch in die Privatsphäre aller Bewohner und das ist meist die Familie. Die Erfahrung der Gefährdung im eigenen Haus und der Familie, die jederzeit von anderen auseinander gerissen werden kann, bedeutet für die Betroffenen die Erschütterung eines Sicherheitsgefühls, welches für Menschen in befriedeten Gesellschaften selbstverständlich ist. Insbesondere für Kinder kann darüber hinaus der Anblick ihrer Eltern, die ebenso hilflos den Ereignissen ausgeliefert sind wie sie selbst, traumatisierend sein.

Wenn Razzien und Hausdurchsuchungen keine singulären Ereignisse mehr sind, die nur bestimmte Leute treffen, werden auch die Erzählungen davon Alltagsgeschichten, die selbstverständlich ausgetauscht werden: „Bei wem sie waren“ und „wer verhaftet worden ist“ und „es wird gemunkelt, dass heute Abend vielleicht diese oder jene Straße – *Camp*, Stadtteil – dran ist“, oder:

> „Meine lebendigste Erinnerung ist, dass wir jahrelang jeden einzelnen Donnerstag um fünf Uhr morgens von den Soldaten und der Polizei rausgeklopft wurden und sie das Haus durchsucht haben – wir sind zur Schule gegangen und die waren immer noch im Haus. Jeden Donnerstag hat mein Daddy den Wecker gestellt und den Kessel aufgesetzt! Wir lachen jetzt darüber. Als ich geheiratet habe, hatten wir unser eigenes Haus. Da haben sie es auch gemacht, aber nicht donnerstags. Republikanisch eingestellte Familien, weißt du. Sie haben sich regelmäßig deren Häuser vorgenommen.“ (Belle Gille, NI 8)

Und nun bleibt kein Bereich mehr übrig, in den man sich zurückziehen kann, war es doch gerade das Private, das vorher das einzige Refugium vor dem Öffentlichen war. Dass der politische Konflikt nicht vor der eigenen Haustür halt macht, wird somit zu einer Erfahrung vieler.

Divide et impera: Der innere Feind

Doch auch im Hinblick auf die feindlich eingestellte Bevölkerung versucht der Staat den Konflikt zu begrenzen, ja sogar, Teile dieser Bevölkerung für sich zu gewinnen. So führen neben dem Selbstverständnis des Staates und der Rücksicht auf die öffentliche Meinung auch die Anstrengungen des divide et impera zu der Berücksichtigung der Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten innerhalb des umstrittenen Gebietes. Um zumindest die Loyalität eines Teils der Bevölkerung zu sichern, soll konformes Verhalten mit Vergünstigungen bezüglich Arbeitsmöglichkei-

ten, Bewegungsfreiheit und anderem belohnt werden. Darunter fallen zudem Bemühungen, eine bestimmte religiöse oder anders identifizierbare Gruppe der Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, indem man wirtschaftliche Anreize schafft, Partizipationsmöglichkeiten bietet und andere dagegen bestraft:

> „Damals hatte die Gewerkschaft ein bestimmtes Image, sie galt als politische Organisation, weil sie die größte Basisorganisation war, und sie haben von Anfang an viele Stellungnahmen gegen die Besatzung veröffentlicht. Deshalb wurden viele Gewerkschaftsführer inhaftiert, manche wurden ausgewiesen. Und es war das Gebiet, auf dem sich die politischen Parteien Konkurrenz gemacht haben. Wenn zum Beispiel die Kommunisten ihre Macht zeigen wollten, mussten sie in der Gewerkschaft sehr aktiv sein. Aber das galt für jede Gruppierung – weil sich jetzt eine Arbeiterklasse entwickelt hatte. Die Arbeiterklasse wurde zur wichtigsten Gruppe innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, weil die Bauern ihr Land verlassen und sich andere Arbeit suchen mussten. Durch die vielen Veränderungen in der Zusammensetzung der palästinensischen Gesellschaft ist der Gewerkschaft die Führungsrolle im politischen Kampf zugefallen. Die Gewerkschaft war die erste Organisation in der Westbank, die die PLO als einzige Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt hat. Es war ein großer Kampf, ein großes Risiko. Und die israelische Besatzungsmacht hat die ganze Zeit versucht einen Keil zwischen die Gewerkschaft und die Menschen zu treiben: Sie sind in die Gewerkschaftsbüros eingebrochen und haben die Ausweise von Arbeitern, die sich Rat holen wollten, beschlagnahmt. Damals haben die Leute vermieden, der Gewerkschaft beizutreten.“ (Amal Khreishe PAL 21)

Divide et impera können aber auch Bemühungen sein, politische Gegner zu diskreditieren oder ihnen abzusprechen, repräsentativ zu sein oder im Gegenteil, einen besonders zu hofieren oder freie Hand zu lassen, bis hin zu einem ausgeklügelten Netz von Spitzeln:

> „Im Vergleich zu den Siebzigern und Achtzigern hatten sich die Verhältnisse [in den '90ern; SK] geändert; es gab eine Möglichkeit sauber zu bleiben – in den Augen der verdammten Informanten –, und die bestand darin, nicht mit anderen Republikanern zu verkehren. Ich habe nie mit anderen Republikanern zu tun gehabt – keiner meiner anderen Freunde war Republikaner und ich war einfach weiter mit ihnen zusammen.“ (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Das Austricksen oder schlicht Ausschalten – also ermorden – von Informanten wird daher zu einem Hauptanliegen des Widerstandes. Ihre Identifikation und der Umgang mit ihnen wird ein großes Problem:

> „Wir haben damals darüber diskutiert, ob man Kollaborateure oder Leute, die unter diesem Verdacht stehen, töten soll und vor allem: wer sollte denn entscheiden, ob jemand ein Kollaborateur ist oder nicht?! Von einigen war das genau bekannt und es

hat hinsichtlich einiger Leute Beschlüsse gegeben – aber in der Altstadt von Nablus kam es viel öfter vor als anderswo, so dass viele Kollaborateure getötet worden sind, und zu einer bestimmten Zeit war das außer Kontrolle, ja. Es lag in der Hand der dortigen Führer der *Intifada*. Verstehst du, die haben die Dinge anders bewertet als diejenigen, die schon vor der *Intifada* organisiert waren." (Dalal Salameh, PAL 23)

Auch was Informanten angeht, entwickeln sich Alltagstheorien darüber, woran sie denn zu erkennen seien:

„Es ist schwierig an Schulen offen zu reden, aber das hat mir nichts ausgemacht – sogar wenn ich wusste, dass dieser oder jener Lehrer ein Kollaborateur war – na und? (...) Wir haben das an ihren Äußerungen gemerkt: Kollaborateure stellten Fragen, die nicht gestellt werden sollten, und sie sagten Dinge, die nicht gesagt werden sollten." (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Da es darum geht, Herrschaft aufrecht zu erhalten, muss der Staat für Berechenbarkeit sorgen, für ein verlässliches Sanktionssystem und für Schutz vor dem Widerstand für diejenigen, die er auf seine Seite gezogen hat. Aber die Aufhebung dieser Spaltung bzw. das torpedieren dieser Strategie wird eben zu einem vorrangigen Ziel des Widerstandes. Die „Feinde" in den eigenen Reihen, die noch dazu teilweise im Verborgenen agieren, erleichtern es ganz im Sinne der Entgrenzung, die Bewegung in der Bewegung und damit ihren tendenziell totalitäreren Anspruch an die Bevölkerung aufrecht zu erhalten (vgl. Arendt 1962). Der ständige Verdacht jemand könnte Kollaborateur sein, schafft innerhalb der Widerstandsgesellschaft selbst eine Atmosphäre drohender Denunziation, die auch zu privaten Zwecken genutzt werden kann:

„Ich hatte Freunde hier in der Straße, sie haben viel Krach gemacht und laute Musik laufen lassen, und die Nachbarin, die in dieser Gemeinde geboren wurde und aufgewachsen ist, hat mit der IRA gedroht, dass Männer ins Haus kommen und für Ruhe sorgen werden. Aber diese Frau war sehr böse, weil sie behauptet hat, ich sei eine Drogendealerin und sehr gefährlich, weil ich immer wieder nach London gereist bin – ich hatte dort eine Freundin – die hiesigen paramilitärischen Gruppen haben etwas gegen Drogen oder sie tun so, als hätten sie etwas gegen Drogen. Aber es ist nichts passiert. Eine andere Frau hat gewusst, dass ich da nicht mitgemacht habe." (Sandra Ne Brogháen, NI 22)

Der Kollaborateur ist das Gegenstück zum Opfer, das doch jeder ist und zum Kämpfer, der jeder sein sollte und erfüllt ähnlich zentrale Funktionen in der umfassenden Politisierung. Er ist der Andere im Inneren, den es zwar nicht geben dürfte, der aber überall lauern kann und der deshalb nicht nur bekämpft werden, sondern wegen dem sich jeder ständig in acht nehmen muss – und sei es, um nicht selbst in den Verdacht der Kollaboration zu geraten.

Unsicherheit als Herrschaftsinstrument

Aber ebenso erzeugt der Staat selbst durch seine Sicherheitsmaßnahmen andauernde Verunsicherung. Während um Konformität dauerhaft zu gewährleisten, zumindest die Illusion geschaffen werden muss, Wohlverhalten werde belohnt, Missetäter bestraft und vor allem, es gäbe einen gültigen Maßstab nachdem man sich richten könne, ist die Berechenbarkeit nur die eine Seite der Begrenzung. Die andere ist die staatliche Willkür. Zwar werden nicht alle zur Verfügung stehenden Gewaltmittel eingesetzt, die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten berücksichtigt, und der Willkür nicht freien Lauf gelassen, aber gegen die Strategie des Widerstandes ist der Nutzen kalkulierter Willkür groß. Ähnlich wie beim Widerstand, der mit Terror seine Gegner nicht überzeugen, sondern das Fürchten lehren will, liegt ihr die Einstellung zugrunde, dass es besser ist, gefürchtet als geliebt zu werden. Die im Willkürakt zu Tage tretende Überlegenheitsdemonstration und die Drohung, was einem noch alles passieren könnte, dienen der „Ab-Schreckung" und sind damit ebenso eine Kommunikationsstrategie. Dabei übernimmt für den Staat die „public relations" in dieser Hinsicht oft der Geheimdienst, dessen Taten bekanntlich so geheim nicht bleiben dürfen, um ihre Wirkung zu entfalten (Hess 1983).

Kurzfristige Festnahmen etwa erfolgen nicht immer, weil jemand tatsächlich bei etwas Ungesetzlichem ertappt worden ist oder unter dem Verdacht steht, etwas getan zu haben. Sie dienen also nicht immer einer möglichen Strafverfolgung, sondern werden selbst als Strafe bzw. zur Einschüchterung benutzt, weil jemand zum Beispiel an einer Demonstration teilgenommen hat oder sich in einem Komitee, einer Initiative oder ähnlichem engagiert. Und sie dienen der Informationsbeschaffung. Das Verhör wird also nicht durchgeführt, weil ein bestimmter Verdacht gegen den Festgenommen besteht, sondern um festzustellen, ob es Gründe für einen solchen Verdacht geben könnte und um Informationen über andere Leute zu erhalten. Berichte über die Behandlung von Festgenommen und insbesondere über die Verhörmethoden füllen nicht nur die Akten von Menschenrechtsorganisationen und eignen sich für den Widerstand, um die moralische Verdorbenheit seiner Gegner anzuklagen, sondern die Erfahrungen der Gewalt und Erniedrigung haben einen profunden Effekt auf die Betroffenen und deren Familien. Solche und andere schon beschriebene Maßnahmen führen zu einer Opferproduktion, welche der Ideologie der „imagined victimized community" entspricht. Aber Angst ist auch effektiv, um Menschen vom Widerstand abzuhalten und diejenigen, die darin verwickelt sind, zu isolieren:

> „... der Tag, an dem er [ihr Sohn; SK] zu sechzehn Jahren verurteilt wurde – das Verfahren war eine absolute Farce – er war einer der ersten, die ohne politischen Status verurteilt wurden. Sie haben ihn furchtbar zusammengeschlagen, es war eine

schreckliche Zeit für ihn und auch für mich, ich hatte buchstäblich einen Nervenzusammenbruch. Ich habe etwas durchgemacht, das man niemand anderem wünscht – eine wirklich schreckliche Zeit der Verbitterung über das, was einem zustößt – und ich glaube, das gilt für jedes Land – wenn man unter der Last der Unterdrückung lebt, unter der wir gelebt haben, und die britischen Soldaten bedrohten die Kinder mit ihren Gewehren und durchsuchten dein Haus – die Menschen wurden sehr ängstlich und ich habe viele Freunde verloren. Nicht weil sie sich gegen mich gewandt hätten, aber sie hatten Angst um ihre eigenen Kinder. Die Leute hören auf mit dir zu sprechen, sie wollen nicht mehr, dass du in ihre Häuser kommst, die Kirche wollte mich auch nicht mehr kennen – solche Dinge lassen einen erwachsen werden. Ich habe, glaube ich, ein Jahr schrecklicher Verbitterung durchlebt – habe mich von allen Menschen zurückgezogen, sogar von meiner eigenen Familie, und ich habe ungefähr ein Jahr gebraucht um es zu verstehen. Es lag nicht daran, dass es ihnen nichts ausgemacht hätte, aber sie hatten Angst und Angst hat sehr große Macht.“ (Mary Nelis, NI 26)

Sie kann nicht nur die Isolation des Widerstandes vom Rest der Bevölkerung bewirken, sondern ebenso innerhalb des Widerstandes wirkt die Angst und isoliert Einen vom Anderen:

„Zweimal konnte ich das Haus [wo sie von ihrer Partei versteckt gehalten wurde; SK] heimlich verlassen – nur um spazieren zu gehen. Und was mich verletzt hat: Zweimal habe ich Kameraden direkt gegenübergestanden und sie haben sich nur weggedreht, weil sie Angst hatten, mit mir zu reden.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, bestimmte Verwaltungsakte oder eine Art des „outsourcing“, die darin besteht, militanten Gruppen aus den eigenen Reihen zumindest nicht das Handwerk zu legen und ähnliches, erzeugen einen Dunstkreis, in dem schwer zu unterscheiden ist, ob es sich dabei tatsächlich um angemessene Sicherheitsmaßnahmen, einen gewöhnlichen Verwaltungsakt oder Inkompetenz handelt – oder nicht viel mehr um flächendeckende Einschüchterung, als Verwaltungsakt getarnte Willkür oder die Delegation des *Dirty War* an andere.

B.G.: „Tatsächlich hat es hier in Tyrone angefangen; hier haben die Bürgerrechtsmärsche in den Sechzigern angefangen. Vor den Veränderungen in den Neunzigern haben wir in der Gegend gelebt, die als Mittel-*Ulster*-Dreieck berüchtigt war, wo in den Siebzigern sehr viele Katholiken erschossen wurden – beispielsweise Geraldines Nachbarin, eine Frau, im siebten Monat schwanger, saß allein zu Hause mit ihren Kindern, keins älter als acht Jahre, und die Loyalisten sind reingekommen und haben sie erschossen.“

G.F.: „Das war '94!“ (...)

B.G.: „Ich fühle mich nicht sicher, ganz bestimmt nicht, weil es diese ganzen protestantischen Splittergruppen gibt. Jetzt im Augenblick passiert Folgendes: Polizeiakten

verschwinden, man weiß, dass die Polizei Akten über Leute führt und Bilder hat – wann man zur Arbeit geht, Autokennzeichen und andere Informationen – das geben sie an die Loyalisten weiter. Das geht hier, jetzt, in dieser Minute, immer noch vor!" (Geraldine Ferrity und Bronwyn Mc Gahan, NI 13 und NI 14)

Ungeachtet der Frage, ob es eine systematische Zusammenarbeit zwischen britischen Sicherheitskräften und loyalistischen Killerkommandos tatsächlich gegeben hat, werden solche Vorstellungen von Sicherheitskräften benutzt und so verbreitet:

G.F.: „Ich habe über die Methoden beim Verhör eine Erklärung abgegeben. Das Verhör war eine schlechte Erfahrung, weil man nicht weiß, was passieren wird, wenn man da ist."

B.G.: „Ständig ziehen sie deine Familie mit rein und sagen: Wenn du nicht redest, sagen wir den *Orangies* [Loyalisten; SK] Bescheid, dass sie deine Familie erschießen – also gibst du ihnen alles, was sie haben wollen, um deine Familie zu schützen." (Geraldine Ferrity und Bronwyn Mc Gahan, NI 13 und NI 14)

Für die Betroffenen stellt sich die Frage oft nicht mehr, ob dies nun den Tatsachen entspricht oder ob Sachverhalte differenziert werden müssen. Ohnehin hat doch der Widerstand eine einfache Antwort darauf: Alles ist auf Unterdrückung ausgerichtet und daher müssen diese Fragen gar nicht gestellt werden. Letztendlich verfolgt der Staat demnach eine von langer Hand geplante Strategie, bei der alle der Gegenseite mitmachen und die um jeden Preis durchgesetzt wird:

„Da sind die Siedler, sie sind sehr faschistisch, aber die Armee hat nichts getan, um sie aufzuhalten. Am Ende sind sie eben alle Israelis. Und sie können jeden töten, die Soldaten und die Siedler. (...) Es gibt viele, viele Beispiele dafür, dass die Soldaten die Siedler nicht aufgehalten haben. Die Siedler sind sehr, sehr schlecht, denn sie wissen, dass dies nicht ihr Land ist. Also wollen sie Macht haben, um der anderen Seite Angst zu machen. Die israelische Regierung will das auch. Die Siedler sind also ihre zweite Hand. Du hast die Siedlungen gesehen – sie haben mein ganzes Land genommen, überall sind Siedlungen. Und die jüdischen Menschen sind nicht von hier." (Ahlam Samhan, PAL 6)

Ungleichheit und Doppelmoral

Die in der Widerstandsgesellschaft als kollektiv wahrgenommene sozio-ökonomische Benachteiligung, im Vergleich zu den Lebenschancen und dem Lebensstandard der dem Staat wohlgesonnen Bevölkerung, wird nicht einfach nur verstärkt, wenn der Staat gegen diese Ungleichheit keine Maßnahmen einleitet oder diese nicht greifen, weil der Konflikt und die Sicherheitsmaßnahmen ökonomische Entwicklung in den umstrittenen Gebieten behindern. Sie wird als bewusste Diskriminierung und kollektive Bestrafung erlebt (vgl. Bonacker 2005), vor allem wenn andere, dem Staat ge-

genüber loyale, massiv unterstützt werden. Der Eindruck, dass man nicht nur von der Teilhabe am relativen Wohlstand ausgeschlossen wird, sondern die anderen auf Kosten der Widerstandsgesellschaft leben oder diese sogar berauben, wird durch verschiedene, durchaus alltägliche Begebenheiten gefördert, die auch zur Strategie der Begrenzung gehören. So sind beispielsweise die israelischen Siedlungen gleichzeitig Stützpunkte in feindlichem Gebiet, oder waren in Nordirland die Angehörigen der Sicherheitskräfte, aber auch Angestellte in anderen sicherheitsrelevanten Bereichen, wie den Gefängnissen, fast durchweg Protestanten. Von Seiten des Staates erscheint es nur folgerichtig, in allen sicherheitsrelevanten Bereichen niemanden einzusetzen, der oder die ihm gegenüber nicht loyal ist. Von Seiten des Widerstandes erscheint es dringend notwendig, alle Versuche des Staates sich durch Belohnungen und Vergünstigungen Loyalität zu erkaufen, zu vereiteln. Dadurch bleibt die sozio-ökonomische Ungleichheit bestehen oder wird noch verschärft. Doch sie ist nur eine unter anderen Ungleichheiten und ungleichen Behandlungen durch den Staat.

Wie ein Staat nicht nur für die Versorgung seiner Bürger, sondern für die Versorgung aller zuständig ist, die sich in seinem Zuständigkeitsgebiet befinden, so ist er ebenfalls für deren Schutz verantwortlich. Ungeachtet dessen, wie sehr auch der Staat vom Konflikt geprägt ist, wie er diese Probleme im Einzelnen löst oder die Gesellschaft damit umgeht, ist in dem hier interessierenden Zusammenhang die vorhandene Paradoxie entscheidend, die der Konfliktdefinition des Widerstandes entgegenkommt: Sie beruht auf Identitätszuweisungen des Einzelnen zu einer bestimmten Gruppe – wer den Anspruch des Staates anerkennt und wer nicht, wer vom Staat profitieren darf und wer nicht, für wen bestimmte Regeln gelten und für wen andere Regeln, wer beschützt werden soll und wer ein Sicherheitsrisiko ist, von wem der Konflikt fern gehalten werden soll und wem die Konsequenzen des Konflikts zuzumuten sind – und vor allem sind es Identitätszuweisungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, deren politischen Ansprüche, die sie aufgrund ihrer Gruppenidentität stellt, der Staat zurück weist. Die ungleiche Behandlung und damit die zugewiesene Zugehörigkeit wird besonders augenfällig, wenn sogar Angehörige der dominanten Gruppe bevorzugt behandelt werden, die selbst in Aktivitäten gegen den Staat verstrickt sind, seien es nun radikale Siedler oder Loyalisten.

Doch schon allein das Fehlverhalten von Angehörigen der Sicherheitskräfte, die in den Augen der davon Betroffenen tun und lassen können was sie wollen, weil sie keine negativen Konsequenzen fürchten müssen, verletzt das Gerechtigkeitsempfinden vieler. Während Angehörige der Widerstandsgesellschaft für alles mögliche verhaftet und teilweise sogar verurteilt werden können, werden Angehörige der Sicherheitskräfte nicht einmal für Tötungsdelikte zur Verantwortung gezogen:

„Das Thema Plastikgeschosse ist immer noch ein wunder Punkt, besonders in den Augen der nationalistischen Bevölkerung, denn durch diese Geschosse sind alle diese Leute getötet worden und trotzdem hat noch nicht ein einziges Mitglied der Sicherheitskräfte einen einzigen Tag dafür im Gefängnis gesessen. Ich war dabei, als eins der Kinder getötet wurde: Der dreizehn Jahre alte Brian Stewart wurde am 10. Oktober 1976 getötet; ich ging gerade die Straße hinunter, als er getötet wurde, und ich hatte noch nicht einmal mitbekommen, dass die britische Armee in der Gegend war, bis ich den Knall hörte und sah, wie ein Soldat um die Ecke kam. Der Junge fiel auf die Straße und ich bin mit einem anderen Nachbarn hin gerannt und wir beide haben das Kind aufgehoben und in ein Haus gebracht. Er war bewusstlos, und wir haben einen Krankenwagen gerufen – ich habe für ihn getan, was ich konnte – wir haben auf den Krankenwagen gewartet, und als wir nach draußen gingen, war da eine Menschenmenge. Und als er dann ins Krankenhaus geschafft wurde, hat sich eine ausgewachsene Straßenschlacht entwickelt. Am selben Abend zeigte das Fernsehen einen Armeemajor, der sagte, es hätte eine richtige Straßenschlacht gegeben und seine Soldaten hätten Plastikgeschosse verschießen müssen, um sich in Sicherheit zu bringen, und er sagte, Brian Stewart sei ein notorischer Steinewerfer gewesen und der Rädelsführer von etwa fünfhundert Krawallmachern. Das war ihre erste Verlautbarung. Ich war so wütend, weil dieses Kind tot war – das hat bei mir einen wirklich tiefen Eindruck hinterlassen, denn meine Kinder haben genau zu dieser Zeit auf der Straße gespielt, und es hätte auch jeden von ihnen treffen können. Wir sind dann mit unabhängigen Zeugen vor Gericht gegangen – und das Gericht hat der Aussage des Soldaten geglaubt, der behauptete, er sei von einem Stein getroffen worden, er habe das Ziel verloren und Brian sei unglücklicherweise getötet worden – jedes Mal, wenn sie vor Gericht kamen, hatten sie eine neue Geschichte.“ (Clara Reilly, NI 10)

Der vom Staat vertretene Anspruch, Vertreter und Garant universaler Werte, wie Herrschaft des Rechts, Demokratie, Freiheit, Gleichheit zu sein, wird in den Augen derjenigen, die sich ausgegrenzt fühlen und nach zweierlei Maß behandelt sehen, wobei ihre Behandlung gerade nicht diesen Werten entspricht, zweifelhaft. Dies macht es der nationalistischen Ideologie leicht, die Ansprüche des Staates nicht nur als unglaubwürdig, sondern darüber hinaus als notwendigerweise verlogen zu brandmarken, weil er eben nur ein Instrument der Unterdrückung sei.

Neue Konfliktorte: Gefängnisse

Eines der wichtigsten Symbole dafür wird das Gefängnis. Meines Wissens ist nicht genau erfasst, wie viele Menschen in Nordirland oder den besetzten Gebieten wegen der Konflikte jemals verhaftet worden sind, sich einige Zeit in staatlichem Gewahrsam befunden haben, angeklagt und verurteilt wurden[209]. Klar ist aber für beide Ge-

209 Für Nordirland sind einige der Daten erfasst und liegen bei CAIN und Elliott/ Flackes 1999 vor.

biete, dass es jedes Jahr Hunderte, in manchen Jahren auch Tausende gab, die sich für längere Zeit im Gefängnis befanden, und viele mehr, die jemals für kurze Zeit verhaftet wurden. Inhaftierungen sind das wichtigste Instrumentarium, um Leute aus dem Verkehr zu ziehen und so Widerstandsaktivitäten zu begrenzen. Neue Gebäude mussten errichtet und bestehende erweitert werden, um diese Menschen unterzubringen. So schafft der Staat neue Konfliktorte, und zwar nicht nur für diejenigen, die drin sitzen, denn in der Widerstandsgesellschaft ist es zur Normalität geworden, schon einmal im Gefängnis gewesen zu sein, im Gefängnis sitzende Verwandte oder Freunde zu haben und Gefängnisbesuche in die Alltagsplanung einzubeziehen:

> „Meine Brüder waren alle im Gefängnis, einer für fünf Jahre, ein anderer eineinhalb Jahre, der andere vier Monate, und der andere war vielleicht zehnmal drin und wieder draußen, manchmal für vier Monate, sechs Monate, zwei Monate, in Verwaltungshaft [Verwaltungshaft von bis zu sechs Monaten kann ohne Anklageerhebung verfügt und dann wieder erneuert werden; SK]. Das waren schwere Zeiten für uns, als drei meiner Brüder gleichzeitig im Gefängnis waren. Jeder in einem anderen Gefängnis. (...) Freitags haben wir sie besucht. Jeder von uns ist zu einem Gefängnis gegangen – man hatte sie getrennt. (...) Das war während der *Intifada*.“ (Afifeh Sharabati, PAL 37)

Für die Angehörigen der Gefangenen wird das Gefängnis zu einem Ort, wo man zwar nicht viel Zeit verbringen kann, der aber immer präsent bleibt. Angehörige im Gefängnis werden zu einem massenhaften sozialen Phänomen, das Probleme für die gesamte Gesellschaft schafft, wie beispielsweise zerrüttete Familien mit Kindern, die jahrelang ein Elternteil nur bei Besuchen sehen, der Wegfall von Familieneinkommen und Schwierigkeiten bei der Reintegration von ehemaligen Gefangenen. Der oder die Gefangene beherrscht das Familienleben mit: Welche Hilfe er oder sie braucht und wie man ihn oder sie weiterhin in das Familienleben einbeziehen kann. Familien von Gefangenen sind oft auf Unterstützung angewiesen. Diese Unterstützung stellt wiederum die Widerstandsbewegung zur Verfügung und bindet somit weitere Kreise der Bevölkerung an sich. Aktionen, die als Aktionen zum Wohle der Gefangenen oder zur Unterstützung ihrer Forderungen bei immer wiederkehrenden Auseinandersetzungen um Haftbedingungen durchgeführt werden, erreichen damit fast automatisch einen Teil der Bevölkerung.

Ein Gefängnis ist nicht nur ein Ort, wo Strafen abgesessen werden. Es ist auch ein Ort, wo sich AkteurInnen unterschiedlicher sozialer und geographischer Herkunft getroffen und kennen gelernt haben. Im Gefängnis sind Freundschaften und vermutlich auch Feindschaften entstanden, wurden Ideen und Informationen ausgetauscht. Gegenseitige Hilfe und Solidarität konnte erfahren werden, denn sie waren wichtig, um die Zeit in Haft ertragen zu können. Die Gefangenen versuchten immer wieder sich

gegen die Beschränkungen der Gefängnisverwaltung durchzusetzen oder diese zu umgehen, um sich austauschen zu können und ihre informellen „Weiterbildungsprogramme“ durchzuführen. Dem Selbstverständnis nach soll der Gefängnisaufenthalt schließlich keine verlorene Zeit sein, sondern die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln:

> „Ich glaube nicht, dass man im Gefängnis machtlos ist, man ist erst machtlos, wenn man seine Stärke aufgibt. ... Ich weiß genau, wenn ich wegen eines Verbrechens ins Gefängnis käme, würde ich keinen einzigen Tag aushalten, aber ich war Republikanerin. Und im Gefängnis war ich in einer republikanischen Struktur, das ist etwas Anderes. Man macht aus dem Gefängnis heraus mit dem Kampf weiter.“ (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Die Gefängnisse werden zu einer der Arenen des Konflikts. Zum einen durch die konkreten Auseinandersetzungen um Haftbedingungen, zum anderen in Bezug auf die Deutungshoheit der Situation: Ein Gefängnisaufenthalt ist keine Schande mehr, sondern eine Ehre, weil man eben nicht kriminell ist, sondern für ein übergeordnetes Gut einsitzt. Er steht nicht mehr für gemeinschaftsschädigendes Verhalten, sondern im Gegenteil für eine besondere Opferbereitschaft für die Gemeinschaft. Das Symbol Gefängnis steht für all das, was den Konflikt aus Sicht der Widerstandsbewegung ausmacht: Illegitime Herrschaft, Machtmissbrauch, Unterdrückung von Seiten des Staates – und das Aufbegehren der Opfer und das Austricksen der Macht von Seiten des Widerstandes.

So dient auch die Weiterbildung in erster Linie der Weiterentwicklung des „Kampfes“, zu der die Schulung jüngerer durch „alte Hasen“ oder die Beeinflussung „unpolitischer“ Gefangener und eine größtmögliche Kontrolle des Gefängnisalltags durch den Widerstand gehört. Im Gefängnis haben, entlastet von den Erfordernissen des Alltags draußen, nicht wenige zum ersten Mal in ihrem Leben die Zeit und Gelegenheit zur formellen oder informellen Weiterbildung. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die aus bildungsfernen Schichten kommen. Deshalb erfüllt das Gefängnis als Ort des Austauschs und der Distanz zu den alltäglichen Erfordernissen, auch denen des Widerstandes, eine „think tank“ Funktion für die Widerstandsbewegung und die Insassen verfügen über das nötige Prestige, um sich Gehör zu verschaffen.

De-Politisierung

Ein weiteres Mittel der Begrenzung ist die De-Politisierung. Sie beginnt mit der Verneinung „kollektiver Gedächtnisse“, die nicht zu denjenigen der dominanten Gruppe bzw. des Staates passen. Sie zeigte sich in den Schulcurricula:

M.C.: „Noch nicht einmal in den Schulen wurde über Politik geredet. Wir haben sehr wenig über die irische Geschichte erfahren."

M.D.: „Die britische Geschichte wurde uns beigebracht, die waren damals mehr am Ersten und Zweiten Weltkrieg interessiert. Während des Ersten Weltkriegs hat der Osteraufstand stattgefunden, aber das mussten wir selber lernen, das hat uns in der Schule niemand beigebracht – sehr, sehr wenig irische Geschichte oder irgend etwas Irisches. Ich meine, sogar in der Schule sollten wir ihrer Ansicht nach Briten sein." (Maria Mc Clenaghan und Mary Doyle, NI 1 und NI 2)

Verneinung und Kontrolle anstatt Auseinandersetzung überlassen allerdings die Interpretationshoheit für die Gegenentwürfe der Ideologie der Widerstandsbewegung. Zusätzlich wird die Unterdrückung der eigenen Geschichte, und damit der eigenen Identität, zu einem weiteren Anklagepunkt gegen den Staat:

„Es ist verboten mit den Schülern über politische Themen zu reden. Wenn ich meine Schulzeit mit der meiner Schüler vergleiche, war sie ganz anders. Die Privatschulen unterscheiden sich sehr von den staatlichen Schulen. Unsere Lehrer haben viel offener mit uns geredet. In den staatlichen Schulen waren wir sehr eingeschränkt. Die Schulleiterin sagte ständig: ‚Sagt dies, sagt das, sagt jenes nicht ...' – sogar wenn wir Geschichte oder Geographie unterrichtet haben. Wenn es um Palästina ging, war es verboten zu erwähnen, dass dies Palästina ist, und das war schwer für mich. Ich musste sagen, ‚Dies ist Jordanien', und ich musste den Schülern die jordanischen Grenzen beibringen. Es war gegen meine Prinzipien, gegen alles in meinem Leben. Die Schulleiterin hat mich mehrmals gewarnt, dass manchmal israelische Inspektoren die Schule besuchen, ein- oder zweimal im Jahr, und dass sie sich die Landkarten anschauen und wenn sie Palästina dort entdeckt hätten, wäre das schlecht für die ganze Schule gewesen." (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Zur De-Politisierung gehört ferner die Verneinung des politischen Gehalts der gesetzlichen Regelungen, die den Alltag der Widerstandsgesellschaft mitprägen. Er wird verschleiert unter „law and order" Argumenten oder beispielsweise Bauvorschriften, was wiederum dazu führt, dass selbst politisch recht unschuldige Maßnahmen – wie die Gurtpflicht im Auto in den palästinensischen Gebieten – zum Unterdrückungsinstrument stilisiert werden können. Auch beim Kampf um die öffentliche Meinung soll der politische Gehalt negiert und eine andere Interpretation der Situation angeboten werden: Demnach leidet man nicht unter einem Legitimitätsdefizit, sondern hat lediglich ein „law and order" Problem; Kräfte von außerhalb stacheln die Leute auf, die sonst gar keinen Grund zum Klagen hätten; es gäbe kein politisches Problem, sondern nur ein wirtschaftliches; es läge an der Kultur oder Religion bzw. Konfession, dass es den Leuten wirtschaftlich schlecht geht; es gäbe kein politisches Problem, sondern ein zivilisatorisches, denn die Leute sind zu rückständig, um sich

einem modernen Staat anzupassen; Kinder, die Steine auf Soldaten schmeißen, seien eben schlecht erzogen; politisch aktive Frauen hätten keine politischen Motive, sondern suchen nur einen Ausweg aus ihrer sozialen Unterdrückung etc. Dass bei den alternativen Interpretationsangeboten oft auf kulturelle Stereotype zurückgegriffen wird, die, weil sie auf die gesamte Bevölkerung des strittigen Gebietes zielen, die zugrunde liegende binäre Freund-Feind Identifikation stärken, ist ein weiterer Teil der Paradoxie, welche der gesamten Strategie der Begrenzung inne wohnt.

Darüber hinaus kann der Staat selbst nie auf eine Politisierung, also eine politische Interpretation des Konflikts verzichten, denn wie sollte er sonst seine massiven Sicherheitsmaßnahmen rechtfertigen? Die De-Politisierung bezieht sich daher in erster Linie auf die Interpretationen des Widerstandes, denen der Staat jedoch notwendigerweise durch seine Sicherheitsmaßnahmen Glaubwürdigkeit verleiht. Gleichzeitig steht er unter dem ständigem Handlungszwang, den Konflikt zu begrenzen.

4.3 Be- und entgrenzt oder: Die Omnipräsenz des Politischen

Doppelbinderprozesse

Mit Norbert Elias lassen sich die Prozesse, die sich aus dem Bemühen von Be- und Entgrenzung ergeben, als eine Abfolge von „Doppelbinderprozessen“ beschreiben (Elias 1980). Jede Aktion der einen Seite „bindet“ nicht nur die andere Seite, weil sie reagieren muss, sondern diese Reaktion „bindet“ wiederum in die nächste Reaktion auf die Reaktion usw. In der Asymmetrie liegt begründet, dass nur eine Seite im Konflikt darauf angewiesen ist, diese Prozesse aufrecht zu erhalten, und zwar der Widerstand. Der Staat hört nicht auf als Staat zu existieren, sobald es keinen Widerstand mehr gibt. Schafft es dagegen der Widerstand nicht, den Staat in diese Doppelbinderprozesse einzubinden, so verschwindet er einfach. Die Attraktivität von Gewalt ergibt sich nicht zuletzt daraus, denn sie zwingt den Staat auf die Herausforderung seines Gewaltmonopols, das ihn ausmacht, zu reagieren.

Doch das allein reicht nicht, um diese Prozesse im Sinne des Widerstandes in Gang zu halten. Die Gewalt muss einen Sinn ergeben. Zu den Doppelbinderprozessen gehören die Interpretationen der Aktionen oder Reaktionen der jeweils anderen Seite entsprechend der ideologisch geprägten Erwartungen über die Intentionen der anderen. Auch deshalb ist es grundlegend für den Widerstand, nicht nur seine Deutungen innerhalb der Gruppe, die er beansprucht zu vertreten, durchzusetzen, sondern ebenso gegenüber dem erklärten Feind diese Deutungen ständig präsent zu halten, selbst wenn die Deutung nur in der Botschaft besteht, dass der andere der Feind ist. Im Grunde gilt es, sich das Theorem von Thomas und Thomas zunutze zu machen:

„If men define situations as real, they are real in their consequences“ (zitiert nach Merton 1994, 380).

Identitätszwang der Gewalt

Gewalt ist nicht der Einbruch von Chaos, sondern bewahrt Ordnungen ebenso wie sie selbst Ordnungen hervorbringt. Sie definiert, wer sie ausüben, wer ihr Opfer werden darf und welche Kriterien dafür gelten. So gesehen ergibt sie zumindest für die Täter immer einen Sinn, denn sie haben die (Zu-)Ordnung definiert. Teil der Asymmetrie ist, dass der Staat per definitionem ein Gewaltakteur ist, der diese Ordnung definiert. Andererseits ist er damit in der Logik des Widerstandes immer der Gewaltverursacher und er selbst nur derjenige Akteur, der auf die Zumutungen dieser Ordnung reagiert. Mit Gewaltanwendung versucht er seine eigenen Ordnungskriterien durchzusetzen. Diese Zuordnungen, wer zur Seite der Täter gehören und wer Opfer werden darf, überschneiden sich im Rahmen der ohnehin schon vorhandenen Konfliktkonstellation mit der Identität der Konfliktparteien. Ist die nationale Identität in der Regel nur eine Identität unter anderen, die jeden ausmachen, so ändert die Androhung von Gewalt wegen dieser Gruppenidentität die Verhältnisse der Identitäten gründlich, denn die nationale wird dann die wichtigste. Gewalt eignet sich also Freund–Feind Schemata zu erzeugen bzw. immer wieder zu verstärken. Um seine eigene Konfliktdefinition durchzusetzen, ist Gewalt ein attraktives Mittel, denn von wem und gegen wen sie angewendet wird, kann die Identifikation der Konfliktparteien bestärken. Mit jeder Runde im Doppelbinderprozess erhöht sich die Chance, diese Definition in immer weiteren Kreisen durchzusetzen, bleibt allerdings ein risikoreicher Prozess.

Gewalt- und Sicherheitsdilemma

Der Widerstand hat einige grundlegende Probleme: Er kann keine Sicherheit herstellen, auch wenn er sich selbst als Verteidiger präsentiert. Wegen des Drucks staatlicher Maßnahmen ist er meist mit seiner eigenen Sicherheit beschäftigt, während er gleichzeitig unter großem Erfolgs- und Rechtfertigungsdruck steht. Aufgrund der Asymmetrie bedeutet Erfolg zunächst nicht, seine selbst propagierten Zeile zu erreichen, sondern sich überhaupt als Akteur im Konflikt zu behaupten. Die strukturelle Erfolglosigkeit im Hinblick auf die propagierten Ziele und die Zumutungen, die der Widerstand seiner Gesellschaft auferlegt, machen für ihn symbolische Überhöhungen so wichtig. Damit läuft die angewendete Gewalt Gefahr zum symbolischen Selbstzweck zu werden, und nicht das „letzte Mittel“ klar definierter politischer Interessen oder Ziele zu sein. Hinzu kommt, dass wenn Gewalt einmal als legitim anerkannt ist, sich auch konkurrierende Gruppen ihrer bedienen und die Gewaltakteure innerhalb

des Widerstandes Schlüsselstellungen bekommen und diese dann behalten wollen. Alles in allem besteht immer das Risiko, die Kontrolle über die Gewalt der eigenen Seite im Konflikt zu verlieren.

Auf der anderen Seite läuft der Staat mit jeder Sicherheitsmaßnahme Gefahr als Konfliktverursacher und Eindringling wahrgenommen zu werden, noch mehr Leute gegen sich aufzubringen und den Konflikt in weitere Räume auszudehnen. Die Vorstellung, er sei zum Schutz der gesamten Bevölkerung da, wird durch die alltägliche Erfahrung widerlegt und die Konfliktinterpretation des Widerstandes wird plausibel. Wenn Sicherheitskräfte als Sicherheitsrisiko wahrgenommen werden, war die Strategie des Widerstandes erfolgreich. Wenn Sicherheitskräfte in erster Linie mit ihrer eigenen Sicherheit statt mit der Sicherheit derjenigen, die sie beschützen sollen, beschäftigt sein müssen, war sie noch erfolgreicher. Um genau das zu verhindern, wird Ersteres vom Staat in Kauf genommen.

Es lässt sich jedoch für den Widerstand nicht ganz vermeiden, dass Menschen in der Widerstandsgesellschaft auf die Idee kommen, ihn selbst als Teil des Problems oder gar dessen Verursacher zu sehen, der propagiert, vor einem Staat zu schützen, der gar nicht angreifen würde, wenn die „Beschützer“ den Staat nicht angriffen. Um das zu vermeiden und um von seinen eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken, greift er auf zwei Mittel zurück: Das eine ist die ideologische Konstruktion vom Feind als Quelle aller Probleme bis hin zu verschwörungstheoretischen Interpretationen über die Gründe für dessen Überlegenheit. Das andere ist der dazu komplementäre Opferstatus der eigenen Seite und die Herstellung von Solidarisierungseffekten.

Legitimität: Überlegenheitsdilemma

Zur vielfachen Überlegenheit des Staates gehört sein Legitimitätsvorsprung, der allerdings mit Verantwortlichkeiten für Sicherheit und Versorgung verbunden ist. Während militärische, ökonomische und organisatorische Überlegenheit vom Widerstand nicht einzuholen sind, sondern nur punktuell attackiert werden können, gilt dies für den Legitimitätsvorsprung nicht. Mehr noch, sollte es dem Widerstand gelingen, gegenüber den anderen Formen der Überlegenheit zu sehr an Boden zu gewinnen, so riskiert er seine eigene Zerschlagung und den Zusammenbruch der Widerstandsgesellschaft, die auf den Staat angewiesen ist (vgl. Laqueur 2003, 171/172). Für den Legitimitätsvorsprung gilt auch dies nicht. Im Kampf um die Legitimität kann er nie genug gewinnen, solange er die damit verbundenen Verantwortlichkeiten weiter an den Staat delegieren kann. Dem Widerstand genügt es für die ganze Widerstandsgesellschaft symbolische Verantwortlichkeiten zu übernehmen, indem er Sicherheit oder Versorgung hin und wieder demonstrativ in Szene setzt. Nur in konfliktintensi-

ven Phasen übernimmt er tatsächlich kurzfristig diese Aufgaben, um die Eskalation aufrecht zu erhalten. Sonst reicht es ihm, für Sicherheit und Versorgung derjenigen zuständig zu sein, die zum inneren Kreis des organisierten Widerstandes gehören.

Zu Gute kommt den Widerstandsideologien die Berufung auf Werte, die etabliert sind: Nationale Selbstbestimmung, Folterverbot, Menschenwürde, Bürgerrechte, Demokratie oder Selbstverteidigung als Beispiele für Werte, die internationale Legitimität besitzen, oder Werte, die sich aus religiösen Traditionen – ob nun christlich oder moslemisch – herleiten lassen, wie Selbstopferung. All dies sind Werte, die im Grundsatz von anderen Autoritäten anerkannt werden und sich breiter Zustimmung erfreuen. Dem Widerstand muss es nur gelingen, sich als derjenige zu präsentieren, der diese Werte vertritt, der sie lebt und bewahrt. Ihm reicht es, den Anspruch dieser Vertretung glaubhaft zu machen. Kann er sie nicht durchsetzen oder verstößt er selbst gegen sie, so muss er vermitteln, das läge an seiner Unterlegenheit oder der Feind oder eine kleine Gruppe Abweichler sei dafür verantwortlich. Je nach Zielgruppe variiert die Botschaft, also welcher Wert und welche Begründung in den Mittelpunkt gerückt wird, falls man ihm nicht gerecht geworden ist. Es muss keineswegs jeder alles glauben, denn zum einen reicht es wenn jede(r) glaubt, der Widerstand trete für die Werte an, die sie oder er selbst vertritt. Zum anderen gewinnt der Widerstand an Glaubwürdigkeit in dem Maße, wie der Staat sie verliert. Den Staat und damit den Feind als die zu entlarven, die sie nach der Widerstandsideologie schon immer waren, ist einfacher als zu beweisen, dass man selbst derjenige ist, der man beansprucht zu sein.

Im Gegensatz zum Widerstand wird der Staat von Anfang an – zu Recht – an den Werten internationaler Rechtsnormen und seinen eigenen Ansprüchen gemessen. Wird er ihnen nicht gerecht, entsteht überhaupt ein Legitimitätsdefizit oder kann er ein bestehendes nicht beheben und es entsteht eine Widerstandsbewegung, so hat er schon versagt. Die Verantwortung wird dem Staat von Seiten seiner Bürger, von denen, die seine Legitimität nicht anerkennen und von der internationalen Gemeinschaft und Öffentlichkeit im weiteren Verlauf des Konflikts immer zugeschrieben. Er kann zwar für lange Zeit in vielerlei Hinsicht überlegen bleiben, aber vieles, was er dafür tut, wird auf die Dauer dazu führen, dass die Legitimität des Widerstandes wächst während er selbst in Misskredit gerät. Je mehr er seine eigenen Interessen durchsetzt, umso geringer werden die Chancen, sein Legitimitätsdefizit in der ihm feindlich gesonnen Bevölkerung zu beheben, womit wiederum der Widerstand hinzu gewinnt und der Konflikt weiter am Laufen gehalten werden kann usw. Trotz dieses Dilemmas hat die Überlegenheit von Anfang an viele Vorteile, die der Widerstand

sich erst noch schaffen muss, wie etwa sich als Akteur zu etablieren, Unterstützung und Ressourcen zu finden oder seine Interpretationen durchzusetzen.

Mobilisierung: Opferdilemma

Dabei hat der Widerstand mit einem Opferdilemma zu kämpfen, das immer droht, seine Mobilisierung zu torpedieren. Es lässt sich in der Frage zusammenfassen, wie man gleichzeitig jemandes Feind und Opfer sein kann? So gestellt handelt es sich offenkundig dabei im Grunde um ein Legitimationsproblem. Da es aber im Rahmen der Widerstandsideologie relativ leicht zu beheben ist – „man ist nur deshalb jemandes Feind, weil derjenige der Feind ist und deshalb ist man sein Opfer" – und zudem aus der Opferperspektive irrelevant wird, soll es hier unter dem Gesichtspunkt der Mobilisierung betrachtet werden. Einerseits ist die „imagined victimized community" das wichtigste identitätsstiftende Merkmal der unterdrückten Nation, die realen Opfer im Konflikt sind wichtig für die De-Legitimierung des Gegners innerhalb der Widerstandsgesellschaft, aber ebenso für den Propagandakrieg in den Medien und für die beschriebenen Solidarisierungseffekte. Andererseits ist Opfer-Sein ein Zustand, der sich durch Ohnmacht, Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit oder zumindest Handlungseinschränkung auszeichnet, und in dem der Täter oder Gegner als übermächtig wahrgenommen wird. Um für den Widerstand zu mobilisieren, muss aber dieser Opferstatus verlassen und Menschen müssen dazu gebracht werden, Risiken einzugehen. Der Widerstand muss vermitteln, dass man etwas tun kann und sein Weg Veränderungen herbeiführt. Und die weiteren Opfer auf diesem Weg müssen ebenso wie die eigene Gewalt einen Sinn ergeben.

Wie wichtig dieser Aspekt ist, zeigt sich konkret in Phasen hoher Konfliktintensität. Alle diese Phasen zeichnen sich durch einen weit verbreiteten Erfolgsglauben aus (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3), wobei Erfolgsglaube hier nicht unbedingt heißen muss, dass jeder glaubt unmittelbar vor dem Ziel zu stehen, aber zumindest müssen Menschen glauben, durch Beteiligung oder Unterstützung dem Ziel näher zu kommen – es möglich ist „to make a difference". Auslöser für solche Phasen sind Ereignisse, die den Opferstatus bestätigen oder symbolisieren: Zum Beispiel der Sechs-Tage-Krieg, die gewaltsame Zerschlagung der Bürgerrechtsbewegung, Tote an *Checkpoints*, Änderung der Haftbedingungen oder Dinge, wie symbolische Demonstrationen der Überlegenheit, wenn der Gegner in das Territorium oder in Heiligtümer eindringt (wie bei den Paraden in Nordirland oder Sharons Besuch des Tempelbergs). Eine länger andauernde, organisierte Phase des Widerstandes entsteht jedoch nur, wenn der Erfolgsglaube hinzukommt und nicht etwa, wenn alle so verzweifelt sind. Beispiel im Hinblick auf Israel wäre etwa der Glaube, dass Israel die Besatzung nicht

lange aufrecht erhalten kann, diesmal ('87er *Intifada*) der eigene Staat zum Greifen nahe ist und die Erfahrung, dass man mit bestimmten Widerstandsformen (steinewerfende Jugendliche, die dem David-gegen-Goliath Motiv entsprechen) besonders gut die internationale Meinung beeinflussen kann, oder bestimmte Gewaltformen besonders effektiv erscheinen (Selbstmordattentate), weil man glaubt, der Gegner gäbe immer dann klein bei, wenn es in seinen eigenen Reihen zu viel Opfer gibt (Libanon Rückzug 2000). In Nordirland wäre dies beispielsweise die Erfahrung, dass das (Stormont-)System ins Wanken geriet und sogar stürzte, auch, dass man mit bestimmten Widerstandsformen besonders gut die internationale Meinung beeinflussen kann (Gefängnisproteste, Hungerstreiks), oder man mit gezielten professionellen Anschlägen mehr erreicht als mit wahllos wirkenden Bombenkampagnen, weil man dann als Verhandlungspartner ernst genommen wird anstatt die öffentliche Meinung und die eigene Gesellschaft gegen sich aufzubringen.

Solche Lerneffekte schlagen sich zunächst in den Führungskreisen des Widerstandes nieder, aber trotzdem zeichnen sich die konfliktintensiven Phasen mit einer breiten Beteiligung am Widerstand nicht nur durch eine weite Verunsicherung aus, die aus der Einschätzung rührt, „hier kann jeder Opfer werden, egal was man selbst macht", sondern ebenso durch den Glauben weiter Bevölkerungskreise, es lohne jetzt, zusätzliches Risiko in Kauf zu nehmen, weil es erfolgversprechend ist, wobei dieser Glaube von den Situationsanalysen der Führungskreise beeinflusst wird.

Zeitfallen

Aufgrund der Konfliktdauer gibt es keinen politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Bereich, der nicht durch den Konflikt beeinflusst wird, egal in welcher Phase dieser sich gerade befindet. Während auf den ersten Blick die Kosten der Konflikte ins Auge springen wie die Blockade ökonomischer Entwicklung, die Opfer und die Zerstörung, eröffnet er auch Chancen innerhalb einer Widerstandsgesellschaft. Vorher benachteiligte soziale Gruppen können etablierten Konkurrenz machen, neue Karrieremuster bilden sich, eine Konfliktökonomie entsteht mit Hilfe von Spendengeldern, „Revolutionssteuern" oder einfach nur Waffenhandel, und Dienstleistungen werden angeboten und Arbeitsplätze geschaffen, die in der Regel nach Loyalität vergeben werden. Doch die Dauer des Konflikts führt ebenso auf Seiten des Staates dazu, dass sich Eliten und andere Gruppen bilden, die davon profitieren, den Konflikt aufrecht zu erhalten. Auch im Staat und „seiner" Gesellschaft gibt es keinen Bereich, der nicht von dem Konflikt beeinflusst wird.

Die Konfliktdauer über mehrere Generationen macht die Entgrenzung nach nationalistischer Ideologie – oder im palästinensischen Fall, auch nach mit ihr verwobe-

nen Ideologien, wie Panarabismus oder Islamismus – in die Vergangenheit und Zukunft glaubwürdig. Da es keine längere Zeitspanne mit den aktuellen Konfliktkonstellationen, also britische Herrschaft über Nordirland bzw. Zionismus, gegeben hat, die friedlich war oder zumindest positiv bewertet wird, und alle Versuche der Beilegung oder Kompromisslösungen gescheitert sind, ist es innerhalb der Widerstandsgesellschaft leicht (selbst wenn die eigene Widerstandstradition selbst mit dafür verantwortlich ist), die Gegenentwürfe aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden zu lassen oder als Abweichungen, die gar nicht funktionieren konnten, weil sie eben auf einer falschen Interpretation beruhten, zu disqualifizieren. „Weil es schon immer so war, wird es auch weiterhin so sein, bis das Grundübel beseitigt ist" lautet die im Grunde einfache Botschaft. War die Politisierung im Sinne des Widerstandes und damit seine Legitimation einmal erfolgreich, ist es fast unmöglich, sie wieder rückgängig zu machen und schwer, sie auch nur zu modifizieren, wie es nötig wird, sobald man in einen Friedensprozess eintreten will.

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine Generation nach der anderen mit diesen nationalistischen Deutungen aufgewachsen ist, bedeutet aber nicht, dass jeder automatisch sein Leben oder Handeln nach diesen ausrichtet, sondern nur, dass jeder versteht, warum es Leute gibt, die das machen. Das Leben des harten Kerns des Widerstandes unterscheidet sich in mehrerer Hinsicht vom Leben der übrigen Gesellschaft[210]. Ihre Lebensgestaltung und -planung richten sich nach ihren politischen Aktivitäten und der Verfolgungsdruck des Staates führt zu einem Leben in einem geschlossenen Umfeld der Eingeweihten, sowie zu der Einschätzung, sich in einem Überlebenskampf zu befinden und zu einem anderen Zeitverständnis. Der Druck der Gegenwart ist enorm und kurzfristige Planungen stehen im Mittelpunkt, denn alles dreht sich darum, die nächste Aktion durchzuführen ohne sich erwischen zu lassen. Risikomanagement und Dauerstress resultieren aus der räumlichen und zeitlichen Entgrenzung. Für langfristige Planungen, seien sie politischer oder individueller Art, ist selten Zeit und die Erfolge sind ebenfalls kurzfristig, während jeder Misserfolg langfristige Konsequenzen, wie zum Beispiel einen langen Gefängnisaufenthalt, nach sich zieht. Die entgrenzte Zukunft, also der Glaube an den Erfolg, der irgendwann eintreten muss, entschädigt dabei für die mangelnden konkreten Perspektiven.

210 Vgl. dazu auch Donatella della Portas Studie unter anderem über den Radikalisierungsprozess der linken deutschen und italienischen Gruppen in den '70ern, wobei diese sich mehr und mehr von der Außenwelt isolierten (della Porta 1995, 151 ff.). Im Gegensatz dazu schafften es republikanische und palästinensische Gruppen – überspitzt formuliert – „ihre Welt" in „ihrer Gesellschaft" Wirklichkeit werden zu lassen.

In konfliktintensiven Zeiten nähern sich die Lebenserfahrungen der WiderstandsakteurInnen und der anderen immer mehr an. Es geht darum, über den nächsten Tag zu kommen, am wichtigsten wird, dass keiner tot, verletzt oder verhaftet ist und für die, die sich beteiligen, geht es noch darum, welche Aktion heute oder morgen geplant ist. Alles andere wird zweitrangig. Steht am Anfang der Erfolgsglaube, der zum Mitmachen motiviert, so wird er, je länger die schwierige Situation anhält ohne konkrete Erfolge zu erzielen, durch die Visionen der entgrenzten Zukunft ersetzt, die für das Leid entschädigen soll. Für den Widerstand hat dies Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist schließlich das Nachlassen der Bereitschaft zum Leiden und zum Engagement, denn wieso soll man den Preis für eine Sache zahlen, die im Moment noch zum Scheitern verurteilt ist, aber in Zukunft ohnehin gewinnen wird? Vorteile können eine Atempause sein und vor allem, dass der Konflikt offen bleibt für die nächste Runde. Und in jeder Runde des Konflikts wird die nächste junge Generation politisiert. Inwieweit der Konflikt den Alltag der meisten mitbestimmt, hängt zwar von der Konfliktphase ab, aber auch in Phasen relativer Ruhe herrscht die Unsicherheit. Die Gefahr einer neuen Eskalation oder eines kurzen Ausbruchs von Gewalt ist immer gegeben. Jede Tages- und Lebensplanung steht unter der Herrschaft eines „falls“, das mehr ist als eine theoretischer Tribut an das Schicksal, sondern auf konkreten Erfahrungen und realistischer Einschätzung der gegebenen Situation beruht: Alltag wird zur Bewältigung einer Dauerkrise.

Verkehrte Welt

Zwar führt die Dauer der Konflikte dazu, dass ein Leben als Dauerkrise zum Normalzustand wird, weil er nichts Außergewöhnliches ist, trotzdem führen mehrere Umstände zu der Wahrnehmung der Lage als Abweichung von einem normativ wünschenswerten und möglichen Zustand: Der phasenweise Verlauf und die „low-intensity“ der Konflikte ermöglichen Zeiten und Nischen, in denen „Normalität“ gelebt werden kann oder versuchsweise wieder hergestellt wird. Ebenso sorgen der bestehende Bezug zur Außenwelt durch Medien und der relativ enge Kontakt zur gegnerischen Gesellschaft dafür, dass andere Lebensgestaltungsmöglichkeiten präsent bleiben, selbst wenn diese vielleicht nicht jedem wünschenswert erscheinen und nicht für jeden zu verwirklichen sind.

Vor allem aber ist diese Konfliktnormalität insgesamt nichts, was als wünschenswerter Zustand erscheint, sondern gehört zu einer Welt, die nicht in Ordnung ist. Eines der wichtigsten Symptome für die Welt aus den Fugen ist die Umkehr der generationalen Todesfolge insbesondere in Verbindung mit einem gewaltsamen Tod. Andere Symptome sind die Verhältnisse in der eigenen Gesellschaft, die je nach Stand-

punkt von einigen als korrumpiert durch die neuen Eliten wahrgenommen werden, und als Verwahrlosung der Jugend durch Kriminalität und Drogen, die sich in mangelndem Respekt vor Eltern und Alten zeigt, und anderen Anzeichen einer Zeit, die als Verfall einer guten Ordnung gesehen wird. Für andere ist es gerade das Bestehen von ihrer Vorstellung nach überholten Traditionen und ausbeuterischen Verhältnissen anstatt Entwicklung und Modernisierung, das den aktuellen Zustand wenig wünschenswert erscheinen lässt. Nach nationalistischer Interpretation ist die Welt nicht in Ordnung oder durchläuft nicht die richtige Entwicklung, weil das Land besetzt und fremder Herrschaft ausgeliefert ist. Egal wer was glaubt, dies soll die gemeinsame Antwort für alle sein. Aber der politisierte Alltag, also das Leben im Konflikt, erscheint auch denjenigen, die diese Interpretation nicht teilen, schwerlich als wünschenswerter Zustand. Neben den schon genannten Gründen ist zu bedenken, dass die Sicherheitsmaßnahmen des Staates für die Betroffenen nicht einfach nur ein Ärgernis oder schlechtes Benehmen sind, sondern sie sehen sich als Opfer staatlicher Gewalt, die auch in den Augen der Weltöffentlichkeit massive Menschenrechtsverletzungen – Folter und Misshandlung in staatlichem Gewahrsam, „shoot-to-kill-policy“ – sind.

Für den Widerstand sind all diese Umstände Gefahr und Chance. Gefahr, weil „Normalität“ Mobilisierung erschwert. Chance, weil er seine Interpretationen anbieten kann, was wünschenswerte „Normalität“ wäre und wer für die Abweichung verantwortlich zu machen sei. Die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen und der Umgang mit Konsequenzen, die den von ihm selbst propagierten Werten widersprechen, machen es einfach, staatliche Doppelmoral anzuprangern und damit seine eigenen Aktionen zu rechtfertigen.

Omnipräsenz des Politischen

Die Paradoxien der Strategie der Begrenzung spielen also der Strategie der Entgrenzung des Widerstandes in die Hände. Der Widerstand hat zwar mit den Paradoxien seiner eigenen Strategie zu kämpfen, die durchaus dem Staat zugute kommen können, doch entscheidend für die Behauptung des Widerstandes ist die Politisierung möglichst vieler Lebensbereiche und Bevölkerungskreise, wobei dies von der Plausibilität seiner Konfliktdeutungen abhängt, die wiederum der Staat liefert. Dabei sind es nicht nur die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen, die dafür sorgen, sondern die beherrschende Stellung des Politischen im alltäglichen Leben ergibt sich schon aus der asymmetrischen Struktur der Konflikte: Ob jemand die Papiere bekommt, die sie oder er braucht, ob ein wirtschaftliches Unternehmen gestartet werden darf, ob eine Schule gebaut oder Wasserleitungen gelegt werden, ob man einen Job oder eine Bau-

genehmigung bekommt – alles ist entweder direkt von der Verwaltung und damit vom feindlichen Staat abhängig, oder indirekt von Auswirkungen des Konflikts, wie etwa seinen ökonomischen Effekten innerhalb des Krisengebietes, beeinflusst.

Das Entscheidende für diejenigen, die zur Widerstandsgesellschaft gehören, ist nicht die Tatsache, dass das Leben von politischen Faktoren beherrscht wird, die man kaum beeinflussen kann. Das Entscheidende ist erstens, dass man sich in dieser Situation dieser Erkenntnis nur schwer entziehen kann, und es zweitens offensichtlich zu sein scheint, wer dafür verantwortlich ist. So laufen für jeden unübersehbar Soldaten durch die Straßen oder stehen herum, manche pöbeln Passanten an, andere spielen mit ihrer Waffe: Es bedeutet Feindberührung für jeden und gleichzeitig ein für jeden angreifbarer Feind. Der freundliche Soldat, medizinische Versorgung, ein Rechtssystem, das auch schon mal zum eigenen Vorteil funktioniert, Ausbau des Bildungssystems und andere möglicherweise positive Auswirkungen der Herrschaft des Staates verblassen hinter all den negativen Erfahrungen und Konsequenzen des Konflikts, und werden womöglich im Gegenteil von einigen als besonders perfide Täuschung des Gegners wahrgenommen.

Hinzu kommt der autoritäre und tendenziell totalitäre Zugriff des Widerstandes auf seine Mitglieder und seine Gesellschaft, der auch ein wichtiges Element der Omnipräsenz des Politischen ausmacht. Dieses ausschließlich auf seine Ideologie zurückzuführen überzeugt schon deshalb nicht, weil die Gesellschaftsentwürfe, die innerhalb einer Widerstandsbewegung vertreten werden, keineswegs einheitlich sind. Es sieht eher so aus, dass sich diese Tendenzen am ehesten durchsetzen, weil sie der Logik der angewandten Mittel folgen und den Bedingungen des Verfolgungsdrucks durch den Staat angepasst werden. Das Mittel der Gewalt, Leben im Untergrund, Gefahr des Verrats, mentale und räumliche Abschottung, Bedrohungsgefühle und nicht zu vergessen, die Vorteile, die sich für einige auf Kosten anderer ergeben, lassen autoritäre Strukturen pragmatisch erscheinen und machen sie attraktiv. Die Omnipräsenz des Politischen, die sich aus den Wechselwirkungen der Ent- und Begrenzung des Konflikts ergibt, hat also viele Facetten. Im folgenden Kapitel wird gezeigt, wie diese mit Hilfe der Kategorie Geschlecht noch genauer gefasst werden können, wie Geschlecht selbst geradezu zwangsläufig zu einem Politikum wurde und es die Dynamik der Konflikte beeinflusste.

5. Konfliktdynamik und Geschlecht

„Es gab ständig Probleme mit den Männern der Partei. Im Nachhinein denke ich: (...) – wir wollten, dass die Partei größer wird, deshalb haben wir [das Frauenkomitee; SK] dieses Programm beschlossen. Wir mussten in der Gesellschaft mehr Einfluss bekommen – wollten, dass alle aktiv werden, Männer und Frauen. Die ganze Mühe galt dem Ziel, die Partei größer und wichtiger zu machen. Im Nachhinein denke ich, sie haben uns benutzt – besonders, weil viel weniger Frauen verhaftet wurden. Die meisten Männer würden früher oder später im Gefängnis sitzen, und dann hat die Partei gedacht, wenn alle Anführer im Gefängnis sind, müssen sie durch Frauen ersetzt werden. Wir brauchen Frauen nicht nur um andere Frauen zu ermutigen, sondern auch wegen dieser Situation. Und während der *Intifada* ist genau das passiert. (...) Und warum wurden so wenige Frauen inhaftiert? Weil, als während der Besatzung '67 und '68 und vielleicht auch 1973 viele Frauen inhaftiert und gefoltert worden waren, hatten die internationale Gemeinschaft, die Medien und humanitären Organisationen das Thema aufgegriffen und protestiert. Die israelische Seite hat immer versucht, vor der internationalen Gemeinschaft und ihrer eigenen Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren. Sie versuchen nicht so viele Frauen zu verhaften. (...) Die Israelis haben auch gedacht: Man weiß ja, dass Frauen viele Dinge nicht so tun können wie Männer, und wenn alle eingesperrt worden wären, hätten alle – auch die nützlichen – Aktivitäten der Komitees aufgehört – es wäre ein großes Problem für die Besatzer gewesen. Und wir haben davon profitiert, dass unsere DFLP das sehr genau gewusst hat, so dass wir Frauen ausbilden und für Führungspositionen schulen konnten.“ (Siham Barghouti, PAL 10)

Siham erläuterte hier zum einen mit wenigen Sätzen, wieso die DFLP die „Women's Front“ genannt werden konnte (Hasso 1998). Der Stellenwert, den die Führung der Massenmobilisierung und Grassroots Arbeit anstatt dem „bewaffneten Kampf“ beimaß, und die von ihr einkalkulierte Lückenbüßerfunktion von Frauen, verhalf der Partei vor allem in den '80ern zu einem hohen Frauenanteil und den Frauen – allerdings nicht ohne Machtkämpfe innerhalb der Partei – zu hohen Positionen und einem im Vergleich zu anderen Parteien großen Einfluss (ebd. und Al-Labadi 1993). Zum anderen nannte Siham als Begründung dafür, dass Frauen weniger im Fadenkreuz der israelischen Sicherheitskräfte standen. Hierfür sah sie drei Gründe, und zwar den Einfluss der öffentlichen Meinungen, geschlechtsspezifische Stereotype der Sicherheitskräfte, und die für die Besatzer „nützlichen Aktivitäten“, womit die sozialen Dienstleistungen der Frauenkomitees gemeint waren.

In diesem Kapitel wird die Kategorie Geschlecht, hier im Hinblick auf Weiblichkeit, in der Konfliktdynamik, also in den zwischen Widerstandsbewegung und Staat

ablaufenden Prozessen analysiert. Dabei treten die Unterschiede zwischen den beiden Konflikten wieder mehr in den Vordergrund, aber wie sich zeigen wird, nicht nur wegen kultureller Unterschiede, die sich geschlechtsspezifisch niederschlagen. Zuerst wird Weiblichkeit als politische Ressource untersucht, d. h. daraufhin, welche Rollen und Funktionen Frauen oder Weiblichkeit als solche in der Strategie der Entgrenzung des Widerstandes erfüllt haben. Anschließend werden die Ambivalenzen und Doppelstandards, die diese politisierte Weiblichkeit in den Konflikt- und Widerstandsinterpretationen, in der Widerstandsgesellschaft und innerhalb der Widerstandsgruppen begleitet haben, aufgezeigt. Danach geht es darum, welche Auswirkungen die staatliche Strategie der Begrenzung auf Frauen hatte, wie Weiblichkeit vom Staat eingesetzt wurde und damit auch, welchen Preis Frauen für ihre Aktivitäten gezahlt haben. Dabei zeigt sich, wie Weiblichkeit selbst zu einem Politikum wurde, sowohl als Mittel des Kampfes gegen den Staat als auch als Mittel des Kampfes gegen den Widerstand. Dass Weiblichkeit politisches Kampfmittel und gleichzeitig ein Risiko für den Widerstand sein kann, haben Frauen am eigenen Leib erfahren, und zwar nicht nur von Seiten des Staates. Im vierten und letzten Unterkapitel werden die weiblichen Widerstandsfunktionen, die Ambivalenzen und Doppelstandards sowie die Bedeutung des politisierten Geschlechts noch einmal zusammengefasst.

5.1 Entgrenzung: Weiblichkeit als politische Ressource

Frauen als Zielgruppe

Nach der Beschreibung der Widerstandsstrategie der Entgrenzung kann man erwarten, dass sich für Frauen in Widerstandsbewegungen eine Vielzahl von Partizipationsmöglichkeiten einerseits bieten, ihnen aber andererseits aufgedrängt werden. Die Logik der Entgrenzung zieht sie wie alle anderen in den Konflikt hinein, wie sich gerade in konfliktintensiven Phasen zeigte, in denen sie die Krisenmanagerinnen des Alltags wurden:

> „Mit dem Beginn der *Intifada* wollten sich viele der Frauen, die das vorher abgelehnt hatten, uns anschließen. Tausende und Abertausende Männer waren inhaftiert, und es gab ständig diese Kämpfe – diese Frauen wollten etwas tun. Also haben sie beschlossen an dem Kampf teilzunehmen: Gebt mir eine Chance. Das war eine gute Chance für sie. Eine Frau, die fünf Kinder hat – soll sie zu einer Demonstration gehen, getötet werden und die Kinder allein lassen? Aber sie weiß, dass die Schließung der Schulen gefährlich für ihre Kinder ist, also macht sie mit.“ (Dalal Salameh, PAL 23)

In solchen Phasen werden Frauen also nicht nur wegen der allgemeinen Umstände, die dazu zwingen sich in der Dauerkrise einzurichten, aktiv, sondern hier wird auf

ein in den Interviews oft genanntes Motiv von Frauen, die zunächst gar nicht politisch motiviert sind, sich zu beteiligen, hingewiesen, und das sind ihre Kinder, die vom Konflikt betroffen bzw. darin involviert sind:

> „Es ist so komisch: Meine Mutter, sie ist jetzt dreiundsiebzig und sie spricht sehr leise – ihr Leben waren wir, ihre Kinder, ihre Enkel, diese Dinge – und sie ist gekommen um mich zu besuchen, und beispielsweise nach dem Massen-*Strip-Searching* hat sie diese frechen Briefe an die Gefängnisverwaltung geschrieben, solche Dinge. Ich war so stolz auf sie. Sie ist nicht republikanisch, sie ist unpolitisch, aber gleichzeitig hat sie gemeint: ‚Das war so falsch.' Sie war eine große Hilfe und sogar nach meiner Entlassung hat sie allen Frauen im Gefängnis Weihnachts- und Osterkarten geschickt. Ich war sehr stolz auf sie. Ich meine, sie ist immer noch nicht politisch, aber ich bin ihre Tochter, und diese ganzen Dinge sind geschehen und das war falsch." (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Die Solidarisierungseffekte über Kinder und andere Angehörige lassen zwar Frauen aktiv werden, doch sind ihre Aktivitäten damit noch nicht unter Kontrolle der Widerstandsbewegung, die zudem Frauen zusätzlich für andere Aktivitäten braucht. Deshalb werden Frauen zu einer Zielgruppe des Widerstandes, die es anzusprechen und einzubinden gilt. Da die ganze Bevölkerung einbezogen werden soll, sind sie keineswegs die einzige Zielgruppe, sondern eine derjenigen Gruppen, die entweder sonst eher vom politischen Handeln ausgeschlossen sind, oder für die eine Beteiligung am Widerstand bis dahin nicht attraktiv war. Da Frauen zwar eine sehr große, aber auch sehr heterogene Bevölkerungsgruppe sind, kann auf sie beides zutreffen. Es ist also nicht so, dass alle Frauen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen waren oder keinen politischen Einfluss hatten, sondern nur, dass sich die Zielgruppe Frauen erweitert hat. Wie zu erwarten, hatte sich historisch (vgl. Kap. 3[211]) diese Erweiterung sozialstrukturell gesehen zuerst horizontal, also innerhalb privilegierter Schichten, und dann von oben nach unten vollzogen. Genauer gesagt, waren es dann vor allem Frauen der aufstrebenden Mittelschicht, für die politische Partizipation in ihrer organisierten Form attraktiv geworden war.

Dabei ist, wie schon dargelegt, nicht davon auszugehen, dass der Widerstand jemals eine rein männliche Angelegenheit war und nun eine Art „masterplan" entworfen hat, um sich für Frauen attraktiv zu machen. Es waren vielmehr Frauen selbst, die schon politisch aktiv waren, welche die Einbeziehung anderer Frauen forciert haben. Die Beteiligung am Widerstand kann sowieso für Frauen attraktiv sein, weil sie neben eventuellen sozialen oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten eine anerkannte

211 Über einen weiten historischen Zeitraum betrachtet, also wenn man die republikanische Bewegung in Nordirland ab '69 als Endpunkt der Entwicklung dieser Bewegung ansieht.

Alternative zu traditionellen Lebensentwürfen bietet und Prestige einbringt. Wie schon gezeigt wurde, waren Frauen stark in Organisationen, Komitees, Gruppen oder Initiativen vertreten bzw. wurden in der palästinensischen Bewegung spezielle Frauenkomitees für Aufgaben gegründet, die nicht direkt in den gewaltsamen Widerstand verwickelt und daher relativ risikoarm waren, aber für den Widerstand wichtige Zwecke erfüllten: Erstens können diese Organisationen unter dem Druck staatlicher Gegenmaßnahmen offener arbeiten, die Basis weiter ausbauen und den Widerstand nach außen vertreten. Zweitens bilden sie das Fundament des Gegenentwurfs zum Staat, auf dem der Widerstand sich als Alternative anbieten kann. Drittens bilden sie einen Rekrutierungspool für andere Aufgaben und sind so eine Ressource in Phasen der Konflikteskalation.

Entscheidend dabei ist der Nutzen für die Widerstandsbewegung und nicht der Nutzen für die angepeilten Zielgruppen. Attraktiv für den Widerstand sind diejenigen Fähigkeiten, die eine Gruppe in die Lage versetzen, für ihn bestimmte Funktionen zu erfüllen, die andere nicht erfüllen können. Auch Frauen bzw. Weiblichkeitskonzepte werden also zu einer der politischen Ressourcen im Kampf gegen einen überlegenen Feind. Die Frage bleibt, welche Funktionen sie im Widerstand erfüllen und welche Partizipationsmöglichkeiten und damit Rollen ihnen dafür angeboten werden?

Politisierung weiblicher Domänen

Zum einen können Frauen Funktionen im Rahmen der Widerstandsideologie zugeteilt werden, die völlig im Bereich traditionell weiblicher Domänen bleiben. Diese sind bei geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung die Reproduktions- und Sozialisationsfunktion, die der Versorgung, des Schutzes und der emotionalen Betreuung nicht nur des Nachwuchses, sondern auch anderer Hilfloser oder Schwacher, wie etwa Alten, und zwar insbesondere innerhalb des Hauses bzw. der Familie. Da die Erfüllung dieser Funktionen zum Bestand der Gesellschaft notwendig ist, gäbe es für den Widerstand viele Probleme, wenn Frauen diese Arbeitsteilung aufkündigten, denn wer sollte sie dann übernehmen? Dies gilt umso mehr, wenn wie in den besetzten Gebieten weite Kreise der Bevölkerung diese Arbeitsteilung strikt praktizieren und damit alle diese Funktionen innerhalb der Familie geleistet werden, allerdings mangels sozialstaatlicher Absicherung und Infrastruktur im sozialen Bereich auch geleistet werden müssen. Rollen, die mit diesen Funktionen zusammen hängen, dürfen also nicht von anderen Rollen verdrängt und unattraktiv werden. Statt dessen können diese Funktionen, die Frauen oft sowieso erfüllen, politisch umgedeutet und so aufgewertet werden. Sie sind demnach diejenigen, die den Fortbestand der Nation garantieren, den Nachwuchs im Sinne nationalistischer Ideologie erziehen und die nationale Ge-

meinschaft zusammen halten. Zentral dafür ist das traditionelle Mutterbild, wonach die Frau diejenige mit dem größten Einfluss auf die Kindererziehung ist und größere Verantwortung für den Zusammenhalt der Familie trägt als der Mann. Die Familie wird dabei getreu nationalistischer Ideologie einerseits zur Keimzelle der Nation, andererseits wird die Nation als gleichsam erweiterter Familienverband, oder auch nach dem Modell „Familie" gebildeter Solidaritätsverband interpretiert, wobei beide als geschichtslos, weil natürlich, vorgestellt werden[212]. Das politische Bewusstsein zu „wecken" ist dabei nichts anderes, als dafür zu sorgen, dass Frauen diese politisierten Umdeutungen und Aufwertungen übernehmen. Frauen sind dann nicht Zielgruppe, weil sie selbst aktiv am Widerstand teilnehmen sollen, sondern:

> „Sie erzieht natürlich ihre Kinder, sie kann deren Kultur beeinflussen, sie kann sie zum Mitmachen ermuntern. Also hat man sich auf die Frauen konzentriert." (Sylvia Madi, PAL 17)

Diese Arbeitsteilung ermöglichte es zudem Männern, insbesondere Männern im „kampffähigen" Alter, anderen Aktivitäten nachzugehen oder an ihren politischen Prinzipien, den nationalistischen Idealen, festzuhalten:

> „Meine Mutter war vollkommen unpolitisch, mein Vater war aber sehr politisch. Also habe ich mein politisches Denken wohl von meinem Vater, der so war wie ich, er hat die Dinge immer hinterfragt. Deshalb hat meine Mutter immer gesagt: ‚Für deinen Vater ist es in Ordnung, weil er ein Idealist ist, aber das bringt noch kein Essen auf den Tisch.' Sie hatte recht. Er hat viele solche Dinge getan, er hat die Teilung des Landes gehasst, er wollte den Eid nicht ablegen [deshalb konnte er nicht als Lehrer arbeiten; SK], er hasste diejenigen, die für die Teilung standen: Ich erinnere mich, dass er, als wir Kinder waren, an der Grenze Streit mit einem Kerl bekam, der dort Patrouille ging, er hat ihn geschlagen und wurde zu einhundert Pfund Strafe verurteilt – und wir hatten buchstäblich keinen Penny. Meine Mutter musste sich das Geld borgen und für ungefähr zehn Jahre meiner Kindheit bin ich jeden Montag nach der Schule zu der Person gegangen, der wir das Geld schuldig waren, und habe zurückgezahlt – für Jahre und Jahre und Jahre – nur wegen meines Vaters Prinzipien." (Mary Nelis, NI 26)

Obwohl sie und ihre ganze Familie unter den Prinzipien ihres Vaters zu leiden hatten und sie ihrer Mutter recht gibt, stellte sie die Prinzipien selbst nicht in Frage. Sie nahm vielmehr für sich das gleiche Recht auf Idealismus in Anspruch. Idealismus hier verstanden im Sinne der nationalistischen Ideologie, dem angeblich alles andere – das eigene Leben, Karriere, Familie, materielle Güter und sonstige Banalitäten im Vergleich zum allumfassenden nationalen Ziel – untergeordnet wird. Idealismus re-

212 Die „militarisierte Volksfamilie" wie Hagemann, die den Diskurs zu Nation, Krieg und Geschlechterordnung zu Zeiten der antinapoleonischen Erhebung untersucht hat, es nennt (Hagemann 1996, 588 ff.).

serviert für Männer ist ein immer wiederkehrendes Muster, das in verschiedenen Varianten auftauchte (siehe unten) und nicht nur im Rahmen innerfamiliärer geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Die ideologischen Überhöhungen waren also schon deswegen notwendig, weil diese Arbeitsteilung den Frauen allein die Last der Sorge um die Familie im Namen des Widerstandes aufbürdete, während sie selbst an dieser traditionellen Rollenverteilung festhielten. Sie barg schon innergesellschaftliches Konfliktpotential, ohne dass Frauen gegen diese Verteilungen aufbegehrten, allein aufgrund der Opfer, die ihnen abverlangt wurden, wie ein Leben auf der Flucht und schließlich Jahren ohne Ehemann, weil der im Gefängnis saß:

> „Ich habe Ritchie getroffen und musste akzeptieren, was ich hatte – seien wir mal ehrlich, wenn man Familie hat – ich habe Ritchie geheiratet für das, was er war, ja? Und ich habe hundertprozentig hinter ihm gestanden, aber in ihrem Leben gibt es ein paar Dinge, die sie tun müssen und die an erster Stelle stehen. Ich bin erst an zweiter Stelle gekommen. Das tut jeder Frau weh, jede normale Frau mit Gefühlen würde das sagen, vor allem weil wir ein Kind nach dem anderen gekriegt haben. Manchmal ist es hart – du weißt, was ich meine? Wenn du mit jemandem und seiner Verpflichtung verheiratet bist – in meinen Augen kommt für Ritchie das Land zuerst, aber das ist schwer zu akzeptieren. Mit der Zeit, mit den Jahren der Erfahrung, ich weiß nicht ... Man muss ein starker Mensch sein, man muss eine starke Frau sein. Das ist eine harte Prüfung. (...) Meine älteste Tochter hat mal zu mir gesagt, sie könne nicht verstehen, warum ihrem Daddy sein Land wichtiger ist als seine Kinder. Das ist in ihren Köpfen drin, da ist vieles, was der Krieg – ich weiß nicht, wie ich es erklären soll – verstehst du's? (...) Man wirft sich sogar vor, selbstsüchtig zu sein, denn sie glauben an das, wofür sie kämpfen – man bewundert doch Leute für ihren Glauben, für ihren Einsatz und ihren Kampf für ihr Land – so muss man das auch mal verstehen. Aber die Zeit bleibt nicht stehen, es sind jetzt zweiundzwanzig Jahre mit Ritchie, richtig? Es ist eine lange Zeit, aber ich muss nach wie vor an das glauben, woran er glaubt, und ich wünsche mir immer, dass er eines Tages aufgibt: ‚Kämpfe für mich, ich bin hier, deine Kinder sind hier' – das wird nie passieren!" (Theresa Harkin, NI 28)

Traditionelle Vorstellungen und Arbeitsteilung fügten sich also nur dann nahtlos in die Entgrenzungsstrategie des Widerstandes ein, wenn sich entweder Frauen einfach aus ihrem eigenen Familienverständnis heraus ihren Männern unterordneten, ohne notwendigerweise die politischen Anschauungen zu teilen, oder wenn die Widerstandsideologie eine breite Akzeptanz besaß. Stieg die Attraktivität der männlichen Helden, wurde dies für Männer zum Ansporn und für Frauen eine Möglichkeit für die eigene Statusverbesserung, wenn sie einen solchen Mann für sich gewinnen konnten:

„... der Umstand, dass die Männer im Gefängnis waren, war eine Attraktion für sich, es hat die Männer attraktiver gemacht. Ja, das denke ich – es gab also diese – bei Popgruppen nennt man sie Groupies – weißt du, es gab hier beinahe schon so etwas wie einen Fankult. Viele davon waren junge Frauen – ich meine, ich war zu alt. (...) Man hat ziemlich oft diese Beziehungen, wo die Frauen sich entschieden haben, die Männer im Gefängnis zu besuchen." (Ann Mc Cann, NI 12)

Diese breite Akzeptanz der Ideologie musste allerdings erst einmal erreicht werden. Wenn die Instanz Familie zwischen Individuum und Nation steht, ihre eigenen Interessen verfolgt und daher Heirat keine Privatsache zwischen zwei Individuen ist, kann das schwierig sein. Für palästinensische Eltern war ein politisch aktiver Mann nicht unbedingt ein geeigneter Heiratskandidat:

„Manchmal, wenn eine jemanden heiraten wollte, der aktiv war, hat man zu ihr gesagt: ‚Nein, das können wir nicht erlauben, weil er aktiv ist. Er wird vielleicht abgeschoben, eingesperrt oder getötet ...' Also haben wir die Familien ermutigt, sich die Hände zu reichen, wir haben oft mit ihnen darüber gesprochen, denn wenn die Frauen die guten Männer heiraten, dann werden sie selbst in Zukunft auch gut sein und aktiv sein. Aber jetzt leiden viele dieser Frauen immer noch, weil sie ihre Familien nicht zwingen konnten." (Inaam Z. Labadi, PAL 38)

Wenn der Mann als Familienversorger ausfällt, muss schließlich die ganze Familie einspringen, um Frau und Kinder zu versorgen. Die Familie wird eine politische Ressource für den Widerstand, die es zu erschließen gilt. Dass im Falle des Todes eines Mannes seine Frau mit einem seiner Brüder verheiratet wurde, damit die Kinder in der Familie blieben – „das ist ja auch besser für die Kinder, da sie sonst womöglich in einer anderen Familie abgelehnt würden" (Fakrea Kaed Abdallah Atta, PAL 30) –, wäre sicherlich in Nordirland schwer vorstellbar gewesen, aber auch dort war die Familie aufgrund ihrer Solidaritätsversprechen eine Ressource für den Widerstand:

„Als mein Vater fliehen musste, ist die ganze Großfamilie eingesprungen, um zu helfen, oh Gott, ja. Eine große, weitläufige Familie, eine typisch irische Familie – jede Menge Tanten und Onkel und Vettern und auch gute Nachbarn – ja, definitiv. In so einem Fall ist es gut, eine weitläufige Verwandtschaft zu haben, aber manchmal treibt es einen die Wände hoch [ein Satz, dem sicher viele meiner palästinensischen Interviewpartnerinnen zustimmen würden; SK]." (Anonym 4, NI 24)

Es ist eine Illusion zu glauben, dass alle Eltern ihre Kinder aus patriotischer Begeisterung zu politischem Engagement ermuntert hätten. Das Absinken des Heiratsalters während der '87er *Intifada* hing nicht nur mit den gesunkenen Brautpreisen zusammen, sondern Eltern verheirateten ihre Kinder möglichst jung, um sie von politischen Aktivitäten abzuhalten. So hatte auch eine meiner Interviewpartnerinnen, Balqis Rimawi (PAL 3), die, seit ihr Sohn Raja „Märtyrer" wurde, wie üblich nach ihm „Umm

Raja“, also Mutter von Raja[213] genannt wird, genau dies erfolglos – er wurde im Alter von vierundzwanzig Jahren 1990 von israelischen Sicherheitskräften erschossen – versucht, als sie ihren Sohn zu einer Ehe gedrängt hatte, und alle Ehrungen hatten sie auch zehn Jahre später nicht getröstet. „Mutterliebe“ ist für den Widerstand eine zweischneidige Angelegenheit. Auf der einen Seite führt sie zu Solidarisierungseffekten mit den politisch aktiven Kindern und auf der anderen Seite zur Sorge um eben diese:

> „Ich hätte versucht sie [wenn sie gewusst hätte, dass ihre Söhne sich der IRA angeschlossen hatten; SK] aufzuhalten, absolut. Man hört nie auf, Mutter zu sein, weißt du, egal wie politisiert man ist. Ich hatte solche Angst ihretwegen!“ (Mary Nelis, NI 26)

Die ideologischen Überhöhungen sind also notwendig, weil sonst die Interessen des Widerstandes oder der „nationalen Sache“ einigen der mit den weiblichen Rollen verknüpften Aspekten, wie eben „Mutterliebe“, nicht übergeordnet oder diese Aspekte nicht umgedeutet werden könnten. Die Opferbereitschaft von Frauen und Müttern wird dann so überhöht, dass der Schutzaspekt untergeordnet wird. „Mutterliebe“ als Gefahr für den Widerstand wurde in Nordirland ein kontrovers diskutiertes Thema als während des Hungerstreiks 1981 Angehörige vor der Entscheidung standen, ob sie, sobald der Hungerstreiker in das Koma gefallen war, welches nach einer bestimmten Zeit kurz vor dem Tode eintritt, eingreifen sollten, um so sein Leben zu retten. Nach zehn Toten war es dann dieses Eingreifen der Angehörigen, das den Hungerstreik beendete und in republikanischen Kreisen als Niederlage gesehen wurde (Campbell et al. 1994).

Das politisierte Mutterbild der Mutter eines Gefangenen oder Märtyrers ließ aus ihm gleichzeitig „some mother's son[214]“ werden. Die damit verbundene Personalisierung entspricht einer mediengerechten Präsentation der Anliegen des Widerstandes und so wurde an die Widerstandsgesellschaft signalisiert, dass die Gefangenen und Märtyrer zur Gemeinschaft gehören, weil sie aus ihr hervorgegangen sind und sich für sie geopfert haben. Doch auch wenn der Widerstand mit der Durchsetzung seiner Deutungen erfolgreich war, wird es dann für ihn problematisch, wenn die versprochenen Erfolge ausbleiben, diejenigen sich selbst diskreditiert haben, die sie einst versprachen, und so die gebrachten Opfer drohen, ihres Sinns beraubt zu werden:

> „Die Frauen haben mir nicht gleich gesagt, dass mein Sohn tot ist. Natürlich bin ich umgekippt, als ich es erfahren habe. (...) Angst um meine anderen Söhne hatte ich

213 Normalerweise richtet sich dieser Ehrentitel nach dem Namen des ältesten Sohnes.

214 So auch der Titel eines Films zu den nordirischen Gefängnisprotesten, dessen Hauptfiguren die Mütter der Gefangenen sind: „Some Mother's Son“ (Irland 1996) von Terry George und Jim Sheridan.

nicht, wir wollten ja unser Land zurück, wir haben unsere Rechte verteidigt. Jetzt habe ich Angst, aber damals konnte ich meine Söhne der *Intifada* schenken, weil wir unser Recht wollten. Jetzt habe ich Angst, weil es mir jetzt Leid tut, was ich der *Intifada* opfern wollte. Freiheit, keine Gefängnisse, keine Siedlungen – das ist es, was wir wollen. Aber als die PNA kam – unsere Brüder –, wurde uns noch mehr gestohlen und geraubt und wir haben kein Vertrauen." (Amal Barghouti, PAL 2)

Amal wählte eine naheliegende Alternative zu dieser drohenden Sinnlosigkeit, und zwar die Fortsetzung des Kampfes:

„Ich bin immer noch aktiv und ich schreie immer noch dagegen an. Vor vier Tagen war ich zum Beispiel mit meiner Familie am Kontrollposten, sie haben einen aus dem Wagen geholt – ich kenne ihn nicht – da habe ich zu dem Soldaten gesagt, er wäre mein Sohn und er hätte seinen Ausweis vergessen: ‚Nehmt ihn mit, den Nichtsnutz.' Er war aus Gaza und er wollte mir danken, weil ich ihn vor den Soldaten geschützt habe. Sogar wenn ich sie heute treffe, bin ich bereit mit ihnen zu kämpfen. (...) Ich hoffe immer noch auf eine *Intifada*, auf eine Fortsetzung des Kampfes, damit wir vielleicht etwas Besseres bekommen." (Amal Barghouti, PAL 2)

Erweiterung weiblicher Domänen

Diese *Checkpoint*-Geschichte ist eine von vielen, in denen thematisiert wurde, wie Frauen nach dem Motto „alle (palästinensischen) Kinder sind meine Kinder" geschlechtsspezifische Stereotype benutzt und Normen gebrochen haben, zum Beispiel einen Fremden unter dem weiten Rock zu verstecken, um ihn zu beschützen. Diese sind nicht alle wörtlich zu nehmen, wie Sharif Kanaana in seinem Aufsatz „Women in the Legends of the Intifada" dargelegt hat, denn „a legend always functions as wish-fulfilling fantasy" (Kanaana 1998, 116), die jedoch nicht rein fiktional sei, sondern gekoppelt an die Realität bleibe[215]. So zeigte sich in der '87er *Intifada* und in anderen konfliktintensiven Phasen, dass sich die weibliche Domäne der Familie auf andere Angehörige der Nation erweiterte, und diese nun unter die Versorgungs- und Schutzfunktion von Frauen fielen. Dazu gehörte, sich auf der Straße um Verletzte zu kümmern, Angehörige von Toten oder Inhaftierten zu besuchen, bei Ausgangssper-

215 So habe ich von mindestens zweien gehört, dass sie gesehen hätten, wie nach einem israelischen Luftangriff ihre Freundin / Nachbarin tot da gelegen habe mit ihrem lebenden Säugling noch an der Brust. Diese Erzählung fällt insofern unter die „wish-fulfilling fantasies", wie der Säugling (die Zukunft der Nation) überlebt hat. Ansonsten verdichten sich eher in diesem Bild Gewalterfahrungen und es symbolisiert die Asymmetrie des Konflikts. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass es einen solchen Vorfall schon einmal gegeben hat, aber doch ziemlich unwahrscheinlich, dass ausgerechnet ich Leute getroffen habe, die unabhängig von einander ein solches Erlebnis gehabt haben wollen. In der Regel habe ich vermieden Geschichten, die für mich unter „Legendenverdacht" stehen, zu verwenden bzw. habe sie als solche interpretiert.

ren Essen zu verteilen, Wache zu halten und Bescheid zu geben, wenn Soldaten kommen, Kinder und Jugendliche aber auch Männer zum Schutz zu begleiten, schon Verhaftete wieder den Soldaten zu entreißen, Gesuchte zu verstecken und die ökonomischen Schwierigkeiten auszugleichen:

> „Das Schwierigste an der *Intifada* waren die Geldprobleme, weil die Männer aufgehört haben zu arbeiten. Es gab kaum noch Einkünfte, deshalb haben die Frauen gearbeitet, Gemüse angebaut, Tiere aufgezogen. Wirtschaftlich waren sie sehr aktiv. Manchmal gab es eine lange Ausgangssperre und die Frauen mussten mit Nahrungsmitteln sparsam umgehen. (...) Die Männer waren oft nicht zu Hause. Sie haben gekämpft oder haben sich vor den Soldaten versteckt, weil sie gesucht wurden, oder sie waren eingesperrt oder verwundet oder tot. Das war es: Sehr schlechte und harte Zeiten. Die Frauen zu Hause, sie mussten damit zurechtkommen – weißt du, Frauen sind sehr gefühlsbetont, und sie hatten ihre Söhne, ihre Brüder verloren – das war sehr schwer.“ (Ahlam Sanad, PAL 4)

All diese Erweiterungen der weiblichen Domäne führten dazu, dass die Rolle des männlichen Versorgers und Beschützers in Frage gestellt wurde. Gleichzeitig ermöglichte die Übernahme dieser Funktionen es Männern, die Rolle des Kämpfers einzunehmen, damit den „eigentlichen“ Beitrag für die nationale Befreiung zu leisten und durch ihren eventuellen Tod das wichtigere Opfer zu bringen. Zumindest war dies dann die neue Rollenverteilung in der nationalistischen Ideologie, wenn die Überhöhung der weiblichen Tugenden Gefahr lief, die männlichen in den Schatten zu stellen. Hier taucht also der Idealismus für Männer, weil der Kampf das höhere Gut ist, welches von Frauen nur unterstützt wird, wieder auf. Frauen machen demnach das, was sie ohnehin tun müssen, weil es in ihrer weiblichen Natur liegt, während Männer sich zu ihrer Berufung entscheiden müssen, und ihrer Wahl gebührt daher die größere Anerkennung[216]. Interviewpartnerinnen haben dieses Muster in verschiedenen Varianten beschrieben, beispielsweise so:

> „Frauen befassen sich mit der Drecksarbeit und Männer streben nach Positionen und Entscheidungen.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Tatsächlich waren diese Frauenaktivitäten risikoärmer. Frauen erkundigten sich nach dem Verbleib von Verhafteten, weil es für sie ungefährlicher war, mit den Behörden bzw. Sicherheitskräften in Kontakt zu treten. Sie konnten sich Verhaltensweisen heraus nehmen, die für Männer mit unangenehmeren Konsequenzen verbunden gewesen wären, wie beispielsweise statt „nur“ ein paar Schläge einzustecken, zusätzlich ver-

216 Vgl. Gilmore 2005, „The Manhood Puzzle“, der argumentiert, dass über kulturelle Grenzen hinweg weibliche Identität nicht in derselben Weise in Frage gestellt wird wie männliche, wenn Frauen bzw. Männer ihren Geschlechtsrollen nicht entsprechen. „Männlichkeit“ ist daher problematischer und muss erst erworben werden; Frauen bleiben Frauen.

haftet zu werden. Wenn Frauen auf den Dächern standen, um Jugendliche so zu dirigieren, dass sie den Soldaten entweder aus dem Weg gehen oder sie angreifen konnten, wurde darauf gesetzt, dass die Soldaten eher Hemmungen haben, auf Frauen zu schießen. Aus demselben Grund konnten sie Ausgangssperren durchbrechen. Auch in Nordirland waren es Frauen, die sich während Ausgangssperren noch auf die Straße wagten. In Belfast ist das Durchbrechen der Ausgangssperre, die 1970 über die Lower Falls in Westbelfast verhängt worden war, geradezu zu einem „myth of origin, the starting point of women's popular resistance“ geworden (Aretxaga 1997, 59). Wie in den besetzten Gebieten war hier ein Motiv für das Durchbrechen der Ausgangssperre, die Versorgung der Familien mit Lebensmitteln sicher zu stellen.

Außerhalb konfliktintensiver Zeiten Frauen für Aufgaben zu gewinnen, die nicht direkt mit der Solidarisierung mit ihren Angehörigen zusammenhängen oder die ohne den politischen Konflikt gar nicht erledigt werden mussten, war schwieriger, weil sie zunächst nur mehr Arbeit bedeuteten und besonders, wenn, wie in der palästinensischen Gesellschaft, die Aktivität von Frauen nicht erwünscht war und von der Zustimmung der Männer abhing. Deshalb versuchte der Widerstand mit Dienstleistungen, die die zusätzliche Belastung wieder ausgleichen sollten und ihn selbst als Wohltäter präsentierten, ihre Unterstützung zu sichern und Zugang zu den Menschen zu gewinnen:

> „Die Frauen [die im Komitee schon organisierten; SK] gingen also in die Flüchtlingslager und in die Dörfer und redeten mit den Frauen, damit sie in die Komitees eintreten. Aber sie wollten sich niemandem anschließen. Deshalb mussten wir hergehen und mit den Männern reden. Also haben wir beschlossen Kindergärten einzurichten. Durch die Kindergärten kamen wir mit den Eltern ins Gespräch. So haben wir angefangen. Wir dachten, das sei ein sehr kluger Schritt, denn die Kindergärten dienten vielen Zwecken. Danach kamen sie zu uns. Die größte Veränderung bei Beginn der *Intifada* war, dass jedermann mitmachte, es war eine populäre Sache.“ (Nahla Quora, PAL 22)

Auch in Nordirland war es nicht so, dass Frauen mit Aktionen, die zwar noch innerhalb weiblicher Domänen angesiedelt sind, aber mit Unterstützung für die Republikaner assoziiert wurden, offene Türen eingerannt hätten:

> „Und ich muss sagen, sogar unsere eigenen Leute lassen die leidenden Familien, die Kinder der Gefangenen im Stich – sie werden in ihren eigenen Gemeinden ausgegrenzt. Die Kirche hat sich gegen sie ausgesprochen. Ich erinnere mich, dass ich für *Green Cross* [Hilfsorganisation für Gefangene; SK] gearbeitet habe, wir haben damals versucht, Geld für Gefangene zu sammeln – mir sind die Türen vor der Nase zugeschlagen worden, weißt du? Und dieses Geld war für Frauen und Kinder gedacht –

eine Menge Leute haben eine Mauer um ihr Zuhause aufgerichtet, und das war's, weiter wollten sie nicht schauen." (Anonym 2, NI 17)

Bei Selbsthilfeprojekten, mit denen die Folgen des Konflikts gemildert und die Lebensqualität verbessert werden sollte, spielten Frauen eine wichtige Rolle. Selbst wenn sie gar nicht organisatorisch an die Widerstandsbewegung angeschlossen waren, konnten sie doch von dieser vereinnahmt werden:

„Es hat eine Menge Frauen gegeben, die innerhalb der Gemeinden die Organisation übernommen haben, republikanische Frauen, die bis zum heutigen Tag an vorderster Front um Spenden werben, sich für ordentliche Krippenplätze und Gemeindezentren einsetzen, für Beschäftigungsprojekte, die sich um die Alten kümmern und Essen ausfahren, oder um Projekte für die Jugend, um den Drogenmissbrauch – all diese Leute, die da draußen arbeiten, sind Republikaner und Teil der republikanischen Familie." (Marie Moore, NI 6)

Solche Projekte in sozialen Bereichen konnten zu einer Professionalisierung weiblicher Aktivitäten innerhalb ihrer erweiterten traditionellen Domänen führen. Ähnlich wie Krankenschwester und Lehrerin als Berufe angesehen werden können, die aus diesem Grund akzeptable weibliche Berufe sind, entstanden neue Berufsfelder, die nicht zuletzt durch die Vorgaben von internationalen Organisationen verstärkt wurden[217]. So ist es kein Zufall, dass eine Reihe meiner Interviewpartnerinnen sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Nordirland in solchen Projekten arbeiteten.

Waren in den besetzten Gebieten die Warntriller der Frauen Ausdruck ihrer neuen Wächterfunktion für die Gemeinschaft, so war es in Nordirland das Geklapper mit den Mülleimerdeckeln, mit denen Soldaten angekündigt wurden, die aber auch die Soldaten unter Stress setzen sollten. Es gab die *Hen-Patrols*, mit denen Frauen eine Wächterfunktion übernahmen. Nachdem die *No-Go-Areas* 1972 von der Armee geräumt worden waren, patrouillierten Frauen vor allem Nachts die Straßen:

„Und da hat es mich selbst gegeben – ich bin angeschossen worden, ich habe das, was als *Hen-Patrols* bekannt geworden ist, mitorganisiert – wir sind den britischen Soldaten hinterher gegangen und haben auf Trillerpfeifen gepfiffen und mit Mülleimerdeckeln geklappert; ich bin auf der Straße von der britischen Armee angeschossen worden und es wurde als volle Absicht bewertet, dass auf Frauen gezielt wurde, weil Frauen sehr effektive Organisationsarbeit geleistet hatten." (Marie Moore, NI 6)

217 Dies wird auch kritisch gesehen. Vgl. Hanafi/ Tabar 2006, die unter anderem darauf aufmerksam machen, dass in diesen Organisationen strategische – im Sinne von Frauengleichstellung – über praktische Interessen von Frauen gestellt werden, also eine Agenda vorgegeben wird, die den tatsächlichen Bedürfnissen nicht entspricht und sogar als „missionarisch" empfunden wird; des Weiteren die Kluft zwischen Frauen vergrößert wird.

Die *Hen-Patrols* als organisierte Form politischen Engagements zu einer Zeit sehr hoher Konfliktintensität –1972 sind 103 Soldaten bei ihrem Einsatz in Nordirland umgekommen – und deren Organisatorinnen schienen schon eher ins Visier der Sicherheitskräfte geraten zu sein, während das spontane Geklapper der Mülleimerdeckel relativ ungefährlich war. Die Mülleimerdeckel waren nicht nur um Alarm zu schlagen zu einem gängigen politischen Kommunikationsmittel geworden, sondern auch um bestimmte Ereignisse, wie den Tod eines Hungerstreikers, zu verkünden und zum Protest aufzurufen. Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem Frauen sowohl Fürsorge geleistet als auch eine Wächterfunktion übernommen haben, waren die Gefängnisse:

> „Darüber hinaus gibt es die Inhaftierten, und wenn man hinschaut, wer die Inhaftierten besucht, sind es hauptsächlich Frauen. Das bedeutet, dass man die Person im Gefängnis mit der Gemeinschaft draußen in Verbindung hält und sich auch um ihre emotionalen Bedürfnisse kümmert. Es war sehr wichtig ihnen ihre Selbstachtung zu erhalten, und in solchen Zeiten braucht man jemanden, der das tut. Natürlich könnte man sagen, dass das die typisch weibliche Fürsorge ist, aber das ist für Frauen keine negative Aussage, sondern eine positive, denn jeder von uns braucht jemanden, der sich um ihn kümmert. Wer möchte nicht geliebt werden? Es ist sehr wichtig das zu finden und es gibt dem Leben einen Sinn. Also haben Frauen diese Rolle gespielt.“ (Zahira Kamal, PAL 27)

Dabei ging es um mehr als private Anhänglichkeit, denn die Verbindung nach außen für diejenigen, die im Gefängnis saßen, war gleichzeitig eine Verbindung politischer AkteurInnen innerhalb und außerhalb des Gefängnisses. Die emotionale Betreuung in solchen und anderen schwierigen Situationen diente letztendlich ebenso der Aufrechterhaltung des Kampfgeistes und des Widerstandes im Allgemeinen, wie die Fürsorge für das körperliche Wohlergehen. Da die Gefängnisbesucher meist Frauen waren, waren sie es auch, die Misshandlungen und schlechte Bedingungen publik gemacht haben. Neben den humanen Aspekten sind die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen ein starkes Argument, um die Illegitimität der herrschenden Zustände anzuprangern. Die RACs in Nordirland sind ein gutes Beispiel dafür und sie haben bewusst Mittel geschlechtsspezifischer Provokation eingesetzt, die zugleich Mittel der Provokation gegen die Kirche waren:

> „Wir sind durch ganz Irland gereist und – das war lächerlich: Denn *Sinn Fein* – ich war kein Mitglied der *Sinn Fein* – sie haben diese Tour für uns Frauen organisiert, und ich erinnere mich, dass wir in Kilkenny [in der Republik Irland; SK] draußen vor einer Kirche standen, nackt unter unseren Decken – zu dieser Zeit waren wir als ‚die Mütter mit den Decken‘ bekannt – und die Kinder kamen aus der Messe und die Nonnen

sahen uns, und sie haben alle Kinder zurück in die Kirche geholt und die Türen abgeschlossen.“ (Mary Nelis, NI 26)

Palästinensische Akteurinnen dagegen mussten solche entsprechenden Provokationen vermeiden und im Gegenteil besonders darauf achten, gesellschaftliche und religiöse Normen nicht offenkundig zu brechen:

„Ein Mann in einem Dorf hat sein Haus für unsere Versammlungen zur Verfügung gestellt, und wir haben angefangen, die Frauen dorthin einzuladen. Damit die Leute uns vertrauen, haben wir uns an die Tradition, an die Gebräuche gehalten: Wir haben zum Beispiel nicht geraucht, wir haben auf unsere Kleidung geachtet und an Ramadan gefastet – alles – wir haben auf diese Dinge geachtet, weil es sehr wichtig war, dass die Leute uns vertrauen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Bei solchen Aktivitäten fand eine Professionalisierung statt, insofern sie mit der Zeit immer professioneller ausgeführt wurden. Dahinter steht ein „learning-by-doing“ Effekt, ob nun im Umgang mit Angehörigen der eigenen Gesellschaft, deren Lebenswelt einem vorher eher fremd war, oder zum Beispiel im Umgang mit staatlichen Sicherheitsmaßnahmen:

„Frauen haben auch die Kommunikation innerhalb der Gefängnisse übernommen ... in den *H-Blocks* von *Long Kesh* gab es Flügel; es gab acht *H-Blocks*, und innerhalb dieser *Blocks* jeweils vier Flügel: den A-Flügel, den B-Flügel, den C-Flügel und den D-Flügel. Weil die Männer aber im *No-Wash* waren und nicht herauskamen, gab es sehr wenig Verständigung. Der eine Flügel hat nicht gewusst, was die Männer im anderen Flügel tut, ein *Block* wusste nichts vom anderen. Und da gab es eine Menge Frauen, die in die Gefängnisse zu Besuch kamen, vielleicht dreimal am Tag, und die die kleinen *Comms* [Nachrichten; SK] Kameras und Radios in die Flügel mitbrachten und danach den nächsten Flügel oder einen anderen *Block* besuchten. Die komplette Kommunikation in den Gefängnissen wurde von Frauen geleistet! Das ist schwer zu glauben, und es war ein riesengroßes Organisationsproblem, aber es wurde sehr effektiv ausgeführt. (...) Verwandte waren sehr gut, aber wenn es um Kameras, Radios oder vielleicht streng vertrauliche *Comms* ging, gab es ein Team von Frauen, die das speziell gemacht haben: Ohne diese Frauen, die die Informationen hinein- und herausgetragen haben, hätte niemand von den Durchsuchungen mit Spiegeln, den Leibesvisitationen oder den Schlägen erfahren. Die Rolle der Frauen in diesem Kampf war also sehr wichtig und ist es immer noch.“ (Marie Moore, NI 6)

Hier zeigt sich nicht nur wieder die Fürsorge- und Wächterfunktion von Frauen für die Gefangenen, sondern ebenso, dass sich manche der Frauen, die enger mit dem Widerstand verbunden waren, spezialisiert hatten und ein größeres Risiko eingingen als andere. Die dabei erfüllte Vermittlungs- oder Kommunikationsfunktion ist geschlechtsstereotyp weiblich. Diese konnten Frauen nicht zuletzt deshalb für den Wi-

derstand erfüllen, weil sie Sicherheitskräften weniger verdächtig erschienen (siehe unten), was sich auch darin zeigte, dass die Flugblätter in der '87er *Intifada* von Frauen verteilt wurden. Viele der Frauenaktivitäten, ob nun innerhalb der traditionellen oder in erweiterten weiblichen Domänen oder auch in männlichen, erfüllten für den Widerstand zusätzlich eine Kommunikationsfunktion nach außen. Der „learning-by-doing“ Effekt betraf nicht zuletzt den Umgang mit Medien und Frauen repräsentierten mit Ausnahme der „Frau-immer-schlecht“ (Bernadette Mc Aliskey, NI 23), die sich am gewaltsamen Widerstand beteiligt, das „acceptable face“[218] des Widerstandes.

Öffnung und Eroberung männlicher Domänen

Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, in bis dahin männliche Domänen einzudringen, bedeutete nichts anderes, als neue weibliche Rollen zu schaffen. Diese Domänen sind im Widerstand neben den militärischen Flügeln (siehe unten) die Parteien, können aber auch andere politische Organisationen sein, wie Gewerkschaften. Es sind diejenigen, die für sich selbst explizit Anspruch auf Machtanteil erheben mit der Begründung, die Nation zu vertreten und anzuführen. Das ist zunächst der Unterschied zu allen Mütter-, Frauen- und Wohlfahrtsaktivitäten, sogar wenn sie organisiert und politisiert sind, denn die erheben diesen Anspruch für sich selbst nicht. Die einen machen Politik, die anderen reagieren auf das Geschehen um sie herum. Wie verwandelte sich nun die nationalbewusste, fürsorglich schützende Mutter und Ehefrau oder die hilfsbereite nationale Schwester in eine Politikerin, also in eine „Macherin“? Die Übergänge blieben auch bei Zugehörigkeit zu den „eigentlich“ politischen Gruppierungen fließend. So führte ein Weg über die Familie, womit einerseits gemeint ist, dass Frauen an dem politischen Engagement ihrer Familie teilnehmen konnten, weil sie dazu ermuntert wurden. Als Mitglied einer politisch einflussreichen Familie war es ihnen dann möglich, deren Beziehungen zu nutzen, um selbst aktiv zu sein:

> „Ich war schon nach kurzer Zeit erfolgreich, weil ich in dieser Gegend bekannt bin, weil ich respektiert werde, weil wir vorher als Freiwillige zusammen gearbeitet hatten. Es war leicht für mich sie zu organisieren, weil ich ihnen in vielem helfen konnte. Ich bin dort bekannt, aber ich habe auch gute Beziehungen zu Leuten, die anderswo im Gesundheitswesen, in der UNRWA, im Bildungswesen ihre Posten haben. (...) Ich habe gute Beziehungen, weil mein Vater gute Beziehungen hat und auch meine Brüder – wir sind bekannt. Deshalb war es leicht für mich, den Menschen viele Dienste anzubieten und viele ihrer Probleme zu lösen.“ (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

218 Die Phrase habe ich von Coogan geborgt. Er bezog sich dabei mehr auf Dinge wie spektakuläre Gefängnisausbrüche und ähnliches (Coogan 2000).

Andererseits sind Politikerinnen gemeint, die zuerst in ihrer Eigenschaft als Witwe oder Tochter eines verstorbenen Politikers oder als Vertreterin ihrer traditionell politisch einflussreichen Familie, wenn kein männlicher Nachkomme zur Verfügung stand, politische Positionen einnahmen. Inwieweit sie aus diesen Vertretungspositionen heraus ein eigenes politisches Profil entwickelten und sogar in Führungspositionen gelangten, hing dann wieder von vielen verschiedenen Dingen ab, war aber, wie auch Beispiele in anderen Ländern[219] zeigen, nicht ausgeschlossen. In den Widerstandsgesellschaften vergrößerte sich das Angebot an Vertretungspositionen. Zum einen fielen mehr männliche Politiker dem Konflikt zum Opfer bzw. mussten lange Haftstrafen verbüßen oder ins Ausland fliehen, zum anderen hatte sich auch die Anzahl der Männer vergrößert, die politisch aktiv waren und für die Politik zu einem beruflichen Aufstiegskanal geworden war, den Frauen dann für sich nutzen konnten. Aber das Angebot vergrößerte sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, denn Frauen hatten in diesen Positionen die Möglichkeit, selbst Politik zu machen. Sie repräsentierten nicht jemand anderen, sondern übernahmen dessen Funktionen. Außerdem waren sie dann gleichzeitig Vermittlerinnen zwischen der Partei und ihrem männlichen Angehörigen, insofern er noch politisch aktiv war, was eine Rolle sein konnte, die Gestaltung zuließ. Zur Lückenbüßerfunktion wurden diese Vertretungen erst, wenn sie ihre Positionen verlassen mussten, sobald die Männer wieder da waren. Dies war eine Erfahrung, die mehrere meiner palästinensischen Interviewpartnerinnen beklagten:

> „Unsere Erwartung als Frauenbewegung war im Allgemeinen sehr hoch, bevor die PNA kam, weil wir uns als revolutionäre Frauen sahen, die überall beteiligt waren. Wir erwarteten sehr gute Chancen, dass Frauen in Führungspositionen kommen würden, aber unsere Erwartungen wurden arg enttäuscht, als wir sahen, wie die Dinge in der Praxis liefen. (...) Natürlich haben die Männer versucht, die Frauen heimzuschicken. Ich verstehe das, denn es ist auf der ganzen Welt normal, dass Frauen durch Revolutionen in gute Positionen gelangen und wenn die Revolution vorbei ist, gehen sie wieder nach Hause – aber wir haben in unserer Situation wenigstens von Anfang an hart gekämpft.“ (Samar Hawash, PAL 13)

Andere Vertretungspositionen, zu denen nicht die Funktionsübernahme gehörte, sondern bei denen es um Interessenvertretung und Repräsentation ging, waren wegen der neuen männlichen Rollen entstanden. Diese waren insbesondere der Gefangene und der Märtyrer oder tote Kämpfer – Letztere die beiden Sozialfiguren, welche „die Überwindung der Todesangst in ihrer reinen Form“ verkörpern (Sofsky 2002, 15) –, die zuerst zentrale Figuren des Widerstandes werden mussten, bevor aus ihnen weib-

219 Man denke an Indira Gandhi, Corazón Aquino oder Benazir Bhutto.

liche Vertretungsrollen abgeleitet werden konnten, wie die der Mutter des Gefangenen und der des Märtyrers. Doch dies konnte der Anfang einer politischen Karriere sein, wenn Frauen einen bestimmten Bekanntheitsgrad erreicht und ihr Organisationstalent unter Beweis gestellt hatten. Insbesondere wenn Frauen sich dabei für die Interessen des Widerstandes stark gemacht hatten oder es ihnen gar gelungen war, diese mitzuformulieren, erhöhten sich diese Chancen.

Wie schon gezeigt, entwickelten sich die nordirischen Gefängnisproteste von einem relativ unbeachteten Problem, dem sich nur Angehörige und wenige andere widmeten, zu einem zentralen Kampf, der weltweites Aufsehen erregte. Dazu mussten die RACs erst einmal die Aufmerksamkeit der *Republican Community* wecken und sie davon überzeugen, was dabei auf dem Spiel stand – die Kriminalisierung der Gefangenen und damit die der ganzen republikanischen Bewegung –, und dass man damit mediale Aufmerksamkeit und sogar Wahlen gewinnen kann. Erst mussten die Gefangenen zu Ikonen der Bewegung und Opfern britischer Politik stilisiert werden, bevor ihre Mütter und andere Angehörige Ikonen und Opfer werden konnten. Dabei kamen insbesondere die Hungerstreiker dem christlichen Märtyrerideal nahe, bei dem nach heutigem populären Verständnis die Wahrhaftigkeit des Glaubens mit möglichst langen Qualen bezeugt wird, die passiv erlitten werden. Daher war ihr Leiden auch als solches anschlussfähig (vgl. O'Malley 1990).

Nimmt man die Nationalisierung des palästinensischen Märtyrerbegriffs (Reich 2003, 14 ff.), unter den auch zivile Opfer fallen und nicht nur solche, die im Kampf oder bei Selbstmordattentaten – ein Begriff, der zurück gewiesen wird, weil Selbstmord im Islam nicht erlaubt ist – getötet wurden, so kommt man nicht umhin festzustellen, dass es unter anderem die Familien der Märtyrer waren, die davon, bekanntlich auch finanziell, profitierten. Es waren nicht zuletzt die Mütter, die vor allem durch einen Sohn, der beschlossen hatte, Märtyrer zu werden, mit einer Statuserhöhung profitierten. Die ideologische Überhöhung des Märtyrers nur unter dem Aspekt der Sinngebung von gebrachten Opfern zu betrachten, greift daher zu kurz und die stereotype Darstellung von Müttern, die jubelnd ihre Kinder auf Selbstmordmissionen schicken, ist zwar in erster Linie Propaganda, aber eben nicht nur[220].

220 So wurde Mariam M. Farahat 2006 in den Legislativrat gewählt: „Geb. 1949 in Gaza. ... bekannt dafür, ihre Söhne zu Selbstmordattentätern zu erziehen. Sie verlor drei ihrer sechs Söhne in der zweiten Intifada. International bekannt wurde sie durch ihren Fernsehauftritt 2002, als sie ihren 17-jährigen Sohn Mohammad aussandte, der anschließend die Siedlung Atzmona im Gazastreifen angriff und dort fünf Zivilisten tötete und weitere 23 verletzte. (...) In ihrem Wahlprogramm spricht sie sich für eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aus, sie will die islamische Kultur stärken und das Kopftuch für alle palästinensischen Frauen einführen.“ (Länderbüro der KAS, Ramallah, 2006, 14)

Solch eine „bargain with patriarchy“ ist eher „bargain“ mit einem Gewaltakteur[221] auf dessen Deutungsmuster, wer die Helden und Märtyrer sind, man sich einlässt und die man unterstützt, um abgeleitet von deren Status den eigenen zu verbessern und, damit zusammenhängend, neue Lebensgestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Ob Frauen diese nutzten oder überhaupt jemals, und vor allem zu diesem Preis, haben wollten, ist eher fragwürdig. Weniger fragwürdig ist es, wenn gezielt ein Mann mit denselben politischen Ansichten gesucht wurde, weil man hoffte, von diesem bei dem eigenen Engagement unterstützt zu werden und so mehr Freiräume zu gewinnen. In der palästinensischen Gesellschaft konnte noch ein anderer Aspekt hinzukommen, und zwar der, durch eine Heirat der Bevormundung durch die Familie entkommen zu wollen:

> „Natürlich haben meine Eltern versucht, mich davon abzuhalten aktiv zu sein – aber als ich geheiratet habe, konnten sie nichts mehr tun. Bevor ich geheiratet habe, haben sie die ganze Zeit versucht mich zu stoppen, aber sie haben es nicht geschafft. Sie haben zu mir gesagt: Geh studieren. Weißt du, es ist für Frauen nicht leicht, in diesen kleinen Städten zu arbeiten, jeder kennt deine Familie. Man kann nicht einfach sagen: Lina arbeitet in diesem Treffpunkt des PFWAC – in anderen Organisationen mag das leichter sein, aber für diese spezielle Organisation ist es nicht einfach, weil sie nichts mit Yassir Arafat zu tun hat, weil es der andere Flügel ist, der linke Flügel, und ich war dort auch die erste Frau aus meiner Familie. Außerdem habe ich jemanden vom linken Flügel geheiratet und sie haben ihn abgelehnt. Aber als ich dann verheiratet war, hat das alles aufgehört.“ (Lina Salem, PAL 14)

Auch bei einem weiteren Weg, auf dem aus Frauen Politikerinnen werden konnten, blieben die Übergänge fließend. Ausgangspunkt war dabei eine konfliktintensive Phase, in der Frauen sich bewusst wurden, dass sie dieselbe Arbeit wie Männer leisten und in die öffentliche Sphäre eindringen können. In solchen Phasen wurden die Vertretungspositionen von der familiären Zugehörigkeit entkoppelt, neue Positionen mussten besetzt und Rollen neu definiert werden, wie die der Straßenaktivistin, die nicht nur reagiert, sondern initiiert. Die Betonung im folgenden Zitat auf die Aktivitäten „gewöhnlicher“ Frauen muss vor dem Hintergrund der Trennung von Haus[222] und öffentlichem Raum verstanden werden, die einer Trennung in eine weibliche und eine männliche Sphäre entspricht, und die in traditionellen palästinensischen Schichten Gültigkeit hat:

221 Ein solcher Gewaltakteur kann ebenso ein Staat sein, der einen gewaltsamen Konflikt austrägt. Auch dann vergrößert sich das Angebot von Vertretungspositionen.

222 Nicht zu verwechseln mit dem „Privaten“, wie es sich in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in Abgrenzung zum „Öffentlichen“ entwickelt hat. Familienangelegenheiten sind hier nicht „privat“.

„Während der *Intifada* ist mit uns etwas geschehen. Wir haben unser Selbstbild verändert, wir haben unsere Fähigkeiten entdeckt, wir haben entdeckt, dass es keinen Grund gibt sich unterzuordnen, weil wir Frauen sind. Wir haben im Widerstand mit denselben Mitteln gearbeitet wie die Männer. Während der *Intifada* konnten Frauen Wände bemalen, sie konnten demonstrieren, und tatsächlich hat an vielen Orten die *Intifada* mit Frauendemonstrationen angefangen. Wir haben entdeckt, dass wir auf der Straße die Anführerinnen waren, dass die Leute stolz auf uns waren und dass wir das schaffen konnten. In der Nachbarschaftsarbeit waren wir sogar stärker als die Männer. Viele von uns wurden oft um Rat gefragt: ‚Was wird passieren? Was können wir tun?' Wir konnten die Straße beherrschen, besonders in den ersten acht Monaten. Diese Erfahrungen haben nicht nur Frauen wie ich gemacht, sondern auch ganz gewöhnliche Frauen, denn sogar die Mütter waren Anführerinnen. Frauen aus verschiedenen Altersgruppen haben nicht nur teilgenommen, sondern in vielen Dingen die Initiative ergriffen. Aber wir, die gebildeten Frauen aus der Mittelschicht, die die ganze Zeit mit Politik zu tun hatten – wir haben die Bewegung organisiert, wir haben geführt, wir haben versucht die Vision zu entwickeln. Wir waren die Brücke zwischen den politischen Parteien und den Frauen an der Basis. Wir waren offensichtlich Anführerinnen, weil wir Zugang zu den Informationen, zu den Männern in der Führung und zu den Medien hatten. Die Medien haben Fotos von einigen dieser Frauen gemacht, aber uns haben sie interviewt. Aber gleichzeitig hat die Gesellschaft unsere Beteiligung nicht als so wertvoll anerkannt wie die der Männer." (Amal Khreishe, PAL 21)

Aufgrund der nur krisenbedingten Akzeptanz und ihrer Ressourcen waren es nur die Organisatorinnen, die meist aus der Mittelschicht stammten, die Zugang hatten. Die Ressourcen beruhten auch auf ihrer politischen Teilnahme, die schon in den '70er und '80er Jahren begonnen und die neue Rolle der Grassroots-Politikerin geschaffen hatte, denn „weibliche Führungspersonen auf dieser Ebene sind nicht aus der *Intifada* selbst hervorgegangen" (Dalal Salameh, PAL 23). Im Rahmen dieser Teilnahme waren es die Frauen selbst gewesen, die als Politikerinnen innerhalb der Parteien, wie sich in der Gründung der Frauenkomitees zeigte, Frauen als Zielgruppe propagiert und damit Weiblichkeit zum Politikum gemacht hatten. Sie haben es als konsequente Umsetzung der Konzepte von Massenmobilisierung und Gleichberechtigung, wie es die Parteiprogramme versprochen hatten, gesehen. Doch man kann es auch als Legitimationsstrategie von Frauen in männlichen Domänen interpretieren, die sich in einer Gesellschaft mit eher rigiden Geschlechterrollen ein durch die nationalistische Ideologie legitimiertes Betätigungsfeld geschaffen haben. Die politische Aufwertung dieses Feldes blieb jedoch schwierig und das nicht nur, weil es gesellschaftlich nicht bzw. nur krisenbedingt akzeptiert wurde, sondern weil die unter anderem ideologische Dominanz des gewaltsamen Kampfes nicht gebrochen werden konnte. Die Iko-

nen dieser *Intifada* wurden die steinewerfenden männlichen Jugendlichen und die Aktionen von Frauen wurden weiterhin als Hilfs- und Unterstützungsfunktionen gesehen, nicht als der „eigentliche“ Widerstand, wie teilweise Frauen selbst es interpretiert haben wollten.

Auch in Nordirland waren die Partei und andere republikanische Organisationen der IRA untergeordnet. Darüber herrschte ein breiter Konsens innerhalb der Bewegung. Wie in den palästinensischen Parteien gibt es Frauen, die über Familienloyalitäten Politikerin geworden sind, die zunächst Vertretungspositionen inne hatten, die in konfliktintensiven Zeiten politisiert wurden und Politikerinnen, die sich dafür einsetzten, andere Frauen politisch einzubinden. Erst als die Bedeutung *Sinn Feins* gestiegen war, gab es überhaupt politische Führungspositionen außerhalb der IRA, die man besetzen konnte, aber die mögliche Teilnahme am demokratischen Prozess, also an Wahlen auf verschiedenen Ebenen, und die Teilnahme an der Lokalpolitik vor Beginn des Friedensprozesses, schuf sozusagen auch für Frauen ein demokratisches, politisches Trainingsfeld. Jedoch ist der relativ hohe Anteil von *Sinn Fein* Politikerinnen eine Entwicklung, die mit der Konsolidierung des Friedensprozesses einsetzte:

> „Jetzt kommen manchmal Frauen und arbeiten neben mir, und man kann gleich ihr Potenzial spüren; sie treten mit einer neuen Begeisterung und mit Selbstvertrauen auf, weil sie auf Frauen wie mich blicken, wie ich auf Frauen wie Máire Drumm (Vize-Präsidentin von *Provisional Sinn Fein* 1972-1976; SK] geschaut habe, als ich dreizehn, vierzehn, fünfzehn war. Sie war meine Inspiration, eine Frau aus dieser Gegend, große Familie, die meisten davon im Gefängnis, und sie hat diese Familie durch Dick und Dünn gebracht. ... Da kommen jetzt also all diese Frauen in die Organisation, deren Weg nach oben beschleunigt worden ist und für die wir sicherstellen werden, dass sie schnell nach oben kommen. (...) Die meisten Frauen bei *Sinn Fein* stammen nicht aus dem Bereich des bewaffneten Kampfes; einige schon, manche sind wie ich im Gefängnis gewesen, aber die meisten Frauen, die jetzt in die Partei eintreten, sind nie inhaftiert worden.“ (Chrissie Mc Auley, NI 16)

Der am häufigsten genannte Grund, wieso Frauen es vermeiden, eine öffentliche politische Figur in einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt zu werden, war das damit verbundene Risiko, und zwar nicht wegen ihrer eigenen Sicherheit, sondern aus Sorge um ihre Familien. Nicht zuletzt wegen des Risikos gehört die Figur des Widerstandspolitikers in den idealistischen Bereich[223]. Frauen allerdings, die aus einer Ver-

223 Dass „der Politiker“ zu einer negativen Figur werden kann, sobald es zu einer Konfliktregelung kommt, zeigen Äußerungen zu deren „großen Häusern, dicken Autos, fetten Jobs“. Dabei geht es aber nicht nur um ihren offenkundigen Profit, sondern auch darum, dass sie ihren Kämpferstatus verloren haben und kein Risiko mehr eingehen.

tretungsposition oder einer konfliktintensiven Phase heraus selbst eine solche Figur wurden, wurden ihm nicht automatisch zugerechnet. Entweder wurde ihr Einsatz immer noch abgeleitet vom männlichen interpretiert, oder es herrschte auch in solchen Phasen die übliche Arbeitsteilung, oder wenn nicht, dann galt der Ausnahmezustand als so groß, dass sie wieder nur das gemacht haben, was gemacht werden muss, wie sich am deutlichsten in der Lückenbüßerfunktion zeigt. Die Mutter des Märtyrers allerdings, insbesondere sofern sie ihr Kind in den Tod schickte, wurde zur Idealistin aufgrund des Opfers, für welches sie sich entschieden hatte. Der mit dem Idealismus verbundene Akteursstatus blieb also abhängig von zusätzlichen Kriterien, die von Frauen erfüllt sein mussten und vor allem, die eigentliche Verkörperung des Idealisten blieb der Kämpfer. Wurden also die Frauen in der männlichen Domäne organisierter Gewalt zur Idealistin?

Gewaltakteurinnen

Wie es vor allem junge Männer waren, die sich in heißen Phasen von Konflikten einer Gruppierung anschlossen, die eine gewaltsame Lösung versprach, oder sich an Straßenkämpfen beteiligten, so waren es auch bei den Frauen vor allem die jüngeren, die hier aktiv wurden. Als Kinder mit Unruhen konfrontiert und in diese regelrecht hinein sozialisiert, mit weniger sozialen Verpflichtungen und Lebenserfahrung als ältere, waren sie leichter zu mobilisieren. Oft waren es daher nicht ausgeklügelte politische Analysen, die einer Entscheidung für Gewalt zugrunde lagen und erst recht nicht die Vorstellung, es ginge dabei um Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, sondern einfach das Gefühl, etwas tun zu müssen:

> „... mein Bruder ist in den frühen '70er Jahren mehrmals verhaftet worden, wurde aber nicht angeklagt – es hat mein Bewusstsein geweckt und den inneren Widerstand gegen die britische Armee und die Polizei und die Unionisten in diesem Land: zu sehen, wie hart wir als nationalistische Gemeinschaft von ihnen angegangen wurden. Ich erinnere mich immer noch an den Geruch von CS-Gas, an die Schießereien und Durchsuchungen und Schikanen. (...) Damals war ich so jung, ich bin von den Ereignissen um mich herum einfach aufgesogen worden. Ich hatte das bestimmte Gefühl, dass wir gewinnen würden, dass wir sie niederkämpfen und gewinnen würden, aber wenn ich realistisch bin, war ich ein Kind, das in der ganzen Atmosphäre gefangen war.“ (Breige Ann Mc Caughley, NI 4)

Den eher naiven Glauben an den baldigen Sieg, der allerdings auch die Vorstellung beinhaltete, dass die Kämpfe bald beendet sein würden und ein besseres Leben beginnt, teilten vor allem Anfang der '70er in Nordirland viele. Zu dem Siegesglauben gesellte sich ein nicht weiter hinterfragter Glaube, der eingebettet in die weiter verbreitete nationalistische Ideologie vermittelte, auf der richtigen Seite zu stehen, Gu-

tes zu tun und andere durch den eigenen Einsatz zu verteidigen. Dies alles war für Jhada als Studentin in Syrien Anfang der '80er auch nicht anders:

> „Als ich beschlossen habe, am bewaffneten Kampf teilzunehmen, habe ich nie daran gedacht, dass ich damit vielleicht die Hoffnung auf einen Abschluss meines Studiums begraben müsste. Zu dieser Zeit dachte man: Warum machen wir unser persönliches Ding? Warum arbeiten wir an Karriere und Qualifikationen, während andere Leute getötet werden? Wir müssen sie beschützen, müssen sie verteidigen. Wenn wir sie befreit haben, können wir mit der Ausbildung weitermachen. Denn wir haben mit eigenen Augen die Flüchtlinge aus Südlibanon gesehen, Zehntausende in einer sehr schlechten Verfassung. Als ich diese Leute gesehen habe, habe ich mich schuldig gefühlt – ich konnte den Anblick nicht vergessen. Bevor ich in den bewaffneten Kampf eingestiegen bin, habe ich diese Leute unterstützt, Essen und Kleidung für sie gesammelt – habe versucht, ihnen zu helfen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Neben den Schuldgefühlen und wie schon früher erwähnt, Wut und Rache, war es gerade nicht moralische Indifferenz, die dazu verführte, Gewalt für ein geeignetes Mittel zu halten, sondern die moralische Empörung über die Zustände verbunden mit der Einschätzung, dass es keinen anderen Weg gibt und man sich deshalb nicht entziehen darf. Der Glaube an die moralische Qualität des Handelns muss vielleicht besonders stark sein oder Frauen sehen sich eher genötigt, sie und die Selbstlosigkeit ihrer Motive hervorzuheben, um den doppelten Tabubruch, der zum einen in der Anwendung von Gewalt besteht und zum anderen darin, dass man als Frau, die dafür zuständig sein soll, Leben zu schenken, Gewalt anwendet (Mayer 1975, 65), zu legitimieren[224]. Da die Rolle des Kämpfers eine männliche ist, erzeugen gewalttätige Frauen die größere Empörung. Einem von einer Frau verübten Anschlag gilt fast automatisch größere mediale Aufmerksamkeit und diese ist ja nicht zuletzt der Zweck von Anschlägen (vgl. Bloom 2005). Zusätzlich gilt die Aufmerksamkeit in solchen Fällen vermehrt der Frage nach dem „warum“ und lenkt sie so auf die Anliegen des Widerstandes. Der „wenn-sogar-Frauen-Effekt“ signalisiert eine Welt in Unordnung, um die es besonders schlecht bestellt ist. Von Seiten des Widerstandes wurde so der Ernst der Lage und die Kampfbereitschaft angesichts der besonderen Notsituation unterstrichen. Es sollte so zudem den Terroreffekt erhöhen, weil der Gegner sich vor niemandem mehr in Sicherheit wiegen konnte und den Eindruck erhielt, der Wider-

224 Für diejenigen, die politische Gewalt ausüben und dabei insbesondere solche, die sich im „Widerstand“ gegen Unterdrückung sehen, gehört diese Selbstlosigkeit zum Selbstbild und/ oder Selbstdarstellung. Insofern ist die Behauptung der „Selbstlosigkeit“ nicht geschlechtsspezifisch weiblich – ihre ständige Betonung meiner Erfahrung nach allerdings schon (siehe auch Kap. 5.2, „Altruismuszwang“).

stand sei zu allem fähig. Kämpfende Frauen erfüllten somit eine Propagandafunktion, aber diese war nicht die einzige.

In der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung der Gewaltorganisationen wurde Weiblichkeit als Tarnung benutzt. Neben einigen schon bekannten älteren Männern des Widerstandes waren es junge Männer, die im Fadenkreuz der Sicherheitskräfte standen, daher das größere Risiko trugen und deren Mobilität am meisten eingeschränkt war. Zieht man die zentrale Stellung der Gewalt in Betracht, überrascht weder die gezielte Anwerbung von Frauen, noch dass man dabei zuerst diejenigen versuchte anzusprechen, deren Familien unter den Sicherheitsmaßnahmen des Staates gelitten hatten:

> „Als ich freigelassen wurde, bin ich sofort wieder an meine Arbeit gegangen, gleich am ersten Tag. Politisch und öffentlich. Ich war auch die erste Frau, die öffentlich gearbeitet hat – mit Frauen, und ich habe sie militärisch organisiert. Ich habe mit Frauen angefangen, deren Brüder von israelischen Soldaten getötet worden waren, mit Schwestern von Gefangenen, mit ihren Frauen und Müttern. Das war leicht für mich, weil ich 1985 sehr bekannt war.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Die Rekrutierung von Frauen durch andere Frauen entsprach wieder der Geschlechtertrennung, die jedoch in einer Gewaltorganisation, je intensiver Frauen involviert sind, nicht aufrecht erhalten werden kann. Hier wie in den anderen politischen Domänen ergab sich also für einige Frauen die Möglichkeit, sich darüber hinweg zusetzen und in Führungspositionen aufzusteigen. Das gezielte Anwerben von Frauen oder wenn vermehrt Attentäterinnen in Erscheinung treten muss nicht bedeuten, dass es an männlichen Rekruten mangelt und sie eine „Reservearmee“ sind, sondern es hat Vorteile für das Funktionieren des Widerstandes. Die Kommunikation unter den erschwerten Bedingungen permanent möglicher Kontrolle der Informationen durch die Sicherheitskräfte aufrecht zu erhalten, war beispielsweise eine Frauenaufgabe. Weiblichkeit als Tarnung wurde vor allem bei Routinekontrollen an Straßensperren oder Grenzübergängen genutzt. Marie Wright (NI 5) erinnerte sich daran, dass sie jahrelang mit an den Körper geklebten Zetteln herum gelaufen sei, weil man schon darauf trainiert worden sei, niemals etwas in der Tasche zu tragen. Hintergrund für diese Anweisung ist die geschlechtsspezifische Norm, wonach eine Frau nur von einer anderen Frau durchsucht werden darf, aber nicht immer eine Polizistin oder Soldatin zur Hand ist. Frauen haben nicht nur Nachrichten – manchmal in verschluckten Kapseln – transportiert, sondern auch Geld oder Waffen geschmuggelt, versteckt und verteilt. Ehemalige PIRA-Mitglieder erinnern sich, dass der Transport der Ausrüstung, die für eine „militärische Operation“ notwendig war, von Frauen übernommen wurde. Da die Ausrüstung teuer und/oder schwer zu beschaffen war, ging es nicht

nur darum, sie irgendwohin zu bringen, sondern sie auch wieder in die Verstecke zurück zu bringen. Es sei klar gewesen, dass wenn ein Mann und eine Frau in eine Kontrolle gerieten, mit großer Wahrscheinlichkeit nur der Mann kontrolliert werden würde – es sei denn, die Frau war den Sicherheitskräften schon bekannt und wurde daher überwacht.

Im Vergleich zu den Kindern, die als Kuriere genutzt wurden, waren Frauen sich eher der Gefahren bewusst und daher zuverlässiger. Sie hatten zudem einen größeren Aktionsradius und konnten zum Beispiel ins Ausland reisen, sei es in die Republik Irland oder nach England. Im palästinensischen Fall haben Frauen die Anweisungen oder das Geld von PLO Organisationen ins Land gebracht oder junge Männer zur militärischen Ausbildung über die Grenzen ins Ausland geführt. Frauen waren damit organisatorischer Bestandteil politisch-militärischer Taktik. Nemah erläuterte die Taktik und die dahinter stehenden Erfahrungen:

> „Es gab eine Informationskampagne für die Frauen, damit sie auf sich aufpassen. Wir haben sie ‚Die Mutter ist die vorderste Front der *Intifada*‘ genannt. Es wurde von Anfang an Wert darauf gelegt, dass Frauen eine große Verantwortung übernehmen sollten, weil sie freier waren als die Männer, weil sie sich leichter bewegen konnten und auch, weil die Soldaten Hemmungen hatten sie zu schlagen. Immer wenn ein Soldat gefragt hat, ‚Wo gehst du hin?‘ hat die Frau gesagt, ‚Ich gehe zur Klinik, ich verteile Essen ...‘ – auch wenn sie viele andere Dinge transportiert hat.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Weiblichkeit als Tarnung fiel natürlich den Sicherheitskräften irgendwann auf, aber der Umgang damit blieb schwierig (siehe 5.3). Wenn die Arbeitsteilung in bestimmten Bereichen aufgehoben wurde, dann nicht nur, weil die „Tarnung Weiblichkeit“ nicht mehr funktionierte:

> „Ich glaube, in den '70er Jahren waren die Rollen für Frauen und Männer klarer definiert, aber ich bin auch sicher, dass die Arbeit in der letzten Phase, als ich verhaftet wurde, nicht mehr unterschiedlich verteilt war. Wir sind mit einer Bombe geschnappt worden, einer Autobombe, und da hat es bei den Aufgaben, die ausgeführt wurden, keine Unterschiede mehr gegeben. Ich denke, die Menschen haben verstanden, dass jeder, ob Mann oder Frau, in der Lage war, solche Dinge zu tun, wie wir sie getan haben; es war auch ein gefährlicher Kampfplatz und um sich dort aufzuhalten, musste man schon sehr engagiert sein. Wir reden also von starken Menschen. Und ich glaube, in den '70ern – es gab viele verschiedene Menschen, es war wirklich nicht vieles organisiert, es war nicht so stark organisiert wie es später der Fall war. Was ich sagen will, ist, dass es eine sehr gefährliche Zeit war, und meiner Erfahrung nach gab es Männer und Frauen – die Leute, mit denen ich zusammengearbeitet habe –, und wir haben praktisch die gleichen Dinge getan: Ein Mann oder eine Frau könnten Waffen ge-

tragen haben, und genauso hätten ein Mann oder eine Frau eine Bombe legen oder bauen können. Ich denke, es ist vielleicht professioneller geworden, ohne dass sich jemand hingesetzt und gesagt hätte: ‚So, jetzt machen wir den unterschiedlichen Rollen ein Ende.' Ich glaube, die Leute sind einfach akzeptiert worden, sie haben Aufgaben bekommen, die ihren Fähigkeiten und ihrer Bereitschaft entsprochen haben, denn manche Leute wollten bestimmte Dinge nicht tun oder hätten sich dabei unwohl gefühlt. Ich denke, es ist einfach eine Sache der praktischen Vernunft geworden – viel professioneller, wie ich es empfinde." (Rosie Mc Corley, NI 3)

Als die Gewalt professioneller wurde, überwogen pragmatische Erwägungen und die Unterscheidung nach Geschlecht wurde zweitrangig. Innerhalb der Gruppe wurde die gegenseitige Identifikation als Spezialisten, die für dasselbe Ziel eintreten, wichtiger. Auch bei weniger professioneller Gewalt konnten spezielle Fähigkeiten zur Teilnahme berechtigen, doch zeigen die Erinnerungen von Hanan an ihre Zeit als Straßenkämpferin vor allem wieder, wie wichtig die Kategorie Geschlecht in der palästinensischen Gesellschaft ist und wie sehr sie innenpolitischen Konfliktlinien entspricht:

„Ich kann mich erinnern, dass wir einmal mit der *Hamas* und anderen Parteien eine Demonstration organisierten. Ich wollte mitmachen. Sie sagten zu mir: ‚Nein, nein, das ist eine Demonstration für Männer, Mädchen machen da nicht mit.' Sie hatten entschieden, dass es nur für Männer sein sollte, weil die *Hamas* dabei war. Sie sagten mir, es würde sehr gewalttätig, aber ich habe widersprochen. Als die *Hamas*-Leute mich sahen, gingen sie zu den Männern von der *People's Party* und sagten: ‚Sagt eurer Kollegin, sie soll gehen.' Also sind sie gekommen und haben versucht, mich zu überzeugen und mich heimzuschicken. Ich habe gesagt: ‚Hört zu, das ist die Straße, die gehört weder euch noch irgendwem sonst. Ich will meine nationalen Gefühle äußern und keiner von euch hat das Recht mich davon abzuhalten.' Nach ungefähr dreißig Minuten Verhandlungen entschieden sie, dass alle Mädchen heimgehen sollten, nur ich durfte bleiben. Es ging mir nicht nur ums Mitmachen. Ich wollte ihnen auch zeigen, dass sie nicht allein entscheiden. Und ich beschloss vorn zu gehen, in der ersten Reihe, und ich habe Steine genommen und bin in der ersten Reihe geblieben, als die anderen schon wegliefen. Ich war schnell – damals hatte ich körperliche Vorteile, die es mir erlaubten vorn zu gehen: Ich war sehr schnell und meine Steine, ich meine, ich hatte einen guten Wurf, und das war das Hauptkriterium. Also war ich dafür qualifiziert, in der ersten Reihe zu bleiben – ich hatte Männerqualitäten. Das waren die Kriterien, um in der Demonstration als Frau akzeptiert zu werden. Die Rolle der Frauen bei den Demonstrationen bestand darin, den Jungen Steine zu bringen. Außerdem, wenn jemand verhaftet wurde, haben ältere Frauen versucht, den Soldaten den Jungen zu entreißen. Es gab viele Mädchen wie mich – ich sage nicht, dass ich die einzige war – aber die meisten Mädchen hielten sich im Hintergrund. Manchmal waren es mehr Mädchen als Jungen." (Hanan Arouri, PAL 9)

Die demonstrative Risikobereitschaft und Militanz, um sich in dem männlichen Umfeld zu behaupten, verweist auf ein bekanntes Muster. Danach ist ein Weg derjenigen, die zu Gruppen gehören, die bis dahin von einem bestimmten Bereich oder einer Elite ausgeschlossen waren, sich Zugang und Akzeptanz zu verschaffen, der, sich durch besonderen Eifer und „Überanpassung" hervor zu tun (Dietzen 1993, 83 ff.). Darüber hinaus lassen diese und andere Erzählungen über die Aktivitäten der Mädchen bei Straßenkämpfen den Verdacht aufkommen, dass sie das Publikum waren, vor dem die Jungen sich bewiesen und von dem sie angefeuert wurden. Während für Jungen die Beteiligung an Straßenkämpfen mit einem Prestigegewinn verbunden war, galt dies für Mädchen nicht immer:

> „Mädchen werfen normalerweise keine Steine, aber manche haben es getan, wenn es sehr heftige Zusammenstöße gab. Die Mädchen haben auch Flaschen präpariert – für Molotow-Cocktails. Sie haben auch die Reifen für die Jungen gebracht und manchmal auf der Straße zugeschaut. Weißt du, es ist für ein Mädchen schwierig auf der Straße zu sein, Steine zu werfen und vielleicht verletzt zu werden. In unserer Kultur und Religion ist es einer Frau nicht erlaubt sich vor Fremden zu entblößen – auch nicht, wenn sie verletzt oder tot ist – das wird nicht geduldet. Auch wenn sie ein guter Mensch war und erschossen worden ist, werden alle sie beschuldigen. Für einen Jungen ist es in Ordnung erschossen zu werden, aber nicht für ein Mädchen oder eine Frau." (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Wenn in einer Gesellschaft die Geschlechterrollen so streng verteilt sind, stellt sich die Frage, ob die Teilnahme von Mädchen und Frauen am gewaltsamen Widerstand nicht dazu dient, Jungen und Männer, die sich nicht anschließen, zu beschämen und zu mehr Idealismus im Sinne des Widerstandes anzutreiben. Dieses indirekte Anfeuern durch Taten wäre dann eine weitere Funktion von Gewaltakteurinnen (Jürgensmeyer 2000, 196). Womöglich ist auch in diesem Zusammenhang und nicht nur in ihrer sonstigen Propagandafunktion die Tatsache zu sehen, dass einigen Frauen als Gewaltakteurinnen – in der Regel, wenn sie für die „Sache" gestorben sind – nicht nur das Attribut der Idealistin zugeschrieben wird, sondern sie zudem besonders aufwendig erinnert werden, wie Mairead Farrell in Nordirland und Dalal El Mughrabi in den besetzten Gebieten[225]. Trotzdem war auch dies kein Automatismus, denn wieder-

225 Farrell war eine der weiblichen Hungerstreiker, wurde nach ihrer Haft wieder in der IRA aktiv und 1988 vom SAS zusammen mit zwei weiteren IRA Mitgliedern in Gibraltar erschossen. Die Umstände der Aktion wurden kontrovers gesehen, so sollen die drei dabei unbewaffnet gewesen sein. Ein berühmtes riesiges Mural (Hauswandgemälde) in Westbelfast ist ihr gewidmet. El Mughrabi wurde 1978 von israelischen Sicherheitskräften in einem Feuergefecht erschossen, während sie und andere einen israelischen Bus gekidnappt hatten, den sie schließlich auch noch sprengten (35 Zivilisten kamen dabei um). Mindestens eine Schule wurde nach ihr benannt.

um bedingt durch die Arbeitsteilung innerhalb der Gewaltorganisationen und den Ausnahmecharakter fanden sich immer Gründe, die Aktivitäten der meisten Frauen anders zu bewerten als die der meisten Männern. Anhand der zugeschriebenen Charakteristika des Idealismus, der männlich gedacht wird, wurde unter anderem gezeigt, dass die politisierte Weiblichkeit voller Widersprüche bleibt. Im folgenden soll genauer analysiert werden, welche ideologischen Paradoxien dem zugrunde liegen und wie sich diese auswirkten.

5.2 Entgrenzung: Ambivalenzen politisierter Weiblichkeit

Weiblichkeit in der Konflikt- und Widerstandsinterpretation

Weder die Abgrenzung gegenüber dem Gegner, welche die Grundlage für einen nationalen Anspruch ist, noch wie man dem Gegner etwas entgegen setzen soll, sind geschlechtsneutrale Interpretationen. Im Hinblick auf Weiblichkeit zeigen sich Paradoxien der Konflikt- und Widerstandsinterpretationen. Zum einen sollen Frauen sich in erster Linie als Angehörige der Nation definieren, im Widerstand aktiv werden und dafür traditionelle Rollen verlassen, zum anderen sollen sie die Hüterinnen ihrer Kultur sein, dafür die Traditionen pflegen, verkörpern, weitergeben und daher die traditionell geschlechtsspezifischen Vorgaben erfüllen (vgl. Wilford 1998; Callaway 1986). Diese weibliche Rolle als Hüterin und Bewahrerin ist eine eher passive Rolle, die sich außerdem hauptsächlich in der häuslichen Sphäre abspielt. Dagegen lautet die Rollenzuweisung an Männer, diese Sphäre zu verteidigen und aktiv Bedingungen zu schaffen, die eine Veränderung der gegebenen Verhältnisse herbei führen. Damit sie dies tun können, soll die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufrecht erhalten werden. Für Frauen, die politisch aktiv sein wollten und all diejenigen, die propagierten, dass die aktive Beteiligung von Frauen über diese Rollen hinaus notwendig sei, ergab sich also ein Dilemma zwischen Aktivität und Passivität, zwischen Veränderung des Rollengefüges und seiner Verfestigung. Für den Widerstand bedeutete dies, dass es schon aus pragmatischen Überlegungen wie „Weiblichkeit als Tarnung“ nützlich war, wenn sich einerseits einige Frauen über die Vorgaben hinweg setzten, aber diese wenige blieben, und andererseits alle Aktivitäten von Frauen, die aus der weiblichen Rolle fielen oder sie zu sehr erweiterten, als zeitliche und situationsbedingte Ausnahme wahrgenommen wurden.

Des Weiteren war Aktivität nur im Hinblick auf die „nationale Sache“ erwünscht. Diejenigen, die innenpolitische Veränderungen herbei führen wollten, konnten zwar mit Berufung auf das emanzipatorische Moment des Nationalismus und seiner Ideologie der Gleichheit ihr politisches Engagement mit Verweis auf die „nationale Sa-

che“ legitimieren, gerieten dabei aber in das nächste Dilemma, weil „nationale Gleichheit“ in erster Linie die einer Abgrenzung gegen andere ist. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten sind dann eine Ungleichheit unter anderen, wie etwa soziale Ungleichheit, die aber alle sekundär gegenüber den Ungleichheiten der Fremdherrschaft sind. Rechte und Verbesserungen einzufordern, bevor das nationale Ziel erreicht ist, galt damit als illegitim und zudem unrealistisch. Diese Ansicht konnten Akteurinnen erstens übernehmen und dann wurde die typische Einschätzung, die Fremdherrschaft liege allen Übeln zugrunde und es könne nichts wirklich besser werden, bevor sie beseitigt ist, eben auch auf die Lage von Frauen übertragen:

> „Ich würde unsere Haltung so beschreiben: Du kannst nicht die Emanzipation der Frauen haben, bevor du frei von der Unterdrückung bist. Ich glaube, das geht in diesem Kampf Hand in Hand, denn wir werden durch die Natur des Systems, des britischen Systems unterdrückt, und wenn wir rausgehen und für gleiche Rechte kämpfen, dann werden wir die nicht bekommen, ehe wir nicht die britische Unterdrückung bekämpfen, denn so wie es jetzt ist, sind wir nicht gleichberechtigt. Also eins nach dem anderen.“ (Geraldine Ferrity, NI 13)

Oder sie übernahmen zweitens die Vorstellung, nach der Gleichheit zwar als Gleichwertigkeit der Geschlechter propagiert wurde, aber eben Gleichwertigkeit bei grundsätzlicher Verschiedenheit, weswegen komplementäre Geschlechterrollen aufrecht erhalten werden müssen. Die innenpolitischen Ambitionen hinsichtlich „Frauenfragen“ richteten sich dann auf die Beseitigung von Missständen. Drittens konnten sie versuchen, die Interpretation durchzusetzen, nach der es ohne ein Ausbrechen aus diesen traditionellen Rollenvorgaben keine nationale Befreiung geben kann, um so ihr innenpolitisches Engagement zu rechtfertigen. Alle drei Optionen schließen sich nicht gegenseitig aus: sei es, weil sie ideologisch zusammen passen oder sei es, weil praktisch sowieso nicht mehr möglich war, als sich mit den Missständen zu befassen. Dies insbesondere dann nicht, wenn es wie in der palästinensischen Gesellschaft keine politische Arena außerhalb der Widerstandsbewegung gibt. Diese war und ist zudem völlig zerstritten und deshalb wird umso mehr, auch wegen der wahrgenommenen Bedrohung und Unterlegenheit, die Einheit der Bewegung beschworen und niemand darf in den Verdacht geraten, partikuläre Interessen zu verfolgen. Der Hinweis darauf, mit Forderungen nach Frauenrechten die nationale Einheit zu gefährden[226],

226 „Die gleichen Männer, die die Einheit von Männern und Frauen gegen die weiße Hegemonie fordern, ordnen sich in anderen Fragen fröhlich der weißen Welt unter“ stellte Ogundibe-Leslie im Hinblick auf die Schwierigkeiten eines afrikanischen Feminismus fest (Ogundibe-Leslie 1997, 27). Die Selektivität im Hinblick darauf, was als angeblich „Fremdes“ oder „Westliches“ trotzdem „fröhlich“ akzeptiert wird und was nicht, ist hier ähnlich vergeschlechtlicht (Vergl. auch für Algerien: Hélie-Lucas 1992).

machte aus der Vorstellung, es handele sich dabei um untergeordnete Probleme, eine Unterstellung, die solche Forderungen in die Nähe des Verrats rückte. Das Ergebnis sah im günstigsten Falle dann so aus, dass es Frauen einmal gelang, hierbei den Spieß umzudrehen:

> „Eine unserer Frauen ging nach Gaza, sie wurde mit Eiern und Tomaten beworfen, weil sie nicht verschleiert war; eine andere wurde in der Gegend von Hebron mit Steinen beworfen. Also hat die *Vereinigte Führung der Frauen* [der '87er *Intifada*; SK] ein Flugblatt gemacht, das jene, die Frauen mit Eiern bewerfen, als Kollaborateure der Feinde bezeichnete, und am Tag nachdem wir dieses Flugblatt verteilt hatten, war die *Vereinigte Führung* [die übergeordnete der *Intifada*; SK] sehr angespannt: ‚Wie können Frauen so etwas tun, uns Ärger mit der islamischen Bewegung einbrocken!?' Wir sagten: ‚Nein.' Das zweite Flugblatt der *Vereinigten Führung* übernahm Teile unseres Flugblatts – nach einem harten Kampf, es war ein Sieg für die Frauen." (Maha Nasser, PAL 7)

Häufiger jedoch mussten die Frauen zurückstecken und das Ergebnis beschrieb Samar so:

> „Es gibt einen Interessenkonflikt – wenn es eine Art Kooperation zwischen der *Authority* und *Hamas* gibt, ist der Preis jedes Mal bei den sozialen Themen zu zahlen, hauptsächlich bei den Frauenthemen, jedes Mal." (Samar Hawash, PAL 13)

Noch näher am Vorwurf des Verrats an der nationalen Sache ist das Attribut „westlich" für alle Frauenaktivitäten oder Forderungen von Frauen nach mehr Rechten. Diesen Vorwurf, dies seien fremde und subversive Einflüsse, wiesen zwar die Akteurinnen, die sich für solche Forderungen einsetzten, zurück, kamen jedoch nicht umhin, sich mit ihm auseinanderzusetzen:

> „Freiheit und Gleichheit der Frauen, das lässt uns wie der Westen aussehen – die Leute sagen das als Hauptkritik gegen unser Projekt, das Frauenprojekt. Frauen wie wir sind jetzt isoliert, weil wir an einem Projekt festhalten, das nicht zur nationalen Identität der Palästinenser passt. Für unsere Situation mache ich Israel unmittelbar verantwortlich. Sie sind verantwortlich, jeder Einzelne ist verantwortlich für das, was mit uns geschieht – sogar die Kinder und die Linken. Wir versuchen etwas zu tun, aber wir sind jetzt in einer Situation, in der wir nichts mehr tun können. Sie kontrollieren uns von weitem, wie mit einer Fernbedienung." (Hanan Arouri, PAL 9)

Diese Zuschreibung der Verantwortung für ihre Situation war keine Außenseitermeinung. Obwohl sich Frauen der vielfältigen Gründe ihrer Probleme sehr wohl bewusst waren, wurde von den meisten als primäres Problem das nationale gesehen:

> „Die Juden haben alles, und wir – nichts! (...) Wir sind hier im Flüchtlingslager. Du wirst noch sehen, wie andere hier leben – wir haben ein gutes Haus, weil ich arbeite. Wenn ich nicht arbeiten würde, wären wir noch in dem Haus der UNRWA. Die

anderen sind noch da, sie leben in diesem kleinen Raum, weil die Mutter nicht zur Schule gegangen ist. Du wirst sehen, wie das Leben der anderen ist, weil die Frauen nicht arbeiten gehen können. Ich habe studiert [sie ist Krankenschwester, gemeint ist also: einen Beruf erlernt; SK], weil mein Vater gut war: Er war zwar arm, aber er wollte, dass ich einen Abschluss mache. Er hatte nichts, aber er hat mich zur Schule geschickt, mein Vater – weißt du, in dieser Gegend geht außer mir keine Frau arbeiten. (...) Von den Frauen meines Alters [geb. um 1949; SK] hat sonst niemand studiert. 1971 war es schwierig, weil die Juden seit zwei, drei Jahren bei uns waren [gemeint ist seit '67; SK] und alle wegen der Mädchen Angst vor den Juden hatten." (Hajar Abu Laben, PAL 25)

Das hier am Beispiel der Ausbildung und Arbeit beschriebene Problem aufgrund des traditionellen Ehrbegriffs, der Familien dazu veranlasste, ihre Töchter nicht gehen zu lassen, verschärfte das Dilemma für politische Akteurinnen noch weiter, weil sogar Tradition und nationaler Widerstand in Widerspruch gerieten. Aufgrund der rigideren Rollenverteilung, des höheren Maßes an geforderter Abgrenzung und wahrgenommener Bedrohung nationaler Identität, überrascht es nicht, dass diese Problematik immer wieder von palästinensischen Interviewpartnerinnen thematisiert wurde:

„Eine andere Sache [als die, dass die Gesellschaft traditionell ist; SK] ist, dass von Anfang an die Israelis Maßnahmen getroffen haben um die palästinensische Identität zu zerstören – und desto eher meinen die Menschen, sie müssten sich um die Bewahrung ihrer Identität, um die Einhaltung ihrer Werte und Traditionen kümmern. Das bedeutet, wenn Frauen sich den Traditionen entsprechend verhalten, bewahren sie die palästinensische Identität. Die Auswirkung des Nationalismus auf die Frauen war also, dass sie die Werte, die Traditionen bewahren mussten und die Last auf ihren Schultern schwerer wurde." (Zahira Kamal, PAL 27)

Der Vorwurf, Israel habe auf die Zerstörung palästinensischer Identität hingearbeitet, beinhaltet ebenso wie der, es habe sich Traditionen zunutze gemacht, um den Widerstand zu schwächen, indirekt den Vorwurf, der Gegner sei daran schuld, dass Frauen (und Männer) aus dem traditionellen Rollengefüge nicht ausbrechen können. Doch auch wenn die Bedrohung nationaler Identität als nicht so dramatisch wahrgenommen wurde, war es der Konflikt, für den ja die Gegenseite verantwortlich gemacht wurde, der zur Konzentration auf den nationalen Kampf zwang und andere Probleme zweitrangig machte:

„Ich bin immer noch ziemlich enttäuscht, dass die feministische Bewegung sich diese Selbstzufriedenheit leisten kann, während die harte Wirklichkeit für die Frauen im Norden – sie stehen auf den Straßen einer Armee von Männern gegenüber, während ihre Schwestern im Süden für Verhütungsmittel demonstrieren – das ist eine wichtige Sache, in der wir gerne mitreden würden, aber wir waren nicht in der luxuriösen Si-

tuation, uns das aussuchen zu können. In einer bestimmten Weise sind wir also von der feministischen Bewegung Irlands im Stich gelassen worden, und das ist immer noch so. Ich habe sie alle getroffen. Im Norden hatten wir nicht den Luxus, für die Gleichheit der Frauen kämpfen zu können, wir haben für das Überleben der Frauen gekämpft. Frauen werden immer die Last- und Packtiere sein, solange sie es sich selbst erlauben, Frauen müssen das ändern. Das ist in sehr hohem Maße eine Klassengeschichte. Da laufen zwei Kämpfe gleichzeitig ab." (Mary Nelis, NI 26)

Sie argumentierte, Gleichberechtigung und Dinge wie Verhütungsmittel, die für den Feminismus zu den zentralen Anliegen des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper gehören, seien zum einen Luxusprobleme der Mittelschicht, zum anderen Luxusprobleme von Frauen, die nicht in einem gewaltsamen politischen Konflikt leben. Trotzdem gab es seit Jahren eine Debatte sogar über Abtreibung, die unter dem Slogan „the right to choose" geführt wurde:

„Nehmen wir die Abtreibung, also das Recht, sich für eine Abtreibung zu entscheiden – die Partei hat jahrelang gekämpft: Frauen sind dagegen gewesen, Männer sind dagegen gewesen, Frauen sind dafür gewesen und Männer sind dafür gewesen. Das ist sehr, sehr schwierig gewesen, weil unsere Herkunft ein katholisches Irland ist und die protestantische Bevölkerung ist auch erzkonservativ. Da ist also eine ganze Insel, die wirklich gegen Abtreibung ist (...) Nun, ich glaube an das Recht zu wählen, und ich glaube, wir haben das Thema ein Stück weit bewegt und wir werden damit weitermachen, bis wir ans Ziel kommen." (Marie Moore, NI 6)

Interessant ist an den ganzen Debatten um Verhütung, Abtreibung und Familienplanung hier nicht so sehr, mit welchen Argumenten sie geführt wurden, sondern erstens, dass sie überhaupt geführt wurden und zweitens, mit welchen sie nicht geführt wurden, und zwar mit demographischen Argumenten. Im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist dagegen die demographische Entwicklung ein Thema, das mehr und mehr an Brisanz gewonnen hat. Trotz all der Frauenorganisationen und trotz des hohen Bewusstseins vieler Akteurinnen über geschlechtsspezifische Benachteiligungen hatten sie schon Mühe, Themen wie die folgenden öffentlich zur Diskussion zur stellen:

„Es gibt natürlich bis heute einige Leute, einige Frauen – selbst wenn sie der Meinung sind, wir sollten uns auf soziale Themen konzentrieren – sie denken, dass wir immer noch unter einer Besatzung leben. Es gibt Gruppen von Frauen und Männern, die denken, wir sollten nicht öffentlich über unsere Probleme sprechen, und die nicht zugeben, dass es bestimmte Phänomene in unserer Gesellschaft gibt, denn gewöhnlich sehen sie die Gesellschaft in leuchtenden Farben. (...) Die häusliche Gewalt gegen Frauen, zum Beispiel, ja! Gleichzeitig haben wir in unserer Gesellschaft das, was wir die Kultur des Schweigens nennen, was bedeutet, dass eine Frau, die in der Familie

mit Gewalt in irgendeiner Form konfrontiert wird, auf jeden Fall schweigen sollte – ein Tabu. (...) Das Opfer ist schuld, genau! Ja, ja. Wirklich, wir sind stolz darauf, dieses Schweigen zu brechen und wenigstens über diese Themen zu sprechen, denn die meisten Frauen halten es für natürlich, für akzeptabel. Wenn sie ihre Erfahrungen austauschen, kommen sie zu dem Ergebnis, dass das nicht so ist. (...) Keine Frau möchte beispielsweise ihren Ehemann teilen, wirklich nicht! Wenn man theoretisch darüber spricht, werden sie sagen: Das ist der Koran. Aber wenn man ganz praktisch darüber redet – das geschieht bei unserem Training – ‚stell dir vor, dein Mann will eine zweite Frau heiraten' und so weiter – dann haben sie geschrien: ‚Nein! Warum sollte er!?' Wirklich! Manchmal muss man das, woran man glaubt, zwar weitergeben, aber manchmal nicht auf dem direkten Weg." (Samar Hawash, PAL 13)

Sexuelle Selbstbestimmung, Verhütung usw. sind in politischen, also öffentlichen Debatten Tabuthemen: sei es mit dem Hinweis auf den Koran, auf Traditionen, auf die bedrohte Nation oder auf den kommenden Sieg, sobald die jüdische Bevölkerung in der Minderheit ist. Dies heißt nicht, dass sie gar nicht geführt wurden, denn laut einer Umfrage kennen über 90% der verheirateten Frauen Verhütungsmethoden und ca. die Hälfte benutzen sie auch (Al-Rifai/ Roudi-Fahimi 2006). Die Frau als Bewahrerin der Nation erfüllt hier in einem ganz konkreten Sinne der körperlichen Reproduktion ihre Funktion. Doch auch in Nordirland hatte die Selbstbestimmung ihre Grenzen, sobald es um die „horizontale Kollaboration" ging. Gerade in der '70ern gab es Fälle, in denen katholische Frauen, die ein Verhältnis mit einem britischen Soldaten hatten, öffentlich verprügelt, kahl geschoren und mit entsprechenden Schildern um den Hals an Laternenpfähle gebunden wurden. Dass aus den besetzten Gebieten mir weder aus Erzählungen noch aus anderen Quellen ein solcher oder ähnlicher Fall bekannt ist, hat wohl einen einfachen Grund: Ein wie auch immer ausgelebtes Verhältnis zwischen einer Palästinenserin und einem israelischen Soldaten wäre schon fast im Bereich des Undenkbaren und lebensgefährlich. Der strikten Abgrenzung zum Gegner entspricht in beiden Fällen neben pragmatischen Erwägungen, wie der Angst, es könnten Geheimnisse ausgeplaudert werden, die nationalistische Abgrenzung zur Fremdherrschaft, wobei aber ein Verstoß gegen das Gebot der Abgrenzung unterschiedlich stark sanktioniert wurde.

Überhaupt ist Weiblichkeit als Verkörperung der Nation eine zweischneidige und gefährliche Sache, denn die Überhöhung hat ihre Kehrseite. Nimmt man den territorialen Anspruch, wonach mit dem Volk auch das Land unter Fremdherrschaft ist, so ist dieser alles andere als geschlechtsneutral. Denn in der nationalistischen Symbolik ist das Land weiblich und geschändet. Im Rahmen nationalistischer Ideologie ist der Nationalist als Kämpfer, der das weibliche Opfer verteidigt bzw. befreien wird, männlich. Das geschändete Land – Weib – symbolisiert dagegen in seiner Unver-

gänglichkeit den Ursprung und den Fortbestand der Ethnie. Gleichzeitig, wenn auch paradox, ist dieses mächtige Land hilflos den Fremden ausgeliefert[227]. Da es sich selbst nicht wehren kann, wird es zur Hure, die jedem zur Verfügung steht. Analog dazu besteht die Konstruktion einer im Vergleich zu Männern kleineren weiblichen „Verletzungsmächtigkeit" und größeren „Verletzungsoffenheit". Diese wird zunächst als fundamental körperliche gedacht: „Zur kulturellen Konstruktion von gender gehört die Konstruktion des weiblichen Körpers als verletzungsoffen, d. h. als prinzipiell penetrierbar und vergewaltigungsgefährdet. Die Möglichkeit, zu vergewaltigen bzw. vergewaltigt zu werden, wird dabei als anthropologischer Grundtatbestand behandelt. (...) Im Gegensatz zur Weiblichkeit wird Männlichkeit als nicht angreifbar – also verletzungsmächtig – konstruiert" (Seifert 1995, 23). Frauen erscheinen also nicht nur ungefährlicher für den Feind, sondern gleichzeitig auch gefährdeter als Männer. Die Konstruktion von „Penetrierbarkeit" und damit einer möglichen Schwangerschaft, die unter anderem auf einer symbolischen Ebene die Eroberung, Erniedrigung und mögliche Vernichtung des Gegners – nicht der Frau als Individuum, sondern als Symbol für die Ethnie – anzeigt, ist es, welche die Konstruktion vom „schwachen Geschlecht" von anderen Konstruktionen der Schwäche, etwa im Hinblick auf Kinder oder Alte, ebenso unterscheidet wie von der möglichen Vergewaltigung eines Mannes. Schwäche in diesem Sinne geht über die Vorstellung geringerer Verletzungsmächtigkeit hinaus, denn sie symbolisiert eher eine Schwachstelle, ein Einfallstor des Gegners (Charles/ Hintjes 1998, 10). Wegen dieser Schwachstelle konnte ein Kleidungsstück zum Politikum und sein Tragen zum Widerstandsakt[228] werden:

> „Das Tragen des *Hijab* ist eine politische Sache – ich habe eine Menge Bücher darüber gelesen. Die Israelis wollten nicht, dass die Mädchen aus Hebron den *Hijab* tragen, weil sie dachten, wenn die Frauen den *Hijab* weglassen, wäre das die eigentliche Unterwanderung der hebronitischen Gesellschaft: die Veränderung der Kultur, der Identität, der Haltung zum Islam, der Lebensweise. (...) Sie haben das indirekt gehandhabt. Jede Besatzungsmacht hat ihre Kollaborateure, und durch ihre Kollaborateure konnten sie die hebronitische Gesellschaft unterwandern." (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

227 Solche Motive werden auch von Frauen aufgegriffen und dann unter anderem Vorzeichen interpretiert. So etwa in „Violence against Women: The Analogy of Occupation and Rape – ‚The Case of the Palestinian People'" (Nashashibi 2006).

228 Dass die „Entschleierung" als Angriff auf eine kolonisierte Gemeinschaft und daher das Tragen des Schleiers – oder hier die moderne Form: des Kopftuchs – als ein Akt des Widerstandes verstanden wird, war zum Beispiel auch aus Algerien bekannt, wo es wiederum Fanon war, der dies unter anderem formulierte (dazu Fuss 1999, 304).

So gesehen kann Weiblichkeit zwar als ungefährlicher für den Gegner, aber umso gefährlicher für die eigene Ethnie gesehen werden. Dies gilt zusätzlich zur Idee der größeren weiblichen Verletzungsoffenheit, weiblicher Impotenz und der Vorstellung von der Frau als Garantin ethnischer Identität und damit Garantin des Überlebens der Ethnie. Im Zuge der Strategie der Entgrenzung sollten mit den Konflikt- und Widerstandsdefinitionen auch ihre geschlechtsspezifischen Implikationen selbstverständlich, eine allgemein nicht mehr weiter hinterfragte soziale Konstruktion, werden. Ebenso deutlich ist, dass dies alles keine widerspruchsfreien Konstruktionen sind, sondern konfliktträchtige, die verschiedene Paradoxien und Dilemmata erzeugen.

Ein weiteres Dilemma zumindest für politische Akteurinnen ist Weiblichkeit als Opfersymbol für die Nation. Teilen sich in der „imagined victimized community" alle den Opferstatus, so ist „Opfer-Sein" doch in der geschlechtsspezifischen Logik ein unmännlicher, weil passiver Status. „Opfer" impliziert, dass einem unfreiwillig Leid widerfährt, und zwar nicht als Konsequenz von etwas, das man getan hat. Da „männlich" mit „aktiv" gleichgesetzt wird, impliziert dies, dass man zumindest gekämpft haben muss, auch wenn man dann der Verlierer war. Für Frauen wiederholte sich also das Opferdilemma, denn sie sollten den passiven Opferstatus verkörpern, in dem höchstens Verzweiflungstaten möglich sind, aber gleichzeitig aktiv werden. Für den Widerstand ergab sich allerdings so die Möglichkeit, auf der ideologischen Ebene das Opferdilemma zu minimieren, denn wenn Frauen zusammen mit Kindern, Alten und sonstigen „Schwachen" die Opfer sind, können andere ihre Verteidiger sein.

Die Interpretation der Konfliktgeschichte als permanenter Kampf gegen Unterdrückung, der als Verteidigung gegen einen Aggressor gilt, dem letztendlich jegliche Verantwortung für den Konflikt und seine Opfer zugesprochen wird, enthält eine wirksame Triebfeder zur Teilnahme: den als selbstlos empfundenen Gedanken, es den früheren Opfern schuldig zu sein und sich um die aktuellen Opfer kümmern zu müssen. Für Frauen, denen eher die Rolle zugewiesen wurde, für andere – insbesondere Schwächere und Hilfsbedürftige – da zu sein, entstand daraus der Anspruch, eine besondere Verantwortung gegenüber den Opfern zu haben. Während Männer sich mit dem Verweis auf „übergeordnete" nationale Interessen dieser Verantwortung leichter entziehen konnten, sahen sich Frauen mit der Erwartung konfrontiert, ihre Aktivitäten auf die konkrete Hilfe vor Ort zu beschränken. Wendeten sie sich selbst „übergeordneten" Interessen zu, unterlagen sie einem besonderen Altruismuszwang der Begründung.

Zusätzlich verkörpern Frauen, die geschlechtsstereotyp die Opfernden, Leidensbereiten und Selbstlosen sind, ein wichtiges Kampfmittel der „imagined victimized community", das ein Republikaner, der im Hungerstreik starb, schon 1920 auf den

Punkt brachte und das ein geradezu geflügeltes Wort geworden ist: „It is not those who can inflict the most, but those who can suffer the most who will conquer“ (Terence Mac Swiney). Leidensbereitschaft als politische Ressource – womit aus dem Opfer der Märtyrer wird – ist dabei mehr als auf die Macht der Medien und Öffentlichkeit zu setzen, sondern ist ein Prinzip des Widerstandes, der sich einem übermächtigen Gegner gegenüber sieht. Die radikalisierte Form, die in den besetzten Gebieten und darüber hinaus zum geflügelten Wort geworden ist, lautet etwa so: „Sie lieben das Leben, wir lieben den Tod“. Aus der Leidensbereitschaft wird hier zusätzlich die aktive Todessuche, die deshalb erfolgreich sei, weil sie mit der Todesdrohung gegen den Feind verbunden ist. Diese Form ist in gewisser Hinsicht die männlichere, denn ob man den Tod suchen oder überhaupt ein Risiko eingehen darf, ist wieder ebenso geschlechtsspezifisch codiert wie die Verletzungsmächtigkeit, was zum einen wiederum mit dem Bild der Frau als Bewahrerin der Nation zusammenhängt, zum anderen jedoch damit, dass der Mann der Idealist bleiben soll, also derjenige, der das macht, was prestigeträchtiger, wichtiger, mutiger ist, das größere Opfer bringt, denn „ein Feld, das von Frauen beherrscht wird, erlaubt es definitionsgemäß den Männern nicht, sich als Männer zu verwirklichen“ (Creveld 1998, 267).

Allgemeine geschlechtsspezifische Doppelstandards

In ambivalenten Reaktionen auf weibliche Aktivitäten und der Doppelmoral bei ihrer Bewertung durch die eigene Gesellschaft zeigen sich die Wirkungen der Konflikt- und Widerstandsinterpretationen und das Fortleben traditioneller Rollenvorstellungen. Obwohl alle solidarisch sein sollen, existierten geschlechtsspezifische Maßstäbe, und zwar bei Männern und Frauen, wie diese Solidarität gelebt werden darf. Diese Maßstäbe sind in der palästinensischen Gesellschaft streng. Allein dass manche politischen Aktivitäten nachts stattfanden, noch dazu in geschlechtlich gemischten Gruppen, bereitete Probleme und anders als die Erinnerung von Amneh suggeriert, tut es noch heute:

> „Mit Männern zu arbeiten ist vor allem sehr schwierig! Wenn man in die Siebziger und frühen Achtziger Jahre zurückgeht: Wenn wir Arbeiter oder die Dörfer nachts besucht haben, dann hatte ich immer wieder Schwierigkeiten zu erklären, warum ich um diese Zeit mit Männern zusammen bin. Eine Frau aus einem Dorf – wir saßen in ihrem Haus – wollte mich von den Männern trennen. Als die männlichen Arbeiter sich versammelten, wollte ich eine Diskussion führen, und die Frau kam mit uns, zögerte aber. Aber dann sagte sie: ‚Du bist mehr als zwölf Männer.‘ Jedes Mal, wenn wir sie besuchten, kam sie mit und sie gewöhnte sich daran.“ (Amneh Rimawi, PAL 8)

Jedoch erforderten politische Aktivitäten keineswegs nur in der palästinensischen Gesellschaft, sich über Normen und, gerade für junge Frauen, über die elterliche Kontrolle hinwegzusetzen:

> „Als ich zwanzig war – da ist etwas passiert, ich habe nicht zu Hause geschlafen, das war schlimm für meine Mummy und meinen Daddy, denn von mir als Mädchen hätten sie das wahrscheinlich nie geduldet. Ich habe immer ein schlechtes Gewissen gehabt wegen des Kummers, den ich ihnen verursacht habe, aber sonst tut mir nichts Leid. Ich weiß immer noch nicht, ob ich selbstsüchtig war, aber das war es, was ich tun wollte oder wovon ich dachte, ich müsste es tun." (Marie Wright, NI 5)

In der palästinensischen Gesellschaft beschäftigte Eltern allerdings nicht nur, dass ihre Töchter Männer treffen, sondern womöglich auch noch die falschen. Dies nicht nur, weil sie überhaupt aktiv waren, sondern weil es ein „Kommunist" und damit ein „nicht-Gläubiger" sein könnte oder weil dabei eine moslemisch-christliche Mischehe entstehen könnte. In solchen Bedenken spiegeln sich die Heterogenität der Gesellschaft und die tiefen Kluften, die zwischen den Gruppen existieren, wider, wie hier am Beispiel zwischen Christen und Muslimen:

> „In Hebron[229] war es sehr, sehr schwierig. Ich war die erste Christin, die in Hebron studierte, und sie dachten, Christen seien anders. Sie dachten, wir hätten mehr Freiheit und es würde uns nicht kümmern, wenn wir Sex mit Männern hätten. Das haben sie gedacht, aber als sie mich kennengelernt haben – sie haben mich oft gefragt, ob meine Mutter Arabisch oder Englisch spricht. Ich habe zu ihnen gesagt, dass wir gleich seien. Mein Bruder war da schon tot und als sie seinen Namen hörten, waren sie erstaunt, weil dieser Märtyrer ein Christ war. ‚Er ist dafür gestorben? Warum?' In Hebron sind alle Moslems, es gibt keine einzige christliche Familie. Sie hatten großen Respekt vor mir. Anfangs haben sie mich nicht gegrüßt, aber als sie mich kennengelernt hatten, waren wir gute Freunde." (Georgette Rishmawi, PAL 24)

Wie gesagt, konnten genau die Möglichkeiten, einen Partner zu finden, von dem vermutet wurde, ähnliche Einstellungen zu haben, für die jungen Frauen das politische Engagement attraktiv machen, denn immerhin bot sich in den politischen Organisationen neben der Universität, insofern sie besucht wurde, und neben Besuchen männlicher Angehöriger im Gefängnis, die Möglichkeit auch solche Leute zu treffen, die näher kennen zu lernen sonst sehr unwahrscheinlich gewesen wäre. Insofern palästinensische Akteurinnen ihre Ehemänner bei ihrem Engagement gesucht und gefunden haben, widerspricht dies nicht ihren politischen Überzeugungen, denn die politische Gruppe symbolisierte ja die Hoffnung auf eine neue Gesellschaft, so wie sie ihrer Meinung nach sein sollte.

229 Hebron gilt als sehr konservativ und die Hebroniter sind so etwas wie „Ostfriesen" in Deutschland, d. h. es gibt unzählige Witze, die ihre angebliche Rückständigkeit usw. thematisieren.

Vom sozialen Umfeld unterstellte angebliche Motive, wie etwa, dass sie auf sexuelle Abenteuer aus gewesen wären, waren ein weiterer Doppelstandard. Unterstellte Motive waren allerdings auch etwas, mit dem sich Republikanerinnen auseinandersetzen mussten:

> „Aber es gab auch diese große Legende, dass du als weibliche Aktivistin nur deshalb drin bist, weil du offensichtlich hinter irgendeinem Mann her warst. Sogar als ich gefangen genommen wurde, haben Leute meinen Vater angehalten und gesagt: ‚Ich wusste gar nicht, dass sie mit Jim geht' – das war der Kerl, der mit mir zusammen verhaftet wurde – und mein Vater hat gesagt: ‚Tut sie nicht.' – ‚Oh, wirklich!?' Sie konnten die Tatsache nicht akzeptieren, dass ich das getan habe, weil ich daran geglaubt habe – klar, da musste es irgendeinen Kerl geben, der mich beeinflusst hatte. Und sogar wenn man rauskommt, geht es: ‚Du hast deinen kleinen Teil [fast 6 Jahre Gefängnis; SK] getan – wann lässt du dich nieder?" (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Im letzten Satz wird eine Form der Akzeptanz offenbar, die darin besteht, politisches Engagement als eine vorübergehende Phase im jungen Alter wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen, sofern die Frau danach ihren weiblichen Pflichten der Familiengründung nachkommt. Manche Frauen versuchten solange wie möglich, ihr politisches Engagement vor ihren Eltern geheim zu halten. Dabei machte es der geheime Charakter politischer Organisationen leichter, einer Auseinandersetzung mit den Eltern aus dem Wege zu gehen, und dabei konnte das eigene Geschlecht sogar von Vorteil sein, denn:

> „Ich muss dazu sagen, dass aufgrund des Umstands, dass man ein Mädchen war, die Eltern kaum auf die Idee gekommen sind, dass man dabei [bei der IRA; SK] sein könnte. Und man hat sich gute Ausreden einfallen lassen, so dass sie keinen Anlass zum Verdacht hatten, aber manchmal war es schwierig genug sich zu erinnern, was man gesagt hatte. Aber das gehörte einfach dazu, nehme ich an, man muss es tun, denn wenn Leute davon wissen, ist es nicht gut für sie und es ist nicht gut für dich." (Bronwyn Mc Gahan, NI 14)

Spätestens nach einer Verhaftung wurden die Eltern mit den Aktivitäten ihrer Töchter konfrontiert und palästinensische Eltern von politisch aktiven Frauen mussten sich für ihre „schlechte Erziehung" rechtfertigen:

> „Natürlich gab es Druck aus meiner Umgebung, weil ich politisch aktiv war. Die Nachbarn kamen zu meiner Mutter: ‚Das hast du nicht gut gemacht, du hast sie nicht richtig erzogen und deshalb sitzt sie jetzt im Gefängnis.'" (Maha Nasser, PAL 7)

Auch wenn sie ihre Töchter unterstützt haben, indem sie sich zum Beispiel um Anwälte gekümmert, sie im Gefängnis besucht und gegen das schlechte Gerede von Nachbarn und Familienangehörigen in Schutz genommen haben, war dies nicht

gleichbedeutend mit der Unterstützung der politischen Aktivitäten. Der Stolz auf die Töchter kam jedoch manchmal mit der Anerkennung anderer:

> „Die erste Reaktion nach der Entlassung war, dass die Familie gesagt hat: Du musst zu Hause bleiben, du darfst nicht ausgehen, du darfst dein Studium nicht fortsetzen, du darfst nicht ... und so weiter, eine lange Liste. Manchmal haben sie sogar die Tür abgeschlossen. Ich habe gedacht, ich muss mir eine Arbeit suchen, muss etwas arbeiten, denn das war der einzige Weg, aus dem Haus herauszukommen. Aber nachdem ich entlassen worden war, kamen so viele Leute zu mir nach Hause, um mir zu gratulieren. Auch meine Familie hat daraufhin ihre Einstellung geändert: Sie haben angefangen, mich als ein wichtiges Mitglied der Familie anzusehen. Die anderen aus der Familie, die Verwandten, sie kannten mich bis dahin nicht, aber als sie davon gehört haben, dass ich eine wichtige Frau bin, sind sie gekommen, um mich zu sehen: Das ist unsere Verwandte. Ich war die erste aus der Familie – ob Frau oder Mann –, die inhaftiert worden war. Danach waren viele meiner Verwandten mutig genug, sich in die Politik einzumischen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Diese Anerkennung herzustellen, ähnlich wie Eltern und Ehemänner davon zu überzeugen, ihre Töchter und Frauen in einem Komitee mitarbeiten zu lassen, war eine Aufgabe anderer Partei- oder Komiteemitglieder. Angesichts des mit politischen Aktivitäten verbundenen Risikos machten Eltern sich Sorgen und versuchten, ihren Kindern diese auszureden oder sie davon abzuhalten. Hausarreste, Überwachungen und Streit herrschten in Familien, doch nicht immer ging es dabei um das allgemeine Risiko, denn nicht selten war den Brüdern erlaubt, was den Töchtern verboten war, woran sich auch einige nordirische Interviewpartnerinnen erinnerten. Eine Sorge, die palästinensische Eltern oder andere Angehörige dabei umtrieb, waren die sinkenden Heiratsaussichten ihrer Töchter:

> „Mein Vater war schon tot, und meine älteren Brüder und meine Mutter waren strikt gegen meine Tätigkeit. Aus zwei Gründen: Erstens, weil sie Angst hatten, ich könnte getötet oder eingesperrt werden. Zweitens, weil sie dachten, das ist nicht die Sache einer Frau, es ist ein Platz für Männer, eine Männersache. Und es würde meine Chancen auf eine Heirat mindern, denn die Menschen hier mögen keine starken Frauen. Sie haben versucht mich aufzuhalten, sie haben versucht mich zu zwingen, sie haben versucht mich zu Hause einzusperren. Jedes Mal, wenn ich verhaftet wurde, haben meine Brüder mich bestraft.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Im Widerstreit zwischen patriotischen Pflichten, elterlicher Sorge und gesellschaftlichen Normen lag ein Ausweg darin, bestimmte Formen der politischen Beteiligung zu dulden. Dazu gehörte soziales Engagement, Erste Hilfe, Besuche bei Familien von Märtyrern oder Gefangenen etc. – also all das, was der traditionellen weiblichen Rolle am nächsten kommt und mit vergleichsweise geringem Risiko verbunden war.

Was darüber hinaus ging, wurde oft nicht mehr geduldet. Wer von seiner Familie ermutigt und unterstützt wurde, hob meist den Ausnahmecharakter hervor:

> „Zu dieser Zeit hat jeder sich selbst im Namen einer Partei zur Wahl [für das Studentenparlament; SK] aufgestellt. Zugleich musste man dann auf jede Art der Bestrafung durch die Israelis gefasst sein – sie konnten einen ins Gefängnis stecken, unter Stadtarrest stellen oder so etwas – denn wenn die Israelis mich vorher gefragt haben, ‚Gehörst du zur *Fatah* oder *Shabiba*?', habe ich gesagt, ‚Nein, nein!', aber wenn ich mich zur Wahl stellte, war es klar, dass sie darüber genau Bescheid wissen würden. Also musste ich auch dazu bereit sein. Ich habe überlegt, ob mein Vater einverstanden sein würde oder nicht, und ich bin nach Hause gegangen und habe ihn gefragt. Meine Brüder wussten das schon früher und für sie war es natürlich in Ordnung, aber als ich zu meinem Vater gegangen bin um ihn zu fragen, da hat er mich überrascht: ‚Natürlich, das ist sehr gut, warum nicht? Das ist sehr wichtig, du musst selbstbewusst sein, aber du musst Gutes für die Studenten tun.' Ich war ein bisschen überrascht, ich hatte erwartet, dass er nein sagen würde, denn viele Studentinnen waren aktiv, aber ihre Familien hatten etwas dagegen, dass sie sich zur Wahl stellten. Ich kann nicht sagen, dass ich die Einzige war, nein, es gab viele Frauen, aber ihre Familien haben sich verweigert, wegen der Risiken. Unsere Gesellschaft akzeptiert diese Art Risiko viel eher für Männer als für Frauen. Deshalb habe ich gedacht, dass mein Vater wohl auch so denken würde, aber glücklicherweise hat er mich ermutigt und mich in vielen Dingen gestärkt." (Dalal Salameh, PAL 23)

Organisiert politisch aktiv waren oft Frauen oder Mädchen mit relativ hohem Bildungsniveau, deren Eltern ihnen ein Studium oder eine Ausbildung ermöglicht hatten. In Fällen wo keine Söhne in der Familie sind, oder die Tochter die mit Abstand älteste ist und der Vater schon relativ alt oder tot, ruhte die Last der Verantwortung für die Familie und die Hoffnung auf den Schultern der Töchter. Aus diesem Grund wurde auch das politische Engagement kritisch betrachtet, weil es zu Lasten der familiären Verpflichtungen ging bzw. sich die getätigte Investition als nutzlos erweisen könnte. Andererseits hatten es die Frauen, die aufgrund ihres Alters und ihrer Ausbildung die Rolle des Familienoberhauptes übernommen hatten, oder durch ihren Beruf und/oder Heirat finanziell unabhängig waren, leichter, ihre Standpunkte zu vertreten. Gleichzeitig hatten sie es insofern schwerer, als sie Beruf, Familie und Politik vereinbaren mussten. Unterstützungen von Seiten des Ehemannes und von Seiten oft weiblicher Angehöriger waren spätestens dann fundamental bei einer Entscheidung für oder gegen politisches Engagement, wenn Kinder da waren und es darum ging, wer sich um diese kümmert. Während Väter anscheinend selbstverständlich davon ausgingen, dass sich ihre Frauen, Mütter und andere meist weibliche Familienangehörige um ihre Kinder kümmern, war dies für Frauen anders:

„Meine Ehe ist 1985 auseinander gegangen – inzwischen hatte ich drei Kinder – und dann bin ich wieder heimgekommen, habe ein Haus in West-Belfast bekommen, bin zu Hause geblieben und habe mich wieder beteiligt – ich meine, die Gelegenheit, wieder mitzumachen, anstatt nur an der Seitenlinie zu sitzen, hat sich mir aufgedrängt, also habe ich sie genutzt. Das war 1988 und meine Aktivität ging so weit, dass ich mein Haus als sicheres Haus für IRA-Aktivitäten zur Verfügung gestellt habe – das hat dann zu meiner Verhaftung und zur Anklage geführt. (...) Die Leute neigen dazu zu denken, weil du eine Frau bist und Kinder hast, solltest du nicht – nicht alle Leute, aber es ist eine Haltung, die so gängig ist – weil du eine Frau bist, weil du Kinder hast, solltest du nicht am militärischen Kampf teilnehmen – was ist mit den Männern? Sie beteiligen sich am militärischen Kampf, sie haben Kinder, sie haben Verantwortung, warum sollten sie nicht zu Hause sein? Es ist Unsinn, weißt du. Ich weiß, dass ein paar Leute so dachten, aber gleichzeitig haben meine Familie und meine Freunde – ich meine, ich hätte nicht die Dinge getan, die ich getan habe, wenn ich nicht die Unterstützung meiner Familie gehabt hätte, weißt du, wenn ich nicht gewusst hätte: Wenn das Schlimmste passiert, wird jemand da sein, der sich um meine Kinder kümmert.“ (Anonym 3, NI 21)

Dabei darf man nicht vergessen, dass ein als politisch aktiv bekanntes Familienmitglied nicht nur psychisch eine enorme Belastung für eine Familie darstellen kann. Während einige der Belastungen – wie die Kinderbetreuung – noch als eine freiwillige Entscheidung angesehen werden können, hat die Familie keinen Einfluss darauf, ob sie zu Behörden zitiert werden, ihr Haus überwacht und durchsucht wird, oder andere Familienangehörige schikaniert und verhaftet werden, oder gar, wie in den besetzten Gebieten, das Haus ganz oder teilweise demoliert wird. Während auch dies im Hinblick auf die Verantwortung der Männer für ihre Familien selten Thema war, wurden Frauen, die Familie haben, darauf angesprochen, ob sie nicht ihre Familie, ihre häuslichen Pflichten vernachlässigen oder darauf, was sie ihren Familien zumuten und sie bekamen mit, wie andere über sie redeten[230]. Ihren Ehemännern wurde von anderen vorgehalten, dass sie doch besser auf ihre Frauen aufpassen sollten. So erinnert sich Mary Nelis an die Auseinandersetzungen mit ihrem Mann über ihre Aktivitäten:

„.. er hat das, wie alle Männer, zuerst abgelehnt, schließlich musste er auch mit männlichen Freunden leben, die zu ihm sagten: ‚Was für eine Frau hast du da, sie ist nie zu

230 Dass sich dabei oft ältere Frauen hervor getan haben, erzählten mehrere, ein Umstand, auf den schon andere hingewiesen haben: „However, it would be a mistake to see women as passive victims in such 'national/ biological warfare', whether pro-natal or anti-natal. Older women would often play important parts in controlling younger women, and all women might be parties to these ideologies, as the active participation of women in various religious fundamentalist and fascist movements can show.“(Yuval-Davies 1998, 31)

Hause, sondern immer draußen bei irgendwelchen Kampagnen‘ – ich war bekannt als ‚the pregnant campaigner‘, weil ich auch ständig schwanger war – aber er hat verstanden, warum ich das so wollte, er hat das sehr unterstützt und hat sich auch sehr um die Kinder gekümmert.“ (Mary Nelis, NI 26)

Die Wahrnehmung derjenigen, die selbst in die Politik verwickelt waren und derjenigen, die Ereignisse eher von außen wahrnahmen, gingen manchmal auseinander. Die Selbstwahrnehmung oder vielleicht auch Außendarstellung, wonach weibliche Aktivitäten in der eigenen *Community* als genauso wichtig wahrgenommen wurden wie die der Männer, konnten andere nicht bestätigen, wie sich am Beispiel der Gefängnisproteste zeigte:

„Es ist wirklich komisch, ich habe eigentlich nichts über die Frauen in *Armagh* erfahren, weil darüber nicht geredet wurde. Ich meine, die Leute haben diejenige akzeptiert, die in Gibraltar erschossen wurde [Mairead Farrell; SK] – das war die einzige, von der ich wusste. (...) Sogar der Hungerstreik – als sie in den Hungerstreik gegangen sind, sind sie ein bisschen herausradiert worden. Ich hatte damals nicht viele Informationen – vielleicht hätte man dazu in Belfast sein müssen, in West-Belfast, die waren näher am Puls, oder vielleicht haben sie es in *Derry* gewusst, aber nicht der Rest [sie ist in einem Dorf aufgewachsen; SK]. Ich kann dir noch nicht einmal sagen, wie viele weibliche IRA-Gefangene es gegeben hat – ich hatte ganz bestimmt nicht das Gefühl, dass man sie so ernst nimmt wie die männlichen Gefangenen.“ (Sandra Ne Brogháen, NI 22)

Während einige in Bezug auf die Hungerstreiks meinten, dies sei Schuld der Medien, wie zum Beispiel Chrissie Mc Auley (NI 16), erzählten auch andere, dass obwohl es schon in den '70ern Frauen in der IRA gegeben hatte, dies gar nicht so sehr im öffentlichen Bewusstsein war, sondern sich überhaupt erst durch die Hungerstreiks geändert hatte:

„Beim ersten Hungerstreik waren drei Frauen beteiligt, junge Frauen – man hat gesehen: Frauen sind aktiv am bewaffneten Kampf beteiligt, wie auch an den Protesten auf den Straßen, das hat meine Denkweise verändert – ich hatte gedacht, es wäre ausschließlich Männersache, weil die Gesellschaft einfach so war, weil man so erzogen worden war, es war alles sehr patriarchalisch – und plötzlich haben sich drei Frauen als Freiwillige der IRA an einem Hungerstreik beteiligt. Ich bin sicher, dass alle Eltern, die Töchter im Teenager-Alter hatten, verzweifelt waren, und dass diese Proteste sie sehr beunruhigt haben, denn ich meine, das waren die Töchter anderer Menschen – ich bin sicher, dass sie wie viele andere Eltern ihre Töchter bestimmt nicht im Gefängnis sehen wollten – bereit zu sterben.“ (Carol Cullen, NI 20)

Ein Wandel von der Wahrnehmung der IRA oder allgemeiner, einer Gewaltorganisation als in erster Linie männliches Unterfangen zu einem, bei dem auch Frauen betei-

ligt sind, bedeutet so gesehen für Eltern, die sich bis dahin um ihre Söhne Sorgen machen mussten, sich nun auch noch um ihre Töchter Sorgen machen zu müssen:

> „Etwas Anderes, was mich als ehemalige Gefängnisinsassin betrifft: Andere Leute haben in mir die Ex-Gefangene gesehen und Angst gehabt, ihre Töchter könnten es mir nachmachen oder ich könnte sie zum bewaffneten Kampf überreden, und sie würden verhaftet so wie ich. Deshalb habe ich versucht sie zu überzeugen: Ich habe mit dem bewaffneten Kampf nichts mehr zu tun.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Jenseits aller Traditionen und sonstiger geschlechtsspezifischer Normen und Widerstandsideologie zeigt sich hier am Beispiel des Sorgens, dass die Eroberung männlicher Domänen durch Frauen schlicht das Gegenteil von Komplexitätsreduktion bewirkt: Das Leben wird schwieriger, unberechenbarer und ungeordneter. Der Rückgriff auf vertraute Muster, besonders um schwierige Situationen zu meistern oder sich komplexe Themen zu erschließen, lag daher immer nahe:

> „Vor kurzem habe ich mit jungen Leuten darüber gesprochen – über die Sache mit den Hungerstreiks, die zur Zeit wieder Thema sind – und wenn man jungen Leuten zuhört, wenn sie sich mit Männern und Frauen unterhalten, dann reden sie mit Frauen anders: Sie fragen Frauen, wie sie sich gefühlt haben, während sie Männer nach der Situation fragen. Da haben wir die ganze Sache – für Frauen ist es in Ordnung ihre Gefühle zu zeigen und für Männer ist es nicht in Ordnung.“ (Mary Ellen Campbell, NI 9)

Die krisenbedingte Akzeptanz weiblicher politischer Aktivitäten und der Rückgriff auf traditionelle Muster – oder auf solche, die man für traditionell hält, denn eventuell werden die geschlechtsspezifischen Vorgaben dann strenger gehandhabt als jemals zuvor – erscheinen unter diesem Gesichtspunkt als Akte der Komplexitätsreduktion. Trotzdem erklärt dies nicht, wieso die krisenbedingte Akzeptanz von Nordirinnen kaum und wenn, dann bezogen auf die '70er Jahre oder noch früher, bei den palästinensischen Akteurinnen aber immer wieder thematisiert wurde:

> „Während der *Intifada* ist die Mutter hingegangen, wenn die Soldaten an die Tür geklopft haben. Die Männer konnten nicht gehen und die Tür öffnen. Die Mutter ist hingegangen um zu öffnen, aber wenn es jetzt an die Tür klopft, darf sie nicht hingehen und aufmachen! Darüber müssen wir mit den Männern reden, wir müssen den Männern erklären, dass das nicht richtig ist. Warum den Frauen vertrauen, wenn *Intifada* ist, und jetzt nicht mehr?“ (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

Eine Krise oder besonders konfliktintensive Phase hatte also paradoxe Auswirkungen auf die Frauen in einer Widerstandsgesellschaft, von denen eine war, die aus den Doppelstandards resultierenden Spannungen beiseite schieben zu können:

> „Obwohl meine Mutter die ganze Zeit stolz auf mich war, hat sie doch besonders während meines Studiums gedacht, ich sollte heiraten und zu Hause bleiben, Kinder

bekommen und so weiter. Während des Studiums war es leicht, die Familie davon zu überzeugen, dass es so in Ordnung ist, weil ich ja studiere. Problematisch wurde es nach meinem Abschluss. So habe ich gelitten, von 1986 bis ich geheiratet habe. Ich habe meinen eigenen Standpunkt in dieser Hinsicht, dass es auf natürliche Weise geschehen sollte und nicht, wie es gewöhnlich in dieser Gesellschaft abläuft, indem ein Mann um ihre Hand anhält – ich meine die traditionelle Art und Weise. Und das Problem ist, dass sich in unserer Gesellschaft nicht nur die engen Verwandten einmischen. Ich habe die ganze Zeit meine Familie überzeugen können – aber es war ein Kampf. Gleichzeitig gab es immer auch eine Art Verständnis. Während der *Intifada* hat das nicht nur mir, sondern den meisten Frauen geholfen, diese Spannung beiseite zu schieben, weil es eine neue Situation gab.“ (Samar Hawash, PAL 13)

Dieses Ausmaß krisenbedingter Akzeptanz wird zum einen mit Blick auf die schon dargelegten historischen Altlasten und das internationale und sozio-politische Umfeld verständlicher, zum anderen, wenn das Ausmaß der Verunsicherung besonders hoch ist. Zu dem „Algerienargument“ palästinensischer Interviewpartnerinnen, wonach sobald die nationalen Ziele erreicht werden, die Frauen nach Hause geschickt werden, gab es den Gegenentwurf, wonach es die Erfolglosigkeit der Nationalbewegung ist, welche für die Fortdauer der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten verantwortlich sei:

„Weißt du, die palästinensischen Frauen sind großartig. Sie sind bereit, jedes Opfer für ihre Familie, für ihre Kinder, für ihren Mann, für ihr Haus, für ihr Land zu bringen. (...) Und die Belohnung? Emotional vielleicht. Es hat Frauen gegeben, die Opfer gebracht haben und nicht die verdiente Belohnung bekommen haben – von der PNA zum Beispiel. Aber weißt du, wenn du jemanden liebst, tust du etwas für ihn und erwartest keine Belohnung. Andererseits, weißt du, bringen Belohnungen Leute dazu weiterzumachen und nicht aufzuhören. Das ist sehr wichtig. Ich habe ja schon gesagt, die Palästinenser haben nicht, was sie wollten, und die Frauen? Die Männer haben ihre Belohnung nicht kommen, wie sollten es dann die Frauen tun?“(Ahlam Sanad, PAL 4)

Die hier vertretene Argumentation, in der zuerst auf die besondere Opferbereitschaft der Frauen hingewiesen wird, um dann mit Verweis auf die Selbstlosigkeit der Liebe die Vorrangstellung der Männer zu begründen, zeigt die Vielfalt der Weltsichten von Frauen, denn nicht alle Frauen zeigten so viel Verständnis für derlei Doppelstandards. Im folgenden werden die Ambivalenzen und deren Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Akteuren thematisiert.

Geschlechtsspezifische Doppelstandards des Widerstands

Wenn andere palästinensische Interviewpartnerinnen ihrem Unmut über ihre männlichen Kollegen Luft machten, griffen sie bezeichnenderweise auf solche Vergleiche zurück:

„Am Ende waren sie immer noch traditionelle Männer, sie haben uns behandelt wie sie ihre Frauen, Schwestern und Mütter zu Hause behandeln.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Auch Nordirinnen, die mit einem Republikaner verheiratet waren und für ihre Männer aktiv wurden, haben erfahren, dass keine Revolution geschlechtsspezifischer Muster in ihrer Ehe stattgefunden hat:

„Ich persönlich glaube, die Männer wollen nur für ihren Kampf in diesem Krieg gelobt werden. (...) Ich sage bis heute zu Ritchie: ‚Ritchie, dir ist nicht klar, was ich getan habe,‘ weißt du, für ihn, und er sagt ‚Doch, ist es, ist es‘ – aber ich glaube, tief innen drin ist ihnen nicht klar, was du durchgemacht hast, seine Kinder groß zuziehen, für ihn da zu sein, jahrelang hin und her zu fahren und auch noch für seine Rechte zu kämpfen und dafür, dass er aus dem Knast rauskommt. (...) Vielleicht denken die, die einen Krieg ausfechten, anders als wir. Ich glaube nicht, dass die Frauen am Ende ihre Anerkennung kriegen.“ (Theresa Harkin, NI 28)

Zudem hatten sie mit sozialen Druck zu kämpfen, der sich bis in die intimsten Angelegenheiten erstreckte, so als ob Untreue in diesem Bereich gleichbedeutend mit mangelnder Solidarisierung mit ihrem kämpfenden und inhaftierten Mann sei:

„Die Leute haben schlecht über mich geredet, weil ich in einer Bar gearbeitet habe – meine beiden Freundinnen gingen überhaupt nicht arbeiten – aber ich habe in einer Bar gearbeitet, und auf mich hatten sie es abgesehen. Ich hatte das Gefühl, dass ich beobachtet werde, man hat behauptet, ich hätte Affären – die Leute, seine Freunde, Republikaner, wenn du verstehst, was ich meine, sie haben einen ständig beobachtet. Das hat einen paranoid gemacht – wirklich!“ (Theresa Harkin, NI 28)

Die Forderungen Gefangener an ihre Frauen und die Macht, die sie noch aus dem Gefängnis heraus ausüben konnten, wie Ann sie im folgenden beschreibt, ist nur erklärbar, wenn man davon ausgeht, dass in der *Community* genau diese innerfamiliären Machtverhältnisse aufrecht erhalten und Abweichungen sanktioniert wurden:

„Ich war mit Gefängnisbesuchen beschäftigt – bei republikanischen Gefangenen – und ich war auch Mitglied der Friedensbewegung. Dort haben wir Frauen und Kinder an Wochenenden nach außerhalb gebracht, nur um sie mal von dem Ärger weg zu bringen, und es hat mich erstaunt, dass viele Frauen um Erlaubnis fragen mussten, ob es in Ordnung sei, mit den Kindern übers Wochenende wegzufahren, obwohl ihre Männer Langzeitgefangene waren. Ich fand das ganz erstaunlich – und wenn die Männer ‚nein‘ gesagt haben, dann sind sie nicht gefahren, und es haben ziemlich viele Männer ‚nein‘ gesagt. Ich meine, wir sind hier immer noch sehr rückständig. (...) Das war in den Achtzigern, dass die meisten dieser Frauen bei ihren Männern um Erlaubnis gebeten haben. Die meisten davon waren sehr jung und ich würde sagen, dass ungefähr achtzig Prozent der Frauen das Einverständnis der Männer eingeholt haben, um etwas vom Normalen Abweichendes zu tun: übers Wochenende wegzufahren,

einen Teilzeitjob anzunehmen, solche Dinge. Der Ehemann musste seine Erlaubnis dazu geben. Das hat nicht zu dieser ganzen rebellischen Bewegung gepasst, das war eine sehr männliche Sache. Die Frauen haben mit den Kindern zu Hause gesessen – abgesehen von den Frauen, die selber aktiv waren." (Ann Mc Cann, NI 12)

Trotz des sozialen Drucks sind Ehen unter den Belastungen einer Langzeitinhaftierung zerbrochen, teils erst nach der Entlassung, weil Frauen und ihre Kinder im Laufe der Zeit lernen mussten, alleine zurecht zu kommen und die entlassenen Männer mit dieser Selbstständigkeit ihrer Frauen Schwierigkeiten hatten. In jedem Fall hatten Frauen rechtlich gesehen die Möglichkeit, sich scheiden zu lassen und so einer zerbrochenen Beziehung zu entkommen. In traditionellen palästinensischen Kreisen waren die Frau und die Kinder eines Gefangenen meist unter Obhut und damit unter Kontrolle der Familie des Ehemannes und eine Scheidung von Seiten der Frau keine Handlungsoption (vgl. Kapitel 3.4.2). Junge politische Akteurinnen mussten feststellen, dass schon eine Heirat schwierig werden konnte, sogar wenn der mögliche Ehepartner in derselben linken Partei aktiv war:

„Es stimmte: Die Heiratsaussichten wurden immer schlechter. Sogar bei Männern aus der Partei. Ich meine, sogar meine Kollegen, die auf der Straße mit mir gekämpft hatten – ich meine letztendlich: Vielleicht haben manche von ihnen mich als Frau gemocht, aber sie haben gezögert, mich zu heiraten. Sie dachten, die wird keine gute Hausfrau." (Hanan Arouri, PAL 9)

Mit den Erwartungen von Seiten der Männer, geschlechtsspezifische Rollen sogar im Verhältnis zu Frauen, die selbst genauso politisch aktiv sind, aufrecht zu erhalten, mussten sich auch Republikanerinnen auseinandersetzen:

„Ich habe es [Auseinandersetzungen mit Männern; SK] oft so richtig satt gehabt, absolut. Ja, natürlich. Ich glaube auch nicht, dass die Frauen dem bewaffneten Kampf ein anderes Image gegeben haben – in der republikanischen Bewegung ist die Gleichstellung der Frauen immer anerkannt worden, wenn es um das Recht ging, zu den Waffen zu greifen. Ich glaube, dass viele Männer immer noch so denken, weißt du: ‚Okay, es ist großartig, dass die Schwester etwas tut und bei den Wahlen mitarbeitet und alles, aber eigentlich ist euer Platz zu Hause' – allen Frauen ist das bewusst." (Mary Nelis, NI 26)

Der entscheidende Unterschied zu den palästinensischen Verhältnissen besteht allerdings darin, dass Männer dies vielleicht denken mögen oder tatsächlich noch aussprechen, aber nicht nur nicht mehr in der Lage sind, ihre Vorstellungen durchzusetzen, sondern es nicht mehr akzeptiert wird, wenn sie es sagen, d. h. sie ihre Deutungshoheit verloren haben:

„Ich würde sagen – ich spreche von Frauen im Allgemeinen, aber auch von mir – ich glaube, die einzigen Menschen, die Frauen aus der Politik heraushalten wollten, waren Männer, ungebildete Männer – sie glauben, dass es ein Herrschaftsbereich der Männer ist und dass Frauen nur Politik spielen, aber ich sage, dass das jede Frau durchschaut. Was man tun muss – man muss einfach doppelt so zielstrebig sein. Ich sage, es gibt die Vorurteile der ungebildeten Männer, aber ich glaube nicht, dass sie es wagen zu sagen: ‚Ihr solltet zu Hause bleiben.'" (Eilish Duffy, NI 18)

Doppelt so zielstrebig sein und mehr für die gleiche oder sogar weniger Anerkennung leisten zu müssen, waren häufig geäußerte Eindrücke von Akteurinnen. Hinzu kam die Einschätzung, als Politikerin automatisch für „Soziales", „Frauen" und „Kinder" zuständig sein zu sollen, während Männer sich mit den „harten" politischen Themen befassten. Dies haben manche auch als Dilemma wahrgenommen, denn wenn sie sich dieser Themen nicht annehmen, wer macht es dann? Samar machte noch auf einen weiteren Punkt bei diesen doppelten Maßstäben aufmerksam, und zwar den unterschiedlichen Einfluss moralischer Urteile über die jeweilige Person auf ihre Karrieremöglichkeiten:

„Es war nicht leicht für die Männer, die Stadträte, eine Frau im Rat zu akzeptieren, auch wenn sie Tag und Nacht über die Gleichheit von Männern und Frauen gesprochen haben, aber in der Praxis sagten sie: Nein, das ist nichts für dich. Denn die Räte haben eine sehr wichtige Funktion, sie beschäftigen sich mit dem praktischen Leben der Menschen – der Infrastruktur. Meist muss man eine Superfrau sein, wirklich, wirklich! Sie stellten uns unter ein – wie nennt man das? Vergrößerungsglas? Dein Leben liegt viel offener zutage als das der Männer. Manche Männer – sogar solche, die ins Parlament gekommen sind – führen kein besonders anständiges Leben, wirklich nicht! Wegen unserer Kultur – sie nehmen einfach für sich in Anspruch, dass sie eben Männer sind, obwohl sie solche Schwachpunkte haben. Das Gleiche in den Räten: Wir müssen doppelt so viel arbeiten, um zu beweisen, dass wir etwas tun können. Aber wir überzeugen sie durch die Praxis – dass man sich mit mir auseinandersetzen muss, nicht als Frau, sondern als Ratsmitglied. Deshalb übernehme ich die ganze Zeit Aufgaben, von denen sie denken, dass Männer sie ausführen sollten. Immer wieder sage ich: Ich will in dieses Komitee. Aber jedes Mal, wenn es um soziale Themen geht, sagen sie: Gut, es geht um soziale Themen, lasst das eine Frau machen. Ich sage: Nein, ich will das nicht tun. (...) Sie planen das nicht. Manchmal habe ich das Gefühl – sie werden so erzogen – jetzt haben sie Angst, wirklich." (Samar Hawash, PAL 13)

Andere bezweifelten, ob solches Verhalten nur etwas mit Erziehung und Verunsicherung auf Seiten der Männer zu tun hat. Inaam sah solche Tendenzen pragmatischer, denn schließlich ging es um lukrative Posten und damit schlicht darum, die weibliche Konkurrenz auszuschalten:

„Ich hasse das: Die Männer wollen alles machen, sie wollen in die hohen Positionen, und die Frauen ... Wir haben ständig mit ihnen gestritten, damit hier und da Frauen dabei sind. Sie treiben sich gegenseitig an, damit es nur Männer gibt. Viele meiner früheren Kameraden haben gute Jobs, sie vergessen die anderen, und so kann ich mich nicht sehen. Sie vergessen sich selbst, sie wollen sich nur in den höheren Komitees sehen, direkt bei *Abu Ammar* [Arafat; SK], mit den Autos ... Und sie vergessen die anderen. Und wenn man sich erinnert – du hast gelitten, du hast für diese Parteien dein Bestes gegeben, und dann vergessen sie dich. Mit der Einrichtung der Autonomiebehörde ist es zur Konkurrenz um die Jobs gekommen, besonders für die Führer. Natürlich haben die *Fatah*-Leute jetzt alle Jobs bei der Behörde, und mit den anderen machen sie es so: Wer den Job im ersten Monat bekommt, behält ihn – ganz gleich, ob er gut ist oder nicht." (Inaam Z. Labadi, PAL 38)

Wenn so zugleich unliebsame politische Konkurrenz von links eingedämmt werden konnte, war das ein willkommener Nebeneffekt. Doch auch in den linken Parteien beriefen sich die Genossen auf die traditionellen Wertvorstellungen in der Gesellschaft, denen man im demokratischen Prozess Rechnung tragen müsse, obwohl es undemokratische Strukturen in den Parteien und die Wertvorstellungen der männlichen Mitglieder waren, die damit bedient wurden:

„Als Frau habe ich auch innerhalb der Partei [PPP; SK] viele Probleme gehabt: Erstens denkt man, dass es wegen unserer konservativen Gesellschaft von Nachteil sein könnte, Frauen auf seiner Kandidatenliste zu haben. Zweitens: Wenn wir an manchen Orten einen Mann und eine Frau aus der gleichen Familie haben, zieht man den Mann vor, nicht die Frau. Und das geschieht nicht nur bei uns, auch bei der *Fatah*, bei allen Gruppen, die bei den Wahlen kandidieren. Zum Beispiel während unserer Wahlkampagne, besonders in den Dörfern – bevor wir in die Dörfer gingen, habe ich selbst entdeckt, dass es Dörfer gab, die nur für die drei Männer aus der Kandidatenliste offen waren, aber nicht für mich. Als ich gefragt habe: Warum plant ihr so eine große Versammlung in diesem Dorf ohne mich – da haben sie anfangs gesagt: Vielleicht kannst du das nicht. Also habe ich gesagt, dass ich ein Recht auf solche Besuche hätte. (...) Dann [nach den Erfahrungen in den Dörfern; SK] wurde klar, dass dieses Angstgefühl in der Partei selbst herrschte – nicht etwa weil die Leute im Dorf etwas dagegen gehabt hätten, dass eine Frau kommt." (Samar Hawash, PAL 13)

Ähnlich wie in positiven *Intifada*-Erinnerungen der Zusammenhalt und Gemeinschaftsgeist hervorgehoben wurde, so wurden die Leistungen der Frauen für die *Intifada* und die Akzeptanz und der Respekt ihnen gegenüber betont, und ein Beispiel dafür war, dass „niemand schlecht über einen geredet hat" (Terry Boullata, PAL 1). Gerade Frauen in den linken Parteien fühlten sich aber dann von ihren Genossen bei den Streitigkeiten ums Kopftuch, um das künftige Familienrecht, oder bei Dingen wie den „Kollaborationsmorden" im Stich gelassen. Die nur krisenbedingte Akzep-

tanz und Doppelstandards bei ihren Genossen feststellen zu müssen, führte bei einigen nicht erst mit Einsetzen des Friedensprozesses zur Ernüchterung, sondern noch während der *Intifada* dazu, vergangene Interpretationen in Frage zu stellen:

> „Es war ein Machtkampf! Wir hatten das Gefühl, ignoriert zu werden. Wir haben uns gefragt, was für eine Art Frauenbefreiung sie in ihrer Ideologie haben. Wir haben allmählich entdeckt, dass all dieses Gerede über die Befreiung der Frauen – also dass die Befreiung der Frauen mit der Befreiung der Gesellschaft einher gehe – ein großer Unsinn war! Und dann haben wir angefangen zu reden." (Amal Khreishe, PAL 21)

Redeten sonst die Männer, d. h. übten sie die Definitionsmacht aus, so hatten einige Frauen angefangen, sich als Interessengruppe zu formieren, die für eine Gesellschaft stand, in der Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben sollen und so begonnen, die bisherige Deutungshoheit in Frage zu stellen und Machtanteil einzufordern. Die Definition „Machtkampf" wenn es um Machtanteile von Männern und Frauen geht, gibt den geschlechtsspezifischen Doppelstandards ähnlich wie die Einschätzung, es gehe einfach ums Geld und Posten, eine im Grunde geschlechtsneutrale Begründung, weil sie sich auf Allgemeinmenschliches bezieht. Geschlecht wird dann zu eines der Kriterien nach denen Zugriff auf Ressourcen, Ausschluss oder Teilhabe definiert wird und wer etwas hat, möchte es nicht abgeben. Als solche Machtkämpfe haben auch Republikanerinnen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei interpretiert:

> „Ich denke, es geht um Macht – nur ein sehr bescheidener Mensch ist fähig Macht auszuüben und nachzugeben – es gibt eine ungesunde Weise daran festzuhalten, nicht loszulassen und niemandem etwas abzugeben. Das gilt für Männer genauso wie für Frauen. Aber nach meiner Erfahrung sind es zumeist Männer, die Probleme damit haben Macht aufzugeben und für andere – Männer oder Frauen – Platz zu machen. Und wenn ich sehe, dass Frauen dieser Platz nicht gelassen wird, schreite ich ein." (Chrissie Mc Auley, NI 16)

Dass das „Recht zu den Waffen zu greifen" (siehe oben) nicht automatisch andere Rechte oder den Aufstieg in Führungspositionen nach sich zog, ist streng genommen keine geschlechtsspezifische Erfahrung, sondern traf ebenso auf die meisten beteiligten Männer zu. Es ist schwierig, über geschlechtsspezifische Doppelstandards in den inneren Zirkeln der Gewaltorganisationen Aussagen zu machen, weil sich aus naheliegenden Gründen niemand konkret zu der Hierarchie, internen Organisation oder ähnliches äußerte. In der Regel wurde zurückgewiesen, dass es eine Ungleichbehandlung gegeben habe oder, wie im nordirischen Fall, auf die Vergangenheit verwiesen. Eine mögliche Erklärung dafür ist aber auch das starke Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl innerhalb dieser Gruppen aufgrund der geheimen, risikoreichen Tätigkeiten. In der Selbsteinschätzung haben weder Republikanerinnen noch Palästinense-

rinnen Erfahrungen mit den unmittelbaren Kampfgefährten innerhalb einer Gewaltorganisation als Doppelstandards interpretiert, selbst dann nicht, wenn Frauen nicht als Befehlshabende in Erscheinung getreten sind:

> „Ich würde fast sagen, dass die Frauen in der Bewegung härter gearbeitet haben – wenn man vom Militärischen spricht – ich kann nur von meinen Erfahrungen berichten, nicht nur über mich reden, sondern auch über das, was ich bei den Operationen um mich herum gesehen habe (...) Es waren aber keine Frauen, die die Befehle gegeben haben, nein. Bei den Operationen gab es einen befehlshabenden Offizier und die Leute, die rausgehen und den Job machen – es sei denn, er ist mitgegangen – es war in Wirklichkeit so, dass jeder seine Aufgaben gekannt hat, bevor man rausgegangen ist und es war nicht nötig, dass immer jemand die Führung hat, es war einfach der gesunde Menschenverstand. Man hat diskutiert, was machbar ist – es hat Leute gegeben in Positionen, die wir die *Shots* genannt haben, die haben festgelegt, wie vorgegangen werden soll.“ (Marie Wright, NI 5)

Die allgemeinen Einschätzungen zu Doppelstandards in den Gewaltorganisationen, die sich entweder nicht auf die unmittelbaren Kampfgefährten bezogen oder von denjenigen stammten, die nicht dazu gehörten, fielen kritischer aus. Dabei war die wahrgenommene Kluft zwischen dem, was Frauen für den Widerstand leisten und dem Maß an Anerkennung und Chancen, die sie dafür bekommen, bei einigen Palästinenserinnen auch bezogen auf Gewaltakteurinnen größer als bei Republikanerinnen, die diese zudem viel seltener thematisiert haben. Letzteres gilt ebenso für die Einschätzung des Einflusses von Gewaltakteurinnen auf das allgemeine Frauenbild oder ihrer Stellung in Politik und Gesellschaft. Die oft gehörte und auch nachzulesende (vgl. Kapitel 3.3) Betonung auf den revolutionären und befreienden Akt, den palästinensische Kämpferinnen seit 1967 vollbringen, steht im krassen Widerspruch zu dem bis heute feststellbaren Ausmaß der Ambivalenzen und Doppelstandards. Ob man daraus schließen kann, die Rolle von Frauen in den Gewaltorganisationen und ihr Zugang zu Führungspositionen hätten nichts miteinander zu tun, ist allerdings zweifelhaft:

> „Nehmen wir zum Beispiel einige Aufgaben, von denen sie [die Genossen; SK] annehmen, dass Frauen sie nicht ausführen können, weil sie nachts stattfinden, oder speziell die militärischen Dinge: Wenn man militant genug ist, kann man sehr schnell in eine höhere Position gelangen, und dann sagen sie, dass Frauen das nicht tun können. Und wenn man dies nicht tun kann und das nicht kann: ‚Wie kannst du eine Führerin sein?‘ Ich kritisiere da teilweise die PFLP, weil ich keine ernsthaften Versuche sehe, die Slogans [der Gleichberechtigung; SK] zu übersetzen – aber ich sage dir gleichzeitig, dass es Zeiten gab, als Hunderte von Kameraden im Gefängnis saßen und die Frauen draußen die Partei über Wasser gehalten haben – und diese Frauen sieht man jetzt nicht mehr in der Führung!“ (Maha Nasser, PAL 7)

Die Ambivalenz auch innerhalb des Widerstandes gegenüber Frauen in der eindeutig als männlich definierten Sphäre der Gewalt machte sich beispielsweise dann bemerkbar, wenn sich der Märtyrer, aber nicht der Märtyrerinnen erinnert wurde:

> „Ein Beispiel: Als wir uns zum ersten mal aufgelehnt haben – warum hat die nationale Bewegung die Namen der Märtyrer an die Wände geschrieben, aber nicht die Namen der Märtyrerinnen? Wer hat das entschieden? Warum?“ (Amal Khreishe, PAL 21)

Ein Blick auf die islamistische Konkurrenz und das Phänomen der Selbstmordattentäterinnen verdeutlicht diese Ambivalenz: „The use of women as suicide bombers poses conflicts with some fundamental religious leaders' beliefs, while serving the tactical need for a stealthier weapon. In January 2002, Sheikh Ahmed Yassin, the spiritual leader of Hamas, 'categorically renounced the use of women as suicide bombers.' In March 2002 after the second Fatah bombing, he reported that 'Hamas was far from enthusiastic about the inclusion of women in warfare, for reasons of **modesty** [Hervorhebung durch mich; SK].' That position dramatically shifted on January 14, 2004, when the first Hamas female suicide bomber struck. Why was she used? Yassin defended this change as a 'significant evolution in our fight. The male fighters face many obstacles, so women can more easily reach the targets.' He concluded his statement by noting that 'Women are like the reserve army – when there is a necessity, we use them.'“ (Zedalis 2004[231], 7). Diese Befürwortung aus pragmatischen Gründen, obwohl man lieber auf die weiblichen Märtyrerinnen verzichten würde, ist nach Schweitzers Untersuchung[232] eine weit verbreitete Haltung auch bei Angehörigen säkularer Gruppen (Schweitzer 2006).

Dem widersprechen jubelnde Stellungnahmen arabischer Medien (Pannewick 2006), wo das Phänomen der Märtyrerinnen breit diskutiert wurde, und der Gewaltorganisationen keineswegs, denn es scheint doch eher der gewohnte Ausdruck der Ambivalenz gegenüber Gewaltakteurinnen zu sein, nun ausgetragen an dem Phänomen Selbstmordattentäterinnen. Zwar ist die islamistische Ideologie nicht ohne Folgen für die politischen Aktivitäten von Frauen, doch unterscheidet sie sich hinsichtlich der Rolle von Frauen im Widerstand – nationale Reproduktion, Sozialisation usw. – in weiten Teilen nicht vom Mainstream der säkular-nationalistischen, zu der die meisten Attentäterinnen gehörten. So verspricht auch sie, geschlechtsspezifische Doppelstandards im Sinne von Doppelmoral aufzuheben, allerdings nicht indem Frauen dieselben Rechte wie Männer bekommen sollen, sondern indem von vorne herein für die Geschlechter unterschiedliche Standards herrschen, denen jeweils bei-

231 Zitate innerhalb des Zitats aus Regular 2004.

232 Er wertete Interviews aus den Medien aus und führte auch selbst Interviews mit Männern und Frauen, die als gefasste AttentäterInnen oder sonst direkt mit Selbstmordmissionen zu tun hatten.

de unterworfen sind. Wenn Frauen ihre Zeit nicht mit Männern vergeuden sollen, dann auch nicht Männer mit Frauen –

> „Die Studentinnen waren fast in derselben Weise aktiv wie die Studenten. In der islamischen Bewegung hatten die männlichen Studenten mehr Pflichten als die weiblichen. Unsere oberste Pflicht war mit den Studentinnen zu reden, die sich nicht bedeckt haben, die keinen *Hijab* getragen haben, und sie davon zu überzeugen, dass das ihre Pflicht ist, dass sie das tun müssen. Und sie sollten sich nicht mit männlichen Studenten unterhalten, mit ihnen zusammen sitzen, ihre Zeit mit ihnen verbringen – und so ihre Zeit verschwenden."

– obwohl sich die strikte Trennung in der Praxis schwierig erwies:

> „Ich selbst, als Angehörige der islamischen Bewegung, die Englisch studierte, wurde etwas anders behandelt als andere Studentinnen: Man hat uns wie Ausländer behandelt. Ich hatte damals viele männliche Freunde und die meisten davon gehörten der islamischen Bewegung an, und wir haben mit den anderen aus der islamischen Bewegung, die uns kritisierten, diskutiert: ‚Warum redest du mit Jungen?' Ich habe dann immer gesagt: ‚Ich bin es gewohnt. Ich kann das nicht ändern. Ich weiß, es ist gegen den Islam. Ich kann das nicht ändern, weil wir zusammen in den Vorlesungen sitzen und zusammen mit dem Bus fahren.'" (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

In welcher Hinsicht die männlichen Kollegen mehr Pflichten hatten, hat Zleeka nicht erzählt, aber die geforderte Geschlechterordnung herzustellen und zu verkörpern scheint eine Pflicht der Frauen zu sein. Gilt für den säkularen Nationalismus, die Kategorie Geschlecht zumindest ideologisch ignorieren zu können, weil alle „gleich" sind, so gilt genau dies für seine islamistische Variante nicht, weil im Gegenteil die Geschlechterordnung im Zentrum seines Gesellschaftsentwurfs steht. Gegen diese nationalistische Ignoranz gegenüber der Realität geschlechtsspezifischer Doppelstandards und Benachteiligungen sind Akteurinnen innerhalb der Nationalbewegung angetreten, in erster Linie um den nationalen Kampf effektiver zu machen, aber ebenso um mit Hilfe des Nationalismus Frauenrechte durchzusetzen. Doch auch die Hinwendung zur islamistischen Konkurrenz kann unter anderem als Reaktion auf diese Ignoranz interpretiert werden.

5.3 Begrenzung und Geschlecht

Der „männliche" Staat

In diesem Kapitel geht es um Weiblichkeit in der staatlichen Begrenzungsstrategie und zunächst um die Frage, wie die folgende These über die Beziehung zu den Feinden zu verstehen ist:

„Wenn du fragst, welche Auswirkungen es hat, in diesem Kampf eine Frau zu sein – diese Auswirkungen sind nicht groß im Hinblick auf die Beziehung zu meinen Feinden. (...) Und wenn ich frage: Wirkt es sich auf meine Beziehungen zu meinen Freunden aus? Dann sage ich: Ja, weil der Kerl, der das Gewehr trägt, sich selbst für eine wichtigere Person hält als die Frau, die es für ihn trägt. Denn das ist seine Position als Militarist, und er ist ein Soldat und die Frauen sind nur Helferinnen. (...) Deine eigenen Soldaten – die Militaristen in deiner eigenen Bevölkerung – sehen dich nicht als gleichwertig an. Wenn du eine Frau mit andersartigen Erfahrungen kennst?" (Bernadette Mc Aliskey, NI 23)

Wie alle anderen konnten Frauen weder dem Konflikt noch seinen sichtbaren Zeugnissen und alltäglichen Konsequenzen ausweichen. Trotzdem drehten sich Alltagsbewältigung und Lebensplanung nicht nur darum, sondern ebenso um andere Dinge, seien es nun Geldsorgen, Arbeit, Ausbildung, Familie oder Freunde. Dabei traten der Konflikt und die nationale Identität in den Hintergrund. Andere Identitäten, wie Schichtzugehörigkeit oder Geschlecht, waren dann viel wichtiger. Sobald jedoch der Konflikt in eine intensive Phase trat, oder sich im eigenen Umfeld auswirkte – spätestens wenn Gewalt ins Spiel kam –, wurde jede(r) auf ihre/seine nationale Zugehörigkeit und damit auf die eigene Position im Machtverhältnis zurück geworfen.

Wenn Frauen unter der staatlichen Begrenzungsstrategie zu leiden hatten, dann in der Tat nicht, weil sie Frauen sind, sondern weil sie zur Widerstandsgesellschaft gehören. Aber die Kategorie Geschlecht und die daraus resultierenden Ambivalenzen nahmen in der Widerstandsgesellschaft eine zentrale Stellung ein, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auch der Staat bzw. seine Vertreter nicht geschlechtsneutral agierten und seine Begrenzungsstrategie geschlechtsspezifische Auswirkungen hatte. War dies Teil der Begrenzungsstrategie, die darauf zielte, Frauen vom Widerstand abzuhalten? Oder war es einfach Ausdruck von Geschlechtsstereotypen, und der Staat hatte die Zielgruppe Frauen noch oder lange Zeit gar nicht entdeckt?

Die Sicherheitskräfte im Konfliktgebiet erscheinen, nicht nur weil sie meist Uniform tragen, als relativ homogene Gruppe überwiegend junger Männer[233], die einer Bevölkerung jeden Alters und beiderlei Geschlechts gegenüber stehen. Ihre Machtposition und die geringe Gefahr einer Sanktion lädt bei der alltäglichen Routine zu Grenzüberschreitungen ein, die Umgangsformen, welche im normalen Leben meist

233 Zwar gibt es auch weibliche Angehörige der Sicherheitskräfte, aber sie bleiben eine wenig sichtbare Minderheit und treten meist als Befehlsempfängerinnen in Erscheinung. Überhaupt ist die Gleichberechtigung von Frauen in den staatlichen Gewaltorganisationen kritisch zu sehen: „Contrary to normal western beliefs, as modern feminism reached Israel during the 1980s and 1990s it suddenly became clear that the IDF [Israeli Defence Force; SK] had become an island of backwardness with respect to its treatment of women." (Creveld 2000, 91)

eingehalten werden, außer Kraft setzen: Ein eher rücksichtsvoller oder respektvoller Umgang mit alten Menschen, eine gewisse Toleranz gegenüber Kindern, Hilfsbereitschaft gegenüber Kranken, Achtung vor dem Eigentum und der Privatsphäre anderer.

Normen, wie etwa ein besonderes Berührungstabu, die das Verhalten zum anderen Geschlecht regeln sollen, sind bei den Grenzüberschreitungen nicht ausgenommen, weisen aber Besonderheiten auf: Erstens wird es zum Stein des Anstoßes wenn bestimmte Umgangsformen, wie beispielsweise das Flirten, beibehalten werden. Zweitens gibt es offizielle geschlechtsspezifische Regeln, wie die Vorschrift, dass Frauen nur von Frauen durchsucht werden dürfen. Und drittens wurde trotz Grenzüberschreitungen deutlich, dass Normen, die den korrekten Umgang mit Frauen betreffen und geschlechtsspezifische Werte, wie „Mutterschaft", in der Interaktion doch zum Tragen kommen, wobei hier davon auszugehen ist, dass Ähnliches auch für andere Umgangsformen im Hinblick auf Alte und kleine Kinder gilt. Das bekanntermaßen ungleich größere Risiko für Männer im wehrfähigen Alter ist ein Beleg dafür, denn bezüglich des Geschlechts müsste in Konflikten, wo das ganze Wohngebiet Konfliktgebiet ist, die Chance für Männer und Frauen in diesem Alter, politische Gewalt auszuüben und ihr Opfer zu werden, gleich groß sein, weil jeder Mensch verletzungsmächtig und verletzungsoffen ist (Popitz 1992). Der Blick in die Statistiken zeigte jedoch, dass Männer sowohl in Nordirland als auch in den besetzten Gebieten nicht nur mit einem wesentlich höheren Risiko lebten, Opfer politischer Gewalt zu werden, sondern auch wesentlich häufiger die Täter politischer Gewalt waren. Da von Frauen meist keine unmittelbare Gefahr ausging, verwundert es nicht, wenn sie seltener Ziele staatlicher Sicherheitsmaßnahmen wurden:

> „Das erste Problem der britischen Armee ist, dass ich Nationalistin bin, Republikanerin oder Sozialistin. Also werden sie mich nicht zuerst als Frau identifizieren. Wenn man ihre anderen Klischeevorstellungen voraussetzt – das Militär ist ursprünglich ein männlicher Beruf –, wird mich der Umstand, dass ich eine Frau bin, beim ersten Hinsehen weniger bedrohlich erscheinen lassen. Erst beim nächsten Blick fängt Bedrohlichkeit an, ein Thema zu werden. (...) Sehr wenige Soldaten in diesem Land sind von Frauen beschossen worden. Deshalb wird eine republikanische Frau von einem britischen Soldaten – wenn er auf der Straße Patrouille geht und versucht, sich nicht töten zu lassen – beim ersten Hinsehen nicht so negativ wahrgenommen wie ein republikanischer Mann. Wenn er aber weiter Patrouille geht und lange genug hier ist, werden republikanische Frauen sichtbarer für ihn, weil er sich des Militärischen bewusst wird – und ich nehme das nur als Beispiel – denn sobald er anfängt über mehr nachzudenken als nur darüber, wer ihn erschießen will, wird ihm klar, dass jedes Gesicht eine mögliche Quelle der körperlichen Gefahr für ihn sein kann. Wenn er lange genug hier ist, wird er sich alles anschauen und sagen: ‚Die arbeiten nicht jeder

für sich alleine, oder? Wo ist die Infrastruktur?‘ Dann fängt er an, die Frauen anzuschauen. Für ihn ist es also zunächst zweitrangig, er wird zuerst mit seinen Identifikationsschemata schauen.“ (Bernadette Mc Aliskey, NI 23)

Wenn die Art und Weise in der Frauen eher aktiv waren von Soldaten als weniger gefährlich interpretiert wurde, so entsprach dies also ihrer Erfahrung. Trotzdem ist klar, dass nicht nur dem individuellen Soldaten, sondern den Sicherheitskräften im Allgemeinen die Infrastruktur des Widerstandes auffällt. Zudem beruht die Erfahrung auf einer gewissen Wahrscheinlichkeit, deren Restrisiko mit jeder Attentäterin größer wird. Daher ist es wenig überzeugend anzunehmen, es seien nur geschlechtsstereotype Vorstellungen der Sicherheitskräfte gewesen, die dazu führten, dass Frauen seltener Opfer und Ziele von Sicherheitsmaßnahmen wurden. Überzeugender ist zusätzlich die Erklärung, nach der prinzipiell verschiedene Formen politischer Aktivitäten unterschiedlich sanktioniert wurden unabhängig davon, ob sie Männer oder Frauen ausführten, wobei de facto diejenigen, die am härtesten sanktioniert wurden, in der Regel von Männern ausgeführt wurden:

„Das Gefährliche für die Israelis sind die Waffen, diejenigen, die am bewaffneten Kampf teilnehmen. Man hat die nicht arbeiten lassen, sie wurden schnell verhaftet, aber wer auf der politischen Ebene gearbeitet hat, hatte es leichter, weißt du, das ist der Unterschied. Man kam für sechs Monate ins Gefängnis für die politische Arbeit – aber für die mit den Bomben und Gewehren – das bereitet den Israelis echte Probleme und sie verstehen es auch nicht. Wer so gearbeitet hat, ist für lange Zeit ins Gefängnis gewandert. (...) Nicht so viele Frauen, weil die Frauen eher auf der politischen Ebene arbeiten, es ist leichter für sie. Es ist nicht so leicht für eine Frau, draußen zu sein und an Waffen zu trainieren – vielleicht ist es die Tradition, die Frauen sind hier so.“ (Lina Salem, PAL 14)

Entsprechend der Begrenzungsstrategie kann es durchaus Sinn machen, nicht alle zum Sicherheitsrisiko zu erklären und nicht alle möglichen Aktivitäten zu politisieren, die gar keine unmittelbare Sicherheitsrelevanz haben. Wenn also unterschiedliche Aktivitäten unterschiedlich sanktioniert und manche einfach geduldet werden, kann es dafür verschiedene Gründe geben und nicht nur Geschlechtsstereotype. Damit ist weder gesagt, dass die Kategorie Geschlecht nicht zur Einschätzung der Gefährlichkeit von Aktivitäten diente und Weiblichkeit als Mittel gegen den Widerstand nicht genutzt wurde, noch dass es keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Begrenzungsstrategie gegeben habe. Im Folgenden geht es um die Kategorie Geschlecht in der staatlichen Begrenzungsstrategie und inwiefern sie ihre eigenen Paradoxien erzeugte, von denen eine offensichtlich ist: Selbst wenn keine einzige Frau jemals Opfer oder Ziel staatlicher Sicherheitsmaßnahmen geworden wäre, so wären sie

doch immer noch Zeuginnen und Leidtragende gewesen, weil es ihre Brüder, Freunde, Männer, Väter und Söhne sind, die es wurden.

Geschlecht und die „besetzte Straße“

Die von Sicherheitskräften „besetzte Straße“ stellte für die Widerstandsgesellschaft eine Mobilitätsbeschränkung und -kontrolle dar. Sie wurde wegen der Aktivitäten des Widerstandes und der staatlichen Gegenmaßnahmen, oder der Aktivitäten nichtstaatlicher gewalttätiger gegnerischer Gruppen, wie militanter israelischer Siedler bzw. Loyalisten, zu einem gefährlichen Ort, wo alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen haben, denn vollständig vermeiden konnte man ihn nicht. Die Vorsichtsmaßnahmen umfassten bestimmte Orte, wo man nie hingeht, bestimmte Orte, wo man zu bestimmten Zeiten nicht hingeht, Alarmsignale für bevorstehenden Ärger, wie etwa in Nordirland die Männer mit den langen Mänteln, unter denen sie ihre Waffen versteckten, und wie man sich selbst zu verhalten hat, um Ärger zu vermeiden. Andererseits erschien unter erschwerten Bedingungen die Mobilität zusammen mit der Teilnahme am Geschehen in der Öffentlichkeit nicht nur aufregend, sondern die körperliche Mobilität konnte zum Ausgangspunkt und Symbol für eine geistige Befreiung werden:

> „Wenn ich zurückdenke, war es eine aufregende Zeit [der Gefängnisproteste; SK] für einen jungen Menschen, wegen dieser Empfindung der Gefahr, wenn man die Grenzen überschritten hat, wenn man das eigene Gebiet, das eigene Viertel verlassen hat. Da hat mein politisches Bewusstsein sicherlich seine Ursprünge. Weil es die Art und Weise, in der ich alles gesehen habe, vollkommen verändert hat: Ich habe angefangen, Dinge zu hinterfragen, die meine Eltern gesagt hatten, die katholische Kirche, das Bildungssystem, ich habe einfach alles in Frage gestellt.“ (Carol Cullen, NI 20)

Auch für manche palästinensischen Frauen war die Bewegungsfreiheit, die ihnen zum Beispiel während der '87er *Intifada* zugestanden wurde und die die Grundlage für neue Eindrücke und Erfahrungen bildete, Ausgangspunkt für eine geistige Befreiung, die darin bestand, Bestehendes in Frage zu stellen, jedoch, so Amal selbstkritisch:

> „Wir sind dann politische Kämpferinnen geworden – zusätzlich zu unserer angestammten Rolle, Mutter zu sein, die Familie zu führen, die Einheit der Familie zu erhalten und die drängenden Probleme anzugehen, die aus der politischen Situation entstanden. (...) Aber Frauen an der Gesetzgebung und an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, was wir jetzt mit dem Schlagwort ‚Empowerment‘ bezeichnen – das kam in unserer Praxis, in unserer Bildungsarbeit nicht vor. Weil wir eingesperrt waren, weil wir von der ganzen Welt abgeschnitten waren, haben wir nur uns selbst gesehen, weißt du – diese Opfermentalität.“ (Amal Khreishe, PAL 21)

Von anderen oder selbst auferlegte Mobilitätsbeschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen sind für Frauen, wenn sie geschlechtsstereotyp erzogen wurden, im Prinzip nicht neu – sei es wegen der Gefahr für Leib und Leben und besonders einer Vergewaltigung, die angeblich an bestimmten öffentlichen Orten und zu bestimmten Zeiten, vor allem Nachts, lauert[234] und angeblich durch aufreizende Kleidung provoziert wird, oder seien es Schicklichkeitsgründe, wo ein anständiges Mädchen nicht hingeht und welche Kleidung es nicht trägt bzw. im palästinensischen Kontext, dass es die Familienehre nicht gefährden darf. Wenn man also feststellt, dass sich die Mobilität von Frauen in einer Widerstandsgesellschaft erhöhen kann, weil sie bestimmte Funktionen im Widerstand übernehmen, und sich dagegen die von Männern verkleinert, heißt dies noch lange nicht, beide seien dann gleich mobil oder Frauen mobiler als Männer. Wie hoch der Mobilitätsgewinn und damit verbunden das Maß an Befreiung eingeschätzt wird, hängt zudem davon ab, wie eingeschränkt man sich vorher fühlte. Waren die Einschränkungen vorher nicht gravierend, wurden Aktionen, die eher typisch weiblich sind, gar nicht als besonders erwähnenswert im Sinne eines Ausbruchs aus geschlechtsspezifischen Normen und Eroberung männlicher Domänen interpretiert nur weil sie auf der Straße stattfanden:

> „Ich würde mal sagen, ich bin immer eine stille Republikanerin gewesen, habe meine Ansichten für mich behalten – und als meine Kinder noch klein waren, habe ich mich hauptsächlich auf sie konzentriert. Wir haben in Twinbrook gewohnt, bevor wir hier runter gezogen sind; Sands war im Hungerstreik gestorben und ein junges Mädel aus Twinbrook war mit einem Plastikgeschoss ermordet worden, und eine Menge Frauen haben sich an der Stelle versammelt, wo es passiert war, um ein paar Gebete zu sprechen, und dann ist die Armee auf uns losgegangen und hat uns von der Straße runter geprügelt. Ich meine, ich bin schon auf die Straße gegangen und habe solche Sachen gemacht.“ (Pat O'Rawe, NI 25)

Aus solchen Erzählungen wird deutlich, wie selbstverständlich es war, wenn Frauen diese Formen des Protests auf der Straße abhielten, die auch für Frauen keineswegs ein völlig ungefährlicher Ort war. Kritisch wurde gesehen, dass Männer bei Protestformen, die gewaltlos waren und bei denen es darum ging, bestimmte Dinge anzuprangern, wenig vertreten waren –

> „Es waren die Aktivitäten der älteren Frauen auf den Straßen, weißt du, die Art, wie sie organisiert und mobilisiert und aufgeklärt und geteilt haben – Männer tun das nicht. Und dann habe ich mich an den Aktivitäten rund um die Hungerstreiks beteiligt,

234 Tatsächlich lauert bekanntlich nicht nur die Gefahr für Mädchen und Frauen vor allem in der eigenen Familie, sondern sind es im öffentlichen Raum vor allem Jungen und junge Männer, die Opfer von Gewalt werden, und zwar auch ohne einen gewaltsamen politischen Konflikt, wie etwa in Deutschland (Lenz 2004).

und als Mairead Farrell, Mairead Nugent und Mary Doyle in den Hungerstreik gingen, habe ich gemerkt: also ist es nicht so, dass es nur Männer sind, sondern so ist es wirklich!“ (Carol Cullen, NI 20)

– während erst die Teilnahme von Frauen an Aktivitäten, die zur männlichen Domäne gehören, als Bruch mit Rollenklischees interpretiert wurde. Hinzu kommt, dass die meisten Frauen in Nordirland, die an gewaltlosen Protesten teilnahmen, die RACs bildeten oder die Kampagne gegen Plastikgeschosse trugen, nicht aus der Elite – im Sinne von Bildung, Kapital usw. – der Gesellschaft stammten. Im palästinensischen Kontext konnten einige den von anderen konstatierten Gewinn an Mobilität und Freiraum während der *Intifada* nicht bestätigen. Die Gründe dafür waren die eigene, eher privilegierte Herkunft und die Einstellungen des Elternhauses, die vorher dazu geführt hatten, dass sie viel mehr Freiraum gehabt hatten:

„Unsere Kinder, unsere Töchter machen sich Gedanken über ihre Zukunft, über ihre Karriere und darüber, was sie tun können, was sie arbeiten möchten. Sie wollen ein gutes, ein glückliches Leben. Aber unsere Generation, wir haben das neun Jahre lang nicht getan – ich verstehe bis heute nicht, wie – neun Jahre unseres Lebens. Wir wissen nicht, wie – wir hatten nicht das Gefühl, jung zu sein, und dass wir zu Parties oder zum Schwimmen gehen sollten – solche Dinge. Wir hatten so etwas nicht. Wir hatten nur Nachbarn [wegen der ständigen Ausgangssperren; SK]. Das ist gut, aber nicht das Leben, das wir uns wünschen. Aber ich habe schon gesagt, das lag nicht in unserer Macht, wir konnten nichts tun. Die Heutigen haben ein anderes Leben: Sie veranstalten jetzt Parties, sie können überall hingehen – besonders in den Autonomiegebieten können wir uns frei bewegen. Meine Töchter gehen manchmal in Israel aus, beispielsweise in der Jaffa Street. (...) Ich habe nichts dagegen. Als ich in diesem Alter war, bin ich auch dorthin gegangen, weil es keine *Intifada* gab und es ein gutes Leben war. Immer wieder war ich dort, aber nicht während der *Intifada* – so sind uns die schönsten Jahre unseres Lebens verloren gegangen.“ (Maha Rishmawi, PAL 34)

Ein anderer und weiter verbreiteter Grund für nur geringen Mobilitätsgewinn war, dass die „besetzte Straße“ nicht einfach als eine Zone der Unsicherheit wegen drohender Gewalt wahrgenommen wurde, sondern speziell für Mädchen und Frauen, wegen der Begegnung mit den männlichen Sicherheitskräften, der Möglichkeit von Grenzüberschreitungen durch deren Benehmen oder der einer Verhaftung, als Gefahrenzone galt. Die stark ausgeprägte Vorstellung einer größeren weiblichen Verletzungsoffenheit, die direkt an die Verwundbarkeit der gesamten Gesellschaft gekoppelt ist, führte dazu, dass die Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen eingeschränkt und die soziale Kontrolle erhöht wurde.

„Meine Mutter hat natürlich versucht mich aufzuhalten, weil ich ja ein Mädchen war. Die Gesellschaft hat ihr eingeredet, dass es sehr schlimm ist, wenn Mädchen ins Ge-

fängnis kommen, weißt du. Die israelischen Besatzer haben gewusst, wie wir, die Araber, denken – das war immer wie Gift zwischen den Menschen. Ich habe von Anfang an gewusst, dass ich vielleicht im Gefängnis lande oder getötet werde. Man konnte mich nicht zurückhalten. Ich war sehr stark.“ (Ahlam Samhan, PAL 6)

Dies umso mehr, weil der Gegner genau dieselben Werte, Normen und Stereotype, die Frauen nützlich für den Widerstand machten, gegen Frauen und damit gegen den Widerstand verwenden konnte. So war die *Intifada* zwar für einige Frauen ein Vollzeitjob bei dem sie ständig unterwegs waren:

„Zur Zeit der *Intifada* bin ich an einem normalen Tag manchmal um sechs Uhr aufgestanden – vor allem nach meiner Heirat wollte ich ungefähr um sechs aus dem Haus sein, damit keiner unser Haus kennt und niemand weiß, dass ich aktiv bin. Ich bin also aus dem Haus gegangen und habe mich von neun bis zwölf Uhr mit anderen jungen Leuten, mit anderen Studenten und anderen Frauen getroffen. Von zwölf bis zwei, drei Uhr gab es dann Aktivitäten auf der Straße – wir haben Steine geworfen, Straßen verbarrikadiert, Reifen verbrannt, viele, viele Dinge. Und dann bin ich zurück nach Hause gegangen oder auch in ein anderes Haus und habe schnell was gegessen. Manchmal gab es dann wieder eine Versammlung, um zu besprechen, was morgens passiert war und um zu beraten, ob wir abends noch mehr tun müssten. Manchmal bin ich erst gegen zehn schlafen gegangen, weil ich noch lesen oder was schreiben musste, weil ich noch Papiere vorbereiten musste, oder weil ich Aufrufe und Flugblätter von der Druckerei abholen und in den Dörfern verteilen musste.“ (Inaam Z. Labadi, PAL 38)

Für andere bedeutete *Intifada* jedoch die meiste Zeit zu Hause zu sitzen, nicht mehr zur Schule oder Universität zu dürfen und sich von den Soldaten fern zu halten, was fast gleichbedeutend mit einem Verbot war, die Straße überhaupt zu betreten:

„Damals sind wir zu Hause geblieben und haben nichts getan, wie jeder Palästinenser in dieser Zeit. Ständig war Ausgangssperre, es gab Demonstrationen, es gab Märtyrer, es gab Schießereien. Und wenn die Männer kamen, wurde mit den Soldaten gekämpft – wir Mädchen haben auch gekämpft, aber nicht von Angesicht zu Angesicht wie die Männer. Und unsere Männer haben uns manchmal zurückgehalten – die Männer mögen das nicht, sie wollen uns immer beschützen. Wir helfen auf andere Weise, weißt du. Wir unterstützen sie, immer. Manchmal schicken wir ihnen Nahrungsmittel, wenn sie losziehen, wir verstecken sie. Sie sagen immer, wir sollen uns von den Soldaten fernhalten, aber das ist nicht leicht, weißt du – die Soldaten verhaften auch Mädchen.“ (Ahlam Sanad, PAL 4)

Die Situation wirkte sich aber nicht nur in Form von Mobilitätsbeschränkungen aus, sondern konnte die gesamte Lebensplanung im Hinblick auf eine angestrebte Ausbildung bis hin zu einer Heirat beeinflussen:

„Ohne die *Intifada* wäre mein Leben ein anderes, ja, und mein Mann wäre auch ein anderer. Wie ich schon sagte, die Situation hat mich gezwungen – er ist mein Cousin – vor der *Intifada* haben sie gesagt, wenn du älter bist, wirst du ihn heiraten. ‚Nein,' habe ich gesagt, ‚er ist für mich wie ein Bruder, ich werde ihn nicht heiraten.' Als sie mir aber während der *Intifada* gesagt haben, dass er mich heiraten möchte, war ich einverstanden, weil ich auch mich selbst schützen wollte." (Ahlam Sanad, PAL 4)

Da eine Hochzeit weder vor Kugeln schützt noch es einsichtig wäre, inwieweit sie vor israelischen Soldaten schützen sollte, die ja zunächst gar nicht wissen können, ob jemand verheiratet ist oder nicht, scheint es eher, dass es ein Schutz vor dem schlechten Gerede in der eigenen Gesellschaft war. Dahinter steht die Vorstellung, eine unverheiratete junge Frau würde eine ständige Gefahr für ihre eigene Jungfräulichkeit und damit die Ehre der Familie darstellen. Anders gesagt, sind es demnach die weiblichen sexuellen Triebe und ihre Macht über das männliche Geschlecht, die eine Bedrohung sind (vgl. Mernissi 1975). Daher die Idee, möglichst jung zu verheiraten, um das drohende Chaos aufgrund nicht regulierter Sexualität abzuwenden, und deshalb die Popularität des *Hijab* und sonstiger Bedeckung, die sexuelle Nicht-Verfügbarkeit signalisiert. So wird auch verständlich wieso Frauen, denen sexuelle Gewalt angetan wird, selbst schuld sein sollen: Es ist Aufgabe der Frauen, Versuchungen und Männern aus dem Wege zu gehen, um diese nicht zu reizen.

Wurden Geschlechtsstereotype, die man beim Gegner vermutete, sowohl in Nordirland gegen die Briten als auch in den besetzten Gebieten gegen die Israelis eingesetzt, so kamen bei Letzteren zu den geschlechtlichen immer kulturelle Stereotype hinzu. All diese Stereotype dienten der „Rückeroberung der Straße", die mehr oder weniger symbolischen Charakter haben konnte. Eher symbolisch war er bei Demonstrationen, wenn Frauen Unrecht anprangerten, während Männer sich nicht mehr auf die Straße trauten. Eher praktisch war er, wenn Frauen Ausgangssperren durchbrachen, um Lebensmittel zu verteilen oder sie für den Widerstand schmuggelten. Besser noch als das Geschlecht allein eigneten sich zusätzlich Kinder. Bestes Beispiel dafür sind die Rundbriefe während der *Intifada*. Frauen haben dabei ihre Kinder als zusätzliche Deckung genutzt, um das Mutterbild zu instrumentalisieren, wobei sie offensichtlich davon ausgingen, dass israelische Sicherheitskräfte Mütter für harmloser halten als Frauen ohne Kinder:

„Auch die Frauen, sie waren sehr wichtig, wegen der Flugblätter – da stand drin, was wir im Laufe einer Woche tun wollten, wenn es zum Beispiel eine Ausgangssperre gab. Das konnten nur die Frauen erledigen: Meine Tochter, ich habe sie in einem Korb getragen. Sie schlief, und ich legte tausend von den Flugblättern unten hinein und sie lag obenauf. ‚Oh, sie ist eine Frau, hat ein Baby, ist in Ordnung.' Aber man kämpft

mit sich, wenn man sie so trägt, es ist sehr gefährlich. Die Israelis dachten, sie kennen die arabischen Frauen, dass sie so etwas nicht tun könnten, aber wir waren sehr stark.“ (Ahlam Samhan, PAL 6)

Grundlegende Versorgung zu gewährleisten war in Nordirland nur Thema Ende der '60er und zu Beginn der '70er Jahre als die Infrastruktur – nicht des Widerstandes, sondern die allgemeine zumindest innerhalb der am meisten vom Konflikt betroffenen Gebiete – beschädigt war. In den besetzten Gebieten war und ist sie immer wieder Thema, zum einen, weil die Infrastruktur schlechter ist, zum anderen, weil Ausgangssperren und Abriegelungen immer wieder vorkamen. Wenn Frauen von Sicherheitskräften geduldet diese Aufgaben übernommen haben, so aus dem selben Grund, aus dem Hilfsorganisationen arbeiten können, und zwar um eine zu katastrophale Lage zu vermeiden. Nützlich sind solche und andere Aktivitäten im sozialen Bereich also nicht nur für den Widerstand, sondern ebenso für den Staat, der an einer völligen Destabilisierung der Situation kein Interesse hat. Ob das sich zu Nutze machen moralischer Skrupel, der Sorge um die öffentliche Meinung und geschlechtsspezifischer Stereotype tatsächlich immer ein „Austricksen“ der Sicherheitskräfte war, muss daher zumindest bezweifelt werden. Geschichten wie die folgende, die von Begegnungen mit Sicherheitskräften erzählen, scheinen nur auf den ersten Blick zu bestätigen, wonach sich solche Arbeit als „cover work“ (Jamileh Al-Aswa, PAL 20) für die politische Arbeit eignete:

„Er [Polizist oder Geheimdienstler; SK] sagte: ‚Letzte Woche warst du in ... und du hast eine Feier veranstaltet wegen des Muttertages und du hast Kekse verteilt.‘ Er hatte all die Informationen. Ich sagte: ‚Ja, da bin ich gewesen und ich gehöre zum PFWAC. Also habe ich keine Angst. Ich arbeite mit Frauen, mit Kindern und ich möchte meinen Leuten helfen so wie du den deinen hilfst. Wenn du also das Recht hast mich zu verhaften, weil ich Kekse an Kinder verteile, dann mach das.‘ Er sagte: ‚Nein, geh.‘“ (Jamileh Al-Aswa, PAL 20)

Denn auf den zweiten Blick sind das Entscheidende weder Kekse, noch Frauen oder Kinder, sondern es ist die Demonstration ständiger Überwachung und angeblicher Allwissenheit von Seiten des Staates. Ähnliches gilt für folgende Erzählung aus Nordirland. Sie ist auf den ersten Blick ein Beispiel für Schikane mit dem Ziel Frauen indirekt zu bestrafen, indem die Kinder in Mitleidenschaft gezogen wurden:

„Ich habe dann bemerkt, dass meine Kinder anfingen zu leiden. Mein ältester Junge wurde ständig auf der Straße angehalten – er war ungefähr achtzehn – und immer wieder wurde seine Brotdose geöffnet und die Brote auf die Erde geworfen, er musste im Regen seine Jacke ausziehen, er musste im Regen seine Schuhe ausziehen – ‚Heißt deine Mutter Clara Reilly?‘ und all das. Ich habe meinen Kindern immer eingebläut,

dass man stolz sein muss, ein Ire zu sein, denn darum geht es – man versucht es zu verleugnen, dein Irisch-Sein. Das hat mich immer wütend gemacht, dass wir in unserem eigenen Land wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Das ist es, worum es im Grunde geht.“ (Clara Reilly, NI 10)

Und auf den zweiten Blick zeigen sich auch hier die Auswirkungen der Intimität, die zwischen Widerstandsgesellschaft und Sicherheitskräften aufgrund ihrer ständigen Überwachung und Informationsüberlegenheit[235] entstand. Dass Weiblichkeit dazu genutzt werden konnte, dem zu entgehen, zeigten die Probleme, die Frauen dennoch für die Sicherheitskräfte darstellten:

„Ein anderes Problem [als das ‚soziale‘, ein Haus für geheime Treffen einer Gruppe zu finden, in der es Männer und Frauen gab; SK] waren Versammlungen aller Mitglieder einer Zelle. Die Männer wurden von der Geheimpolizei beschattet, sie haben sich nicht gern von der Stelle bewegt. Deshalb mussten Frauen das übernehmen und jeden einzelnen in seinem Haus besuchen, um Befehle zu überbringen. Es war leichter, Frauen zu versammeln, weil sie nicht von der Geheimpolizei verfolgt wurden. (...) Es war leichter, sich zu bewegen, sogar wenn man eine schon der Polizei bekannte Aktivistin war, immer noch leichter als für einen Mann. Der israelische Geheimdienst hat manchmal Frauen eingesetzt, um uns zu folgen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Doch es waren nicht nur praktische Probleme, sondern Geschlechtsstereotype konnten zu moralischen Problemen der Soldaten werden, wobei zu vermuten ist, dass hierbei durch Frauen das Selbstbildnis des Soldaten als Kämpfer, der sich im Kampf mit einem ebenbürtigen Feind misst, in Frage gestellt wurde:

„Sie wussten, dass ich auf der Straße eine Führerin war. Die Soldaten haben mich sogar beim Namen gerufen, sie riefen, ich solle heimgehen. Oder sie haben mich und die Jungs gefangen genommen – während der *Intifada* haben sie morgens die Jungen verhaftet, so dass sie nicht demonstrieren konnten, und sie abends wieder nach Hause geschickt – und ich war das einzige Mädchen, das auch verhaftet wurde.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Allen Beschränkungen zum Trotz konnte die Omnipräsenz der Sicherheitskräfte und deren Maßnahmen für manche einen Freiheitsgewinn von sozialer Kontrolle bedeuten. Dies nicht nur mit der Berufung auf den nationalen Kampf, sondern weil Familie und andere vor vollendeten Tatsachen standen, wenn junge Frauen nachts nicht mehr

235 Solche Erzählungen sind durchaus üblich: Dass beim Überprüfen von Papieren Sicherheitskräfte Bemerkungen zum Beispiel darüber fallen ließen, wo man zur Schule gegangen ist, wen man so kennt und ähnliches. Eine Variante ist das Fragen stellen nach irgend etwas, wovon der Befragte denkt, dass dies dieser Soldat oder Polizist eigentlich gar nicht wissen kann (was vermutlich auch der Fall ist), sich aber dessen eben nie sicher sein kann.

nach Hause konnten wegen beispielsweise einer Ausgangssperre, oder weil sie sich verstecken mussten:

> „Klar wussten meine Eltern Bescheid, dass ich auf der Flucht war, und sie haben nicht versucht mich aufzuhalten. Sie haben mich sehr, sehr unterstützt, solange ich im Freistaat [Republik Irland; SK] gelebt habe – mit Geld und allem. Da waren M. und ich und noch eine Freundin in einer winzigen Wohnung. Ich meine, wir sind nie ausgegangen, aber es war so gut, wenn ich daran zurückdenke. Wir sind die ganze Zeit in der Wohnung geblieben, drei junge Mädchen, zum ersten Mal weg von zu Hause und so.“ (Patricia Moore, NI 27)

Oder sie haben gar denjenigen geheiratet, den sie haben wollten:

> „Er hatte es sehr eilig mich zu heiraten, denn ich bin Christin und er ist Moslem. Er hat den Scheich gedrängt die Papiere auszustellen, damit ich von zu Hause weglaufen konnte, denn meine Familie war gegen diese Heirat. Ich bin von zu Hause weggelaufen, bin bei ihm eingezogen, habe mir einen Anwalt genommen und bin ihm gefolgt, und er wurde in Hebron acht Tage lang eingesperrt – währenddessen habe ich die Papiere besorgt, um seine rechtmäßige Frau zu werden. So war das, das habe ich getan, ich habe ihn geheiratet, während er im Gefängnis war. Die Ausgangssperre hatte für mich auch ihr Gutes, denn meine Eltern konnten nicht kommen und mich und meinen Mann angreifen.“ (Terry Boullata, PAL 1)

Dieses „Gute“ mag eher die Ausnahme gewesen sein. Alles in allem waren die Auswirkungen der „besetzten Straße“ und der Funktionen, die Frauen zu deren „Rückeroberung“ erfüllt haben, keineswegs so revolutionär, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Erstens haben Frauen vor ihrer Teilnahme am Widerstand ihr Leben auch nicht nur im Haus verbracht, was klar ist, wenn man beispielsweise an das Leben in einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb denkt. Zweitens waren die Auswirkungen widersprüchlich, weil was den Einen Mobilität ermöglichte, bedeutete für Andere einen Verlust an Bewegungsfreiheit. Drittens ist das „Austricksen“ des Staates zweifelhaft, zumal Frauen, denen nichts geschieht und soziale Projekte, die geduldet werden, auch für ihn von Propagandawert sind. Trotzdem bleiben Frauen für den Staat ein potentielles Propagandadesaster und ein praktisches Problem. Geht er gegen sie ganz im Sinne der Begrenzung vor, riskiert er ersteres, tut er es nicht, hat er letzteres.

Geschlecht und die „eingetretene Haustür“

Wenn das eigene Haus zu einem „besetzten Raum“ wird, weil sich Sicherheitskräfte jederzeit Zutritt verschaffen dürfen, wird der Konflikt in die Familien hinein getragen. Die Hilflosigkeit der Eltern kann zu einem Autoritätsverlust führen und so die Kontroll- und Erklärungsprobleme beider Elternteile gegenüber den Kindern ver-

schärfen, denn wie soll man ihnen verständlich machen, wieso Militär und Polizei ungestraft tun dürfen, was als verboten gilt, und zudem wieso die Eltern nichts dagegen unternehmen? Bei den Debatten um die Jugendkriminalität, wie sie in Nordirland seit Beginn des Konflikts geführt werden, ging es nicht nur um die Legitimität der republikanischen Bewegung, die ihr nicht Einhalt gebieten konnte, und später um die Legitimität des Friedensprozesses, sondern es spiegeln sich Ängste vor einem Zusammenbruch der sozialen Ordnung wider, die von der Jugend nicht mehr akzeptiert wird. Wurde bei diesen Debatten politische Legitimität indirekt thematisiert, so geschieht dies direkt, wenn die alte Ordnung vertreten durch die Eltern problematisiert wird. Frauen, die politisch aktiv wurden und deren Familie unpolitisch war, grenzen sich von dieser Generation ab, wenn sie ihnen vorwerfen, sich zuviel gefallen gelassen, vor der Realität die Augen verschlossen und diese Realität von ihren Kindern fern gehalten zu haben:

> „... ich meine, Daddy ist auch verhaftet worden und war interniert – aber es war eine dieser Sachen: Es ist mir nie erklärt worden, und tatsächlich habe ich geglaubt, dass er irgendwo weit weg ist, um zu arbeiten! Es ist auch nie darüber gesprochen worden, weißt du, wenn man bei Beerdigungen gefragt hat, was mit der Person geschehen ist, hieß es nur: ‚Sie sind gestorben' – wenn sie in Wirklichkeit ermordet worden waren. Solche Dinge – über alles ist nur mit Beschönigungen der Wirklichkeit gesprochen worden." (Carol Cullen, NI 20)

Im palästinensischen Kontext verschärfte sich diese Abgrenzung, weil der vorangegangenen Generation und damit der früheren sozialen Ordnung vorgeworfen werden konnte, „Palästina verloren zu haben" (siehe oben Terry Boullata, PAL 1). Die Abgrenzung gegenüber der klassischen Frauenrolle, die zu dieser Ordnung gehörte, und gegenüber dem damit verbundenen Lebensweg wurde so nicht einfach eine privaten Entscheidung, sondern zu einem Politikum:

> „Meine Mutter war erst dreizehn, sie war sehr jung, als sie ein Baby bekam – das ist die Einstellung unserer Gesellschaft: Wenn du jung heiratest, ist das gut. So denken sie, und sie denken, Mädchen sollten zu Hause bleiben. (...) Das war früher, nicht heute. Jetzt kämpfen wir dafür, dass sich etwas ändert an dem, was die alten Leute denken – das kommt aus dem Koran, das ist sehr schlecht für uns. Ich kämpfe gegen den islamischen Staat, denn wenn wir hier einen islamischen Staat bekommen, wird es für uns – für die Frauenbewegung – sehr, sehr schwierig. Für uns ist es sehr schlimm, denn die palästinensischen Mädchen kämpfen die ganze Zeit gegen die Besatzung. Wir kämpfen darum, zusammen mit den Männern eine Gesellschaft zu bilden und nicht darum, zu Hause zu bleiben." (Ahlam Samhan, PAL 6)

Darüber hinaus haben die verwischten Grenzen zwischen öffentlich-politischer und häuslicher Sphäre für Männer und Frauen unterschiedliche Konsequenzen. Zwar be-

deuteten sie für beide einen Kontrollverlust über die eigene Privatsphäre und Lebensgestaltung, aber wenn man davon ausgeht, dass die öffentlich-politische Sphäre gleichzeitig eine männliche war, und die häusliche weiblich, ergibt sich folgendes Bild: Für Männer ist es ein Kontrollverlust zusätzlich zu dem über die öffentlich-politische Sphäre, die sie für ihre Domäne gehalten haben, während gleichzeitig der Rückzug ins Private problematisch wird, und ihre Stellung als Oberhaupt der Familie, die sie offensichtlich nicht beschützen und oft aufgrund der Umstände nicht durch ihre Arbeit versorgen können, wird zweifelhaft. Anders ausgedrückt können sie ihre Rollen nicht mehr erfüllen. Hinzu kommt, dass in Phasen hoher Konfliktintensität in vielen Familien männliche Mitglieder entweder im Gefängnis oder auf der Flucht waren, oder sich zumindest kurzfristig lieber vor Sicherheitskräften versteckten und dabei auf den Schutz ihrer Frauen angewiesen waren.

Bloß weil manche Frauen weniger in den „besetzten Straßen" unterwegs waren, waren sie nicht automatisch weniger von dem Konflikt betroffen. Da Männer wegen ihrer Arbeit oder aus konfliktbedingten Gründen seltener zu Hause waren als viele Frauen, bedeutete die „eingetretene Haustür", dass der Konflikt so Einzug in ihr Leben hielt. Nicht nur, dass CS Gas und Kugeln nicht vor Häusern halt machen, sondern es waren Frauen, die sich mit den Soldaten auseinandersetzen mussten, wenn diese in das Dorf, *Camp* oder Stadtteil einfielen und die Häuser durchsuchten. Das eventuell verursachte Chaos aufzuräumen und den entstandenen Schaden auszugleichen, fiel dann wiederum in den Aufgabenbereich derjenigen, die für das Funktionieren des Haushaltes zuständig sind, und dies dürften in den meisten Fällen Frauen gewesen sein. An das Haus gebunden und dafür zuständig das Funktionieren der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, waren sie es, die bei solchen Gelegenheiten die Beschimpfungen und Prügel einstecken mussten. Die Viktimisierung weiblicher Angehöriger konnte dazu dienen, indirekt diejenigen zu bestrafen, die sich am Widerstand beteiligten und so sollte konformes Verhalten aller erzwungen werden. Dasselbe gilt für Kollektivstrafen, wie die von Israel praktizierte Zerstörung oder Versiegelung von Häusern der Familien derjenigen, die sich am gewaltsamen Widerstand beteiligten[236]. Dahinter steht die Vorstellung, dass in der palästinensischen Gesellschaft auf-

236 „The declared objective of house demolitions was deterrence, achieved by harming the relatives of Palestinians who carried out, or were suspected of involvement in carrying out, attacks against Israeli citizens and soldiers. Indeed, the main victims of the demolitions were family members, among them women, the elderly, and children, who bore no responsibility for the acts of their relative and were not suspected of involvement in any offense" (*b'tselem* 2006). Von Ende 1987 bis 2005 wurden zur Bestrafung 1.115 Häuser komplett zerstört, vierundsechzig teilweise und weitere 417 ganz oder teilweise versiegelt (ebd.). Zerstörungen wegen fehlender Baugenehmigungen sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

grund der engen Familienbande die ganze Familie haftbar für die Taten eines ihrer Mitglieder gemacht werden kann und dies eine besonders abschreckende Wirkung hätte, wofür es allerdings keinen Beweis gibt. Schon die „eingetretene Haustür“ verschärft die Problematik der Grenzüberschreitungen, zum einen, weil sie selbst eine ist, zum anderen durch die Willkür der Sicherheitskräfte, die Angst und Unsicherheit verbreitet, wie die folgende Geschichte zeigt, die eine von Grenzüberschreitungen und Viktimisierung der Mutter und indirekter Bestrafung des Vaters ist, der hier nur versucht hatte, sich gegen Willkür zu wehren:

> „Meine Familie hatte diese ganzen Schikanen erlebt; meine Mutter wurde ungefähr '83 oder '84 auf dem Heimweg angehalten – sie war schwanger – und ich erinnere mich, wie die Armee auf dem Grundstück war und viel Schaden angerichtet hat, ich erinnere mich an meinen Vater, er hatte einen Streit mit ihnen, weil sie um sein Haus herum so viel kaputt gemacht haben, und in der Zwischenzeit hatten wir den Bus verpasst, so dass mein Vater uns zur Schule fahren musste. Und in der Zwischenzeit kam die Armee wieder zu unserem Haus, meine Mutter war immer noch da, und sie haben angefangen alles kaputtzuschlagen und Türen einzutreten, und als Folge hatte sie eine Fehlgeburt. Und ich erinnere mich, dass sie das beim NIO [*Northern Ireland Office*, britisches Ministerium für Nordirland, während der Direktherrschaft faktisch die Regierung; SK] vorgelegt hat, dass sie sie vor Gericht gebracht hat und eine Entschädigung zugesprochen bekam.“ (Bronwyn Mc Gahan, NI 14)

Wurde hier schließlich der Rechtsweg erfolgreich eingeschlagen, so ändert das nichts daran, dass die Sicherheit des Hauses eine Fiktion ist. So gesehen bleiben auch die Versuche, Frauen aus der gefährlicheren öffentlichen Sphäre zu drängen, eine Fiktion von Sicherheit, insofern sie suggeriert, Männer der Widerstandsgesellschaft könnten sie herstellen. Bleiben Häuser im Vergleich zur Straße sicherer, dann deshalb, weil dies vom Staat gewollt ist. Im Gegensatz zum Rollenverlust der Männer erweiterte sich die Rolle von Frauen, weil zwar der Mann vorher das Oberhaupt der Familie, aber das Haus trotzdem eine weibliche Domäne war, und dann die Aufgaben des Schutzes und der Versorgung eine neue Dimension erhielten – zum einen weil der Rollenverlust des Mannes kompensiert werden musste, zum anderen weil die Schutz- und Versorgungsfunktion auf die öffentlich-politische Sphäre ausgedehnt wurde. In der Erinnerung an die ohnmächtige Wut ihres Vaters über Grenzüberschreitungen von Soldaten zeigt sich, dass dabei Vorstellungen von Männlichkeit und der Versuch ihrer Wiederherstellung zum Tragen kamen:

> „Ich bin in *Derry* geboren. Wenn ich Jahre zurückdenke, als der Ärger richtig schlimm war – es hat da einen Streik der Elektrizitätswerke gegeben, und einmal kommt mein Vater durch den Hinterhof und erwischt ein paar Briten, wie sie durch die Fenster gucken und wir sitzen alle im Nachthemd in der Küche und mein Vater kommt mit

seinen Freunden heim – er war fischen gewesen – und er hat sie erwischt und ihm ist der Kragen geplatzt, er wollte sie verprügeln, er sagt: ‚Nehmt eure Gewehre runter ... !' (...) [... und kämpft wie Männer' – so lautet der Rest der Aufforderung; SK] – Ich erinnere mich, als wär's gestern gewesen." (Theresa Harkin, NI 28)

Der drohende Autoritätsverlust von Vätern, die nicht einmal mehr die Herren im eigenen Haus sind, wurde im palästinensischen Kontext dramatischer, weil die männliche Autorität über die Familie eine zentrale Stellung in der traditionellen Ordnung einnahm. Das Hinwegsetzen über die väterliche Autorität in einer Gesellschaft, in der dies im Extremfall mit einem „Ehrenmord" geahndet wird, wurde zur Voraussetzung für politische Aktivitäten, wenn der Vater nicht mit ihnen einverstanden war:

„Als ich verhaftet wurde, sind die Israelis um elf Uhr nachts mit vielen Autos und Leuten zu unserem Haus gekommen. Ich habe schon darauf gewartet, weil ich wusste, dass jemand geredet hatte. Ich war bereit – sie haben mir Handschellen angelegt und mich zuerst nach Bethlehem und dann nach Jerusalem zum Verhör gebracht. Ich bin dort achtzehn Tage geblieben und es gab ständig Schläge. (...) Natürlich, die ganze Zeit, und sie haben mich allein in eine sehr, sehr kleine Zelle gesperrt – und dann immer die Ratten. Es war – eine gute Erfahrung. (...) Gut in dem Sinne, dass man nachher alles kennt. (...) Mein Vater hat immer mit mir gestritten und gesagt: ‚Wenn dir etwas zustößt, werde ich nicht hingehen und nach dir fragen.' Als er zum ersten Mal zu mir ins Gefängnis kam, sagte er: ‚Schau dir an, was mit dir passiert ist, du sitzt im Gefängnis.' Ich habe zu ihm gesagt: ‚Wenn du das nächste Mal kommen und so mit mir reden willst, komm nicht.'" (Georgette Rishmawi, PAL 24)

Diese familiären Auseinandersetzungen zeigen den Zusammenbruch der alten Ordnung an, der gleichzeitig ein Machtverlust für Männer bedeutete. Politisches Engagement wurde zu einer der Möglichkeiten, sich über diese Ordnung hinwegzusetzen zumindest insofern, wie der Extremfall „Ehrenmord" oder auch Verstoßung aus der Familie nicht damit legitimiert werden konnte. Indem Angehörige der israelischen Sicherheitskräfte versuchten, sich durch die Nutzung der Familienverhältnisse zu entlasten, um junge Frauen von politischen Aktivitäten abzuhalten – mögen sie auch selbst der Meinung sein, so der „anderen Kultur" Respekt zu zollen – machten sie sich gleichzeitig Spannungen zwischen den Generationen sowie in den Geschlechterverhältnissen zunutze:

„Jeden Tag gab es an den Schulen Demonstrationen und ich habe sie angeführt. Und wenn die Studenten – an der Höheren Schule, Teenager also – die Geheimpolizei hat diese Leute nicht verhört – besonders die Mädchen nicht. Sie haben ihre Eltern vorgeladen, ihre Väter, und die Väter verhört und ihnen eingeschärft, sie sollten auf ihre Töchter aufpassen. Mein Vater wurde zweimal von der Geheimpolizei vorgeladen. Und einmal ist mein Vater – er war dagegen, dass jemand aus der Familie sich in die

Politik einmischte – einmal ist er mir zu einer großen Demonstration der Schulen gefolgt und hätte mich beinahe geschlagen, weil ich darin verwickelt war.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

Die „eingetretene Haustür“ bedeutet nicht nur, dass der Konflikt bis in die Familie eindringt, weil das Haus zu einem unsicherem Ort im Konflikt wird, sondern die Familienverhältnisse und damit die in ihr herrschenden Autoritätsverhältnisse wurden sozusagen aus dem Haus in den Konflikt gezerrt. Dass die Familie schon dafür sorgen würde, ihre Töchter von der Straße fern zu halten, war dabei keineswegs aus der Luft gegriffen, wenn Männer versuchten ihren Machtverlust in der Familie rückgängig zu machen:

„Jedes Mal, wenn ich verhaftet wurde, haben meine Brüder [ihr Vater war tot; SK] mich bestraft. Einmal hat ein israelischer Captain zu mir gesagt: ‚Gut, ich stecke dich nicht ins Gefängnis, weil dich das nicht aufhalten wird, sondern ich schicke dich nach Hause, und deine Brüder werden wissen, wie sie dich bestrafen müssen.‘ Und er hatte recht. Ich hatte weniger Angst vor den Soldaten als vor meinen Brüdern. Ich habe immer gegen die Soldaten gekämpft: Ich habe sie geschlagen, sie haben mich geschlagen, und die Leute haben gefragt: ‚Warum hast du niemals Angst?‘ Aber wenn ich heimging, hatte ich furchtbare Angst. Meinen Bruder oder meine Mutter kann ich nicht zurückschlagen. Das hat viel mehr weh getan, weil ich meine Wut nicht äußern konnte – so war es viel leichter, sie den Soldaten gegenüber zu äußern. Schließlich haben sie es aufgegeben. Das erste Jahr waren sie hart, aber dann sagten sie: ‚Wenn du stirbst, dann stirbst du.‘ Mein Bruder sagte: ‚Du willst getötet werden? In Ordnung, aber nicht gefangen genommen‘ – er hatte nämlich Angst, dass ein Mädchen, wenn sie verhaftet wird, von den Soldaten vergewaltigt oder sexuell belästigt werden könnte, was teilweise auch stimmte. Meine Familie machte sich große Sorgen über diese Möglichkeit bei einer Verhaftung.“ (Hanan Arouri, PAL 9)

Konnte der Preis, den palästinensische Akteurinnen, zumindest im Hinblick auf ihre eigene Gesellschaft, für ihr politisches Engagement zahlten, um einiges höher sein als der von Männern, weil Männer solchen Reaktionen der Familie nicht ausgesetzt waren oder auch ihre Heiratsaussichten nicht sanken, so galt für alle politisch Aktiven, dass sie den sicheren – im Gegensatz zu einem gewissen Risiko, dem jeder ausgesetzt war – Einbruch des Konflikts in ihr Haus, und damit die direkten und indirekten Leiden ihrer Familie, in Kauf nahmen:

„Natürlich, als es [die '87er *Intifada*; SK] anfing, hatte ich zwei Kinder, und sie haben viel von dem mitbekommen, was mit ihrem Vater und mir geschah. Die Unterstützung der Menschen richtete sich auf sie, nachdem ich mitten in der Nacht verhaftet worden war und zwei Kinder allein im Haus zurückgelassen hatte [ihr Mann war schon in Haft; SK]. Sie waren dreieinhalb und viereinhalb Jahre alt, ich war gerade dabei, sie

zu baden. Sie waren nackt, als die Soldaten gewaltsam ins Haus eindrangen, und ich versuchte, ein wenig Zeit herauszuschlagen, um sie weiter waschen zu können; zuerst lehnten sie das ab, dann sagte er [der Befehlshabende; SK]: ‚In Ordnung, Sie können gehen, aber ich komme mit ins Badezimmer.' (...) Und am Ende nahmen sie mich – sie sagten mir, ich hätte fünf Minuten, um jemanden aus der Familie zu holen, der auf sie aufpasst, sonst würden sie sie mitnehmen. Die Nachbarn hatten alle Lichter gelöscht; sie wussten, dass ich in dieser Nacht von den Soldaten verhaftet werden würde und sie schauten durch die Vorhänge. Sie sahen, wie ich aus dem Haus kam, und meine Tochter ging Hand in Hand mit mir zum Armee-Jeep – jetzt ist sie sehr aktiv in der politischen Arbeit, in der Jugend. Sie brachte mich zum Armee-Jeep und sagte zu mir: ‚Mama, ich will nicht, dass du zu spät kommst.' Ich sagte, ‚Gut.' Ich hatte mir geschworen, dass ich niemals gestehen würde; ich würde niemals gestehen, denn ich wollte wieder nach Hause gehen können. Wenn ich gestanden hätte, wäre ich vor Gericht gekommen und verurteilt worden." (Maha Nasser, PAL 7)

Dies war in Nordirland nicht anders und Marie Moore betont hier nicht zufällig, dass zum Glück ihre Kinder schon erwachsen waren, denn aufgrund der Anschläge durch loyalistische Gruppen war das Risiko größer (zumindest im Vergleich zu den besetzten Gebieten bis zur *Al-Aqsa-Intifada*[237]), Opfer eines gezielten Anschlags zu werden, bei dem auch Familienangehörige in Mitleidenschaft gezogen werden konnten:

„Bekannt zu sein hat für mein Leben vor allem bedeutet, dass ich nicht regelmäßig zur gleichen Zeit aus dem Haus gehen konnte, wenn ich zu Versammlungen wollte, dass ich für Änderungen sorgen musste – ich musste immer sicherstellen, dass die Termine der Versammlungen verändert wurden: Man hat das Haus morgens nie zur selben Zeit verlassen. Man hatte Tore vor dem Haus und an den Fenstern jede Art von Schutzeinrichtungen, die man bekommen konnte. Weil meine Kinder zu dieser Zeit schon erwachsen und verheiratet waren, hatte ich das Glück, dass ich niemanden zu Hause hatte, aber wenn meine Enkelkinder kamen, hatte ich die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sie genau Bescheid wussten – dass sie die Türen nicht öffnen durften. Dass sie nicht vor der Tür stehen durften, um zu fragen, wer da ist. Man musste mit ihnen üben, was man mit Kindern nicht wirklich gern tut, aber es musste sein. Es hat also bedeutet, dass sich das ganze Leben ändert, und das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die ganze Familie." (Marie Moore, NI 6)

Werden Frauen in einem Umfeld politisch aktiv, wo dies gleichbedeutend mit einem Risiko ist, droht die häusliche Sphäre, deren Garantin sie sein sollen, während Männer verhaftet werden oder „kämpfen", sich ganz aufzulösen. Damit sind auch die grundlegenden Funktionen, die diese Sphäre für die Gesellschaft und den Widerstand erfüllt, bedroht. Fälle, in denen Männer die weiblichen Rollen und so die Garantie

237 Die sogenannten „targeted killings" der israelischen Sicherheitskräfte innerhalb der besetzten Gebiete waren vorher die Ausnahme.

für diese Sphäre übernehmen, stellen jedoch eher eine individualisierte Bewältigungsstrategie dar, die in einer nationalistisch politisierten Gesellschaft das grundsätzliche Problem nicht lösen kann. Die geschlechtlich aufgeladene und zudem kollektivistische Ideologie, in der im palästinensischen Fall die Geschlechterverhältnisse auch noch wesentliches Abgrenzungsmoment sind, ist nur ein Grund dafür. Der andere ist der Kontrollbedarf des Widerstandes über seine Gesellschaft, in der für ihn Dinge berechenbar bleiben müssen, damit er sich organisieren kann. Letzteres gilt ebenso für den Staat.

Mit der „eingetretenen Haustür" drangen Staat und Konflikt also noch weiter in die Familien und damit in die Geschlechterverhältnisse der Widerstandsgesellschaft ein. Der Zugriff des Staates auf die häusliche Sphäre und die Zerrüttung des Familienlebens infolge des Konflikts konnte die herrschenden Geschlechterverhältnisse stark in Frage stellen, denn politisierte Generationenkonflikte und Frauen, die zum Familienoberhaupt werden, erschütterten sie. Gleichzeitig diente die Nutzung traditioneller familiärer Autoritäts- und Geschlechterverhältnisse dazu, den Konflikt zu begrenzen und die Bedrohung, die von der Erschütterung dieser Verhältnisse für Staat und Widerstand ausging, sorgte dafür, dass eine grundlegende Umwälzung nicht stattfinden konnte.

Geschlechtsspezifische Aktionen und Reaktionen des Staates

Geschlechtsspezifische Reaktionen des Staates zeigen sich besonders deutlich dann, wenn Frauen sich in seinen Händen befinden, also verhaftet wurden. In manchen Erzählungen spiegelt sich der besondere Schockeffekt wider, den Frauen hervorriefen, die an der Gewalt beteiligt waren:

> „Die Leute waren über diese jungen Frauen schockiert – ein Richter sagte zu mir, als ich verurteilt wurde: ‚Eine junge Frau wie sie sollte ans Heiraten denken und sesshaft werden und eine Familie gründen, statt Briten zu erschießen'. Die Leute waren schockiert, weil du ein Mädchen warst. Diese altmodische Vorstellung." (Breige Ann Mc Caughley, NI 4)

Diese Erinnerung stammt aus den '70er Jahren. Mag eine gewisse besondere Faszination hinsichtlich weiblicher Täterinnen erhalten bleiben, so kann man wohl davon ausgehen, dass dieser besondere Schockeffekt im Laufe der Zeit abnimmt. So stammt auch diese Erzählung aus der Zeit zu Beginn der israelischen Besatzung:

> „Die Granate [die sie auf Soldaten werfen wollte; SK] ist in meiner Hand losgegangen und ich konnte sie nicht mehr nach ihnen werfen. Sie haben mich nach Gaza ins Krankenhaus gebracht und mich auch gleich verhaftet. Sie haben nur die nötigste Erste Hilfe geleistet, und das war gefährlich, denn ich war an den Augen verletzt, im Gesicht, am ganzen Körper, am Bauch. Die verletzten israelischen Soldaten wurden

mit Hubschraubern ins Krankenhaus geflogen, aber mich haben sie ins Gefängnis von Gaza gebracht. (...) Als ich ihm [einem israelischen Krankenpfleger; SK] viele Jahre später, im Gefängnis wieder begegnet bin, hat er mir erzählt, dass sie die israelischen Soldatinnen zusammengeholt haben und ihnen erklärt haben: Da seht ihr, was palästinensische Frauen anrichten." (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Weiblichkeit als Tarnung oder allgemeiner als Kampfmittel gegen den Feind kann nur funktionieren, wenn Geschlechtsstereotype aufrecht erhalten werden und es nicht zu oft zum Einsatz kommt. Gleichzeitig bieten genau diese Konzepte von Weiblichkeit und ihre unterstellte Verletzungsoffenheit in mehrerer Hinsicht Angriffspunkte, die den Widerstand schwächen können. Wendet der Staat gezielt Weiblichkeit als Mittel gegen den Widerstand an, so konnten demonstrative Traditions- und Tabubrüche ein Mittel sein, um den Widerstand wieder aufzuwerten. Ein Beispiel dafür ist das, was Zahira das „honour business" – also die Unterordnung des traditionellen Ehrbegriffs unter die „nationale Sache" – nannte:

„Natürlich sind die Familien viel mehr um ihre Töchter als um ihre Söhne besorgt, wenn sie im Gefängnis sind, das hängt mit den Traditionen zusammen. (...) Gewalt ist natürlich Gewalt, ob nun Frauen oder Männer sie erleiden – aber anfangs haben die Israelis einige unserer Werte benutzt – den der Jungfräulichkeit zum Beispiel – und versucht das Jungfernhäutchen mit Stöcken zu durchstoßen und so weiter – deshalb waren die Menschen um ihre Töchter besorgt. Es hat auch für eine gewisse Zeit funktioniert die Frauen herauszuhalten, aber später wurden diese Frauen auch sehr unterstützt und wir haben propagiert, dass der nationale Kampf wichtiger sei als die Familienehre oder so etwas. Diese Frauen, die geschändeten Frauen, wurden als nationale Aktivistinnen zu Vorbildern, und deshalb haben sich mehr Frauen in den politischen Parteien engagiert." (Zahira Kamal, PAL 27)

Inwiefern der Versuch einen zentralen Wert wie den der Jungfräulichkeit der „nationalen Sache" unterzuordnen gelungen ist, ist zweifelhaft. Unzweifelhaft ist, dass es sich immer noch um einen zentralen Wert handelt, wie der Extremfall „Ehrenmord" illustriert. Er muss gar nicht besonders häufig vorkommen, denn allein die Erzählungen solcher Vorkommnisse reichen aus, um jungen Frauen klar zu machen, wie sie sich zu verhalten haben. Die größere Sorge um die Töchter, die auch die Sorge um sinkende Chancen auf dem Heiratsmarkt war, und die Sorge von Frauen um sich selbst waren jedenfalls präsent. Die Nutzung traditioneller Werte durch die Sicherheitskräfte gegen diese politischen Akteurinnen anzuklagen, diente einerseits dazu, die betroffenen Frauen zu rehabilitieren und damit andere zu ermutigen, andererseits unterstrich es die moralische Verdorbenheit des Gegners. Dabei ist nicht zu vergessen, dass es nicht nur eine „westliche" Öffentlichkeit gibt, sondern sich die palästi-

nensische Bewegung immer auch an die arabische oder moslemische Öffentlichkeit richtet.

Tabubrüche transportieren die Botschaft, dass der Widerstand durch nichts zu brechen ist, weil die Aktiven bereit sind, ihm alles unterzuordnen. Ein Beispiel für einen demonstrativen Tabubruch von Republikanerinnen war das Menstruationsblut an den Zellwänden derjenigen, die sich am *No-Wash* Protest 1980 beteiligten. Die Beteiligten legten Wert auf die Feststellung, dass ihnen der *No-Wash* durch die Verweigerung der sanitären Anlagen aufgezwungen worden ist. Ihrer Meinung nach hat es sich um eine Disziplinierungsmaßnahme der Gefängnisverwaltung gehandelt, die ein Angriff auf sie, ein Angriff auf den republikanischen Widerstand in den Gefängnissen – schließlich befanden sich Männer zu diesem Zeitpunkt schon seit 1976 im Protest und seit 1978 im *No-Wash* –, und damit ein Angriff auf die republikanische Bewegung gewesen sei, dem sie um jeden Preis standhalten mussten. Die Verantwortlichen für die Maßnahmen gegen die Gefangenen hätten sich allerdings verkalkuliert:

> „Ich glaube nicht, dass weibliche Gefangene anders behandelt wurden. Schätze es war ein Fehler zu Beginn des *No-Wash*, dass einer der männlichen Polizeioffiziere sagte: Wir werden auf keinen Fall ein Durchhalten dieses *No-Wash-Protests* zulassen; das wird höchstens eine Woche dauern, weil ihr Frauen das nicht schafft. Sie waren dann schockiert, dass wir fähig waren weiterzumachen und es durchzustehen. (...) Es hieß: ‚Das schaffen sie auf keinen Fall, es sind Frauen' – wegen der Periode und so weiter." (Breige Ann Mc Caughley, NI 4)

Die Anti-*Strip-Searching* Kampagne für die weiblichen republikanischen Gefangenen prangerte an, dass es sich bei dem 1982 eingeführten Verfahren nicht um eine Sicherheitsmaßnahme handele, sondern die Sicherheitskräfte damit gezielt die Frauen demütigten und nonkonformes Verhalten straften. Die betroffenen Frauen interpretierten es als Versuch, ihren Willen zu brechen, indem sie sich die wegen ihrer Konfession unterstellte Sozialisation zunutze machten:

> „Weißt du, im Gefängnis gab es all die Kameradschaft, aber man brauchte es einer Frau nie zu erzählen, wenn man eine Leibesvisitation gehabt hatte – es stand einem im Gesicht geschrieben, man hat es den Frauen am Gesicht angesehen. Ich hatte sehr schwere Monatsblutungen, und oft musste ich einfach stillstehen, und das Blut lief mir innen an den Beinen herunter: ‚Sieh dir an, was du für eine Schweinerei machst', weißt du? Denn wenn sie eine Leibesvisitation gemacht haben, haben sie einem die Monatsbinde abgenommen und man musste warten, bis sie entschieden haben, dir die Kleider zurückzugeben und dir eine frische Binde zu geben. Die Leibesvisitationen dienten nur dem Zweck, Frauen zu erniedrigen und zu beschämen, vor allem in der Weise, dass sie – republikanische Frauen waren katholisch und sehr sittsam erzogen, katholische Frauen in Irland hätten ihre Kleider nicht einmal vor einer anderen Frau

ausgezogen – und sie haben gedacht, wenn wir bei diesen Frauen eine Leibesvisitation machen, brechen wir sie.“ (Patricia Moore, NI 27)

Auch hier stellte der Einsatz geschlechtsspezifischer Werte, indem die dazu gehörenden Normen gezielt gebrochen wurden, die moralische Integrität des Gegners in Frage. Ein weiteres Mittel, um Frauen oder Verdächtige unter Druck zu setzen, war damit zu drohen, deren Familien werden zu leiden haben, wenn sie nicht den Widerstand aufgeben. War der Hinweis von britischen Sicherheitskräften auf loyalistische Todesschwadrone, die einen Tipp kriegen könnten, noch kein Mittel, um Frauen geschlechtsspezifisch unter Druck zu setzen, so war die Drohung, ihnen die Kinder wegzunehmen, das sehr wohl:

„Die meisten Sorgen habe ich mir wegen der Kinder gemacht. Die Polizei sagt, wir nehmen sie dir weg, weißt du, wir setzen sie ins Auto und du wirst sie nie wieder sehen. So haben sie in *Castlereagh* [Verhörzentrum; SK] meine Kinder gegen mich benutzt und das hat mich verärgert – sie haben mich zugleich wütend gemacht. Also war ich fest entschlossen, ihnen nichts zu sagen. Das war beängstigend, besonders wenn zwei auf einmal dich anschreien und beschimpfen.“ (Belle Gille, NI 8)

Israelische Sicherheitskräfte machten es sich ebenfalls zunutze, wenn die Frauen Mütter sind. Maha erzählte von einer ihrer Inhaftierungen und bemerkenswert dabei ist, wem die Vorstellung von der Instrumentalisierung der Mutterpflichten in dieser Erzählung die größeren Sorgen bereitete –

„Mein Mann war im Gefängnis; er wusste, dass ich verhaftet worden war. Er hat sich große Sorgen gemacht wegen der Kinder ... und als unsere Kameraden im Gefängnis davon erzählt haben, sagten sie ihm: Du musst eins sicherstellen, dass Maha niemals gestehen wird. Er sagte: ‚Ich vertraue ihr – aber das Problem ist, ich habe Angst: Wenn sie glaubt, dass die Kinder allein im Haus sind und wenn sie zu ihr sagen, dass sie zu ihren Kindern kann, wenn sie gesteht, dann wird sie vielleicht schwach.‘ Und das haben sie [die Israelis beim Verhör; SK] getan. Sie haben mich also verhört, und im Grab [winzige Zelle; SK] haben sie auch versucht psychologische Folter anzuwenden – mit einer Tonbandaufnahme von weinenden Kindern: ‚Oh Mama, komm wieder nach Hause, wir brauchen dich‘ und so weiter. Natürlich wusste ich, dass es nicht meine Kinder waren, dass es nur eine Kassette war – aber in diesem Augenblick suchst du nach jeder Kleinigkeit, die dir hilft, aufrecht zu bleiben. Und dann dieses Schlangengeräusch – als wenn eine Schlange näher kommt, es ist sehr dunkel dort drinnen: Kein Essen, kein Wasser, kein Bad, nichts, und Stunden um Stunden um Stunden mit dem Sack über dem Kopf, so dass man sich wirklich alleine fühlt. Als sie mich zum ersten Mal herausholten und mir den Sack vom Kopf zogen, sah ich den Verhöroffizier – mir war richtig schwindlig, ich konnte nicht gerade stehen, und er stellte mir dieselben Fragen wie vorher – in diesem Moment wurde mir bewusst, dass

sie nichts Neues hatten! Das hat mich gestärkt, ermutigt. Ich dachte: Gut, sie haben nicht noch mehr Leute verhaftet.“ (Maha Nasser PAL 7)

–, und zwar ihrem Mann und seinen Mitgefangenen und nicht etwa der Betroffenen, die es als ein Druckmittel unter anderen erlebte. Der Zusammenhang von Gewalt und menschlicher Vorstellungskraft, nach dem es die Vorstellungskraft ist, welche die Wirkungen und späteren Konsequenzen der Gewalt antizipiert, wurde ohnehin von den Sicherheitskräften für ihre Zwecke einkalkuliert. Deshalb erfüllen Aktionen des Geheimdienstes erst dann ihren Zweck, wenn sie nicht vollständig geheim bleiben, sondern gerade soviel nach außen dringt, dass die Vorstellungskraft angeregt und Angst verbreitet wird. Die Geschichten darüber, was alles nach einer Verhaftung und während eines Verhörs passieren kann, sind das beste Beispiel dafür.

Die offenkundigste Form, in der Weiblichkeit als Angriffspunkt genutzt wurde, ist der Einsatz sexueller Gewalt beim Verhör. Er eignet sich dazu, den Betroffenen ihre Schutzlosigkeit und Ohnmacht vor Augen zu führen und durch die Demütigung das Selbstwertgefühl zu untergraben – oder kurz, diejenigen, die verhört werden, gefügig zu machen. Gleichzeitig ist es ein Mittel unter anderen – wie körperliche Schmerzen zufügen, Schlafentzug, Isolation usw. – die darauf zielen die Betroffenen jeder Sicherheit zu berauben, die bis dahin ihr Selbst und ihre Welt konstituierte (Scarry 1985; auch Feldman 1991). Dazu gehört mit dem Kontrollverlust über die Zeit der Eindruck, sich in einem nicht enden wollenden Albtraum zu befinden. Die Zeit wurde daher nicht zufällig zu einem Symbol für die Schwere des Erlebten:

„In den Siebzigern waren die Verhöre in *Castlereagh* schrecklich. Drei Tage – drei Jahre: das waren drei Tage ohne Schlaf. Ich hatte meine Periode – ich durfte keine Hygienemittel benutzen. Als ich gefragt habe, haben sie Witze darüber gemacht. Ich war siebzehn, und mit siebzehn war ich sehr naiv – wenn jemand Sex erwähnt hat, bin ich knallrot geworden, aber sie haben das oft gegen mich benutzt. Ich wurde verhört, ich wurde gestoßen und geohrfeigt und geschlagen; einmal haben sie mich in einen anderen Raum gebracht, und der Verhöroffizier – ein fetter Mann – sagt: Alle raus. Dann hat er mich gegen die Wand gedrückt, das war sehr – es war beinahe eine Vergewaltigung, es war sehr eindringlich, und er hat sich an mir gerieben und so weiter. Das hat mir schreckliche Angst gemacht – die Prügel und alles andere, aber das hat mir noch mehr Angst gemacht. Es war ekelhaft und zum Kotzen damals – sehr, sehr beängstigend: Ich habe nicht verstanden, was er da tut und ich habe nicht verstanden, was da passiert oder was passieren würde. Er wollte mir Angst machen, darum hat er das getan – er war schon an die Fünfzig. (...) Das war Routine – vielen Leuten sind die Finger gebrochen worden, es gab Elektroschocks und in den meisten Fällen sind den Leuten Säcke über den Kopf gezogen worden – alles sehr unmenschliche Methoden. (...) Danach habe ich sie gehasst. Wirklich, wirklich, wirklich gehasst! Aber ich habe

geschworen, dass niemand mich jemals wieder so sehr ängstigen oder einschüchtern wird. Dieses Versprechen habe ich mir selbst gegeben. Ich glaube, nachher war ich viel stärker. Es hat drei Tage gegeben, die waren wie drei Jahre, aber vieles davon fand in der Psyche statt – ich habe mir gesagt, dass mir niemand mehr solche Angst einjagen wird, niemand! Ich habe es nie mehr zugelassen, dass sie mir Angst machen. (...) Ich denke immer noch oft daran, aber ich versuche, nicht jeden Tag daran zu denken.“ (Breige Ann Mc Caughley, NI 4)

Misshandlung, Folter und dabei auch sexuelle Gewalt wird von Männern genauso erlitten wie von Frauen. Jedoch hat die Erfahrung, Opfer sexueller Gewalt geworden zu sein oder die Gefahr, es werden zu können, im palästinensischen Kontext für Frauen schwerwiegendere Konsequenzen als für Männer. Die soziale Konstruktion größerer weiblicher Verletzungsoffenheit verbunden mit den Vorgaben der „Familienehre“ machte Frauen de facto leichter erpressbar und sie angreifbarer, weil ihnen diese leichtere Erpressbarkeit vorgeworfen wurde, selbst wenn sie sich gar nicht dem Druck gebeugt hatten. Deswegen demonstriert die folgende Erzählung zwar, wie das Kalkül der Polizei nicht aufgehen kann, wenn die Frau ihre Verletzungsoffenheit verneint –

„Diese achtundvierzig Stunden der Verhaftung [während der '87er *Intifada* als sie im Verdacht stand, Kontaktperson einiger Anführer zu sein; SK] waren genauso schlimm wie die siebenundzwanzig Monate im Gefängnis [die sie Anfang der '80er bekommen hatte; SK], weil ich achtundvierzig Stunden lang nur verhört wurde und das war wirklich sehr hart. Die Geheimpolizei belästigt einen auch sexuell, und als einer von ihnen zu mir sagte, wenn ich nicht über meine Kameraden rede, würde er mich zum Beischlaf zwingen, habe ich gesagt: Kein Problem. Nichts dagegen.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

–, aber im Hinblick auf die eigene Gesellschaft blieb das Problem bestehen, denn nach einer Verhaftung blieb der Verdacht, etwas könnte geschehen sein, womit eine Frau erpressbar gemacht worden war und sie somit zur Kollaborateurin geworden ist. So widerspricht den Aussagen anderer, die sagten, ihnen würde aufgrund ihrer Inhaftierung Respekt entgegen gebracht, nur scheinbar das Argument, die Leute würden jemandem vertrauen, weil sie nie im Gefängnis oder verhaftet war:

„Die Erfahrung der *Intifada* hat mir sehr geholfen. Weißt du, die Leute haben gelernt mir zu vertrauen – es ist nicht leicht, im Komitee zu helfen. Man braucht Vertrauen und Unterstützung, und die *Intifada* hat mir die Unterstützung verschafft, um mitzuarbeiten – nicht für mich, sondern für die Menschen. Wenn du mit Menschen arbeiten willst, sollten sie dir vertrauen. (...) Manchmal sagen sie, die inhaftierten Frauen seien gute Mitglieder unserer Nation, ein anderes Mal sagen sie: Es ist nicht automatisch jeder, den die Israelis einsperren, ein guter Mensch, manchmal ist er das genaue Ge-

genteil, weißt du? Das ist nicht der Maßstab, und für mich – ich habe dieser Erfahrung nicht gemacht, Gefängnis – aber ich habe den Frauen Selbstvertrauen gegeben – weil sie mir vertrauen." (Ahlam Sanad, PAL 4)

Es zeigt vielmehr, dass bestimmte andere Kriterien erfüllt sein mussten, damit es honoriert wurde, etwa eine angesehene Familie, ein tadelloser Lebenswandel oder, dass keine weiteren Personen, mit denen sie zusammen gearbeitet haben, verhaftet wurden, wobei Letzteres nicht geschlechtsspezifisch ist. Da Frauen so leicht in Verruf zu bringen sind, wurde dies auch zur Schikane bekannter politischer Akteurinnen eingesetzt. Ein Gerücht war schnell gestreut, und die demonstrativ freundliche Behandlung durch einen Angehörigen der Sicherheitskräfte vor Zeugen konnte schon ein Gefühl der Bedrohung bei der Betroffenen auslösen. Der „innere Feind", der ständig bekämpft werden muss, wurde für Frauen wegen ihrer geschlechtsspezifischen Erpressbarkeit zu einer Bedrohung, der man mit Konformität mit dem Widerstand und den herrschenden sozialen Normen, oder mit Hilfe eines starken Rückhalts in der Familie entgehen konnte. Trotzdem bestand die Gefahr, dass der Vorwurf der Kollaboration bei Problemen zwischen Familien oder zwischen Männern und Frauen eingesetzt, und diese so zu Ungunsten von Frauen ausgetragen werden konnten. Auch die „Mutterrolle" konnte in diesem Zusammenhang gefährlich werden:

„Wenn ein Kollaborateur entlarvt wurde, war das ein großes Problem. Ich erinnere mich an einen Fall: Eine Frau und ihre Tochter wurden getötet. Der Ehemann hat Frau und Tochter getötet, als er herausfand, dass sie Kollaborateure waren. (...) Der Sohn hatte Ärger bekommen. Also ist die Mutter zu ein paar Leuten gegangen um sie um Hilfe zu bitten, und sie wurde auf übelste Weise benutzt. Einmal hat sie ihre Tochter mitgenommen und auch die wurde auf übelste Weise benutzt. Als der Vater das herausfand, sagte er, er müsse Mutter und Tochter töten. Als man ihn gefragt hat, sagte er: ‚Ich habe in meinem Haus eine böse Sache entdeckt und es ist meine Pflicht, diese böse Sache zu beenden.' (...) Das ist nicht der Islam, es ist die Tradition, denn wenn es etwas Falsches gibt, ist es nicht die Pflicht des Ehemannes, das zu beenden – es ist die Pflicht der Regierung, die Frauen zu bestrafen, aber nicht auf diese Weise. (...) Die Frauen sollten getötet werden, aber nicht so. Folgt man dem Islam, sollte eine Frau, die eine Kollaborateurin ist, zu Tode gesteinigt werden. Vor allen Leuten. Es ist eine Art Lektion für die anderen. (...) Ja, es ist eine harte Strafe, weißt du – aber wenn man jemanden sehr hart bestraft, werden andere es sich dreimal überlegen, bevor sie die gleiche unrechte Tat begehen." (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Es ist dabei unerheblich, ob sich solche Geschichten auf ein besonders konservatives Milieu beschränken, ja sogar ob diese Geschichten überhaupt wahr sind, wenn man sie als Lehrstücke liest, die verbreitet wurden, um konformes Verhalten zu erzwingen. Solche geschlechtsspezifischen Kollaborationsgeschichten waren nicht die ein-

zigen, die im Umlauf waren, und in anderen wurden auch Männer „entlarvt“. Doch wenn der Staat Weiblichkeit als Angriffspunkt nutzte, indem Frauen als Angehörige viktimisiert wurden, galten anscheinend in Teilen der palästinensischen Gesellschaft geschlechtsspezifische Doppelstandards in der Bewertung der Reaktion der Betroffenen darauf:

> „Man hat einige junge Männer verhaftet, und um sie unter Druck zu setzen, weil man Informationen von ihnen haben wollte, hat man ihre Mütter, Schwestern und Töchter geholt ... Und viele haben die Informationen geliefert nur um ihre Familien freizubekommen. (...) Dafür hatte man Verständnis, das waren keine Kollaborateure. (...) Und es ist hart für einen Mann, seine Mutter, seine Schwester, seine Tochter, seine Frau im Gefängnis zu sehen, wie sie vom Feind vor seinen Augen gequält wird. Er kann nichts tun. Das ist eine Methode Leute unter Druck zu setzen.“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Wieder geht es hier nicht darum, ob eine solche Geschichte den Tatsachen entspricht, sowohl was das Verhalten der israelischen Sicherheitskräfte angeht als auch die palästinensischen Reaktionen darauf. Interessant an dieser Geschichte ist im Vergleich zu der über die Mutter und ihrer Tochter hier nicht nur das propagierte Verständnis, sondern die Entschuldigung, die damit Männern für ihr Versagen im Sinne des Widerstandes geliefert wird. Dieses Argumentationsmuster, wonach die Rettung der Familie und der Familienehre, die in besonderer Weise von Israel bedroht werde, für Niederlagen verantwortlich gewesen sei, ist dasselbe, welches zur Interpretation der *Nakba* 1948 herangezogen wird. Der Nutzen der „größeren weiblichen Verletzungsoffenheit“ vor allem, weil er Männer angreifbar macht, ist also sowohl für den Staat als auch für den Widerstand bzw. die „nationale Sache“ gegeben, weil sie ihre Erfolglosigkeit begründet. Der Staat konnte Weiblichkeit einsetzen, um Männer wie beschrieben unter Druck zu setzen, oder indem er versuchte, die gekränkte Männlichkeit auf andere Weise zu gebrauchen –

> „Als sie einige meiner Kameraden verhaftet haben, war ich für sie verantwortlich. Die Israelis haben zu ihnen gesagt, es sei eine Schande, dass eine Frau ihr Boss sei – um sie zu ärgern.“ (Jhada Madmouj, PAL 11)

– und gleichzeitig konnte es die Möglichkeiten der Teilnahme am Widerstand der Hälfte der Bevölkerung beschränken. Diese Möglichkeiten waren nun allerdings aufgrund all der schon erläuterten Aspekte ohnehin beschränkt und offenkundig hielt es keineswegs alle Frauen vom Widerstand ab. Deshalb ist der Nutzen für den Staat der in diesem Abschnitt beschriebenen Aktionen, in denen Weiblichkeit als Angriffspunkt gegen den Widerstand eingesetzt wurde, während Frauen sich in der Obhut des Staates befanden, vor allem im Vergleich zum Propagandaschaden eher zweifelhaft. Mehr noch als jeder Zusammenstoß auf der Straße oder jede Hausdurchsuchung de-

legitimiert sich der Staat und erntet Hass mit der Misshandlung seiner Gefangenen, weil aus der Asymmetrie eine staatliche Allmacht wird, sobald sich jemand in seiner Gewalt befindet. Selbst wenn es sich um GewaltakteurInnen gehandelt hat, sind so aus ihnen Opfer geworden. Dem Anspruch ein Rechtsstaat zu sein, wird der Staat offenkundig nicht gerecht, weil für das, was in staatlichem Gewahrsam passiert, die entschuldigenden Begründungen („Versehen, Zufall, technischer Defekt, Selbstverteidigung, waren die anderen, jemand hat die Nerven verloren, so wurde noch mehr Gewalt verhindert etc."), die sonst herangezogen werden können, mit der umstrittenen Ausnahme des „ticking bomb" Szenarios[238], nicht gelten. Dies gilt nicht nur für die Wahrnehmung in der Widerstandsgesellschaft, sondern auch für die der internationalen und der eigenen Öffentlichkeit. Diese Effekte verstärken sich, wenn die Opfer Frauen sind, weil ihnen geringere Verletzungsmächtigkeit und größere -offenheit zugesprochen wird. Sie verstärken sich nochmals, weil die Ausübung sexueller Gewalt allein schon ein Tabubruch ist, und sich so die negative Wirkung sozusagen verdoppelt.

Frauengefängnisse

Frauen waren bzw. sind bezogen auf die gesamte „Prison Population" eine kleine Minderheit. Auch wenn die Zahlen schwanken, zeigen die im Frühjahr 2008 aktuellen Statistiken über palästinensische Frauen ein eher typisches Bild, denn es waren ca. achtzig weibliche und mehrere Tausend männliche politische Gefangene[239] (WOFPP[240], April 2008). Früher gab es zwei Gefängnisse in Israel – Tel Mond und das ältere Neve Tertza –, wo die meisten weiblichen Gefangenen inhaftiert waren.

238 „Until the end of the 1990s, the Israel Security Agency [formerly the General Security Service] routinely used interrogation methods that constituted ill-treatment and even torture (...) In a precedent-making decision in September 1999, the High Court of Justice ruled ... that Israeli law does not empower ISA interrogators to use physical means in interrogation .... However, the court also held that ISA agents who exceed their authority and use forbidden ‚physical pressure' may not be criminally responsible if it is subsequently found that the methods were used in a ‚ticking-bomb' case". (*b'tselem* 2007)

239 Die genaue Zahl ist schwer ermittelbar, denn oft werden zwecks Skandalisierung einfach alle palästinensischen Gefangenen angegeben (etwa 10.000 zum angegebenen Zeitpunkt), obwohl nicht alle aus politischen Gründen sitzen.

240 „WOFPP [*Women's Organization for Political Prisoners*; SK] is a group of women united in their opposition to Israeli occupation. The organization was established in 1988 and is based in Tel Aviv. WOFPP's aim is to support women political prisoners and to promote the release of all political prisoners who have struggled or are accused of having struggled against the Israeli occupation and are held in Israeli jails. WOFPP's support consists in monitoring the conditions of the women political prisoners and resisting policies of suppression that violate their rights." (WOFPP 2008)

Innerhalb Nordirlands fanden sich alle an denselben Orten wieder, erst im Frauengefängnis von Armagh und später im Neubau Maghaberry. In den '90ern befanden sich dort weniger als zwanzig Frauen im Vergleich zu mehreren Hundert männlichen politischen Gefangenen[241]. Die weiblichen wollten genau wie die männlichen Gefangenen, die aus politischen Gründen einsaßen, im Gefängnis unter ihresgleichen sein, und zwar nicht nur um von dort aus den „Kampf" fortführen zu können, sondern weil eine Trennung als zusätzliche Bestrafung galt. Dies war nicht aus der Luft gegriffen, denn schließlich waren die Mitgefangenen, wenn sie jüdische Israelinnen oder Engländerinnen waren, ihnen nicht freundlich gesonnen:

> „Weil wir [sie und noch eine als einzige Republikanerinnen in einem Hochsicherheitsgefängnis in England; SK] offensichtlich Irinnen in einem englischen Gefängnis waren – einmal hatte ich eine körperliche Auseinandersetzung und in dieser Situation ging es darum, dass ich klarstelle – ich hatte Lebenslänglich – dass, wenn mich jemand anfasst, sie besser dafür sorgen, dass ich nicht mehr aufstehen kann." (Martina Anderson, NI 15)

Wie Männergefängnisse können Frauengefängnisse gewalttätige Orte sein mit einer Hackordnung der Gefangenen, die zu Übergriffen des Wachpersonals hinzukommt. Wollten die Republikanerinnen sich auch deshalb von denjenigen abgrenzen, die nicht aus politischen Gründen inhaftiert waren, um sich nicht kriminalisieren zu lassen, so ging es für Palästinenserinnen darum, unter Palästinenserinnen zu sein unabhängig davon, ob diese „Politische" waren oder nicht. Tatsächlich war diese Trennung zwischen „politisch" und „unpolitisch" nicht immer ganz klar. In Nordirland konnten „Politische" sich von den anderen „Politischen" distanzieren, den Protest aufgeben und sie erhielten dann denselben Status – der etwa mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung einher ging – wie die „Kriminellen". Unter den palästinensischen Frauen, die wegen politischer Aktivitäten inhaftiert waren, waren die politischen Motive mancher insofern eher zweifelhaft oder nicht ausschlaggebend, wie ein Angriff auf einen israelischen Soldaten, oft mit einem Messer, ein Weg war, um ihrer Familie und beispielsweise einer Zwangsheirat zu entkommen[242]. Galten in Nordirland diejenigen, die sich „kriminalisieren" ließen als Abtrünnige, weil sie so die Legitimität des Rechtssystems anerkannten, obwohl sich die „Politischen" doch als *Prisoners of War* oder Geiseln des Staates sahen, so steht für Palästinenserinnen die Illegitimität des israelischen Rechtssystems ohnehin außer Frage, egal ob jemand nun eine „Politische" ist oder nicht. Dem Staat, als dessen Opfer sie sich sahen, wur-

241 Ausführlich zu den weiblichen politischen Gefangenen in Nordirland: Corcoran 2006.

242 Siehe dazu auch den Dokumentarfilm „Shahida – Brides of Allah" (Israel 2008) von Natalie Assoulines, die zwei Jahre palästinensische Frauen im Gefängnis begleitete.

de in jedem Fall nicht zugestanden über sie auch noch zu urteilen. Forderungen nach der Freilassung aller Frauen und Kinder, nur weil sie weiblich oder minderjährig sind, fußen im Unterschied zu Forderungen nach der Freilassung von bestimmten Gefangenen, deren Inhaftierung und Verurteilung nicht bestimmten rechtlichen Standards entsprechen, auf dieser Einschätzung der Illegitimität.

Um den Kampf aus dem Gefängnis heraus fortzusetzen, wollten Gefangene ihren Alltag selbst mit informellen Weiterbildungsprogrammen und anderen Aktivitäten strukturieren. Da in einem Frauengefängnis eben nur Frauen sitzen, also die staatliche Begrenzungsstrategie einen weiblichen Ort schafft, war dies gleichbedeutend mit ersten Erfahrungen in der politischen Arbeit speziell zugeschnitten auf die Zielgruppe Frauen:

> „Ja, das war der Anfang meiner Arbeit mit Frauen, im Frauengefängnis. Die Erwachsenenbildung war sehr wichtig. Ich war verantwortlich dafür die Leute auf Führungspositionen vorzubereiten. Es war eine gute Chance von anderen zu lernen – damals im Gefängnis war es schwer zu unterscheiden, ob jemand bei der DFLP war oder bei der *Fatah*, nicht so wie jetzt. Das waren alles politische Frauen und Kämpferinnen – nicht militärisch, aber politisch. Und sie haben sich selbst organisiert und weitergebildet. Das war nicht leicht – im Gefängnis gab es viele Hindernisse, die Verwaltung hat das nicht erlaubt – es war nicht einfach dort zusammen sitzen zu können – außer in dem Raum, wo wir zusammen gewohnt haben – aber es war nicht erlaubt zusammenzusitzen. Wenn sie das gesehen haben, hieß es sofort: Geht zu Bett, verteilt euch im Raum. Sie haben uns beobachtet.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

In den Gefängnissen trafen sich Frauen aus unterschiedlichen Teilen des Landes, Angehörige unterschiedlicher politischer Gruppierungen und, vor allem im palästinensischen Fall, völlig unterschiedlichen Bildungsgrades und Alters. Die republikanischen Gefangenen bildeten in vieler Hinsicht eine homogenere Gruppe, aber auch Palästinenserinnen schweißte das Leben im Gefängnis oft zusammen. Alle mussten mit der schwierigen Situation zurecht kommen und ähnliche Probleme lösen, und sie konnten sich vor allem nur gemeinsam gegen die Gefängnisverwaltung wehren. Bei Protesten in den Gefängnissen ging es mal um schlechte Haftbedingungen, schlechte medizinische Versorgung, mal darum, die im Vergleich zu normalen Gefangenen größeren Möglichkeiten der Selbstorganisation des Gefängnisalltags durchzusetzen oder aufrecht zu erhalten, mal darum, sich gegen als Schikane der Gefängnisleitung und AufseherInnen empfundenes Verhalten zu wehren und mal um Forderungen nach Zusammenlegung. Und manchmal ging es auch um Kinder, denn im Unterschied zu Männergefängnissen werden diese eben auch dort geboren. So wie die En-

kelin von Anna, deren Tochter mit ihr zusammen für den Anschlag auf das *Droppin' Well* verurteilt worden war:

> „Ich bin als Mutter und Oma im Gefängnis gelandet und es war irgendwie beschämend, weil einen alle gekannt haben – wenn ich sage ‚alle', rede ich von den Wärterinnen und den etablierten Leuten – die haben automatisch mich verantwortlich gemacht für die Notlage, in die meine Tochter und meine Enkelin geraten sind. Und ich glaube, auch die Medien haben mich in diesem Licht gesehen. Deshalb habe ich in den fünfzehn Jahren, die ich im Gefängnis war, jedes Mal, wenn ich in die Zeitung geschaut habe, eine Geschichte über mich gefunden – ich meine, sie haben aus mir eine richtig schlimme, harte, schreckliche, gefährliche Frau gemacht, weißt du? Und damit bin ich nie wirklich zurecht gekommen – dass sie tatsächlich so über mich reden –, denn ein Augenzwinkern vorher war ich eine normale, alltägliche Hausfrau gewesen, und ganz plötzlich war ich abgestempelt als eine der Top-Terroristinnen weltweit, und es war einfach schwer, damit klarzukommen, weißt du?" (Anna Moore, NI 19)

Da ihre Enkelin schwer erkrankte, wurde dies ein noch größeres mediales Thema, bei dem die Gefangenen zusammen hielten, doch laut Anna hielten die „Provies" nur immer dann zu ihr, wenn „sie unsere Not für ihre Propaganda nutzen konnten". Wurde die enge Gemeinschaft im Gefängnis für viele ein wichtiger Halt, so ist es eben auch ein Ort mit starkem Konformitätsdruck, wo Menschen miteinander auskommen müssen, die sich außerhalb aus dem Weg gegangen wären, und wo politische Rivalitäten entstehen oder ausgelebt werden:

> „So war das: Du warst immer ein Bürger zweiter Klasse und als ich ins Gefängnis gekommen bin, habe ich entdeckt, dass ich eine Gefangene zweiter Klasse war, wegen der republikanischen Frauen, die es da gab. (...) Die große Kameradschaft hatten die nur untereinander. (...) Und wenn man nicht zu ihrer Organisation gehört hat oder nicht bereit war, unter ihrer Knute beizutreten, nach ihrer Pfeife zu tanzen und Männchen zu machen ... (...) Worauf es mir ankam war, dass sie mich wie eine Kriminelle behandelt haben und nicht wie eine Kameradin. Ich war wahrscheinlich für mehr drin als die meisten von ihnen – tatsächlich hatten manche von ihnen überhaupt nichts angestellt, sie waren bei den Vorbereitungen zu was auch immer geschnappt worden – das war im Vergleich nicht viel, und es gab diese Sprüche, in denen ich die größte Terroristin der Welt genannt wurde – eine der Top-Terroristinnen weltweit – und die *Provies* sagten ‚mach das bei den Kriminellen' und so weiter." (Anna Moore, NI 19)

Die politischen Rivalitäten schlugen sich auch unter palästinensischen Frauen nieder, aber ebenso unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie man die Zeit im Gefängnis nutzen könnte:

„1981 bin ich zum zweiten Mal ins Gefängnis gekommen – fünf Jahre wegen Mitgliedschaft in der DFLP. Es gab große Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Haft – schon die Gefangenen selbst: Sie wollten jetzt höhere Bildung haben – und es war jetzt klar, wer zu welcher Gruppe gehört hat, sie waren jetzt besser organisiert als vorher. Jede Gruppe hat ihre Leute vorgezeigt, weil jede ihre eigene Weltanschauung und ihr eigenes Programm hatte. Besonders zwischen den Linken und Rechten – DFLP und *Fatah* – gab es große Unterschiede.“ (Nemah Al-Helou, PAL 15)

Die republikanischen Frauen hielten wie die Männer in ihrem Gefängnis eine militärische Struktur aufrecht mit einem „Officer in Command“, die für die Kommunikation mit der Gefängnisleitung zuständig war. Nach dem die Zeit der großen Proteste vorbei war, galt im Großen und Ganzen ein relativ „liberales Gefängnisregime“ (Ann Mc Cann, NI 12), wie auch Martina, die wie andere im Vorfeld des Friedensprozesses im Zuge von geheimen Verhandlungen von einem englischen Gefängnis verlegt wurde und dies fast als eine „Art Heimkehr“ empfand, feststellte:

„In einem englischen Gefängnis war alles geregelt: wann man morgens aufsteht, wann man seinen Tee bekommt oder das Abendessen, alles hat seine bestimmte Zeit. Vom Aufstehen am Morgen an hat man gewusst, wie der weitere Ablauf sein würde. Als wir ins Gefängnis von Maghaberry gekommen sind, waren die Abläufe viel flexibler – man konnte es beinahe selbst bestimmen. Man konnte in einem gewissen Rahmen selbst kochen. Das war ein viel gesünderes Leben, für das die Gefangenen gekämpft hatten. Wir haben von den Haftbedingungen profitiert, für die andere gekämpft hatten, bevor wir kamen. Es gab zwar Tage, an denen die Zellen und Gebäudeflügel durchsucht wurden, aber sehr unregelmäßig. (...) Mit der Weiterbildung habe ich in England angefangen und nach der Rückkehr meinen Abschluss [Universitätsabschluss; SK] gemacht. Zu der Zeit, als ich im Gefängnis war [in den '90ern; SK], haben alle Frauen an den Weiterbildungen teilgenommen.“ (Martina Anderson, NI 15)

Das Gefängnis war nicht nur eine weitere Arena des Kampfes im Konflikt, wie sich in den Protesten zeigte, sondern ein Ort ein Stück außerhalb des Konfliktalltags und außerhalb der eigenen Gesellschaft mit ihren Normen und Verpflichtungen. In ihm entwickelte sich eine eigene Dynamik mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen. Eine davon war für Republikanerinnen die Nutzung formeller Bildungsmöglichkeiten, die als Nutzung des Systems, um die eigene nationale Sache weiter zu entwickeln, zur Pflicht erhoben wurde und für die dann auch gekämpft wurde:

„Wir hatten keinen Zugang zur Bildung, und wir saßen in dem Gefängnisneubau in Maghaberry – eine kleine Gruppe republikanischer Frauen, die eine beinahe militärische Kommandostruktur beibehielt; wir haben zum Beispiel eine Sprecherin gewählt, die mit der Verwaltung verhandelt hat. Hunderte und Aberhunderte von Männern im Männertrakt des Gefängnisses waren frühere politische Gefangene, Ab-

trünnige, die sich angepasst hatten, Drogenabhängige, nicht-politische Gefangene – was auch immer und sie haben alle dem System zugestimmt. (...) Das wurde ganz klar, als wir Gerichtsverfahren wegen sexueller und politischer Diskriminierung des NIO gewannen – weil das Material, das den Männern in ihrem Gefängnistrakt frei zugänglich war, uns strikt verweigert wurde. Und als wir höhere Weiterbildungskurse machten, brauchten wir Quellenliteratur und solche Dinge, aber wir bekamen keinen Zugang. Manchmal durften wir nicht mit unseren Tutoren in Kontakt treten; man hat ihnen den Zutritt verweigert und solche Dinge: Die Männer hatten Pornographie, sie bekamen alles Mögliche ins Gefängnis geschickt ohne – verstehst du, was ich meine?" (Carol Cullen, NI 20)

Nach den dramatischen Protesten wurde die Effektivität dieser Protestformen, bei denen die rechtlichen Möglichkeiten im Rahmen des Systems genutzt wurden, entdeckt. Das System mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen, war keine neue Protestform. Das Neue war der weitgehende Verzicht auf andere Protestformen und vor allem der Gegenstand der Klage: Sexuelle Diskriminierung. Galten die Gefängnisse als „think tanks" der Bewegungen, so galt dies auch für die Weiterentwicklung von Ideen, die vorher in der Widerstandsideologie eher zweitrangig waren:

„Ich glaube, dass Leute ins Gefängnis gegangen und mit einem viel fortschrittlicheren Denken wieder herausgekommen sind – eher als Leute, die nie im Gefängnis waren. Die Leute sagen, dass sich das im Hinblick auf die Haltung zu Rassen, Geschlechtern und jeder Art von Ungerechtigkeit auswirkt. Wahrscheinlich weil man im Gefängnis Gelegenheit hat, sich lange Zeit hinzusetzen, diese Dinge zu diskutieren und zu streiten und zu debattieren – man hat Zeit zu denken. Die Leute draußen haben keine Zeit – sie sind mit anderen Dingen beschäftigt." (Rosie Mc Corley, NI 3)

Sie bezieht sich hier in erster Linie auf Langzeitgefangene und von denen bestätigten auch andere, dass sie vorher geschlechtsspezifische Ungleichheiten gar nicht in Frage gestellt hätten, zum ersten mal Zeit gehabt hätten über solche Dinge nachzudenken, neben den Bildungsaktivitäten der Erfahrungsaustausch mit anderen Frauen ausschlaggebend gewesen sei und so weiter. Auch für Palästinenserinnen wurden die Gefängnisse in gewisser Hinsicht die „think tanks" für Frauenthemen:

„Das erste Frauenkomitee war mein Komitee. Wir waren die ersten. Im Gefängnis haben wir das Programm entworfen. Wir haben das erste Programm gemacht, weil wir die Geschichte studiert hatten, besonders die der arabischen und palästinensischen Gesellschaft. Wir haben gesagt: ‚Frauen werden mit Männern für die Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes kämpfen.' Das war die politische Seite. Und dann haben wir noch gesagt, dass die Frauen neben dem Politischen für das Soziale kämpfen müssen. Weil wir nicht kämpfen und enden wollten wie die Frauen in Algerien." (Ahlam Samhan, PAL 6)

Den von Interviewpartnerinnen als positiv bewerteten Auswirkungen, wie der Möglichkeit zu lernen, sich auszutauschen und die Kameradschaft unter den Frauen, aus der nach der Entlassung weibliche Netzwerke entstanden, die auch zur Koordination des Widerstandes genutzt werden konnten, standen die negativ bewerteten Auswirkungen der Haft gegenüber. Haftbedingungen, Schikanen der Gefängnisverwaltung und Ähnliches waren dabei nur ein Bereich, die Trennung von Familie und Freunden und die Zumutungen, welche die Haft für diese bedeutete, waren der andere:

> „Damals wurden also die Kinder getrennt, das war schwer für sie: Alle logischen Erklärungen der Welt und all meine Gründe, bestimmte Dinge zu tun, haben bei meinen Kindern kein Eis gebrochen, weil sie nur dachten: Was ist mit uns? Weißt du, ich wollte nicht, dass sie so leben, wie ich gelebt hatte, meine Kindheit mit den Schikanen, den Schlägen, der Ungleichheit – all diese Dinge und es war ihnen sehr schwer begreiflich zu machen. (...) Es war sehr schwer, die Besuche waren schlimm, weil sie nicht privat waren – die Besucher am nächsten Tisch konnten zuhören, ganz zu schweigen von den *Screws*. Es war schwer, die Kinder zu trösten, man hat immer versucht, für sie stark zu sein. Es hat Zeiten gegeben, da bin ich in die Zelle zurück gegangen und habe geweint, weil der Besuch so schrecklich war, weil sie so verwirrt war oder er so verwirrt war und weil ich nicht da war, um ihnen zu helfen. Ich meine, wir sind alle nur Menschen. Es war sehr, sehr schwer, und da ich selbst Mutter bin, ist mir das Herz gebrochen, wenn ich gesehen habe, wie andere Mütter ins Gefängnis kamen, weil ich diese Phase kannte, wenn man sich an das Gefängnisleben ohne die Kinder gewöhnen muss. Es ist jetzt immer noch schmerzhaft, auch nur darüber zu reden – andererseits muss ich sagen, dass ich einige der besten Augenblicke meines Lebens mit den Mädels im Gefängnis verbracht habe.“ (Anonym 3, NI 21)

Ihren Kindern ein besseres Leben ermöglichen zu wollen und dafür etwas zu tun, dessen Sinn den Kindern nicht einleuchtet, ist vermutlich ein Argument, das Eltern überall auf der Welt als Begründung für ihre Entscheidungen gebrauchen. Das Argument, sich dafür an der gewaltsamen Austragung eines politischen Konflikts beteiligen zu müssen, ist nur für diejenigen einleuchtend, die die Konfliktinterpretation des Widerstandes teilen. Dass dazu sehr grundsätzlich die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv und die nationale Sache gehörte, verdeutlicht die Begründung von Maha:

> „Manchmal gibt es Dinge oder Werte, die größer sind als menschliche Wesen, und ich glaube, dass wir in dieser Zeit des Aufstands die Werte so hoch eingeschätzt haben, dass wir keine Kompromisse machen konnten, und zu dieser Zeit habe ich gedacht, dass die Gesellschaft sich um meine Kinder kümmern würde. Ich war ganz sicher und es war offensichtlich, weißt du, wir lebten in einer guten Zeit. Ich arbeite für mein eigenes Volk und werde es weiter tun, weil mein Volk das verdient. (...) Es ist wahr,

dass ich nicht für meine Kinder da bin, aber ich tue es für meine Kinder. Wenn ich das nicht tue, wird es für meine Kinder niemals eine bessere Gesellschaft geben. Die Werte, für die wir kämpfen, sind so überaus wichtig, dass man denkt, die eigene Persönlichkeit, das eigene Innere wird sich entwickeln, wenn diese Werte entwickelt werden." (Maha Nasser, PAL 7)

Am Beispiel Gefängnis, das eine Konsequenz politischen Engagements und ein Ort der staatlichen Begrenzungsstrategie ist, zeigt sich hier auf einer persönlichen Ebene das grundsätzliche moralische Dilemma, das keineswegs weiblich ist: Die Anderen wurden gar nicht gefragt, ob sie die Konsequenzen mittragen wollen:

„Meine Mutter war am Boden zerstört, als ich verhaftet wurde. Meine Mutter wollte, dass ich sterbe, sie hat nicht geglaubt, dass irgendjemand ein englisches Gefängnis überleben könnte, das war der schlimmste Alptraum meiner Mutter, in England gefangen zu sein! Wenn ich in Deutschland eingesessen hätte, in Hongkong oder …, aber in England? Das war mitten im Bauch der Bestie und im Kopf meiner Mutter war das der schlimmste Ort, wo sie mich hätte sehen können, und für sie war das sehr sehr schwierig. Aus unserer Sicht war es so, dass man unsere Familien dazu verurteilt hat, hierher zu reisen, um uns zu besuchen. Es tut mir Leid, was meine Mutter meinetwegen durchgemacht hat, weil sie keine Wahl hatte – ich habe entschieden und meiner Mutter blieb keine Wahl." (Martina Anderson, NI 15)

Die Unterbringung von Leuten in Gefängnissen, die von Angehörigen schwer erreichbar sind – zum Beispiel auch in israelische Gefängnisse, für die Bewohner der Westbank oder Gazas besondere Genehmigungen brauchen, um überhaupt dorthin zu dürfen –, und die Verteilung mehrerer Angehöriger einer Familie auf verschiedene Gefängnisse kann man so gesehen ebenso wie andere Aktionen, bei denen Angehörige in Mitleidenschaft gezogen werden, als Versuch des Staates lesen, dieses moralische Dilemma zu vertiefen. Aber die Frauen kamen politisierter aus dem Gefängnis als sie zu dem Zeitpunkt gewesen waren, zu dem sie hinein gekommen waren. Die meisten Angehörigen solidarisieren sich mit den Frauen, die immer wiederkehrenden Anklagen um Haftbedingungen und ähnliches untergraben ebenso den Anspruch des Staates ein Rechtsstaat zu sein, wie zum Beispiel die Verhörmethoden. Der weibliche Ort Frauengefängnis wurde zu einem weiteren Baustein in der Politisierung der Kategorie Geschlecht.

5.4 Akteurinnen zwischen Ent- und Begrenzung

Weibliche Widerstandsfunktionen

Politisierte Weiblichkeit und damit politisierte Frauen erfüllen also für den Widerstand eine ganze Reihe grundlegender Funktionen. Als nationale Krisenmanagerinnen übernehmen sie im Rahmen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung die Funktionen, die Auswirkungen des Konflikts zu mildern und die Gemeinschaft am Laufen zu halten, während andere sich als Widerstandsteilnehmer bemühen, den Konflikt am Laufen zu halten. Die weiblichen Domänen des Hauses und der Familie werden national ebenso umgedeutet wie die traditionellen Rollen und Funktionen: Reproduziert wird nun für die Nation, sozialisiert im Sinne nationalistischer Ideologie und damit für den Widerstand rekrutiert. Als Angehörige, sei es als Mutter, Ehefrau oder Schwester werden Frauen in den Widerstand involviert und erfüllen für die verwandten Widerstandsteilnehmer die Funktionen, die innerhalb der Familie geleistet werden sollen, wie eben Versorgung, Schutz als Wächterinnen und indem Unterschlupf gewährt wird, emotionale Betreuung, Zusammenhalt. Die Familie, und innerhalb der Familie besonders die Figur der Mutter, wird so mit ihren Solidaritätsversprechen eine nationale Ressource.

Die Erweiterung weiblicher Domänen ist einerseits eine Erweiterung auf alle Angehörigen der Nation und insbesondere Widerstandsteilnehmer, andererseits eine in die öffentliche Sphäre und andere Konfliktorte wie die Gefängnisse. Die schon genannten Funktionen bleiben dieselben, nur die Bezugsgrößen ändern sich und durch die Öffentlichkeit kommen neue hinzu. Der Zusammenhalt der Gemeinschaft wird hier zusätzlich zu einem medialen Ereignis: zum einen nach außen als „acceptable face“ des Widerstandes, zum anderen bezüglich der Kommunikationsfunktionen innerhalb der eigenen Gesellschaft, wie die Einbettung des Widerstandes in die Gemeinschaft dadurch, dass seine Teilnehmer „some mother's son“ werden oder indem Frauen helfen, Widerstandsaktivitäten zu koordinieren. Zudem findet mit den Frauen in der öffentlichen Sphäre eine Risikoverminderung für den Widerstand bei ihrer Eroberung statt.

Ebenso wie die Übergänge von den traditionellen weiblichen Domänen zu ihren Erweiterungen fließend sind, sind sie fließend zu den männlichen Domänen. Bei der Frage, wie aus den identifizierbaren politisierten Rollen der fürsorglich schützenden Mutter und Ehefrau und hilfsbereiten nationalen Schwester, die aus den weiblichen Domänen stammen und Hilfs- und Unterstützungsfunktionen erfüllen, politische Rollen werden, bei denen es um Aktion statt Reaktion, um Entscheidungen und Führung statt Ausführung oder kurz gesagt, um Machtanteil geht, ließen sich zunächst Vertre-

tungspositionen ausmachen. Von diesen bleiben einige an familiäre Zugehörigkeit gekoppelt und können Vertretung im Sinne einer Funktionsübernahme für traditionell familiäre Machtansprüche, tote oder inhaftierte Angehörige bedeuten, oder Vertretung im Sinne der Repräsentation zentraler Figuren des Widerstandes, wie dem Kämpfer, Gefangenen oder Märtyrer sofern die Widerstandsinterpretationen dabei von den Frauen mit getragen oder sogar formuliert werden. In konfliktintensiven Phasen entstehen allerdings Vertretungspositionen, die von der familiären Zugehörigkeit entkoppelt sind und Frauen rücken innerhalb ihrer Widerstandsgruppen in Führungspositionen vor, wobei die Gefahr bei allen Funktionsübernahmen besteht, dass die Frauen eine Lückenbüßerfunktion erfüllen. Aber in solchen Phasen entstehen aufgrund der Vielfalt an Aktivitäten und des Koordinationsbedarfs einfach mehr Positionen, die besetzt werden müssen, wie sich in den Rollen der Straßenaktivistin und der Grassroots-Politikerin zeigt, wobei letztere wie die der Repräsentantin eine ist, die den Frauen auch in den ruhigeren Phasen sozusagen unbenommen bleibt.

Die Propagandafunktionen von Frauen im Widerstand verstärken sich mit Ausnahme der „acceptable face“ Funktion durch Gewaltakteurinnen. Die Tabubrüche werden ebenso größer wie der „wenn-sogar-Frauen-Effekt“. Sie richten sich wiederum sowohl nach außen an die internationale Öffentlichkeit und den Gegner, gegen den sich der Terroreffekt erhöht, als auch nach innen zur Mobilisierung und Solidarisierung, womöglich teilweise durch Anfeuerungseffekte, die potentielle männliche Akteure direkt oder indirekt durch Beschämung antreiben sollen. Darüber hinaus erfüllen Frauen in den Gewaltorganisationen sehr konkrete Funktionen, bei denen Weiblichkeit als Tarnung genutzt wird. So erhöhen sie die Mobilität, Koordination und damit Schlagkraft des gewaltsamen Widerstandes indem sie als Kuriere die Kommunikation aufrecht erhalten, Ausrüstung und anderes schmuggeln, oder einfach dadurch, dass sie selbst unverdächtiger als Männer sind und Männer, die mit Frauen zusammen sind, auch unverdächtiger wirken.

Ambivalenzen und Doppelstandards

Es zeigen sich eine ganze Reihe von Ambivalenzen, welche die politisierte Kategorie Geschlecht erzeugt und geschlechtsspezifische Doppelstandards, die von Frauen und Männern vertreten werden. Die Ambivalenzen zeigen sich zum einen in paradoxen Forderungen, die an Frauen der Widerstandsgesellschaft heran getragen werden: Sie sollen traditionelle Rollengefüge und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufrecht erhalten und gleichzeitig aus ihnen ausbrechen. Sie sollen die Elemente der Politisierungen übernehmen, die in die Konzepte des Mainstream des Widerstandes passen, aber auf andere Elemente, die sich ebenso aus der nationalistischen Ideologie erge-

ben, verzichten. Zum anderen zeigen sie sich in den paradoxen Konzepten, die Paradoxien der allgemeinen Konflikt- und Widerstandsinterpretationen spiegeln (vgl. Kapitel 4). Dazu gehört, die nationale Identität zu wahren, zu verkörpern und zu überhöhen, obwohl diese Identität schon allein deshalb problematisch ist, weil es sich um eine „Verlierer-Identität" handelt. Also symbolisieren Frauen den Opferstatus der Nation. Weiblichkeit wird dabei zum Symbol für eine Schwäche, die in Stärke umgewandelt wird und zugleich zu einer Schwachstelle. Frauen verkörpern die Überlegenheit der Nation und ihre Unterlegenheit, ihren aktiven Widerstand und das passive Erdulden.

Die geschlechtsspezifische Codierung entschärft die Paradoxien der Interpretationen, weil so das Männliche von ihnen frei bleibt. Diese Muster sind dabei zwar in der nordirischen und der palästinensischen Widerstandsgesellschaft gleich, doch die unterschiedlichen Ausprägungen, wie sich bei den Doppelstandards zeigte, sind gravierend bis hin zum Unterschied zwischen Leben und Tod. Die schon beschriebenen unterschiedlichen historischen Kontexte schlagen sich hier konkret nieder. Je größer die Zerrissenheit der Widerstandsgesellschaft und des Widerstandes selbst, je größer die wahrgenommene oder auch propagierte Bedrohung durch den Feind, je größer die Demütigung der traditionellen Ordnung und damit, je größer die Niederlage der Männer – umso wichtiger die Aufrechterhaltung oder auch Herstellung einer Geschlechterordnung, die sich von der des Feindes unterscheidet und Männlichkeit in Abgrenzung zur Weiblichkeit wiederherstellt[243]. Zieht man in Betracht, auf welche Zeiträume sich die Interviewabschnitte beziehen, so ergibt sich zusammen mit den Konfliktverläufen und historischen Kontexten ein Bild, auf dem erkennbar wird, dass sich in Nordirland, je näher man der Gegenwart rückt, Ambivalenzen und Doppelstandards verringert haben, während sich in den besetzten Gebieten ein solcher Prozess nicht feststellen lässt. Dort haben sich teils die Ambivalenzen und Doppelstandards verschärft, teils haben sich die Auseinandersetzungen um sie zugespitzt.

Die paradoxen Forderungen entsprechen genau den Funktionen, die Weiblichkeit für den Widerstand erfüllt. Die überwiegende Mehrheit der Frauen soll die Funktionen erfüllen, die sich aus den traditionellen Domänen ergeben und im weitesten Sinne aus weiblichen Stereotypen abgeleitet sind, während eine Minderheit von Frauen, die aus all dem ausbrechen, nützlich ist, um andere Funktionen zu übernehmen. Und die Doppelstandards und der damit verbundene soziale Druck sorgen dafür, dass dies

243 So stellte auch Stern in ihrer Untersuchung zu „Why religious Militants kill" fest: „What surprised me most was my discovery that the slogans sometimes mask not only fear and humiliation, but also greed – greed for political power, land, or money. Often the slogans seemed to mask wounded masculinity." (Stern 2003, Introduction xix)

so bleibt. Je weiter Frauen sich von den traditionellen Domänen und typisch weiblichen Rollen entfernen, umso ambivalenter wird die Einstellung zu ihnen, was sich erstens darin zeigt, dass Frauen im Vergleich zu Männern weniger Handlungs- und Entscheidungsspielräume zugestanden werden. Zweitens zeigt es sich in der unterschiedlichen moralischen Bewertung ihrer Aktivitäten, ihrer Motive und Personen. Drittens richtet sich diese Bewertung danach, ob sie ihren familiären, weiblichen Pflichten gerecht werden und politisch nur zusätzlich etwas machen, oder ob sie das eine mit dem anderen ersetzen. Viertens werden Wert, politischer Gehalt und Umfang ihres Beitrags geringer geschätzt und diese Geringschätzung beginnt mit einer geringeren Wahrnehmung ihres Vorhandenseins in der politischen Sphäre. Und fünftens greifen mindestens zwei Interpretationen, um ihre Bedeutung zu minimieren, sobald ihr Vorhandensein und ihre Aktivitäten wegen krisenbedingter Zuspitzungen nicht mehr ignoriert werden können: Die eine ist die Betonung der Krise und damit wird es zu einem temporären Phänomen, bei der anderen werden männliche Aktivitäten erneut abgegrenzt und aufgewertet.

Schaut man sich die verschiedenen Beispiele für Doppelstandards genauer an, fällt allerdings auf, dass sie sich aus verschiedenen Quellen speisen und die Widerstands- und Konfliktinterpretationen dabei nur einige unter anderen sind. Je nach Blickwinkel scheinen manche Doppelstandards, wie beispielsweise die Heiratssorgen, sowohl aus einer traditionellen Gesellschaftsordnung als auch aus mangelnder rechtlicher und sozialer Absicherung zu rühren. In anderen Fällen, wie der doppelten Anstrengungen von Frauen und der Ausschaltung weiblicher Konkurrenz, sind einfach so weit verbreitete und banale Muster erkennbar, bei denen Geschlecht als eine der Kategorien (neben Ethnizität, Alter und Klasse) zur Herrschafts- und Privilegiensicherung genutzt wird, dass sie sich schwerlich bestimmten Interpretationen und Traditionen zuordnen lassen. Wieder andere lassen sich als Reaktion auf die Zumutungen des Konflikts interpretieren und den Versuch, nicht den Überblick zu verlieren und wenigstens einen Teil der Bevölkerung vor ihm zu schützen.

Die hier beschriebenen Ambivalenzen bezüglich politisch aktiver Frauen sind zwar geschlechtsspezifisch weiblich, jedoch heißt das nicht, es gäbe keine, die geschlechtsspezifisch männlich sind. Anders ausgedrückt wäre es falsch, wenn der Eindruck entstünde, alles was Männer machen, würde automatisch als besonders gut, wichtig und moralisch angesehen. Nicht nur geben die Aussagen der Frauen selbst Zeugnis davon, dass dem nicht so ist, sondern zudem drücken sich die ambivalenten Haltungen gegenüber dem Widerstand in seinen diversen Dilemmata und Legitimationsbemühungen aus. Teile des Widerstandes müssten sich sonst nicht soviel Mühe

machen, die Ambivalenzen gegenüber Frauen aufrecht zu halten oder gar zu verstärken, sind sie doch die Negativfolie, vor der alles männliche besser wird.

Angesichts der Dominanz dieser männlichen Deutungshoheit vor allem in der palästinensischen Gesellschaft, die sich auf Traditionen, Religion und Kriegertugenden beruft, aber auch in der nordirischen, die sich ebenso auf Kriegertugenden stützt, und angesichts der Sanktionsmöglichkeiten des Widerstandes drängt sich die Frage auf, ob die ausgedrückten Ambivalenzen gegenüber den politisch aktiven Frauen nicht auch ein Weg sind, in den sich Ablehnung und Unzufriedenheit gegenüber dem Widerstand kanalisieren lässt. Zieht man die „verkehrte Welt" in Betracht, so lässt sich das Beharren auf dem Ausnahmecharakter politischer Aktivitäten von Frauen, die doch längst Krisennormalität geworden sind, auch als die Sehnsucht nach der „wünschenswerten" Normalität interpretieren. Da die Krisennormalität eine „Welt in Unordnung" anzeigt, können die aktiven Frauen leicht zu einem Krisensymptom oder „notwendigem Übel" uminterpretiert werden, die noch mehr Unordnung in die Welt bringen und damit die „verkehrte Welt" sozusagen verdoppeln.

Das politisierte Geschlecht

Die Konstruktion einer geringeren weiblichen Verletzungsmächtigkeit und größeren Verletzungsoffenheit, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung des Widerstandes und Doppelstandards in der Widerstandsgesellschaft kommen einerseits der staatlichen Begrenzungsstrategie zugute. Sie stabilisieren die Lage im Konfliktgebiet, machen sie berechenbarer und übersichtlicher, indem sie die Gefahreneinschätzung erleichtern und die Zahl der politisch aktiven Frauen begrenzen. Darüber hinaus kann das Festhalten des Staates an geschlechtsspezifischen Normen die Politisierung im Sinne des Widerstandes begrenzen und der Selbstdarstellung des Staates dienen, während der Bruch mit diesen Normen und das Nutzen von Geschlecht ihm eine Waffe gegen den Widerstand in die Hand gibt. Andererseits bleibt die Kategorie Geschlecht für ihn immer ein Problem, denn was er auch macht, er wird dem Widerstand damit immer eine Angriffsfläche bieten. Respektiert der Staat geschlechtsspezifische Werte und verlässt sich auf deren Gültigkeit, so kann der Widerstand genau dies nutzen und Weiblichkeit als Widerstandswaffe einsetzen und politisieren. Respektiert er sie nicht, delegitimiert er sich selbst, schafft Möglichkeiten der Skandalisierung und liefert die Vorlage für demonstrative Tabubrüche, die erst recht zu einer Politisierung von Geschlecht führen.

Ähnliches gilt für die Autoritäts- und Geschlechterverhältnisse in der Widerstandsgesellschaft, denn respektiert der Staat sie, macht er sich diejenigen zum Feind, die darunter zu leiden haben, und diskreditiert diese Verhältnisse in deren Au-

gen schon allein deshalb, weil sie ihm nützen. So kommt dies zwar den bisherigen Nutznießern zugute, jedoch befindet er sich auch mit jenen im politischen Konflikt. Setzt er sich über die Autoritäts- und Geschlechterverhältnisse hinweg, verstärkt er wiederum die Feindschaft der bisherigen Nutznießer, unterstützt Erschütterungen innerhalb der Widerstandsgesellschaft, welche die Lage unberechenbar machen, und vor allem macht er es dem Widerstand einfach, dies als einen Angriff auf die Nation darzustellen, was wiederum diese Autoritäts- und Geschlechterverhältnisse stärkt.

Für Frauen haben die staatlichen Konfliktbegrenzungen und ihre Paradoxien widersprüchliche Auswirkungen. Am Beispiel Frauengefängnis zeigte sich, wie dieser Ort nicht nur einer des Schreckens ist, sondern ebenso einer der Solidarisierung, der persönlichen und politischen Entwicklung und des Networking. Ebenso bieten die anderen widersprüchlichen Auswirkungen einerseits Möglichkeiten, Bestehendes in Frage zu stellen, die Kategorie Geschlecht zu politisieren und so ihr eigenes Engagement zu legitimieren, Mobilität zu gewinnen und familiäre Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern. Andererseits können in Reaktion auf ihre Erschütterung die Herrschaftsverhältnisse umso mehr gestärkt werden, die Unwägbarkeiten des Konflikts und die möglichen Grenzüberschreitungen von Seiten des Staates zu einer Erhöhung der sozialen Kontrolle über Frauen führen, und darüber hinaus einer zweifachen Viktimisierung von Frauen Vorschub leisten, wenn zuerst der Staat Weiblichkeit als Mittel gegen sie einsetzt, und sie genau dies besonders angreifbar in der Widerstandsgesellschaft macht.

Es überrascht nicht, dass auch hier im palästinensischen Kontext angesichts der größeren Bedeutung der Kategorie Geschlecht und der ausgeprägteren Ambivalenzen und Doppelstandards bezüglich Frauen die Paradoxien größere und widersprüchlichere Auswirkungen haben. Diese sind jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Rückgriff auf eine traditionelle Ordnung wie das islamistische Beispiel zeigt, indem es nicht einfach um die nach Meinung der Interviewpartnerin Vorzüge einer öffentlichen Steinigung ging, sondern um die gewünschte Aufhebung traditioneller, familiärer Herrschaftsstrukturen zugunsten des Gewaltmonopols eines Staates, der auf bestimmten Interpretationen islamischen Rechts beruht und gleichzeitig eine ideale Verschmelzung von Politik, Religion und Gesellschaft verkörpert. Damit rückt die Kategorie Geschlecht noch weiter in das Zentrum einer politischen Ideologie. So hatte deren Vertreterin Zleeka noch eine ganz andere Vermutung zu der Frage, warum Frauen seltener getötet werden:

> „Sie [die Israelis; SK] wollen keine Männer, weil sie nicht wollen, dass die Bevölkerung wächst. Sie töten Männer und dann werden Frauen keinen mehr finden – und

dann können sie sie auf schlechte Art und Weise benutzen – und das passiert häufiger.“ (Zleeka Muhtaseh, PAL 36)

Dass verknüpft mit der Identitätsproblematik „Frauen im Zentrum fundamentalistischer Politik“ stehen (Hélie-Lucas 1992[244]), erhält hier noch eine andere Wendung, weil dies hier nicht nur nach „innen“ gerichtete Aspekte sind, sondern ebenso die Vorstellungen, um nicht zu sagen „Phantasien“, über die Motive des Gegners beeinflusst.

244 Sie bezieht sich hierbei keineswegs nur auf islamischen Fundamentalismus, sondern sieht in diesen beiden Aspekten eine „strukturelle Ähnlichkeit“ aller Fundamentalismen. Auch Riesebrodt interpretierte Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung – unter den Bedingungen rapider Urbanisierung und den damit verbundenen Veränderungen der Sozialbeziehungen (Riesebrodt 1990).

6. Reproduktion des Krieges

„BI: ‚US Senator George Mitchell sagte einmal, dass der palästinensisch-israelische Konflikt beendet werden wird, wenn palästinensische und israelische Frauen auf die Straßen gehen und ein Ende fordern, wie sie [also nordirische Frauen; SK] es in Nordirland getan haben.‘

Badran: ‚Es macht mir nichts aus mit israelischen Frauen zu demonstrieren und für einen gerechten Frieden einzutreten. Aber ich frage mich, wann die Mehrheit der israelischen Frauen zur Gerechtigkeit bereit sein wird und wann die israelische Gesellschaft bereit sein wird, Palästinenser als Gleiche anzusehen, als Menschen, die die gleichen Rechte haben. Ich denke das ist das Entscheidende; wenn man Andere als Menschen ansieht, dann wird man nicht zustimmen, sie zu okkupieren.‘“ (Badran 2003; Übersetzung SK[245])

Der oder die InterviewerIn des Online-Magazins *Bitterlemons*[246] bemüht hier mit dem Ausspruch von Mitchell eine Art Lysistrata-Motiv[247]. Demnach sind bei Kriegen und Gewalt Männer die treibende Kraft und Frauen, wenn sie nur zusammen hielten, könnten dem Ganzen ein Ende bereiten. Eng verbunden damit sind Vorstellungen nach denen Frauen friedfertiger, immer die unschuldigen Opfer und Hauptleidtragenden sind, und deshalb Frieden in jedem Fall in ihrem Interesse sein müsste. Obwohl es in Nordirland tatsächlich eine starke Friedensbewegung gab, die hauptsächlich von Frauen getragen wurde, ist weder die Behauptung, deshalb sei der Konflikt beendet worden, belegbar, noch sind die damit verbundenen Vorstellungen haltbar, wie nicht zuletzt diese Arbeit gezeigt hat.

So wirkt auch die palästinensische Antwort auf das Lysistrata-Motiv eher ernüchternd, vor allem wenn man weiß, dass Amneh Badran als Direktorin des *Jerusalem*

245 Text im Original: „BI: ‚US Senator George Mitchell once said that the Palestinian-Israeli conflict will end when Palestinian and Israeli women go to the streets and demand an end, as they did in Northern Ireland.‘ Badran: ‚I don't mind demonstrating with Israeli women to ask for a just peace. But I wonder when the majority of Israeli women will be ready for justice, and when the Israeli community will be ready to see Palestinians as equals, as humans that have equal rights. I think this is the bottom line; if you see the other as human, you won't agree to occupy them.‘“

246 „Bitterlemons-international.org is an internet forum for an array of world perspectives on the Middle East and its specific concerns. It aspires to engender greater understanding about the Middle East region and open a new common space for world thinkers and political leaders to present their viewpoints and initiatives on the region. Its audience is the interested public and policymakers“ (*bitterlemons* 2008).

247 In dieser griechischen Komödie (um 400 v. d. Z.) verbünden sich athenische und spartanische Frauen gegen ihre kriegslüsternen Männer und verweigern sich ihnen sexuell bis diese Frieden schließen.

Centre for Women (JCW) interviewt wurde, denn das JCW arbeitet seit seiner Gründung 1994 über das *Jerusalem Link* mit der israelischen Organisation *Bat Shalom* zusammen. Die beiden Frauenorganisationen, die zusammen eine Erklärung verabschiedet haben, die einen palästinensischen Staat in den Grenzen von '67, Jerusalem als Hauptstadt für beide Staaten und die Räumung aller israelischen Siedlungen fordert, die sich aber auf die genaue Formulierung im Hinblick auf die palästinensischen Flüchtlinge nicht einigen konnten[248], sind sozusagen diejenigen, die für das jeweilige Friedenslager stehen. Genau genommen steht *Bat Shalom* für den Teil des israelischen Friedenslagers, das in Israel als „linksaußen" wahrgenommen wird, während Amneh im Interview mit mir darauf hinwies, dass das JCW Mainstream Positionen vertrete (PAL 26). Diese Positionen sind die oben genannten einschließlich eines Rückkehrrechts der Flüchtlinge. Sie kennzeichnen jedoch eher einen Minimalkonsens der zerrütteten palästinensischen politischen Landschaft bezüglich vertretbarer Kompromisse gegenüber Israel.

Kennt man den Rest und das Postskript des Interviews, das ich mit Amneh im Jahre 2000 geführt habe[249], in denen die Probleme der Zusammenarbeit geschildert werden, so wirkt dies noch ernüchternder, denn obwohl es sich hierbei unter anderem um ein Friedensprojekt handelt, wurde ausschließlich die Gewalt des Gegners problematisiert, und die Konfliktinterpretation liegt hier wie schon drei Jahre zuvor völlig im Rahmen der üblichen nach außen propagierten nationalistischen Deutungen. Hierzu gehört maßgeblich die alleinige Schuldzuweisung an den Gegner, wie hier in der Form, dass die Besatzung nichts anderes als eine Konsequenz aus der Einstellung der Mehrheit von Israelis sei, die Palästinenser nicht als gleichberechtigt akzeptieren. Dies markiert einen deutlichen Unterschied zu den Nordirinnen, die sich der Friedensbewegung zuordneten und Gewalt selbst als Problem definierten, und die Verantwortung dafür, für den Konflikt und seine Auswirkungen bei allen Beteiligten suchten. Den Republikanerinnen waren die Vertreterinnen der Friedensbewegung al-

248 **„Palestinian:** Israel accepts its moral, legal, political and economic responsibility for the plight of Palestinian refugees and thus must accept the right of return according to relevant UN resolutions. **Israeli:** Israel's recognition of its responsibility in the creation of the Palestinian refugees in 1948 is a pre-requisite to finding a just and lasting resolution of the refugee problem in accordance with relevant UN resolutions" (vgl. *Bat Shalom* 2001) – der Teufel liegt im Detail. Für Israelis ist das Rückkehrrecht (aller Flüchtlinge und ihrer Nachfahren auch in das '67er Gebiet) gleichbedeutend mit einer Selbstauflösung des jüdischen Staates und deshalb wird die Forderung danach als Versuch der Palästinenser gewertet, doch noch zu ihrem Ziel, dem Ende Israels, zu kommen.

249 Sie gehörte zu den Wenigen, die einer Aufnahme des Interviews nicht zugestimmt hatten. Das und die folgenden Feststellungen über den Inhalt des Interviews sind auch die Gründe, wieso dieses Interview bis jetzt nicht in der Arbeit aufgetaucht ist – es ergab keinen neuen Gesichtspunkt im Vergleich zu den anderen Interviews (vgl. Kapitel 2.3), außer dem, der hier thematisiert wird.

lerdings eher suspekt, sie galten bestenfalls als naiv und schlimmstenfalls als potentielle Kollaborateure, wie ohnehin bis in die '90er Jahre jeder und jede, inklusive wohlmeinender MenschenrechtlerInnen und Angehörige nicht-republikanischer Frauengruppen, der oder die ihre Konfliktinterpretation nicht teilte, nach der die Briten das eigentliche Problem seien und Gewalt notwendig sei.

Einige Antworten auf die Frage, wie es kommt, dass sich Frauen eher an der Reproduktion des Krieges beteiligen anstatt sich für ein Ende der Gewalt einzusetzen, gibt der Abschnitt zu Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften. Inwiefern die Geschlechterperspektive und die über die Akteurinnen gewonnen Erkenntnisse zum Verständnis der Konflikte und insbesondere zur Widerstandsgewalt beitragen konnten, stellt der darauf folgende dar, in dem Unterschiede zwischen Republikanerinnen und Palästinenserinnen verknüpft mit der Gewaltfrage zusammengefasst werden. Zum Schluss sollen mit Hilfe einer Reflexion über die Formel vom „gerechten Frieden“ einige Punkte hervorgehoben werden, die zum Teil über diese Arbeit hinaus weisen.

Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften

Frauen in Widerstandsgesellschaften definieren sich im Hinblick auf die dominante Gesellschaft nicht in erster Linie über die Kategorie Geschlecht, sondern über ihre ethnische Zugehörigkeit. Sie ist es, die sie als entscheidend für Lebenschancen und -qualität und das Ausmaß an Betroffenheit von dem Konflikt wahrnehmen. Und dafür haben sie gute Gründe, denn sie werden einer Gruppe zugeordnet, deren Angehörige im Durchschnitt im Vergleich zu Angehörigen der dominanten Gruppe den geringeren Lebensstandard, schlechtere Bildungschancen, schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, weniger Einkommen haben, deren Wohngebiete die schlechtere Infrastruktur aufweisen etc. Sie sind entweder de jure im Vergleich zu den Angehörigen der dominanten Gruppe schlechter gestellt und haben weniger Rechte, oder de facto werden Gesetze zu ihren Ungunsten angewandt. Und die Frauen haben selbst und vermittelt durch Erzählungen anderer in ihren Leben Erfahrungen der Benachteiligung gemacht und erlebt, wie der Konflikt ihr Leben und das der Menschen um sie herum beeinflusst.

Außerdem definiert die staatliche Begrenzungsstrategie, wer zu den „troublemakern“, den Sicherheitsrisiken gehört und sorgt dafür, dass der Konflikt in erster Linie in ihren Wohngebieten ausgetragen wird. Daher gibt es dort überproportional viele Opfer und das Leben ist geprägt von den Auswirkungen der staatlichen Sicherheitsmaßnahmen, die für die Betroffenen unabhängig davon, ob sie am Widerstand beteiligt sind, ein Leben in Unsicherheit bedeuten. Zwar sind Frauen als Opfer des Kon-

flikts deutlich unterrepräsentiert, aber jede hat Angehörige und Bekannte, die getötet oder verletzt oder verhaftet wurden, ist schon einmal von Sicherheitskräften schikaniert worden, hat Straßenkämpfe erlebt oder auch den plötzlichen Einbruch von Gewalt in den Alltag bis ins eigene Haus. Jede weiß, wie es ist, wenn in heißen Konfliktphasen die Welt gleichsam zusammenschrumpft auf die Soldaten auf der Straße, die Sorge um die Sicherheit und Versorgung der Familien, und wie trügerisch die ruhigen Phasen sein können. Divide et impera schürt innergesellschaftliche Konflikte, die Angst vor Polizei, Geheimdiensten und vor dem inneren Feind schüren eine Atmosphäre des Misstrauens und der Verdächtigungen. Die staatliche Begrenzungsstrategie bestimmt unentrinnbar die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Lebensplanung und den Alltag mit. Die Welt, in der man lebt, ist offenkundig eine verkehrte Welt mit der grundsätzlich etwas nicht in Ordnung ist, und zwar unabhängig vom eigenen Geschlecht.

Legitimiert der Staat seine Begrenzungsstrategie und deren Sicherheitsmaßnahmen mit den Aktionen des Widerstandes und trägt paradoxerweise dazu bei, dessen Konfliktinterpretation Plausibilität zu verschaffen, so legitimiert der Widerstand sich nur zum Teil über die staatlichen Maßnahmen und über die Diskriminierungen. Tatsächlich vorkommende Diskriminierungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit und andere Opfererfahrungen verschwimmen mit den Konsequenzen des Konflikts, und mit denen eines ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels, von denen die als negativ angesehenen dem Gegner angelastet und die positiv bewerteten dem Widerstand zu Gute gehalten werden. Nach der Konfliktinterpretation ist nämlich der Staat selbst das Problem, weil ihm historisches Unrecht zugrunde liege, das der „imagined victimized community“ widerfahren sei. So werden über lange Zeit politische Maximalforderungen – einen Teil des Staatsgebietes aufzugeben oder sich selbst aufzulösen – aufrecht erhalten, die zum einen so kaum verhandlungsfähig sind und zum anderen auf pro-staatlicher Seite denjenigen Kräften Auftrieb geben, die wiederum nach ethnischer Grenzziehung propagieren, dass alle, die der Widerstand beansprucht zu vertreten, das Kernproblem des Konflikts seien. Das wichtigste Mittel zur Herstellung dieser ethnischen Differenz ist der Identitätszwang der Gewalt und, damit verbunden, Solidarisierungseffekte. Die Gewaltanwendung von Seiten des Widerstandes hat im Verbund mit seiner entgrenzten Ideologie noch weitere Konsequenzen. Nicht nur muss der Staat darauf reagieren, wird die ethnische Zuordnung gestärkt und ergeben sich „self-fulfilling prophecy“ Effekte, sondern die gewaltbereiten Gruppen setzen sowohl mit ihren Mitteln als auch mit ihrer Ideologie die Maßstäbe innerhalb der Widerstandsgesellschaften.

Innergesellschaftliche Konfliktlinien, seien es nun Klassen-, Generationen- oder Geschlechterkonflikte, die zu Konflikten über die richtige gesellschaftliche Ordnung werden, und bei denen es um innergesellschaftliche Machtverteilung geht, werden in der Ideologie der nationalen Frage untergeordnet und gelten damit als erst lösbar, wenn die nationale Frage geklärt ist. Dies entlastet zwar den Widerstand davon, seinem Anspruch gerecht zu werden, schließlich alle Probleme der Gesellschaft zu Gunsten eines jeden lösen zu können, aber sie bergen ein enormes Konfliktpotential in einer Gesellschaft, wo sich Gewaltakteure im Namen der Nation etabliert haben und somit erstens Gewaltmittel verbreitet wurden, und zweitens Gewalt als nahe liegendes Mittel der Wahl legitimiert ist, wenn sie nur irgendwie mit der nationalen Frage verknüpft werden kann. Diese Verknüpfung fällt nicht schwer, denn in ihrer einfachsten Variante wird eine bestimmte Gruppe aus der Widerstandsgesellschaft als Kollaborateure, Verräter etc. heraus definiert. Die Folge sind gewaltsame Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen und innerhalb der Gesellschaft eine Verstärkung der Tendenz, ständig auf der Hut zu sein und abweichende Meinungen besser für sich zu behalten. So entsteht eine Gesellschaft in der zwar eine Omnipräsenz des Politischen herrscht, aber kaum offene politische Diskussion stattfindet. Darauf zu verzichten, nach der Ideologie partikuläre Identitäten und Interessen in den Vordergrund zu rücken und diese statt dessen mit nationalistischen Argumenten zu legitimieren, ist jedenfalls für diejenigen, die innerhalb der Widerstandsgesellschaft in den schwächeren Positionen sind, eine nahe liegende Strategie.

Die schwächere Position von Frauen kommt aufgrund mangelnder rechtlicher und ökonomischer Absicherung, Familienstrukturen und traditionellen Werten zustande, wobei sich all dies gegenseitig verstärken kann. Hinsichtlich der Widerstandsideologie ist sie beeinflusst vom Grad der vorgestellten weiblichen Verletzungsoffenheit und dem der propagierten kulturellen Abgrenzung gegenüber dem Gegner, und damit von der Idee, dass Frauen eine Schwachstelle der Gesellschaft bilden, die es zu beschützen gilt, von der allerdings ebenso eine potentielle Gefahr ausgeht. Gleichzeitig werden sie als Garantinnen des Überlebens der Ethnie gesehen, die umso gefährdeter scheint, je mehr der Konflikt als ein Überlebenskampf codiert wird. Für Frauen ist Geschlecht zunächst vor allem im Hinblick auf die eigene Gesellschaft relevant. Weiblichkeit und Männlichkeit sind Zuordnungen, die Rollen und Positionen in ihr festlegen. Da Geschlecht eine Kategorie ist, die eine sehr heterogene Gruppe von Menschen umfasst, bildet sie eine schlechte Grundlage für die Definition gemeinsamer Interessen und damit für Mobilisierung. Nicht eine allgemeine „Weiblichkeit“ eignet sich als Identitätsgrundlage, sondern geteilte Alltagserfahrungen und bestimmte weibliche Rollen. Zudem werden geschlechtsspezifische Zuordnungen nicht von

allen problematisiert, sondern teilweise, als von der Tradition und/oder Religion legitimiert, akzeptiert. Allerdings lassen sich mit Hilfe der nationalistischen Ideologie auch mangelnde Akzeptanz verschleiern und geschlechtsspezifische Zumutungen problematisieren. Akteurinnen, insofern sie die Ideologie um die Kategorie Geschlecht erweitern, können also auf zweierlei Weise in die Definition des Konflikts und des Widerstandes eingreifen: Einmal indem sie traditionelle oder religiöse Vorstellungen nutzen, und einmal indem sie genau diese in Frage stellen. Die Politisierung der Kategorie Geschlecht kann Frauen dazu dienen, sich ein von der Ideologie legitimiertes politisches Handlungsfeld zu schaffen und damit Zugang zu den Vorteilen zu erhalten, die ein Engagement im Widerstand mit sich bringen kann:

Neben der Möglichkeit, sich über Rollenvorgaben und Autoritätsverhältnisse entweder hinwegzusetzen oder die eigene Position mit der Berufung auf eben diese zu stärken, können dies Vorteile sehr unterschiedlicher Art sein. So gelingt es einer Widerstandsbewegung, die sich behauptet, Ressourcen zu gewinnen, die dann an ihre Anhänger verteilt werden. Daraus ergeben sich Jobs in den Organisationen und der entstandenen „black economy", Karrieren, Verdienstmöglichkeiten und sogar neue Berufszweige von den VollzeitwiderstandskämpferInnen, über Grassroots-PolitikerInnen bis zu Medienbeauftragten. Je mehr sich die Bewegung institutionalisiert, umso mehr differenzieren sich die Aufgaben, und umso mehr Posten gilt es zu besetzen, die immer professioneller gestaltet werden. Damit wird der Widerstand für gut ausgebildete Leute attraktiv, die ansonsten wenig berufliche Perspektiven haben, oder der Widerstand wird selbst zu einem Arbeitgeber, der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schafft, und sei es mit Hilfe des Staates in Gefängnissen. Immer neue Bevölkerungskreise sollen einbezogen werden, für die dann das entsprechende Personal bereit stehen muss. Indem Frauen eine Zielgruppe werden, ergeben sich für einige Frauen die Chance auf Teilhabe an diesen Ressourcen. Allerdings gehen sie so nicht nur die mit der politischen Betätigung verbundenen Risiken ein, sondern auch das Risiko, dass sie bei der Verteilung übergangen werden. Alles in allem aber, kann es sehr handfeste Gründe für Frauen geben, sich die Interessen des Widerstandes zu Eigen zu machen, auch wenn die Verneinung des Eigennutzes ebenso zu den Grundpfeilern der Ideologie gehört wie die Verneinung der Tatsache, dass es nur eine kleine Minderheit ist, die profitiert, und keineswegs das „Volk" oder alle Frauen „befreit" würden. Im Gegenteil, wie die Analyse zeigte, liegt es in der Logik der Funktionen, die Frauen für den Widerstand erfüllen, dass Frauen außerhalb der vorgegebenen Rollen nur von Nutzen sind, wenn sie eine Minderheit bleiben, weil es vor allem die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist, die einen völligen Zusammenbruch der Gesellschaft in Krisenzeiten verhindert.

Frauen können also sowohl Nutznießer als auch die „beasts of burden“ der Konflikte sein. Was für die einen eine Art Abkürzung ins öffentliche Leben, zu wichtigen Positionen und guten Jobs sein kann, wirft die anderen umso mehr auf ihre angestammten Rollen zurück, die zusätzlich noch erweitert werden, weil sie nun nicht mehr für ihre Familie, sondern für die ganze Nation zuständig sein sollen[250]. In Ermangelung materieller Ressourcen, aber auch wegen seiner nicht-transparenten Machtstrukturen, die der Korruption Tür und Tor öffnen, verteilt der Widerstand in erster Linie symbolische Belohnungen. Auch deshalb können eher materielle Vorteile vieles nicht erklären, denn die Teilnahme erscheint, von außen betrachtet unter der Vorgabe eines solchen Nutzenkalküls, sowohl auf persönlicher Ebene als auch auf gesellschaftlicher Ebene angesichts der Kosten des Konflikts und der Leiden, die er mit sich bringt, wenig rational. Oft entwickeln sich diese Vorteile erst mit der Zeit und sind zu dem Zeitpunkt, an dem Menschen die Entscheidung treffen, sich dem Widerstand anzuschließen, noch gar nicht absehbar. Sie machen es lediglich besser verständlich, wieso Leute dabei bleiben trotz der Risiken und des manchmal hohen Preises, den sie für ihre Aktivitäten gezahlt haben, oder wieso sich Menschen anschließen, wenn der Widerstand auf Erfolgskurs ist und floriert.

Ein weniger profaner Vorteil ist die Sinnstiftung. So erklärt die ethno-nationalistische Widerstandsideologie nicht nur, was mit dieser Welt nicht in Ordnung und wer dafür verantwortlich ist, sondern bietet eine umfassende Sinnstiftung an, die die eigene Lebenswelt mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft schicksalhaft verknüpft. Die Zugehörigkeit zu einer „imagined victimized community“ bietet mit dieser umfassenden Sinnstiftung, die zunächst scheinbar geschlechtsblind ist, etwas, was die Geschlechtsidentität „Weiblichkeit“ nicht leisten kann, denn Beteiligung am Widerstand eröffnet den Zugang zu, oder zumindest die Teilhabe an, einer männlich-idealistischen, heroischen Sphäre, und damit paradoxerweise den Weg zu einer Form der Individualisierung aus einer kollektivistischen Idee. Die neuen Handlungsmöglichkeiten im Namen des nationalen Widerstandes bedeuten Wahlmöglichkeiten, welche die Tradition, die nun eine Option neben anderen geworden ist, nicht bereit hielt. Diese neue Bedeutungsoffenheit der Tradition, die ihre Funktionen umfassender Sinnstiftung und Herstellung sozialer Ordnung verloren hat, beraubt sie ihrer Selbstverständlichkeit und Eigenständigkeit, denn sie muss angepasst an die herrschenden Verhältnisse interpretiert werden, was wiederum die nationalistische Ideologie leistet.

250 Das ist übrigens durchaus eine Einschätzung, die auch einige meiner Interviewpartnerinnen teilten. Im Vergleich dazu erging es der Magd aus der Juditgeschichte besser – sie wurde von Judit freigelassen, wie man noch am Rande erfährt (Judit 16.28).

Die paradoxe Identität basierend auf der Zugehörigkeit zu einer vorgestellten Opfergemeinschaft, die gleichzeitig eine Heldengemeinschaft ist, in der Leiden zu einer politischen Ressource zur Selbstbehauptung wird, eignet sich dazu, so ziemlich alles zu erklären, was einem jemals im Leben widerfahren ist, ohne dass damit das – nicht zuletzt aus der gemeinsamen monotheistischen Tradition stammende (vgl. Härle 2002; Wieland 2002) – Selbstkonzept des Menschen als handelndes Subjekt aufgegeben werden müsste. Die Ideologie bietet also nicht weniger als die Versöhnung der fundamentalen menschlichen Erfahrungen des Erleidens und Handelns, und bindet das Individuum in einen diesseitigen, weltlichen Kosmos ein, der „Geschichte" genannt wird und der moralischen Gesetzmäßigkeiten folgt, wobei die Protagonisten des Guten und Bösen Kollektive sein können. Die unübersehbaren Analogien zu religiöser Sinnstiftung, die eine jenseitige Komponente hinzufügt, macht die Wahlverwandtschaft zwischen ethno-nationalistischer Ideologie und Religion verständlich, symbolisch verdichtet in der Gestalt des Märtyrers oder der Märtyrerin.

Allerdings bietet die Ideologie diese umfassende Sinnstiftung in Zeiten des Umbruchs und der Vervielfältigung der Deutungsangebote, was sich gerade darin zeigt, dass andere Elemente einfach eingefügt werden können, sei es das Jenseits, die Traditionen, der Klassenkampf, der Anti-Imperialismus, die Modernisierung, die Emanzipation der Frau, die Menschenrechte usw. In dieser Widersprüchlichkeit liegt einerseits eine ihrer Stärken, weil so für jeden etwas dabei ist, und zwar nicht für die Angehörigen der eigenen Gesellschaft, sondern auch für ausländische Unterstützer. Andererseits bleiben diese Widersprüchlichkeiten nicht ohne Auswirkungen auf die eigene Gesellschaft, wie die aufgezeigten vielfältigen Ambivalenzen gegenüber politischen Akteurinnen und politisierter Weiblichkeit verdeutlicht haben. So hat sich gezeigt, dass geschlechtsspezifische Codierungen Widersprüche und Paradoxien in den Bereich des Weiblichen schieben, oder vielleicht besser gesagt, sie in diesen abgeschoben und so das Männliche und der Widerstand davon entlastet werden. Ähnlich tragen Geschlechtsstereotype und Arbeitsteilung zur Minimierung anderer Paradoxien der Entgrenzungsstrategie des Widerstandes bei: So wird zum Beispiel die Unfähigkeit, Sicherheit und Versorgung zu gewährleisten durch die Teilnahme und Arbeit der Frauen gemildert; für die Unfähigkeit, die propagierten politischen Ziele aus eigener Kraft erreichen zu können, werden geschlechtsspezifische Begründungen gefunden; Ablehnung wird durch Frauen als „acceptable face" des Widerstandes gemildert.

Aber der Widerstand leidet unter ständigen Mobilisierungsschwierigkeiten in einer Gesellschaft, die auf den überlegenen Staat angewiesen bleibt. Nicht wenige versuchen, dem Konflikt möglichst zu entgehen und ein Leben zu führen, bei dem es um

Familie, Arbeit, Haus, Ausbildung und ähnliches geht. Obwohl dies den von einigen Akteurinnen propagierten Automatismus der Selbstverständlichkeit der Ideologie und Notwendigkeit des Widerstandes Lügen straft, und der Widerstand einiges dafür tut, um diese Normalität zu verhindern, muss er sie auch wieder zulassen, um seine Basis nicht zu verlieren. Nun ist nicht jede(r), der oder die Politik nicht zu seinem oder ihrem wichtigsten Lebensinhalt macht, deswegen gegen Widerstand und vertritt eine komplett andere Einschätzung der Lage. Zwar gibt es diese Menschen, aber sie haben es umso schwerer sich Gehör zu verschaffen – sollten sie sich nicht ohnehin lieber völlig aus der Politik heraus halten wollen – je erfolgreicher der Widerstand seine Interpretationen durchsetzen konnte. Dass dies gar nicht so einfach ist, illustrieren die Bemühungen, die notwendig waren, um Frauen zu mobilisieren und die vielfältigen Bedingungen, die erfüllt sein mussten, um Frauen an die Bewegung zu binden. Es gibt eine Kluft zwischen Akteurinnen, die sich die Widerstandsideologie zu Eigen gemacht und sich den Organisationen angeschlossen haben, und der Masse derjenigen, die sich der Teilnahme wegen des Konflikts, und insbesondere seiner heißen Phasen, nicht entziehen konnten. Erstere leben in einer Welt in der alles politisch im Sinne der Widerstandsideologie ist einschließlich des Privaten, und sie sehen mit Unverständnis, wenn anderen das „richtige Bewusstsein“ fehlt, sie die „Realität“ nicht wahrhaben und sich nicht anschließen wollen. Für sie ist es ein Antrieb und sie verstehen sich als Pionierinnen und Teil einer Elite, die im Namen einer guten Sache agierten. Für die Anderen eignet sich die Widerstandsideologie im Nachhinein als Sinnstiftung für die Leiden, Strapazen und die Opfer, die sie gebracht haben. Hinzu kommt, dass es der Widerstand ist, der die Dienstleistungen anbietet, die bei der Bewältigung des schwierigen Konfliktalltags helfen können.

Frauen auf verschiedene Arten einzubeziehen, ist für den Widerstand notwendig und ihre Nützlichkeit ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass auch der Staat nicht geschlechtsneutral agiert. Weiblichkeit wird zu einem Schutzschild und zu einer Waffe gegen den Staat, aber auch das wiederum nur, wenn die Mehrheit der Frauen sich geschlechtsstereotyp verhält und diejenigen, die aus ihrer Rolle fallen und als direktes Sicherheitsrisiko wahrgenommen werden, eine Minderheit bleiben. Die organisiert aktiven Akteurinnen, in deren Idealvorstellung sich andere Frauen ihnen anschließen und nacheifern, befinden sich in einem Dilemma: Erst die Erhöhung und Erweiterung traditionell weiblicher Rollen im Widerstand definiert und ermöglicht männliche Widerstandsrollen, und die Tradition soll die ethnische Identität begründen. Aber um sich selbst zu legitimieren, müssen sie geschlechtsspezifische Vorgaben und die Tradition in Frage stellen, und dass zu viele so aktiv sind wie sie, ist genauso wenig erwünscht wie ihre Konkurrenz zu Männern oder die Durchsetzung ihrer Deutungen,

sofern diese auf eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse zielen. Trotzdem spricht nichts dafür, dass es eine eindeutig identifizierbare weibliche Konflikterfahrung und -interpretation gibt. Nicht nur gibt es auch Männer, die für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse eintreten, sondern Frauen vertreten unterschiedliche Standpunkte und ihr Erleben des Konflikts ist abhängig von sozialer Herkunft, Art des politischen Engagements, Alter und Wohnort, um nur einige Faktoren zu nennen.

Die ambivalenten Einstellungen gegenüber politischen Akteurinnen und politisierter Weiblichkeit zeugen nicht einfach von der Zähigkeit traditionaler Deutungen. Sie sind auch Ausdruck einer Gesellschaft, deren Wandel von Gewalt mitbestimmt wird. Dabei ist es nicht nur die Widerstandsstrategie, die althergebrachte Macht- und Autoritätsverhältnisse angreift, wie sich etwa am Beispiel der Jugend zeigte, deren notwendige Mobilisierung ebenfalls nur über das in Frage stellen traditioneller Autorität gelingen kann, wobei eine unkontrollierte Jugend wieder ein Problem darstellt. Ebenso trägt die Strategie des Staates dazu bei, weil ihre Auswirkungen dieselben Macht- und Autoritätsverhältnisse erschüttern, deren Aufrechterhaltung paradoxerweise ihm zugute kämen. Kann eine rebellierende Jugend nicht in seinem Sinne sein, so können es genauso wenig rebellische Frauen sein. Bezogen auf die Geschlechtsverhältnisse profitiert er von traditionellen Verhältnissen, weil sie den Widerstand berechenbarer machen und die Gesellschaft stabilisieren, und weil geschlechtsspezifische Druckmittel gegen die Frauen, die ihm Probleme bereiten, eingesetzt werden können.

Diese Interessengleichheiten von Widerstand und Staat, die sich auch an anderen Beispielen zeigen ließen[251], können einerseits dafür sorgen, dass die Lage nicht völlig außer Kontrolle gerät. Andererseits liegt sogar die Gewalt selbst noch im gegenseitigen Interesse zumindest solange keine Kompromisslösung angestrebt wird und sie nicht außer Kontrolle gerät, denn dem Staat verschaffen die Herausforderungen seines Gewaltmonopols und die Opfer seine Legitimation, um mit Gewalt und verschiedenen anderen Maßnahmen gegen den Widerstand vorzugehen, und zwar nicht nur gegen diejenigen, die sich an Gewalt beteiligen, sondern gegen alle, die sich im Namen der Widerstandsgesellschaft politisch betätigen und dann als Teil der Infrastruktur der Gewalt gelten können. Wer das ist, kann nach Bedarf definiert werden, aber der Widerstand kommt ihm auch hier wieder insofern entgegen, wie er selbst gerne diverse Organisationen, Komitees und Initiativen für sich reklamiert. Der Staat kann zudem mit dem Verweis auf Sicherheit alle möglichen Interessen verfolgen, ohne

251 Etwa im Hinblick auf eine Splittergruppe, die unbequem für die größere Widerstandsorganisation ist oder seien es andere Teile der Gesellschaft, die sich zwar anschließen, aber keine Macht fordern sollen.

sich dafür weiter rechtfertigen zu müssen. Ohne Gewalt von Seiten des Widerstandes wäre ein solches Vorgehen vor der eigenen Gesellschaft und nach außen auf die Dauer nicht zu rechtfertigen und aufrecht zu halten, zumindest nicht, solange er sein politisches System inklusive freier Medien nicht abschafft.

Die Gewaltfrage: Republikanerinnen und Palästinenserinnen

Es ist deutlich geworden, dass sich nur eine kleine Minderheit von Frauen direkt an der Gewalt beteiligt hat, während die meisten Hilfs- und Unterstützungsfunktionen erfüllten. Ihre Beteiligung entspricht der allgemeinen Verlaufskurve der Gewalt, also in heißen Phasen beteiligen sich mehr und in ruhigeren weniger Frauen, was aber insgesamt nicht viel an ihrem proportionalen Anteil ändert. Deswegen erscheint es etwas erklärungsbedürftig, wieso sich ausgerechnet durch den Fokus auf Frauen Erkenntnisse über die Gewalt des Widerstandes gewinnen lassen sollen, wo sie doch in erster Linie männlich ist. Aber schaut man sich die Gewalt an und zieht diejenigen Aspekte in Betracht, die relevant für Akteurinnen waren, so lässt sich folgendes Bild skizzieren:

Dem Beginn der *Troubles* ging in Nordirland durch die Bürgerrechtsbewegung eine Politisierung der katholischen Minderheit voran, die auch Frauen, die bis dahin seit der Teilung Irlands in Nordirland kaum im politischen Bereich in Erscheinung getreten waren, ergriff. Diese Politisierung war nur eingeschränkt nationalistisch und vor allem gewaltlos[252]. Anschlusspunkt an den irischen Nationalismus war die Vorstellung einer seit Jahrhunderten von England unterdrückten irischen Nation, die sich in der Diskriminierung der Katholiken fortsetze. Zu der republikanischen Tradition, die nicht gewaltlos ist und bis zurück ins 18. Jahrhundert konstruiert werden konnte, gehörte schon ein Teilerfolg, nämlich die Republik Irland. Dies war nach republikanischer Lesart zwar auch eine Teilniederlage, aber entscheidend im Hinblick auf Frauen ist, dass diese nicht nur auf eine ebenso lange Tradition weiblicher politischer Rollenmodelle zurückblicken konnten, sondern diese nicht diskreditiert waren. Ferner waren schon Ende der '60er Jahre die Geschlechterverhältnisse nur noch ein untergeordnetes Moment in der ethnischen, kulturell interpretierten Abgrenzung zum Gegner. Die noch vorhandene „nationalistische Teilkränkung“ war also nicht vergeschlechtlicht, konnte allerdings durch die Ereignisse Ende der '60er/ Anfang der '70er Jahre reaktiviert werden. Trotzdem war es nicht mehr möglich, damit eine allgemeine Gewaltakzeptanz in dem Sinne zu erreichen, dass Gewalt nicht nur zur unmittelbaren Selbstverteidigung, sondern zur Durchsetzung politischer Ziele das angemesse-

252 Im Gegensatz zur Politisierung auf protestantischer Seite. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die letzte IRA Kampagne erst Anfang der '60er eingestellt worden war.

ne Mittel ist. Man kann auch sagen, dass es tragischer Weise unter anderem das Entsetzen über die Gewalt zu dieser Zeit war, das noch viel mehr Gewalt den Weg geebnet hat. Die republikanische Widerstandsgesellschaft, die aus den Ereignissen entstehen sollte, blieb eine Minderheit innerhalb der katholischen Bevölkerung, die den Republikanern ablehnend oder zumindest ambivalent gegenüber stand.

Als nach '67 der Aufstieg der PLO Gruppen innerhalb der besetzten Gebiete begann, herrschte in der arabisch-moslemischen Welt schon ein mehr als ein Jahrhundert alter Streit über die Gründe für den Machtverlust des „Ostens" gegenüber dem „Westen", dessen wichtigstes Symbol die Gründung Israels geworden war. Dabei nehmen zwischen der Vorstellung, er sei auf die Abkehr von der eigenen Tradition und Religion zurückzuführen, und der, dass es gerade diese seien, die Modernisierung verhindern, die Geschlechterverhältnisse eine zentrale Rolle ein. Eine veränderte Stellung der Frau war für die Einen Merkmal eines Verfalls und für Andere eine notwendige Modernisierung, wobei diese Auseinandersetzung noch durch koloniale Herrschaftsdiskurse verschärft wurde, in denen die Stellung der Frau zu einem Gradmesser für Zivilisation gemacht worden war. Die als traditionell geltenden Geschlechterverhältnisse konnten daher zu einem wichtigen Moment in der ethnischen Abgrenzung zum „Westen" und zu Israel werden, und damit zum Symbol für moralisch-kulturelle Überlegenheit, die es zu bewahren gelte.

Zugleich wurde die weibliche Verletzungsoffenheit radikalisiert zu einer Schwachstelle im Kampf gegen Gegner. Um dieses gegnerische Einfallstor zu schließen, wurden wiederum zwei einander ausschließende Strategien entlang der selben Linien wie im Hinblick auf Machtgewinn gewählt: Die Forderung, Frauen umso größerer Kontrolle zu unterwerfen einerseits, andererseits die von säkularen Akteurinnen erhobene nach Aufhebung der Verletzungsoffenheit, indem man sich von diesen Traditionen befreit. Diese grundlegende Ambivalenz hat bis heute nichts von ihrer Relevanz verloren, obwohl längst die Suche nach einem dritten Weg begonnen hat. Umso weniger ambivalent erscheint der über Jahrzehnte immer wieder propagierte und demonstrativ in Szene gesetzte „Konsens"[253] ansonsten reichlich zerstrittener Eliten und Gruppen darüber, dass es am besten wäre, wenn die historische Schmach rückgängig gemacht werden könnte, und dass dafür Gewalt selbstverständlich gerechtfertigt sei. Ambivalenzen gegenüber PLO Gruppen richteten sich daher nicht gegen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, sondern gegen die Gefährdung eigener Interessen und gesellschaftspolitischer Vorstellungen. Die Vermei-

253 Ob dieser „Konsens" tatsächlich existierte ist fraglich, aber zumindest war seine Propagierung, selbst wenn er nicht-existent war, stark genug, um Abweichler unter extremen Rechtfertigungsdruck zu bringen.

dung von Schande und die Wiederherstellung der Ehre sind sozusagen die gemeinsamen Momente, die Geschlechterverhältnisse und die Gewaltfrage hier teilen.

Für palästinensische politische Akteurinnen ergaben sich aus all dem verschiedene Dilemmata, die noch durch ihre unzureichende rechtliche und ökonomische Absicherung verstärkt wurden. Die prekäre rechtliche Lage aller Palästinenser und das beachtliche Gefälle zwischen dem Lebensstandard in Israel und den besetzten Gebieten bedeutete eine existentielle Abhängigkeit von der Familie, das Fortbestehen traditioneller Familienstrukturen und damit verbundener Werte, und eine ständige frustrierende Erinnerung an die eigene Unterlegenheit – Letzteres vor allem für junge Leute, die durch einen gestiegenen Bildungsstand andere Vorstellungen von einem gute Leben entwickelten als noch ihre Eltern. So wurde der Widerstand für viele, Frauen und Männer, eine naheliegende Möglichkeit, dagegen aufzubegehren und Aufstiegsmöglichkeiten dort zu suchen. Zudem war der Staat Israel kein Adressat, an den sie Forderungen hätten richten können, weil es kaum Möglichkeiten der politischen Beteiligung gab, sondern die einzigen Adressaten waren die diversen Widerstandsgruppen. Für Nordirinnen galt dies nicht, denn eingebunden in das britische Rechts- und Sozialsystem waren sie nicht nur besser abgesichert, sondern gab es politische Instanzen, an die sie sich wenden konnten und Kanäle, die eine politische Teilhabe und beruflichen Erfolg außerhalb des Widerstandes ermöglichten. Kurz gesagt, gab es für Frauen und Katholiken in Nordirland insgesamt mehr gangbare Alternativen, was die Beteiligung am Widerstand vor allem für diejenigen attraktiv machte, die innerhalb dieses Systems am meisten benachteiligt waren, also die Unter- und untere Mittelschicht.

In Irland und Nordirland gab es eine gewaltkritische Öffentlichkeit und eine politische Konkurrenz der RepublikanerInnen, die sich gegen die gewaltsame Austragung des Konflikts ausgesprochen hat. Dazu gehörte die katholische Kirche, was zusammen mit der säkularen Ausrichtung des Republikanismus zu einer kritischen Distanz zur Kirche und damit zu ihren gesellschaftlichen Vorstellungen führte. Frauen eröffnete dies die Möglichkeit, sich über das traditionelle, katholisch geprägte Frauenbild hinwegzusetzen. Gleichzeitig spielten die Geschlechterverhältnisse bei den unter anderem gewaltsam ausgetragenen Konflikten innerhalb der republikanischen Bewegung kaum eine Rolle, denn die Vorstellungen lagen zu nahe beieinander. Ohnehin bargen die Geschlechterverhältnisse in der Abgrenzung innerhalb der Gesellschaft genauso wenig Sprengstoff wie in der Abgrenzung nach außen. Die als katholische Mittelschichtkonkurrenz und als eher konservativ wahrgenommene SDLP führte zusammen mit der starken Betonung der Klassenunterschiede dazu, dass Themen der Gleichberechtigung in der republikanischen Bewegung populär werden

konnten, wobei die Gleichberechtigung von Frauen ein Thema unter anderen war, mit dem sich die republikanische Bewegung als progressiv profilieren wollte. Gewaltkritische Konkurrenz, die Nachwirkungen der Bürgerrechtsbewegung und diverse Gruppen, die zu überregional vorhandenen sozialen Bewegungen gehörten, wie etwa des Feminismus, hatten einen ähnlichen Effekt. Mit all diesen mussten sich RepublikanerInnen auseinandersetzen und sich positionieren. Die relativ homogene *Republican Community* und ihr Gegenstück, die *Loyalist Community*, waren eben nur die Teile einer relativ stabilen Gesellschaft, die am stärksten von der Gewalt und anderen Auswirkungen des Konflikts betroffen waren, und Nordirland war selbst ein Konfliktgebiet innerhalb eines stabilen und befriedeten Umfeldes, das sich sozusagen zur Postmoderne hin entwickelte.

In der in vielfacher Hinsicht sehr heterogenen palästinensischen Gesellschaft wurden die Traditionen zu einem der wenigen einigenden Bänder erklärt und daher entwickelten sich im Verbund mit der starken Abgrenzung nach außen die Geschlechterverhältnisse zu innenpolitischem Sprengstoff. Zunächst dienten sie zusammen mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf zur politischen Abgrenzung der radikalen PLO Gruppen gegenüber traditionellen Herrschaftseliten, dann zu Abgrenzungen zwischen diesen Gruppen, die sich dabei zudem gegenseitig mit spektakulären Aktionen zu überbieten suchten. Dass Frauen in der politischen Arena zu Pionierinnen werden mussten, weil ihnen kaum Rollenmodelle zur Verfügung standen und diverse Organisationen erst gegründet werden mussten, zeigt nicht nur die frühere Hemmung durch Traditionen. Es spiegelt auch wider, dass sich der Widerstand mit samt seinen Interpretationen erst formieren musste und damit auch seine Interpretation der palästinensischen Identität, und ihr Verhältnis zur arabischen Identität. Der Gewalt kam hier nicht zuletzt die Funktion der Identitätsbildung zu und war Ausdruck von Deutungskonflikten innerhalb des breiten Spektrums des Widerstandes.

Mit der '87er *Intifada*, die zwar nicht gewaltlos war, aber eher einem Aufstand glich, schien sich zunächst nach all den Niederlagen nicht nur abzuzeichnen, dass die Lösung ein palästinensischer Staat in den besetzten Gebieten sein könnte, sondern auch, dass eine innergesellschaftliche Revolution hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse und der sozialen Ordnung, und der Aufstieg neuer, junger Eliten möglich wäre. Aber die zunehmend chaotischen Zustände mit Auswirkungen auf alle Teile der Bevölkerung, die Einbeziehung der alten PLO Führungsriegen aus dem Ausland und der Einfluss von Ereignissen in der instabilen Region führten zusammen mit dem Mobilisierungspotential der islamistischen Konkurrenz zu der Gefahr einer Revolution anderer Art als sich Akteurinnen der säkularen Gruppen vorgestellt hatten. Noch während der '87er *Intifada* wurden die Geschlechterverhältnisse ein Hauptab-

grenzungskriterium zwischen den säkularen und den islamistischen Gruppen, und Forderungen von Frauen wurden hinten angestellt, um eine weitere Eskalation innergesellschaftlicher Spannungen zu verhindern. Und wieder waren Gruppen entstanden, die sich in Sachen Radikalität gegen den Feind und mit Durchsetzung ihrer Vorstellungen der richtigen Geschlechterverhältnisse an die Spitze der Bewegung setzen wollten. Die Geschlechterverhältnisse sind in den besetzten Gebieten nicht nur deshalb so brisant, weil sie die soziale Ordnung einer Gesellschaft maßgeblich bestimmen, sondern weil sie anzeigen, zu welcher Seite man sich grundsätzlich gesellen will, und von welcher man sich Unterstützung erhofft und bekommt – vom „Kapitalismus" oder „Kommunismus", vom „Osten" oder „Westen", von „islamistischer" oder „säkularer Seite" bis hin zu bestimmten Staaten – in einem Konflikt, der auf mehreren internationalen Konfliktlinien lag und liegt.

Die Erfolge der britischen Sicherheitsmaßnahmen führten ab ungefähr Mitte der '70er zu der Einsicht, dass es doch keinen schnellen Sieg geben wird, sowie zu verstärkten Anstrengungen, sich in der Bevölkerung besser zu verankern, was Frauen als Zielgruppe einschloss. Die Republikanerinnen hatten dabei den Vorteil, dass diese Frauen aus dem gleichen Milieu wie sie selbst stammten. Sie konnten zielgruppengerecht und damit relativ erfolgreich arbeiten, wovon wiederum die Zielgruppe profitierte. Dass damit die Unterschicht der Gesellschaft schon erreicht war, erleichterte einer Gruppe den Monopolisierungsprozess des Republikanismus und zusätzlich schalteten die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen kleinere republikanische Gruppen und Abweichler aus. Hinzu kommt die Absetzung der alten Führungsriege, die eine langsame Abkehr vom traditionell-romantisierenden Nationalismus eines Patrick Pearse mit seinen eher ausgeprägten Geschlechterrollen, seiner Gewaltverherrlichung und Opfermystik einleitete, und einem Pragmatismus Platz machte. Dazu gehört eine fortschreitende Professionalisierung der Gewaltkampagne, womit die Beteiligung daran für einige zu einem Aufstiegskanal werden konnte, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, sondern abhängig von ihren Fähigkeiten. Diese Professionalisierung war eine Notwendigkeit angesichts der Sicherheitsmaßnahmen, spiegelte aber gleichzeitig eine traditionelle Orientierung am Militär und an idealisierten soldatischen Tugenden wider, wozu die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten gehört, so dass es selbst innerhalb der *Republican Community* Rechtfertigungsdruck für bestimmte Gewaltformen gab. Frauen übernahmen für sich diese Orientierungen und sahen sich in der IRA als Soldatinnen, aber gleichzeitig blieben hinsichtlich der Gewaltopfer geschlechtsspezifische Vorstellungen bestehen, nach denen „gegnerische" Frauen erst einmal als Zivilistinnen gelten. Dabei spielte die selbst attestierte nicht-sektiererische Ausrichtung und propagierte Klassensolidarität

eine Rolle, die auch als Ausdruck der Erkenntnis gelesen werden kann, dass man selbst im Falle eines republikanischen Siegs nachher noch mit den Protestanten wird zusammen leben müssen.

In den Gefängnissen zum Beispiel gab es Kontakte zu inhaftierten Loyalisten und bei den Gefängnisprotesten ging es zwar in erster Linie um die Anerkennung der RepublikanerInnen als politische Gefangene – oder eben *Prisoners of War* – jedoch wurden die Loyalisten ebenfalls als solche von den RepublikanerInnen anerkannt. Mit den Hungerstreiks zeigte sich noch einmal das Potential, das die republikanische Bewegung mobilisieren konnte. Dies konnte sie allerdings nur, weil hier Leidensbereitschaft und Opferstatus als politische Ressourcen eingesetzt wurden und sie gerade nicht als Gewaltakteur erschien. Zudem war dies zwar ein Propagandaerfolg und ein ungeheurer Legitimitätsgewinn, aber die RepublikanerInnen mussten feststellen, dass sich damit allein die Lage nicht änderte. Sie erkannten die Notwendigkeit, den bis dahin zu Gunsten des bewaffneten vernachlässigten politischen Kampf zu professionalisieren und dem System anzupassen, aber auch ihrem Unterstützungsumfeld, denn schließlich war die Opferbereitschaft an ihre Grenzen gestoßen als Angehörige der Hungerstreiker dem Sterben ein Ende setzten. Die bedingungslose Opferbereitschaft, wie sie die Mütter der Gefangenen bis dahin symbolisiert hatten, war immer fragwürdiger geworden. Dies lag insofern auf einer Linie mit den Protesten gegen die Gewalt Mitte der '70er, wie sich darin zeigt, dass nicht nur bestimmte Gewaltformen gegen den Gegner auf Protest stießen, sondern ebenso Zumutungen aufgrund der Gewalt und im Namen der nationalen Sache hinsichtlich der eigenen Gesellschaft. Je mehr sich der Konflikt in die Länge zog und je offenkundiger wurde, dass man sich in einer Pattsituation befand, umso weniger ließ sich von den Menschen bedingungslose Opferbereitschaft verlangen. Die durch die Hungerstreiks eingeleitete neue politische Strategie verschaffte zunächst eine bessere Position, aber konnte das Patt nicht aufbrechen, wie sich in den '80er Jahren zeigte.

Nachdem mit der Zeit der Hungerstreiks die dritte Phase umfassender Politisierung vorbei war, brachte die Pattsituation eine gewisse Stabilität des alltäglichen Lebens mit sich. Der Einstieg in die Kommunalpolitik, die Professionalisierung und ein gewisser Pragmatismus, der nicht zuletzt auf einer immer realistischer werdenden Einschätzung der eigenen Situation beruhte, können als Ausdruck eines Rationalisierungsprozesses der Widerstandsstrategie interpretiert werden, der dem späteren Friedensprozess den Weg ebnete. Zu dieser Rationalisierung gehört, dass es mehr und mehr für Frauen legitim wurde, ihre Interessen zu vertreten und nicht nur Symbole der Opferbereitschaft oder der Gemeinschaft zu sein, zumal der Alltag für die meis-

ten kein dauerhaftes Krisenmanagement mehr war und sie sich deshalb anderen Dingen zuwenden konnten.

In den besetzten Gebieten gelang dem Widerstand erst mit der '87er *Intifada* eine umfassende Politisierung der Bevölkerung im nationalistischen Sinne, sowie Propagandaerfolge und Legitimitätsgewinne, die darauf beruhten, dass die Asymmetrie des Konflikts und der palästinensische Opferstatus in den Mittelpunkt gerückt wurden. Doch weder die Bevölkerung war homogener geworden, noch waren es die politischen Vorstellungen. Im Gegenteil, je länger die Krise andauerte, umso deutlicher wurde die Tiefe der Kluften zwischen den politischen Eliten und Teilen der Bevölkerung, und den verschiedenen Gruppen, wie die Kontrollverluste über die Gewalt – seien es nun „Kollaborationsmorde" an Frauen und die Schikane von Akteurinnen wegen „unislamischer" Kleidung, oder die Torpedierung des beginnenden Friedensprozesses durch die islamistischen Gruppen – zeigen. Viele Akteurinnen der säkularen Gruppen, die aus der Mittel- und Oberschicht stammten, hatten schon früher den Kontrast zwischen ihrer Lebenswirklichkeit und der eines Großteils anderer Frauen feststellen müssen. Im Laufe der *Intifada* und mit Beginn des Friedensprozesses mussten sie erkennen, dass sie weder für sich ihre politischen Vorstellungen durchsetzen konnten, noch grundlegend etwas an den Lebensbedingungen anderer Frauen ändern konnten, die sogar drohten, wegen der Gefährdung der bis dahin erreichten Bildungserfolge langfristig noch schlechter zu werden. Da die ganze Gesellschaft zur Widerstandsgesellschaft geworden war, hätte die säkulare Nationalbewegung auch alle Zielgruppen einbinden können müssen, um sie nicht an andere zu verlieren. Da dies nicht realisierbar war, sollten die Zielgruppen ihre Interessen eben hinten anstellen. Gleichzeitig war mit dem Erfolg des Opferstatus die bedingungslose Opferbereitschaft in den Vordergrund gerückt.

Da auch PalästinenserInnen feststellen mussten, dass Propagandaerfolge allein die Lage nicht verändern können, zogen einige die Konsequenz und strebten eine politische Lösung an. Andere indessen kamen zu einer anderen Schlussfolgerung: Wenn die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit nicht automatisch etwas änderte, so bestätigte dies, dass es nur eine Lösung gegen den Westen geben könne und geheime Kräfte am Werk seien, die Erfolge verhindern. Solche irrationalen Einschätzungen sind wiederum Bestandteile des „Machtverlustdiskurses", der weit über die besetzten Gebiete hinaus geführt wird. In diesen Zusammenhang gehört außerdem die Vorstellung, trotz der massiven Unterlegenheit der palästinensischen Seite noch gewinnen zu können, sei es mit Hilfe der demographischen Entwicklung oder anderer Staaten, wenn man den Konflikt nur lange genug am Leben hält. Entwickelte sich die *Intifada* schon zu einer Zerreißprobe der Gesellschaft, unter anderem, weil sie die

traditionelle Ordnung erschütterte und eine Beilegung des Konflikts in den Bereich des Möglichen rückte, so sollte es der Friedensprozess erst recht werden. Während für Republikanerinnen die Gewalt zu einem immer mehr kontrollierten Mittel wurde, das gezielt und dosiert die eigene Position in den Verhandlungen stärken sollte, wurde sie für die säkulare palästinensische Bewegung immer unkontrollierbarer und von der Konkurrenz eingesetzt, um Verhandlungen zu verhindern.

Dem Bewusstsein der Unterlegenheit einerseits, und den Siegesphantasien andererseits, entspricht das Ausmaß, in dem der Konflikt als Überlebenskampf codiert wird. In Nordirland entwickelten sich die Vorstellungen weg von der Idee, einen Kampf ums Überleben auszufechten, hin zu der, sich in einem Krieg zu befinden, um bestimmte Interessen durchzusetzen, was dazu führte, dass Frauen von den Funktionen, die das Überleben der Ethnie sichern sollen, entlastet wurden. Die weit verbreitete Gewaltakzeptanz in der palästinensischen Gesellschaft, die dazu führt, dass die eigene Gewalt kaum problematisiert wird, kann als Ausdruck einer Entwicklung interpretiert werden, in deren Zuge der Konflikt mehr und mehr zum Existenzkampf erhoben wurde. Demnach sei man bis jetzt ständig Opfer geworden und stehe einem übermächtigen Gegner, der Vernichtung anstrebe, gegenüber. So wird jede Gewalt zur Selbstverteidigung und Frauen werden zu gefährdeten Objekten.

Selbstverständlich erklären die hier aufgeführten Aspekte allein nicht den jeweiligen Verlauf der Friedensprozesse und die unterschiedliche Entwicklung der Gewalt. Die ausschließliche Betrachtung der Widerstandsgewalt allein erklärt selbstverständlich ebenso wenig, wieso die Konflikte nicht noch gewaltsamer ausgetragen wurden als sie es ohnehin schon wurden. Da im asymmetrischen Verhältnis der Staat die überlegenen Gewaltmittel besitzt, liegt es in erster Linie an ihm, wie viel und welche Art der Gewalt er bereit ist einzusetzen. Aber die hier genannten Aspekte erhellen einige grundlegende Unterschiede, die dann im Verbund mit anderen Entwicklungen zum Tragen kamen. Diese waren sowohl internationale als auch innenpolitische Entwicklungen in den jeweils gegnerischen Gesellschaften und die daraus resultierende Politik – Themen, die den Rahmen der Arbeit hier sprengen würden. Andere Entwicklungen und Bedingungen können im Hinblick auf die palästinensische Gesellschaft mit Schlagworten kurz angerissen werden: Die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage weiter Bevölkerungskreise, enttäuschte Erwartungen, eine politisierte Jugend ohne Chancen, Bevölkerungsexplosion, Entwurzelung, Urbanisierung und inkompetente Eliten.

Nimmt man zum Beispiel die erstaunlich breite Akzeptanz der Selbstmordattentate gegen Zivilisten, so kann man zudem auf Eskalations- und Nachahmungseffekte verweisen, auf taktisches Nutzkalkül und das Scheitern des Friedensprozesses selbst.

Jedoch ist sie mit Hilfe der oben angesprochenen Aspekte besser zu begreifen zumal sich die Selbstmordattentate als im palästinensischen Sinne kontraproduktiv erwiesen haben[254]. Es sei denn man betrachtet sie als Akt der Tilgung von Schande; als Versuch, sich ausländische Verbündete zu sichern und seine Machtstellung innenpolitisch auszubauen; als Versuch, eine kollektive Identität der Opferbereitschaft aufzuzwingen, um der sich anbahnenden Individualisierung und Pluralisierung entgegen zu wirken; als Botschaft an den Gegner, die den Konflikt aufrecht erhält und ihm vor Augen hält, was im Falle eines Siegs zu erwarten ist. Da Frauen aber aufgrund ihrer Position in ihrer eigenen Gesellschaft und aufgrund der Konstruktion, wonach sie wegen ihrer Verletzungsoffenheit eine Gefahr für diese darstellen, im besonderen Maße angreifbar sind, erscheint es hochgradig bedenklich, ausgerechnet von ihnen zu erwarten, sich gegen den Mainstream des Widerstandes zu stellen und sich für Kompromisse und Aussöhnung einzusetzen. Je größer die Benachteiligungen und Unsicherheiten sind, die mit ihrer Position verbunden sind, und je mehr sie als Schwachstelle gelten, die es dem Gegner erlaubt, die Gesellschaft zu unterwandern, umso bedenklicher sind solche Erwartungen und umso unwahrscheinlicher auch, dass Frauen diese Erwartungen erfüllen.

Der gerechte Friede

Frieden ist für Akteurinnen in Widerstandsgesellschaften nicht ein Wert an sich oder primäres Ziel, sondern statt dessen ist es die Gerechtigkeit, was dann in der Formel vom „gerechten Frieden“ auf einen Nenner gebracht wird. Da Entrechtung, Ungleichheit, Demütigung und staatliche Gewalt als kollektiv erlitten interpretiert werden, verbergen sich hinter der Gerechtigkeit Forderungen für das Kollektiv, dem zu Recht verholfen werden soll. Die Widerstandsgewalt gegen einen Staat, der sich als demokratischer Rechtsstaat versteht, erscheint aus einer Außenperspektive als Teil des Problems, wenn nicht sogar als das größte Hindernis für eine Kompromisslösung und eine Verbesserung der Lage aller Beteiligten. Für die Akteurinnen ist sie ein Mittel zur Problemlösung und lediglich Symptom für das zugrunde liegende Unrecht, welches erst beseitigt werden muss.

Während für alle Konfliktparteien gilt, tendenziell den eigenen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Konflikts zu ignorieren, Empathie- und Differenzierungsvermögen zu verlieren und in eine „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“-Mentalität zu verfallen, läuft insbesondere die Widerstandsgesellschaft Gefahr, sich in ihrer eigenen

254 Dies war auch die Begründung, die in der Erklärung von palästinensischen Intellektuellen angeführt wurde, in der sie sich im Sommer 2002 gegen Selbstmordattentate ausgesprochen haben: „Military action ... are assessed based on whether they fulfill political ends“ (Urgent Appeal 2002).

Welt einzuspinnen. Ein Grund dafür ist wieder die Gewalt selbst, das mit ihr verbundene Agieren aus dem Untergrund, autoritäre und nicht transparente Machtstrukturen, und ihre schon dargestellten Wirkungen innerhalb der Widerstandsgesellschaft. Ein weiterer Grund ist die Ideologie, die sich immer selbst bestätigen kann, gleichgültig, was passiert. Auf die Rechte zu verzichten wird umso undenkbarer, je mehr ihnen geopfert wurde. Deshalb muss es ein „gerechter Friede" sein und diese Formel eignet sich dazu, jeden Kompromiss mit den Hinweis darauf abzulehnen, so würde der Gerechtigkeit nicht Genüge getan. Nicht jede(r) will um jeden Preis Frieden und das ist sogar verständlich, gibt es doch gute Gründe Gerechtigkeit zu fordern. Trotzdem bleibt die Frage, was denn ein gerechter Friede im konkreten Falle wäre, inwiefern es um Gerechtigkeit geht und die Formel vom „gerechten Frieden" nicht vielmehr ein Code für „Sieg" ist, was wiederum für die Besiegten wenig mit Gerechtigkeit zu tun haben dürfte.

Zu der bitteren Ironie der hier untersuchten Konflikte gehört, dass die Vorschläge für die notwendigen Kompromisse, die zu ihrer Beilegung führen können, in ihren Grundzügen schon seit Jahrzehnten bekannt sind. Ein Friedensprozess kann erst gelingen, wenn nicht nur der Staat dazu bereit ist, trotz seiner Überlegenheit Kompromisse einzugehen, sondern auch wenn die radikalen Widerstandsgruppen eingebunden werden können. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber fraglich bleibt, wann eine solche Einbindung erfolgversprechend ist, denn oft wird vergessen, dass ein gescheiterter Waffenstillstand oder Friedensprozess zu einer neuen Eskalation führen kann. Die folgenden Punkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, beinhalten aber meines Erachtens einiges, worauf sich zu achten lohnt:

Erstens ist anscheinend ein Abschwören von der Ideologie und den politischen Zielen nicht erforderlich, sondern es genügt zunächst, wenn diese Gruppen zu der Erkenntnis gelangen, dass ein Strategiewechsel jetzt notwendig ist. Zwar wird es immer Gruppen oder Einzelne geben, die mit einem solchen Wechsel nicht einverstanden sind, aber entscheidend ist vielmehr, ob sie von den anderen kontrolliert werden können.

Zweitens geht ein solcher Wechsel mit einem Rationalisierungsprozess der Strategie und einem Entmystifizierungsprozess der Ideologie einher, zu dem eine realistische Einschätzung der eigenen Stärke und Interessen, und der des Gegners gehören, sowie die Aufwertung realer Verbesserungen an Stelle von lediglich symbolischen Überhöhungen. Dazu gehört Propagandaerfolg und Legitimitätsgewinn nicht mit solchen realen Verbesserungen zu verwechseln; dazu gehört, dass zum Beispiel weniger von der Befreiung eines Landes die Rede ist als vielmehr davon, die Lage seiner Bewohner zu verbessern, und dass nicht an eine bedingungslose Opferbereitschaft der

Bevölkerung appelliert wird, sondern vielmehr Leistungen des Widerstandes eingefordert werden.

Drittens scheinen selbstkritische Reflexion und die Öffnung für abweichende Meinungen einem Wechsel vorauszugehen. Eine kritische politische Konkurrenz kann dazu beitragen falls sie selbst gewaltlos ist, denn sonst setzt sie lediglich eine innenpolitische Gewaltspirale in Gang. Wenn Gewalt selbst als Problem definiert wird, durchbricht dies die Widerstandsstrategie sogar dann, wenn Elemente der Ideologie geteilt werden. Appelle an das Selbstbild der radikalen Akteure, die sich zumeist auf der Seite des Guten wähnen, können dabei hilfreich sein.

Ein Friedensprozess hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er sich für alle Beteiligten lohnt, wobei es, wie das palästinensische Beispiel zeigt, nicht damit getan ist, Milliardenbeträge zu überweisen. Im Gegenteil stellt sich hier die Frage, ob man damit dem Frieden oder dem Krieg Ressourcen zuführt. Das nordirische Beispiel zeigt, wie schwierig der Weg ist und wie lange es dauert bis eine „Friedensspirale" in Gang kommt, in der sich Elemente wie Sicherheit, Demokratisierung, ökonomische Verbesserungen gegenseitig verstärken und wie viel länger es noch dauern wird, bis die Spaltungen in der Gesellschaft überwunden sein werden. Ist der nordirische Konflikt schon kompliziert genug und der Friedensprozess keineswegs perfekt, so ist der um Palästina noch um einiges komplizierter. Deshalb erscheint es eher zweifelhaft, ob Nordirland als Modell übertragbar ist. Beide Konflikte werden noch längere Zeit genügend Stoff für viele Forschungsarbeiten liefern.

Wer an einer möglichst gewaltarmen Lösung interessiert ist, die Konflikte verstehen oder gar zu ihrer Beendigung beitragen will, sollte die Formel vom „gerechten Frieden" ernst nehmen und nicht unter der Illusion, weil man dieselben Wörter benutzt, müsse auch dieselbe Sache gemeint sein, meinen, der Hinweis auf die Gerechtigkeit könne als nebensächlich beiseite geschoben werden und „eigentlich" wolle doch jeder nur in Frieden leben. Gesellschaften im Konflikt zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass diese Illusion, dasselbe zu meinen wenn man ähnliche oder auch dieselben Bezeichnungen wählt, radikal aufgehoben ist. Angehörige der Konfliktparteien sind sich dessen nicht nur immer bewusst, sondern oft auf einer ständigen Suche nach den versteckten Bedeutungen, der „doppelten Zunge", mit der der Gegner redet. Insofern gilt es einerseits sich solcher Konfliktkultur anzupassen und sich die unterschiedlichen Interpretationen anzueignen. Andererseits sind gerade der Nordirland- und der Palästinakonflikt Beispiele dafür, wie problematisch auch gut gemeinte Einmischung von außen sein kann, insbesondere wenn die Interpretationen einer Konfliktpartei übernommen und nicht mehr kritisch hinterfragt werden. Hier bietet sich meines Erachtens eine weite Palette von Themen, bei denen der For-

schungsbedarf ebenso hoch ist wie der Bedarf nach einer selbstkritischen Bestandsaufnahme der Forschung und ihrer Auswirkungen. Die Effekte des Medien-, Forschungs- und NGO-Betriebs in und um Konflikte müssen selbst daraufhin untersucht werden, inwiefern sie zu einer Reproduktion des Krieges beitragen.

Literatur / Quellen

Abbott, M. / Frazer, H. 1985: Women and Community Work in Northern Ireland. Farset Co-Operatives Press.

Abed, George T. 1988: The Palestinian Economy. Studies in Development under Prolonged Occupation. London – New York.

Abu Ijad 1979: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser. Düsseldorf.

Abu Mugheisib, Randa 1997: Die israelisch-palästinensischen Abkommen und die palästinensische Autonomie. In: Ofterdinger, Ronald (Hg.): Palästinensische Flüchtlinge und der Friedensprozeß. Palästinenser im Libanon. Berlin, 105-117.

Abu-Amr, Ziad 1994: Islamic Fundamentalism in the West-Bank and Gaza. Bloomington.

Aburish, Said K. 1992: Schrei, Palästina. Alltag auf der Westbank. München.

Adams, Gerry 1986: The Politics of Irish Freedom. Dingle.

Agha, H. / Malley, R. 2006: Hamas: The Perils of Power. In: The New York Review of Books, Vol. 53, Number 4, March 9.

Ahmed, Leila 1992: Women and Gender in Islam. New Haven – London.

AKUF – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung – http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/

Al-Azm, Sadik J. 2000 (1981): Orientalism and Orientalism in Reverse. In: Macfie, A. L. / Anouar, A. M. (ed.): Orientalism. A Reader. Edinburgh Univ. Press, 217-238.

Al-Labadi, Fadwa 1993: Memories of a Palestinian Daughter. Master-Thesis, The University of Kent at Canterbury.

Al-Masri, Ibrahim 2002: Violence against Women. An Analytical Study (translated 2002 by Rufaida Mikdadi), hrsg. von der Palestinian Working Women Society for Development, Ramallah.

Al-Rawi, Rosina-Fawzia 1994: Gelber Himmel, Rote Erde. Frauenleben in Palästina. Wien.

Al-Rifai, A. / Roudi-Fahimi, F. 2006: A First Glimpse at the 2004 Palestinian Demographic and Health Survey. Population Reference Bureau, May – http://www.prb.org/Articles/2006/AFirstGlimpseatthe2004PalestinianDemographicandHealthSurvey.aspx

Alter, Peter (Hg.) 1994: Nationalismus. München.

Anderson, Benedict 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt/ M. – New York.

Anderson, Benedict 1994: Exodus. In: Critical Inquiry, 20 (winter), 314-327.

Antonius, Soraya 1983: Fighting on two Fronts: Conversation with Palestinian Women. In: Davies, Miranda (Compiler): Third World – Second Sex, Women's Struggle and National Liberation. London, 63-77.

Appadurai, Arjun 1998: Dead Certainty. Ethnic Violence in the Era of Globalisation. In: Public Culture 10, 2, 225-247.

Appleby, Scott R. 2000: The Ambivalence of the Sacred. Religion, Violence and Reconciliation. New York.

Apter, David E. 1997: Political Violence in Analytical Perspective. In: Apter, D. E. (ed.): The Legitimization of Violence. London, 1-32.

Archer, Margret S. 1989: Culture and Agency. The Place of the Cultural in Social Theory. Cambridge Univ. Press.

Aref, Suha 1994: „Abartige Mädchen“. In: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (Hg.): Israel und Palästina – Zeitschrift für Dialog. Sonderheft Oktober, 15-32.

Arendt, Hannah 1962: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/ M.

Aretxaga, Begona 1995: Dirty Protest: Symbolic Overdetermination and Gender in Northern Ireland Ethnic Violence. In: Ethos: 23, 2, June, 123-148.

Aretxaga, Begona 1997: Shattering Silence: Women, Nationalism and Political Subjectivity in Northern Ireland. New Jersey: Princeton Univ. Press.

Aronson, Geoffrey 1990: Israel, Palestinians and the Intifada. London – New York.

Arthur, Paul 1974: The People's Democracy 1968-73. Belfast.

Arthur, Paul 1990: Republican Violence in Northern Ireland: The Rationale. In: Darby, J. / Dodge, N. / Hepburn, A. C. (ed.): Political Violence: Ireland in a Comparative Perspective. Belfast, 48-63.

Ashrawi, Hanan 1997: Ich bin in Palästina geboren („This Side of Peace“). München.

Asseburg, Muriel 2003: Auf dem Weg zu einem lebensfähigen Staat? Der Staatswerdungsprozess Palästinas während der Interimsperiode. In: Herz, D. / Jetztlsperger, C. / Ahlborn, K. (Hg.): Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven. Stuttgart, 113-140.

Aster, R. / Merkens, H. / Repp, M. (Hg.) 1989: Teilnehmende Beobachtung. Werkstattberichte und methodologische Reflexionen. Frankfurt/ M. – New York.

Atkinson, Robert 1998: The Life Story Interview. Qualitative Research Methods Vol. 44. London.

Auga, Ulrike 2006: Undoing Gender: Nationalism, Emerging Communities and Gender in View of Globalisation. Also a Gender Based Reading of the Palestinian Declaration of Independence and the Charta of the Islamic Resistance Movement (Hamas). In: Auga, U. / Braun, C. v. (Hg.): Gender in Conflicts. Palestine – Israel – Germany. Berlin, 37-59.

Aughey, A. / Jeffrey, K. et al. 1985: The Divided Province. The Troubles in Northern Ireland 1969-1985. London.

Augustin, Ebba (ed.) 1993: Palestinian Women. Identity and Experience. London & New Jersey.

Aunger, Edmund A. 1975: Religion and Occupational Class in Northern Ireland. In: Economic and Social Review, No 1, 1-18.

B'tselem 2006 – The Israeli Information Centre for Human Rights in the Occupied Territories – www.btselem.org/English/Punitive_Demolitions/Index.asp

B'tselem 2007 – The Israeli Information Centre for Human Rights in the Occupied Territories – http://www.btselem.org/english/Torture/

B'tselem 2008 – The Israeli Information Centre for Human Rights in the Occupied Territories – http://www.btselem.org/

Badran, Amneh 2003: Addressing Discrimination. In: Bitterlemons, September 04, Edition 9, Volume 1 – http://www.bitterlemons-international.org/inside.php?id=36

Barrit, D. P. / Booth, A. 1972: Orange and Green – A Quaker Study of Community Relations. Sedbergh (4. ed.).

Barrit, D. P./ Carter, C. F. 1972: The Northern Ireland Problem – A Study in Group Relations. London – New York – Oxford (2. ed.).

Barth, Frederick 1969: Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Cultural Difference. Bergen.

Bat Shalom 2001 – The Jerusalem Link declaration of principles – http://www.batshalom.org/jlink_principles.php

Baumgarten, Helga 1991: Palästina: Befreiung in den Staat. Frankfurt/ M.

Baumgarten, Helga 1995: Das Gaza-Jericho Abkommen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 11, 3-12.

Baumgarten, Helga 2002: Das Projekt eines palästinensischen Staates zwischen Demokratie und autoritärem Staat. In: Klein, U. / Tränhardt, D. (Hg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten. 2. Aufl., Schwalbach-WOCHENSCHAU Verlag, 103-122.

Beck, Martin 1998: Über die Misere der palästinensischen Autonomiegebiete. In: Leviathan, Jg. 26, Heft 1, 77-91.

Beckett, J. C. 1981: The Making of Modern Ireland 1603-1923. London.

Bednarz, D. / Lüders, M. 1981: Palästina – Protokolle. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Hannover.

Behrend, Heike 1995: Frauen und Krieg. Zur Gewalt in postkolonialen Widerstandsbewegungen in Afrika. In: Bräunlein, P. J. / Lauser, A. (Hg.): Krieg und Frieden. Ethnologische Perspektiven. Bremen, 161-171.

Bell, J. Bowyer 1973: The Escalation of Insurgency: The PIRA's Experience 1969-71. In: Review of Politics, 398-411.

Bell, J. Bowyer 1993: The Irish Troubles: A Generation of Violence, 1967-1992. Dublin.

Bell, J. Bowyer 1999: The Secret Army: The IRA. Dublin (updated ed.).

Benda, Roswitha v. 1990: „... dann werden die Steine schreien“. Die Kinder der Intifada. München.

Benhabib, Seyla 2002: The Claims of Culture: Equality and Diversity in the Global Era. Princeton UP.

Benvenisti, Meron 1984: The West Bank Data Project (WBDP). Washington – Jerusalem.

Benvenisti, Meron 1987: WBDP 1987 Report. Demographic, Economic, Legal, Social and Political Developments in the West Bank. Jerusalem.

Beresford, David 1987: Ten Men Dead: The Story of the 1981 Irish Hunger Strike. London.

Bisan 2008 – Bisan Center for Research and Development – http://www.bisan.org/about/history.html

Bishop, P. / Mallie, E. 1989: The Provisional IRA. London.

Bitterlemons 2008 – http://www.bitterlemons-international.org/about.php

Blaschke, Jochen 1985: Volk, Nation, Interner Kolonialismus, Ethnizität. Konzepte zur politischen Soziologie regionalistischer Bewegungen in Westeuropa. Berlin.

Bloch, Ernst 1977 (1934): Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/ M.

Bloom, Mia 2005: Mother, Daughter, Sister, Bomber. In: Bulletin of the Atomic Scientists. Vol. 61, No 6, 54-62.

Boal, Frederick W. 1981: Ethnic Residental Segregation, Ethnic Mixing and Ressource Conflict: A Study in Belfast, Northern Ireland. In: Peach, C. / Robinson, V. / Smith, S. (ed.): Ethnic Segregation in Cities. London, 235-251.

Bohnsack, R. / Marotzki, W. / Meuser, M. (Hg.) 2003: Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen.

Bonacker, Thorsten 2005: Exklusion als Macht. Zu den Bedingungen der Konfliktträchtigkeit sozialer Ausgrenzung. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 7, Heft 2, 41-67.

Bowden, Tom 1977: The Breakdown of Public Security. The Case of Ireland 1916-21 and Palestine 1936-39. London.

Boyd, Andrew 1972: Holy War in Belfast. Dublin.

Boyle, K. / Hadden, T. / Hillyard, P. 1980: Ten Years on in Northern Ireland: The Legal Control of Political Violence. London.

Braun, C. v. / Mathes, B. 2007: Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen. Berlin.

Braunmühl, Claudia v. (2008): Geschlechterdimensionen gewalttätiger Konflikte in der Internationalen Politik. gender...politik...online, Gender in den Sozialwissenschaften – http://web.fu-berlin.de/gpo/claudia_braunmuehl.htm

Bruce, Steve 1992: The Red Hand: Protestant Paramilitaries in Northern Ireland. Oxford.

Bruce, Steve 1994: The Edge of the Union: The Ulster Loyalist Political Vision. Oxford.

Brún, Bairbre de 1988: Women and Imperialism in Ireland. In: Women's Studies International Forum, Vol. 11, No 4, 323-328.

Buckland, Patrick 1981: A History of Northern Ireland. Dublin.

Buckley, S. / Lonergan, P. 1984: Women and the Troubles, 1969-1980. In: Alexander, Y. / O'Day, A. (ed.): Terrorism in Ireland. London.

Bunzl, J. / El Masri, N. (Hg.) 1989: Der Aufstand. Palästinensische und israelische Stimmen zur Intifada. Wien.

Burton, Frank 1978: The Politics of Legitimacy: Struggles in a Belfast Community. London.

Burton, Frank 1979: Ideological social relations in Northern Ireland. In: British Journal of Sociology, Vol. 30, Number 1, March, 61-80.

CAIN – „Conflict Archive on the Internet“ – www.cain.ulst.ac.uk

Callaway, Helen 1986: Survival and Support: Women's Form of Political Action. In: Ridd, R. / Callaway, H. (ed.): Caught up in Conflict. Women's Response to Political Strife. Oxford, 214-230.

Campbell, B. / Mc Keown, L. / O'Hagan, F. (ed.) 1994: Nor Meekly Serve My Time: The H-Block Struggle of 1976-1981. Belfast.

Carey, Margaret 1997: Women in Non-Traditional Employment in Northern Ireland: A Marginalised Form of Feminity. In: Byrne, A. / Leonard, M. (ed.): Women and Irish Society: A Sociological Reader. Belfast, 79-110.

Charles, N. / Hintjes, H. 1998: Gender, ethnicity and cultural identity: women's 'places'. In: Charles, N. / Hintjes, H. (ed.): Gender, Ethnicity and Political Ideologies. London, 1-26.

Cockburn, Cynthia 1998: The Space Between Us. Negotiating Gender and National Identities in Conflict. London – New York.

Coffey, A. / Atkinson, P. 1996: Making Sense of Qualitative Data: Complimentary Research Designs. Thousand Oaks, CA: Sage.

Collins, Eamonn 1997: Killing Rage (with Mick Mc Gourn). London.

Conermann, Stephan 2001: Muslimbruderschaft. In: Elger, Ralf (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur. München, 214-216.

Coogan, Tim Pat 1980: On the Blanket: The Inside Story of the IRA Prisoners' "Dirty" Protest. Dublin.

Coogan, Tim Pat 2000: The IRA. 4. ed. London.

Corcoran, Mary 2006: Out of Order: The Political Imprisonment of Women in Northern Ireland 1972-1998. Cullompton, Devon.

Coulter, Carol 1993: The Hidden Tradition: Feminism, Women and Nationalism in Ireland. Cork Univ. Press.

Cox, M. / Guelke. A. / Stephen, F. (ed.) 2000: A Farewell to Arms? From 'Long War' to Long Peace in Northern Ireland. Manchester Univ. Press.

Crenshaw, Martha 1998: The Logic of Terrorism: terrorist behavior as a product of strategic choice. In: Reich, Walter (ed.): Origins of Terrorism. Psychologies, Ideologies, Theologies, States of Mind. Washington, 7-24.

Creveld, Martin v. 1998: Die Zukunft des Krieges. München.

Creveld, Martin v. 2000: Armed but not Dangerous: Women in the Israeli Military. In: War in History, 7 (1), 82-98.

Croitoru, Joseph 2007: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina. München.

Dajani, Souad 1993: Palestinian Women under Israeli Occupation. Implications for Development. In: Tucker, Judith (ed.): Arab Women. Old Boundaries. New Frontiers. Washington, 102-128.

Darby, John (ed.) 1983a: Northern Ireland. The Background to the Conflict. Belfast.

Darby, John 1983b: The Historical Background. In: Darby, J. (ed.) 1983a: Northern Ireland. The Background to the Conflict. Belfast, 13-32.

Darwish, Khalil 1983: Sozioökonomische Struktur und sozialer Wandel der palästinensischen Gesellschaft nach 1948. Eine empirische Untersuchung am Beispiel zweier Flüchtlingslager. Pfaffenweiler.

Das Buch Judit, 14.10 – 15.2. Lutherbibel, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart 1985.

Debus, Barbara 1986: Unter Besatzern und Patriarchen. Palästinensische Frauen in der Westbank. Sozialgeschichte und Widerstand – Reihe Internationalismus Informationen, Nr. 14, Gießen.

Della Porta, Donatella 1995: Social Movements, Political Violence and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany. Cambridge.

Deutsches Orient Institut 1998: Nahost Jahrbuch 1997. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Opladen.

Devlin, Bernadette 1969: Irland: Religionskrieg oder Klassenkampf? („The Price of my Soul"). Hamburg.

Dick, Lutz van 1989: Aufstand im gelobten Land. Erkundungen zur Intifada. Hamburg.

Dietzen, Agnes 1993: Soziales Geschlecht. Soziale, kulturelle und symbolische Dimensionen des Gender-Konzepts. Opladen.

Dinstein, Yoram 2001: Das internationale Recht im arabisch-israelischen Konflikt. In: Gremliza, Hermann L. (Hg.): Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung. Hamburg, 170-189.

Dittrich, E. J. / Radtke, F. O. (Hg.) 1990: Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen.

Dowler, Lorraine 1998: „And they Think I'm Just a Nice Old Lady" – Women and War in Belfast, Northern Ireland. In: Gender, Place and Culture: A Journal of Feminist Geography, Vol. 5, No 2, 159-176.

Dunn, Seamus (ed.) 1995: Facets of the Conflict in Northern Ireland. London.

Eder, Franz X. 2002: Kultur der Begierde: eine Geschichte der Sexualität. München.

Edgerton, Lynda 1986: Public Protest, Domestic Acquiescence: Women in Northern Ireland. In: Ridd, R. / Callaway, H. (ed.): Caught up in Conflict. Women's Response to Political Strife. Oxford, 61-83.

Eisenstadt, Shmuel N. 1987: Die Transformation der israelischen Gesellschaft. Frankfurt/ M.

El-Maneie, Juliane 1997: Zum Einfluss islamistischer Bewegungen auf die palästinensische Gesellschaft in den besetzten Gebieten 1986-96. Würzburg.

El-Saadawi, Nawal 1980: Tschador – Frauen im Islam („The Hidden Face of Eve"). Bremen.

El-Saadawi, Nawal 1986: Moslemische Frauen und Menschenrechte. In: Palästina Bulletin, Nr. 4/86, 9-12.

Elias, Norbert 1980: Zivilisation und Gewalt. Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechung. In: Matthes, Jochen (Hg.): Lebenswelt und soziale Probleme. Frankfurt/ M., 98-122.

Elliott, S. / Flackes, W. D. 1999: Conflict in Northern Ireland. An Encyclopedia. (Northern Ireland: A Political Directory 1968-1999. Belfast)

Elwert, Georg 1990: Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von „Wir-Gruppen". In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 41. Jg., 440-464.

Enloe, Cynthia 1990: Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics. London.

Enloe, Cynthia 1998: All Men are Militias, all the Women are Victims. The Politics of Masculinity and Feminity in Nationalist Wars. In: Lorentzen, L. A. / Turpin, J. (ed.): The Women & War Reader. New York – London, 50-62.

Evason, Eileen 1991: Powerwomen: the Contemporary Women's Movement in Northern Ireland. Dublin.

Fair Play for Women – Steering Group 1999: Directory of Women's Groups. Newtownabbey.

Fairweather, E. / Mc Donough, R. / Mc Fadyean, M. 1985: Only the Rivers Run Free: Northern Ireland: the Women's War. London.

Falls Women's Centre 1995: What did you do in the war mammy? (Video) Belfast.

Fanon, Frantz 1971 (1961): Die Verdammten dieser Erde. Hamburg.

Farhat-Naser, Sumaya 1995: Thymian und Steine. Basel.

Farrell, Michael 1992: Northern Ireland. The Orange State. London.

Faul, Denis 1983: The stripping naked of the women prisoners in Armagh prison 1982-1983. Belfast (Linen Hall Library Political Collection).

Fearon, Kate 1996: Conclusion. In: Democratic Dialogue: Power, Politics, Positionings – Women in Northern Ireland. Report Number 4. http://cain.ulst.ac.uk/dd/report4/report4g.htm#conclusion

Fearon, Kate 1999: Women's Work: The Story of the Northern Ireland Women's Coalition. Belfast.

Feldman, Alan 1991: Formations of Violence: The Narrative of the Body and Political Terror in Northern Ireland. London.

Fillitz, T. / Gingrich, A. / Rasuly-Paleczek, G. (Hg.) 1993: Kultur, Identität und Macht: ethnologische Beiträge zu einem Dialog der Kulturen der Welt. Frankfurt/ M.

Filme: „Some Mother's Son“ (Irland 1996) von Terry George und Jim Sheridan. „Shahida – Brides of Allah“ (Israel 2008) von Natalie Assoulines.

Finkelstein, Norman G. 1996: The Rise and Fall of Palestine: A Personal Account of the Intifada Years. Minneapolis.

Finlay, Andrew 1987: The Cutting Edge Derry Shirtmakers. In: Curtin, C. / Jackson, P. / O'Connor, B. (ed.): Gender in Irish History. Galway, 87-107.

Fisk, Robert 1975: The Point of no Return. The Strike which broke the British in Ulster. London.

Flick, Uwe 2002: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 6. vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Reinbek.

Flores, A. / Schölch, A. (Hg.) 1983: Palästinenser in Israel. Frankfurt/ M.

Flores, Alexander 1989: Intifada: Aufstand der Palästinenser. 2. Aufl., Berlin.

Foda, Fadia 1997: Palästinensische Basisorganisationen im Libanon. In: Ofterdinger, Ronald (Hg.): Palästinensische Flüchtlinge und der Friedensprozeß. Palästinenser im Libanon. Berlin, 45-59.

Frangi, Abdallah 1982: PLO und Palästinenser. Vergangenheit und Gegenwart. Frankfurt/ M.

Freund, Wolfgang 2002: Looking into HAMAS and Other Constituents of the Palestinian-Israeli Confrontation. Frankfurt/ M.

Fuss, Diana 1999: Interior Colonies. Frantz Fanon and the Politics of Identification. In: Gibson, Nigel (ed.): Rethinking Fanon. The Continuing Dialogue. New York, 294-328.

Gaffikin, F. / Morrissey, M. 1990: Northern Ireland. The Thatcher Years. London.

Gambetta, Diego 2006: Foreword. In: Gambetta, D. (ed.): Making Sense of Suicide Missions. Oxford.

Garfinkle, Adam 1997: Politics and Society in Modern Israel. Myths and Realities. New York.

Geertz, Clifford 1983: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/ M.

Gellner, Ernest 1990: Nations and Nationalism. Oxford.

Gellner, Ernest 1999: Nationalismus. Kultur und Macht. Berlin.

Ghali, Mona 1997: Education. A Gender Profile of the Determinants and Outcomes of Schooling in the West Bank and Gaza Strip. Women's Studies Program Birzeit University: Palestinian Women: A Status Report 6.

Gibson, N. J. / Spencer, J. E. 1981: Unemployment and Wages in Northern Ireland. In: The Political Quarterly, Vol. 52, London, 100-114.

Gildemeister, R. / Robert, G. 2003: Politik und Geschlecht. Programmatische Gleichheit und die Praxis der Differenzierung. In: Nassehi, A. / Schroer, M. (Hg.): Der Begriff des Politischen. Soziale Welt Sonderband 14, Baden Baden, 217-239.

Gilmore, David D. 2005: The Manhood Puzzle. In: Bretell, C. B. / Sargent, C. F. (ed.): Gender in Cross-Cultural Perspective. 4th edition, London, 190-220.

Graham-Brown, Sarah 1993: Women and Politics in the Middle East. MERIP, May.

Grünert, Angela 1998: Der längst Weg heißt Frieden. Die Frauen im ersten palästinensischen Parlament. München.

Grünert, Angela 2002: Bis dass der Mann Euch scheide und ihr auf jegliche Ansprüche verzichtet? Islam und Eherecht: Tradition und Geld entscheiden über die Selbstbestimmung der Frau. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Weltreligion Islam. Bonn, 64-66.

Guelke, Adrian 1988: Northern Ireland – The International Perspective. Dublin.

Gutwein, Daniel 2000: „Neue Historiographie“ oder die Privatisierung des Gedächtnisses. In: Schäfer, Bärbel (Hg.): Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Frankfurt/ M., 208-256.

Hacker, Anna 1995: Ein Soldat ist meistens keine Frau. In: Österreichische Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Heft 2, Jg. 20, 45-63.

Haddad, Yvonne 1980: Palestinian Women: Patterns of Legitimation and Domination. In: Nakleh, K. / Zureik, E. (ed.): The Sociology of the Palestinians. London, 147-175.

Hagemann, Karen 1996: Nation, Krieg und Geschlechterordnung. Zum kulturellen und politischen Diskurs in der Zeit der antinapoleonischen Erhebung Preußens 1806-1815. In: Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft. 22. Jg., 562-591.

Hamas Charta 1988 – http://www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html

Hammami, Rema 1997: Labour and Economy. Gender Segmentation in Palestinian Economic Life. Women's Studies Program Birzeit University: Palestinian Women: A Status Report 4.

Hanafi, S. / Tabar, L. 2006: The „Women and Development“ Discourse and Donor Intervention in Palestine. In: Auga, U. / Braun, C. v.: Gender in Conflicts. Palestine – Israel – Germany. Berlin,199-231.

Harders, Cilja 2002: Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden – eine Einführung. In: Harders, C. / Roß, B. (Hg.): Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen. Opladen.

Härle, Wilfried 2002: Art. Mensch. VII. Dogmatisch und Ethisch. In: Religion in Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl., Tübingen, 1066-1072

Harris, Helen 1995: The Relatives Action Committees 1976-1980: situating republican women's political mobilisation around the defence of political status. Thesis, Univ. of Ulster.

Hass, Amira 2003: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land. München.

Hasso, Frances S. 1998: The "Women's Front". Nationalism, Feminism and Modernity in Palestine. In: Gender & Society, Vol. 12, 4. August, 441-465.

Haupert, Bernhard 1991: Vom narrativen Interview zur biographischen Typenbildung. In: Garz, Detlef (Hg.): Qualitative-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, 213-254.

Hauser-Schäublin, Brigitta 2003: Teilnehmende Beobachtung. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden und Techniken der Feldforschung. Berlin, 33-54.

Hausweddel, Corinna 2004: Der nordirische Friedensprozess – ein Modell? Lehren für eine internationale Einhegung innergesellschaftlicher Konflikte. Herausgegeben von Wissenschaft & Frieden, W&F Dossier 45, Januar.

Heiberg, M. / Ovensen, G. 1994: Palestinian Society in Gaza, West Bank and Arab Jerusalem. A Survey of Living Conditions. FAFO Report 1993/1994, 3. Printing.

Heintz, B. / Honegger, C. 1981: Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen. Frankfurt/ M.

Hélie-Lucas, Marie-Aimée 1992: Frauen im Zentrum fundamentalistischer Politik. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 32, 29-36.

Herz, D. / Steets, J. 2002: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur. 2. Aufl., München.

Hess, Henner 1983: Terrorismus und Terrorismus-Diskurs. In: Kriminologisches Journal, 15. Jg., 89-109.

Hiltermann, Joost R. 1991: Behind the Intifada. Labor and Women's Movement in the Occupied Territories. Princeton.

Hinds, Bronagh 1999: Women Working for Peace in Northern Ireland. In: Galligan, Y. / Ward, E. / Wilford, R. (ed.): Contesting Politics: Women in Ireland, North and South. Boulder, Colo., 109-129.

Hoffman, Bruce 2001: Terrorismus. Der unerklärte Krieg. 2. Aufl., Frankfurt/ M.

Holland, Jack / Mc Donald, Henry 1994: INLA. Deadly Divisions. The Story of Ireland's most ruthless Terrorist Organisation. Dublin.

Holt, Maria 1996: Women in Contemporary Palestine. Between Old Conflicts and New Realities. PASSIA, Jerusalem.

Hunter, Robert F. 1993: The Palestinian Uprising. A War by other Means. Rev. ed., Berkely.

Huntington, Samuel P. 1993: The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, 72, No. 3, 22-49.

Inglis, Tom 1987: Moral Monopoly: The Catholic Church in Modern Irish Society. Dublin.

Interparliamentary Union 2007 – http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm

Irabi, Abdulkader 1989: Arabische Soziologie. Studien zur Geschichte und Gesellschaft des Islam. Darmstadt.

Israel Insider 2005 (12. Oktober) – http://web.israelinsider.com/articles/security/6822.htm

Jamal, Amal A. 1996: Mobilization under Control: The PLO and the Palestinians in the Westbank and the Gaza Strip. Berlin.

Jayawardena, Kumari 1986: Feminism and Nationalism in the Third World. London.

JMCC 2004 – Jerusalem Media & Communication Centre: Palestinian Opinion Pulse, Vol. 5, Number 14 – http://www.jmcc.org/publicpoll/pop/04/jul/pop14.pdf

Johnson, P. / Kuttab, E. 2001: Where have all the Women (and Men) Gone? Reflection on Gender in the Second Intifada. In: Feminist Review No. 69, Winter, 21-43.

Johnson, Penny 1997: Social Support. Gender and Social Policy in Palestine. Women's Studies Program Birzeit University: Palestinian Women: A Status Report 5.

Joseph, Suad 1994: Gender & Family in the Arab World. MERIP, October.

Jürgensmeyer, Mark 2000: Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence. Univ. of California Press.

Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege. Frankfurt/ M.

Kamal, Zahira 2000: Women and Politics: Women and Political Involvement in the Middle East. The Palestinian Case. Paper vorgelegt zur „Joint Conference by Emek Yerzeel College and Al-Quds University on Women and Society in the Middle East“, Jerusalem.

Kanaana, Sharif 1998: Women in the Legends of the Intifada. In: Sabbagh, Suha: Palestinian Women of Gaza and the West Bank. Indiana Univ. Press.,114-135.

Kandiyoti, Deniz 1988: Bargaining with Patriarchy. In: Gender & Society, Vol. 2, No 3, 274-290.

Kandiyoti, Deniz 1991: Introduction. In: Kandiyoti, D. (ed.): Women, Islam and State. London, 1-21.

Karsh, Efraim 1997: Fabricating Israeli History. The „New Historians“. London.

Kawar, Amal 1996: Daughters of Palestine. Leading Women of the Palestinian National Movement. New York.

Kee, Robert 1982: Ireland: A History. London.

Kelle, U. / Kluge, S. 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Opladen.

Kepel, Gilles 2002: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus. München.

Kepel, Gilles 2004: Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens. München.

Keppley Mahmood, Cynthia 2000: Trials of Fire. Dynamics of Terror in Punjab and Kashmir. In: Sluka, Jeffrey A. (ed.): Death Squad. The Anthropology of State Terror. Univ. of Pennsylvania Press, 70-90.

Khaled, Leila S. 1974: Mein Volk soll leben. Autobiographie einer Revolutionärin. München.

Khalidi, R. / Tucker, J. 1991: Women's Rights in the Arab World. MERIP, February.

Khalidi, R. I. 1997: Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness. New York.

Khalifa, Sahar 1989: Das Tor. Zürich.

Kleining, Gerhard 1982: Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg., 224-253.

Kluge, Susanne 1999: Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. Opladen.

Knabe, Karla 1996: Die vergessenen Frauen der Revolution. In: Gabbert, Karin (Hg.): Offene Rechnungen. Lateinamerika – Analysen und Berichte. Bad Honnef, 31-47.

König, René (Hg.) 1972: Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. 7. Aufl., Köln.

Korstian, Sabine 1996: Prozesse der Institutionalisierung der Irisch-Republikanischen Armee. Magisterarbeit, Universität Siegen.

Krämer, Gudrun 2002: Geschichte Palästinas. München.

Kreile, Renate 1992: Islamische Fundamentalistinnen – Macht durch Unterwerfung? In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 32., 19-28.

Kreisky, Eva 2004: Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Rosenberger, S. K. / Sauer, B. (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 23-45.

Kröhnert-Ortmann, Susanne 2007: Die symbolische Ordnung der Moderne, kulturelle Identität und Gender im arabisch-islamischen Raum. In: Mae, M. / Saal, B. (Hg.): Transkulturelle Genderforschung. Ein Studienbuch zum Verhältnis von Kultur und Geschlecht. Wiesbaden, 143-175.

Kuckartz, Udo 1999: Computergestützte Analyse qualitativer Daten. Eine Einführung in Methoden und Arbeitstechniken. Opladen.

Kühne, Thomas 1996: Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne. Frankfurt/ M.

Kumar, Krishna 2001: Women and Civil War: Impact, Organizations and Actions. London.

Kuttab, Daoud 2007: Palästina: Israel, übernehmen Sie! In: Frankfurter Rundschau, 22. Juni.

Lamnek, Siegfried 1995a: Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie. 3. überarbeitete Aufl., Weinheim.

Lamnek, Siegfried 1995b: Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken. 3. überarbeitete Aufl., Weinheim.

Länderbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Palästinensischen Autonomiegebiete 2006: Die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom 25. Januar 2006. Ergebnisse, Abgeordnete, Regierungsbildung. Ramallah.

Langer, Felicia 1996: Lasst uns wie Menschen leben. Schein und Wirklichkeit in Palästina. Göttingen.

Laqueur, Walter 1987: The Age of Terrorism. Boston.

Laqueur, Walter 2003: Krieg dem Westen. München.

Laudowicz, Edith 1987: „Die Ehre für Palästina zu kämpfen“. Palästinensische Frauen. In: Laudowicz, E. (Hg.): Befreites Land – Befreites Leben? Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen. Köln, 144-170.

Lenz, Hans-Joachim 2004: Männer als Opfer von Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53, 10-18.

Leonard, Madelaine 1992: Against the Crain: The Contemporary Women's Movement in Northern Ireland. In: Irish Journal of Sociology, 2, 178-189.

Lewis, Bernhard 2002: Der Untergang des Morgenlandes. Warum die islamische Welt ihre Vormacht verlor. Bonn.

Lipman, Beata 1989: Alltag im Unfrieden. Frauen in Israel, Frauen in Palästina. Frankfurt/ M.

Locher-Dodge, Birgit 1998: Internationale Politik – geschlechtsneutrale Paradigmen? In: Kreisky, E. / Sauer, B. (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Wiesbaden, 425-450.

Loizos, Peter 1988: Intercommunal Killings in Cyprus. In: MAN 237, 639-654.

Loughran, Christina 1986: Armagh and Feminist Strategy: Campaign Around Republican Women Prisoners in Armagh Jail. Feminist Review, 23, Summer, 59-79.

Lübben, I. / Jans, K. 1988: Kinder der Steine. Hamburg.

Lüders, Christian 1995: Von der teilnehmenden Beobachtung zur ethnographischen Beschreibung. In: König, E. / Zedler, P. (Hg.): Bilanz qualitativer Methoden. Band II: Methoden. Weinheim, 311-342.

Lüders, Christian 2000: Beobachten im Feld und Ethnographie. In: Flick, U. / Kardoff, E. v. / Steinke, I. (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek (Rowohlt), 384-401.

Mac Curtain, Margaret 1979: Women, the Vote and Revolution. In: Mac Curtain, M. / O'Corrain, D. (ed.): Women in Irish Society – The Historical Dimension. Dublin, 46-58.

Mahon, Evelyn 1988: Frauenbewegung in Irland. In: Autonome Frauenredaktion (Hg.): Frauenbewegungen in der Welt, Band 1 Westeuropa. Hamburg, 131-147.

Manning, Maurice 1979: Women in Irish national and local politics 1922-77. In: Mac Curtain, M. / O'Corrain, D. (ed.): Women in Irish Society – The Historical Dimension. Dublin, 92-102.

Mayer, Hans 1975: Außenseiter. Frankfurt/ M.

Mayring, Philipp 1996: Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativen Denken. 3. überarbeitete Aufl., Weinheim.

Mc Auley, Chrissie 1989: Women in a War Zone: Twenty Years of Resistance. Dublin.

Mc Cafferty, Nell 1982: Belagert, eingesperrt und nicht mehr aufzuhalten. Republikanische Frauen in Nordirland. München.

Mc Elroy, Gerald 1991: The Catholic Church and the Northern Ireland Crisis 1968-86. Dublin.

Mc Garry, J. / O'Leary, B. 1999: Explaining Northern Ireland. Broken Images. Oxford.

Mc Kittrick, D. / Kelters, S. / Feeney, B. / Thornton, C. 1999: Lost Lives. The stories of the men, women and children who died as a result of the Northern Ireland troubles. Edinburgh.

Mc Williams, Monica 1995: Struggling for Peace and Justice: Reflections on Women's Activism in Northern Ireland. In: Journal of Women's History, 6/7, Winter/ Spring, 13-39.

Meier, Andreas 1995: Politische Strömungen im modernen Islam. Bonn.

Mernissi, Fatima 1975: Beyond the Veil. Male and Female Dynamics in Modern Muslim Society. New York – London.

Merton, Robert K. 1994: The Thomas Theorem and The Matthew Effect. In: Social Forces 74 (2), December, 379-424.

Metzger, J. / Orth, M. / Sterzing, C. 1980: Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung. Göttingen.

Miller, R. L. / Wilford, R. / Donoghue, F. 1996: Women and Political Participation in Northern Ireland. Aldershot.

Mohanty, C. T. / Russo, A. / Torres, L. (ed.) 1991: Third World Women and the Politics of Feminism. Bloomington, Indianapolis.

Montgomery, P. / Davies, C. 1990: Women's Lives in Northern Ireland Today: A Guide to Reading. Coleraine: University of Ulster, Centre for Research on Women.

Morgan, V. / Fraser, G. 1995: Women and the Northern Ireland Conflict – Experiences and Responses. In: Dunn, Seamus (ed.): Facets of the Conflict in Northern Ireland. London, 81-96.

Morgan, Valerie 1995: Women and the Conflict in Northern Ireland. In: O'Day, Alan (ed.): Terrorism's Laboratory – the Case of Northern Ireland. Aldershot: Dartmouth, 59-74.

Moxon-Browne, Edward 1981: The Water and the Fish. Public Opinion and PIRA in Northern Ireland. In: Terrorism: An International Journal. Vol. 5, No. 1-2, 41-72.

Multhaupt, Wulf. F. 1988: Die IRA. Von der Guerilla-Freiheitsarmee zur modernen Untergrundorganisation. Bonn.

Münkler, Herfried 1990: Die Gestalt des Partisanen. In: Münkler, H. (Hg.): Der Partisan. Opladen, 14-39.

Münkler, Herfried 1992: Gewalt und Ordnung. Frankfurt/ M.

Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege. Bpb Schriftenreihe Band 387. Hamburg.

Murray, Raymond 1998: Hard Time. Armagh Goal 1971-1986. Dublin.

Najjar, Orayb Aref 1992: Portraits of Palestinian Women. Univ. of Utah Press, Salt Lake City.

Napoleoni, Loretta 2004: Die Ökonomie des Terrors. Auf der Spur der Dollars hinter dem Terrorismus. München.

Narr, Wolf-Dieter 1980: Physische Gewaltsamkeit, ihre Eigentümlichkeit und das Monopol des Staates. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Jg. 8, 541-573.

Nashashibi, Rana 2006: Violence against Women: The Analogy of Occupation and Rape – „The Case of the Palestinian People“. In: Auga, U. / Braun, C. v.: Gender in Conflicts. Palestine – Israel – Germany. Berlin, 183-190.

National Council for Civil Liberties 1986: strip searching: an inquiry into the strip searching of women on remand prisoners of Armagh prison between 1982 and 1985. London.

Neidhardt, Friedhelm 1986: Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmungen des Begriffs. In: Bundeskriminalamt (Hg.): Was ist Gewalt? Auseinandersetzungen mit einem Begriff. Wiesbaden, 113-147.

Nelson, Sarah 1984: Ulster's Uncertain Defenders: Protestant Political, Paramilitary, and Community Groups and the Northern Ireland Conflict. Belfast.

Neuhaus, D. / Sterzing, C. (Hg.) 1991: Die PLO und der Staat Palästina. Frankfurt/ M.

O'Connor, Fionnuala 1993: In Search of State: Catholics in Northern Ireland. Belfast.

O'Dowd, Liam 1987: Church, State and Women; The Aftermath of Partition. In: Curtin, C. / Jackson, P. / O'Connor, B. (ed.): Gender in Irish History. Galway, 3-37.

O'Dowd, Liam 1990 (1986): Beyond Industrial Society. In: Clancy, P. / Drudy, S. / Lynch, K. / O'Dowd, L. (ed.): Ireland – A Sociological Profile. Dublin, 198-220.

O'Malley, Padraig 1990: Biting at the Grave: the Irish Hunger Strikes and the Politics of Despair. Belfast.

O'Malley, Padraig 1997: The Uncivil Wars: Ireland Today. Boston.

Ogundibe-Leslie, Molara 1997: Afrikanischer Feminismus. In: Das Argument, Heft 1, Nr. 218, Jg. 9, 27-42.

Palästina Bulletin 11/1986: Palästinensische Frauen unter der Besatzung. Auszüge aus einem Bericht der Vereinten Nationen. Aus: Palestine Newsletter, Stockholm.

Palästina Bulletin 31/1988: Solidaritätsstreik mit den weiblichen Gefangenen.

Pannewick, Friederike 2006: Tödliche Selbstopferung in der Arabischen Literatur. Eine Frage von Macht und Ehre? In: Braun, C. v. / Brunotte, U. / Dietze, G. et al. (Hg.): 'Holy War' and Gender. 'Gotteskrieg' und Geschlecht. Berlin, 93-119.

PASSIA 2006 – Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs – http://www.passia.org/index_pfacts.htm

PCBS 1998 – Palestinian Central Bureau of Statistics: Women and Men in Palestine. Ramallah.

PCBS 2002 – Palestinian Central Bureau of Statistics – http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/populati/4.aspx

Pearse, Patrick 1913: The Coming Revolution. ftp://ftp.ucc.ie/pub/celt/texts/E900007.003.sgml

Peteet, Julie 1991: Gender in Crisis: Women and the Palestinian Movement. New York.

Poole, Michael 1990: The Geographical Location of Political Violence in Northern Ireland. In: Darby, J. / Dodge, N. / Hepburn, A. C. (ed.): Political Violence: Ireland in a Comparative Perspective. Belfast, 64-83.

Popitz, Heinrich 1992: Phänomene der Macht. 2. erweiterte Aufl., Tübingen: Mohr.

Porter, Elisabeth 1997: Diversity and Communality. Women, Politics and Northern Ireland. In: European Journal of Women's Studies, 4, 1, Feb., 83-100.

Porter, Elisabeth 1998: Identity, Location, Plurality: Women, Nationalism and Northern Ireland. In: Wilford, R. / Miller, R. L. (ed.): Women, Ethnicity and Nationalism. The Politics of Transition. London, 36-61.

PRCS 2006 – Palestine Red Crescent Society – http://www.palestinercs.org/Conflict%20Deaths%20by%20Age%20&%20Gender.htm

Regular, Arnon 2004: „Mother of Two Becomes First Female Suicide Bomber for Hamas“ In: Ha'aretz, 16. January.

Reich, Hannah 2003: Constructive Discourse Transformation. Media work in asymmetrical inter-cultural conflicts: The case of the Middle East. Berghofer Arbeitspapiere Nr. 22 – http://www.berghof-center.org/uploads/download/boc22e.pdf

Reich, Walter 1998: Understanding Terrorist Behaviour: The Limits and Opportunities of Psychological Inquiry. In: Reich, W. (ed.): Origins of Terrorism. Psychologies, Ideologies, Theologies, States of Mind. Washington, 261-279.

Ricolfi, Luca 2006: Palestinians 1981-2003. In: Gambetta, Diego (ed.): Making Sense of Suicide Missions. Oxford, 77-129.

Rieck, Andreas 1991: Die Maroniten im Libanon und der Bürgerkrieg: ein gescheiterter Versuch politischer Selbstbehauptung durch Gewalt. In: Scheffler, Thomas (ed.): Ethnizität und Gewalt. Hamburg, 176-203.

Riesebrodt, Martin 1990: Fundamentalismus als partriarchalische Protestbewegung. Tübingen.

Rolston, B. / Tomlinson, M. 1988: Unemployment in West Belfast: The Obair Report. Belfast.

Rolston, Bill 1987: Alienation or Political Awareness? The Battle for the Hearts and Minds of Northern Nationalists. In: Teague, Paul (ed.): Beyond the Rhetoric: Politics, the Economy and Social Policy in Northern Ireland. London, 58-81.

Rombach, Ulrich 1987: Die Palästinenser und die PLO. Pfaffenweiler.

Rommelspacher, Birgit 1994: Das Selbstverständnis des weißen Feminismus. Zu Rassismus und Antisemitismus bei Frauen. In: Brückner, M. / Meyer, B. (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung gesellschaftlicher Räume. Freiburg, 176-195.

Rooney, Eilish 1992: Women, Community and Politics in Northern Ireland: -isms in action. In: Journal of Gender Studies, 1, (4), 475-491.

Rooney, Eilish 1995: Women in Political Conflict. In: Race and Class, 37, (1), 51-56.

Rooney, Eilish 1997: Women in Party Politics and Local Groups: Findings from Belfast. In: Byrne, A. / Leonard, M. (ed.): Women and Irish Society: A Sociological Reader. Belfast: Beyond the Pale, 535-551.

Rose, Richard 1971: Governing Without Consensus. An Irish Perspective. London – Boston.

Rowthorn, B. / Wayne, N. 1988: Northern Ireland: The Political Economy of the Conflict. London.

Rowthorn, Bob 1987: An Economy in Crisis. In: Teague, Paul (ed.): Beyond the Rhetoric: Politics, the Economy and Social Policy in Northern Ireland. London, 111-136.

Ruane, J. / Todd, J. 1996: The Dynamics of Conflict in Northern Ireland. Power, Conflict and Emancipation. Cambridge.

Rudd, Joy 1982: On the Margins of the Power Elite: Women in the Upper Echelons. In: Kelly, M. / O'Dowd, L. / Wickham, J. (ed.): Power, Conflict and Inequality. Dublin, 159-171.

Ruggi, Suzanne 1998: Honor Killings in Palestine. In: Power and Sexuality in the Middle East. Middle East Report 206, Spring 1998. http://www.merip.org/mer/mer206/ruggi.htm

Ruthven, Malise 2001: Der Islam. Eine kurze Einführung. Stuttgart.

Saal, Britta 2007: Kultur in Bewegung. Zur Begrifflichkeit von Transkulturalität. In: Mae, M. / Saal, B. (Hg.): Transkulturelle Genderforschung. Ein Studienbuch zum Verhältnis von Kultur und Geschlecht. Wiesbaden, 21-37.

Sabbagh, Suha (ed.) 1998: Palestinian Women of Gaza and West Bank. Indiana Univ. Press.

Safwat, Iris 1999: Die Stellung der Frau im Islam. In: Vauti, A. / Sulzbacher, M. (Hg.): Frauen in islamischen Welten: eine Debatte zur Rolle der Frau in Gesellschaft, Politik und Religion. Wien, 35-56.

Said, Edward W. 1978: Orientalism. London.

Sales, Rosemary 1997: Women Divided: Gender, Religion and Politics in Northern Ireland. London.

Sayigh, Rosemary 1979: Palestinians. From Peasants to Revolutionaries. London.

Sayigh, Rosemary 1982: Begegnungen mit palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten. In: Kossmann, I. / Scharenberg, L. (Hg.): Palästinensische Frauen. Der alltägliche Kampf. Berlin, 111-130.

Sayigh, Yezid 1997: Armed Struggle and Search for State: The Palestinian National Movement, 1949-1993. Oxford.

Scarry, Elaine 1985: The Body in Pain. The Making and Unmaking of the World. Oxford Univ. Press.

Schäfer, Bärbel 2000: Historikerstreit in Israel. Die „neuen Historiker“ zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Frankfurt/ M.

Scheffler, Thomas 1996: Worte, Taten, Bilder. Gewaltkult und Realpolitik im palästinensischen Nationalismus. In: Orywal, E. / Rao, A. / Bollig, M. (Hg.): Krieg und Kampf. Die Gewalt in unseren Köpfen. Reihe: Ethnologische Paperbacks. Berlin, 121-133.

Schiff, Z. / Ya'ari, E. 1990: Intifada. New York – London.

Schiller, David T. 1979: Bürgerkrieg im Libanon. Entstehung, Verlauf, Hintergründe. Gütersloh.

Schirilla, Nausakaa 1996: Die Frau, das Andere der Vernunft? Frauenbilder in der arabisch-islamischen und europäischen Philosophie. Frankfurt/ M.

Schlee, Günther 2006: Wie Feindbilder entstehen – eine Theorie religiöser und ethnischer Konflikte. München.

Schmidt, Alex P. 1988: Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature. 2. ed., Amsterdam – Oxford.

Schneckener, Ulrich 2006: Transnationaler Terrorismus. Frankfurt/ M.

Schreiber, Friedrich 1990: Aufstand der Palästinenser. Intifada. Opladen.

Schulz, Gerhard 1985: Die Irregulären: Guerilla, Partisanen und die Wandlungen des Krieges seit dem 18. Jahrhundert. In: Schulz, G. (Hg.): Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert. Göttingen, 9-36.

Schulze-Marmeling, Dietrich 1986: Die gescheiterte Modernisierung. Britische Nordirlandpolitik in den '70er und '80er Jahren. Münster.

Schulze, Reinhard 1991: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts. In: Peripherie 41, 5-12.

Schulze, Reinhard 2002: Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert. Aktualisierte und erweiterte Fassung, München.

Schweitzer, Yoram 2006: Palestinian Female Suicide Bombers. Reality vs. Myth. In: Schweitzer, Y. (ed.): Female Suicide Bombers: Dying for Equality? JCSS, Tel Aviv, 25-43.

Seifert, Ruth 1995: Der weibliche Körper als Symbol und Zeichen. Geschlechtsspezifische Gewalt und die kulturelle Konstruktion des Krieges. In: Gestrich, Andreas (Hg.): Gewalt im Krieg.

Ausübung, Erfahrung und Verweigerung von Gewalt in Kriegen des 20. Jahrhunderts. Münster, 13-33.

Seifert, Ruth 1996: Militär – Kultur – Identität. Individualisierung, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Bremen.

Senghaas, Dieter 2004: Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen. Frankfurt/ M.

Shannon, Catherine 1989: Catholic Women and the Northern Irish Troubles. In: O'Day, A. / Alexander, Y. (ed.): Ireland's Terrorist Trauma. London, 234-248.

Shannon, Catherine B. 1993: Women in Northern Ireland. In: O'Dowd, M. / Wichert, S. (ed.): Chattel, Servant or Citizen: Women's Status in Church, State and Society. Belfast, 238-253.

Shehadeh, Raja 1983: Aufzeichnungen aus einem Ghetto. Bonn.

Shirlow, P. / Mc Govern, M. 1997: Who are 'The People'? Unionism, Protestantism and Loyalism in Northern Ireland. London.

Shovrim Shtika (Breaking The Silence) 2006: Testimonies – http://www.shovrimshtika.org

Siegelberg, Jens 1994: Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft. Hamburg.

Simmel, Georg 1985 (1894): Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter, hrsg. von H.-J. Dahme und K. C. Köhnke. Frankfurt/ M.

Sivan, Emmanuel 1998: Kultur und Identität im Vergleich unterschiedlicher Ausprägungen des Fundamentalismus. In: Assmann, Aleida (Hg.): Identitäten. Frankfurt/ M., 427-455.

Smith, Anthony D. 1991: National Identity. London.

Smyth, Ailbhe 1988: The Contemporary Women's Movement in the Republic of Ireland. In: Women's Studies International Forum, 11, (4), 331-341.

Smyth, Jim 1989: A Discredited Cause? The IRA and Support for Political Violence. In: O'Day, A. / Alexander, Y. (ed.): Ireland's Terrorist Trauma: Interdisciplinary Perspectives. London, 101-127.

Sofsky, Wolfgang 1996: Traktat über die Gewalt. Frankfurt/ M.

Sofsky, Wolfgang 2002: Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. 2. Aufl., Frankfurt/ M.

Spittler, Gerd 2001: Teilnehmende Beobachtung als Dichte Teilnahme. In: Zeitschrift für Ethnologie, 126. Jg., H. 1, 1-25.

Spradley, James Philip 1979: The Ethnographic Interview. New York.

Stern, Jessica 2003: Terror in the Name of God. Why religious Militants Kill. New York.

Strauss, A. L. / Corbin, J. 1996 (1990): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

Strauss, Anselm L. 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München.

Stringer, P. / Robinson, G. (ed.) 1994: Social Attitudes in Northern Ireland. The Third Report 1992-1993. Belfast.

Strum, Philippa 1992: The Women are Marching. The Second Sex and the Palestinian Revolution. Chicago.

Sullivan, Megan 1999: Women in Northern Ireland: Cultural Studies and Material Conditions. Univ. of Florida Press.

Sunderbrink, Ute 1993: Die PLO in der Krise. Hamburg.

Sutton Index of Death 2007 – http://www.cain.ulst.ac.uk/sutton/index.html

Tamari, Salim 1994: Die Linke auf dem Abstellgleis. In: Später, J. (Hg.): ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im „Nahen Osten". Freiburg, 97-106.

Taraki, Lisa 1997: Palestinian Society. Contemporary Realities and Trends. Women's Studies Program Birzeit University: Palestinian Women: A Status Report 1.

Tawil, Raymonda 1981: Mein Gefängnis hat viele Mauern. Eine Palästinenserin berichtet. Bonn.

Taylor, Peter 1997: Provos: The IRA and Sinn Fein. London.

Tessler, Mark 1994: A History of the Israeli-Palestinian Conflict. Indiana Univ. Press.

Tillion, Germaine 1983 (1966): The Republic of Cousins. Women's Oppression in Mediterranean Society. London.

Townshend, Charles 1988: Political Violence in Ireland. Government and Resistance since 1848. Oxford.

Traubmann, Tamar 2006: „Salameh won a scholarship, but can't enter Israel to use it". In: Ha'aretz, 12. Oktober.

Tucker, Judith E. 1985: Women in Nineteenths Century Egypt. Cambridge.

UN-Report 1985: Die Situation der Frauen und Kinder, die in den besetzten arabischen Gebieten und anderen besetzten Gebieten leben. Vorgelegt zu Internationalen Frauenkonferenz in Nairobi.

Urgent Appeal to Stop Suicide Bombings 2002 – http://www.bitterlemons.org/docs/suicide.html

Vereinte Nationen 2004: Human Development Report. http://hdr.undp.org/en/media/hdr04_complete.pdf

Waldmann, Peter 1989: Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebec. Opladen.

Waldmann, Peter 1993: Terrorismus und Guerilla. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 5, 69-103.

Waldmann, Peter 1998: Terrorismus – Provokation der Macht. München.

Ward, Margaret 1980: Marginality and Militancy: Cumann na mBan 1914-1936. In: Morgan, A. / Purdie, B. (ed.): Ireland. Divided Nation, Divided Class. London, 96-110.

Ward, Margaret 1995a: Finding a Place: Women and the Irish Peace Process. In: Race and Class, 37, (1), 41-50.

Ward, Margaret 1995b: In Their Own Voice: Women and Irish Nationalism. Dublin.

Ward, Margaret 1996: The League of Women Delegates and Sinn Féin. In: History Ireland, 4, (3), 37-41.

Ward, Margaret 1999: „Ulster was different?". Women, Feminism, and Nationalism in Northern Ireland. In: Galligan, Y. / Ward, E. / Wilford, R. (ed.): Contesting Politics: Women in Ireland, North and South. Boulder, Colo., 219-239.

Warner, Marina 1982: Maria (Original 1976: „Alone of all her Sex"). München.

Warnock, Kitty 1990: Land without Honor. Palestinian Women in the Occupied Territories. New York.

Wasserstein, Bernhard 2003: Israel und Palästina. Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören? München.

WATC – Women's Affair Technical Committee – www.Pal-watc.org

Watzal, Ludwig 1994: Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser. Köln – Weimar – Wien.

Weber, Max 1980 (1921): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. rev. Aufl., Tübingen.

White, Robert 1993: Provisional Irish Republicans: An Oral and Interpretative History. Indianapolis / Greenwood Press.

Whyte, John 1990: Interpreting Northern Ireland. Oxford.

Wieland, Rotraud 2002: Art. Mensch. IX. Islam. In: Religion in Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl., Tübingen, 1077-1079.

Wilford, Rick 1996: Women and Politics in Northern Ireland. In: Parliamentary Affairs, 49, (1), 41-54.

Wilford, Rick 1998: Women, Ethnicity and Nationalism: surveying the Ground. In: Wilford, R. / Miller, R. L. (ed.): Women, Ethnicity and Nationalism. The Politics of Transition. London – New York, 1-22.

Wilford, Rick 1999: Women's Candidacies and Electability in a Divided Society: The Northern Ireland Women's Coalition and the 1996 Forum Election. In: Women and Politics, 20, (1), 73-93.

Wimmer, Andreas 1995: Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 47, Heft 3, 464-493.

Witte, Sandra 2003: Terrorismus, Sicherheit und Gewalt. Gewalt als taktisches Mittel im israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess. In: Herz, D. / Jetztlsperger, C. / Ahlborn, K. (Hg.): Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven. Stuttgart,195-218.

WOFPP 2008 – Women's Organization for Political Prisoners – http://www.wofpp.org/

Women's Studies Centre Birzeit University 1999: Towards Gender Equality in the Palestinian Territories. A Profile on Gender Relations. Birzeit.

Young, Elise G. 1992: Keepers of the History: Women and the Israeli-Palestinian Conflict. New York.

Yuval-Davies, Nira 1998: Gender and Nation. In: Wilford, R. / Miller, R. L. (ed.): Women, Ethnicity and Nationalism. The Politics of Transition. London – New York, 23-35.

Zedalis, Debra D. 2004 (June): Female Suicide Bombers – http://carlisle.army.mil./ssi

Zertal, I. / Elder, A. 2007: Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967. München.

Zuckermann, Mosche 2002: Volk, Staat und Religion im zionistischen Selbstverständnis. Historische Hintergründe und aktuelle Aprorien. In: Klein, U. / Tränhardt, D. (Hg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten. 2. Aufl., Schwalbach-WOCHENSCHAU Verlag, 34-49.

Interviewpartnerinnen

Palästinenserinnen

PAL 1 Terry Boullata	Direktorin des *Austrian Centre for Social Services*. Gehört zum WATC und zum *Palestinian Human Rights Information Centre*. Gehörte seit 1984 zur DFLP/ PFWAC und später zu FIDA bis 1993. Mehrmalige Verhaftungen – Gefängnis Ende der '80er.
PAL 2 Amal Barghouti	Hausfrau, gehört zur UPWC und ist „Mutter eines Märtyrers“.
PAL 3 Balqis Rimawi	Ladenbesitzerin, „Mutter eines Märtyrers“.
PAL 4 Ahlam Sanad	Hausfrau, aktiv im WCSW.
PAL 5 Rana Masri	Angestellte des *Ministry for Social Affairs* in Nablus. Gehörte zur DFLP/ PFWAC.
PAL 6 Ahlam Samhan	Seit 1990 Generalsekretärin des PFWAC/ Westbank, DFLP, GUPW; Gefängnis 1979-1982.
PAL 7 Maha Nasser	Lehrerin, Vorsitzende des UPWC, langjähriges Mitglied der PFLP – mehrfach verhaftet seit den '70ern.
PAL 8 Amneh Rimawi	Seit 1974 DFLP bzw. dann PFWAC und Gewerkschaftsaktivistin – Hausarreste und zwei Jahre Gefängnis Anfang der '80er.
PAL 9 Hanan Arouri	Früher PPP, seit 1989 PWWS und dort angestellt seit 1996. Seit 1998 ist sie *General Program Manager*.
PAL 10 Siham Barghouti	Generaldirektorin des *Rural Development Program* des *Ministry of Local Government*. Gehörte seit 1974 zur DFLP und dann auch PFWAC, heute FIDA – Gefängnis Ende der '70er.
PAL 11 Jhada Madmouj	Angestellte des *Law Centre for Define Land*. Anfang der '80er *Fatah*, dann Gefängnis. Im Gefängnis Wechsel zur DFLP und später auch PFWAC bis Anfang der '90er.
PAL 12 Lamia Abdallah	Apothekerin, ehrenamtliche Tätigkeit im Frauenzentrum des *Amari Camp*, seit 1985 DFLP bzw. PFWAC.
PAL 13 Samar Hawash	Koordinatorin des PWWS im Norden der Westbank. Seit 1978 in der PPP. War Kandidatin der Partei für die Wahl zum PLC 1996.
PAL 14 Lina Salem	Lehrerin, 1981-1990 DFLP, PFWAC seit 1983. Stadtarrest während der '87er *Intifada*.

Palästinenserinnen

PAL 15 Nemah Al-Helou	Präsidentin der *Society for the Disabled,* Gaza. Gehörte früher zur DFLP, war aktiv im PFWAC und bei der GUPW – mehrere Jahre Gefängnis Ende '60er/ Anfang '70er und später. Hat einen Sitz im Nationalrat der PLO. Heute FIDA.
PAL 16 Fatma Al-Kabriti	Angestellte beim Ministerium für Jugend und Sport in Gaza, seit den '70ern *Fatah*, auch WCSW.
PAL 17 Sylvia Madi	Mitarbeiterin im Ministerium für Jugend und Sport in Gaza, Koordinatorin der *Shabiba*.
PAL 18 Amal Ajjour	Direktorin des Frauenzentrums des WCSW in Gaza, seit den '70ern *Fatah*.
PAL 19 Eman Shannon	Mitarbeiterin des WATC Gaza.
PAL 20 Jamileh Al-Aswa	Direktorin des *Centre for mentally retarded Children* in Gaza. Von 1985 bis Anfang der '90er DFLP/ PFWAC.
PAL 21 Amal Khreishe	Generaldirektorin der PWWS. Seit 1978 bei der PPP. Auch in der Gewerkschaft aktiv.
PAL 22 Nahla Quora	Direktorin des *Department for Cultural Affairs* in Ramallah. Gehört seit 1973 zur *Fatah*, ebenso GUPW und später auch zum WCSW.
PAL 23 Dalal Salameh	Jüngste Abgeordnete des 1996 gewählten Parlaments für *Fatah*. Seit den '80ern aktiv bei *Fatah*.
PAL 24 Georgette Rishmawi	Mitarbeiterin der Hilfsorganisation FATEN (*Palestinian Foundation for Credit and Development* – vergibt Kleinkredite an Frauen). 1979-1991 DFLP bzw. PFWAC. Gefängnis Mitte der '80er.
PAL 25 Hajar Abu Laben	Krankenschwester, wohnt in *Dehesha Camp*.
PAL 26 Amneh Badran	Mitarbeiterin des *Jerusalem Centre for Women*, früher PFWAC.
PAL 27 Zahira Kamal	Generaldirektorin des *Directorate of Gender, Planning & Development* des *Ministry of Planning and Development*. Seit Jahrzehnten aktiv, Verhaftungen, Stadtarreste, früher in der DFLP und PFWAC, dann FIDA. In einem Kabinett nach 2000 Familienministerin.
PAL 28 Esmat Abu Sa'a	Seit 1984 *Fatah*, später auch WCSW, zwei Gefängnisaufenthalte in den '90ern.

Palästinenserinnen

PAL 29 Haleemeh H. Rmilat	WCSW und Mitarbeiterin im *Palestinian Prisoners Club* der PNA.
PAL 30 Fakrea K. A.-Atta	Hausfrau, „Mutter eines Märtyrers“.
PAL 31 Etaf Qubbaj	Lehrerin, GUPW Mitglied und Präsidentin der *Anabta Women Society*.
PAL 32 Maysoon Zurgi	Seit 1982 *Fatah*, dann auch WCSW, seit 1996 dort angestellt.
PAL 33 Eiman Audi	Mitarbeiterin des *Ministry of Culture* in Tulkarem. Seit über zwanzig Jahren *Fatah* bzw. WCSW.
PAL 34 Maha Rishmawi	Seit 1998 Direktorin des *Women Affairs Department* der Lokalverwaltung Bethlehem. Seit Anfang der '80er *Fatah* und später auch WCSW.
PAL 35 Alice Elias Sa'ad	Seit den '60ern *Fatah* und seit 1965 auch aktiv in der GUPW, Mitbegründerin des WCSW. War früher Lehrerin.
PAL 36 Zleeka Muhtaseh	Angestellte der Universität Hebron. Früher *Fatah* Sympathisantin, seit den '80ern der islamistischen Bewegung.
PAL 37 Afifeh Sharabati	Lehrerin, wohnt in der Altstadt von Hebron direkt angrenzend an eine jüdische Siedlung.
PAL 38 Inaam Zaqout Labadi	Mitarbeiterin der Hilfsorganisation FATEN (*Palestinian Foundation for Credit and Development* – vergibt Kleinkredite an Frauen). Von 1980 bis 1993 gehörte sie zur DFLP/ PFWAC bzw. später FIDA.

Nordirinnen

NI 1 Maria Mc Clenaghan	Hausfrau, *Sinn Fein* Mitglied, in den '70ern PIRA und Gefängnis. Teilnahme am *No-Wash*.
NI 2 Mary Doyle	Hausfrau, *Sinn Fein* Mitglied, in den '70ern PIRA und Gefängnis. Nahm am *No-Wash* und 1980 am Hungerstreik im Gefängnis teil.
NI 3 Rosie Mc Corley	Mitarbeiterin von *Coiste*, einer Ex-Gefangenen Organisation in Belfast. Gehörte früher zur PIRA – langjähriger Gefängnisaufenthalt in den '90ern.
NI 4 Breige A. Mc Caughley	Seit Anfang der '70er *Sinn Fein*, früher PIRA; Gefängnis 1977-1984. Teilnahme am *No-Wash*.
NI 5 Marie Wright	Weiterbildung zum „Community Counsellor“. Gehörte früher zur PIRA – langjährige Gefängnisaufenthalte in den '80ern und '90ern.
NI 6 Marie Moore	In den '60ern aktiv in der Bürgerrechtsbewegung, seit 1969 *Sinn Fein* Mitglied, Stadträtin in Belfast.
NI 7 Pamela Llewellyn	Kinder- und Jugendarbeit im *Blackie Community Centre*, Beechmount.
NI 8 Belle Gille	Ehrenamtlich aktiv im *Blackie Community Centre*, Beechmount.
NI 9 Mary Ellen Campbell	Mitarbeiterin einer Ex-Gefangenen Organisation und des *Ashton Centre New Lodge* (Gemeindezentrum des Belfaster Stadtteils), gehörte seit den '80ern zu *Sinn Fein*, dann auch zur PIRA – langjähriger Gefängnisaufenthalt in den '90ern.
NI 10 Clara Reilly	War aktiv in „Community work“ in Belfast schon seit den '60ern; aktiv in der Kampagne gegen Plastikgeschosse, in der *Association for Legal Justice*, heute *Relatives for Justice*. Früher Krankenschwester.
NI 11 Anonym 1	Mitglied der NIWC und Kandidatin für die *Assembly*-Wahlen 2001, früher aktiv in „Community work“ und Friedensbewegung.
NI 12 Ann Mc Cann	Mitarbeiterin der NIWC, früher aktiv in der Friedensbewegung.
NI 13 Geraldine Ferrity	Früher PIRA; Gefängnis 1990-1998.
NI 14 Bronwyn Mc Gahan	Unterstützt *Sinn Fein*, früher PIRA; Gefängnis 1990-1995.

Nordirinnen

NI 15 Martina Anderson	Arbeitet für *Sinn Fein* in *Stormont*. Früher PIRA; Gefängnis 1985-1998, auch in England. Später *Assembly* Abgeordnete.
NI 16 Chrissie Mc Auley	Stadträtin für *Sinn Fein* in Belfast, seit Ende der '60er in der republikanischen Bewegung aktiv, in den '70ern gehörte sie zur PIRA – Gefängnis in der Republik Irland.
NI 17 Anonym 2	Mitarbeiterin des *Falls Women's Centre*. War aktiv in verschiedenen *Community* Projekten, aber nicht in einer der republikanischen Parteien oder Gruppen.
NI 18 Eilish Duffy	Mitglied der *Worker's Party* seit 1972 (damals noch *Official Sinn Fein*).
NI 19 Anna Moore	Früher INLA – Gefängnis 1983-1998. Hausfrau / arbeitsunfähig aus gesundheitlichen Gründen.
NI 20 Carol Cullen	Mitarbeiterin von *Tar Anall*, einer Ex-Gefangenen Organisation in Belfast. Gehörte früher zur PIRA – Gefängnis Ende der '80er/ Anfang '90er.
NI 21 Anonym 3	Hausfrau / arbeitslos. *Sinn Fein* Mitglied, unterstützte früher die PIRA – Gefängnis Anfang der '90er.
NI 22 Sandra Ne Brogháen	Arbeitet in einem Frauenzentrum, aktiv in verschiedenen Frauengruppen.
NI 23 Bernadette Mc Aliskey	In den '60ern Mitglied der *People's Democracy*. 1969-1975 Abgeordnete des britischen Parlaments. 1974 Gründungsmitglied der IRSP. Später National *H-Block/ Armagh Committee*. Wurde bei einem Attentat 1981 schwer verletzt. Sie blieb in den '80ern und '90ern am politischen Prozess beteiligt.
NI 24 Anonym 4	Sozialarbeiterin, aktiv in verschiedenen Frauengruppen.
NI 25 Pat O'Rawe	Stadträtin für *Sinn Fein* in Armagh. Kandidatin für die *Assembly*-Wahlen 2001.
NI 26 Mary Nelis	Seit über zwanzig Jahren *Sinn Fein* Mitglied. Vorher aktiv in der Bürgerrechtsbewegung, in „Community work“ und eine der prominentesten Vertreterinnen der RACs. *Assembly* Abgeordnete *Sinn Fein*.
NI 27 Patricia Moore	Ehrenamtlich aktiv für *Sinn Fein*, früher PIRA – ein Jahr Gefängnis.
NI 28 Theresa Harkin	Hat viele Jahre mit ihrem Mann, der zur PIRA gehörte, „on the run“ gelebt bevor der acht Jahre im Gefängnis war. In der Zeit aktiv bei Kampagnen zur Unterstützung der Gefangenen.

Organisationen / Abkürzungen

Al-Jihad Al-Islami – „Islamischer (heiliger) Krieg“, genauer: „Bewegung des islamischen (palästinensischen) Krieges“, gegründet 1979/80. Splittergruppe der Muslimbruderschaft

B-Special – *Ulster Special Constabulary*, gegründet 1920 und abgeschafft 1970

Cumann na mBan – gälisch „League of Women“ – Frauensektion der IRA, gegründet 1914 als Frauensektion der *Irish Volunteers,* einem Vorläufer der IRA

DFLP – *Democratic Front for the Liberation of Palestine* – Abspaltung von der PFLP 1969

Fatah – der vollständige Name lautet: „Harakat al-Tahrir al-Watani al-Filastin“ = „Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas“ (Fatah; arab. Sieg, Eroberung), gegründet 1954

FIDA – Abspaltung von der DFLP 1990 (FIDA = *Palestine Democratic Union*)

GUPW – *General Union of Palestinian Women* – Frauenverband der PLO, gegründet 1965

Hamas – „Harakat al-muqawama al-islami“ = „Islamische Widerstandsbewegung“ (Hamas; arab. Eifer, Begeisterung), gegründet als Arm der Muslimbruderschaft 1987/88

IDF – *Israeli Defence Force* / israelische Armee

INLA – *Irish National Liberation Army* – bewaffneter Arm der IRSP

IRA – *Irish Republican Army* (*Óglaigh na hÉireann* – gälisch „Soldiers of Ireland“) – so nannten sich 1919 die *Irish Volunteers* und einige andere Gruppen, die am Osteraufstand teilgenommen hatten. Name der Guerillaarmee im Unabhängigkeitskrieg, später mehrere Spaltungen, bewaffneter Arm von *Sinn Fein*

IRSP – *Irish Republican Socialist Party*. Hat sich 1974 von der damals noch *Official Sinn Fein* abgespalten. Zu ihr gehörten auch einige Dissidenten der *Provisional Sinn Fein*

JCW – *Jerusalem Centre for Women* – gegründet 1994, Partnerorganisation von *Bat Shalom*, einer israelischen Frauengruppe

NICRA – *Northern Ireland Civil Rights Association*

NIO – *Northern Ireland Office* – britisches Ministerium für Nordirland, während der Direktherrschaft faktisch die Regierung

NIWC – *Northern Ireland Women Coalition* – gegründet 1996, konfessionsübergreifende Partei

Official Sinn Fein – siehe *Sinn Fein*

OIRA – *Official* IRA – der bewaffnete Arm der *Official Sinn Fein*

PA oder auch PNA – Palästinensische Autonomiebehörde bzw. *Palestinian National Authority*

Peace People – Organisation, die sich für Gewaltfreiheit einsetzt, gegründet 1976 in Belfast

PFA – *Palestinian Federation of Women Action* – Frauenkomitee von FIDA

PFLP – *Popular Front for the Liberation of Palestine* – gegründet 1967

PFWAC – *Palestinian Federation of Women Action Committees* – Frauenkomitee der DFLP

PIRA – *Provisional* IRA – siehe IRA

PLC – *Palestinian Legislative Council* / palästinensisches Parlament

PLO – *Palestinian Liberation Organisation* – 1964 gegründeter Dachverband mehrerer palästinensischer Gruppen

PPP – *Palestinian People's Party* – gegründet 1982 als *Palestine Communist Party*, die wiederum Nachfolgepartei der *Jordanian Communist Party* war

Provisional Sinn Fein – siehe *Sinn Fein*

PWWS – *Palestinian Women Work Society*, bis Anfang der '90er das Frauenkomitee der PPP, seitdem unabhängig

RAC – *Relative Action Committee* zur Unterstützung republikanischer Gefangener

RUC – *Royal Ulster Constabulary* bis 2001, heute: *Police Service of Northern Ireland* (PSNI)

SAS – *Special Air Service* – Spezialeinheit der britischen Armee

SDLP – *Social Democratic and Labour Party*, gegründet 1970

Shabiba – Jugendorganisation der *Fatah*

Shin Bet oder *Shabak* – israelischer Inlandsgeheimdienst

Sinn Fein – gälisch „Ourselves Alone" – der Name stammt von der 1905 gegründeten Partei *Sinn Fein*, die sich mehrfach spaltete. Schließlich war sie zu einem Sammelbecken für radikale Republikaner geworden. Die heutige *Sinn Fein* ist selbst eine Abspaltung 1969, deshalb hieß sie ursprünglich *Provisional Sinn Fein* im Unterschied zur dann *Official Sinn Fein*, deren Nachfolgepartei die *Worker's Party* wurde. Dementsprechend gab es *Provisional* IRA (heute nur noch IRA) und *Official* IRA, deren jeweils politischer Arm die Parteien sind bzw. waren

UNRWA – *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, gegründet 1949

UPWC – *Union of Palestinian Women Committees* – Frauenkomitee der PFLP

WATC – *Women's Affair Technical Committee* – gegründet 1992 als überparteiliche Organisation

WCSW – *Women Committee for Social Work* – Frauenkomitee der *Fatah*

Worker's Party – Nachfolgepartei der *Official Sinn Fein*

Unser Buchtipp !

Christiane Goldenstedt

Les femmes dans la Résistance

Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 43
1. Auflage 2006, 246 Seiten
ISBN 978-3-8255-0649-0
25,90 € / 45,30 SFr

In der französischen Résistance engagierten sich Frauen, die verschiedenen Glaubensrichtungen angehörten, unterschiedliche politische Überzeugungen vertraten und aus allen Schichten der Gesellschaft kamen. Die ehemaligen Kombattantinnen nennen patriotische, ideologische und persönliche Motive für den Eintritt in den Widerstand. Es gelang ihnen, ein Mikromodell neuen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu schaffen, in dem ideologische, politische oder religiöse Unterschiede an der Basis weitgehend irrelevant waren. Nach Ende der Libération scheiterten einige Frauen in der Parteipolitik, engagierten sich vorrangig in humanitären Organisationen und machten zum Teil eine herausragende Karriere. Persönlichkeit und Aktivitäten bildeten in der Résistance, im Konzentrationslager und in der Lebensphase nach dem Zweiten Weltkrieg bei vielen Frauen eine Einheit.

Mit Hilfe eines neuen methodischen Zugangs gelingt es Christiane Goldenstedt, in ihrem Buch neue Primärquellen zu erschließen, nach einer gründlichen Quellenlektüre einen Vergleich mit einschlägiger Sekundärliteratur herzustellen und neue Diskurse in der Forschung zu eröffnen.

☞ **Besuchen Sie unsere Internetseite!**

⇨ *Claudia von Werlhof*
Vom Diesseits der Utopie zum Jenseits der Gewalt
Feministisch-patriarchatskritische Analysen – Blicke in die Zukunft?
Band 50, 1. Aufl. 2009, 230 S.,
ISBN 978-3-8255-0754-1, 22,80 €

⇨ *Henriette Margareta Schmitz*
Sozialgymnastik
Körperarbeit als soziale Arbeit
Band 49, 1. Aufl. 2009, 331 S., 61 Abb.,
ISBN 978-3-8255-0746-6, 25,80 €

⇨ *Irene Krieger*
Friedrich de la Motte Fouqués Frauentaschenbücher
Im Kontext der Frauentaschenbücher des 19. Jahrhunderts
Band 48, 1. Aufl. 2010, 180 S., Abb.,
ISBN 978-3-8255-0739-8, 20,00 €

⇨ *Parto Teherani-Krönner / Sylvi Paulick / Janina Hempel (Hg.)*
Die Genderdebatte im Islam aus studentischer Sicht
Feministisch-patriarchatskritische Analysen – Blicke in die Zukunft?
Band 47, 1. Aufl. 2009, 200 S.,
ISBN 978-3-8255-0735-0, 20,00 €

⇨ *Andrea Bramberger*
Das Lächeln der Mutter auf den Lippen der Tochter
Band 45, 1. Aufl. 2007, 150 S.,
ISBN 978-3-8255-0685-8, 17,90 €

⇨ *Kerstin Knopf / Monika Schneikart (Hg.)*
Sex/ismus in den Medien
Band 44, 1. Aufl. 2007, 243 S.,
ISBN 978-3-8255-0627-8, 22,50 €

⇨ *Florian Mildenberger*
Allein unter Männern
Helene Stourzh-Anderle in ihrer Zeit
Band 42, 1. Aufl. 2004, 130 S.,
ISBN 978-3-8255-0463-2, 18,90 €